Friedrich Naumann
STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

28. Jahrgang 2016

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Redaktion: Birgit Bublies-Godau, Jürgen Frölich,
Ewald Grothe, Wolther von Kieseritzky, Jochen Merkle

Anschrift der Redaktion:
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

juergen.froelich@freiheit.org

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

28. Jahrgang 2016

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

herausgegeben von
Eckart Conze, Joachim Scholtyseck und Erich Weede
in Verbindung mit Jürgen Frölich und Ewald Grothe

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-8487-3400-9 (Print)
978-3-8452-7714-1 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data
A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-3400-9 (Print)
978-3-8452-7714-1 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
Conze, Eckart / Scholtyseck, Joachim / Weede, Erich
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
28. Jahrgang 2016
Eckart Conze / Joachim Scholtyseck / Erich Weede (eds.)
394 p.
Includes bibliographic references.

ISBN 978-3-8487-3400-9 (Print)
978-3-8452-7714-1 (ePDF)

1. Auflage 2016
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the editors.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wolfgang Gerhardt

Geleitwort

Der 28. Band des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung“ gibt u. a. die Erträge eines Kolloquiums wieder, das, von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gemeinsam ausgerichtet, im November 2015 in Stuttgart stattfand.[1]

Eine wissenschaftlich enge Zusammenarbeit dieser beiden Institutionen bei der Aufarbeitung und Darstellung der Geschichte des Liberalismus sowie der Einordnung von dessen Rolle im Entstehungsprozess der Moderne in Deutschland und Europa ist generell zu begrüßen. Im vorliegenden Fall ist sie aber regelrecht geboten gewesen, denn das Kolloquiums-Thema hatte es wahrlich in sich: Es drehte sich um nichts Geringeres als die immer wiederkehrende Spannung zwischen „Real- und Idealpolitik“, die gerade die Liberalen in Deutschland und später die Historiographie über sie stark geprägt hat. Dies kann man bereits am Ausgangspunkt dieser Debatte ganz klar festmachen: Die Verabschiedung der berühmt-berüchtigten Indemnitätsvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus jährt sich in diesem September zum 150. Mal. Dieses „Jubiläum“ war der Anlass für das letztjährige Stuttgarter Kolloquium, weil dieses Ereignis bis heute vielfach als der Ursprung für die lang anhaltende Spaltung der deutschen Liberalen angesehen wird. In diesem Zusammenhang wurde zumindest in Deutschland erstmals das Für und Wider von Realpolitik vertieft thematisiert. Dies dauert bis heute an, auch weil sich nicht nur die Liberalen im 19. Jahrhundert, sondern auch ihre späteren Nachfolger immer wieder mit der Problematik beschäftigt haben und sich auch weitere „Wendepunkte“ der jüngeren deutschen Geschichte damit verbinden. Thematisiert wurden auf dem Kolloquium und werden hier im „Jahrbuch“ die Haltung der Liberalen zum Ermächtigungsgesetz und zur Vereinigung Europas sowie die koalitionspolitische „Wende“ von 1982, an welche sich vermutlich viele Leser noch gut als „miterlebende Zeitzeugen“ erinnern können.

Diese „Wendepunkte mit liberaler Beteiligung“ haben bereits bei den Zeitgenossen erhebliche Debatten ausgelöst und werden auch in der Historiographie bis heute teilweise sehr kontrovers beurteilt. Speziell die Positionierung bei der Abstimmung zu Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ im Jahr 1933

1 Vgl. auch die Berichte unter https://www.freiheit.org/content/idealismus-versus-realismus und http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6475.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

war und bleibt Gegenstand vielfältiger Diskussionen über Rolle und Selbstverständnis der Liberalen zu Beginn der Nazi-Diktatur, und auch der Beitrag in diesem Band hierzu zeigt die unterschiedlichen Ansätze zur historischen Bewertung in diesem Zusammenhang auf.

Aber eine von Liberalen initiierte fundierte historische Aufarbeitung kann und darf solchen Kontroversen und vermeintlichen „Problem-Themen" nicht ausweichen, sondern muss sich ihnen unvoreingenommen stellen. Denn nur die offene Diskussion auch solcher Punkte in der eigenen Vergangenheit bringt wirklichen Aufschluss und für die Gegenwart möglicherweise Orientierung gebende Erkenntnisse. Eine solche Herangehensweise hat das „Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung", das nun selbst schon wieder mehr als ein Vierteljahrhundert besteht, immer ausgezeichnet.

Denn gerade bei einer unvoreingenommenen und entsprechend erweiterten Perspektive zeigt sich, dass die mitunter schmerzlichen Debatten über Real- und Idealpolitik kein Spezifikum der deutschen Liberalen waren, sondern auch ihre „Gesinnungsfreunde" in der westlichen Welt an ganz markanten historischen Punkten umgetrieben und beeinflusst haben: Verdeutlicht wird dies hier an der Haltung von britischen Liberalen zum Kolonialismus im Viktorianischen Zeitalter, an der amerikanischen Außenpolitik während des Ersten Weltkriegs und an der französischen Appeasement-Politik der 1930er Jahre, bei welcher liberale Politiker führend beteiligt waren.

Letzteres weist schon daraufhin, dass solche Debatten in anderen Ländern eine im Vergleich mit Deutschland verschiedene Qualität hatten, weil dort liberale Politiker und Maximen zumindest bis 1945 weit mehr direkten Einfluss auf Regierungshandeln hatten, während es sich in Deutschland zum Teil auch um abstrakte Diskussionen handelte. Dafür ist einer der größten politischen und gesellschaftlichen Denker, der eingeschriebene Liberale Max Weber, ein sehr schönes Beispiel; ihm wird in einem Beitrag ebenfalls nachgegangen.

Auch jenseits dieses zentralen Themas bietet dieser Band des „Jahrbuchs" wiederum eine große Themenvielfalt zur liberalen Geschichte, bei der übrigens ebenfalls die beiden eingangs erwähnten Institutionen zum Teil kooperieren. Ich finde es bemerkenswert, wenn sich jüngere Historiker einem häufig vergessenen Strang liberaler Geschichte – der Liberaldemokratischen Partei in Ostdeutschland – widmen oder wenn ein langjähriger Kooperationspartner unserer Stiftung über die hierzulande völlig unbekannte liberale Tradition in Israel berichtet. Es ist zudem erfreulich, dass der bislang eher unterproportionale Anteil von Frauen an der liberalen Entwicklung mehr Beachtung erfährt.

Ich danke nicht nur den Herausgebern, sondern allen Beteiligten, dass ein solch ebenso weitgefasster wie tiefschürfender Band zur Geschichte des deutschen und außerdeutschen Liberalismus zustande gekommen ist. Ich

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wünsche mir, dass er nicht nur viele neue historische Erkenntnisse vermittelt, sondern auch zur weiteren Beschäftigung mit der liberalen Tradition, mit ihren Höhepunkten und auch mit ihren aus heutiger Sicht nicht so überzeugenden Seiten anregt, selbst wenn sie kontroverse Ergebnisse hervorbringen sollte. Denn von solchen Kontroversen, die meist nur Ausdruck eines intensiven Ringens um Erkenntnis sind, lebt die Debatte über den Liberalismus, nicht nur in dem ihm gewidmeten „Jahrbuch“.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Inhaltsverzeichnis

Themenschwerpunkt „Liberale zwischen Ideal- und Realpolitik“

Andreas Biefang
Der ganz große Kompromiss. Die Liberalen und das „Indemnitätsgesetz“ vom September 1866 13

Detlev Mares
„Virtuous realities“. Empire und Außenpolitik bei liberalen Politikern im hochviktorianischen Großbritannien 27

Gangolf Hübinger
Konfliktliberalismus. „Realpolitik“ im Kreis Max Webers 49

Manfred Berg
US-Präsident Woodrow Wilson und der liberale Internationalismus 67

Ernst Wolfgang Becker
Die normative Dimension der Realpolitik. Linksliberalismus und Ermächtigungsgesetzgebung in der Weimarer Republik 91

Philippe Alexandre
Die französischen Radicaux und die Appeasement-Politik. Ein Dilemma zwischen Ideal- und Realpolitik im Kontext des Münchner Abkommens 1938 119

Vanessa Conze
Vom deutschen Europa zum europäischen Deutschland? Liberales Europadenken zwischen Erstem Weltkrieg und Bundesrepublik am Beispiel Hans Albert Kluthes 143

Gérard Bökenkamp
Wechsel statt Wende. Der Koalitionswechsel der FDP von 1982 aus dem Blickwinkel der realpolitischen Zwänge 161

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weitere Beiträge

Henning Türk
Liberale Handlungsspielräume im Reaktionssystem? Die Gründung und das Scheitern des „Wochenblatts für die Pfalz“ 1855/56 183

Daniel Watermann
Städtischer Liberalismus im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914.Strukturen gesellschaftlicher und politischer Selbstorganisation 205

Lothar Machtan
Liberaler deutscher Ersatz-Kaiser? Zu den politischen Möglichkeiten des Prinzen und Reichskanzlers Max von Baden im Herbst 1918 229

Marcus Gräser
Charisma, „Führung“ und Demokratie. Amerika-Bild und Amerika-Rezeption im liberalen Milieu der Weimarer Republik 263

Cornelia Baddack
Zäsuren, Wiederanknüpfungsversuche und Leerstellen. Zur Biografie der liberalen Politikerin Katharina von Kardorff-Oheimb nach 1933 287

Miszellen

Christian Lüdtke
Hans Delbrück als „Kassandra“. Die Feier seines 70. Geburtstages am 11. November 1918 als Brennpunkt der liberalen Sinnsuche im deutschen Zusammenbruch 315

Jörn Leonhard
Liberale und Liberalismus nach 1918 – Herausforderungen und Forschungsperspektiven 327

Alexander Olenik
Der „organisierte Liberalismus“ in Duisburg 1918 – 1933 337

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dror Zeigerman
A Liberal Upheaval. Israeli Politics from the General Zionists to the Liberal Party 353

Tilman Pohlmann
„Zusammenarbeit“ als Gefolgschaft. Über Herrschaftsansprüche der SED an die LDPD in den Bezirken der DDR 361

Luise Güth
War die LDPD liberaler als die anderen Blockparteien? Eine Untersuchung des Bezirksverbandes Rostock 1985 - 1989 375

Autorenverzeichnis 393

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Themenschwerpunkt „Liberale zwischen Ideal- und Realpolitik“

Andreas Biefang

Der ganz große Kompromiss. Die Liberalen und das „Indemnitätsgesetz“ vom September 1866

Am 3. September 1866 nahm das Preußische Abgeordnetenhaus mit 230 gegen 75 Stimmen das sogenannte Indemnitätsgesetz an, das nach der Zustimmung des Herrenhauses noch am 14. des Monats in Kraft trat. Darin wurde der königlich-preußischen Regierung die Indemnität erteilt für die – wie es in § 1 hieß – „seit dem Frühjahr 1862 ohne gesetzlich festgestellten Staatshaushalt-Etat geführte Verwaltung“.[1] Mit der Verabschiedung des Gesetzes konnte ein Streit beigelegt werden, der bei einer militärpolitischen Fachfrage – der Verbesserung der Heeresorganisation – seinen Ausgang genommen hatte, bevor er sich zu einem Grundsatzstreit darüber entwickelte, ob das Parlament oder die königliche Regierung die Letztentscheidung über den Heeresetat verfügte.

Ausgetragen worden war der Streit auf dem Feld der Haushaltspolitik, dem klassischen Kampfplatz der Parlamente: Zur Durchsetzung seiner militär- und verfassungspolitischen Forderungen hatte sich das Abgeordnetenhaus schließlich zu dem weitreichenden Schritt entschlossen, der Regierung jegliche Finanzmittel zu verweigern – und damit die Erinnerung an die Steuerverweigerung der Demokraten aus den Tagen der Revolution von 1848 anklingen lassen. Darauf hatte der im September 1862 zum Ministerpräsidenten ernannte Otto von Bismarck geantwortet, indem er kurzerhand ohne parlamentarisch festgestellten Haushalt weiterregierte und sich dabei auf eine angebliche „Lücke“ in der preußischen Verfassung berief. Der Landtag

1 Für den Wortlaut des Gesetzes vgl. Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte Bd. 2. 3. Aufl. Stuttgart u. a. 1986, Nr. 84. Die Regierungsvorlage war am 14. August 1866 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt und an die Budgetkommission überwiesen worden; den Kommissionsbericht vom 27. August (mit 25 zu 8 Stimmen beschlossen) diskutierte das Plenum vom 1. bis 3. September, vgl. Stenographische Berichte. Haus der Abgeordneten, 1866, Bd. 1, S. 147–207.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schäumte vor Wut, betrieb Fundamentalopposition, wurde aufgelöst – und die Liberalen gingen gestärkt aus der Neuwahl hervor. Dieses Muster wiederholte sich in den folgenden Jahren mehrfach: Bis zum September 1866 brachte die liberale Parlamentsmehrheit insgesamt fünf Haushaltsgesetze zum Scheitern.

Die Beilegung des allgemein als „Verfassungskonflikts" wahrgenommenen Streits wurde erst möglich, nachdem Bismarck 1864 und 1866 für Preußen zwei Kriege siegreich zu Ende gebracht hatte. Die militärischen Erfolge führten zu einem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zugunsten der Exekutive, der sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 3. Juli 1866 zeigte: Die Fortschrittspartei und das Linke Zentrum büßten zusammen über die Hälfte ihrer Mandate ein, das hieß, die absolute Mehrheit der liberalen Opposition war dahin. Eine ablehnende Mehrheit gegen das Indemnitätsgesetz wäre dennoch rechnerisch möglich gewesen, wenn die Liberalen die katholischen und polnischen Abgeordneten auf ihre Seite hätten ziehen können. Aber solche Zahlenspiele blieben irrelevant, weil die Fortschrittspartei selbst auseinanderbrach: Gut die Hälfte ihrer Mitglieder stimmte für das Indemnitätsgesetz, der Rest dagegen.

Das gespaltene Votum lieferte den Anlass für die dauerhafte Spaltung der erfolgsverwöhnten liberalen Partei. Der Streit um die Deutung des Indemnitätsgesetzes wurde dadurch vor allem zu einer innerliberalen Angelegenheit. Seine Schärfe bezog er daraus, dass sowohl für die geschwächte Fortschrittspartei als auch für die neu entstehende Nationalliberale Partei die Stellung zur Indemnität zu einer Frage der Parteiidentität wurde. Beide Richtungen gingen deshalb mit großem Elan und beträchtlichem rhetorischen Aufwand zur Sache. Und die Historiker folgten ihnen.[2]

In der linksliberalen Deutungstradition wurde die Zustimmung zum Indemnitätsgesetz von Anfang an mit moralisch aufgeladenen Begriffen wie „Prinzipienverrat" oder „Anbetung der Macht" belegt. Hier wurde bereits zeitgenössisch die Geschichte eines ethischen Niedergangs entworfen, die sich nach 1945 mit der These vom deutschen Sonderweg verband und dadurch besondere Wirkungsmacht erhielt. So sprach Friedrich Sell 1953 von der „Kapitulation" des Liberalismus vor der Macht.[3] Und Heinrich August Winkler sah 1979 in dem Votum für das „rückwirkende Ermächtigungsge-

2 Für die ältere Debatte vgl. Karl-Georg Faber: Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland. In: Historische Zeitschrift (demn.: HZ) 203 (1966), S. 1–45.

3 Friedrich C. Sell: Die Tragödie des Deutschen Liberalismus. 2. Aufl. Baden-Baden 1981 [zuerst 1953], S. 226.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

setz“ einen „Machtverzicht des Bürgertums“ und einen „Wendepunkt“ der deutschen Geschichte.[4]

In der nationalliberalen Deutungslinie dagegen, die im Kaiserreich mehr und mehr mit der nationalkonservativen zusammenfloss, hob man immer auf das nationale Verantwortungsbewusstsein der Befürworter und deren praktische politische Vernunft ab, während man zugleich den Neinsagern unterstellte, idealistische Prinzipienreiter zu sein, die ihre Parteiüberzeugungen über die Interessen des Vaterlandes gestellt hätten. Auch der Promovend Heinrich August Winkler hatte 1964 noch gemeint, die Zustimmung zur Indemnitätsvorlage sei eine „realpolitische“ Notwendigkeit gewesen.[5] Konservative Autoren wie Ernst Rudolf Huber sprachen darüber hinaus von einem „fairen Kompromiss“.[6] Mit dem Untergang der Sonderwegsthese hat sich diese Sichtweise seit den 1980er Jahren weitgehend durchgesetzt. Meist wird jetzt darauf verwiesen, dass der große Kompromiss zwischen Nationalliberalen und dem Regime Bismarcks den Auftakt bildete zu der großen, liberal geprägten Reformära, die bis Mitte der 1870er Jahre andauerte.[7]

Angesichts der jahrzehntelangen, leidenschaftlich geführten Debatten mutet es befremdlich an, dass es bis heute keine aus den Quellen gearbeitete Monografie zur preußischen Fortschrittspartei gibt[8] – und im Übrigen auch nicht zur Nationalliberalen Partei.[9] Ob sich das so bald ändern wird, ist zweifelhaft. Denn inzwischen hat sich das Forschungsinteresse anderen Themen und Epochen zugewandt. Die großen Auseinandersetzungen über die „Indemnität“ scheinen wie aus der Zeit gefallen. Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg sind zur „Frühen Neuzeit“ geworden, ihnen wird für die Gegenwart keine unmittelbare Bedeutung mehr zugeschrieben.[10] Sie sind zur An-

4 Heinrich August Winkler: 1866 und 1878: Der Liberalismus in der Krise. In: Carola Stern/ Heinrich August Winkler (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945. Frankfurt a. M. 1994, S. 43–70 [zuerst 1979].

5 Heinrich August Winkler: Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–1866. Tübingen 1964, hier S. 117–119.

6 Huber (Hrsg.), Dokumente (wie Anm. 1), S. 96.

7 Klaus Erich Pollmann: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870. Düsseldorf 1985, S. 37–65; Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983, S. 797–801; stärker die „Niederlage“ der Fortschrittspartei betonend allerdings jüngst Christian Jansen: Gründerzeit und Nationsbildung 1849–1871. Paderborn u. a. 2011, S. 207–210.

8 Zum Forschungsstand vgl. Christian Jansen: Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung (demn.: JzLF) 24 (2012), S. 43–56.

9 Als Teilstudie immerhin Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungsära 1866–1880. Frankfurt a. M. u. a. 2000.

10 Vgl. als jüngstes Beispiel Tim B. Müller/ Adam Tooze (Hrsg.): Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg. Hamburg 2015. Die Herausgeber lassen die Demokratiegeschichte erst mit dem Ersten Weltkrieg beginnen.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gelegenheit von Experten mutiert. Historiker müssten schon sehr steile Thesen aufstellen, um mit einer Arbeit über die Spaltungen im preußischen Liberalismus der 1860er Jahre Aufmerksamkeit zu erreichen.

Das ist jedoch nicht die Absicht dieses Beitrags. Hier soll lediglich in aller Kürze eine Sichtweise präsentiert werden, die sich von den gängigen Erzählungen in einem wesentlichen Punkt unterscheidet.[11] Deshalb werden die Entstehung der Fortschrittspartei sowie Ausbruch, Verlauf und Beilegung des Verfassungskonflikts nicht vorrangig als Teil der preußischen Parlaments- und Parteiengeschichte erzählt. Stattdessen sollen sie im Kontext der Geschichte der nationalen Parteibildungsprozesse analysiert werden. Eine solche Betrachtungsweise hat den Effekt, dass das umstrittene Indemnitätsgesetz etwas von seiner Dramatik einbüßt – es war eben kein isolierter „Wendepunkt" der deutschen Geschichte, sondern Bestandteil eines längerfristigen Neuformierungsprozesses des Liberalismus, der von 1848 bis ca. 1884 dauerte. Während dieser – hier perspektivisch erweiterten – „Reichsgründungzeit" wurde das bestehende Parteiensystem stark von der Stellung zur „nationalen Frage" bestimmt, deren politische Komplexität mit den Begriffspaaren „unitarisch" und „föderal" oder „kleindeutsch" und „großdeutsch" nur angedeutet sei. Erst gegen Ende dieser Epoche standen sich Links- und National- bzw. Rechtsliberale klar geschieden in verschiedenen Parteien gegenüber – jedenfalls gilt das für die nationale Ebene.[12] Bei den konservativen Parteien verhielt es sich im Übrigen ähnlich.

Die hier verfolgte Argumentation wird in drei Schritten dargelegt: Zunächst wird der nationale Handlungsrahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich das preußische „Drama" vollzog. Dabei wird über den Deutschen Nationalverein als wichtigstes Instrument des nationalen Liberalismus zu reden sein. Anschließend wird eine Deutung der parlamentarischen Debatte um die Indemnität versucht, die den nationalpolitischen Kontext angemessen berücksichtigt. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen folgen zum Schluss noch einige Bemerkungen zu den Möglichkeiten und Grenzen, die Begriffe wie „Realpolitik" und „Idealpolitik" für die Analyse der Beilegung des preußischen Verfassungskonflikts bergen.

11 Nachfolgend stütze ich mich auf meinen Aufsatz: Andreas Biefang: National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867. In: Geschichte und Gesellschaft 27 (1997), S. 360–383.

12 Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1992, S. 39–96; Andreas Biefang: Die andere Seite der Macht. Der Reichstag im „System Bismarck" 1871–1890. 2. Aufl. Düsseldorf 2011, S. 97–105.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1. Die preußische Fortschrittspartei und der Verfassungskonflikt im Kontext nationaler Parteibildungsprozesse des Liberalismus

Die Entstehung der Fortschrittspartei sowie Ausbruch, Verlauf und Beilegung des Verfassungskonflikts werden in der Literatur meist mit innerpreußischen Bedingungsfaktoren erklärt. Sie erscheinen als das folgerichtige Ergebnis der Enttäuschung der Liberalen über die so hoffnungsvoll begonnene „Neue Ära".[13] Die Geschichte geht dann etwa so: Sie beginnt mit der Feststellung, dass die Spielräume für liberale Reformen in Preußen äußerst gering gewesen seien. Der künftige Monarch sei zwar gewillt gewesen, die von seinem Vorgänger oktroyierte Verfassung zur Grundlage seiner Herrschaft zu machen, aber darüber hinausgehende Reformen habe er abgelehnt. Insbesondere habe er genaue Vorstellungen über die königlichen Prärogativen besessen: Die Heerespolitik und die Außenpolitik sollten der parlamentarischen Kontrolle entzogen bleiben.[14]

Die Liberalen der nach ihrem Anführer benannten „Fraktion Vincke" suchten dieser Ausrichtung des Monarchen Rechnung zu tragen, indem sie eine äußerst zurückhaltende politische Taktik verfolgten. Unter keinen Umständen wollten sie die zögerlichen Reformversuche der liberal-konservativen Regierung durch Kritik oder eigene Initiativen gefährden. Die Fraktion verstand sich als „die eigentliche Stütze des Ministeriums".[15] „Nur nicht drängeln!" – lautete die zum Bonmot gewordene Parole. Eine solche passive, auf Konfliktvermeidung setzende Methode drohte jedoch zu scheitern, sobald Gegenstände berührt wurden, die die verschiedenen politischen Lager zu prinzipiellen Standortbestimmungen zwangen. Dies war bei der Frage der Heeresreorganisation der Fall.

Um die prinzipielle Auseinandersetzung vorläufig zu vermeiden, akzeptierte die altliberal dominierte Kammer ein sogenanntes Provisorium zur Finanzierung der Reform, das heißt, der Regierung wurden die notwendigen Gelder vorläufig bewilligt, ohne dass Klarheit über die Erfüllung der liberalen Hauptforderungen – zweijährige Dienstzeit und Beibehaltung der Land-

13 Zur „Neuen Ära" vgl. Günter Grünthal: Parlamentarismus in Preußen 1848/49–1857/58. Düsseldorf 1982; ders.: Das Ende der Ära Manteuffel. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 39 (1990), S. 179–219.

14 Zur Militärpolitik vgl. Frank Lorenz Müller: The Spectre of a People in Arms. The Prussian Government and the Militarisation of German Nationalism, 1859–1864. In: English Historical Review 122 (2007), S. 82–104.

15 Zitate nach Horst Conrad (Hrsg.): Ein Gegner Bismarcks. Dokumente zur Neuen Ära und zum preußischen Verfassungskonflikt aus dem Nachlaß des Abgeordneten Heinrich Beitzke (1798–1867). Münster 1994, S. 152 (Bericht an die Wähler, Mai 1859). Zur parlamentarischen Taktik der „Fraktion Vincke" sehr gut Wolfram Pyta: Liberale Regierungspolitik im Preußen der „Neuen Ära" vor dem Heereskonflikt: Die preußische Grundsteuerreform von 1861. In: Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte NF 2 (1992), S. 179–247.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wehr – erreicht werden konnte. Das Ministerium verlangte das Vertrauen der Kammer und bekam es. Die Skeptiker befürchteten, dass die Regierung die Gelegenheit nutzen werde, um die Reorganisation nach eigenem Gutdünken durchzuführen und die Kammer vor vollendete Tatsachen zu stellen. Als sich diese Befürchtungen zu bestätigen schienen, so lautet die gängige Interpretation, hätten diejenigen Teile der Fraktion, die bereits seit längerem für ein unabhängigeres Auftreten gegenüber der Regierung plädierten, begonnen, sich zu organisieren. Daraus sei dann im Laufe des Jahres 1861 die Fortschrittspartei entstanden. Deren konfrontative Politik habe dann im Mai 1862 zur Haushaltsblockade und zum Ausbruch des Verfassungskonflikts geführt.

Eine solche, auf die innerpreußischen, verfassungspolitischen Aspekte gründende Erzählung ist nicht falsch, aber sie ist ziemlich unvollständig. Denn die Frage der Heeresreform und ihrer Finanzierung entfaltete ihre politische Sprengkraft vor allem deshalb, weil gleichzeitig die „deutsche Politik" des Ministeriums im völker- und staatsrechtlichen Legalismus steckengeblieben war. Die Kombination aus innenpolitischem Konflikt bei nationalpolitischem Stillstand hatte erhebliche Rückwirkungen auf die gesamtnationale politische Organisierung des Liberalismus. An dieser Stelle kommt der Deutsche Nationalverein ins Spiel.

Dieser im September 1859 gegründete Nationalverein war das politische Zentrum eines weitgefächerten liberal-demokratischen Organisationsgeflechts, das beinahe alle Staaten des Deutschen Bundes mit Ausnahme Österreichs erfasste.[16] Als nationsweite Mitgliederorganisation mit parteiähnlichen Strukturen strebte er die Errichtung eines Bundesstaats mit preußischer Spitze und direkt gewähltem Parlament an, etwa nach Art der Reichsverfassung von 1849. Den Deutschen Bund hatte der Verein aufgrund der nationalpolitischen Blockade der Vormächte Preußen und Österreich längst als reformunfähiges Monstrum abgeschrieben.[17]

Seine Strategie zur Überwindung des dualistischen Gegensatzes hatte der Nationalverein aus der Konstellation des oberitalienischen Kriegs des Jahres 1859 heraus entwickelt. Sie war ebenso einfach wie radikal: Infolge eines

16 Vgl. Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland. Nationale Organisationen und Eliten 1857–1868, Düsseldorf 1994; Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867. Düsseldorf 2000. Zum Forschungsstand auch Jürgen Frölich: „Lager des gothaisch-liberalen Philistertums" (F. Engels) oder „Geistig-politische Wiederaufnahme der Ideen von 1849" (E. Marcks)? Der Deutsche Nationalverein in der deutschsprachigen Historiographie seit dem späten 19. Jahrhundert. In: JzLF 16 (2004), S. 151–171; Marc Hewitson: Nationalism in Germany, 1848–1866. Revolutionary Nation. Basingstoke 2010.

17 Zu den Versuchen des Deutschen Bundes, durch Rechtsvereinheitlichung nationalpolitische Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, vgl. Jürgen Müller: Deutscher Bund und deutsche Nation 1848–1866. München 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

europäischen Krieges, sei es gegen Frankreich, Dänemark und/oder Österreich, sollte Preußen zunächst die militärische und dann die politische Führung in Deutschland erringen, die sich anschließend nur durch ein nationales Parlament und eine nationale Verfassung legitimieren lassen würde. Aus Sicht des Nationalvereins galt es also, die preußische Regierung im Namen der nationalen Sicherheit und Ehre in eine militärische Konfrontation zu treiben, um den beschriebenen Mechanismus in Gang zu setzen.

Eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen dieser Strategie bestand darin, Verbindungen mit den liberalen Fraktionen der deutschen Landtage zu knüpfen. Die Verpflichtung der Landtagsmehrheiten auf das Programm des Nationalvereins sollte helfen, dessen politischen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Besondere Bedeutung kam dabei logischerweise der preußischen Kammer zu. Die Verknüpfung mit den dortigen Liberalen erwies sich jedoch als schwierig. Die „Fraktion Vincke“ lehnte die riskante, bezogen auf das politische System des Deutschen Bundes nationalrevolutionäre Strategie des Nationalvereins rundweg ab. Sie hielt sich ganz an die offizielle Linie des Ministeriums: Fortschritte in der nationalen Frage seien nur auf verfassungsmäßigem Wege innerhalb des institutionellen Rahmens des Deutschen Bundes möglich, also durch Bundesreform. Mit dieser legalistischen Haltung genügte die Kammer den Erwartungen der liberalen Nationalisten allerdings überhaupt nicht mehr. Vielmehr gefährdete sie den Zusammenhalt des Nationalvereins, der im nicht-preußischen, vor allem südlichen Deutschland die preußische Spitze zu popularisieren suchte und dafür eine zugleich verfassungs- und gesellschaftspolitisch liberale wie nationalpolitisch risikobereite Regierung benötigte.

In dieser Situation fiel die Entscheidung zur Gründung einer neuen liberalen Fraktion. Die entscheidenden Vorbereitungen wurden in Gesprächen zwischen führenden Mitgliedern des Nationalvereins und handlungswilligen preußischen Abgeordneten geführt. Anlässlich einer Tagung liberaler Volkswirte im September 1860 in Elbing arbeiteten Heinrich Behrend und Max von Forckenbeck einen Programmentwurf aus, der nahezu unverändert im Programm der Fortschrittspartei aufging. Die Forderung nach nationaler Einigung stand auch in der Endfassung des Wahlprogramms vom Juli 1861 an erster Stelle.[18] Sie war das Signal für einen politischen Aufbruch und die damit verbundene Absicht, die neue Fraktion „gewissermaßen mit dem Natio-

18 Für den Wortlaut vgl. Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878, S. 36–38. Vgl. auch die beiden maßgeblichen Gründungsschriften: Hans Viktor von Unruh: Was hat Preußen zunächst in der Deutschen Sache zu thun? In: Deutsche Jahrbücher 1 (1861), S. 1–26; Wilhelm Löwe-Calbe: Preußens Beruf in der deutschen Sache. In: Ebd. 2 (1862), S. 169–190.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nalverein zu verbrüdern“, wie Leopold von Hoverbeck formulierte.[19] Dem diente auch die Kooptation nahezu der gesamten Fraktionsführung der neuen Partei in den Ausschuss des Nationalvereins.

Die Gründung der „Deutschen Fortschrittspartei in Preußen“ – so der offizielle Name – war somit in einem ganz konkreten und praktischen Sinne Teil eines nationalen Handlungszusammenhangs, und nicht einfach preußische Parlamentsgeschichte. Ähnlichen Einfluss nahm der Nationalverein im Übrigen auch auf die Gründung von „Deutschen Fortschrittsparteien“ in Bayern, Württemberg oder den hessischen Staaten.[20] Auch die wichtigsten politischen Entscheidungen der preußischen Fortschrittspartei, wie etwa der Übergang zum Verfassungskonflikt durch die Haushaltsblockade im März 1862 oder die Forderung nach einem Ministerwechsel im Frühjahr 1863, waren zuvor im Detail mit dem Nationalverein abgesprochen worden.

Der Nationalverein als große Steuerungs- und Kompromissmaschine des ideologisch und organisatorisch weitgefächerten nationalen Liberalismus‘ stieß jedoch an seine Grenzen, als ausgerechnet der reaktionäre Konfliktminister Bismarck in der sogenannten Schleswig-Holstein-Krise Anfang 1864 zu einer aktiven, militärischen Außenpolitik überging, allerdings nicht – wie die Liberalen einst von Preußen erhofft hatten – unter Berufung auf die Rechte der „Nation“, sondern unter dem Titel internationaler Verträge. Bismarck schien aus ihrer Sicht eine klassische, „dynastisch“ begründete Interessenpolitik zulasten des Vaterlandes zu betreiben. Der Nationalverein verlor darüber nicht nur seinen demokratischen und seinen betont föderalistischen Flügel, es wurde für ihn auch immer schwieriger, zu einem Ausgleich mit der preußischen Fortschrittspartei zu gelangen, wo unter dem Eindruck der militärischen Erfolge und ihrer machtpolitischen Bedeutung der (groß-) preußische Nationalismus links und rechts immer mehr Anhänger fand. Dieses Spannungsverhältnis national-preußischer und deutsch-nationaler Momente prägte auch den Streit um die Beilegung des Verfassungskonflikts im September 1866.

19 Brief L. v. Hoverbecks an Marauhn, 23.5.1861. In: Ludolf Parisius: Leopold Freiherr von Hoverbeck. Bd. 1, Berlin 1897, S. 208.

20 Vgl. Biefang: Politisches Bürgertum (wie Anm. 16). S. 272–279. Ferner auch Manfred H. W. Köhler/Christof Dipper (Bearb.): Einheit vor Freiheit? Die hessischen Landtage in der Zeit der Reichseinigung 1862–1875. Darmstadt 2010; aus der älteren Literatur vor allem Dieter Langewiesche: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung. Düsseldorf 1974.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2. Die Debatte um das Indemnitätsgesetz: national-preußisch oder deutsch-national

Die Vorbereitungen für den großen Kompromiss zwischen der national-liberalen Bewegung und dem Regime Bismarcks setzten schon Anfang April 1866 ein – noch vor Bismarcks Reformantrag beim Deutschen Bund und vor dem preußisch-deutschen Krieg. In vertraulichen Gesprächen zwischen einzelnen Mitgliedern des Nationalvereins und Mitarbeitern Bismarcks wurden Möglichkeiten und Bedingungen einer Zusammenarbeit ausgelotet. Im Mai kam es sogar zu einer persönlichen Begegnung zwischen Bismarck und Rudolf von Bennigsen, dem Vorsitzenden des Nationalvereins.[21] In allen diesen Gesprächen wurden die Umrisse eines umfassenden politischen Kompromisses ausgearbeitet, allerdings zunächst nur hinter verschlossenen Türen. Zu einer dauerhaften und öffentlich vertretenen Kooperation waren der Nationalverein und seine verbündeten Organisationen erst bereit, sobald Bismarck in Vorleistung gehen würde.

Erst nach dem siegreichen Krieg Preußens gegen Österreich und den Deutschen Bund bot sich dazu die Gelegenheit, nicht zuletzt auch, weil Bismarck jetzt aus einer Position der Stärke heraus verhandeln konnte. Am 16. Juli 1866 fand ein klärendes Gespräch zwischen der Führungsspitze des Nationalvereins und Vertrauten Bismarcks statt.[22] Bismarck ließ dort den Vorschlag zur Berufung eines „Vorparlaments“ unterbreiten, weil er für seine Pläne zur Gründung eines Norddeutschen Bundes die öffentliche Unterstützung der „Nation“ brauchte. Den Entwurf zu einer Bundesverfassung, der den Versammelten vorlag, hatte er bereits an die betroffenen Regierungen verschickt.[23] Er sah unter anderem die Wahl einer Nationalvertretung auf der Grundlage des Wahlgesetzes von 1849 vor. Bennigsen machte jedoch klar, was er brauchte, um Bismarcks Pläne mit Aussicht auf Erfolg öffentlich unterstützen zu können: nämlich die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Regierungsweise in Preußen. Für die hier verfolgte Argumentation ist das der entscheidende Punkt: Der avisierte Friedensschluss zwischen der preußischen Kammer und dem Ministerium Bismarck war Bestandteil einer übergeordneten politischen Strategie des entstehenden Nationalliberalismus, die das Verhalten vieler parlamentarischer Akteure in Preußen präfigurierte. Das war auch das Resultat des sogenannten Braunschweiger Vereinstags, auf dem

21 Andreas Biefang (Bearb.): Der Deutsche Nationalverein 1859–1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle. Düsseldorf 1995, S. 386 f.

22 Biefang: Politisches Bürgertum (wie Anm. 16). S. 410 f.,

23 Huber (Hrsg.), Dokumente (wie Anm. 1), Dok. 173, jüngste Darstellung aus der Bismarck-Perspektive bei Christoph Nonn: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert. München 2015, S. 210 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich am 4. August 1866 die wichtigsten liberalen Verbände und Vereine Deutschlands unter Führung des Nationalvereins beraten hatten.[24]

Der preußisch-parlamentarische Teil der Geschichte begann mit der Thronrede, mit der König Wilhelm I. das Parlament am nächsten Tag, den 5. August, traditionell eröffnete.[25] In seiner Ansprache waren die Formulierungen der späteren Indemnitätsvorlage teilweise vorweggenommen. In einem Berliner Hotel berieten in den folgenden drei Tagen der Ausschuss des Nationalvereins und führende Vertreter der Fortschrittspartei, darunter Leopold v. Hoverbeck, Johann Jacoby, Wilhelm Löwe, Hermann Schulze-Delitzsch und Hans-Viktor v. Unruh, wie man sich gegenüber der Thronrede verhalten solle und welche politischen Konsequenzen zu ziehen seien.[26] Dabei zeichnete sich rasch ab, dass die nichtpreußischen Mitglieder durchweg für eine befürwortende Antwort plädierten, während die preußischen Mitglieder uneins waren. Hans-Viktor v. Unruh, jahrelang so etwas wie der informelle Chef der Fortschrittspartei, gab jedenfalls schon am 10. August seinen Austritt aus der Fraktion bekannt, weil er einen Kompromiss mit der Regierung für unerlässlich hielt. Und einer der prominentesten Gegner der Verständigung, Rudolf Virchow, warnte bereits vor dem „Götzendienst des Erfolgs“ und gab damit den Auftakt zu der linksliberalen Oppositionserzählung. Allen Beteiligten war also bereits vor der parlamentarischen Debatte klar, dass die Fraktion zu keinem einheitlichen Votum gelangen würde.

In der Debatte über die Indemnitätsvorlage am 1. und 3. September wurde die Spaltung der Fortschrittspartei dann vor allen Augen vollzogen.[27] Die Vorlage wurde mit 230 zu 75 Stimmen angenommen, wobei sich die Stimmen der Fortschrittspartei zu beinahe gleich großen Teilen auf Befürworter und Verweigerer verteilten. Zu den bekannten Mitgliedern der Fortschrittspartei, die für den Antrag stimmten, zählten Franz Duncker, Max v. Forckenbeck, Wilhelm Löwe-Calbe, Eduard Lasker, Karl Twesten und v. Unruh; zu den bekanntesten Gegnern Adolf Hagen, Leopold v. Hoverbeck, Johann Jacoby, Hermann Schulze-Delitzsch, Rudolf Virchow und Benedikt Waldeck. Das gesplittete Votum ihrer führenden Parlamentarier war ein politisches Desaster für die einst so stolze Fortschrittspartei.

Mit welchen Argumenten wurde das jeweilige Abstimmungsverhalten begründet? Die Gegner beklagten vor allem die Preisgabe des Rechtsstandpunkts. Ihre Hauptredner sahen in der Gewährung der Indemnität die Abkehr von all‘ dem, wofür man in der Konfliktzeit gekämpft hatte. Sie misstrauten dem Ministerium und verlangten verfassungspolitische Garantien, etwa

24 Zur Braunschweiger Versammlung vgl. Biefang: Politisches Bürgertum (wie Anm. 16), S. 408–415.
25 Huber (Hrsg.), Dokumente (wie Anm. 1), Dok. 80.
26 Biefang (Bearb.), Nationalverein (wie Anm. 21), S. 394–397.
27 Stenographische Berichte (wie Anm. 1), 1866, Bd. 1, S. 147–207.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

durch ein Gesetz zur Ministerverantwortlichkeit. Daneben gab es nationalpolitische Vorstellungen, die in den Parlamentsdebatten aber nur indirekt aufschienen. Nicht wenige Parlamentarier sahen im Preußischen Abgeordnetenhaus den Kern einer künftigen deutschen Nationalvertretung. Einen Bundesstaat konnten sie sich nur vorstellen, wenn er von einem territorial erweiterten Preußen hegemonial beherrscht würde. Das zeigte sich anlässlich der Annexionsvorlage der Regierung, mit der Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt in das preußische Staatsgebiet einverleibt werden sollten.[28] Praktisch alle Indemnitätsgegner stimmten zu. Wenn es um die Vergrößerung Preußens ging, konnten auch die profiliertesten Gegner Bismarcks wie Virchow und Waldeck für die Regierung votieren. In dieser Frage verhielt sich die Opposition durchaus interessengeleitet und in diesem Sinne „pragmatisch".

Pragmatismus nahmen aber vor allem die nationalliberalen Indemnitätsbefürworter für sich in Anspruch. Sie brachten einen ganzen Strauß an Argumenten vor, um den angestrebten Ausgleich mit der Regierung zu begründen. So rückten die freihändlerisch gesinnten „Volkswirte" um John Prince-Smith und Julius Faucher wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund. Eduard Lasker hingegen stellte auf die Bedeutung der militärischen Sicherheit der Nation ab, die er als „Quelle aller Freiheit" bezeichnete. Otto Michaelis und Karl Twesten hingegen argumentierten längerfristig strategisch, indem sie die Mitwirkung an dem norddeutschen Teilstaat als ersten Schritt auf dem Weg hin zur politischen Freiheit ansahen.

Auch wenn die Debattenbeiträge von Dichotomien wie Prinzipientreue und Verrat oder Dogmatismus und Realitätssinn nur so wimmelten: Nachvollziehbare Argumente gab es jenseits solcher Polemiken auf beiden Seiten. Die Gegner der Indemnitätsvorlage ignorierten nicht einfach verantwortungslos die möglichen national- oder außenpolitischen Folgen ihrer Entscheidung. Denn sie konnten sich jederzeit sicher sein, dass das Gesetz auch ohne sie eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus finden würde. Unter diesen Bedingungen konnten sie sich bewusst für die Opposition entscheiden, ohne unwägbare politische Folgen hervorzurufen. Dagegen lässt sich grundsätzlich wenig einwenden.

Umgekehrt handelten die nationalliberalen Befürworter der Indemnität nicht einfach machtopportunistisch. Denn ihr Argument, nur so eröffne sich die Möglichkeit zur politischen Mitgestaltung, lässt sich nicht von der Hand weisen. Die Reformgesetzgebung des folgenden Jahrzehnts wurde in der Tat maßgeblich von der Nationalliberalen Partei geprägt und kann insofern als

28 Huber (Hrsg.), Dokumente (wie Anm. 1), Dok. 84 u. 188. Zu den parlamentarischen Verhandlungen über die Annexionsvorlage vgl. Winkler, Fortschrittspartei (wie Anm. 5), S. 104.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Erfolgsgeschichte“ gelten. Zudem unterschied sich zumindest der linke Flügel der Nationalliberalen in verfassungspolitischer Hinsicht anfangs nicht signifikant von der Fortschrittspartei. Die Ausdifferenzierung auf Reichsebene zwischen einem rechtsliberalen Nationalliberalismus und einem linksliberalen Fortschrittsliberalismus, die in der Tendenz allerdings bereits in der preußischen Parteispaltung angelegt war, erfolgte endgültig erst seit 1877/78.

Der charakteristische Unterschied zwischen der Nationalliberalen Fraktion des Norddeutschen Bundes und der Fortschrittsfraktion bestand in der speziellen Situation der Jahre 1866/67 zunächst vor allem darin, dass erstere „deutscher“ war, während letztere zunächst „preußischer“ blieb.[29] Aus preußischer Sicht spalteten sich die Nationalliberalen von der Fortschrittspartei ab, aus deutscher Sicht dagegen verweigerte sich die (alt-) preußische Fortschrittspartei der nationalen Parteibildung in Gestalt der Nationalliberalen Partei. Im Grunde wiederholte sich damit 1867 ein Muster, das schon 1861 bei der Abspaltung der Fortschrittpartei von der (alt-) liberalen Gesamtfraktion zu beobachten gewesen war. Gemeinsam war beiden liberalen Richtungen im Übrigen, dass sie auf die schlagkräftige (Partei-) Organisation verzichteten, die sie mit dem Deutschen Nationalverein aufgebaut hatten. Die traditionelle liberale Organisationsskepsis trat in dem Moment wieder in den Vordergrund, als die wichtigsten nationalpolitischen Ziele verwirklicht schienen. Das nationale Parlament wurde jetzt zur wichtigsten Bühne liberaler Politik. Hermann Baumgarten hat mit seiner berühmten „Selbstkritik“ des deutschen Liberalismus das wohl einflussreichste Plädoyer für diesen Wechsel der politischen Arenen verfasst.[30]

3. „Realpolitik“: Mehr politischer Kampfbegriff als analytische Kategorie

Sowohl die politischen Streitigkeiten der Zeitgenossen als auch die Deutungsversuche der Historiker griffen zur Beurteilung der Beilegung des preußischen Verfassungskonflikts auf den Begriff der „Realpolitik“ zurück. Als Erfinder gilt bekanntlich August Ludwig von Rochau, dessen Buch mit dem Titel „Grundsätze der Realpolitik“ 1853 zum ersten Mal erschienen war.[31] Dabei handelt es sich wohl um eines der einflussreichsten politischen Trak-

29 Eine detaillierte Diskussion des Problems bei Jürgen Frölich: Preußentum und Liberalismus nach 1867. „Preußische“ Züge bei den liberalen Parteien des Kaiserreiches. In: Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Beiträge des Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstag von Ernst Opgenoorth. Hrsg. v. Jürgen Frölich, Esther-Beate Körber u. Michael Rohrschneider, Berlin 2002, S. 145-162.

30 Hermann Baumgarten: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. 1866. Hrsg. v. Adolf M. Birke, Frankfurt a. M./ Berlin/ Wien 1974.

31 Ludwig August von Rochau: Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt a. M./ Berlin/ Wien 1972.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tate des 19. Jahrhunderts. Rochau hatte sich in seiner Jugend dem nationalrevolutionären, gewaltbereiten Flügel der Burschenschaftsbewegung angeschlossen, 1833 am Frankfurter Wachensturm teilgenommen und musste daraufhin ins Exil gehen. Während der Revolution von 1848/49 hatte er zunächst dem Vorparlament angehört, um dann das politische Geschehen in der Paulskirche als Journalist zu verfolgen.

Mit seiner Schrift von 1853 legte er eine persönliche Analyse der Gründe des Scheiterns der Revolution vor und versuchte, daraus politische Handlungsperspektiven für die Zukunft abzuleiten.[32] Die „Realpolitik" war insofern eine auf politische Wirkung angelegte Veröffentlichung, und sie kam – anders als die spätere Rezeptionsgeschichte nahelegt – von „links". Mit seinem Buch beanspruchte Rochau, vorurteilslos die tatsächlichen Machtverhältnisse zu analysieren. Seine gedankliche Radikalität zeigte sich zum Beispiel in der These, dass sich der preußisch-österreichische Gegensatz nur kriegerisch lösen lasse. Auch gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht – einem ewigen Streitpunkt im Liberalismus – verhielt er sich betont pragmatisch: Seine Einführung erklärte er zu einer Frage der Zweckmäßigkeit. Das wichtigste parteipolitische Resultat seiner Überlegungen bestand darin, dass die künftige Reformbewegung nur dann erfolgreich sein könne, wenn eine Spaltung in Liberale und Demokraten wie 1849 vermieden werde. Diesem Ziel diente die breit ausgearbeitete Mittelstandsideologie, mit der er die gemeinsame ökonomische und soziale Basis ins Bewusstsein rief. Und dem diente der geniale Neologismus der „Realpolitik", bei dem man das logische Gegenüber – die „Idealpolitik" – stets mitdenken musste.

Insofern beinhaltete der Begriff der Realpolitik eine These über das Scheitern der Revolution, dahingehend dass zu viel Idealismus mit im Spiel gewesen sei. Vor allem aber diente er dazu, diejenigen zu stigmatisieren, die sich den liberal-demokratischen Kompromissparteien verweigerten, die seit Ende der 1850er Jahre in Gestalt des Nationalvereins und der Fortschrittsparteien in Deutschland entstanden. Diese Verweigerer galten ihm entweder als „altliberale", rückwärtsgewandte Feiglinge oder als „altdemokratische", doktrinäre Prinzipienreiter, in jedem Fall aber als das Gegenteil von „Real-

32 Vgl. Christian Jansen: „Revolution" – „Realismus" – „Realpolitik". Der nachrevolutionäre Paradigmenwechsel in den 1850er Jahren im deutschen oppositionellen Diskurs und sein historischer Kontext. In: Kurt Bayertz u. a. (Hrsg.): Weltanschauung, Philosophie und Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert. Bd. 1: Der Materialismus-Streit. Hamburg 2007, S. 224–259; Natascha Doll: Recht, Politik und „Realpolitik" bei August Ludwig von Rochau (1810–1873). Ein wissenschaftsgeschichtlicher Beitrag zum Verhältnis von Politik und Recht im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 2005. Zu Rochaus Gegenüberstellung von „Realismus" und „Idealismus" und pragmatischer Politik versus doktrinärer Haltung vgl. auch: Peter Stemmler: „Realismus" im politischen Diskurs nach 1848. Zur politischen Semantik des nachrevolutionären Liberalismus. In: Gerhard Plumpe/ Edward McInnes (Hrsg.): Bürgerlicher Realismus und Gründerzeit 1848-1890. München/ Wien 1996, S. 84–107, bes. S. 95–107.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

politikern“. Der Begriff der Realpolitik, wie Rochau ihn prägte, war vor allem ein polemischer Kampfbegriff mit einer klaren tagespolitischen Zielsetzung.

Trotzdem wurde Rochaus Buch auch langfristig wirksam, und zwar sowohl parteipolitisch, indem es als eine Art Leitfaden nationalliberaler Politik bis in die 1870er Jahre hinein diente, als auch auf intellektueller Ebene. Dort war es ausgerechnet Max Weber, der Rochaus Begriffsfindung aufgriff und ins 20. Jahrhundert überführte. In seinem berühmten, vor Münchener Studenten gehaltenen Vortrag über „Politik als Beruf“ vom Januar 1919 ersetzte er Rochaus Dichotomie von Realpolitik und Idealpolitik durch die nicht minder problematischen Begriffe der „Verantwortungsethik“ und „Gesinnungsethik“.[33] Dabei präsentierte er eine wilde Mischung aus wissenschaftlicher Analyse, politischer Tagesrhetorik und pädagogischem Programm – angereichert mit allerlei Reflexionen aus dem Bereich der protestantischen Ethik.

Das Interessante dabei: Weber war Neffe und Schüler des Historikers Hermann Baumgarten, der seinerseits stark in die liberale Parteipolitik der 1860er Jahre involviert gewesen war. Seit den 1870er Jahren hatte er sich vom Befürworter des nationalliberalen Kompromisses zum linksliberalen Bismarck-Kritiker entwickelt, begleitet von allerlei öffentlich ausgetragenen Kontroversen.[34] Max Weber kannte somit aus eigener familiärer Anschauung und Erfahrung heraus die gesamten innerliberalen Streitigkeiten, als er die öffentliche Bühne wissenschaftlich-politischer Auseinandersetzungen betrat. Es kann deshalb nicht überraschen, dass auch seine wissenschaftlich daherkommenden Begriffsbildungen oft politisch aufgeladen waren. Bei seiner antagonistischen politischen Ethik war das sicher der Fall.

Heute ist „Realpolitik“ zum feststehenden Begriff geworden, der internationale Karriere gemacht hat und auch im Englischen ohne Übersetzung benutzt wird. Meist wird er – in trivialisierter Form – von Politikern oder Publizisten verwendet, die ihre eigenen Ansichten für „realistisch“ und pragmatisch halten, die ihrer Gegner jedoch für naiv und ideologisch. Für das Verständnis der liberalen Politik des 19. Jahrhunderts eignet sich die Wortschöpfung jedoch kaum. Und für die angemessene Bewertung der liberalen Akteure im Streit um das Indemnitätsgesetz taugt sie erst recht nicht. Wegen ihrer polemischen Imprägnierung sind komplementäre Schlagworte wie „Realpolitik“ und „Idealpolitik“ vielmehr dazu angetan, die Historiker zur Partei werden zu lassen in den alten Schlachten des Liberalismus.

33 Max Weber: Politik als Beruf. In: Ders: Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919. Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/17. Hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen u. Wolfgang Schluchter. Tübingen 1994, S. 35–88, hier S. 79–81.

34 Andreas Biefang: Der Streit um Treitschkes Deutsche Geschichte 1882/83. Zur Spaltung des Nationalliberalismus und der Etablierung eines national-konservativen Geschichtsbildes. In: HZ 262 (1996), S. 391–422.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Detlev Mares

„Virtuous realities". Empire und Außenpolitik bei liberalen Politikern im hochviktorianischen Großbritannien

Am 24. Juni 1872 hielt der konservative Oppositionsführer Benjamin Disraeli eine Rede vor der Wahlkreisorganisation seiner Partei, in der er die eigene Politik scharf von der Haltung der liberalen Regierung abgrenzte. Unter anderem sagte er:

> „If you look to the history of this country since the advent of Liberalism – some 40 years ago – you will find that there has been no effort so continuous, so subtle, supported by so much energy, and carried on with so much ability and acumen, as the attempts of Liberalism to effect the disintegration of the Empire of England. And, gentlemen, of all its efforts, this is the one which has been the nearest to success."[1]

Mit dieser Redepassage beanspruchte der konservative Parteiführer die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Empire gegenüber den Liberalen für seine eigene Partei. Zusammen mit dem Bekenntnis zu Krone, Kirche und Sozialreform war damit die Grundlage konservativer Politik umrissen, auf der die Partei in die Hochphase des Imperialismus im späten 19. Jahrhundert eintreten sollte.

Disraelis Kritik an der liberalen Empire-Politik hatte durchaus reale Gründe – so beseitigten liberale Administrationen im Nachgang zur Aufhebung der Korngesetze zwischen 1846 und 1853 auch die Navigationsakte und Gesetze zur handelspolitischen Bevorzugung von Kolonien („imperial preference"), die wesentlich für die konservativen Vorstellungen von imperialer Stabilität waren.[2] Im Kern jedoch ist Disraelis Rede ein Beispiel dafür, dass

1 Benjamin Disraeli: Speech at the Banquet of the National Union of Conservative and Constitutional Associations, at the Crystal Palace, on June 24, 1872. In: Helmut Viebrock (Hrsg.): Disraeli. Rede im Kristallpalast am 24. Juni 1872. Wiesbaden 1968, S. 1-8, hier S. 5.

2 Vgl. für die liberalen Maßnahmen Anthony Howe: Restoring free trade: the British experience, 1776-1873. In: Donald Winch/Patrick K. O'Brien (Hrsg.): The Political Economy of British Historical Experience 1688-1914. Oxford 2002, S. 193-213, hier bes. S. 205-207.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„rhetoric may be only loosely connected with the realities of policy".[3] Das Empire erschien bei Disraeli als ein konservatives Projekt, das in den Händen der Liberalen in seinem Bestand gefährdet sein müsse. Ungerührt blendete Disraeli die Tatsache aus, dass es immer wieder liberale Administrationen gewesen waren, in deren Amtszeiten maßgebliche Entscheidungen imperialer Expansion gefallen waren (und weiter fallen sollten). Auch ganz grundsätzlich war das imperiale Selbstverständnis der Briten liberal geprägt; vor sich selbst rechtfertigten die Viktorianer den Besitz eines Empire keineswegs mit dem brutalen Recht des Eroberers, sondern als Zivilisierungsmission, zu der gerade die kleine Inselgruppe am Rande des europäischen Kontinents durch die inhärente Größe („greatness") ihres Volkes und dessen liberalen Vorbildcharakter berufen sei. In den Worten der Politikwissenschaftlerin Eva Marlene Hausteiner: „Die Liberalität des Empire ist das argumentative Herzstück der imperialen Mission und konstituiert in der imperialen Theorie auch des späten 19. Jahrhunderts eine Norm, auf die die imperialen Akteure in imperiumstheoretischen Debatten immer wieder rekurrieren."[4]

Dennoch lässt sich Disraelis parteipolitische Inanspruchnahme des imperialen Gedankens nicht nur als rhetorische Verdrängung der politischen Realität abtun. Ihm war durchaus ein raffinierter politischer Schachzug gelungen, legte er den Finger doch geschickt in die Wunden des liberalen Ringens mit dem Empire. So sehr sich die Liberalen auch selbst versichern mochten, ihr imperiales Engagement diene dem Wohle der kolonisierten Völker, denen die Fähigkeit zur Selbstregierung in einem allmählichen Erziehungsprozess beigebracht werde, so spannungsbehaftet blieb doch die Beziehung zwischen den universalistischen Idealen des Liberalismus und der häufig exkludierenden imperialen Praxis. Im politischen Alltag agierte liberale Politik daher in Fragen der Kolonial- und Außenpolitik oft uneinheitlich und in sich widersprüchlich.[5]

Im Folgenden soll die liberale Haltung gegenüber dem Empire am Beispiel einiger führender liberaler Politiker der hochviktorianischen Zeit verdeutlicht werden; dabei sind auch Grundüberzeugungen zur Gestaltung von Außenpolitik zu berücksichtigen, da sie sich vielfach mit imperialen Fragen

3 So mit Bezug auf Disraelis Rede H. C. G. Matthew: Rhetoric and Politics in Great Britain, 1860-1950. In: P. J. Waller (Hrsg.): Politics and Social Change in Modern Britain. Essays presented to A. F. Thompson. Brighton 1987, S. 34-58, hier S. 50.

4 Eva Marlene Hausteiner: Greater than Rome. Neubestimmungen britischer Imperialität 1870-1914. Frankfurt/New York 2015, S. 253; zum Konzept der „greatness" vgl. ebd., S. 196-233, sowie Theodore Koditschek: Liberalism, Imperialism, and the Historical Imagination. Nineteenth-Century Visions of a Greater Britain. Cambridge 2011.

5 Vgl. Uday Singh Mehta: Liberalism and Empire. A Study in Nineteenth-Century British Liberal Thought. Chicago/London 1999; Bernard Semmel: The Liberal Ideal and the Demons of Empire. Theories of Imperialism from Adam Smith to Lenin. Baltimore/London 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

überschnitten. An Persönlichkeiten, die als Untersuchungsbeispiele dienen könnten, herrscht kein Mangel. Die Liberalen prägten den politischen Diskurs Großbritanniens im 19. Jahrhundert maßgeblich – selbst die Konservative Partei kam nicht umhin, in Regierungszeiten den grundlegenden liberalen viktorianischen Konsens aufrechtzuerhalten, insbesondere in Fragen der freihändlerisch orientierten Fiskal- und Außenhandelspolitik. Mit Gewinn ließe sich die kolonialpolitische Position bei bedeutenden liberalen Vordenkern untersuchen, so bei James Mill und seinem Sohn John Stuart Mill oder bei der anderen berühmten Vater-Sohn-Konstellation, Zachary Macaulay und Thomas Babington Macaulay. Diese Männer waren nicht nur führende Intellektuelle ihrer Zeit, sondern alle auch zumindest zeitweilig als koloniale Administratoren tätig, die „Söhne" fungierten zudem als Parlamentsabgeordnete.[6]

Im Folgenden sollen jedoch drei Politiker im Zentrum der Betrachtung stehen, die noch unmittelbarer als die genannten politischen Intellektuellen die Ausrichtung der Liberalen Partei bestimmten: der langjährige Außen- und Premierminister Lord Palmerston (Henry John Temple, 1784-1865), der Kopf des „Manchester-Liberalismus" Richard Cobden (1804-1865) und die beherrschende liberale Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts, William Ewart Gladstone (1809-1898). Obwohl Gladstone bis in die 1890er Jahre hinein die britische Politik prägte, führt die gemeinsame Betrachtung dieser drei Politiker zu einem Schwerpunkt auf den Jahren um die Mitte des 19. Jahrhunderts, da Palmerston und Cobden beide 1865 starben. Daher wird die hochimperialistische Phase ab den 1880er Jahren im Folgenden nur kurz gestreift; völlig ausgespart bleibt die Irland-Problematik, die eine Sonderbelastung für die liberale Selbstzufriedenheit darstellte, ebenfalls ab den 1880er Jahren die britische Politik dominierte und zur Spaltung der Liberalen Partei führte. Ausgespart bleiben damit auch eine jüngere Generation Empire-begeisterter Liberaler, wie Charles Dilke oder Joseph Chamberlain (der aus Protest gegen Gladstones Home-Rule-Politik gegenüber Irland die Liberal Party verließ), sowie die „Liberalen Imperialisten" des späten 19. Jahrhunderts.[7] Als Beispiel für die Haltung gegenüber dem Empire wird Indien im Mittelpunkt stehen, um die Argumentation zu fokussieren, die sonst im wahrsten Sinne des Wortes global angelegt sein müsste.

6 Vgl. Georgios Varouxakis: Liberty Abroad. J. S. Mill on International Relations. Cambridge 2013; Catherine Hall: Macaulay and Son. Architects of Imperial Britain. New Haven/London 2012.

7 Vgl. David Nicholls: The Lost Prime Minister. A Life of Sir Charles Dilke. London/Rio Grande 1995; Peter T. Marsh: Joseph Chamberlain. Entrepreneur in Politics. New Haven 1994; H. C. G. Matthew: The Liberal Imperialists. The ideas and politics of a post-Gladstonian élite. Oxford 1973. Zusammenfassend zum hier ausgesparten späten 19. Jahrhundert Detlev Mares: Goodbye Gladstone. Die Liberale Partei im spätviktorianischen Großbritannien 1886-1906. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 19 (2007), S. 137-162.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Aus der Dreiecksbeziehung der ausgewählten Politiker lassen sich die inhärenten Spannungen und Widersprüche der liberalen Position gegenüber Empire und Außenpolitik insgesamt wie in einem Brennglas erfassen. Dabei ist es verlockend, die drei Politiker zwischen „realistischen" und „idealistischen" Konzepten von Außen- und Kolonialpolitik zu verorten. Palmerston erscheint häufig als Erzrealist – ein bedenkenloser Machtpolitiker, der den britischen Interessen weltweit mit Hilfe der Royal Navy Geltung zu verschaffen wusste. Demgegenüber steht Cobden für einen freihändlerischen und friedliebenden Idealismus, der militärische Interventionen grundsätzlich in Frage stellte. Gladstone wiederum ist als großer Kommunikator in Erinnerung, der außenpolitische Entscheidungen aus moralischen, religiös fundierten Prinzipien zu begründen suchte. Er bildete einen wichtigen Bezugspunkt für die Forschung, als sie begann, die Abgrenzung von „realistischen" und „idealistischen" Formen von Außenpolitik seit den 1930er Jahren nicht zuletzt am britischen Beispiel zu entwickeln. Die historische Betrachtung stand dabei zunächst im Bann der gescheiterten Appeasement-Politik Chamberlains. Obwohl häufig als illusionär gescholten, galt diese einem frühen Vertreter des klassischen Realismus wie E. H. Carr noch als Beispiel realistischer Politik,[8] später regte sie die Suche nach den Ursprüngen des Appeasementgedankens an.[9] Mit diesem Frageinteresse landete die historische Forschung in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in dem die Trennung von „realistischen" und „idealistischen" Konzeptionen von Außenpolitik sich entwickelt habe.[10]

Die Präzisierung der Terminologie ist aber alles andere als einfach. Begriffe wie „Realismus" oder „Realpolitik" erfüllen in der Beschreibung von Außenpolitik unterschiedliche, nicht immer klar umrissene Funktionen.[11] Häufig bezeichnet „Realismus" als eine Art von „Realitätssinn" einfach nur die Orientierung am Machbaren, während die Gegenposition als illusionär

8 Vgl. Edward Hallett Carr: The Twenty Years' Crisis 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations. Reissued with a New Introduction and additional material by Michael Cox. Basingstoke 2001 (Originalausgabe: 1939), S. xx-xxii u. 191-203.

9 Vgl. Paul Kennedy: The Tradition of Appeasement in British Foreign Policy, 1865-1939. In: British Journal of International Studies 2 (1976), S. 195-215, wieder abgedruckt in: Ders.: Strategy and Diplomacy 1870-1945. Eight Studies. London 1983, S. 15-39 u. 221-223, hier bes. S. 19-25.

10 Vgl. Paul Kennedy: The Realities behind Diplomacy: Background Influences on British External Policy, 1865-1980. London/Boston/Sydney 1981.

11 Die systematische Auseinandersetzung mit der ursprünglichen Prägung des Begriffs „Realpolitik" durch August Ludwig von Rochau spielte bei seiner Übernahme in die englischsprachige Forschung und seiner Transformation zu „realism" keine wesentliche Rolle, vgl. zur Begriffsgeschichte John Bew: Realpolitik. A History. Oxford/New York 2016. Der Begriff wurde auf außenpolitische Zusammenhänge übertragen, ohne Rochaus innenpolitische Herleitung zu beachten, vgl. Ludwig August von Rochau: Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt/Berlin/Wien 1972 (Originalausgabe: 1853/1869).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

oder Träumerei abgetan wird; „Realismus“ präsentiert sich als pragmatisch, „Idealismus“ kann von dieser Warte aus als ideologisch kritisiert werden. Realisten akzeptieren Macht als Faktor der Politik, Idealisten stellen die Herrschaft des Rechts dagegen. Häufig wird der Realismusbegriff auch durch Rückgriff auf bestimmte Theorieangebote gefüllt, so mit dem Max Weber entlehnten Begriff der Verantwortungsethik, während die Gesinnungsethik tendenziell als „unrealistisch“ und damit als nicht machbar kategorisiert wird. Jenseits der historischen Verwendungskontexte bezeichnet der Begriff des „Realismus“ eine Schule der wissenschaftlichen Analyse außenpolitischen Denkens.[12] Mal anthropologisch, mal durch Strukturuntersuchungen des Staatensystems unterfüttert, gilt dabei macht- und interessengeleitetes Handeln gleichsam als naturgegebener Grundbaustein der Außenpolitik. Gegen diese Deutung werden Denkrichtungen gestellt, die als „idealistisch“ oder „internationalistisch“ bezeichnet werden und Ideen der zwischenstaatlichen Kooperation auf der Basis des Völkerrechts betonen. Aus den vielfältigen Formen der Begriffsverwendung – von der Kampfrhetorik politischer Akteure über die historische Beschreibung außenpolitischen Handelns bis hin zur Theorie der internationalen Beziehungen – kristallisiert sich als gemeinsamer Nenner die Vorstellung von der Existenz zweier unvereinbarer außenpolitischer Prinzipien heraus, die sich einer Präzisierung ihrer Konturen aufgrund des ständigen Wandels der Verwendungskontexte immer wieder entziehen.[13]

Eine solche Dichotomisierung unterschiedlicher außenpolitischer Denk- und Handlungsstile verdeckt jedoch die Verschränkungen, die sich in der politischen Praxis zwischen interessegeleiteten und moralisch begründeten Handlungsmotiven stets erkennen lassen. Kaum ein Staatsmann wird seine politischen Entscheidungen leichthin als unrealistisch präsentieren, kaum einer wird darauf verzichten, höhere Motive für die Verfolgung einer Interessenpolitik anzuführen. Diese enge Verwobenheit beider Aspekte prägte insbesondere die britische Außen- und Kolonialpolitik des 19. Jahrhunderts. Bei allen Auseinandersetzungen um Prinzipien und Legitimationsgründe verblieb diese letztlich innerhalb eines pragmatisch geprägten Rahmens. Der Sieg über Napoleon bekräftigte das Selbstverständnis der britischen Außenpolitik als Hüterin eines europäischen Gleichgewichts der Kräfte, die flexibel auf Machtverschiebungen innerhalb des Staatensystems zu reagieren ha-

12 Vgl. Carlo Masala: Realismus in den Internationalen Beziehungen. In: Ders./Frank Sauer (Hrsg.): Handbuch Internationale Beziehungen. Wiesbaden 2015 (DOI 10.1007/978-3-531-19954-2_4-1, abgerufen am 29.2.2016).

13 Für einen klassischen Versuch der Formulierung und Überwindung dieser Gegenüberstellung vgl. Arthur M. Schlesinger Jr.: National Interests and Moral Absolutes. In: Ders.: The Cycles of American History. London 1989, S. 69-86 u. 444-446 (ursprüngliche Fassung: 1971).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

be. Bereits 1826 bezeichnete Außenminister George Canning die „balance of power“ als „a standard perpetually varying, as civilization advances, and as new nations spring up, and take their place among established political communities […] Thus, while the balance of power continued in principle the same, the means of adjusting it became more varied and enlarged”.[14] Mit dieser richtungweisenden Formulierung verankerte Canning einen „realistischen” Grundzug in der britischen Außenpolitik, dessen Ausdeutung auch „idealistische” Erwägungen, insbesondere die Unterstützung konstitutioneller Regime in anderen Staaten, nicht ausschloss.

Auch die Existenz des Empire wurde bis weit ins 19. Jahrhundert hinein mit großer Selbstverständlichkeit akzeptiert; bei den Liberalen war die imperialistische Politik vor den 1880er Jahren „not […] the main divisive factor within the party“.[15] Dieser Grundkonsens schloss heftige innerparteiliche Diskussionen über außenpolitische Entscheidungen nicht aus, schuf aber einen gemeinsamen Referenzrahmen an Werten und Legitimationsmustern, in dessen Raum sich die Akteure im Regelfall bewegten. In der Betrachtung der außen- und kolonialpolitischen Haltungen und Handlungen der drei ausgewählten Politiker zeigen sich daher sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen der Realismus-Idealismus-Unterscheidung für die Erklärung liberaler Empire-Politik im hochviktorianischen Großbritannien.

1. Richard Cobden – der realistische Idealist

Seit der Agitation für den Freihandel in den 1840er Jahren bildete die Forderung nach Senkung von Zöllen und Handelshemmnissen, niedrigen Steuern und freiem Wettbewerb eine zentrale Säule im Gebäude des viktorianischen Liberalismus. Im Hinblick auf die Haltung zum Empire konnte sich die Wettbewerbsidee unterschiedlich auswirken. Für einen kolonialen Administrator wie Thomas Babington Macaulay legitimierte die Idee des freien Wettbewerbs konkrete Entscheidungen kolonialer Politik. So sprach er sich für eine bessere Versorgung indischer Schüler mit englischsprachigen Büchern aus, da durch deren Bevorzugung englischer Literatur gegenüber Schriften in Sanskrit faktisch der Wettbewerb entschieden habe, welche Art von Bildung in Indien favorisiert werde.[16] Die Berechtigung der imperialen Zivilisierungsmission war damit als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt und wurde durch diese Argumentation zusätzlich gestützt. Auch bei John Stuart Mill

14 Hansard: Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 16, 12. Dezember 1826, Sp. 396 f.
15 Matthew: The Liberal Imperialists (wie Anm. 7), S. 24.
16 Vgl. Zareer Masani: Macaulay. Britain’s Liberal Imperialist. London 2013, S. 100 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

rechtfertigte die Wettbewerbsidee koloniale Herrschaft. Er sah viele nichteuropäische Gesellschaften in Stagnation begriffen, weil ihnen der für das fortgeschrittenere Europa typische Wettstreit unterschiedlicher Ideen, Werte und Gruppen fehle. Ein wohlwollender Despotismus erschien ihm daher durchaus als Option, um stagnierende Gesellschaften auf den Weg des Fortschritts zu bringen.[17]

Deutlich anders war die Haltung Richard Cobdens. Er war seit der Kampagne gegen die Korngesetze bekannt als Verfechter von Markt- und Wettbewerbsideen und galt neben John Bright als führender politischer Kopf des „Manchesterliberalismus".[18] Doch zugleich zählte er zu den konsequentesten Empire-Skeptikern, der dessen Wert für die britische Gesellschaft in Briefen, Reden und Schriften in Frage stellte. Als exemplarisch für seine Argumentation kann seine Reaktion auf den Sepoy-Aufstand in Indien von 1857 gelten. Obwohl ihn die Nachrichten über die Ermordung von Frauen und Kindern durch die Aufständischen tief aufwühlten, sah Cobden die Ursache des Konflikts grundsätzlich in der britischen Politik gegenüber den Kolonien: „I have no faith in Englands destiny in the East.- I don't believe it is our mission to civilize or Christianise the population of India.- That has never been our honest object in going there."[19] Die hier am indischen Beispiel zum Ausdruck kommende Empire-Skepsis war durch ein Bündel von Argumenten begründet. So sah Cobden erstens keine vernünftige Legitimation für die Existenz des Raj: „I do not find any sanction for the principle that we can rule over a multitude of human beings, at the opposite side of the globe, six times as numerous as ourselves, differing from us in color, language & religion, & who submit to us only from necessity – I can find no sanction in reason or nature for such a principle."[20] Cobden erwartete, dass kommende britische Generationen für diese „unnatural rule" und „for our sins in the East" zur Rechenschaft gezogen werden würden "& that the greatest peril we as a generation bequeath to our children is in the inheritance of that Empire of which most of us are so proud".[21] Zweitens hielt Cobden sogar „in a commercial point of view" das britische Engagement in Indien für „a very bad speculation", da für alle dort aktiven jungen Männer lediglich „disappointment discomfort & impaired health" die Folge seien.[22] Nicht nur von einem moralischen, sondern gerade von einem handelspolitischen Standpunkt aus verur-

17 Vgl. Varouxakis: Liberty Abroad (wie Anm. 6), S. 101-144, bes. S. 110.
18 Zur Biographie vgl. Nicholas C. Edsall: Richard Cobden. Independent Radical. Cambridge, Mass./London 1986.
19 Anthony Howe/Simon Morgan (Hrsg.): The Letters of Richard Cobden. Vol. III: 1854-1859. Oxford 2012, S. 319 (Brief Richard Cobdens an John Benjamin Smith, 19.5.1857).
20 Ebd., S. 331 (Brief Richard Cobdens an Joseph Sturge, 1.7.1857).
21 Alle Zitate ebd.
22 Vgl. ebd., S. 334 (Brief Richard Cobdens an Joseph Sturge, 5.7.1857), Zitate ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

teilte Cobden die britische Anwesenheit in Indien und kam zu dem Schluss: „I don't believe in the possibility of our governing India with advantage to its people or ourselves". [23]

Statt kostspielig Kolonien zu erwerben und ihnen handelspolitische Vorzugskonditionen zu gewähren, plädierte Cobden für einen einseitigen Freihandel Großbritanniens, der anderen Staaten als Vorbild dienen und sich auf diese Weise global ausbreiten sollte. Die bestehenden Kolonien sollten sich selbst regieren dürfen und durch die Verantwortlichkeit für die eigenen Finanzen die Steuerlast der britischen Bevölkerung verringern.[24]

Die Freihandelsidee lag auch Cobdens außenpolitischen Grundsatzpositionen zugrunde, mündete sie doch in die Forderung nach Abrüstung und in die Propagierung einer prinzipiellen Friedenspolitik. In einer Rede attackierte er 1850 vehement die Existenz stehender Heere in Friedenszeiten, die das Land mit einer „ruinous taxation"[25] belasteten, obwohl keine wirkliche Gefahr durch Feinde drohe. Von Cobdens „financial point of view" [26] war eine Absenkung des Steuerniveaus Voraussetzung für die Schaffung von Wohlstand, so dass „there is a necessity for the people of this country to unite in supporting the principles of peace, as the only means of improving their temporal condition".[27] Fiskal-, Handels- und Friedenspolitik griffen in Cobdens Argumentation ineinander, war er doch überzeugt, dass „Free Trade would have the tendency to unite mankind in the bonds of peace".[28] Zur Lösung internationaler Konflikte empfahl er Schiedsgerichte und allgemeine Abrüstung. Doch auch eine moralische Ebene deutete sich neben der fiskal- und handelspolitischen Argumentation an. Im Gegensatz zum verbreiteten Klischee des rein gewinnmaximierend orientierten „Manchesterliberalismus" erklärte Cobden: „I say that no man has a right to lend money if he knows it is to be applied to the cutting of throats."[29] Dies war eine deutliche Kritik an der kreditfinanzierten Rüstungspolitik der Regierung. Zudem sprach sich Cobden entschieden gegen eine gewaltsame Durchsetzung britischer Handelsinteressen aus und beklagte „the miseries caused by violence and aggression, and too often perpetrated under the plea of benefiting tra-

23 Ebd., S. 348 (Brief Richard Cobdens an Joseph Sturge, 22.10.1857). Vgl. auch John Morley: The Life of Richard Cobden. London 1903 (Original: 1879), S. 669-672.
24 Vgl. Anthony Howe: The Manchester School and the British Empire. In: Martin Daunton/Yasunori Fukagai/Junichi Himeno (Hrsg.): British Empire, Social Integration and the History of Economic Thought. London 2018 (im Erscheinen).
25 Richard Cobden: Peace. Wrexham, November 14, 1850. In: John Bright/James E. Thorold Rogers (Hrsg.): Speeches on Questions of Public Policy by Richard Cobden, M.P., London 1878, S. 509-519, hier S. 510.
26 Ebd., S. 512.
27 Ebd., S. 510.
28 Ebd., S. 518.
29 Ebd., S. 517.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

de".[30] Gerade „as a Free-trader, I oppose every attempt to enforce a trade with other countries by violence or coercion".[31]

Cobdens Kritik an Empire und außenpolitischem Interventionismus ist also – anders als die berühmten späteren Imperialismus-Kritiken Hobsons oder Lenins – nicht gleichzeitig auch Kapitalismus-Kritik, sondern sie wollte gerade dem liberalen Marktgedanken durch Entkopplung von Expansionismus und imperialem Denken zum Durchbruch verhelfen.

Nicht zuletzt diese marktwirtschaftliche Ausrichtung weckte immer wieder Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Cobdens internationalistischer Orientierung. Für Marx dienten Cobdens außenpolitische Prinzipien nur dem Ziel, die Herrschaft der Bourgeoisie auf dem Weltmarkt zu gewährleisten.[32] Da Cobden zudem in vielen Äußerungen eher die Ausgestaltung imperialer Herrschaft als deren Existenz an sich geißelte, umgibt auch seine Empire-Skepsis nach Meinung mancher Kritiker ein Zwielicht.[33] Eher aber lassen sich die Grenzen seiner Kritik als „realistischer" Strang in Cobdens Denken interpretieren. In der Formulierung seiner Grundsatzpositionen verlor er Umsetzbarkeitsanforderungen nicht aus dem Blick – Cobden selbst betonte, seine Vorstellungen seien keine idealistischen Träumereien, sondern böten „practical remedies"[34] zur Verhinderung oder Lösung außenpolitischer Konflikte. Anders als für die meisten seiner Zeitgenossen war für ihn die Auflösung des Empire zumindest denkbar, wenngleich kein unmittelbares politisches Ziel.[35]

In seinen späten Jahren verstärkte sich der „realistische" Zug bei Cobden sogar noch: Der von ihm und Michel Chevalier 1860 ausgehandelte Handelsvertrag zwischen Großbritannien und Frankreich akzeptierte die Vorstellung, dass ökonomische Interessen von Staaten durch bilaterale Vereinbarungen gefördert werden konnten. Dies bedeutete eine Abkehr von Cobdens ur-

30 Ebd., S. 518.

31 Ebd.

32 Vgl. Detlev Mares: 'Not Entirely a Manchester Man'. Richard Cobden and the Construction of Manchesterism in Nineteenth-Century German Economic Thinking. In: Anthony Howe/Simon Morgan (Hrsg.): Rethinking Nineteenth-Century Liberalism. Richard Cobden Bicentenary Essays. Aldershot 2006, S. 141-160, hier S. 158.

33 Vgl. Gregory Claeys: Imperial Sceptics. British Critics of Empire, 1850-1920. Cambridge 2010, S. 28-33; für frühe Kritiker vgl. Frank Trentmann: Free Trade Nation. Commerce, Consumption, and Civil Society in Modern Britain. Oxford 2008, S. 265-267. Zur Internationalismus-Frage allg. Keith Robbins: Richard Cobden: The International Man. In: Howe/Morgan (Hrsg.): Rethinking Nineteenth-Century Liberalism (wie Anm. 32), S. 177-188.

34 Cobden: Peace (wie Anm. 25), S. 512. Schon der demokratische Publizist Jakob Venedey hatte Cobden 1864 zu den „Idealpolitikern" gerechnet, denen es gelinge, ihre Ideale in „Realpolitik" zu überführen, vgl. Bew: Realpolitik (wie Anm. 11), S. 50 f.

35 Vgl. Anthony Howe: Free trade and global order: The rise and fall of a Victorian vision. In: Duncan Bell (Hrsg.): Victorian visions of global order. Empire and international relations in nineteenth-century political thought. Cambridge/New York 2007, S. 26-46, hier S. 31 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sprünglicher Hoffnung, eine einseitige britische Freihandelspolitik könne durch ihr bloßes Vorbild andere Staaten zur Handelsöffnung bewegen. Der Cobden-Chevalier-Vertrag leitete eine Reihe weiterer internationaler Handelsvereinbarungen ein – die realistische Anpassung entpuppte sich auf diese Weise als Initialzündung, die zur weltweiten Verbreitung von Cobdens Idealen beitrug.[36]

Eingesetzt worden zum Unterhändler mit Frankreich war Cobden durch den Premierminister, Lord Palmerston. Es könnte kaum ein beredteres Zeugnis für Cobdens Pragmatismus geben als diese punktuelle Zusammenarbeit, denn ansonsten galt ihm Palmerston als Verkörperung einer Politik, die seinen eigenen Vorstellungen grundsätzlich zuwiderlief.

2. Lord Palmerston – der Moralisierer der Macht

Für Cobden war das Empire in einer Welt des Freihandels entbehrlich. Doch die britische Politik um die Mitte des 19. Jahrhunderts zeigte ein anderes Gesicht: Empire und Freihandelsideologie gingen Hand in Hand. In einem bahnbrechenden Aufsatz haben die Cambridge-Historiker John Gallagher und Ronald Robinson 1953 darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, die von Großbritannien direkt verwalteten Kolonien zu betrachten, um das Wesen des Empire zu verstehen. Dieses sei vielmehr von informeller Einflussnahme in vielen Teilen der Welt gekennzeichnet gewesen.[37] Nicht die Eroberung von Territorien, sondern schwächeren Staaten aufgezwungene Freundschafts- und Freihandelsverträge waren von Lateinamerika bis China das bevorzugte Mittel britischer Machtausübung.[38] Verkörpert wurde diese machtgestützte Handelspolitik durch Lord Palmerston, der sich seit 1807 immer wieder in der Regierungsverantwortung befand, davon zwischen 1830 und 1851 mehrfach als Außen- und von 1855 bis 1865 (mit einer kurzen Unterbrechung) als Premierminister.

Auch Palmerston war überzeugt von den Segnungen des Freihandels. Er hatte als junger Mann auf Bildungstour in Schottland die Ideen Adam Smiths kennengelernt und sah im Freihandel eine wichtige Quelle des briti-

36 Vgl. Anthony Howe: Free Trade and Liberal England 1846-1946. Oxford 1997, S. 92-105; Peter T. Marsh: Bargaining on Europe. Britain and the First Common Market, 1860-1892. New Haven 1999.

37 John Gallagher/Ronald Robinson: The Imperialism of Free Trade. In: The Economic History Review 6 (1953), S. 1-15, deutsche Übersetzung: Der Imperialismus des Freihandels. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Imperialismus. 3. Aufl. Königstein 1979, S. 183-200. Dieser Ansatz hat sich heute trotz mancher Detailkritik in der Empire-Forschung weitgehend durchgesetzt, vgl. z. B. John Darwin: Das unvollendete Weltreich. Aufstieg und Niedergang des Britischen Empire 1600-1997. Frankfurt/New York 2013.

38 Gallagher/Robinson: Imperialismus des Freihandels (wie Anm. 37), S. 188 u. 194.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schen Wohlstands. Im Unterschied zu Cobden verband er den Freihandel aber mit der Idee von der Überlegenheit der britischen Zivilisation und der daraus abgeleiteten britischen Selbstverpflichtung, „unzivilisierte“ Länder auf den Pfad des Fortschritts zu bringen. Im Jahr 1842 erklärte er im Parlament, „that the exchange of commodities may be accompanied by the extension and diffusion of knowledge - by the interchange of mutual benefits engendering mutual kind feelings - multiplying and confirming friendly relations” und „that commerce may freely go forth, leading civilisation with one hand, and peace with the other, to render mankind happier, wiser, better“.[39] Der freie Handel versprach nicht nur Wohlstand und die Befriedigung britischer Interessen, sondern er sollte Frieden, eine Ausbreitung der Zivilisation und einen Drang hin zu konstitutionellen Regierungen auslösen. Dabei präsentierte Palmerston die Aufgabe Englands als helfende Hand:

> „Our duty - our vocation - is not to enslave, but to set free; and I may say, without any vain-glorious boast, or without great offence to any one, that we stand at the head of moral, social, and political civilization. Our task is to lead the way and direct the march of other nations. I do not think we ought to goad on the unwilling, or force forward the reluctant; but when we see a people battling against difficulties and struggling against obstacles in the pursuit of their rights, we may be permitted to encourage them with our sympathy and to cheer them with our approbation; and even, if occasion require, to lend them a helping hand, and bear them up against the difficulties that have beset them.“[40]

Palmerstons Zivilisierungsdenken machte ihn zum entschiedenen Gegner der Sklaverei. Nach deren Abschaffung im britischen Empire nutzte er die Royal Navy, um Sklaventransporte aus anderen Ländern aufzubringen und zu vereiteln.[41]

Palmerstons besonderes politisches Talent bestand allerdings darin, die hier skizzierte Prinzipiengrundlage seiner Außenpolitik geschickt mit der Verteidigung britischer Handels- und Sicherheitsinteressen in Einklang zu bringen. Die britische Politik sollte sich an die Standards des zwischen den Völkern geltenden Rechts halten, allerdings nur solange nationale britische Interessen davon nicht beeinträchtigt wurden. Sobald dies passierte, beanspruchte Palmerston für sein Land das Recht auf „interference“, also die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten bis hin zur militärischen Intervention. Auch wenn der Einsatz dieses Instruments kein Automatismus sein sollte, wich die damit verbundene Vorstellung des Freihandels eklatant

39 Hansard: Parliamentary Debates, House of Commons, 3. Reihe, Bd. 60, 16. Februar 1842, Sp. 619.
40 Ebd., Bd. 93, 5. Juli 1847, Sp. 1212 f.
41 Vgl. John Oldfield: Palmerston and Anti-Slavery. In: David Brown/Miles Taylor (Hrsg.): Palmerston Studies II. Southampton 2007, S. 24-38.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von Cobdens Erwartung einer friedlichen Handelsvernetzung der Welt ab; hinter den Handelsbeziehungen stand bei Palmerston deren Durchsetzung durch die Regierung: „It is the business of Government to open and secure the roads for the merchant.“[42] Gregory Barton fasst die unterschiedlichen Stränge in Palmerstons Denken prägnant zusammen: „This formula made his policies pragmatic: they appealed to higher ideals and yet almost always had a practical payoff for British power and trade. This Janus-faced policy – one face looking toward fair play and openness, the other toward self-interest and power – set a new standard for leadership in modern democracies in the future.“[43]

Zahlreiche Beispiele zeugen von Palmerstons Flexibilität im Umgang mit den von ihm selbst propagierten Prinzipien. So war er trotz seiner Sympathien für konstitutionelle Regierungen „no crusader for constitutionalism abroad“, sondern setzte statt direkter Unterstützung demokratischer Revolutionen auf die allmähliche Durchsetzungskraft des als vorbildhaft verstandenen britischen Verfassungsmodells.[44] Auf diese Weise sollte eine Balance von Prinzip und Pragmatismus erreicht werden, solange keine nationalen Interessen auf dem Spiel standen:

> „I hold that the real policy of England - apart from questions which involve her own particular interests, political or commercial - is to be the champion of justice and right; pursuing that course with moderation and prudence, not becoming the Quixote of the world, but giving the weight of her moral sanction and support wherever she thinks that justice is, and wherever she thinks that wrong has been done.“[45]

Palmerstons ehrliche Abscheu gegenüber der Sklaverei hinderte ihn nicht daran, sein Land weitgehend aus dem Amerikanischen Bürgerkrieg herauszuhalten, statt nach der Verkündung der Emanzipation die Nordstaaten zu unterstützen. Die britische Textilindustrie war auf die Baumwolle der Südstaaten angewiesen – für Palmerston Grund genug, ein klares Bekenntnis zu einer der Bürgerkriegsparteien zu vermeiden.[46] Auch in seiner Politik gegenüber China setzten sich Handelsinteressen gegenüber moralischen Erwägungen durch. Ein Ziel der Opiumkriege war die Durchsetzung des offenen Handels mit dem Reich der Mitte – trotz der verheerenden sozialen Folgen, die das Opium in China hatte.

42 Palmerston an Auckland (22.1.1841), zit. nach: Ronald Robinson/John Gallagher/Alice Denny: Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism. London 1961, S. 5.
43 Gregory Barton: Lord Palmerston and the Empire of Free Trade. Boston 2012, S. 39.
44 Vgl. E. D. Steele: Palmerston and Liberalism, 1855-1865. Cambridge 1991, S. 247, Zitat ebd.
45 Hansard: Parliamentary Debates, House of Commons, 3. Reihe, Bd. 97, 1. März 1848, Sp. 122.
46 Vgl. Oldfield: Palmerston (wie Anm. 41), S. 34 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Palmerstons spezifische Mischung aus universalen Prinzipien und kühler „Realpolitik" entsprach den Erwartungen einer britischen Öffentlichkeit, die gerne an die moralische Überlegenheit der eigenen Zivilisation glaubte, diese aber auch global verbreitet sehen wollte. Palmerstons Politik bot die Befriedigung dieser Wünsche und machte ihn zu einem Liebling der britischen Presse. Diese trug dazu bei, ihm eine Popularität zu sichern, die er wiederum als politisches Kapital in Regierung und Parlament einsetzen konnte. Palmerston gelang es, durch den Appell an den patriotischen Stolz und das Selbstwertgefühl seiner Landsleute, militärischen Interventionen eine breite öffentliche Unterstützung zu sichern, die im zunehmend demokratisierten Gemeinwesen unverzichtbar, aber keine Selbstverständlichkeit war.[47]

Richard Cobden verabscheute diese Politik Palmerstons. Dem Manchester-Liberalen erschien die Palmerstonsche Welt der Diplomatie als ein Netzwerk aristokratischen Geschachers. Rüstung und imperiale Patronage waren für Cobden nichts anderes als Instrumente der alten Aristokratie, sich Einfluss und Einkünfte zu verschaffen und durch korrupte Netzwerke sowie die Irreführung der öffentlichen Meinung abzusichern.[48] Die von Cobden propagierte Friedenspolitik, die Ausgaben für das Militär und damit hohe Steuern überflüssig machen sollte, präsentierte somit einen völlig anderen Ansatz als Palmerstons Art von Realpolitik. Selbst die Gemeinsamkeiten, die sich zwischen beiden feststellen lassen, verlangen meist sofort wieder nach Differenzierungen:

Zum einen verfochten zwar beide die Freihandelsidee, diese erhielt aber bei Cobden eine soziale Stoßrichtung, die bei Palmerston fehlte. Dies meint nicht nur die Verbilligung der Lebensmittel für die Arbeiterschaft, die ein wesentliches Argument der Anti-Corn-Law-League gewesen war, sondern vor allem den Angriff auf die traditionelle Oberschicht und den Landbesitz als die Grundlage ihres Reichtums.[49]

Zum anderen waren sowohl Cobden als auch Palmerston keine glühenden Verfechter des Empire. Während aber Cobden dessen Legitimität in Zweifel zog, war es für Palmerston ein Instrument der Außenpolitik, das Großbritanniens Stellung im Gleichgewicht der Mächte sichern und als Zivilisierungs-

47 Zu den innenpolitischen Rückkopplungen der Außenpolitik Palmerstons vgl. Steele: Palmerston (wie Anm. 44), S. 214-241; David Brown: Palmerston and the Politics of Foreign Policy 1846-55. Manchester 2002; für den breiteren Kontext des liberalen Patriotismus Jonathan Parry: The Politics of Patriotism. English Liberalism, National Identity and Europe, 1830-1886. Cambridge 2006.

48 Zur Tradition der englischen Korruptionskritik vgl. Jens Ivo Engels: Die Geschichte der Korruption. Von der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2014, S. 239-245; zum Verhältnis der beiden Politiker Anthony Howe: Two Faces of British Power: Cobden versus Palmerston. In: Brown/Taylor (Hrsg.): Palmerston Studies II (wie Anm. 41), S. 166-192.

49 Vgl. Howe: Manchester School (wie Anm. 24).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

instrument wirken sollte. Beispielsweise zeigte Palmerston – ähnlich wie Cobden – kein ausgeprägtes Interesse an der britischen Herrschaft über Indien. Während Cobden diese aber aus moralischen und ökonomischen Gründen grundsätzlich kritisch sah, war der Subkontinent für Palmerston wichtig als Basis im Great Game, dem Ringen mit Russland um Einfluss im Nahen und Mittleren Osten. Die Faszination, die Indien auf viele Zeitgenossen ausübte, blieb ihm dabei fremd. Bezeichnenderweise reagierte er recht gelassen, als die Nachrichten vom Sepoy-Aufstand 1857 eintrafen. Ihm schien es wichtiger zu sein, seine Regierung in dieser Situation vor Vorwürfen des Missmanagements zu bewahren, als Überlegungen zur Klärung der Lage vor Ort anzustellen.[50] Als in Folge des Aufstands die Herrschaft der East India Company 1858 beendet und Indien unmittelbar der britischen Krone unterstellt wurde, sah Palmerston darin vor allem die Gelegenheit, die militärischen Ressourcen des Subkontinents für die britische Regierung verfügbar zu machen und Großbritanniens traditionelle Vorherrschaft zur See durch nennenswerte Landstreitkräfte zu ergänzen.[51] Dieser abwägende Blick auf den pragmatischen Nutzen der Kolonie Indien für die britische Weltmachtstellung unterscheidet sich fundamental von Cobdens grundsätzlicher Skepsis gegenüber imperialer Herrschaft.

Palmerston erscheint daher als Meister des Managements von Öffentlichkeit und Diplomatie, indem er universale Ansprüche und Interessenpolitik rhetorisch gleichermaßen beschwor, auch wenn nach Ansicht eines Verächters seiner Politik, wie Cobden es war, im praktischen Handeln die „Realpolitik“ allzu oft die Oberhand gewann. Derselben Kritik sah sich auch William Ewart Gladstone ausgesetzt, als er moralische Prinzipien und Realitätsanforderungen in Einklang zu bringen suchte.

3. William Ewart Gladstone – der idealistische Realist

Gladstones lange, fast das gesamte 19. Jahrhundert umspannende politische Karriere ist kaum auf einen schlichten Nenner zu bringen – zentral für sein Fortleben in Debatten zur Gestaltung der internationalen Politik ist aber sein Image als Verfechter moralischer Prinzipien in der Außen- und Kolonialpolitik. Anders als Cobden, der nie ein Regierungsamt innehatte, und anders als Palmerston, der nationale Interessen moralisierte, suchte er nach Strukturen

50 Vgl. Douglas M. Peers: “He has a jolly way of looking at disasters”: Palmerston and India in the mid-nineteenth century. In: Brown/Taylor (Hrsg.): Palmerston Studies II (wie Anm. 41), S. 119-143, hier bes. S. 137.

51 Ergänzend zu dieser groben Skizze vgl. zu Palmerstons Haltung gegenüber Indien im Umfeld des indischen Aufstands Steele: Palmerston (wie Anm. 44), S. 333-349.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

internationaler Kooperation, die eine moralischen Prinzipien entsprechende Außenpolitik ermöglichen sollten.

Gladstones fortwirkendes Ansehen beruht nicht zuletzt auf den Ansprüchen an eine neue Form von Außenpolitik, die er 1876 in einer Agitation gegen das Vorgehen des Osmanischen Reiches in Bulgarien und 1879 auf einer Vorwahlkampfreise durch Schottland („Midlothian campaign") formulierte. In der ersten der „Midlothian speeches" distanzierte er sich in erhebenden Worten von der imperialen Expansionspolitik des amtierenden konservativen Premiers Disraeli[52], implizit verabschiedete er sich damit aber auch vom patriotischen Interventionismus Palmerstons. Gladstone erklärte,

> „the great duty of a Government, especially in foreign affairs, is to soothe and tranquillize the minds of the people, not to set up false phantoms of glory which are to delude them into calamity, not to flatter their infirmities by leading them to believe that they are better than the rest of the world, and so to encourage the baleful spirit of domination; but to proceed upon a principle that recognizes the sisterhood and equality of nations, the absolute equality of public right among them; above all, to endeavour to produce and to maintain a temper so calm and so deliberate in the public opinion of the country, that none shall be able to disturb it."[53]

In seiner dritten Rede konkretisierte er diesen Ansatz zu sechs „right principles of foreign policy", die stichwortartig lauten: „Just legislation and economy", „To preserve peace", „To maintain the concert of Europe", „To avoid needless engagements", „To acknowledge the equal rights of all nations", „A love of freedom".[54]

Gladstones Rhetorik entfaltete eine fulminante Wirkung, deutete sie doch einen grundlegenden Politikwandel an. Zur Debatte standen in den Worten des Redners keine Einzelfragen mehr, sondern problematisiert wurde „a whole system of Government".[55] Gladstone appellierte an das in seinen Entscheidungen freie englische Volk, sich von der Politik imperialer Expansion zu distanzieren, damit deren Fehler nicht von der Verantwortlichkeit Disraelis in die des Volkes selbst übergingen.[56]

In den Reden der „Midlothian campaign" ist alles enthalten, was die Inszenierung des späten Gladstone als „Grand Old Man" der britischen Politik

52 Zu Gladstones Kritik an der Empire-Politik Disraelis vgl. Peter Cain: Radicalism, Gladstone, and the liberal critique of Disraelian 'imperialism'. In: Bell (Hrsg.): Victorian visions (wie Anm. 35), S. 215–238.
53 William Ewart Gladstone: Midlothian Speeches 1879. With an Introduction by M. R. D. Foot. New York 1971 (Nachdruck der Buchausgabe von 1879), S. 37.
54 Ebd., S. 115-117.
55 Ebd., S. 50.
56 Vgl. ebd., S. 57.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ausmachte:[57] der direkte Appell an das Volk als moralischer Instanz, das Bekenntnis zu einer Friedenspolitik mit Augenmaß, Zurückhaltung bei militärischen Interventionen, die – wenn sie unvermeidbar waren – im Zusammenwirken mit anderen Mächten und unter Achtung des internationalen Rechts durchgeführt werden sollten.[58] Anders als Cobden verwarf Gladstone also nicht rundheraus das Recht auf militärische Intervention, anders als Palmerston verlegte er dies aber vom einzelnen Staat in die Hände des „Concert of Europe". Dieses „Konzert" wurde zwar von den großen europäischen Mächten gespielt,[59] aber laut Gladstone nicht aufgrund ihrer militärischen Macht, sondern aufgrund der ihnen zugeschriebenen besonderen moralischen Autorität als Handlungsträger einer christlichen Gemeinschaftsidee.[60] Abgesehen vielleicht von der theologisch gefärbten Begründung[61] lässt sich Gladstones Position nach Meinung mancher Autoren als „liberal realist" einstufen; im Unterschied zu einer klassisch-realistischen Position, nach der die Stabilität der internationalen Ordnung allein auf Machtressourcen beruht, wollte Gladstone die internationale Ordnung durch diplomatische Normen und Einrichtungen wie das „Concert of Europe" absichern.[62] Manchen politischen Beobachtern gilt er damit als ein Vorläufer Woodrow Wilsons und der Idee eines Völkerbundes als höchster Instanz internationaler Politik.[63]

Nach den großen Grundsatzreden der Vorjahre trat Gladstone 1880 seine zweite Amtszeit als Premierminister unter großen Erwartungen an. Tatsächlich suchte er sich an den selbstformulierten Prinzipien zu orientieren.[64] Der russische Botschafter in Berlin, Pjotr Saburov, bezeichnete Gladstones Willen zum Agieren im Rahmen eines Konzerts europäischer Mächte leicht

57 Zur medialen Präsentation des späten Gladstone vgl. Detlev Mares: Die visuelle Inszenierung des modernen Politikers. William Ewart Gladstone in der "Illustrated London News". In: Lutz Raphael/Ute Schneider (Hrsg.): Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper. Frankfurt u. a. 2008, S. 309-330.

58 Gladstones Position wurde daher als "moderate interventionism" charakterisiert, vgl. Martin Ceadel: Gladstone and a Liberal Theory of International Relations. In: Peter Ghosh/Lawrence Goldman (Hrsg.): Politics and Culture in Victorian Britain. Essays in Memory of Colin Matthew. Oxford 2006, S. 74-94, hier S. 94.

59 Zum Europäischen Konzert vgl. allg. Henry Kissinger: Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik. Berlin 1996, S. 79-175.

60 Vgl. Ceadel: Gladstone (wie Anm. 58), S. 80.

61 Zur religiösen Fundierung der außenpolitischen Prinzipien Gladstones vgl. Deryck M. Schreuder: Gladstone's 'Greater World': Free Trade, Empire and Liberal Internationalism. In: Roland Quinault/Roger Swift/Ruth Clayton Windscheffel (Hrsg.): William Gladstone. New Studies and Perspectives. Farnham 2012, S. 267-290; Cain: Radicalism (wie Anm. 52), S. 227. Allg. Richard Shannon: Gladstone: God and Politics. London/New York 2007.

62 Ich paraphrasiere hier: Ceadel: Gladstone (wie Anm. 58), S. 79.

63 Vgl. Kissinger: Vernunft (wie Anm. 59), S. 169 f.

64 Schon in seiner ersten Amtszeit hatte er eine entsprechende Haltung gezeigt, z. B. durch die schiedsgerichtliche Klärung der „Alabama claims", vgl. Richard Shannon: Gladstone. Heroic Minister. 1865-1898. London 1999, S. 113 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

spöttelnd als die Verwirklichung von Philosophenträumen, Bismarck sprach unverblümter vom „verrückten Professor“.[65]

In der Tat stießen Gladstones Ideale in der Umsetzung rasch an Grenzen. Die Anforderungen des Regierungsamtes zwangen ihn zu Kompromissen und Entscheidungen, die seinen ursprünglichen Neigungen widersprachen: „His executive role countervailed his inclinations and ultimate anticipations.“[66] Zum einen scheiterte bereits sein kurz nach Regierungsantritt unternommener Versuch, das Osmanische Reich mit Hilfe des Europäischen Konzerts zur Einhaltung der Bestimmungen des Berliner Vertrags zu zwingen, da nicht alle Großmächte mitzogen.[67] Zum anderen standen bei allen außenpolitischen Entscheidungen neben den politischen Willensbekundungen des Premiers Fragen der politischen Durchsetzbarkeit seiner Position gegenüber Kabinettskollegen, Parlament und Öffentlichkeit.

Zum Testfall wurde 1882 ein Aufstand nationalistischer Offiziere im von Briten und Franzosen kontrollierten Ägypten des Khediven, also des Vizekönigs, der relativ unabhängig von Konstantinopel agierte. Gladstones Leitlinie, Ägypten den Ägyptern zu überlassen, wurde rasch verwässert, galt es doch, die Finanzinteressen am Suez-Kanal, den Seeweg nach Indien und die politische Ordnung im nördlichen Afrika aufrechtzuerhalten, zudem ein über die Irlandfrage zerstrittenes Kabinett zusammenzuhalten.[68] Im Juli 1882 ließ sich Gladstone sogar guten Gewissens zur Bombardierung Alexandrias durch die Royal Navy bewegen, was den vom Premierminister enttäuschten Pazifisten John Bright zum Verlassen des Kabinetts veranlasste. Selbst wenn Gladstone es nicht beabsichtigt haben sollte, bildete die Intervention den Auftakt zu einer jahrzehntelangen britischen Militärpräsenz in Ägypten.

Dieses Beispiel führte der Welt vor Augen, dass auch Gladstones auf moralische Prinzipien gegründete Außenpolitik in der Praxis nicht notwendigerweise von der seiner Vorgänger oder anderer europäischer Staatsmänner abwich – wo lag der Unterschied zum Agieren Bismarcks, dessen „kompliziertes Gleichgewichtswerk“ das prononcierteste Gegenmodell zu Gladstones Vision des Europäischen Konzerts darstellte?[69] Auch unter Gladstone nutzte die britische Politik weiterhin informelle Möglichkeiten der Einflussnahme in anderen Staaten, griff aber direkt vor Ort ein, wenn dies erforderlich zu

65 Vgl. ebd., S. 255 u. 266; Otto Pflanze: Bismarck: Der Reichskanzler. München 1998, S. 345.
66 H. C. G. Matthew: Gladstone 1875-1898. Oxford 1995, S. 126.
67 Pflanze: Bismarck (wie Anm. 65), S. 346-348.
68 Matthew: Gladstone (wie Anm. 66), S. 130-149.
69 Vgl. Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995, S. 112 f., hier S. 113; Paul W. Schroeder: Gladstone as Bismarck. In: Canadian Journal of History 15 (1980), S. 163-195; James Stone: Bismarck versus Gladstone. Regime Change and German Foreign Policy, 1880-1885. In: Historische Mitteilungen 23 (2010), S. 167-200.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sein schien.[70] Schon in den Jahrzehnten zuvor hatte jede der Regierungen, an denen Gladstone als Minister beteiligt gewesen war, imperiale Expeditionen und Strafaktionen durchgeführt[71]; im Unterschied zu Cobden hatte Gladstone bereits wie Palmerston den Krimkrieg unterstützt. Cobden selbst, der Anfang der 1860er Jahre eine engere Zusammenarbeit mit Gladstone suchte, erkannte die Doppelbödigkeit in Gladstones politischem Handeln. In einem Brief an seinen Freund John Bright schrieb er 1861 über Gladstone:

> „He is the only first class official that has high & disinterested aspirations in political affairs. – But then he *is* an official, & intends to be so. – And what sacrifices nay what moral deterioration does this imply! – Remember that he has twice gone through the process of administering to Chinese wars after he had stirred the world with his eloquent denunciations of their iniquitous origin – Could you or I do this for the sake of office?“[72]

In den Augen mancher Beobachter blieb auch Gladstones spätere Betonung des „Konzerts“ in entscheidenden Momenten Rhetorik und „Europe became a fig leaf to cover the nakedness of Empire“,[73] denn Gladstones Haltung gegenüber dem britischen Weltreich blieb ambivalent: Er war beileibe kein feuriger Imperialist, so dass die eingangs zitierte Kritik Disraelis an der angeblichen liberalen Demontage des Empire ihn durchaus einbezog; doch selbst wenn Gladstone seinerseits die imperiale Expansion unter Disraeli kritisierte,[74] so strebte er keine Abkehr von der imperialen Rolle Großbritanniens an: „In short, while Gladstonianism moralised the meaning of imperialism, Liberal politics never sacrificed empire-trusteeship for rhetoric.“[75]

Wie Eugenio Biagini gezeigt hat, entsprach Gladstones Haltung gegenüber dem Empire seinen innenpolitischen Reformbestrebungen: So wie er in den 1860er Jahren bereit war, den für verantwortungsbewusst erklärten Teilen der Arbeiterschaft durch die Ausweitung des Wahlrechts politische Partizipation zuzugestehen, so konnten die Kolonien mit größeren Freiräumen der Selbstregierung rechnen, wenn die dortigen Gesellschaften sich als fähig zum rationalen politischen Diskurs erwiesen.[76] Dies lässt sich an seiner Hal-

70 Vgl. Gallagher/Robinson: Imperialismus des Freihandels (wie Anm. 37), S. 185 u. 195.
71 Vgl. Matthew: Gladstone (wie Anm. 66), S. 123.
72 Anthony Howe/Simon Morgan (Hrsg.): The Letters of Richard Cobden. Vol. IV: 1860-1865. Oxford 2015, S. 210 (Brief Richard Cobdens an John Bright, 14.10.1861). Ausführlich zum Verhältnis der beiden Politiker Anthony Howe: Gladstone and Cobden. In: David Bebbington/Roger Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays. Liverpool 2000, S. 113-132.
73 Shannon: Gladstone (wie Anm. 64), S. 305.
74 Gladstone: First Midlothian Speech (wie Anm. 53), S. 46-48.
75 Schreuder: Gladstone's 'Greater World' (wie Anm. 61), S. 279.
76 Eugenio Biagini: Exporting ‚Western & Beneficient Institutions‘: Gladstone and Empire, 1880-1885. In: Bebbington/Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 72), S. 202-224, hier S. 218 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tung gegenüber Indien zeigen. Hier sah er weniger britische Interessen als britisches Pflichtbewusstsein bei einer Zivilisierungsmission gefragt:[77] Die britische Präsenz in Indien sollte „profitable to Indian nations" und von diesen auch als vorteilhaft erkennbar sein.[78] Die von seiner Regierung initiierten Reformmaßnahmen auf dem Subkontinent – so die verstärkte Beteiligung von Indern an Lokalverwaltung und Rechtsprechung – sollten ausdrücklich der politischen Erziehung der Inder zu eigenverantwortlichem Handeln dienen.[79] Es überrascht daher nicht, dass die Anfänge der nach der Unabhängigkeit lange die indische Politik beherrschenden Kongress-Partei in Gladstones Amtszeit fielen.

Insgesamt bietet Gladstone das Beispiel für den Versuch, moralische Prinzipien als Leitlinie der Außen- und Kolonialpolitik zu etablieren, auch wenn die Praxis häufig Kompromisse erforderlich machte. Die von ihm gefundene Mischung aus idealistischen Motiven und realpolitischer Praxis kann daher durchaus als vorausweisend für internationalistische Ordnungsgedanken, wie die Völkerbundidee, gesehen werden; ebenso gut lassen sich darin aber zeittypische Grenzen erkennen. So wirkte Gladstones Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der Nationen zwar universalistisch, blieb in der Praxis aber auf Europa und die großen Mächte des Europäischen Konzerts bezogen.[80]

Schon von Zeitgenossen wurde Gladstone teils als Heuchler angegriffen, teils als Wegweiser in eine neue Ära politischen Handelns gefeiert. In seinem Bestreben, moralische Prinzipien und Anforderungen der Machtpolitik miteinander in Einklang zu bringen, rang er in jedem Fall in besonders offensichtlicher Weise mit einer Kernfrage viktorianischer liberaler Außen- und Kolonialpolitik: War eine moralischen Ansprüchen genügende Gestaltung der politischen Realität möglich?

4. „Virtuous realities"

Im Jahr 1857 zog Cobden eine ernüchterte Bilanz des Verhältnisses von materiellem Wohlstand und moralischer Verantwortlichkeit seines Landes:

> „As a nation I think we are less ‚up' morally to our political & Economical elevation than we ever were.- It is true that we have made greater progress in wealth & prosperity during the present generation than at any former period of our history.- The result has been to draw out our less amiable qualities & develop our mere

77 Vgl. Cain: Radicalism (wie Anm. 52), S. 221.
78 Vgl. C. Brad Faught: An Imperial Prime Minister? W. E. Gladstone and India, 1880-1885. In: Journal of the Historical Society 6 (2006), S. 555–578, Gladstone-Zitat S. 561.
79 Vgl. ebd., S. 566-571.
80 Vgl. Matthew: Gladstone (wie Anm. 66), S. 123.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> animal propensities instead of leading us to the more active cultivation of our intellectual and moral powers."[81]

Der Erfolg des liberalen Premierministers erschien ihm als eine Ausdrucksform dieses Irrwegs:

> „The result may be read in our passion for warlike displays, our worship of Palmerston whose only title to the nations confidence is the delusive belief in his tendency to exalt us abroad at the expense of other people […] instead of cultivating a sober self-respect & a confidence in virtuous realities."[82]

Cobdens Begriff der „virtuous realities" erfasst das außen- und kolonialpolitische Kernproblem, mit dem viktorianische Liberale rangen: die Vereinbarkeit von Realitätssinn und moralischer Integrität. Das Zitat schlägt eine skeptische Note an, sieht Cobden doch in Palmerstons Popularität den Beleg für die Kluft, die sich zwischen materiellem Fortschritt und moralischer Stagnation aufgetan habe. Die Außenpolitik des Premierministers, die das eigene Land auf Kosten anderer Völker verherrliche, steht in dieser Formulierung im Widerspruch zum gleichermaßen tugendhaften und realistischen Handeln, das Cobdens Leitlinie ist. Cobdens Enttäuschung scheint die Unvereinbarkeit von „realistischer" und „idealistischer" Position zu bekräftigen.

Doch das politische Handeln beider Politiker spricht eine andere Sprache. Wie die Skizze von Palmerstons Politik zeigte, führte auch er immer wieder moralische Prinzipien zur Rechtfertigung seiner Entscheidungen an. Handelte es sich dabei nur um politische Rhetorik, die eine brutale Wirklichkeit verschleiern sollte? Diese Einschätzung würde weder Palmerstons Handeln noch den Grundlagen seiner Popularität gerecht. Statt als Unvereinbarkeit von „Realismus" und „Idealismus" lässt sich die liberale Außen- und Kolonialpolitik im hochviktorianischen Großbritannien eher charakterisieren als eine ständige Debatte um die Legierung, die zwischen beiden Elementen in jedem Einzelfall aufs Neue gefunden werden musste. Trotz der suggestiven Begrifflichkeit ist in der politischen Praxis längst nicht immer klar, welche Position in einer konkreten Entscheidungssituation „realistisch" ist: Häufig stellt sich erst im Nachhinein heraus, dass womöglich eine scheinbar „idealistisch" inspirierte Kooperation eine „realistische" Option gewesen wäre, wenn eine „realistisch" begründete Intervention versagt; umgekehrt kann auch ein „idealistisch" motiviertes Eingreifen in Konfliktsituationen an sehr „realistischen" Faktoren scheitern. Cobden, Palmerston und Gladstone ran-

81 Howe/Morgan (Hrsg.): Letters of Cobden. Vol. III (wie Anm. 19), S. 336 (Brief Richard Cobdens an Henry Ashworth, 13.7.1857); Zitat in der Briefausgabe mit editorischen Hinweisen versehen.

82 Ebd., S. 336 f. (Brief Richard Cobdens an Henry Ashworth, 13.7.1857).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gen mit diesen Unwägbarkeiten politischer Entscheidungssituationen, doch alle drei hatten den Anspruch, realistische und idealistische Motive in möglichst angemessener Form zu kombinieren. Dass sie dabei wiederholt in Widerspruch zueinander gerieten, ergab sich aus der Ausdeutung ihrer Prinzipien unter den Anforderungen des alltäglichen Regierungshandelns. Zudem darf nicht vergessen werden, dass Fragen der Kolonial- und Außenpolitik nie die einzigen und in der Regel nicht die wichtigsten Konfliktfelder der viktorianischen Politik waren – innenpolitische Themen, wie die Ausgestaltung der Finanzpolitik oder die Reformierung des Wahlrechts, spielten eine wesentlich größere Rolle für die Abgrenzungen innerhalb der Liberal Party, auch wenn sie teilweise auf die imperiale Politik einwirkten.[83]

Die Formel von den „virtuous realities" lässt sich somit lesen als Zusammenfassung der Erkenntnis, dass Ideale Teil jeder realistischen Politik sind, ist doch ein Realismus ohne idealistische Begründungen ebenso wenig lebensfähig wie ein Idealismus ohne Basis in der Realität. Dies gilt insbesondere im demokratischen Zeitalter, dessen Anbruch die Viktorianer erlebten und mitgestalteten. Das parlamentarische System mit seiner bereits ausgeprägten öffentlichen Kontrolle schuf einen immerwährenden Diskussionsraum, in dem sich politische Entscheidungsträger zu verantworten hatten. In diesem Raum artikulierten sich Unterstützung und Kritik – eine öffentlicher Debatte enthobene Diplomatie erwies sich als zunehmend schwieriger durchführbar; moralisch als illegitim empfundene Vorgehensweisen wurden zu Anlässen politischer Kampagnen, die die Politiker auch außerhalb des Parlaments zur Rechenschaftslegung zwangen. Dadurch blieben die universalistischen Ansprüche liberaler Politik und die Frage ihrer Anwendbarkeit auf Außenpolitik und Empire stets in der Diskussion.[84]

Cobden, Palmerston und Gladstone stehen daher nicht für die Dichotomisierung von Realismus und Idealismus, sondern für die Prozesse ständiger Aushandlungen über die Frage, wie im konkreten Anwendungsfall das Mischungsverhältnis beider Anteile aussehen sollte. Während der langen politischen Karrieren dieser Politiker ergaben sich dabei immer wieder unterschiedliche Antworten auf die gleichbleibende Kernfrage. Alle drei verein-

83 Die Wechselwirkungen zwischen finanzpolitischen und imperialen Fragen betonen besonders Peter Cain/A. G. Hopkins: British Imperialism: Innovation and Expansion 1688-1914. Harlow 1993.

84 Ein bekanntes Beispiel ist die Kampagne gegen die gewaltsame Niederschlagung eines Aufstands ehemaliger Sklaven durch Gouverneur Eyre in Jamaika 1865, vgl. Jack P. Greene: Liberty and Slavery: The Transfer of British Liberty to the West Indies, 1627-1865. In: J. P. Greene (Hrsg.): Exclusionary Empire. English Liberty Overseas, 1600-1900. Cambridge 2010, S. 50-76; Bernard Semmel: Democracy versus Empire. The Jamaica Riots and the Governor Eyre Controversy. New York 1969. Es gab allerdings im Zuge der Kampagne auch Stimmen, die die Undankbarkeit der Kolonisierten bemängelten, vgl. Karuna Mantena: The crisis of liberal imperialism. In: Bell (Hrsg.): Victorian visions (wie Anm. 35), S. 113-135, hier: S. 121 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ten somit in ihrer Politik Züge beider Positionen und jeweils unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie „virtuous realities“ ausgestaltet werden könnten. Immer wieder gerieten sie darüber in heftige Auseinandersetzungen untereinander, immer bestanden aber auch Überschneidungen in ihrem Denken und Handeln: „Cobdenite foreign policy, Gladstonian financial politics, and Palmerstonian ‚free trade imperialism‘ had all merged […] as essential, if somewhat discordant, elements in a domestic political consensus“[85]. So mag es bezeichnend sein, dass Cobden den Handelsvertrag mit Frankreich im Auftrag des Premierministers Palmerston und des Schatzkanzlers Gladstone aushandelte – ein anschauliches Beispiel für den pragmatisch aktivierbaren Grundkonsens, der durch die Differenzen in den Einzelfällen nicht gesprengt wurde. Die Betonung mochte stärker auf „virtus“ oder stärker auf „realitas“ liegen, doch der Denk- und Handlungsrahmen umfasste die widerstreitenden Einheiten.

Die Liberale Partei bot den institutionellen Rahmen, in dem diese Debatten einen politischen Ort finden konnten; für ihre politische Ausrichtung insgesamt ist daher gerade charakteristisch, dass die beiden Pole in ständigem Widerstreit miteinander lagen und sich daher in der politischen Praxis vielfach verschränkten. Dies bot politischen Gegnern immer wieder Ansatzpunkte zu peinlichen Attacken auf die Liberalen, aber das Wechselspiel prägte das Empire-Verständnis des ganzen Landes.

85 Howe: Free Trade and Liberal England (wie Anm. 36), S. 111.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gangolf Hübinger

Konfliktliberalismus. „Realpolitik“ im Kreis Max Webers

Marianne Weber teilt in der Biographie ihres Mannes und „Gefährten“ Max eine aufschlussreiche Begebenheit im Hause Weber in Heidelberg mit.[1] Im Sommer 1910 und noch einmal 1911 besucht Stefan George die Webers, und die Diskussionen drehen sich um „polare Möglichkeiten des Menschentums“.[2] In direkten Bezug dazu setzt Marianne einen anderen Besucher im Weberhaus:

> „Vom Gegenpol her, pflegte der Jahreslauf nach wie vor eine andere geliebte Gestalt zu bringen: Friedrich Naumann. Verglichen mit dem Dichter war er unter Webers Freunden die bedeutendste Verkörperung des sich in die Gegenwart stellenden Ringens: Polaritäten sind sie, ich bin froh, von beiden eine Anschauung zu haben. Müßten wir wählen zwischen ihnen als lebensformende Mächte, so würden wir wohl nach Naumann greifen, weil er die durch Bruderliebe weltdurchdringende Kraft vereint mit starkem und plastischem Wirklichkeitssinn. Aber zum Glück braucht man nicht wählen, das Künstlerevangelium wohnt in unserer Seele ganz verträglich mit dem Sozialen.“[3]

Aus dieser etwas längeren und auch pathetischen Niederschrift Marianne Webers gewinne ich mein Thema: „Gegenpole“ und „plastischer Wirklichkeitssinn“, extreme Ideenpolitik und weltgestaltender Realitätssinn. Stefan George werde ich allerdings rasch wieder verlassen. Nur so viel, weil mich auf dem Höhepunkt der George-Forschung vor einigen Jahren der Titel von Ulrich Raulffs Buch „Kreis ohne Meister“ gereizt und zu meiner Gegenprobe provoziert hat: Was wäre, auf Max Weber bezogen, der „Kreis“ mit und nach Webers Tod 1920 ohne Meister? Wie lässt sich ein Weber-Kreis als Gegenpol zum George-Kreis bestimmen? Was würde sein Profil kennzeichnen und seine Ausstrahlung ausmachen? Zu diesen Fragen stimuliert Marianne Webers pointierte Gegenüberstellung.

Kulturgeschichtlich und aus methodischen Gründen ist knapp in Erinnerung zu rufen, was Ulrich Raulff in seinem Bestseller von 2009 unter „Kreis“ versteht. Raulff fasziniert der George-Kreis als „ein ungeheures Mo-

1 Abendvortrag anlässlich der Verleihung des Preises der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung am 12.11.2015; der Vortragsstil wurde im Wesentlichen beibehalten.
2 Marianne Weber: Max Weber. Ein Lebensbild. Tübingen 1984, S. 468.
3 Ebd., S. 472.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bile aus Menschen, Bildern und Ideen, das der Mann im Zentrum, der ‚Meister' oder große Uhrmacher, beständig in Fahrt halten und justieren mußte." Noch mehr fasziniert ihn, was „zum Zerfall des Kreises und zur Korruption seiner Ideen", zur Verwässerung „des georgeschen Ideenkosmos" führte, nachdem die Weimarer Republik" noch von einem „hohen georgianischen Durchsäuerungsgrad der Intelligenz" durchzogen gewesen sei.[4]

Ein Mobile aus Menschen, in heutiger Sprache: ein Netzwerk; ein Gefüge aus Bildern, Ideen und Ordnungsmustern der Realität, ein personales Zentrum und ein intellektuelles Diffundieren – das sind Kriterien, die wir auch für den Weber-Kreis verwenden können –, allerdings in einer spezifischen Umprägung. Weber selbst hat für seine Typen der Herrschaft die charismatische Beziehung zwischen Führer und Gefolgschaft bekanntlich auch mit George illustriert. Nun ist Weber selbst kein heilsverkündender Führer, und sein Kreis besteht nicht aus enthusiasmierten Jüngern. Wir müssen also das, was sich an George als charismatische Vergemeinschaftung studieren lässt, für Weber übersetzen in sachbezogene Vergesellschaftung. Der Weber-Kreis ist lose gewirkt, von individuellen Persönlichkeiten gestaltet, auf Weber durch Probleme des methodischen Denkens und der universalhistorischen Welterfassung bezogen,[5] und in einem weiten Sinn auf eine liberale Zeitdiagnostik ausgerichtet. In deren Zentrum steht der Antagonismus von Demokratie und Kapitalismus.

Damit bildet das, was ich im Folgenden als „Weber-Kreis" umreißen möchte, intellektuellengeschichtlich einen echten Gegenpol zu dem, was mit großer Intensität als George-Kreis erforscht wird. Widersprechen lässt sich damit auch der wie selbstverständlich bis heute weitergereichten These, dass außer dem „Beispiel George […] kein ‚Kreis' und keine ‚Schule' den Ersten Weltkrieg" überlebt hat.[6] Aber das muss man diskutieren. In den Problembezügen zu den „Liberalen zwischen Ideal- und Realpolitik" werde ich in vier Schritten vorgehen und vier miteinander verschlungene Weber-Kreise identifizieren – zwei davon aus der Sicht späterer Historiker, zwei davon, die bereits zeitgenössisch ausdrücklich als „Weber-Kreise" angesprochen wurden.

Der erste Kreis – ein sehr loser – lässt sich umreißen mit dem jedem Liberalismus-Forscher geläufigen Buchtitel „Im Ring der Gegner Bismarcks"[7] (I.). Der zweite Kreis, schon fester, ist der für Weber lebenslang verpflichtende „Verein für Socialpolitik", der sich explizit „Realpolitik" auf die Fah-

4 Ulrich Raulff: Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben. München 2009, hier S. 14-17.
5 Vgl. Gangolf Hübinger: Engagierte Beobachter der Moderne. Von Max Weber zu Ralf Dahrendorf. Göttingen 2016, zu Max Weber besonders die Kapitel 5 und 6.
6 Thomas Meyer: Die Weimarer Republik. In: Merkur 69 (2015), S. 60-66, hier S. 64.
7 Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz v. Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht v. Stosch 1865–1896. Hrsg. von Julius Heyderhoff. Leipzig 1943.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nen geschrieben hatte (II.). Der dritte Kreis ist das bis zum Mythos hochstilisierte „Heidelberger Milieu". Dieses Milieu hat den Sozial- und Religionsforscher Paul Honigsheim veranlasst, als Gegengewicht zum George-Kult sogar eine „Soziologie des Max-Weber-Kreises" zu skizzieren (III.). Der vierte Kreis schließlich ist der, den der Nationalökonom Emil Lederer bei Webers Tod „den Kreis des ‚Archivs'" nannte. Gemeint ist der Autoren-Kreis des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", der Zeitschrift, die Weber ab 1904 herausgab und unter die Maxime stellte, „die uns umgebende Wirklichkeit" illusionslos zu begreifen, an erster Stelle die globale Macht des modernen Kapitalismus (IV.). Für Max Weber selbst lag zwischen der ökonomischen Macht des Kapitalismus und der politischen Ordnung der Demokratie eine unauflösliche Spannung. In seinem Umfeld und erst recht nach 1945 wird dagegen heftig über eine sozial- und wirtschaftspolitische Verzahnung von Markt und Staat diskutiert. Mein kurzes Fazit zur Ausstrahlung des Weber-Kreises hierzu will ich deshalb unter das Stichwort „Konsensliberalismus" versus „Konfliktliberalismus" stellen (V.).

I.

Wenn die Indemnitätsvorlage von 1866 den Anstoß zu einer Tagung über „Liberale zwischen Ideal- und Realpolitik" gibt, dann ist mit Bismarck zu beginnen. Die Familie Weber, mit Vater Max Weber senior als nationalliberalem Kommunalpolitiker und Reichstagsabgeordneten, würdigte zwar in Bismarck den Weichensteller für Deutschlands nationalstaatlichen Machtgewinn. Das prägte auch den ältesten Sohn, aber Schritt für Schritt trat Max junior in den „Ring der Gegner Bismarcks" über.

> „Ich kenne hier Leute, die Abends, wenn sie kneipten, sich mit jedem neuen Schoppen mehr darauf zu gute halten, daß sie Bismarckianer ‚sans phrase', wie sie sagten, seien, selbst halb im Einschlafen murmelten sie noch ‚sans phrase'. Letzterer Ausdruck ist jetzt hier das Neueste und gilt als ehrende Bezeichnung."

Das schrieb Max Ende März 1885 aus Straßburg an seine Mutter Helene nach Berlin.[8] Hier setzt sich gegen die Familientradition etwas fest, was er dann im Ersten Weltkrieg trotz Kriegszensur öffentlich zu dem harten Vorwurf steigerte, Bismarck sei mit der „inneren Reichsgründung" gescheitert und habe nachhaltig die politische Kultur der Deutschen verdorben. „Die

8 Brief an Helene Weber vom 29. März und 1. April 1885. Demnächst in: Max Weber: Briefe 1871-1886. Hrsg. von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards und Uta Hinz, Tübingen 2017 (MWG II/1).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Erbschaft Bismarcks“ heißt der provokante Zeitungsartikel vom Mai 1917. „Was war […] Bismarcks *politisches Erbe*?“ Webers Antwort:

> „Er hinterließ eine Nation *ohne alle und jede politische Erziehung*, tief unter dem Niveau, welches sie in dieser Hinsicht zwanzig Jahre vorher bereits erreicht hatte. Und vor allem eine Nation *ohne allen und jeden politischen Willen*, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.“[9]

„Politische Erziehung“ meint Erziehung zu selbstbewusster und selbstgeprägter Bürgerlichkeit. Im Berliner Milieu seiner Jugend, in Webers weit verzweigtem Familienclan, gibt es einen Kopf, der ihm für die Erziehung zu selbstgeprägter Bürgerlichkeit als intellektuelles Rollenvorbild mehr gedient hat, als die Biographen bis heute veranschlagen. Das ist Theodor Mommsen. Es gibt die berühmte Speer-Episode mit Theodor Mommsen am Ende von Webers mündlicher Doktorprüfung: „Aber wenn ich einmal in die Grube fahren muss, so würde ich keinem lieber sagen: ‚Sohn, da hast du meinen Speer, meinem Arm wird er zu schwer, als dem von mir hochgeschätzten Max Weber‘“.[10] Diese Episode ist durchaus ernst zu nehmen und auf ihre Auswirkungen auf Webers intellektuelle Biographie zu prüfen. Der „Speer“ symbolisiert den Übergang eines intellektuellen Habitus von Theodor Mommsen auf Max Weber, was in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen zum Ausdruck kommt:[11]

Mommsen und Weber teilen eine von konfessioneller Religionspraxis freie Lebensführung, sie sind dem Freiheitsbegriff eines individualistischen Humanismus verpflichtet.

Die Wissenschaft wird zur eigengesetzlichen Lebenssphäre und Berufsarbeit. So entsteht bei beiden eine Dualität von wissenschaftlichem und politischem Diskurs.

Das hindert sie nicht an einem starken zeitkritischen Engagement: Beide sind intellektuell präsent in der öffentlichen Streitkultur.

Dazu zählt ein Bekenntnis zur Nation, der Anspruch auf eine deutsche Weltgeltung, in der „Verantwortung vor der Geschichte“. Der „ethische Imperialismus“ (Wolfgang J. Mommsen) ruhe auf der zeitgenössischen Vorstellung vom Zwang eines nationalen Großflächenstaates, im „System der Weltmächte“ konkurrenzfähig zu sein.[12]

9 Max Weber: Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918.,Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Gangolf Hübinger. Tübingen 1984 (MWG I/15), S. 449.

10 Marianne Weber (wie Anm. 2), S. 121.

11 Der folgende Vergleich ist übernommen aus Gangolf Hübinger: Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte. Göttingen 2006, S. 143 f.

12 In aller Ausführlichkeit dargestellt bei Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik, 1890-1920. 3. Aufl. Tübingen 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Das führt beide zu einer scharfen Selbstkritik ihrer bürgerlichen Klasse und deren Versagen vor Bismarcks Cäsarismus.
Beide entwickeln eine Affinität zum politischen Liberalismus, der nationale Machtstaat ist ihnen nur gebunden an eine echte konstitutionelle Verfassung und an eine soziale Reformbereitschaft denkbar.
England dient beiden als Vorbild, nicht als Schreckbild. Englische Weltökonomie und imperialistische Weltpolitik werden für die europäische Kulturgeschichte positiv gewichtet.
Publizistisch arbeiten beide in Reformvereinen auf eine Koalition mit der gemäßigten Sozialdemokratie und auf eine Abwehr der Neuen Rechten hin. Beide werden Mitglieder in kleinen linksbürgerlichen Parteien im Spektrum des gespaltenen Liberalismus.

Dieses Profil im liberalen Ring der Bismarck-Gegner wird prägend sein für alle weiteren Kreisbildungen.

II.

Für Max Webers Lebensweg wird eine Reform-Vereinigung wichtiger als alle anderen. Das ist der „Verein für Socialpolitik". 1872 begründet, entwickelte sich im „Verein für Socialpolitik" ein Netzwerk aus Sozialwissenschaftlern, Sozialreformern, Politikern und Ministerialbürokraten. Ziel war es, auf der Basis moderner Enquête-Forschung die Teilprozesse der Industrialisierung des deutschen Kaiserreiches – Arbeiterfrage, Landarbeiter, Preis- und Konsumentwicklung, alter und neuer Mittelstand, Urbanisierung – wissenschaftlich zu analysieren und politisch zu steuern. Angestrebt wurde eine Alternative zum Laissez-faire-Liberalismus einerseits und zur sozialistischen Arbeiterbewegung andererseits.[13]

Eine ältere Generation um den Dauervorsitzenden Gustav Schmoller verfolgte dieses Ziel mit einer Sozialethik, die auf monarchischer Gesinnung und patriarchalischer Staatsintervention fußte. Die jüngere Generation um den international viel agileren Lujo Brentano opponierte dagegen im Zeichen einer liberalen Öffnung zu demokratischen Herrschaftsformen und kapitalistischen Wirtschaftsweisen. Zusammengehalten wurden beide Flügel „im Sinne der Realpolitik und der besonnenen, langsam fortschreitenden Re-

13 Vgl. zur Geschichte des Vereins: Irmela Gorges: Sozialforschung in Deutschland 1872-1914. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik. Frankfurt a.M. 1986; dies.: Sozialforschung in der Weimarer Republik 1918-1933. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik, der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und des Kölner Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M. 1986.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

form und im Gegensatz zu Marxschen Utopien".[14] So jedenfalls appellierte Gustav Schmoller im Oktober 1905 an Friedrich Naumann, als der Verein über der Frage auseinanderzubrechen drohte, wie der Staat sich zur Kartellbildung der Industrie verhalten solle. Worauf es ankommt: Diese jüngere Generation zieht Max Weber in ihren Kreis, mit Macht und dauerhaft. Der gesamte Briefwechsel von Webers Habilitationszeit angefangen bis zu seinem Todesjahr zeugt davon, von diesem Kreis hat Weber sich angezogen gefühlt wie von keiner Gruppierung sonst. Biographisch ist das mit Vorsicht zu sagen. Denn jeder weiß: Enge Bindungen, echte Freundschaften waren mit Weber nicht zu schließen. Seine pathologische Streitlust ließ ihn irgendwann mit jedem brechen.

Aber die geistige Geselligkeit führender Vereinskollegen suchte er, wo er nur konnte. Nach seiner langen psychosomatischen Krankheit und nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst nahm Weber im September 1903 an der Ausschusssitzung und Generalversammlung des Vereins in Hamburg teil. Den Kurzurlaub auf Helgoland, den er daran anschloss, verbrachte er mit Lujo Brentano, Theodor Barth, Bruder Alfred und sogar Werner Sombart. Er konnte sie nicht missen, obwohl er noch aus Helgoland seiner Frau Marianne schrieb: „Sombart ist einfach ein Kind, mit der Brutalität und Ungezogenheit eines solchen, aber mehr noch mit seiner Unentwickeltheit, inneren Unsicherheit und eigentlich der Sehnsucht nach irgendeinem aufrichtigen Freunde."[15]

Trotz derartiger maliziöser Sticheleien – der Verein trug und verpflichtete ihn all die Jahre hindurch. Das zeigte sich etwa 1907, als Weber seine Arbeitskraft darauf verwandte, eine Untersuchung über „Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie" durchzuführen. Der Verein und Weber wollten endlich wissenschaftsbasierte Einblicke bieten in das Innenleben moderner Erwerbsarbeit „unter der Herrschaft des Kapitalismus":[16] von der psychischen Einstellung der Arbeiter bis zu „Maß und Art der Gelerntheit der Arbeit, Stetigkeit der Arbeiterschaft, Berufschancen, Berufswechsel etc".[17]

Entschieden nutzte Weber seine Vereinsbindung dann im Ersten Weltkrieg, als Friedrich Naumanns idealistische Mitteleuropa-Politik die Öffentlichkeit beschäftigte. Naumanns berühmtes Mitteleuropa-Buch vom Herbst

14 Max Weber: Briefe 1903-1905. Hrsg. von Gangolf Hübinger und M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards und Sybille Oßwald-Bargende. Tübingen 2015 (MWG II/4), S. 541.

15 Brief an Marianne Weber vom 19. September 1903. In: Ebd., S. 153.

16 Zu Vorbereitung, Durchführung und Publikation dieser Untersuchungen zwischen 1907 und 1912 siehe Max Weber: Zur Psychophysik der industriellen Arbeit. Schriften und Reden 1908–1912. Hrsg. von Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Sabine Frommer. Tübingen 1995 (MWG I/11).

17 Ebd., S. 65.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1915 endet bekanntlich mit einer Verheißung: „Mitteleuropa ist Kriegsfrucht. Zusammen haben wir im Kriegswirtschaftsgefängnis gesessen, zusammen haben wir gekämpft, zusammen wollen wir leben." Der Weltkrieg schaffe überzeugendere politische Gemeinschaften als den Nationalstaat: „Wir kommen vom Krieg als Mitteleuropäer."[18]

Unter dem Druck des Mitteleuropa-Diskurses beschloss nun der „Verein für Socialpolitik", sich konzentriert dem Thema „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten" zu widmen. Dazu ließ er aus allen Bereichen – Agrarsektor, Schwerindustrie, Handel, Verkehr und Transport, Bankenwesen – die statistischen Daten auswerten und kommentieren und goss reichlich Wasser in den Wein der Mitteleuropa-Enthusiasten.[19] Max Weber ließ sich in diese Debatte hineinziehen, obwohl oder weil er Naumanns Idee wenig abgewinnen konnte. Auf eine Verständigung mit Polen kam es ihm viel mehr an. Im Kreis des „Vereins für Socialpolitik" forderte er von den Naumannianern, mit mehr Realitätssinn in die Richtung zu denken, ob „nicht Polen einfach dem deutschen Zollgebiet angegliedert wird, was freilich das sicherste und sicherlich auch für Polen beste wäre".[20] Das zielte auf die Gründung eines polnischen Staates mit Autonomie im Innern, aber mit einem wirtschaftlich festen Anschluss an das Deutsche Reich. Was schließlich für Polens Wiederherstellung als eigener Staat das Beste sei, beschloss dann mit seinen Vierzehn Punkten Woodrow Wilson und nicht mehr die deutsche Reichsleitung mit ihren wissenschaftlichen Beratergruppen. Aber das führt in eine andere Richtung. Ich bleibe bei den Kreisbildungen um Max Weber.

Schon von den Zeitgenossen wurde Weber als kreisbildend und kreisbezogen wahrgenommen. Das wurde schon kurz nach 1920 zum Thema, als der Kreis mit Meister in einen Kreis ohne Meister übergegangen war.

III.

Sechs Jahre nach Webers Tod erscheint in den Kölner Vierteljahrsheften für Soziologie ein Essay unter dem Titel „Der Max-Weber-Kreis in Heidelberg".[21] Verfasser ist Paul Honigsheim, Direktor der Volkshochschule Köln,

18 Friedrich Naumann: Mitteleuropa. Berlin 1915, S. 262 f.

19 Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten, 3 Teile. München 1916 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, 155/1-3).

20 Redebeitrag Max Webers in der Aussprache vom 6. April 1916: Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten, 3. Teil. München 1916, mit einem Editorischen Bericht. In: Weber: Politik im Weltkrieg (wie Anm. 9), S. 134-152, hier S. 143. Vgl. ausführlich Mommsen: Max Weber (wie Anm. 12), S. 233-246.

21 Paul Honigsheim: Der Max-Weber-Kreis in Heidelberg. In: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 5 (1926), S. 270-287.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Professor für Soziologie, Philosophie und Sozialpädagogik an der nach dem Krieg gegründeten Kölner Universität und Mitarbeiter am Kölner Institut für Sozialforschung. Promoviert wurde Honigsheim 1914 in Heidelberg, in engem intellektuellen Kontakt zu Max Weber und zu Ernst Troeltsch.[22] Nach dem Krieg transferierte er manches vom protestantischen Heidelberger Geist in das katholische Kölner Milieu.

Honigheims Essay hat die äußere Form eines Besprechungsaufsatzes, und zwar der 1923 erschienenen beiden Bände „Hauptprobleme der Soziologie. Erinnerungsgabe für Max Weber".[23] An den 25 Autoren der zwei Bände ließe sich tatsächlich systematisch prüfen, was ich zu Beginn als Kern des Weberschen Ideenkosmos skizziert habe: Probleme des methodischen Denkens und der universalhistorischen Welterfassung, ausgerichtet auf eine im weiten Sinn liberale Zeitdiagnostik und in deren Zentrum der Antagonismus von Demokratie und Kapitalismus. Autoren, die ihren Denkstil in enger Anlehnung an Weber schulen, sind hier der Ökonom Gerhart von Schulze-Gaevernitz, der Jurist Richard Thoma oder Paul Honigsheim selbst. Autoren, die sich an Weber reiben und gerade dadurch eng auf ihn bezogen bleiben, sind Werner Sombart oder Carl Schmitt, der in München samstags an Webers berühmten „Dozentenseminar" im Staatswirtschaftlichen Seminar teilgenommen hatte.[24] Bei seinem Weber-Kreis-Essay kommt es Honigsheim auf Buch und Beiträge selbst jedoch nur in zweiter Linie an. Er nutzt die Gelegenheit vielmehr zu ganz grundsätzlichen Reflexionen, ob man Werk und Nachwirken des Meisters verstehen kann, „wenn man von dem Max-Weber-Kreis keine plastische Vorstellung hat".[25] Eine „Soziologie des Max-Weber-Kreises" schwebt Honigsheim vor.[26]

Plastisch ausgehen müsse eine solche Soziologie von den radikalen Individualisten, den „outsiders" der wilhelminischen Gesellschaftsordnung. Es sei kein Zufall, „daß so manche Revolutionäre und Bolschewisten Deutschlands und insbesondere mehrere nachmalige Räterepublikaner von München und Budapest früher so oft in der Ziegelhäuser Landstraße Tee getrunken hatten."[27] Honigsheims Leser wussten noch, dass hier Georg Lukács, Ernst Toller und Otto Neurath gemeint waren. Zielen müsse eine solche Soziologie

22 Paul Honigsheim: Die Staats- u. Soziallehren der französischen Jansenisten im 17. Jahrhundert. Heidelberg 1914.
23 Melchior Palyi (Hrsg): Hauptprobleme der Soziologie. Erinnerungsgabe für Max Weber. 2 Bde. München 1923.
24 Max Weber: Allgemeine Staatslehre und Politik (Staatssoziologie). Mit- und Nachschriften 1920. Hrsg. von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Andreas Terwey. Tübingen 2009 (MWG III/7), S. 50.
25 Honigsheim: Weber-Kreis (wie Anm. 21), S. 271.
26 Ebd.
27 Ebd., S. 272.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auf die „gemeinschaftsbildende Kraft“, die den Kreis formt. Das bringt Honigsheim auf eine so konzentrierte wie anschauliche Formel:

> „Max Weber hat einer jeden Institution, Staat, Kirche, Partei, Trust, Schulzusammenhang, d.h. einem jeden überindividuellen Gebilde, gleichgültig welcher Art, das mit dem Anspruch auf metaphysische Realität oder auf Allgemeingültigkeit auftrat, den Kampf bis aufs Messer angesagt. Einen jeden Menschen, und mochte er auch ein Don Quichote sein, liebte er, wenn er nur sich und das Individuum als solches gegenüber dem unberechtigten Anspruch der Institution aufrecht zu erhalten suchte.“[28]

Die individuelle Persönlichkeit im ständigen Kampf um Selbstprägung innerhalb der sozialen Lebensordnungen! Wenn ich Dieter Langewiesche folge, der „Die Freiheit des Einzelnen“ als liberale Kernidee noch einmal in eine historische Perspektive rückt,[29] dann nimmt Honigsheim mit seinem Antagonismus von Individuum und Institutionen Max Weber zum Zeugen für die anthropologische Ur-Grammatik des Liberalismus. Und ich meine, mit Recht.

Eine Präzisierung ist Honigsheim wichtig. In den Weber-Kreis gelangt man durch „Besessensein im Geiste“, durch penetranten Intellektualismus bis hin zur „Tragikomik“.[30] Das grenzt den Kreis ab vom zeitgenössischen Erlebniskult, in dem Lebensreform- oder Jugendbewegung den Königsweg zur individuellen Selbstbefreiung sehen. Und es grenzt ihn ab vom Religiös-Bündisch-Mystischen des George-Kreises, den Honigsheim explizit aufspießt: „wo ‚man‘ natürlich Mystiker las und selbstverständlich katholisierte, und wo es zum guten Ton gehörte, auf das 18. Jahrhundert, das soeben noch ein Troeltsch als Durchbruch der modernen Welt gefeiert hatte, verächtlich herabzusehen, um nun gar auf den Liberalismus nach Herzenslust schimpfen zu können.“[31]

Macht es also den Weber-Kreis aus, einen liberalen Habitus und einen liberalen Denkstil in den Ideenkämpfen, auch den politischen Kämpfen der modernen Gegenwart zur Geltung zu bringen? Das wäre zu prüfen – an den beiden zwingenden Lebensordnungen der Moderne, Politik und Ökonomie, und das heißt für das 20. Jahrhundert, an Demokratie und Kapitalismus.

Die von Honigsheim ausgewertete „Erinnerungsgabe für Max Weber“ liefert mir Stichworte für zwei Beispiele. Wenn outsider vom Weberschen Magnetfeld besonders angezogen werden, dann stehen jüdische Staatslehrer und Intellektuelle an erster Stelle. Karl Loewenstein und Albrecht Mendelssohn-

28 Ebd., S. 271.
29 Dieter Langewiesche: Die Freiheit des Einzelnen als Grundlage und Grenze. Perspektiven des Liberalismus in Deutschland: In: INDES 2015-3, S. 131-142, hier S. 142.
30 Honigsheim: Weber-Kreis (wie Anm. 21), S. 271.
31 Ebd., S. 284.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bartholdy will ich hier nennen. Sie arbeiten nach 1918 an der Befestigung der Demokratie in Deutschland. Nicht nur verfassungs- und völkerrechtlich. Sie zielen auf breite Aufklärung in den Bildungsschichten, also genau auf das, was Ernst Troeltsch am Ende seiner Spectator-Briefe 1922 nennt: Die Bürger werden die demokratische Republik „innerlich bejahen" müssen,[32] ansonsten herrsche die „Gefahr endlosen Bürgerkrieges".[33]

Prägend sind hier die Einflüsse Max Webers. So nehmen Loewenstein und Mendelssohn-Bartholdy dessen Impulse auf, für die Akzeptanz demokratischer Prozesse den englischen Politikwissenschaftler und Staatsmann James Bryce zu studieren. Sie übersetzen gemeinsam Bryces Spätwerk „Modern Democracies" mit der simplen Begründung, „daß die Demokratie Weltenschicksal ist". Und weil das so sei, habe sich auch das deutsche Staatsdenken daran zu orientieren, und „keine Staatsmystik darf uns davon abhalten, unser staatliches Schicksal als einen Teilausschnitt dieses Weltenvorganges zu erkennen".[34]

Erschienen sind die drei Bände von Bryces „Moderne Demokratien" 1923 im Münchener Drei-Masken-Verlag. Das ist der Verlag, in dem zwei Jahre vorher Max Webers „Gesammelte politische Schriften" herausgekommen sind, mit ausgewählten politischen Briefen an Friedrich Naumann im Anhang.[35] Auch bei Ernst Troeltsch lagen Webers „Politische Schriften" greifbar auf dem Tisch, was spürbar wird in der soziologischen Semantik, die Troeltsch seinen späten Spectator-Briefen gab, spürbar bis zur Empfehlung, James Bryce´ „Modern Democracies" zu studieren. Das Werk baue dem Bürgertum eine Brücke, die demokratische Republik „innerlich bejahen" zu können. Denn Bryce verfüge über den nötigen „Welthorizont" und die weltpolitischen Vergleichsmaßstäbe, um nachzuweisen, dass die Demokratie „kein Revolutions- und Neuerungsprinzip, sondern eine konservative, historisch geheiligte Institution von anderthalb Jahrhunderten" sei.[36] Mit ihrer Übersetzung erleichtern Mendelssohn-Bartholdy und Loewenstein den Lesern eine solche Hinwendung zur Demokratie – zumindest beruht darauf die Hoffnung im Weber-Kreis.

Kreisbildungen wie diese scheinen die Thesen in Tim B. Müllers streitbarem Essay über die „Lebensversuche moderner Demokratien" nach dem Ersten Weltkrieg zu bestätigen: „Der Demokratie stand eine glänzende Zukunft

32 Ernst Troeltsch: Die Republik (November 1922). In: Ernst Troeltsch: Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919-1922). Hrsg. von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Nikolai Wehrs. Berlin 2015,, S. 586.
33 Ernst Troeltsch: Das Weltsystem der Entente (November 1920), S. 350.
34 James Bryce: Moderne Demokratien. Autorisierte Übersetzung von Karl Loewenstein und Albrecht Mendelssohn Bartholdy. 3 Bde München 1923, hier Band 1, S. VII.
35 Max Weber: Gesammelte politische Schriften. München 1921.
36 Troeltsch: Die Republik (wie Anm. 32), S. 586.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

offen“, und zwar mit dem historischen Projekt des „demokratischen Kapitalismus“.[37]

Die an Weber geschulten Ökonomen und Staatssoziologen sind sich allerdings nicht so sicher, ob die deutsche Entwicklung der Idee einer „transnationalen Zivilisation des demokratischen Wohlfahrtsstaates“ so stringent folgt, wie Tim Müller es veranschlagt.[38] Der von Max Weber hoch geschätzte Nationalökonom Moritz Julius Bonn, den Jens Hacke mit Gewinn aus der Versenkung geholt hat,[39] ist skeptischer, wenn er „eine Autonomie des Politischen vor der Großindustrie“ einklagt.[40] Und der sozialdemokratische Wirtschaftstheoretiker Carl Landauer überschreibt seinen Beitrag für die Weber-Erinnerungsgabe: „Die Wege zur Eroberung des demokratischen Staates durch die Wirtschaftsleiter“, also durch den Typus Hugo Stinnes. Landauers These ist: „Der Kampf der Wirtschaftsleiter gegen die demokratische Staatsgewalt wird aller Voraussicht nach das politische Leben Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten beherrschen.“[41] Das passt nicht recht zur Konsens- und Konvergenz-Vermutung bei Tim B. Müller, es unterstreicht aber Max Webers Sicht auf die Konfliktlinien zwischen politischer und ökonomischer Ordnung moderner Massengesellschaften.

Denn Weber legt strukturell die Dauerspannung zwischen zwei gegenläufigen „Rationalitäten“ der modernen Lebenswelt frei. Sie liegt im Antagonismus zwischen dem modernen Staat und dem modernen Kapitalismus. Der „rationale“ demokratische Staat erfordert eine politische Elite, die mit „charismatischen“ Führungsqualitäten und einer effizienten Verwaltung alle ökonomischen Verbände beherrscht und die „Autonomie des Politischen“ einfordert. Der „rationale“ Kapitalismus wiederum institutionalisiert eben jene Interessenverbände, die immer neue Kompromisse erzwingen und politische Handlungsspielräume einengen. Wenn es stimmt, dass die Zwischenkriegszeit, „wahrscheinlich die wichtigste Zeitspanne in der Geschichte des Liberalismus im 20. Jahrhundert“ ist,[42] dann werden die liberalen Ordnungsideen nach dem Ersten Weltkrieg mit Macht von eben diesem Konflikt beherrscht.

37 Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014, S. 7 und 97.

38 Ebd., S. 96.

39 Moritz Julius Bonn: Zur Krise der Demokratie. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919-1932. Hrsg. von Jens Hacke. Berlin 2015, zu Max Weber dort S. 24 f.

40 So die Charakterisierung Bonns von Jens Hacke: Die Gründung der Bundesrepublik aus dem Geist des Liberalismus? In: Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 219-238, hier S. 229.

41 Carl Landauer: Die Wege zur Eroberung des demokratischen Staates durch die Wirtschaftsleiter. In: Palyi (Hrsg.): Hauptprobleme der Soziologie (wie Anm. 23), Bd. 2, S. 111-143, hier S. 116.

42 Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Dies. (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert (wie Anm. 40), S. 13-32, hier S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Und die realpolitisch Denkenden operieren mit Ordnungsmodellen, die ich als „Konfliktliberalismus“ bezeichnen will. Um das zu prüfen und zu erörtern, wie der Weber-Kreis mit den Konflikten von Politik und Ökonomie umgeht, ist die vierte Kreisbildung hinzuziehen, das von Weber mitbegründete „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“.

IV.

Das „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ (AfSS) wurde 1904 von Edgar Jaffé, Werner Sombart und Max Weber neu gegründet. Innovative Wege der wissenschaftlichen Selbstbeobachtung, Selbstbeschreibung und Selbstkritik moderner Gesellschaften sollten beschritten und neue Theorien erprobt werden, um die industriekapitalistische Durchdringung aller Lebensbereiche zu erörtern. Eine „fruchtbare Symbiose von Volkswirtschaftslehre und Soziologie“[43] stand den neuen Herausgebern vor Augen. Wissenschaftsgeschichtlich zählt das „Archiv“ zu den bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Journalen des 20. Jahrhunderts.

Ursprünglich war das „Archiv“ dafür gedacht, den jüngeren Forschern im „Verein für Socialpolitik“ als Forum zu dienen, was es in einem gewissen Grade auch tat. Viele Autoren wie Lujo Brentano oder Gerhart von Schulze-Gaevernitz zielten darauf, „der doppelten Frontstellung des Vereins für Socialpolitik gegen den Manchester-Kapitalismus einerseits und den antikapitalistischen Marxismus andererseits“[44] durch eine bessere Verbindung von Theorie und Empirie gerecht zu werden und den dogmatisierten Gegensatz von „Historischer Schule“ und theoretischer Nationalökonomie der Österreichischen Schule zu überwinden. Im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ kamen sehr heterogene Stimmen zu Wort, die ihre sozial*wissenschaftlichen* Analysen mit sehr unterschiedlichen sozial*politischen* Ordnungsmodellen verknüpften. Immer auch ging es darum, sich sozialwissenschaftlich über die Spielräume liberal-sozialer Reformpolitik aufzuklären – nicht gerade von Bassermann, aber doch von Naumann bis Bebel.

Für den Leitenden Redakteur des AfSS, Emil Lederer, ist deshalb eine deutliche Kreisbildung zu erkennen. In seinem Nachruf auf Max Weber von 1920 verklärt er diesen Kreis geradezu, beherrscht vom Augenblickspathos des Nekrologs: „Der Kreis, der sich um das ‚Archiv‘ scharte, der so recht eigentlich ein Kreis um Max Weber war, ist jetzt, wo er jäh aus unsrer Mitte

43 Vgl. Harald Hagemann: Volkswirtschaftslehre in den 1920er Jahren In: Roman Köster u.a. (Hrsg.): Das Ideal des schönen Lebens und die Wirklichkeit der Weimarer Republik. Vorstellungen von Staat und Gemeinschaft im George-Kreis: Berlin 2009, S. 27-46, hier S. 34.

44 Ebd., S. 30.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schied, verstört und wie in Dunkel gehüllt. Und keiner vermag den Speer aufzunehmen, der seiner ermatteten Hand entsunken ist.“[45]

Was an diesem Satz stimmt: Es gab diesen Kreis, aber nicht um die Person Max Webers, sondern um das Programm, das Weber zusammen mit Werner Sombart, Edgar Jaffé und zeitweilig Robert Michels verfolgte und das den Autoren die Richtung wies. Die Stichworte sind „Realpolitik“ und „Kapitalismus“. Das programmatische „Geleitwort“ von 1904 stellte klar: „Soweit im ‚Archiv‘ überhaupt Sozial*politik* betrieben wird, wird dies auch künftig ‚*Real*politik‘ auf dem Boden des nun einmal unabänderlich Gegebenen sein.“ Und dieses unabänderlich Gegebene ist das „Vordringen des Kapitalismus“ in alle menschlichen Lebensbereiche: „Unsere Zeitschrift wird heute die historische und theoretische Erkenntnis der allgemeinen Kulturbedeutung der kapitalistischen Entwicklung als dasjenige wissenschaftliche Problem ansehen müssen, in deren Dienst sie steht.“[46] Um diesen Problemkern bildete sich in der Tat ein Kreis, und er wirkte sowohl vor als auch nach dem Ersten Weltkrieg.

Was an Lederers Satz überhaupt nicht stimmt, ist die Verbeugung vor Weber, „keiner vermag den Speer aufzunehmen“. Denn Lederer hatte ihn längst selbst in der Hand – und das schwungvoll und gekonnt. Ich komme jetzt zu dem, was ich eingangs am George-Beispiel zum Übergang vom Kreis mit Meister zum Kreis ohne Meister angedeutet hatte. Am „Archiv“ lässt sich ein Weiterwirken des Weberschen Denkstils in den Kontroversen der Weimarer Republik verfolgen. Für das intellektuelle Diffundieren werde ich jedoch nicht wie Ulrich Raulff von „Korruption“ und „Verwässerung“ eines Ideenkosmos sprechen, – im Falle Webers erscheint es angebrachter, von Problemwanderungen, Umprägungen, auch Neufassungen des Weberschen Denkstils zu reden.[47] Wir stehen erst am Beginn, uns die Ordnung und Umordnung des sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Wissens im AfSS zu erschließen,[48] deshalb beschränke ich mich hier exemplarisch auf Lederer selbst, aber das ist spannend genug.

Lederer, Sohn eines jüdischen Kaufmanns, kam aus den Wiener Intellektuellenmilieus der Jahrhundertwende. Er verband ökonomische Grenznutzenlehre mit sozialkritischem Austromarxismus. Über München kam Lederer 1911 nach Heidelberg, um die Stelle des Redakteurs beim AfSS anzutre-

45 Emil Lederer: Max Weber +. In: AfSS 48 (1920/21), S. I-IV, hier S. IV.

46 Geleitwort In: AfSS 19 (1904), S. I-VII, hier S. IV, II, V.

47 Um Missverständnissen vorzubeugen: Unter der Fragestellung dieses Beitrages geht es nur um die Einschätzung von Emil Lederer, „der Kreis, der sich um das `Archiv´ scharte, [sei] so recht eigentlich ein Kreis um Max Weber“ gewesen. Eine Gesamtgeschichte des AfSS hat eine ganze Reihe weiterer Aspekte zu berücksichtigen.

48 Beabsichtigt ist, die Geschichte des AfSS als ein spezifisches „Wissensnetzwerk“ und in seiner internationalen Ausstrahlung ausführlich zu untersuchen. Dem „Viadrina Center B/Orders in Motion“ in Frankfurt (Oder) danke ich dazu für einen wichtigen Anschub.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ten. Als 1921 Edgar Jaffé starb, trat Lederer in dessen Fußstapfen als redaktionell maßgeblicher Herausgeber. Das machte er so gut, dass die zusätzlich auf dem Titelblatt erscheinende Prominenz – Joseph Alois Schumpeter, der die kapitalistische Dynamik aus Innovation und Zerstörung zum Motor der Weltgeschichte erklärte, und Alfred Weber, der Leiter des liberalen Heidelberger Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften, an das Lederer angebunden war – als Mitherausgeber in die zweite Reihe rückten.

Lederer sorgte für inhaltliche und organisatorische Kontinuität der international breit abonnierten Zeitschrift. Es gab ein Intermezzo. Von 1923 bis 1925 lehrte Lederer in Japan.[49] Er wirkte in Tokio u.a. als kultureller Übersetzer Max Webers, und sein Interesse galt dem „asiatischen Kapitalismus". Als Lederer 1931 den Ruf nach Berlin auf einen Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwirtschaft annahm, konzentrierte sich das „Archiv" auf drei Problemfelder, die er und die AfSS-Autoren in einem krisenhaften Wirkungszusammenhang sahen.

Das war vorrangig die taumelnde, „steuerlose Weltwirtschaft", wie Lederer seinen Artikel über die Folgen der Weltwirtschaftskrise 1933 überschrieb.[50] Im politischen Feld wurden bereits seit 1919/20 Artikel zu den Chancen der Demokratie in Europa veröffentlicht. Das AfSS hat von den Staatsrechtslehrern Hugo Preuß und Hans Kelsen[51] bis zum Philosophen Ernst Bloch[52] sehr heterogene Autoren aufgeboten, um diese Chancen auszuloten. Damit bezog das AfSS eine entschiedene Position in der Epoche des ideenpolitisch radikalisierten Ordnungsdenkens. Denn bei aller persönlichen Neigung Lederers zu einer planerischen Zähmung des Kapitalismus verfolgte das AfSS einen entschiedenen Abgrenzungsdiskurs zum sozialistischen Modell des sogenannten „Weltbolschewismus". Und bei aller Treue zu Robert Michels, der noch als Mussolini-Parteigänger bis 1933 zu den Hauptautoren des AfSS zählte,[53] positionierte Lederer das AfSS gegen die Bedrohung der modernen Industriegesellschaften durch die neuen nationalistischen und faschistischen Parteien.[54]

Bereits kurz nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" hatte das Folgen: Unmittelbar nach seiner Entfernung aus dem Staatsdienst durch das

49 Vgl. Wolfgang Schwentker: Die Japan-Studien Emil Lederers. In: Rikkyo Keizaigaku Kenkyu 44 (1991), S. 107-127; ders: Max Weber in Japan. Tübingen 1998.

50 Emil Lederer: Steuerlose Wirtschaft. In:AfSS 69 (1933), S. 641-666.

51 Hugo Preuß: Weltkrieg, Demokratie und Deutschlands Erneuerung. In: AfSS 44 (1917/18), S. 242-264, Hans Kelsen: Vom Wesen und Wert der Demokratie. In: AfSS 47 (1920/21), S. 50-85.

52 Ernst Bloch: Über einige politische Programme und Utopien in der Schweiz. In: AfSS 46 (1918/19), S. 140-162.

53 Vgl. Timm Genett: Der Fremde im Krieg. Zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876-1936. Berlin 2008, S. 745.

54 Etwa Franz Borkenau: Soziologie des Faschismus. In: AfSS 68 (1933), S. 513-547.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ verließ Lederer Deutschland. Im August 1933 stellte der Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) die Zeitschrift ein, wobei der umtriebige Staatsrechtler Carl Schmitt hinter den Kulissen dazu beitrug, die staatswissenschaftlichen Zeitschriften dem neuen Ungeist anzupassen.[55] Ein Fortleben erfuhr die Zeitschrift in den USA. Alvin Johnson, der Direktor der New School for Social Research in New York, verfolgte die deutsche Emigration mit großer Aufmerksamkeit. Er ernannte Emil Lederer zum Dean der „Graduate Faculty of Political and Social Science”. Mehrere der Redakteure und Autoren des AfSS wurden nach 1933 an die New School berufen und schrieben in deren Zeitschrift „Social Research“. Der „Geist“ des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ und mit ihm Max Webers wurde durch diesen transatlantischen Transfer bewahrt.[56]

V.

Ich habe versucht, das Ineinandergreifen von vier Teilkreisen zu einem „Weber-Kreis“ zu veranschaulichen. Von vier Kreisen, nicht esoterisch umgrenzt, wie es im George-Kreis der Fall war, vielmehr offen mit den liberalen Milieus der wilhelminischen und Weimarer Epoche verbunden. Für den sehr losen „Ring der Gegner Bismarcks“ habe ich Theodor Mommsen als Webers persönliche Referenz gewählt. Auch Weber wünschte emphatisch im Sinne selbstbewusster Individualität, „ein Bürger zu sein“. Als einzige der konkurrierenden Weber-Biographien hat das Jürgen Kaube pointiert dargestellt, verbunden mit Webers „Sucht“ nach Realismus, nach nüchternem „Wirklichkeitssinn“.[57] Nur an einem entscheidenden Punkt irrt Kaube: „Ausgerechnet nach seiner Amerikareise“ von 1904, schreibt Kaube, „beginnt Max Weber, sich vom Kapitalismus als seinem Lebensthema abzuwenden“.[58] Das Gegenteil ist der Fall, wie mein zweiter Kreis gezeigt hat, der „Verein für Socialpolitik“, der den Nationalökonomen und Sozialforscher Weber stets in sein Arbeitsfeld eingebunden hat. Und das waren die großen Enquêten zu den komplexen Problemen eines dynamischen Industrie- und

55 Dies geht aus der Korrespondenz von Oskar Siebeck mit Erwin von Beckerath hervor, so im Brief Siebecks vom 28. Juli 1933, Staatsbibliothek zu Berlin, Nachlass 488 (Archiv Mohr Siebeck).

56 Claus-Dieter Krohn: „Weimar” in Amerika: Vertriebene deutsche Wissenschaftler an der New School for Social Research in New York. In: Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 2: Leitbegriffe – Deutungsmuster – Paradigmenkämpfe. Erfahrungen und Transformationen im Exil. Göttingen 2004, S. 289-304.

57 Jürgen Kaube: Max Weber. Ein Leben zwischen den Epochen. Berlin 2014, bes. S. 52-62.

58 Ebd., S. 209.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Agrarkapitalismus, wie etwa die „Berufsschicksale der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie“.[59]

Allerdings musste, wer in Webers Magnetfeld bestehen wollte, durch den Heidelberger Filter. Jeder musste Persönlichkeit zeigen und für seine individuellen Wertüberzeugungen eintreten. Konfliktbereitschaft gegenüber den Zwängen moderner Lebensordnungen war gefragt. Paul Honigsheim wollte daraus sogar eine Soziologie des Weber-Kreises entwickeln. Eine Soziologie, die auch oder gerade Charaktere wie Otto Neurath einschloss, für dessen intellektuelle Rechtschaffenheit sich Weber in der Revolution von 1918/19 verbürgte.[60]

Neurath ist nicht zufällig Autor im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, also in dem Kreis, so Webers Nachfolger Emil Lederer, der den Geist Webers in die Nachkriegszeit transferiert. Das AfSS blieb bis zum Schluss dem Weberschen Leitmotiv verpflichtet, alle Sphären des menschlichen Lebens, Politik, soziale Gemeinschaften, Wissenschaft und Kunst, zu ihrer Bedingtheit durch die (kapitalistische) Ökonomie und zu ihrer Relevanz für die Ökonomie zu befragen.[61]

Es bleibt die Frage: Wie wirkte der Weber-Kreis in die Geschichte der Bundesrepublik hinein? Kaum einer konnte das besser beurteilen als Theodor Heuss. Als 1958 Webers „Gesammelte politische Schriften“ von 1921 neu aufgelegt wurden, steuerte Heuss eine ausführliche und persönliche Einleitung bei. Er sei Mitglied des sozialliberalen Naumann-Kreises gewesen. Deshalb könne er sich mit Webers wohlwollend überlegener Nachsicht gegenüber der Konsensmentalität des Naumann-Kreises nicht recht anfreunden. Für Webers radikales Konflikt-Denken zieht sich Heuss auf eine Würdigung von Joseph A. Schumpeter zurück: „Wer durch seine [Webers, G.H.] Einflußsphäre gegangen ist, ist für alle Zukunft klarer und gesünder geworden.“[62]

Konsens oder Konflikt? Für die politische Kultur der 1950er Jahre trifft Heuss damit den richtigen Nerv. In einer aktuellen Bestandsaufnahme zum „Liberalismus im 20. Jahrhundert“ nennt Jens Hacke in seinem Beitrag über die Gründung der Bundesrepublik „aus dem Geist eines Liberalismus“ den

59 Vgl. oben Anm. 16.

60 Max Weber: Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918–1920. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Wolfgang Schwentker. Tübingen 1988 (MWG I/16), S. 492 ff.

61 AfSS 51 (1925) enthält S. 1-93 ein Register zu den Bänden 1-50 (1888-1923). Auf das alphabetische Register folgt ein Sachregister, in dem sich die „Ordnung des Wissens“ in 38 Rubriken von „Wissenschaftslehre und Methodologie der Sozialwissenschaften“ bis „Finanz- und Steuerwesen“ sowie „Krieg und Wirtschaft. Übergangswirtschaft“ spiegelt.

62 Theodor Heuss: Max Weber in seiner Gegenwart (1958). In: Max Weber: Gesammelte politische Schriften. Hrsg. von Johannes Winckelmann, 3. Aufl. Tübingen 1971, S. VII-XXXI, hier S. XXXI.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sozialen Konsensliberalismus, wie ihn bereits die Weimarer Koalition erhofft hatte, eine „omnipräsente Sehnsuchtsfigur“ der geistigen Neugründung.[63] Ein „Konfliktliberalismus“, wie ich den an Weber geschulten Habitus hier charakterisiert habe, schien in den 1950er Jahren nicht geboten.

Das ändert sich mit dem Erfolgsbuch über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“, mit dem Ralf Dahrendorf Mitte der 1960er Jahre ein neues Narrativ in die Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung der deutschen Gesellschaft einführt. Nicht nur mit dem Merksatz „Liberale Demokratie ist Regierung durch Konflikt“[64] im Kapitel „Konflikt oder die Sehnsucht nach Synthese“, sondern auch mit weiten Teilen des Buches stellt sich Dahrendorf auf die Schultern Max Webers. Daraus folgt nun keine Kreisbildung mehr im gezeigten Sinn. Aber über Dahrendorf und M. Rainer Lepsius[65] mit dem Gründungskreis der Max-Weber-Gesamtausgabe[66] bleibt Webers liberales Konfliktdenken dem Gedächtnis der Bundesrepublik erhalten. Und es diffundiert weltweit, wie in einem digitalen Netzwerk von „Young Weber Scholars“ von Sao Paulo bis Hongkong, das sich im Herbst 2015 in Edinburgh konstituiert hat.

Der von Max Weber geprägte und vom Weber-Kreis beförderte Konfliktliberalismus – so wie er die Freiheit des Einzelnen betont, mit individuellen Bürgerrechten und Lebenschancen – hat durch das 20. Jahrhundert hindurch seinen Teil zur Grundlegung der (sozialen) „Demokratie in Deutschland“[67] beigetragen.

63 Jens Hacke: Die Gründung der Bundesrepublik aus dem Geist des Liberalismus? Überlegungen zum Erbe Weimars und zu liberalen Legitimitätsressourcen, in: Doering-Manteuffel/Leonhard (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert (wie Anm. 40), S. 219-238, hier S. 233. Aus dieser konsensliberalen Perspektive fällt das Urteil über Webers Bedeutung bereits für den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie nach 1918 negativ aus: „Webers Werk hatte kaum Substantielles zum Aufbau eines sozialen Rechtsstaates zu bieten“, ebd., S. 230 f.

64 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, hier S. 174.

65 Lepsius´ Habilitationsschrift von 1963 fußt auf Max Webers Sicht auf die Konfliktlagen „sozialer Ungleichheit“ und ist mit vielen Bezügen zu Ralf Dahrendorf verfasst. Sie wurde postum veröffentlicht, M. Rainer Lepsius: Soziale Schichtung in der industriellen Gesellschaft. Mit einem Geleitwort von Oliver Lepsius und einer Einführung von Wolfgang Schluchter. Tübingen 2015.

66 Vgl. Edith Hanke, Gangolf Hübinger und Wolfgang Schwentker: Die Entstehung der Max Weber-Gesamtausgabe und der Beitrag von Wolfgang J. Mommsen. In: Christoph Cornelißen (Hrsg.): Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie. Wolfgang J. Mommsen und seine Generation. Berlin 2010, S. 207-238.

67 M. Rainer Lepsius: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Göttingen 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Manfred Berg

US-Präsident Woodrow Wilson und der liberale Internationalismus

Für das Spannungsverhältnis von Ideal- und Realpolitik ist Woodrow Wilson eine geradezu paradigmatische Figur. Seit beinahe einhundert Jahren haben sich zunächst die Zeitgenossen und dann Generationen von Historikern darüber gestritten, ob der 28. Präsident der USA ein weitsichtiger Realist oder ein weltfremder Idealist war, der die innen- und außenpolitischen Realitäten ignorierte und so selbst dazu beitrug, dass seine Vision einer internationalen Ordnung, die auf kollektiver Sicherheit, nationaler Selbstbestimmung, freien Handel und Demokratie gebaut sein sollte, scheiterte.[1] Woodrow Wilson und der mit seinem Namen verbundene liberale Internationalismus sind jedoch keinesfalls nur von historischem Interesse. Der Streit um den „Wilsonianism" prägt bis heute die Grundpositionen in den Debatten um Amerikas Rolle in der Welt. Erfordern die nationale Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität und politischen Werte der USA ein permanentes aktives Eintreten für eine liberal-demokratische Weltordnung, wie die Wilsonians meinen, oder hat der Missionseifer Wilsonscher Provenienz letztlich zu imperialer Hybris und blindem Interventionismus geführt, der Amerika in alle Konflikte der Welt verwickelt hat und immer wieder in selbstgestellte ideologische Fallen tappen lässt, wie Kritiker beklagen?[2] In diesem Beitrag wird zunächst ein Überblick über die kontroversen Urteile gegeben, die Zeitgenossen und Historiker über Wilson und den liberalen Internationalismus gefällt haben. Danach werden Wilsons Selbstverständnis, seine Ziele und seine Politik in den Blick genommen und schließlich die Grundlinien der Debatte über das Erbe des Wilsonianism nachgezeichnet.

1 Zur Einführung in die Wilson-Historiografie vgl. Ross A. Kennedy (Hrsg.): A Companion to Woodrow Wilson. Malden, MA 2013; John M. Cooper (Hrsg.): Reconsidering Woodrow Wilson. Progressivism, Internationalism, War, and Peace. Baltimore 2008.

2 Vgl. Lloyd Ambrosius: Legacy and Reputation. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 569-587; John G. Ikenberry (Hrsg): The Crisis of American Foreign Policy: Wilsonianism in the Twenty-First Century. Princeton 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

I.

Der dominante zeitgenössische Topos über Wilson, der sich nach der Pariser Friedenskonferenz etablierte, war der des gefallenen Helden. In den Jahren 1917 bis 1919 stieg Woodrow Wilson zum führenden internationalen Staatsmann auf, von dem sich die Menschen in der ganzen Welt Frieden und Gerechtigkeit erhofften. Als der US-Präsident Ende 1918 nach Europa kam, wurde er wie ein Messias empfangen; in Paris, London und Rom jubelten ihm die Massen zu. Seine Rhetorik nationaler Selbstbestimmung wurde von Ägypten bis Korea gehört.[3] Wenige Monate später, nach der Veröffentlichung des Friedensvertrages, wich die Begeisterung fast überall der tiefen Enttäuschung über einen Mann, dem Freund und Feind vorwarfen, seine Ideale verraten zu haben. In Deutschland, wo weite Teile der Öffentlichkeit auf einen milden „Wilson-Frieden" gehofft hatten, kannte die Empörung keine Grenzen. Der Nationalliberale Gustav Stresemann warf dem US-Präsidenten „den größten Weltbetrug, den die Geschichte jemals erlebt hat", vor. Als Wilson am 3. Februar 1924 starb, wies der inzwischen zum Reichsaußenminister avancierte Stresemann den deutschen Botschafter in Washington an, „von irgendwelchen Beileidskundgebungen offizieller Art Abstand [zu] nehmen", und nahm damit einen diplomatischen Eklat mit den USA zu einem Zeitpunkt in Kauf, als Deutschland dringend auf amerikanische Unterstützung bei der Neuregelung der Reparationen angewiesen war.[4] Das Image des „salbungsvollen, scheinheiligen Heuchlers", wie der Althistoriker Eduard Meyer Wilson titulierte, lebt bis heute in deutschen Diskursen über die US-Außenpolitik fort, in denen die Rhetorik des liberalen Internationalismus gern als Heuchelei und Bemäntelung materieller Interessen abgetan wird.[5]

Doch nicht nur Wilsons deutsche Kritiker, sondern auch viele Progressive und Liberale in den USA und Großbritannien machten ihrer Enttäuschung über Wilson Luft. Der Ökonom John Maynard Keynes, der als Mitglied der britischen Delegation an der Friedenskonferenz teilgenommen hatte, kari-

3 Vgl. die Berichte über Wilsons Ankunft in Frankreich im Tagebuch von US-General Tasker H. Bliss, US-Mitglied im Obersten Alliierten Kriegsrat: Library of Congress, Manuscript Division (zukünftig LC MD), Tasker H. Bliss Papers, Box 244 (14.-16.12.1918), sowie von Wilsons Pressesprecher Ray Stannard Baker: LC MD, Ray Stannard Baker Papers (zukünftig RSB), Box 132 (14.12.1918); Erez Manela: The Wilsonian Moment: Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism. Oxford 2007.

4 Vgl. Manfred Berg: Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907-1929. Baden-Baden 1990, S. 91 f u. 237-240; vgl. umfassend zur deutschen Hoffnung auf und Enttäuschung über Wilson Klaus Schwabe: Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19. Düsseldorf 1972, S. 521-651.

5 Eduard Meyer: Die Vereinigten Staaten von Amerika. Geschichte, Kultur, Verfassung und Politik. Frankfurt/ M. 1920, S. 288.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kierte den Präsidenten 1920 in seinem Buch über den Versailler Frieden als „blinden und tauben Don Quichote", der zwar gute Absichten gehabt habe, aber seinen europäischen Verhandlungspartnern intellektuell und politisch nicht gewachsen gewesen sei. Um die Zustimmung der Alliierten zum Völkerbund zu erreichen, habe Wilson ökonomische und territoriale Konzessionen gemacht, deren Unvereinbarkeit mit seinem liberalen Vierzehn Punkte-Friedensprogramm vom Januar 1918 er sich nicht habe eingestehen wollen.[6] Für viele seiner ehemaligen progressiven Gefolgsleute hatte Wilson bereits mit dem Eintritt in den Weltkrieg den Grundstein für sein Scheitern gelegt: „Er war unfähig zu erkennen", schrieb der pazifistische Verleger Oswald Garrison Villard in seinem Nachruf, „dass, wann immer und wo immer sich der Liberalismus mit dem Krieg und dem Kriegswahn einlässt, es der Liberalismus ist, der untergeht". Die Vierzehn Punkte seien ein Versprechen an die Menschheit gewesen, das Wilson durch seine faulen Kompromisse gebrochen habe. Der Präsident habe nach den Sternen gegriffen und sei am Boden zerschellt.[7] Auch seine treuen Anhänger mussten rückschauend einräumen, dass Wilson sein Friedenswerk nicht verwirklichen konnte, gaben die Schuld dafür aber den Alliierten, die am alten System der Machtpolitik festhalten wollten, und seinen innenpolitischen Gegnern, die einen engstirnigen Isolationismus angestachelt hätten. Der deutsche Publizist Maximilian Harden schrieb nach Wilsons Tod, Wilson sei an seiner Gesundheit und widrigen Umständen gescheitert, aber nur wen der Hass blende, könne die Reinheit seiner Ziele bestreiten.[8]

Wie so oft hallen die zeitgenössischen Urteile in der Geschichtsschreibung nach. Die Wilsonians unter den US-Historikern haben sich immer gegen das Bild vom naiven Idealisten gewehrt. Arthur S. Link, der sein gesamtes Gelehrtenleben Woodrow Wilson widmete, attestierte seinem Helden einen „höheren Realismus", weil Wilson die langfristigen moralischen und politischen Interessen Amerikas und der ganzen westlichen Zivilisation im Blick gehabt habe. Und John Milton Cooper charakterisiert seinen Protagonisten in seiner 2009 erschienenen Biografie als „einen der besonnensten, nüchternsten und klügsten Idealisten seiner Zeit". Keinesfalls habe Wilson einen Kreuzzug für die Demokratie geführt, so Cooper. Der Versailler Vertrag, obschon notwendigerweise ein Kompromiss, hätte durchaus die Grund-

6 John M. Keynes: The Economic Consequences of the Peace. London 1920, S. 34-55, Zitat S. 37.

7 Oswald G. Villard: Woodrow Wilson: A Supreme Tragedy. In: The Nation 118, 24.2.1924, S. 156 ff.

8 Ray S. Baker: Should the United States Remain Outside the League of Nations? Address Delivered at the Annual Meeting of the League for Permanent Peace. 8.6.1920. Ray Stannard Baker Papers (wie Anm. 3), Box 132; Maximilian Harden: Woodrow Wilson. In: The Living Age 520 (Februar 1924), S. 537-540 [Nachdruck aus: Wiener Freie Presse], ebd., Box 133.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lage für eine stabile Friedensordnung bilden können. Wilsons innenpolitisches Scheitern im Kampf um die Ratifizierung des Völkerbundes im US-Senat schreibt Cooper vor allem dem Schlaganfall zu, der den Präsidenten seit Oktober 1919 ans Krankenbett fesselte. Andere Wilsonians wie Thomas Knock verteidigen Wilsons „progressiven Internationalismus" zwar gegen den Vorwurf der Naivität, kreiden Wilson jedoch an, dass er seine Ziele innenpolitisch nicht konsequent und machtbewusst durchgesetzt und seine Anhänger auf der Linken nach dem Kriegseintritt der USA den Repressalien reaktionärer Nationalisten preisgegeben habe.[9]

Historiker, die sich der realistischen Schule der internationalen Beziehungen verpflichtet fühlen, sehen Wilson und den Wilsonianism dagegen bis heute äußerst kritisch. Ein doktrinärer und politisch überforderter Visionär, so lässt sich das Wilson-Bild der Realisten zusammenfassen, wollte die Welt nach amerikanischem Vorbild umgestalten und unterschätzte dabei sowohl die Komplexität der internationalen Beziehungen als auch den innenpolitischen Widerstand. Mit seiner Fixierung auf das Prinzip der kollektiven Sicherheit habe er das bewährte europäische Gleichgewicht zerstört, ohne dass der Völkerbund das alte System habe ersetzen können. Der Visionär Wilson sei außen- und innenpolitisch auf der ganzen Linie gescheitert, habe seinem Land und der Welt zudem ein äußerst problematisches ideologisches Erbe hinterlassen.[10]

Was Realisten als naiven Idealismus und ideologische Borniertheit deuten, haben die Vertreter der Neuen Linken in der US-Geschichtsschreibung seit den sechziger Jahren dagegen als planvolle Strategie interpretiert, den amerikanischen Kapitalismus zu globalisieren und die internationale Ordnung durch Reformen gegen die Gefahr der kommunistischen Revolution zu immunisieren.[11] Adam Tooze wiederum entthront in seinem Buch *Die Sint-*

9 Arthur S. Link: The Higher Realism of Woodrow Wilson and Other Essays. Nashville, TN, 1971; Links monumentale Biografie summiert sich auf fünf Bände, deckt aber nur die Zeit bis 1917 ab, vgl. Arthur S. Link: Wilson. 5 Bde. Princeton 1947-1965. Link ist zudem der Herausgeber der 69 Bände umfassenden Wilson Papers, vgl. Arthur S. Link (Hrsg.): The Papers of Woodrow Wilson. 69 Bde. Princeton 1966-1994 (zukünftig PWW); John M. Cooper: Woodrow Wilson: A Biography. New York 2009, S. 3-12, Zitat S. 5; Thomas J. Knock: To End All Wars: Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order. New York 1992, S. 133-137; Arno Mayer: Politics and Diplomacy of Peacemaking: Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918-1919. London 1968, S. 875-893.

10 Vgl. u. a. Lloyd Ambrosius: Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition: The Treaty Fight in Perspective. New York 1987; ders.: Wilsonianism: Woodrow Wilson and His Legacy in American Foreign Relations. New York 2002; Norman A. Graebner/ Edward M. Bennett: The Versailles Treaty and Its Legacy: The Failure of the Wilsonian Vision. New York 2011; Walter A. McDougall: Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World since 1776. New York 1997, S. 122-146.

11 Vgl. u. a. William A. Williams: The Tragedy of American Diplomacy. New York 1962, S. 84-102; N. Gordon Levin: Woodrow Wilson and World Politics. America's Response to War and Revolution. New York 1968, S. 1-10.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

flut Woodrow Wilson als Vorkämpfer einer neuen internationalen Ordnung. Wilson sei überhaupt kein liberaler Internationalist gewesen, sondern ein konservativer amerikanischer Nationalist, der, wie seine europäischen Alliierten zu Recht argwöhnten, eine globale Hegemonie der USA durchsetzen wollte. Die sowohl von Wilson-Anhängern wie Kritikern gepflegte Legende, der Idealist Wilson sei an den hartleibigen europäischen Machtpolitikern gescheitert, habe den Blick dafür verstellt, dass die europäischen Führer, insbesondere Liberale und gemäßigte Linke, selbst nach einer neuen liberal-demokratischen Ordnung strebten. Ein entscheidender Grund für das Scheitern dieser Ordnung war jedoch, so Tooze, dass sich schon Wilson selbst – und nicht erst seine republikanischen Nachfolger – einer echten sicherheitspolitischen und ökonomischen Kooperation mit den übrigen Großmächten verweigerte.[12]

II.

Wie aber sah Woodrow Wilson sich selbst? War er ein Idealist, der sein politisches Handeln an subjektiv verbindlichen Wertsetzungen und Ideen ausrichtete, also im Sinne Max Webers wertrational und tendenziell gesinnungsethisch handelte?[13] Und welche Ideale waren es, die Wilson antrieben? Für viele Zeitgenossen und Historiker war und ist die Religion der Schlüssel zu Wilsons Weltbild. Den aus einer Pfarrersfamilie stammenden Calvinisten umgab eine für viele Menschen schwer erträgliche Aura der Selbstgerechtigkeit. Einem Professorenkollegen in Princeton, der ihn darauf hinwies, dass jede Streitfrage zwei Seiten habe, soll er geantwortet haben: „Ja, eine richtige und eine falsche!“[14] Die Klagen über Wilsons selbstgefälliges und hochfahrendes Auftreten auf der Pariser Friedenskonferenz sind legendär. Laut dem britischen Diplomaten Harold Nicolson gerierte sich Wilson als „Theokrat“, der unerschütterlich daran geglaubt habe, dass „Gott, Wilson und das Volk“ am Ende triumphieren würden und an dessen „spiritueller Arroganz“ jeder sachliche Einwand abgeprallt sei. Der britische Premier David Lloyd George empfand den US-Präsidenten als „Missionar, der europäische Heiden dazu bekehren wollte, endlich von der Anbetung falscher Götter abzulassen“. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau klagte gegenüber einem Mitglied der amerikanischen Delegation entnervt, mit Wilson zu sprechen sei, als rede man mit Jesus Christus selbst. Zahlreiche Historiker

12 Adam Tooze: The Deluge: The Great War, America and the Remaking of the Global Order, 1916-1931. London 2013, S. 22-30, 348 u. 515-517.

13 Max Weber: Politik als Beruf. In: Johannes Winckelmann (Hrsg.): Max Weber Gesammelte Politische Schriften. 2. Aufl. Tübingen 1958, S. 493-548, hier S. 539 f.

14 Vgl. Arthur S. Link: Wilson. The New Freedom. Princeton 1956, S. 68.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

haben darauf hingewiesen, dass der Begriff Völkerbund, *League of Nations Covenant*, auf dem Wilson ausdrücklich bestand, die säkularisierte Variante des göttlichen Gnadenbundes mit den Menschen darstellte, der im Zentrum von Wilsons Glaubensüberzeugungen stand. Der Präsident habe sich als Instrument eines göttlichen Heilsplans gesehen, der Welt den Frieden zu bringen. Aus diesem Grund sei es Wilson auch unmöglich gewesen, den Kompromisscharakter des Versailler Friedens einzugestehen oder Vorbehalte gegen die Völkerbundsakte zu akzeptieren.[15]

Dass Woodrow Wilson zeitlebens ein tief religiöser Mensch war und sich als Werkzeug Gottes betrachtete, ist unstrittig und durch zahlreiche öffentliche und private Äußerungen dokumentiert. Er betete täglich, las regelmäßig in der Bibel und glaubte an einen gnädigen Gott, der ihn leitete. Ebenso offenkundig ist, dass dieser Glaube an einen persönlichen Bund mit Gott einem Mangel an Selbstkritik und Kompromissbereitschaft Vorschub leistete.[16] Allerdings muss die Bedeutung der Religion für Wilsons politisches Denken und Handeln in mehrfacher Hinsicht relativiert werden. Wilson war weder ein religiöser Fanatiker, der glaubte, er allein kenne Gottes Willen und sei berufen, diesen auf Erden durchzusetzen, und erst recht kein Theokrat, der eine göttliche Ordnung auf Erden errichten wollte. Sein innen- und außenpolitischer Reformeifer mag religiös inspiriert gewesen sein, aber sein politisches Programm war säkular.

Als Wilson 1910 die Präsidentschaft der Universität Princeton niederlegte und für das Amt des Gouverneurs im US-Bundesstaat New Jersey kandidierte, folgte der damals immerhin schon fast Vierundfünfzigjährige keinem religiösen Erweckungserlebnis, sondern einem Angebot des konservativen Flügels der Demokratischen Partei, der sich von Wilson eine wirtschaftsfreundliche Politik erhoffte.[17] Tatsächlich stellte er sich als Gouverneur von New Jersey jedoch an die Spitze der sozialreformerischen progressiven Bewegung, die ihn 1912 ins Weiße Haus trug. Wilsons „Neue Freiheit", wie das Motto seiner innenpolitischen Reformagenda lautete, zielte auf die Neudefinition der Rolle des Staates als Akteur und Regulator des Wirtschaftslebens. Zu den wichtigsten Maßnahmen seiner ersten Amtszeit zählen die Beschrän-

15 Harold Nicolson: Peacemaking 1919. Boston 1933, S. 162-164; Andrew Preston: Sword of the Spirit, Shield of Faith: Religion in American War and Diplomacy. New York 2012, S. 275-290, hier S. 282 (Zitate Lloyd George und Clemenceau); Malcolm D. Magee: What the World Should Be: Woodrow Wilson and the Crafting of a Faith-based Foreign Policy. Waco, TX, 2008, S. 1-8.

16 Vgl. die Unterredungen seines Biografen Ray S. Baker mit Dr. Stockton Axson [Wilsons Schwager], 11.2. u. 24.2.1925; RSB (wie Anm. 3), Reel 70; Margaret Wilson [Tochter], 12.3.1925; RSB (wie Anm. 3), Reel 84; John M. Mulder: Woodrow Wilson: The Years of Preparation. Princeton 1978, S. 269-277.

17 Mulder: Woodrow Wilson (wie Anm. 16), S. 251-268; Arthur S. Link: The Road to the White House. Princeton 1947, S. 133-172.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kung von Kartellen, die Einführung einer Bundeseinkommenssteuer und die Schaffung des modernen amerikanischen Zentralbanksystems, des Federal Reserve Boards, um das chaotische Bankensystem der USA zu ordnen.[18] Auch der Historiker und Politikwissenschaftler Woodrow Wilson, der es vor seiner politischen Karriere zu nationaler Bekanntheit gebracht hatte, pflegte einen durchweg empirischen und säkularen Politikbegriff. Seine wichtigsten Werke behandeln das Funktionieren politischer Institutionen; die These, dass die Religion Wilsons gesamtes politisches Denken prägte, lässt sich aus seinen wissenschaftlichen Schriften schlechterdings nicht belegen.[19] Und schließlich repräsentierte der liberale Internationalismus, selbst wenn Wilson ihn als religiöse Pflicht verstehen mochte, der Welt den Frieden zu bringen, ein säkulares und universales Programm, das über Jahrzehnte hinweg weltweite Resonanz auch dort gefunden hat, wo seine religiösen Vorstellungen überhaupt nicht anschlussfähig waren.[20]

Die Idee zur Neuordnung der Welt durch einen Friedensbund demokratisch verfasster Nationalstaaten war auch keine Mission, die Wilson sein Leben lang beseelte, sondern entstand erst nach 1914 als Reaktion auf die Katastrophe des Ersten Weltkrieges. Als Wissenschaftler hatte er sich kaum mit Außenpolitik und Fragen der internationalen Ordnung befasst, und außenpolitische Fragen hatten ihn weder als Gouverneur von New Jersey noch als Wahlkämpfer nennenswert beschäftigt. Kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten der USA im November 1912 bemerkte Wilson gegenüber einem ehemaligen Kollegen aus Princeton: „Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn sich meine Administration hauptsächlich der Außenpolitik widmen müsste, denn meine gesamte Vorbereitung auf dieses Amt ist innenpolitisch geprägt."[21] Dies bedeutet nicht, dass Wilson vor seinem Einzug ins Weiße Haus keine Vorstellungen über die weltpolitische Rolle der USA entwickelt hätte. Er hatte 1898 den Krieg gegen Spanien und anschließend – im Gegensatz zur Mehrheit der Demokratischen Partei – auch die Annexion der Philippinen unterstützt und bekannte sich zur historischen Mission der USA, die

18 Vgl. Link: The New Freedom (wie Anm. 14), S. 177-240; Elliot W. Brownlee: The New Freedom and Its Evolution. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 106-132.

19 Wilsons wichtigstes Werk ist seine Analyse des US-Kongresses, vgl. Woodrow Wilson: Congressional Government. A Study in American Politics. 15. Aufl. New Brunswick 1900; vgl. auch ders.: The State. Elements of Historical and Practical Politics. A Sketch of Institutional History and Administration. Boston 1889; für eine zugespitzte Betonung der Religion in Wilsons politischem Denken vgl. Magee: What the World Should Be (wie Anm. 15), S. 1-7, passim.

20 Den ideologischen Nutzen des Wilsonianism für die US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert betonen: Frank Ninkovich: The Wilsonian Century: U.S. Foreign Policy Since 1900. Chicago 1999, S. 3-5; Walter Russel Mead: Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World. New York 2001, S. 166-172.

21 Vgl. Ray S. Baker: Woodrow Wilson. Life and Letters. Bd. 4. Garden City 1931, S. 55.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ausbreitung von Freiheit und Demokratie zu fördern.[22] In seinem Buch *Constitutional Government* von 1908 schrieb Wilson, die neue weltpolitische Rolle, die den Vereinigten Staaten seit dem Sieg über Spanien 1898 zugefallen war, habe das Amt des US-Präsidenten für immer verändert: „Der Präsident kann nie wieder eine bloß innenpolitische Figur sein, wie er es für den größten Teil unserer Geschichte gewesen ist." Im Wahlkampf 1912 erklärte Wilson öffentlich, die USA seien „auserwählt, den Nationen der Welt den Weg auf den Pfad der Freiheit zu weisen."[23]

Es wäre indessen verfehlt, solche Äußerungen als „außenpolitisches Programm" des späteren Präsidenten, gar als Plan zur Demokratisierung der Welt zu deuten. Wilsons religiös grundierte Vorstellungen von der besonderen Auserwähltheit und Mission Amerikas waren keinesfalls ungewöhnlich oder radikal, sondern entsprachen dem zeitgenössischen Mainstream-Nationalismus, demzufolge Amerika der Welt das moralische Vorbild geben musste, an dem diese sich läutern sollte.[24] Als Wilson 1913 ins Weiße Haus einzog, zeigte er zunächst wenig Interesse an der Außenpolitik. In seinen ersten beiden Amtsjahren verfolgte der neue Präsident mit großem Erfolg seine innenpolitische Reformagenda der „Neuen Freiheit".

Seine erste außenpolitische Herausforderung, der mexikanische Bürgerkrieg, geriet dagegen zum Fiasko. Im Frühjahr 1911 war der langjährige mexikanische Diktator Porfirio Diaz durch einen Volksaufstand gestürzt worden, aber der neue, gewählte Präsident Francisco Madero konnte das Land nicht befrieden und fiel im Februar 1913 einem Putsch des Generals Victoriano Huerta zum Opfer. Wilson weigerte sich, Huerta, den er privat als „Schlächter" bezeichnete, als rechtmäßigen Präsidenten anzuerkennen, und wies entsprechende Forderungen amerikanischer Öllobbyisten indigniert zurück. Tatsächlich machte der US-Präsident kein Geheimnis daraus, dass er den Sturz Huertas anstrebte und die USA gezwungen sein könnten, dieses Ziel „mit anderen als friedlichen Mitteln" durchzusetzen. Im Frühjahr 1914 provozierte Wilson bewusst eine Militärintervention der USA. Die Besetzung der Hafenstadt Veracruz führte allerdings zu einem Blutbad und brach-

22 Vgl. zu Wilsons Haltung zum Krieg gegen Spanien und Annexion der Philippinen sein Memorandum: What Ought We to Do? vom 1.8.1898. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 10, S. 574-576; A Report of a Speech on Patriotism vom 14.12.1899. In: Ebd., Bd. 11, S. 297-300; Knock, To End All Wars (wie Anm. 9), S. 10 f.

23 Woodrow Wilson: Constitutional Government. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 18, S. 120 f.; An Address in Jersey City vom 25.5.1912. In: Ebd., Bd. 24, S. 443.

24 Zum amerikanischen Exzeptionalismus in der Außenpolitik vgl. Henry W. Brands: What America Owes the World: The Struggle for the Soul of Foreign Policy. New York 1998, S. VII-X u. 1-21.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

te beide Länder an den Rand eines Krieges. Wilson musste einlenken, der innen- und außenpolitische Schaden der Aktion war enorm.[25]

Was veranlasste den Präsidenten zu dieser riskanten Aktion? Nach Ansicht wohlwollender Biografen wollte der Präsident „dem mexikanischen Volk helfen, einen Militärdiktator zu stürzen und eine verfassungsmäßige Regierung zu etablieren", habe dabei aber beinahe eine Katastrophe verursacht.[26] Kritiker haben Wilson dagegen als religiösen und ideologischen Fanatiker verdammt, der die Mexikaner notfalls auch gegen ihren Willen zur Demokratie nach amerikanischem Vorbild bekehren wollte.[27] Wilsons Agieren in der Mexiko-Krise passt nicht in das Klischee einer Intervention zum Schutz amerikanischer Kapitalinteressen, denn dann hätte er Huerta unterstützen müssen, wie es heimische Wirtschaftskreise forderten. Diese wies der US-Präsident jedoch mit der barschen Erklärung ab, Unternehmer, die ein fremdes Volk ausbeuten und seiner Rechte berauben wollten, verdienten keinen Schutz. Daraus zu schließen, Wilson habe die soziale Revolution in Mexiko gegen ihre reaktionären Feinde schützen wollen, ist freilich ebenso wenig überzeugend.[28]

Die Intervention in Mexiko mag zum Teil der außenpolitischen Unerfahrenheit des Präsidenten zuzuschreiben sein, aber sein Handeln in der Krise zeigte ein Grundmuster, das sich zwischen 1914 und 1919 mehrfach wiederholen sollte. Wilson versuchte, Prinzipienpolitik zu machen – im Falle Mexikos wollte er ein Zeichen für sein Ideal der „geordneten Selbstregierung" setzen[29] – und verstrickte sich dabei in eklatante Widersprüche und erratischen Aktionismus, die er im Nachhinein zu rationalisieren versuchte. Auch Wilsons unter Zeitgenossen wie Historikern extrem kontroverse Neutralitätspolitik zwischen August 1914 und März 1917 wirkt in der Rückschau als ständiges Lavieren zwischen widersprüchlichen Zielen, hehren Prinzipien und Interessen, Drohungen und Konzessionen. Einerseits rief der Präsident seine Landsleute zu Neutralität und Unparteilichkeit „im Denken wie im Handeln" auf und bot den Kriegsparteien immer wieder seine Dienste als

25 Vgl. From the Diary of Josephus Daniels, 18.4.1913. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 27, S. 328-333; Our Purpose in Mexico, 23.11.1913, ebd., Bd. 28, S. 585 f.; A Press Release, 3.2.1914, ebd., Bd. 29, S. 216 f.; An Address to Congress, 20.4.1914, ebd., Bd. 29, S. 471-474; Link, The New Freedom (wie Anm. 14), S. 395-400. Vgl. auch Ralph Dietl: USA und Mittelamerika: Die Aussenpolitik von William J. Bryan 1913–1915. Stuttgart 1996.

26 Ebd., S. 347; Cooper, Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 237-244; Knock, To End All Wars (wie Anm. 9), S. 24-30.

27 Benjamin T. Harrison, Wilson and Mexico. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 193-205, hier S. 199.

28 A Fourth of July Address, 4.7.1914, PWW (wie Anm. 9), Bd. 30, S. 248-255, hier S. 251-52; Knock, To End All Wars (wie Anm. 9), S. 28 ff.

29 Our Purpose in Mexico (wie Anm. 25).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Vermittler an.[30] Andererseits sympathisierte der anglophile Wilson mit Großbritannien und ließ zu, dass Amerikas wirtschaftliche und finanzielle Ressourcen ausschließlich den Alliierten zugute kamen. Die US-Regierung bestand auf der Freiheit der Meere und dem Recht der Neutralen, nahezu unbeschränkt mit den kriegführenden Mächten Handel zu treiben, beließ es gegenüber der britischen Blockade jedoch bei milden Protesten, während sie den deutschen U-Boot-Krieg in schärfster Tonart verurteilte. Nach der Versenkung der Lusitania Anfang Mai 1915, bei der rund 1200 Zivilisten ums Leben kamen, darunter 128 US-Bürger, verkündete Wilson allerdings, Amerika „sei zu stolz, um zu kämpfen", und habe so sehr das Recht auf seiner Seite, dass es die Welt nicht mit Gewalt davon überzeugen müsse. Immerhin war Wilsons Neutralitätspolitik bis Anfang 1917 erfolgreich, insofern sie das Deutsche Reich fast zwei Jahre dazu brachte, den Seekrieg nach amerikanischen Vorgaben zu führen. Selbst nach der Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 und dem Bekanntwerden des geheimen deutschen Bündnisangebots an Mexiko am 1. März – der berüchtigten Zimmermann-Depesche – hielt Wilson an Amerikas „bewaffneter Neutralität" fest. Erst die Versenkung mehrerer amerikanischer Handelsschiffe durch deutsche U-Boote Mitte März ließ ihm keine andere Wahl mehr als den Kriegseintritt der USA.[31]

Das entscheidende Motiv Wilsons, Amerika solange wie möglich aus dem Krieg herauszuhalten, war die Hoffnung, als neutraler Vermittler einen „Frieden ohne Sieg" herbeizuführen, den er am 22. Januar 1917 in einer großen Rede vor dem US-Senat vorschlug. Erstmals skizzierte Wilson vor der Weltöffentlichkeit die Grundlagen des liberalen Internationalismus, der sich fortan mit seinem Namen verbinden sollte. Das alte System des Gleichgewichts der Mächte musste durch eine neuorganisierte Gemeinschaft des Friedens ersetzt werden. Große und kleine Nationen sollten die gleichen Rechte genießen, der Länder– und Völkerschacher der Vergangenheit ein Ende haben, die Nationen über ihre Regierungsform und innere Entwicklung selbst entscheiden. Als *conditio sine qua non* des künftigen Friedens und Grundlage einer liberalen Weltwirtschaft forderte Wilson die Wiederherstellung der Freiheit der Meere sowie die Abrüstung aller Land- und Seestreitkräfte. Der US-Präsident nahm für sich in Anspruch, für „die Liberalen und Menschenfreunde in allen Nationen", ja für die „schweigende Masse der Menschheit" zu sprechen. Mit großer Zuversicht versicherte er, dass sich auch die USA an einem

30 An Appeal to the American People, 18. 8. 1914, PWW (wie Anm. 9) Bd. 30, S. 393 f.

31 An Appeal to the American People, 18.8.1914. In: ebd. S. 393 f.; An Address in Philadelphia, 10.5.1915, ebd., Bd. 33, S. 147-150; einen umfassenden Überblick über die Historiografie zu Wilsons Neutralitätspolitik gibt Justus D. Doenecke: Neutrality Policy and the Decision for War. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 243-269.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Bund des Friedens“ beteiligen würden, denn dieser beruhe auf amerikanischen Prinzipien, die zugleich die Prinzipien der ganzen Menschheit seien.[32]

Die Grundpositionen des liberalen Internationalismus, die Wilson zwischen 1914 und 1919 entwickelte und immer wieder den sich verändernden Umständen anpasste, lassen sich so zusammenfassen: Die Ursache des Weltkrieges stellte das alte System der europäischen Macht- und Gleichgewichtspolitik dar, das durch einen allgemeinen Bund demokratischer Nationalstaaten unter amerikanischer Führung ersetzt werden musste. Dieser Völkerbund würde zukünftig den Frieden durch Abrüstung, Gewaltverzicht, offene Diplomatie und gegebenenfalls durch kollektive Abwehr von Aggressoren sichern. Die Völker hatten ein Recht auf Selbstbestimmung, die Staaten verzichteten untereinander auf Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die Freiheit der Meere war für Wilson die unverzichtbare Bedingung einer liberal-kapitalistischen Weltwirtschaft, die den Wohlstand aller Nationen mehrte. Die politische Voraussetzung des Wilsonschen Internationalismus bildete der demokratische Friede, demzufolge Demokratien keine Kriege gegeneinander führen. Demokratisch regierte Völker, erklärte der Präsident in seiner Kriegsbotschaft vom 2. April 1917, würden sich nie für den Krieg entscheiden. Deshalb führe Amerika auch keinen Krieg gegen das deutsche Volk, das den von seiner Führung angezettelten Krieg nicht gewollt habe.[33]

Auch Historiker, die Wilson positiv beurteilen, haben darauf hingewiesen, dass an diesen Ideen wenig neu und originell war. Englische Radikale und Pazifisten propagierten ähnliche Vorstellungen seit Beginn des Weltkrieges, den Begriff „League of Nations“ prägte Goldsworthy Lowes Dickenson, ein Altertumsforscher in Cambridge, in einem Aufsatz für das Atlantic Monthly Magazine vom Dezember 1914. Auch viele Pazifisten und Progressive in den USA vertraten einen konsequenten Internationalismus.[34] Sein politisches Gewicht erhielt Wilsons liberaler Internationalismus durch sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten, der einzigen Weltmacht, die sich zunächst nicht am Krieg beteiligte und aufgrund ihrer ökonomischen und moralischen Ressourcen möglicherweise einen Vermittlungsfrieden herbeiführen konnte. Das Versprechen, dass die USA ihre selbstgewählte Isolation verlassen und

32 An Address to the Senate, 22.1.1917. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 40, S. 533-539. Wilson hatte bereits im Mai 1916 in einer Rede vor der League to Enforce Peace einen Völkerbund ins Gespräch gebracht, was in Europa jedoch als Wahlkampf betrachtet worden war. Vgl. An Address to the League to Enforce Peace, 27.5.1916, ebd., Bd. 37, S. 113-116; Knock: To End All Wars (wie Anm. 9), S. 76-81.

33 An Address to a Joint Session of Congress, 2.4.1917. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 41, S. 519-527, hier S. 523; zu den Grundprinzipien des Wilsonschen Internationalismus vgl. Ambrosius: Legacy and Reputation (wie Anm. 2), S. 572 ff.; zum Demokratischen Frieden vgl. Jost Dülffer/Gottfried Niedhart (Hrsg.): Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters. Essen 2011.

34 Vgl. Knock: To End All Wars (wie Anm. 9), S. 33-38 u. 49-54.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

künftig die Führung bei der Sicherung des Weltfriedens übernehmen würden, war mindestens ebenso wichtig wie die von Wilson beschworenen Prinzipien selbst. Auf Seiten der kriegführenden Parteien war freilich der Argwohn groß, dass sich hinter dem Idealismus des US-Präsidenten die Absicht versteckte, ihnen einen von Amerika diktierten Frieden aufzuzwingen. Wilsons Vermittlungsinitiative um die Jahreswende 1916/17, die er mit wohldosiertem finanziellem Druck auf London und Paris verband, löste bei den alliierten Regierungen blankes Entsetzen aus. Doch mochte man Wilson auch für einen selbstgerechten Phrasendrescher halten, so konnte gleichwohl niemand mehr ignorieren, dass sich die Machtverhältnisse dramatisch zugunsten der USA verschoben hatten.[35] Mit dem amerikanischen Kriegseintritt im April 1917 stand der US-Präsident vor der Herausforderung, das Machtpotential seines Landes so einzusetzen, dass der Krieg mit einem Frieden endete, der den Prinzipien seines liberalen Internationalismus entsprach.

III.

Für welche Ziele aber führte Woodrow Wilson die Vereinigten Staaten in den Krieg? In seiner Kriegsbotschaft vom 2. April 1917 erklärte der Präsident, Amerika kämpfe nicht für eigennützige Interessen, territorialen oder finanziellen Gewinn, sondern allein für die Rechte der Menschheit. Vermutlich ist keiner seiner Sätze bekannter als die in der Kriegsbotschaft proklamierte Forderung: „The world must be made safe for democracy." Es gibt allerdings zwei Lesarten dieser Botschaft. Die erste, die Wilsons Image als „Kreuzzügler" geprägt hat, lautet: Amerika führt Krieg, um die Welt zu demokratisieren! So verstanden auch die Zeitgenossen den Satz, denn das Leitmotiv der Rede war unübersehbar der Kampf zwischen Demokratie und Autokratie. Die alternative Deutung verweist dagegen auf den ungewöhnlichen Gebrauch des Passivs und sieht in dem Satz lediglich ein Bekenntnis zu einer internationalen Ordnung, in der Demokratien friedlich existieren und die Demokratie als Regierungsform gedeihen kann.[36]

In der Tat hatte Wilson in seinen politikwissenschaftlichen Arbeiten stets ein eher liberal-konservatives Ordnungsmodell vertreten, das auf individueller Freiheit, repräsentativer Regierung und der Ablehnung unbeschränkter Mehrheitsherrschaft beruhte. Seit seiner Jugend bewunderte er den britischen Parlamentarismus, sein intellektueller Leitstern war Edmund Burke,

35 An Appeal for a Statement of War Aims, 18.12.1916. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 40, S. 272-276; Tooze: The Deluge (wie Anm. 12), S. 51-56; Ross Gregory: The Origins of American Intervention in the First World War. New York 1971, S. 110-120.

36 An Address to a Joint Session of Congress, 2.4.1917 (wie Anm. 33), S. 525; Cooper: Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dessen evolutionäres Verständnis von historischem Wandel Wilson teilte. Selbstregierung und Demokratie verstand er als historisch gewachsene angelsächsische Institutionen, die anderswo nur als Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses Wurzeln schlagen konnten.[37] Der Gedanke, dass die USA die Ordnung der Welt nach ihrem eigenen Vorbild und Wertmaßstäben umgestalten und zu diesem Zweck sogar in einen Krieg der europäischen Großmächte eingreifen müssten, lag Wilson bis zum Ersten Weltkrieg ebenso fern wie den meisten seiner Landsleute. Auch nach dem Kriegseintritt der USA, hielt Wilson daran fest, es sei nicht sein Ziel, irgendeiner Nation eine bestimmte Regierungsform aufzwingen zu wollen: „Ich kämpfe nicht für die Demokratie, außer dort, wo die Völker selbst die Demokratie wollen", erklärte er im April 1918 gegenüber ausländischen Journalisten und fügte hinzu, es sei ihm zwar unbegreiflich, aber er kenne viele Deutsche, die mit ihrer derzeitigen Regierungsform zufrieden seien.[38]

Einige Historiker haben Wilson scharf dafür kritisiert, dass er der Rhetorik seiner Kriegsbotschaft, Amerika kämpfe auch für die Befreiung des deutschen Volkes, keine Taten folgen ließ. Im Herbst und Winter 1918 misstraute der US-Präsident der Demokratisierung Deutschlands ebenso wie den Repräsentanten der deutschen Republik. Zwar forderte er Ende Oktober 1918 von der deutschen Regierung, Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei, dass nicht die „militärischen Herrscher und monarchischen Autokraten" das Reich repräsentierten,[39] aber damit verband sich keineswegs die Bereitschaft, die Demokratisierung Deutschlands aktiv zu unterstützen. Die Waffenstillstandsverhandlungen und der Verzicht auf eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands dienten dem Zweck, die Alliierten zur Annahme der Vierzehn Punkte zu zwingen. Nach Abschluss der Friedensverhandlungen bekannte er sich ausdrücklich, wenngleich in eklatantem Widerspruch zu seinen früheren Aussagen, zum Strafcharakter des Versailler Vertrages, denn das deutsche Volk habe die Verbrechen seiner Führung gebilligt. Sein Appell, die Welt sicher für die Demokratie zu machen, bedeutete im Hinblick auf Deutschland zuallererst, die Demokratie vor einem deutschen Sieg zu schützen, und nicht, den Deutschen die Demokratie zu bringen. Die deutsche Empörung über Wilson wiederum beruhte zu einem Gutteil darauf, dass man glaubte, durch den Regimewechsel einen moralischen Anspruch auf einen

37 Edmund Burke: The Man and His Times, 31.8.1893. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 8, S. 318-343; Democracy, 5.12.1891. In: ebd., Bd. 7, S. 344-369.

38 Remarks to Foreign Correspondents, 8.4.1918. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 47, S. 284-289, Zitat S. 288.

39 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. 1918, Supplement 1 Washington, D.C., S. 381 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wilson-Frieden und die gleichberechtigte Aufnahme in den Völkerbund zu haben.[40]

Auch die US-Intervention in den russischen Bürgerkrieg zwischen 1918 und 1920 kann kaum als Versuch gewertet werden, die Demokratie in Russland durchzusetzen, obschon Wilson im April 1917 den Sturz des Zaren als Fingerzeig der Geschichte gefeiert und dem russischen Volk eine demokratische Seele bescheinigt hatte.[41] Die Sowjetpropaganda bauschte die Intervention später zum imperialistischen Komplott gegen die Revolution auf, doch in Wirklichkeit zögerte Wilson lange, bevor er relativ kleine Truppenkontingente nach Nordrussland und Sibirien entsandte, deren Aufgabe darin bestand, den Rückmarsch der sogenannten tschechischen Legion – ehemalige Kriegsgefangene aus der Armee des Habsburger-Reiches, die sich den Alliierten anschließen wollten – zu decken und alliierte Waffenlager zu bewachen. Trotz einiger Scharmützel mit der Roten Armee griffen die US-Truppen nicht in den Bürgerkrieg ein und wären dazu auch viel zu schwach gewesen. Von einem ideologisch motivierten militärischen Eingreifen zur Durchsetzung der liberalen Demokratie gegen die Bolschewiki kann keine Rede sein.[42] Unabhängig davon, welche ideologischen und situationsbedingten Motive Wilsons Politik gegenüber Deutschland und Russland bestimmten: einen Kreuzzug für die Demokratie führte er in keinem der beiden Länder.

Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker bildeten in Wilsons Denken eine axiomatische Einheit. Völker, die frei über ihre staatliche Zugehörigkeit und Regierungsform wählen können, würden sich für den demokratischen Nationalstaat entscheiden. Es waren vor allem die enttäuschten Erwartungen, die Wilson mit seiner Rhetorik über das Selbstbestimmungsrecht geweckt hatte, die ihn in den Augen vieler Zeitgenossen diskreditierten. Wilsons Außenminister Robert Lansing ging in seinen Memoiren hart mit Wilsons Selbstbestimmungsrhetorik ins Gericht und behauptete, er selbst habe bereits in Paris vorhergesehen, dass der Begriff mit „Dynamit“ geladen sei und unsägliches Leid verursachen werde. Der mit den ethnischen Ge-

40 Daniel Larsen: Abandoning Democracy: Woodrow Wilson and Promoting German Democracy, 1918–1919. In: Diplomatic History Bd. 37 (2013), S. 476–508; Graebner/Bennett: The Versailles Treaty (wie Anm. 10), S. 48. Für eine konzise Analyse der Wilsonschen Ziele gegenüber Deutschland vgl. Klaus Schwabe: President Wilson and the War Aims of the United States. In: Holger Afflerbach (Hrsg.): The Purpose of the First World War. Berlin 2015, S. 209-234; An Address to the Columbus Chamber of Commerce, 4.9.1919. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 63, S. 7-18; Alexander Sedlmaier: Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration. Stuttgart 2003, S. 157-159.

41 An Address to a Joint Session of Congress, 2.4.1917 (wie Anm. 33), S. 524.

42 Vgl. David S. Foglesong: Policies towards Russia and Intervention in the Russian Revolution. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 386-405; vgl. auch Georg Schild: Between Ideology and Realpolitik: Woodrow Wilson and the Russian Revolution, 1917-1921. Westport, CT, 1995.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mengelagen und europäischen Mikro-Nationalismen nicht vertraute US-Präsident, so argumentieren Kritiker bis heute, habe bei der territorialen Neuordnung Europas vorwiegend Chaos und Unzufriedenheit gestiftet und zudem seine Prinzipien höchst einseitig zulasten der Besiegten umgesetzt. Für nicht-weiße Minderheiten und kolonialisierte Völker, denen der durch den Rassismus des amerikanischen Südens geprägte Wilson nicht die Fähigkeit zur Selbstregierung zutraute, sollte das Selbstbestimmungsrecht ohnehin nicht gelten, obwohl seine Rhetorik gerade bei den Eliten kolonialer und halbkolonialer Gesellschaften auf begeisterte Resonanz stieß.[43]

Wilsons Verteidiger weisen jedoch darauf hin, dass der Präsident den Begriff Selbstbestimmung weder geprägt noch häufig benutzt habe. In den Vierzehn Punkten, seiner wichtigsten programmatischen Äußerung zur territorialen Neuordnung der Welt, kommt das Wort gar nicht vor. Stattdessen ist von der autonomen Entwicklung der Völker der Habsburger Monarchie und des Osmanischen Reiches die Rede; die Grenzen Italiens und Polens sollten gemäß klar erkennbarer ethnischer Kriterien gezogen werden; bei der Regelung kolonialer Ansprüche waren die Interessen der betroffenen Bevölkerung zu berücksichtigen. Dass die Umsetzung solcher vager Grundsätze in der Praxis erheblichen Konfliktstoff barg, war Wilson völlig klar, weshalb er bereits im September 1917 eine Studiengruppe zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen eingesetzt hatte, deren Expertise allerdings fragwürdig war und später kaum Gehör fand. Die territoriale Neuordnung vor allem Ostmittel- und Südosteuropas auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts musste notwendig zu Kompromissen und Enttäuschungen führen, doch ließ sich zur Rechtfertigung der Pariser Friedensverträge auch anführen, dass nach dem Ersten Weltkrieg insgesamt weniger nationale Minderheiten in den Staaten Europa lebten als zuvor und dass der Völkerbund diesen Minderheiten neue Rechte gegeben hatte. Selbst der Wilson-Kritiker Lloyd Ambrosius nimmt den US-Präsidenten gegen den Vorwurf in Schutz, dieser habe „allen möglichen Völkern die baldige Selbstbestimmung“ versprochen, und weist im Übrigen darauf hin, dass sich Wilsons konkrete Interpretationen des

43 Robert Lansing: The Peace Negotiations. A Personal Narrative. Boston 1921, S. 97 f.; Graebner/Bennett: The Versailles Treaty (wie Anm. 10), S. 49-52; M. B. B. Biskupski: Wilson’s Policies towards Eastern and Southeastern Europe, 1917-1919. In: Kennedy (Hrsg.) : Companion (wie Anm. 1), S. 406-425; Manela: The Wilsonian Moment (wie Anm. 3); Derek Heater: National Self-Determination. Woodrow Wilson and His Legacy. New York 1994.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Selbstbestimmungsrechtes auf der Friedenskonferenz meist zugunsten Deutschlands ausgewirkt hätten.[44]

Neben den Forderungen zur territorialen Neuordnung enthielten die Vierzehn Punkte auch die allgemein formulierten Prinzipien des Wilsonschen Internationalismus, nämlich öffentliche Friedensverhandlungen und Verträge, die Freiheit der Meere, Freihandel, allgemeine Abrüstung und den Völkerbund. Sowohl die Zeitgenossen als auch die Historiker haben sich immer wieder an der Frage abgearbeitet, ob der Versailler Vertrag dem Vierzehn Punkte-Programm entsprach, das Deutschland und die Alliierten im Oktober/November 1918 als Grundlage der künftigen Friedensverhandlungen akzeptiert hatten. Als Anfang Mai 1919 die Friedensbedingungen bekannt wurden, traten mehrere Mitglieder der US-Friedensdelegation unter Protest zurück. Woodrow Wilson selbst verteidigte den Versailler Vertrag dagegen als „einzigartiges historisches Dokument", das die Grundlage für eine neue weltweite Friedensordnung schaffe. Auch wenn er den Kompromisscharakter des Vertrages öffentlich niemals einräumte, war er sich durchaus dessen Fehler und Schwächen bewusst, glaubte aber, dass sich diese im Laufe der Zeit korrigieren lassen würden.[45] Die deutsche Forderung nach Revision des Versailler Vertrages stützte sich vor allem auf die Behauptung, das Reich habe die Waffen im Vertrauen auf Wilsons Zusagen niedergelegt, die dieser dann aber bei den Friedensverhandlungen gebrochen habe – eine Position, die sich auch namhafte Wilson-Kritiker aus dem alliierten Lager wie Keynes und Nicolson zu eigen machten.[46]

Dass der Versailler Vertrag in wichtigen Punkten zu Buchstaben und Geist des Wilson-Programms im Widerspruch stand, lässt sich kaum bestreiten. Es handelte sich nicht um einen Frieden unter Gleichen, sondern um einen Vertrag, den die Sieger dem Besiegten diktierten: Deutschland verlor knapp ein Siebtel seines Territoriums, viele territoriale Bestimmungen waren im Hinblick auf die Wünsche der betroffenen Bevölkerungen fragwürdig. Das

44 An Address to a Joint Session of Congress, 8.1.1918. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 45, S. 534-539; Cooper: Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 6; Lawrence E. Gelfand: The Inquiry: American Preparation for Peace, 1917-1919. New Haven, CT, 1963; Hamilton F. Armstrong: Versailles: Retrospect. In: Foreign Affairs Bd. 11 (1932), S. 173-189; Lloyd E. Ambrosius: Nationale Selbstbestimmung im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Eine Vergleichsstudie von Wilson bis Roosevelt. In: Manfred Berg/Philipp Gassert (Hrsg.): Deutschland und die USA in der Internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2004, S. 237-262, hier S. 238-249.

45 An Address to a Joint Session of Congress, 8.1.1918. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 45, S. 534-539; Graebner/Bennett: The Versailles Treaty (wie Anm. 10), S. 58 f.; An Address to the Columbus Chamber of Commerce, 4.9.1919. In: PWW (wie Anm. 9), Bd. 63, S. 7-18; Memorandum of Conversation with Mrs. Woodrow Wilson [Edith Wilson], 7.12.1925. In: RSB (wie Anm. 3), Reel 84.

46 Keynes: Economic Consequences (wie Anm. 6), S. 34 f.; vgl. auch Nicolson: Peacemaking 1919 (wie Anm. 15), S. 38-44.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Deutsche Reich musste einseitig abrüsten und zahlreiche wirtschaftliche Zugeständnisse machen. Der berüchtigte Artikel 231 des Versailler Vertrages bezeichnete Deutschland und seine Verbündeten als Angreifer, die für alle Verluste und Schäden der Alliierten verantwortlich seien, und konfrontierte das Reich mit enormen, wenngleich vorerst noch unbestimmten Reparationsforderungen. Zudem wurde Deutschland, ebenso wie die übrigen Verlierer des Krieges, nicht zum Völkerbund zugelassen, der damit bis auf weiteres ein Klub der Sieger blieb.[47]

Die deutsche Lesart der Vierzehn Punkte und der Vorwurf des „Verrats" an die Adresse Wilsons liefern freilich kaum angemessene Maßstäbe für die Beurteilung der Wilsonschen Friedenspolitik. Auf deutscher Seite vergossen gerade viele Annexionisten Krokodilstränen über die Missachtung des Völkerrechts, die bis zum Sommer 1918 einem deutschen Diktatfrieden das Wort geredet und Wilsons Friedensprogramm gänzlich ignoriert hatten. Angesichts der allgemeinen Entrüstung über das „Schanddiktat" ging in der deutschen Diskussion die nach einem verlorenen Weltkrieg bemerkenswerte Tatsache nahezu völlig unter, dass der Vertrag Deutschland seine potentielle Großmachtstellung beließ und durchaus Möglichkeiten einer friedlichen Revisionspolitik eröffnete. Eberhard Kolbs Diktum, dass es für Deutschland „noch wesentlich schlimmer" hätte kommen können, trifft zu, auch wenn die meisten Deutschen dies 1919 nicht erkennen konnten oder wollten. Dass es nicht schlimmer kam, war entscheidend Woodrow Wilson zu verdanken, der sich unter anderem bis an den Rand des Konferenzabbruchs gegen die französischen Forderungen nach der Rheingrenze gestemmt hatte.[48] Im Übrigen hätte auch den Deutschen klar gewesen sein müssen, dass der US-Präsident seinen europäischen Verbündeten würde Konzessionen machen müssen. Die Vertreter der Alliierten verwahrten sich im Rückblick allerdings entschieden gegen die Vorstellung eines nachgiebigen US-Präsidenten. Der italienische Ministerpräsident Vittorio Orlando insistierte, während der gesamten Friedenskonferenz sei keine einzige Entscheidung gegen den Willen Wilsons gefallen. Das Problem sei vielmehr gewesen, dass Wilson seine Positionen ständig geändert habe. Keynes insinuierte, eine großzügigere Regelung der

47 Die amtliche Fassung des Vertrages: Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande. Berlin 1925; vgl. auch die konzise und ausgewogene Darstellung bei Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles. 2. Aufl. München 2011, S. 41-69.

48 Vgl. Berg: Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten (wie Anm. 4), S. 85-94; Kolb: Der Frieden von Versailles (wie Anm. 47), S. 91-110, hier S. 103; vgl. auch den Überblick bei Klaus Schwabe: Negotiating Peace Terms for Germany. In: Kennedy (Hrsg.): Companion (wie Anm. 1), S. 445-469; umfassend Arthur Walworth: Wilson and His Peacemakers: American Diplomacy at the Paris Peace Conference 1919. New York 1986.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Reparationen sei an der strikten Weigerung der US-Delegation gescheitert, im Gegenzug die alliierten Kriegsschulden in den USA zu reduzieren.[49]

Wilson hatte den Alliierten vor allem deshalb weitreichende Konzessionen gemacht, um das Kernstück seines liberalen Internationalismus, die Gründung des Völkerbundes, sicherzustellen. Dass der US-Kongress schließlich die Ratifizierung des Friedensvertrages ablehnte, wurde zur persönlichen Tragödie für den Präsidenten und zum schweren Schlag für die Stabilität der Nachkriegsordnung. Die innenpolitische Opposition in den USA gegen den Versailler Vertrag hatte allerdings nichts mit den deutschen Gravamina zu tun, tatsächlich hielten die Wortführer der Republikaner Wilson für viel zu deutschfreundlich. Im Zentrum der Debatten stand Artikel 10 der Völkerbundsatzung, der die Mitgliedsstaaten ganz allgemein zum gegenseitigen Beistand gegen äußere Angriffe verpflichtete. Viele Amerikaner fürchteten, dass US-Soldaten auf Geheiß des Völkerbundes bald überall auf der Welt kämpfen müssten. Die traditionellen Isolationisten sahen in Artikel 10 eine inakzeptable Einschränkung der amerikanischen Souveränität und lehnten den Völkerbund rundweg ab. Die Mehrheit der Republikaner war unter Vorbehalten zur Ratifizierung bereit, sofern klar gestellt worden wäre, dass die Rechte des Kongresses und die Souveränität der Vereinigten Staaten durch Artikel 10 nicht tangiert würden. Wilson jedoch lehnte derartige Einschränkungen als Verwässerung seines Friedenswerkes ab und schwor seine Anhänger darauf ein, gegen alle Zusätze zu stimmen. Seine Witwe berichtete später, sie selbst habe ihren Gatten überzeugen wollen, einigen Zusätzen zuzustimmen, doch habe der Präsident dies mit dem Argument abgelehnt, wenn er Vorbehalte akzeptiere, müsse man dieses Recht auch den anderen Nationen einräumen. Nach zweimaliger Abstimmung im US-Senat scheiterten der Völkerbund und damit der gesamte Friedensvertrag im März 1920 endgültig an einer unechten Mehrheit unversöhnlicher Gegner und kompromissloser Anhänger des Präsidenten.[50]

Wilsons beharrliche Weigerung, seinen innenpolitischen Kritikern entgegenzukommen, haben freundlich gesinnte Historiker mit dem Schlaganfall erklärt, der ihn seit Anfang Oktober 1919 weitgehend handlungs- und entscheidungsunfähig gemacht habe. Thomas Knock hat Wilson darüber hinaus mit dem Argument verteidigt, es sei seinen Gegnern nicht um sachliche Vorbehalte, sondern um die völlige Sabotage des Völkerbundes gegangen. Wilson habe daher gar nicht nachgeben können, sofern er überhaupt am Völker-

49 Vittorio Orlando: Wilson and Lansing. In: Saturday Evening Post, 25.3.1929, Kopie in: RSB (wie Anm. 3) Box 135; Tooze: The Deluge (wie Anm. 12), S. 295-304.

50 Auch das Scheitern des Völkerbundes ist unter Historikern äußerst kontrovers. Vgl. John M. Cooper: The League Fight. In: Kennedy: Companion (wie Anm. 1), S. 518-527; Memorandum of Conversation with Mrs. Woodrow Wilson, 27.1.1925 (wie Anm. 45).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bund festhalten wollte.[51] Tatsächlich trägt Wilson jedoch ein Gutteil der Verantwortung für das Scheitern des Völkerbundes im US-Senat, ja in der Rückschau erscheint sein gesamtes innenpolitisches Agieren im Kampf um den Völkerbund als eine Serie grandioser Fehlkalkulationen. Obwohl sich schon vor den Kongresswahlen im November 1918 ein Erfolg der Republikaner abzeichnete, erklärte Wilson die Wahlen zur Abstimmung über seine Politik, mit dem Ergebnis, dass ihm die Opposition, nachdem sie in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit gewonnen hatte, die Autorität absprach, überhaupt zur Friedenskonferenz zu reisen und dort für das amerikanische Volk zu sprechen. Wilson fuhr trotzdem, doch obwohl der künftige Friedensvertrag im Senat eine Zweidrittelmehrheit benötigen würde, holte der Präsident keinen führenden Republikaner in die US-Friedensdelegation und machte insbesondere keinerlei Anstalten, den mächtigen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, den republikanischen Senator Henry Cabot Lodge, in die Mitverantwortung zu nehmen. Da die Republikaner sich bereits vor Beginn der Konferenz von seinem Friedensprogramm distanziert hätten, so Wilsons Argument, habe es keinen Sinn, sie einbinden zu wollen.[52]

Nachdem sich die Unterhändler in Paris Mitte Februar 1919 im Prinzip auf den Völkerbund verständigt hatten, reiste der Präsident für mehrere Wochen zurück in die USA, um für sein Projekt zu werben, drang aber auch nach eigener Einschätzung nicht zu seinen Kritikern durch. Als Wilson nach Abschluss der Friedenskonferenz im Juli nach Washington zurückkehrte, hatten sein Intimfeind Lodge und andere führenden Republikaner bereits die Reihen geschlossen. Wilson beschloss daraufhin, direkt an das amerikanische Volk zu appellieren, und begab sich auf eine Rundreise durch die USA, um bei Massenkundgebungen für den Völkerbund zu werben. Die Tour setzte seiner ohnehin angeschlagenen Gesundheit so zu, dass er zunächst einen Zusammenbruch und dann einen Schlaganfall erlitt. Allen Ratschlägen, die von Lodge geforderten Vorbehalte zu akzeptieren, erteilte er eine kategorische Absage. Selbst nach dem Scheitern der Völkerbundsatzung im Senat hoffte Wilson, bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen das Blatt noch einmal wenden zu können. Vergeblich, denn der Republikaner Warren Harding errang einen Erdrutschsieg über den Demokraten James Cox. Doch anscheinend blieb Wilson bis zu seinem Tod am 3. Februar 1924 davon über-

51 Cooper: Woodrow Wilson (wie Anm. 9), S. 7; umfassend ders.: Breaking the Heart of the World: Woodrow Wilson and the Fight for the League of Nations. New York 2001; Knock: To End All Wars (wie Anm. 9), S. 259-268.

52 Ebd., S. 189-193; Memorandum of Conversation with Homer Cummings, 21.11.1928. RSB (wie Anm. 3), Reel 73; David Hunter Miller: Some Legal Aspects of the Visit of President Wilson to Paris. In: Harvard Law Review 36 (1922), S. 51-78.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zeugt, dass sich das amerikanische Volk doch noch dem Völkerbund anschließen werde.[53]

Blickt man auf die Art und Weise, wie Woodrow Wilson in den Jahren 1914 bis 1920 seine Vorstellungen einer neuen liberalen Weltordnung propagierte und umzusetzen versuchte, so ergibt sich das Bild eines Politikers, der von der moralischen und politischen Notwendigkeit seiner Ziele durchdrungen und mit geradezu autosuggestiver Kraft darum bemüht war, alle Widersprüche zwischen seinen Prinzipien und der Realität ebenso wie die zwischen seinen Worten und seinem Handeln aufzuheben. Bei seinen öffentlichen Kundgebungen für den Völkerbund bestritt Wilson nicht nur, dass der Friedensvertrag von seinen Prinzipien nennenswert abwich, sondern darüber hinaus auch, dass es auf der Friedenskonferenz überhaupt eine Diskussion über Prinzipien gegeben habe. Der Versailler Frieden sei ein „amerikanischer Vertrag", der zugleich den Willen aller alliierten Nationen widerspiegele. Das war nicht nur zweckgebundene Rhetorik. Wilson war zutiefst davon überzeugt, dass die „ganze Welt auf Amerika wartet und vertraut", dass Amerikas Prinzipien die der ganzen Menschheit seien und dass er als US-Präsident deshalb nicht nur für sein Land, sondern für die Menschheit sprechen würde.[54] Aus Sicht seiner europäischen Partner stellte dieser Anspruch eine kaum hinnehmbare Anmaßung dar, denn während Wilson als Wahlverlierer nach Paris kam, hatte Lloyd George gerade triumphal die britischen Unterhauswahlen gewonnen und Clemenceau ein eindrucksvolles Vertrauensvotum im französischen Parlament erhalten. Wilsons Neigung, Prinzipienfestigkeit zu demonstrieren, indem er in apodiktischer Weise offenkundig widersprüchliche Positionen vertrat, brachte auch Verbündete und Gefolgsleute schier zum Verzweifeln. Hinter dem Präsidenten zu stehen, resümierte ein frustrierter Anhänger, sei „physisch unmöglich und intellektuell absurd".[55] Wilson war subjektiv gewiss kein Heuchler, aber seine Rhetorik und sein Gestus mussten diesen Eindruck unvermeidlich erwecken. Er war ein Prinzipienpolitiker, der liberale Grundsätze vertrat, dem jedoch die geistige und politische Flexibilität fehlte, die liberale Politik idealiter auszeichnet.

53 Knock: To End All Wars (wie Anm. 9), S. 231 ff.; kritisch Graebner/Bennett: The Versailles Treaty (wie Anm. 10), S. 60-66; Memorandum of Conversation with Albert Burleson, 28.4.1927. RSB (wie Anm. 3), Reel 72; Memorandum of Conversations with Dr. Axson [Wilsons Schwager], Margaret Wilson [Tochter] also present, 28.8.1931. Ebd., Reel 70.

54 An Address to the Columbus Chamber of Commerce, 4.9.1919 (wie Anm. 9), S. 7-18, hier S. 17; An Address to the Senate, 22.1.1917 (wie Anm. 32), Bd. 40, S. 538 f.

55 Nicolson: Peacemaking (wie Anm. 15), S. 165; John K. Turner: Standing behind the President - An Impossibility. In: The Nation, 6.10.1920, S. 370 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

IV.

In seinem unerschütterlichen Glauben, den wahren Willen des amerikanischen Volkes zu repräsentieren, konnte sich Wilson nie eingestehen, dass der Völkerbund keineswegs bloß einer politischen Intrige seiner innenpolitischen Gegner zum Opfer gefallen war, sondern dass die Opposition auch eine veränderte Grundstimmung in der amerikanischen Bevölkerung widerspiegelte. Nach den Aufregungen des Weltkrieges wünschte die Mehrheit der Amerikaner eine „Rückkehr zur Normalität", wie der Slogan lautete, mit dem die Republikaner im November 1920 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatten. Auch wenn die USA in den zwanziger Jahren eine Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung Deutschlands und Europas betrieben[56], erschien der liberale Internationalismus Wilsonscher Provenienz hoffnungslos diskreditiert. In den dreißiger Jahren gewann eine Sichtweise enormen Einfluss, die Amerikas Kriegseintritt als Verschwörung profitgieriger Waffenproduzenten und Bankiers deutete, zu deren Handlanger sich der naive Idealist Wilson nolens volens gemacht habe. Solche Verschwörungstheorien bildeten den Hintergrund einer spektakulären Senatsuntersuchung von 1934 bis 1936 über die Umstände des amerikanischen Kriegseintritts und der amerikanischen Neutralitätsgesetzgebung, die verhindern sollte, dass die USA ein weiteres Mal in einen europäischen Krieg verwickelt würden.[57]

Der Zweite Weltkrieg führte jedoch zu einer nachhaltigen Rehabilitierung des liberalen Internationalismus wie der Person Woodrow Wilsons. Es entstand ein Narrativ, demzufolge Amerikas Abkehr vom Völkerbund den Aufstieg Hitlers und damit einen neuen Weltkrieg erst ermöglicht habe. Dieser Fehler dürfe sich auf keinen Fall wiederholen. Hollywood produzierte 1944 einen aufwendigen Spielfilm über Wilson, den zahlreiche Kommentatoren als Mahnung priesen, nunmehr die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen und auf den Visionär Wilson zu hören. Der Film bekam sogar einen Oscar, war aber an den Kinokassen ein Misserfolg.[58] In der Geschichtsschreibung prägte vor allem der Diplomatiehistoriker Thomas A. Bailey mit einer zweibändigen Darstellung des Wilsonschen Internationalismus die

56 Vgl. Frank Costigliola: Awkward Dominion: American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919-1933. Ithaca, NY, 1984; Werner Link: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932. Düsseldorf 1970.

57 Vgl. Doenecke: Neutrality Policy (wie Anm. 31), S. 243-246; United States Senate: Hearings before the Special Committee. Investigating the Munitions Industry. Washington, D.C. 1937.

58 Rezensionen zum Film in Josephus Daniels Papers. LC MD (wie Anm. 3), Box 682. Die Kritiker lobten den Film allerdings nur für seine politische Botschaft, als Kunstwerk fiel er durch. Vgl. Thomas J. Knock: 'History with Lightning': The Forgotten Film Wilson. In: American Quarterly 28 (1976), S. 523–543.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

neue vorherrschende Meinung, dass Wilsons Friedensprogramm funktioniert hätte, wenn die Isolationisten nicht Amerikas Werte und Pflichten verraten hätten.[59] Die Botschaft der Internationalisten kam an. Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab es keine dem „Treaty Fight" von 1919 vergleichbare Auseinandersetzung um den Beitritt der USA zu den Vereinten Nationen.

Obwohl führende Architekten der US-Strategie im Kalten Krieg, namentlich der Erzrealist und Erfinder des *Containment* George Kennan, wenig Sympathie für Wilson hegten, knüpfte die globale Eindämmungspolitik der USA rhetorisch und ideologisch an den liberalen Internationalismus an. Amerika, erklärte Präsident Harry Truman 1947 in seiner berühmten Botschaft vor dem Kongress, strebe eine Welt an, in der die USA und alle anderen Nationen ihre Lebens- und Regierungsform frei wählen könnten. Historiker, die Wilson als Vorkämpfer eines auf Frieden und Gleichheit aller Nationen beruhenden progressiven Internationalismus sehen, bestreiten indessen vehement jede Kontinuität zum *Cold War Liberalism*.[60]

Nach dem Ende des Kalten Krieges feierten zahlreiche Autoren Amerikas Triumph über seine totalitären Herausforderer als historische Rechtfertigung Wilsons und des „Wilsonianism".[61] Als die Administration George W. Bushs nach dem 11. September 2001 in den „Krieg gegen den Terror" zog, tat sie dies im Namen von Freiheit und Demokratie weltweit. Der Präsident eröffnete die im September 2002 verkündete neue nationale Sicherheitsstrategie der USA mit der Proklamation: „Die großen Kämpfe des 20. Jahrhunderts zwischen der Freiheit und dem Totalitarismus endeten mit dem entscheidenden Sieg für die Kräfte der Freiheit – und mit einem einzigen nachhaltigen Modell für den nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum." Neokonservative Intellektuelle stellten sich in die Tradition der Ziele Wilsons, nur mit dem Unterschied, dass sie dazu bereit waren, zu deren Verwirklichung auch geeignete „harte" Machtmittel einzusetzen. Auch linksliberale Internationalisten entdeckten unter dem Eindruck von Terrorismus, Staatszerfall und Massenmord die Vorzüge eines wohlwollenden Imperium

59 Thomas A. Bailey: Woodrow Wilson and the Lost Peace. New York 1944; ders.: Woodrow Wilson and the Great Betrayal. New York 1945.

60 George Kennan: American Diplomacy. Chicago 1951, S. 63-73; Special Message to the Congress on Greece and Turkey: The Truman Doctrine. 12.3.1947. Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman 1947. Washington, D.C., 1963, S. 176-180; Knock: To End All Wars (wie Anm. 9), S. 271-276.

61 Tony Smith: America's Mission: The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century. Princeton 1994, S. 311-345; Amos Perlmutter: Making the World Safe for Democracy: A Century of Wilsonianism and its Totalitarian Challengers. Chapel Hill 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Americanum, das Freiheit, Demokratie und Menschenrechte weltweit schützen sollte.[62]

Über die Kontinuitäten zwischen Wilson und George W. Bush entspann sich eine heftig geführte Debatte. Die Gralshüter des Wilsonianism wiesen alle Analogien als irreführend zurück, weil Wilson – in scharfem Kontrast zu George W. Bush – auf internationale Organisationen und multilaterales Handeln gesetzt habe. Der ehemalige Wilson-Anhänger Tony Smith dagegen sagte sich vom liberalen Internationalismus los, weil dieser letztlich immer in einen liberalen Imperialismus umgeschlagen sei. Klassische Realisten erinnerten an Wilsons Scheitern und warnten davor, erneut den ewigen Frieden durch Krieg herbeiführen zu wollen.[63]

Inzwischen hat sich der ideologische Eifer der Bush-Jahre längst wieder abgekühlt. Die Idee eines amerikanischen Imperiums, das den Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte sichert, ist allenthalben der Ernüchterung über die Grenzen der amerikanischen Macht gewichen. Die Obama-Administration, angetreten mit dem Ziel, Amerikas Führungsrolle und Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, hat in den zurückliegenden Jahren das globale Engagement der USA eher zu reduzieren versucht. Bei den Republikanern gewinnt zunehmend ein neoisolationistischer Nationalismus an Boden.[64] Ob Wilson und der Wilsonianism noch sinnvolle Orientierung für die US-Außenpolitik im 21. Jahrhundert bieten, bleibt auch in der Wissenschaft umstritten. Anne-Marie Slaughter, die ehemalige Leiterin des Planungsstabes im State Department, hält die weltweite Ausbreitung der liberalen Demokratie, wenngleich mit Augenmaß und Respekt für kulturelle Unterschiede, weiterhin für eine zeitgemäße Richtschnur der US-Außenpolitik. Der Historiker Frank Ninkovich dagegen interpretiert den Wilsonianism als einen „Kriseninternationalismus“, der besonderen Umständen geschuldet war und dessen

62 The National Security Strategy of the United States of America. September 2002. Washington, D.C. Vorwort; Max Boot: What the Heck is a “Neocon”? In: Wall Street Journal v. 30.12.2002 (http://www.cfr.org/world/heck-neocon/p5343); vgl. zur Imperiumsdebatte des frühen 21. Jahrhunderts die diversen Beiträge in Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung. München 2003.

63 Thomas Knock: „Playing for a Hundred Years Hence“: Woodrow Wilson’s Internationalism and His Would-Be Heirs. In: Ikenberry: The Crisis (wie Anm. 2), S. 25-52; Tony Smith: Wilsonianism after Iraq: The End of Liberal Internationalism? In: Ebd., S. 53-88; Lloyd E. Ambrosius: Woodrow Wilson and George W. Bush: Historical Comparisons of Ends and Means in Their Foreign Policies. In: Diplomatic History 30 (2006), S. 509-543.

64 Zur Außenpolitik der Obama-Administration vgl. die Analysen bei Tobias Endler/Martin Thunert: Entzauberung: Skizzen und Ansichten zu den USA in der Ära Obama. Opladen 2015, S. 95-200; Steffen Hagemann u. a. (Hrsg.): Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama. Trier 2014.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zeit längst abgelaufen sei, der aber immer noch eine Scheinexistenz als ideologische Waffe führe.[65]

Ninkovich hat freilich auch darauf hingewiesen, dass die Ideologie des Wilsonianism im 20. Jahrhundert eine wertvolle Ressource im Machtkampf mit Amerikas totalitären Herausforderern war. Dieses Selbstdeutungsmuster hat sich tief in die amerikanische politische Kultur eingeschliffen und beeinflusst Geschichtsbilder wie politisches Handeln.[66] Unabhängig von Woodrow Wilsons politischen Zielen und Ideen und unabhängig von der Frage, ob ihn Idealismus oder realpolitisches Kalkül leiteten, bleibt festzuhalten, dass der 28. Präsident der Vereinigten Staaten einen entscheidenden Beitrag zur Ideologisierung der amerikanischen Außenpolitik, ja der internationalen Beziehungen insgesamt, leistete. Dass liberale Demokratien sich heute in ihrem internationalen Handeln an den eigenen Wertmaßstäben messen lassen müssen, ist gerade auch am außenpolitischen Diskurs der „moralischen Supermacht" Bundesrepublik Deutschland ablesbar. Im Land, in dem der Begriff „Realpolitik" geprägt wurde, herrscht heute ein nahezu allgemeiner Konsens über die Pflicht, möglichst überall auf der Welt demokratische Kräfte zu unterstützen und demokratische Verhältnisse zu befördern. Gelegentlich drängt sich der Eindruck auf, dass die Deutschen des frühen 21. Jahrhunderts sehr viel stärker in der Wilsonschen Tradition stehen, als es hiesigen Kritikern amerikanischer Machtpolitik bewusst sein dürfte.

65 Anne-Marie Slaughter: Making Democracy Safe for the World. In: Cooper: Reconsidering (wie Anm. 1), S. 327-335; Frank Ninkovich: Wilsonianism after the Cold War: Words, Words, Mere Words. In: Ebd., S. 299-325.

66 Ninkovich: The Wilsonian Century (wie Anm. 20), S. 1-16; für eine Kontinuität des liberalen Internationalismus als Deutungsmuster plädiert Volker Depkat: Die Ausbreitung von Demokratie als Friedensprogramm unter den Präsidenten William J. Clinton und George W. Bush. In: Dülffer/Niedhart (Hrsg.): Frieden durch Demokratie? (wie Anm. 33), S. 209-226.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ernst Wolfgang Becker

Die normative Dimension der Realpolitik. Linksliberalismus und Ermächtigungsgesetzgebung in der Weimarer Republik

Es war ein politischer Scherbenhaufen, vor dem die Initiatoren des Neuanfangs im Herbst 1930 standen. Angetreten mit dem Anspruch, dem ausgezehrten Linksliberalismus neue, vor allem jüngere Wähler zuzuführen, hatte die Führung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) im Sommer handstreichartig die Fusion mit der Volksnationalen Reichsvereinigung betrieben, dem parteipolitischen Arm des Jungdeutschen Ordens.[1] Doch dieser Zusammenschluss mit einer antisemitischen Bewegung, die starke Vorbehalte gegenüber Parlamentarismus und Parteien hatte, führte auch nicht zu dem erhofften Befreiungsschlag, sondern zu einer weiteren Niederlage in den Reichstagswahlen vom September 1930. Die neugegründete Deutsche Staatspartei hatte vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krise der Radikalisierung in der Wählerschaft wenig entgegenzusetzen und mit 3,8 Prozent Stimmenanteil einen weiteren Prozentpunkt eingebüßt. Damit nicht genug: Wegen unüberbrückbarer Differenzen zerbrach das Bündnis und schieden die volksnationalen Abgeordneten aus der Fraktion der Staatspartei aus.

So stand der Parteitag im November 1930 vor der paradoxen Aufgabe, die alte DDP aufzulösen und die Deutsche Staatspartei offiziell zu gründen, obwohl deren Geschäftsgrundlage, die Öffnung des Liberalismus gegenüber völkisch-nationalistischen Kreisen, bereits Makulatur geworden war. Diesem Scheitern noch Sinn abzugewinnen und zugleich dem Spagat zwischen Abschied und Aufbruch beredten Ausdruck zu verleihen, war die Aufgabe der Ansprache von Theodor Heuss, der die Fusion mit der Volksnationalen Reichsvereinigung unterstützt hatte. Dabei erwies er zunächst den verstorbenen Gründervätern der DDP, Friedrich Naumann, Hugo Preuß, Conrad Haußmann, und deren Ideen von bürgerlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit

1 Vgl. auch zum Folgenden Klaus Hornung: Der Jungdeutsche Orden. Düsseldorf 1958; Alexander Kessler: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung. Bd. 1. München 1974; Erich Matthias/Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei. In: Dies. (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 31-97; Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1919–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973, S. 439-490.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und Demokratie seine Referenz. Doch anschließend schwor er das Auditorium darauf ein, dass Parteien bereit sein müssten, „dem Gesetz der Wandlung sich selber zu unterwerfen“ und sich der Wirklichkeit zu stellen, „da die Geister in Bewegung geraten, da Menschen und Schichten von Traditionen sich lösten, da viel neues Suchen nach Zielen und Gemeinschaft spürbar geworden.“[2] So sei die Gründung der Deutschen Staatspartei trotz der Wahl des falschen Partners als Signal des Aufbruchs richtig gewesen. Doch anstatt diesen Neubeginn inhaltlich näher zu umreißen, machte Heuss einige bemerkenswerte Äußerungen über das Wesen der Politik:

> „Politisches Gestalten vollzieht sich in der *Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit*. Hier das Wunschbild, die Utopie, die Konstruktion von Staat und Gesellschaft, die sittliche Forderung, die religiöse Bindung. Dort der Haufen der Gegebenheiten, Statistisches, Stoffliches, die banalen Tatsächlichkeiten, das Gewicht der Dinge, die ‚Wirklichkeit‘.
> Laßt uns von den *Ideen* nicht gering denken. Sie brechen alle auf, die groß und fruchtbar sind, mit dem Anspruch des Absoluten, einer letzten Gültigkeit […]. Laßt uns aber auch nicht gering denken von den *Wirklichkeiten*. Idealismus und Realismus sind im Bereich der Politik oft genug recht ‚freibleibende‘ Begriffe. Wirklichkeitssinn heißt nicht Opportunismus, unselbständige Anpassung, heißt aber auch nicht kleinliche Machthuberei, sondern heißt leidenschaftliche Hingabe an die Erkenntnis des Seienden.“[3]

Heuss, der stets in historischen Kategorien dachte, trat mit dieser Gegenüberstellung in eine ideenpolitische Traditionslinie, die bis in die innerliberalen Auseinandersetzungen seit der Revolution von 1848/49 zurückreicht. August Ludwig von Rochaus „Grundsätze der Realpolitik“ und Hermann Baumgartens „Selbstkritik des Liberalismus“ brachten die Frage auf den Punkt, ob der Liberalismus sich von seinen Utopien zu verabschieden und durch eine realpolitische Wende seine Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen habe.[4] Indem gemäßigte Liberale einen „Wandel vom ‚Idealismus‘ der Paulskirchenversammlung zum ‚Realismus‘ der Bismarckzeit“[5] befürworteten, bedienten sie sich eines folgenreichen oppositionellen Begriffsinstrumentariums: Hier der Realpolitiker, welcher die Machtverhältnisse wirk-

2 Theodor Heuss: Abschied und Aufbruch. Ansprache am Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei in Hannover. 8. November 1930. In: Ders.: Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, ausgewählt und kommentiert v. Martin Vogt, mit einem einleitenden Essay von Ralf Dahrendorf. Tübingen 1984, S. 203-208, hier S. 204 f.; schon abgedruckt in: Die Hilfe Nr. 47, 22.11.1930, S. 1153-1157.

3 Heuss: Abschied (wie Anm. 2), S. 206 f. [HiO].

4 August Ludwig von Rochau: Grundsätze der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Stuttgart 1853; Hermann Baumgarten: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik [1866]. Hrsg. und eingel. v. Adolf M. Birke. Frankfurt a. M./Wien/Berlin 1974.

5 Adolf M. Birke: Einleitung. In: Baumgarten: Liberalismus (wie Anm. 4), S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lichkeitsgerecht beurteilt, unter Zurückstellung von Werten sich nüchtern auf gangbare Alternativen beschränkt und von seinen Gegnern der prinzipienlosen Anpassung und Interessenpolitik bezichtigt wird; dort der Idealpolitiker, der sich in der Gestaltung von Politik vorrangig von Werten und Wünschen leiten lässt, der die Außenseiterrolle nicht scheut und von seinen Kritikern mit dem Vorwurf des wirkungslosen Doktrinarismus konfrontiert wird. Als Schlagworte gaben die beiden Begriffe Auskunft über Gegensätze im Liberalismus hinsichtlich politischer Praxis und Weltanschauung.[6]

Doch diese modelltheoretische Gegenüberstellung von Real- und Idealpolitik war schon im 19. Jahrhundert eine Chimäre, geboren aus dem Bedürfnis, den politischen Gegner zu diffamieren. Der Antagonismus steht vielmehr in einem komplementären Verhältnis.[7] Auch Idealpolitiker bedienen sich in ihrer Obstruktionspolitik realpolitischer Machtmittel, wenn sie zum Beispiel dem Verfassungsbruch Bismarcks ihre Stimme verweigern. Und Realpolitiker verzichten nicht auf Prinzipien, die sie freilich an die Machtverhältnisse anpassen: „Liberale Grundsätze … ließen sich leichter von einer machtvollen und einflußreichen Position verwirklichen", so konnte man als Befürworter einer Realpolitik argumentieren.[8] Dass grundsätzlich auch eine Realpolitik ihrerseits den Hang zu einer Prinzipienpolitik hat, die jegliche Oppositionspolitik diskreditiert und den Kompromiss hypostasiert, darauf haben vor Jahrzehnten schon Karl-Georg Faber und Thomas Nipperdey hingewiesen. In der Fixierung auf den nationalen (Macht-)Staat finden sich Elemente einer „Kryptoideologie" und „Tendenzpolitik", die den nüchternen Blick auf die Wirklichkeit wiederum verstellten.[9]

Max Weber griff die Spannung zwischen Wirklichkeit und Idee als Movens von Politik 1919 in seinem Vortrag „Politik als Beruf" auf. Er sprach dem Politiker drei Qualitäten zu: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl, Au-

6 Vgl. Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878–1893). Köln/Weimar/Wien 2002, S. 172 f.

7 Vgl. Peter Bender: Was war Realpolitik früher?. In: Merkur 59 (2005), S. 809-817; Herfried Münkler: Realpolitik heute. Ein Blick in den historischen Spiegel. In: ebd., S. 618-628; Ernst Vollrath: Die Kultur des Politischen. Konzepte politischer Wahrnehmung in Deutschland. In: Volker Gerhardt (Hrsg.): Der Begriff der Politik. Bedingungen und Gründe politischen Handelns. Stuttgart 1990, S. 269-290.

8 Kieseritzky: Liberalismus (wie Anm. 6), S. 173.

9 Thomas Nipperdey: Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 32-55, hier S. 39; Karl-Georg Faber: Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland. In: Historische Zeitschrift 203 (1966), S. 1-45; Harald Biermann: Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung. Düsseldorf 2006, S. 42-53, hier S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

genmaß.[10] Letztgenannte Eigenschaft galt Weber als die „entscheidende psychologische Qualität des Politikers", nämlich die Fähigkeit, „die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen".[11] Und in diesem Zusammenhang nahm er die mittlerweile klassische Unterscheidung zwischen einer an Idealen orientierten Gesinnungsethik und einer auf die realen Folgen des Handelns abzielenden Verantwortungsethik vor. Auf der einen Seite betonte er die grundsätzliche Verschiedenheit dieser Handlungsmaximen, um dann aber wiederum ihre Bezogenheit deutlich zu machen: „Insofern sind Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen, die zusammen erst den echten Menschen ausmachen, den, der den ‚Beruf zur Politik' machen *kann*."[12]

Ernst Troeltsch attestierte in einem Vortrag, den er 1922 vor der Deutschen Hochschule für Politik unter dem Titel „Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik" hielt, dem deutschen politischen Denken seit der Bismarckzeit, dass es gekennzeichnet sei

> „von einer seltsamen Zwiespältigkeit, die jedem Draußenstehenden auffällt: einerseits erfüllt von den Resten der Romantik und von sublimer Geistigkeit, andererseits realistisch bis zum Zynismus und zur vollen Gleichgültigkeit gegen allen Geist und alle Moral, vor allem aber geneigt, beides merkwürdig zu mischen, die Romantik zu brutalisieren und den Zynismus zu romantisieren."[13]

Heuss stand 1930 in diesem Diskurszusammenhang. Er kannte und schätzte Max Weber und verfasste in den fünfziger Jahren als Bundespräsident eine Einführung zu dessen „Gesammelten politischen Schriften".[14] Troeltsch hatte er Anfang der 1920er Jahre regelmäßig in Berlin getroffen[15] und hatte als Studienleiter und Dozent der Deutschen Hochschule für Politik vermutlich dessen Vortrag zur Kenntnis genommen.

Das beschriebene dichotomische wie auch komplementäre Verhältnis von Real- und Idealpolitik, das Heuss in seiner Rede aufgriff, diente offensichtlich als Argumentationsfolie, auf der sich politisches Handeln in der Krise,

10 Max Weber: Politik als Beruf [1919]. In: Ders.: Gesammelte politische Schriften, mit einem Geleitwort von Theodor Heuss, hrsg. v. Johannes Winckelmann. 2. erw. Aufl. Tübingen 1958, S. 493-548, hier S. 533.
11 Ebd., S. 534.
12 Ebd., S. 547 [HiO].
13 Ernst Troeltsch: Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik [1922]. In: Ders.: Kritische Gesamtausgabe. Bd. 15: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923), hrsg. v. Gangolf Hübinger und Johannes Mikuteit, Berlin/New York 2002, S. 479-512, hier S. 505.
14 Vgl. Theodor Heuss: Erinnerungen 1905–1933. Tübingen 1963, S. 214 f. u. 217; Theodor Heuss: Max Weber in seiner Gegenwart. In: Weber: Gesammelte politische Schriften (wie Anm. 10), S. VII-XXXI.
15 Vgl. Heuss: Erinnerungen (wie Anm. 14), S. 176 u. 220; Brief von Heuss an Georg Friedrich Knapp, 1.2.1923. In: Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933, hrsg. und bearb. v. Michael Dorrmann. München 2008, S. 183-185, hier S. 185.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nämlich die Gründung einer neuen Partei, legitimieren ließ. Ob und wie sich die Reflexion über diese beiden Modi von Politik tatsächlich in der politischen Praxis des organisierten Linksliberalismus der Weimarer Republik niedergeschlagen hat, ist damit freilich noch ungeklärt. Die Tauglichkeit von „Realpolitik" und „Idealpolitik" als Analyserahmen für die Aufschlüsselung linksliberaler Politik soll deshalb anhand konkreter Entscheidungssituationen untersucht werden. Diese lassen sich beispielsweise in einem politischen Verfahren finden, mit dem ein Kern der parlamentarischen Demokratie zeitweilig suspendiert und die Verfassung durchbrochen wurde: in der Aufhebung der Gewaltenteilung durch ein vom Reichstag verabschiedetes Ermächtigungsgesetz. Wie kaum eine andere Entscheidung aus dem linksliberalen Spektrum gilt die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 als Ausdruck einer Realpolitik, die den Machtverhältnissen Rechnung trug, und zwar im doppelten Sinne: für die Ja-Sager als wirklichkeitsgerechte und verantwortungsbewusste Beurteilung der vorliegenden Konstellationen und Optionen, um die destruktiven Folgen einer Politik der Illusionen zu vermeiden; für die Kritiker hingegen war es eine Kapitulation des Liberalismus und eine zynische Anpassung an die Macht einer Bewegung, welche die Zerstörung von Demokratie und Rechtsstaat auf ihrer Agenda hatte. Zugleich bietet sich die Haltung zur Ermächtigungsgesetzgebung an, um nach den Wertvorstellungen zu fragen, die diese Realpolitik letztlich motiviert haben. Die Verschränkung der idealtypischen Politikkonzepte Realpolitik und Idealpolitik kann somit Auskunft geben über die Gründe, die zu dieser folgenreichen Entscheidung der einstmaligen liberalen Verfassungspartei geführt haben.

Realpolitik und Idealpolitik im Zusammenhang mit einer Entscheidung, die in einer Krisen- und Umbruchssituation getroffen wurde, zu untersuchen, geht theoretisch von der heuristischen Annahme aus, dass Ideen eine handlungsleitende Kraft entfalten können. In Anlehnung an Max Webers Religionssoziologie erzeugen Ideen Wertsphären und legen Handlungsorientierungen nahe. Sie bahnen als „Weichensteller" den Weg, auf dem „die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte".[16] Die Forschungen der letzten Jahrzehnte haben dieses Verständnis eines Wirkungszusammenhangs von Ideen und Gesellschaft infrage gestellt.[17] Indem aber die Haltung des Linksliberalismus zur Ermächtigungsgesetzgebung in der Weimarer Republik unter der Perspektive einer Real- wie auch Idealpolitik betrachtet wird, lassen

16 Max Weber: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen I. Einleitung. In: Ders.: Religion und Gesellschaft. Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Darmstadt 2012, S. 291-320, hier S. 302; vgl. auch M. Rainer Lepsius: Interessen und Ideen. Die Zurechnungsproblematik bei Max Weber. In: Ders.: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990, S. 31-43.

17 Vgl. zum komplexen, durchaus problematischen Wirkungszusammenhang von Ideen und Gesellschaft Lutz Raphael/Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte. München 2006.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich vielleicht Werte in einen konkreten politischen Kontext und in einer eng umrissenen Praxis verorten und als „Weichensteller“ für eine Realpolitik deuten.[18]

Da das Instrument der parlamentarischen Ermächtigung einer Regierung bereits in den Jahren 1919 bis 1923 ein probates Mittel war, um auf Krisen kurzfristig zu reagieren, soll die Ermächtigungsgesetzgebung insgesamt in den Fokus genommen werden. Der 23. März 1933 hatte seine Vorgeschichte. Als Quellen für diese Untersuchung dienen vor allem linksliberale, republikanische Zeitungen und Zeitschriften im Umfeld der DDP, Reden und Wortbeiträge in den Debatten des Reichstags, Schriften und Broschüren sowie die Protokolle der Führungsgremien der DDP und der Deutschen Staatspartei.

I. Realpolitik in Zeiten der Krise

Die Weimarer Reichsverfassung sah kein ausdrückliches Notverordnungsrecht vor, obwohl sie vor einem revolutionären Hintergrund entstanden war. Der linksliberale Verfassungsrechtler Hugo Preuß war überzeugt, dass in normalen Zeiten der Reichstag in der Lage sei, die notwendigen Gesetze zu erlassen. Wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet seien, könne der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung zum Einsatz kommen und der Reichspräsident entsprechende Maßnahmen ergreifen. Ein ausdrückliches Recht zum Erlass von gesetzesvertretenden Verordnungen gab Artikel 48 dem Reichspräsidenten freilich auch nicht. Vielmehr sollte in Krisenzeiten, so die Auffassung der Mehrheit der Nationalversammlung, das Parlament der Regierung besondere Ermächtigungen erteilen.[19] Diese Ad-hoc-Maßnahmen schienen der DDP-Fraktion eineinhalb Jahre später nicht mehr angemessen für die Bewältigung der permanenten Krisen in der Frühphase der Republik. Anfang 1921 brachte sie einen Antrag im Reichstag ein, der

18 Vgl. zu den Herausforderungen einer politischen Ideengeschichte Jens Hacke: Politische Ideengeschichte und die Ideologien des 20. Jahrhunderts. Im Spannungsfeld historischer und politiktheoretisch geleiteter Absichten. In: Ders./Matthias Pohlig (Hrsg.): Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens. Frankfurt a. M. 2008, S. 147-170.

19 Vgl. Michael Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914–1933. Pfaffenweiler 1985, S. 67 f.; Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, revidierter Nachdruck der 1. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S. 444.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

besagte, Reichsgesetze auch durch einen Ausschuss des Reichstages fernab der Öffentlichkeit zu beschließen; doch dieser Vorstoß blieb erfolglos.[20]

Ohne entsprechende Verfassungsbestimmungen verabschiedete deshalb der Reichstag von Frühjahr 1919 bis Ende 1923 jeweils anlassgebunden und auf Antrag der Regierung acht Ermächtigungsgesetze, mit denen das legislative Verfahren im Parlament ausgesetzt wurde. Da die Gesetze die Gewaltenteilung faktisch aufhoben, war für diese Verfassungsdurchbrechung eine parlamentarische Zweidrittel-Mehrheit nötig. Die Ermächtigungsgesetze hatten folgende Charakteristika:[21]

1. Die ersten Ermächtigungsgesetze waren inhaltlich deutlich begrenzt, beispielsweise auf die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen oder auf die Regelung der Übergangswirtschaft. Hingegen tendierten die drei Ermächtigungsgesetze im Krisenjahr 1923 dazu, der Regierung auf allen Gebieten eine „Pauschalermächtigung“[22] zu erteilen, die in einem Fall der Exekutive auch Vollmachten zur Abweichung von den Grundrechten gab.[23] Das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 ermöglichte schließlich eine inhaltlich schrankenlose Ermächtigung im Hinblick auf die „Not von Volk und Reich“.[24]

2. Vor allem die Ermächtigungsgesetze von 1923 zielten nicht nur darauf ab, kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung von Krisen zu ergreifen, sondern Quasi-Gesetze mit grundlegendem Charakter und weitreichenden Folgen zur Bekämpfung der Inflation und Belebung der Wirtschaft zu erlassen. Die gesamte legislative Gestaltung der Währungsstabilisierung beruhte auf dem Verordnungswege, über den auch Fragen der Arbeitszeit, des Versiche-

20 Vgl. Wilhelm Mößle: Die Verordnungsermächtigung in der Weimarer Republik. In: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich. München 2002, S. 269-282, hier S. 269. Auch die Regierung Luther scheiterte 1925 mit dem Versuch, eine Reichs-Notverordnungs-Kompetenz der Reichsregierung in die Verfassung aufzunehmen und damit die Ermächtigungsgesetzgebung konstitutionell festzuschreiben. Diese Verordnung hätte sich auf Zeiten der Notstände und des Nichtversammeltseins des Reichstags beschränkt und die Mitwirkung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses garantiert. Diese eng umrissenen Bestimmungen hätten den exzessiven Gebrauch des Notbehelfs der gesetzesvertretenden Diktaturverordnung nach Artikel 48 seit 1930 und vielleicht auch das Ermächtigungsgesetz von 1933 verhindern oder zumindest erschweren können; vgl. Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. VI (wie Anm. 19), S. 447 f.; Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung (wie Anm. 19), S. 135-138.

21 Vgl. im Folgenden Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung (wie Anm. 19); Achim Kurz: Demokratische Diktatur? Auslegung und Handhabung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung 1919–25. Berlin 1992, S. 145-149.

22 Vgl. Thomas Raithel: Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre. München 2005, S. 199.

23 So das Ermächtigungsgesetz vom 13.10.1923; vgl. Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung (wie Anm. 19), S. 104.

24 Vgl. Wortlaut des Gesetzes in: ebd., Anhang Teil II, S. 6 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

rungswesens und der Justiz geregelt wurden. Dabei ließen sich auch sogenannte „Schubladenverordnungen“ durchsetzen, das heißt Gesetzesvorhaben, die schon länger geplant und nicht aus der aktuellen Notlage heraus entstanden waren.[25] So wurde auch über die in den Ermächtigungsgesetzen intendierten Notsituationen hinaus das öffentlich-parlamentarische Gesetzgebungsverfahren abgelöst durch einen intransparenten Entscheidungsprozess innerhalb der Regierung, der Ministerialbürokratie und der Interessengruppen.[26] „Das Ermächtigungsgesetz“, so Thomas Raithel zu dem Gesetz vom Dezember 1923, „wurde somit zum Blankoscheck für ein bürokratisches Verordnungsregime, das sich von der ursprünglichen Motivation gelöst hatte.“[27] Diese Entwicklung höhlte die Demokratie aus und hatte auch Folgen für die liberale Wählerklientel: Gerade die auf dem Verordnungswege durchgesetzten Steuergesetze, die den Mittelstand belasteten, wurden der öffentlichen Debatte entzogen und trugen zur weiteren Desintegration des Liberalismus bei.[28]

3. Institutionell beschränkten die Ermächtigungsgesetze die Normsetzungsbefugnisse der Exekutive, indem der Reichsrat und bzw. oder ein Reichstagsausschuss beim Erlass von Verordnungen mit eingeschaltet waren. Nachträglich konnte bei allen Ermächtigungsgesetzen der Reichstag die Aufhebung der Verordnungen verlangen, wenn seine Sitzungen nicht vertagt wurden. Wenn obendrein der Reichstag durch den Reichspräsidenten aufgelöst wurde, blieb diese Waffe freilich stumpf. Als der Reichstag im Februar 1924 Abänderungs- bzw. Aufhebungsanträge zu erlassenen Verordnungen verabschieden wollte, schickte Reichspräsident Ebert ihn nach Hause und beraumte Neuwahlen an. Dieses Verfahren, legislative Maßnahmen der Exekutive unter Androhung oder Vollziehung der Parlamentsauflösung durchzusetzen, wurde zum Präjudiz, als ab 1930 die Präsidialregierungen mit der Kombination von Artikel 48 und Artikel 25 ihre Gesetzesvorhaben durchsetzten.[29]

4. Alle Ermächtigungsgesetze waren zeitlich befristet. Für die Hälfte des Zeitraums von März 1919 bis Februar 1924 verfügte die Regierung über außerordentliche gesetzgeberische Vollmachten.[30]

5. In dieser Zeit wurden auf der Grundlage der Ermächtigungsgesetze 260 Verordnungen von der Regierung erlassen,[31] die der Stabilisierung der prekären innenpolitischen Situation dienten. Gemeinsam mit den Diktaturver-

25 Vgl. ebd., S. 129.
26 Vgl. Raithel: Spiel (wie Anm. 22), S. 328 u. 541.
27 Ebd., S. 329.
28 Vgl. ebd., S. 328.
29 Vgl. Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung (wie Anm. 19), S. 133; Raithel: Spiel (wie Anm. 22), S. 337.
30 Vgl. Kurz: Diktatur (wie Anm. 21), S. 147.
31 Vgl. die Übersicht bei Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung (wie Anm. 19), S. 187.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ordnungen des Reichspräsidenten, die sich auf Artikel 48 beriefen, standen so über 400 gesetzesvertretende Verordnungen 700 Reichsgesetzen gegenüber, die im Zuge der ordentlichen Gesetzgebung beschlossen wurden.[32] So zeigte sich in der Frühphase der Republik angesichts massiver Notlagen die Bereitschaft zu einer parlamentarisch sanktionierten, befristeten Diktatur.[33]

Nach 1923 ruhte die Ermächtigungsgesetzgebung, weil keine akuten Notlagen diesen verfassungsrechtlich umstrittenen Schritt rechtfertigten und sich vermutlich keine parlamentarische Zweidrittel-Mehrheit gefunden hätte. Die Präsidialregierungen seit 1930 hatten ohnehin keinen Rückhalt im Reichstag und mussten somit auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten zurückgreifen. So bediente sich erst wieder die Regierung Hitler des Instruments der parlamentarischen Ermächtigung, um der Exekutive legislative Kompetenzen zuzugestehen. Sowohl die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag als auch die Androhung und Ausübung rücksichtsloser Gewalt ließen eine Verabschiedung des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom 24. März 1933 realistisch erscheinen. Es knüpfte inhaltlich und sprachlich in vielen Punkten an die weitreichenden Ermächtigungsgesetze des Jahres 1923 an, ging aber darüber hinaus. Für den ungewöhnlich langen Zeitraum von vier Jahren konnte die Reichsregierung Gesetze erlassen und völkerrechtliche Verträge abschließen ohne jegliche Kontrolle oder nachträgliche Billigung durch andere Reichsorgane. Der Unterschied zwischen Verordnung und Gesetz war aufgehoben. Und schließlich konnten die von der Regierung erlassenen Gesetze generell von der Reichsverfassung abweichen, nicht nur von den Grundrechten. So griff das Ermächtigungsgesetz von 1933 durchaus Elemente der Vorgängergesetze auf, radikalisierte sie aber. Es gab dem unbedingten Anspruch Hitlers auf eine dauerhafte Aushebelung der Verfassung und auf eine absolute Herrschaft einen legalen Anschein. Die Frage, ob das Ermächtigungsgesetz von 1933 materiell rechtmäßig war und verfassungsgemäß zustande kam, ist umstritten und muss hier nicht diskutiert werden.[34] Entscheidend ist, dass der Vorstoß der Regierung Hitler in einer Traditionslinie stand, in der das Parlament in Notlagen der Exekutive weitreichende legislative Kompetenzen zugestand, die auch von der Reichsverfassung abweichen konnten.

Deutschland war damit – und dies kann hier nur angedeutet werden – kein Sonderfall unter den europäischen Demokratien. In Staaten wie Frankreich, Österreich, der Tschechoslowakei und Polen gaben die Parlamente immer wieder der Versuchung nach, die Gesetzgebung an die Exekutive zu übertra-

32 Vgl. Kurz: Diktatur (wie Anm. 21), S. 146 f.
33 Vgl. Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung (wie Anm. 19), S. 134.
34 Vgl. ebd., S. 161-168; Christoph Gusy: Die Weimarer Reichsverfassung. Tübingen 1997, S. 151 f.; Irene Strenge: Machtübernahme 1933 – Alles auf legalem Weg?. Berlin 2002, S. 170-188.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gen.[35] Der liberale Nationalökonom Moritz Julius Bonn beklagte Mitte der zwanziger Jahre diese Entwicklung, dass „das Parlament immer dann ausgeschaltet wird, wenn es sich um Lebensinteressen der Nation handelt", und sah „die Tage der parlamentarischen Demokratie" gezählt.[36] Zehn Jahre später war es Carl Schmitt, der diesen Prozess als notwendige Überwindung der Gewaltenteilung in Europa sowie als Rückkehr zum vorkonstitutionellen Zeitalter begrüßte, in dem „das Gesetz wesentlich ein Akt der Regierung" gewesen sei.[37]

So weit war es in der Weimarer Republik der zwanziger Jahre noch nicht. Wie verhielten sich Liberale im Umfeld der DDP zu einer befristeten Entparlamentarisierung der Gesetzgebung? Von Beginn an unterstützten sie die Ermächtigungsgesetzgebung der frühen Republik und stimmten ihr im Reichstag zu. Über ihre Motive für die Zustimmung zu den ersten Gesetzen von 1919 bis 1921 erfahren wir wenig, weil sie sich allenfalls zurückhaltend an den Debatten im Reichstag beteiligten[38] und die überregionale liberale Presse diese parlamentarischen Vorgänge kaum aufgriff. Erst an den umfangreichen Debatten um die Ermächtigungsgesetze des Krisenjahres 1923 nahmen Liberale im Parlament und in der Publizistik intensiver teil. Im Einzelnen lassen sich folgende Motive für die Befürwortung der Gesetze herausarbeiten:

Erstens wurden die massiven, sich überschneidenden Notlagen des Reiches (Ruhrbesetzung, Hyperinflation mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, separatistische Bewegungen, Umsturzversuche) betont.[39] Daraus leiteten Liberale zweitens einen Zeitdruck ab, der rasches Handeln erforderlich mache. Deshalb rief der frühere DDP-Justizminister Eugen Schiffer im Oktober 1923 im Reichstag drittens zur Aktion „auf dem Boden der Dinge" auf,

35 Vgl. Mößle: Verordnungsermächtigung (wie Anm. 20), S. 269; Thomas Raithel: Parlamentarisches System in der Weimarer Republik und in der Dritten Französischen Republik 1919–1933/40. In: Möller/Kittel: Demokratie (wie Anm. 20), S. 283-314, hier S. 305; außerdem zur liberalen Parlamentsskepsis in Frankreich und Deutschland Stefan Grüner: Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit. In: Ebd., S. 219-249; Klaus-Peter Sick: Vom Opportunismus zum Libéralisme autoritaire. Die Krise des französischen Liberalismus im demokratischen Parlamentarismus 1885–1940. In: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 66-104.

36 Moritz Julius Bonn: Die Krisis der europäischen Demokratie. München 1925, S. 135-138.

37 Carl Schmitt: Vergleichender Überblick über die neueste Entwicklung des Problems der gesetzgeberischen Ermächtigung (Legislative Delegationen). In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 6 (1936), S. 252-268, hier S. 267.

38 Mit Ausnahme des „Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft" vom 17.4.1919. Hier forderte die DDP im Reichstag u. a. die Streichung einer Generalklausel, die auch zum Erlass von Verordnungen „aus sonstigen dringenden Anlässen" ermächtigt hätte. Der Gesetzentwurf wurde entsprechend geändert; vgl. Frehse: Ermächtigungsgesetzgebung (wie Anm. 19), S. 58 f.

39 Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 479, 12.10.1923.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

um „herauszukommen aus dem ewigen Überlegen und Erwägen und endlich einmal Taten vor sich zu sehen, die dem rasenden Absturz aller Verhältnisse sich entgegenstellen.“[40] Daraus resultierte viertens die Geringschätzung des regulären parlamentarischen Verfahrens als zu komplex, langwierig und ineffizient. „Wir müssen anerkennen“, so wieder Schiffer, „daß der Mechanismus des Reichstags […] weder seiner staatsrechtlichen Stellung noch dem Bedürfnis der Zeit entspricht.“[41] Somit sahen liberale Reichstagsabgeordnete gerade in der Übertragung der Gesetzgebungskompetenz an die Regierung die eigentliche Bestimmung des Parlamentarismus, wie beispielsweise Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung“ ausführte: „Das Ermächtigungsgesetz bedeutet eben gar nichts anderes als die Besiegelung des Versprechens der Parlamentsmehrheit, nunmehr auch *wirklich parlamentarisch regieren* zu wollen.“[42] Liberale gaben sich als Sachwalter einer Realpolitik aus, die auf die Erfordernisse der Gegenwart reagiere und dabei die Werthaltigkeit der Verfassung zurückstelle, konkret: Sie suspendierten das urliberale Prinzip der Gewaltenteilung.

1933 standen die fünf Abgeordneten der Staatspartei wiederum vor der Entscheidung, einem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Ihnen wie auch der liberalen Presse war durchaus bewusst, dass dieses Gesetz die Vorgängergesetze von 1923 deutlich übertraf[43] und dass es von einer Regierung eingebracht worden war, die das „System“ von Weimar ablehnte. Die Angehörigen der Fraktion wollten nicht taktisch oder symbolisch abstimmen, sondern unter der Annahme, dass von ihrem Votum die Verabschiedung des Gesetzes abhinge, obwohl ihre Stimme für die Annahme des Gesetzes aller Voraussicht nach unerheblich sein würde. Die Abgeordneten einigten sich im Vorfeld intern auf eine einheitliche, positive Stimmabgabe. Dieses Votum der Abgeordneten auf der entscheidenden Reichstagssitzung am 23. März berief sich auf die faktische Machtsituation und verweigerte sich einer „reinen Bekenntnispolitik“.[44] Noch 1947 vor dem württemberg-badischen Untersuchungsausschuss, der auf Druck der Öffentlichkeit die Zustimmung führender südwestdeutscher Politiker zum Ermächtigungsgesetz verhandelte, be-

40 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, 387. Sitzung, 9.10.1923, S. 12034 f.; vgl. auch Berliner Tageblatt Nr. 483, 14.10.1923.

41 Verhandlungen (wie Anm. 40), S. 12036.

42 Georg Bernhard: Die Ermächtigung. In: Vossische Zeitung Nr. 487, 14.10.1923 [HiO]; vgl. auch Eugen Schiffer, in: Verhandlungen (wie Anm. 40), S. 12036 u. Frankfurter Zeitung Nr. 757, 12.10.1923.

43 Vgl. Vossische Zeitung Nr. 135 und Nr. 136, 21.3.1933; Frankfurter Zeitung Nr. 217-218, 22.3.1933.

44 Erklärung der Reichstagsabgeordneten der Staatspartei, 24.3.1933, in: Matthias/Morsey: Ende (wie Anm. 1), S. 93; vgl. auch Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Staatspartei, 24.3.1933, in: Ebd., S. 91-93.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tonte Heuss, dass seine ursprünglich intendierte Ablehnung des Gesetzes[45] allenfalls ein „Nein des moralischen Stilgefühls gewesen wäre, nicht der politischen Entscheidung".[46] Diese realpolitisch motivierten Beweggründe für die Zustimmung waren 1933 wie auch analog in der Nachkriegszeit in den Augen der „Ja-Sager":

- die Anerkennung des allgemeinen Niedergangs der Weimarer Demokratie seit 1919, der faktischen Macht der Regierung Hitler seit dem 30. Januar 1933 und des Wählervotums vom 5. März 1933, das der NSDAP und ihren Verbündeten eine absolute Mehrheit im Reichstag gesichert habe;[47]
- die Berufung auf besondere Notzeiten, die eine Konzentration der Macht in einer Hand nötig machten;[48]
- die Betonung der Rückkehr zur verfassungsmäßigen, „formalen Legalität"[49] und der Beendigung der revolutionären Dynamik;[50]
- die Furcht vor den gewaltsamen Folgen einer Ablehnung für Abgeordnete und Parteianhänger.[51]

Indem also Linksliberale den Ermächtigungsgesetzen der Weimarer Republik zustimmten, stellten sie die Anerkennung vorgefundener Machtkonstellationen als Ausdruck einer illusionslosen Realpolitik dar. Karl Dietrich Bracher hat dies als eine Verlusterfahrung des Liberalismus beschrieben: „Die große moralische Substanz des liberalen Gedankens, der Bürger- und Menschenrechtsprinzipien, der politischen Macht- und Gewaltkontrolle […] ist schließlich wie dieser selbst der Enttäuschung über die Kriegs- und Nachkriegsentwicklung zum Opfer gefallen."[52] Mit seinem Vorwurf einer normativen Entkernung des Liberalismus trifft Bracher jedoch ein Präjudiz und

45 Nachweisbar ist nur eine schriftliche Enthaltungserklärung von Heuss; vgl. SBTH, Nachlass Theodor Heuss, N 1221, 382 (=BArch).

46 Vgl. Ernst Wolfgang Becker/Thomas Rösslein (Hrsg.): Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahr 1947 zur Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz" vom 23. März 1933. Stuttgart 2003, S. 142.

47 Erklärung Reinhold Maiers im Namen der Deutschen Staatspartei vor dem Reichstag, 23.3.1933, abgedruckt in: Rudolf Morsey (Hrsg.): Das „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich". Düsseldorf 1992, S. 72 f.; vgl. auch die Enthaltungserklärung von Heuss (wie Anm. 45).

48 Erklärung R. Maiers (wie Anm. 47), S. 73.

49 [Theodor Heuss]: Ermächtigungsgesetz. In: Die Hilfe Nr. 7, 8.4.1933, S. 196.

50 Vgl. Ernst Wolfgang Becker: Ermächtigung zum politischen Irrtum. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit. Stuttgart 2001, S. 14.

51 Vgl. ebd., S. 15.

52 Karl Dietrich Bracher: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert. München 1985, S. 99.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

stimmt in ein Verfallsnarrativ ein, das in jüngster Zeit wieder von Ideenhistorikern dezidiert infrage gestellt wurde.[53]

Im Folgenden soll die Hinwendung des Liberalismus zu einer Realpolitik, die im Zusammenhang mit der Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen der Weimarer Republik untersucht wurde, in drei größeren Kontexten verortet werden:

1. Die Neuorientierung des Linksliberalismus am Ende des 19. Jahrhunderts durch Friedrich Naumann bahnte in der Tat eine Distanzierung von den normativen, individualistischen Traditionen des Liberalismus an. Naumann war bekanntermaßen tief beeindruckt von Max Webers berühmter Freiburger Antrittsrede von 1895, in der dieser die Politikunfähigkeit eines politisch trägen Bürgertums beklagte und die Hinwendung zu einer Realpolitik des nationalen Machtstaates forderte.[54] Im folgenden Jahr leitete Naumann mit der Gründung des Nationalsozialen Vereins eine solche realpolitische Wende ein, die eine Vermischung von Politik und Ethik vermeiden wollte und mittelbar auch auf den erneuerten sozialen Liberalismus seit der Jahrhundertwende wirkte.[55] Nach dem Abschluss der Verfassungsberatungen im August 1919 hob Naumann hervor, dass die deutsche Demokratie zwar ein Zukunftsprojekt sei, Politik sich aber zu richten habe auf „die Tatsächlichkeit des Lebens, und nach unserer Auffassung zeigt sich die politische Kraft nicht darin, die kühnsten Gedankengänge auszuschütten, sondern darin, das zu verwirklichen, was Bestand haben kann. Der Wirklichkeitssinn sei das Eigentum der deutschen Demokratie!“[56] Und dieser Appell an eine „sachliche Politik“,[57] die sich der „Erkenntnis der Wirklichkeit“[58] verschreibt, durchzieht linksliberale Blätter[59] und auch die Regierungspolitik der DDP in der

53 Vgl. vor allem Tim B. Müller: Nach dem ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014; und die Beiträge in Tim B. Müller/Adam Tooze (Hrsg.): Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.

54 Vgl. Max Weber: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftslehre. In: Ders.: Gesammelte politische Schriften (wie Anm. 10), S. 1-25. Noch ein Vierteljahrhundert später sieht Weber das Wesen der Politik in dem sich Einlassen „mit den diabolischen Mächten“, „die in jeder Gewaltsamkeit lauern“; Weber: Politik als Beruf (wie Anm. 10), S. 545.

55 Vgl. dazu Marcus Llanque: Friedrich Naumann und das Problem des nationalen Sozialliberalismus. In: Richard Faber (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2000, S. 131-149, vor allem S. 134 f.; Peter Theiner: Friedrich Naumann und Max Weber. Stationen einer politischen Partnerschaft. In: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schwentker (Hrsg.): Max Weber und seine Zeitgenossen. Göttingen/Zürich 1988, S. 419-433.

56 Friedrich Naumann: Deutsche Demokratie. In: Die Hilfe Nr. 32, 7.8.1919, S. 419; kurz nach Naumanns Tod beklagte ein Autor in der „Hilfe“ dessen Wendung zur Realpolitik als „Entartung des Genies der vorigen Generation zur Realpolitik“; U. Kuhnert: Realpolitik und Ideologie. In: Die Hilfe Nr. 45, 6.11.1919, S. 637-639 und Nr. 46, 13.11.1919, S. 654 f., hier S. 654.

57 Deutsche Nation, Mai 1925, H. 5, S. 350–352.

58 Die Hilfe Nr. 10, 5.4.1921, S. 159 f.

59 Vgl. beispielsweise die Invektiven Gertrud Bäumlers gegen die „Intellektuellen“, in: Die Hilfe Nr. 28, 10.7.1919, S. 361 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weimarer Republik: „Koalitionspolitik ist Arbeitsgemeinschaft, nicht Gesinnungsgemeinschaft", so der Parteivorsitzende Carl Petersen am 11. September 1921 auf der Sitzung des Vorstands.[60]

2. Die Abkehr von einem der Zukunft zugewandten Fortschrittsoptimismus erhielt einen entscheidenden Schub durch den Ersten Weltkrieg. Die Erfahrungen der exzessiven Gewalt und der Kontrolle und Überwachung des Bürgers, der Niedergang des Individuums zugunsten des Sozialen einer Massengesellschaft sowie die Expansion und Zentralisierung der staatlichen Ordnungsaufgaben entwerteten die Fortschrittserwartungen und führten zu einer Erosion des liberalen Wertekanons.[61] Diese Entwicklung begünstigte die Fokussierung der Liberalen auf eine Realpolitik, für die utopische Zukunftsentwürfe einer Idealpolitik nicht handlungsleitend waren.

3. Schließlich soll noch auf einen ideengeschichtlichen Hintergrund für die Hinwendung zur Realpolitik verwiesen werden. Der Historismus hatte, wie Weber und vor allem Troeltsch in seiner Zeitdiagnose zur „Krisis des Historismus" betonten, in letzter Konsequenz zu einem Relativismus aller Werte geführt.[62] Das geschichtliche Denken des individuellen Gewordenseins aller Erscheinungen war nicht mehr Reservoir für Fortschrittserwartungen, sondern entwertete diese vielmehr angesichts der Pluralität der Normen, da es an allgemeingültigen Maßstäben mangelte. Karl Mannheim sprach Mitte der zwanziger Jahre vor dem Hintergrund der Konkurrenz und Relativität verschiedener Weltanschauungen von einem „Desillusionsrealismus": „Hier ist dann Normfreiheit, Utopielosigkeit gleichsam Kriterium der Objektivität und Realitätsnähe."[63] In diesem Universum des Wertepluralismus standen letztlich auch alle Staatsformen relativ zueinander, deren Geltung den Machtverhältnissen geschuldet war, nicht der Überlegenheit einer Idee. So sahen vor allem liberale Verfassungsrechtler den Geltungsgrund der Weimarer Verfassung in der „faktischen Inbesitznahme der Staatsgewalt durch die revolutionären Machthaber und durch die sie ablösenden neuen Staatsor-

60 Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, eingel. v. Lothar Albertin, bearb. v. Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin. Düsseldorf 1980, S. 195, auch S. 197.

61 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert. Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Dies. (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 13-32, vor allem S. 22-25; Jörn Leonhard: Krieg und Krise – Der Liberalismus 1914–1918 im internationalen Vergleich. In: Ebd., S. 69-94, hier S. 90.

62 Vgl. Ernst Troeltsch: Die Krisis des Historismus. In: Ders.: Schriften (wie Anm. 13), S. 437-455; allgemein Annette Wittkau: Historismus. Zur Geschichte des Begriffs und des Problems. 2. Aufl. Göttingen 1994, S. 148-151.

63 Karl Mannheim: Konservativismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, hrsg. v. David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr. Frankfurt a. M. 1984, S. 210.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gane."[64] Jede Revolution könne, so Gerhard Anschütz, zur Quelle neuen Rechts werden. Dahinter stand Georg Jellineks Lehre von der „normativen Kraft des Faktischen". Der Verfassung selber wurde keine Werthaftigkeit zugesprochen, so dass sie zur Disposition derjenigen stand, die im realen Besitz der Macht waren.[65] Der Rechtspositivist Hans Kelsen baute diesen Relativismus als wesentliche Voraussetzung in seine Demokratietheorie ein: „[Die Demokratie] lehnt es ab, sich mit einer bestimmten politischen Auffassung zu identifizieren, ist vielmehr bereit, jeder politischen Auffassung, die sich die Mehrheit verschaffen konnte, die Führung im Staate zu überlassen, weil sie ein Kriterium für die Richtigkeit politischer Anschauungen nicht kennt".[66] Diese relativistische Deutung von Demokratie drang weit in das Umfeld der DDP und in den Kreis um die Zeitschrift „Die Hilfe" vor.[67] So heißt es im Mai 1920 in einem Artikel über „Politische Erziehung":

> „Darum müssen wir besonderen Nachdruck auf die Relativität aller Werte, auf die innere Gleichwertigkeit auch der sich bekämpfenden Ideen legen. […] Die geschichtliche Erfahrung von der relativen Notwendigkeit einer bestimmten Staatsform zu einer bestimmten Zeit und ihre Abhängigkeit von den herrschenden Ideen wird sich aus solcher Betrachtung herausschälen und eine fruchtbringende Erkenntnis werden."[68]

Führt man sich diese drei Entwicklungen vor Augen, scheint die Zustimmung der Linksliberalen zu den Ermächtigungsgesetzen der Weimarer Republik Ausdruck einer Realpolitik zu sein, die keinen Raum mehr bot für eine fortschrittsgeleitete Idealpolitik jenseits der drängenden Gegenwartserfahrungen. Diese „realpolitische Wende" stand aber auch vor dem Hintergrund

64 Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte (wie Anm. 19), S. 10; vgl. auch im Folgenden ebd., S. 7-13.

65 Vgl. Kathrin Groh: Zwischen Skylla und Charybdis: Die streitbare Demokratie. In: Christoph Gusy (Hrsg.): Weimars langer Schatten – „Weimar" als Argument nach 1945. Baden-Baden 2003, S. 425-454, vor allem S. 440 f.; auch Hans Boldt: Demokratie in krisengeschüttelter Zeit. In: Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik. Baden-Baden 2000, S. 608-634, vor allem S. 617-621.

66 Zit. nach Boldt: Demokratie (wie Anm. 65), S. 633.

67 Vgl. Jürgen C. Heß: Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus. In: Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen/Gerhard Stoltenberg (Hrsg.): Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann. Neumünster 1980, S. 289-311, vor allem S. 292 f.; zur funktionalen Legitimation der Republik im „Hilfe-Kreis" Thomas Hertfelder: „Meteor aus einer anderen Welt". Die Weimarer Republik in der Diskussion des Hilfe-Kreises. In: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008, S. 29-55, vor allem S. 39-42; speziell zu Heuss vgl. Jürgen C. Heß: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland. Stuttgart 1973, S. 52 f.

68 M. Unterhorst: Politische Erziehung. In: Die Hilfe Nr. 22, 27.5.1920, S. 325-328, hier S. 326 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich wandelnder Weltbilder. Pluralismus und Relativismus delegitimierten eine wertgebundene Politik.

II. Die Utopie der Einheit im liberalen Tugenddiskurs

Die Deutung des Linksliberalismus, der sich als Vollstrecker einer am Gebot der Sachlichkeit orientierten Realpolitik gerierte, ist freilich zu eindimensional und unterkomplex. Viele Linksliberale sahen weiterhin die Aufgabe ihrer Partei in der Verfolgung von Ideen und in der normativen Bindung von Politik. 1921 appellierte der gewerkschaftsnahe DDP-Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz an seine Parteifreunde, dass sich eine Partei niemals auf Verfassungs- und Wirtschaftsfragen beschränken dürfe, sondern sie müsse „Pflegerin eines großen Glaubens, Trägerin von Anschauungen sein, die ihre Wurzeln im Ewigen haben."[69] Und neun Jahre später, kurz vor Gründung der Deutschen Staatspartei, heißt es im Parteiblatt „Der Demokrat", dass „für die politische Partei die Idee stets höher stehen [muß] als die Macht".[70] Wenn man diesem Gedankengang weiter nachgeht, erhält auch die Zustimmung der Linksliberalen zu den Ermächtigungsgesetzen mehr historische Tiefenschärfe.

Ein kleiner Kreis von Autoren im Umfeld der Zeitschrift „Die Hilfe" bezog sich in Artikeln, die der normativen Begründung von Demokratie galten, auf die Denker des deutschen Idealismus.[71] Fichte, Hegel und besonders Kant dienten dazu, unter Berufung auf die individuelle Autonomie und sittliche Freiheit zur Selbstgesetzgebung der demokratischen Republik eine normative Note zu geben. So betonte Ludwig Herz, „daß Demokratie sich auf das Sittengesetz gründet. Damit wird Demokratie sittliche Forderung (Postulat), die menschliche Entwicklung wird unter ein Sollen und Wollen gestellt, die Idee regiert die Menschheit."[72] Doch diese dezidiert liberale Legitimation einer Republik der Vernunft setzte letztlich keinen utopischen Überschuss frei, sondern blieb einem konservativen Realitätsprinzip verhaftet, wie Thomas Hertfelder herausgearbeitet hat.[73]

69 Anton Erkelenz: Die ewige Aufgabe der Demokratie. In: Der Demokrat. Mitteilungen aus der Deutschen Demokratischen Partei Nr. 51, 22.12.1921, S. 998-1001, hier S. 1000.
70 Ebd. Nr. 21, 5.11.1930, S. 491 f., hier S. 491.
71 Vgl. Hertfelder, Meteor (wie Anm. 67), S. 44-48; Ders.: „Nur die Demokratie kann Deutschland wieder aufrichten". Staat und Demokratie im *Hilfe*-Kreis. 1918–1933. In: Philippe Alexandre/Reiner Marcowitz (Hrsg.): Die Zeitschrift „Die Hilfe", 1894–1944. Ein Ideenlabor in Deutschland. Bern u. a. 2011, S. 277-315, hier S. 296-298.
72 Ludwig Herz: Die Grundlagen der Demokratie in unserer Zeit. In: Die Hilfe Nr. 38, 18.9.1919, S. 516-518, hier S. 517.
73 Vgl. Hertfelder: Meteor (wie Anm. 67), S. 46 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Aber wir stoßen in diesem Diskurs auf eine andere Spur, die von Kant wegführt. Wollte dieser durch eine Verbesserung von Institutionen die Republik letztlich von den moralischen Qualitäten des Menschen unabhängig machen,[74] so griffen Linksliberale in der Weimarer Republik auf einen republikanischen Tugendbegriff zurück, der schon im südwestdeutschen Gemeindeliberalismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verankert war. Ausgehend von Aristoteles, Montesquieu und Rousseau hatte sich dort ein republikanisch getöntes Politikverständnis durchgesetzt, welches das Funktionieren einer politischen Ordnung von der politischen Gesinnung seiner Bürger abhängig machte.[75] Der tugendhafte, auf das Gemeinwesen bezogene Bürger war Ziel der Politik und zugleich Bedingung der Möglichkeit einer guten Verfassung. Sein Ende fand dieser klassische frühliberale Republikanismus, so Paul Nolte, seit den 1840er Jahren, als sich mit Industrialisierung und verschärfter Klassenbildung die politischen und sozialen Konflikte verstärkten. Praktische Politik bedurfte keiner normativen Fundierung mehr; bürgerliche Tugenden und das Interesse am Telos eines „guten" Staates waren für das politische Handeln nun irrelevant.[76]

Der Linksliberalismus in der Weimarer Republik revitalisierte diese Tugendkomponente in der Demokratiedebatte. Damit war er Teil eines Diskurses, der in der Zwischenkriegszeit in den USA, in Großbritannien und Skandinavien geführt wurde.[77] Neben den Institutionen und Verfahren beruhte demnach Demokratie vor allem auf vorpolitischen, moralischen Werten des Zusammenlebens, auf gemeinsamen Erfahrungen und auf Bildung und Erziehung, so John Dewey 1916.[78] Liberale rekurrierten auf die sozio-moralischen Grundlagen, die den demokratischen Staat legitimierten und ihn normativ stabilisieren sollten.[79] Hugo Preuß verwies auf die zivilgesellschaftliche, partizipative Verantwortung des Bürgers für die Gemeinschaft und beschwor die politischen Tugenden für das Funktionieren der demokratischen

74 Vgl. Herfried Münkler: Politische Tugend. Bedarf die Demokratie einer sozio-moralischen Grundlage?. In: Ders.: Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. München/Zürich 1992, S. 25-46, hier S. 36 f.

75 Vgl. Paul Nolte: Bürgerideal, Gemeinde und Republik. „Klassischer Republikanismus" im frühen Liberalismus. In: Historische Zeitschrift 254 (1992), S. 609-656.

76 Ebd., S. 652.

77 Vgl. Claus Offe/Ulrich K. Preuß: Democratic Institutions and Moral Resources. In: David Held (Hrsg.): Political Theory Today. Cambridge 1991, S. 143-171; Müller: Weltkrieg (wie Anm. 53), S. 79-88.

78 John Dewey: Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik [1916], hrsg. u. mit einem Nachwort v. Jürgen Oelkers, Weinheim/Basel 1993.

79 Vgl. Herfried Münkler: Sozio-moralische Grundlagen liberaler Gemeinwesen. Überlegungen zum späten Ralf Dahrendorf. In: Mittelweg 36 19 (April/Mai 2010), S. 37.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Republik.[80] Theodor Heuss erinnerte nach der Verfassungsstiftung an die Notwendigkeit einer „Demokratie als Lebensform", denn demokratische Institutionen „sind nur tote Schale, wenn sie nicht von einem innerlich freien, unbefangenen Sinn mit einem gemäßen Inhalt gefüllt werden."[81] Auch wenn dieser Inhalt bei Heuss recht unbestimmt blieb – der Gebrauch der Menschenwürde „in unseren sozialen Gewöhnungen", Bildung, Zivilcourage, „ein freies tapferes Menschentum"[82] –, so bot sich gerade in diesem „seelischen Unterbau der deutschen Demokratie"[83] eine Zielperspektive, die Politik auf ein normatives Ideal ausrichtete.

Diese Idealpolitik hob darauf ab, eine „ideale Staatsgesinnung" im Bürger zu verankern und „ein neues ethisches Zeitalter zu begründen".[84] Die linksliberale Publizistik durchzieht die Aufforderung, einen „demokratischen Lebensstil" zu schaffen.[85] Und Anton Erkelenz betonte 1921 in einer Rede, „*daß Demokratie nicht hauptsächlich besteht in den äußerlichen Formen der demokratischen Staatsverfassung, sondern in der inneren Reife und Erziehung der Staatsbürger*".[86] Was ein Autor 1919 in der „Hilfe" fordert, ist die „Erziehung unseres Volkes zu *politischem Denken*", um Demokratie im Geist und Herzen zu verankern. Martialisch fährt er fort: „Der Geist der Demokratie muß eingehämmert werden in die Hirne […]. Denn das Ziel ist nur erreichbar, *wenn Demokratie in der Seele des einzelnen Wirklichkeit wird*."[87] Zwar war die republikanisch-demokratische Verfassung Wirklichkeit geworden, doch die Demokratie blieb Desiderat und Gegenstand einer Idealpolitik, solange der Bürger die republikanischen Tugenden nicht verinnerlicht habe. Gertrud Bäumer sieht das unerfüllte Ideal der Demokratie darin,

80 Vgl. Kathrin Groh: Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaates. Tübingen 2010, S. 31-34; vgl. zur Sprache der Moral im Reichstag Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag. Düsseldorf 2002, S. 282-284.

81 Theodor Heuss: Die neue Demokratie. Berlin 1920, S. 159; vgl. dazu auch Andreas Wirsching: Demokratie als „Lebensform" – Theodor Heuss (1884–1963). In: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte. München 2012, S. 21-35.

82 Heuss: Neue Demokratie (wie Anm. 81), S. 159.

83 Ebd., S. 157.

84 Unterhorst: Politische Erziehung (wie Anm. 68), S. 325; Paul Rohrbach: Unsere ideenpolitische Zukunft. In: Deutsche Politik 5, H. 8, 20.2.1920, S. 231-236, hier S. 235.

85 Adam Röder: Demokratischer Lebensstil. In: Deutsche Republik 1 (1926/27), H. 39, S. 517-520.

86 Anton Erkelenz: Die Aufgabe der Arbeitnehmer im demokratischen Staat. Rede auf der Tagung des Reichsarbeitnehmerausschusses der Deutschen Demokratischen Partei am 18. September 1921 zu Berlin. In: Ders.: Junge Demokratie. Reden und Schriften politischen Inhalts. Berlin 1925, S. 91-110, hier S. 91 [HiO].

87 K. Ochab: Massenpsyche und Demokratie. In: Die Hilfe Nr. 8, 16.1.1919. S. 28 f., hier S. 29 [HiO].

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„daß wir uns jetzt auf die Pflege der republikanischen Tugenden legen müßten. Die erhabenen Beispiele von Bürgersinn, Unbestechlichkeit, freiheitlicher Gesinnung, einfacher vaterländischer Dienstbereitschaft […] – Sie sollten wahrhaft für die staatsbürgerliche Erziehung fruchtbar gemacht werden. Bis jetzt ist die politische Ethik unserer gebildeten Schichten grundsätzlich anders eingestellt."[88]

Demokratie könne erst in dieser Erziehung zu republikanischen Tugenden zu ihrer Vollendung kommen.[89] Allein die instrumentelle Vernunft einer auf Institutionen und Verfahren ausgerichteten Realpolitik schien nicht ausreichend, die existentiellen Krisen der Republik zu überwinden und dem Demokratieprojekt zum Erfolg zu verhelfen.[90]

Eine wichtige Akzentsetzung dieses liberalen Tugenddiskurses lag darin, dass weniger die Freiheit des Individuums im Zentrum der staatsbürgerlichen Erziehung stand, sondern die nationale Gemeinschaft, in die sich der Einzelne einzufügen habe.[91] Ziel eines langen Erziehungsprozesses sei es, „einen lebenskräftigen, gesunden nationalen Idealismus […] wieder in unserem Volke zu erwecken".[92] Dem diente auch die von Naumann initiierte und von Ernst Jäckh gegründete Deutsche Hochschule für Politik, deren staatsbürgerliche Bildungsarbeit unter dem Vorzeichen stand, die Nation nach Kriegsende und Friedensverträgen wieder aufzurichten und zu einigen.[93] Und Hermann Dietrich gab auf dem Gründungsparteitag der Staatspartei auf die Frage „Was aber heißt staatsbürgerliche Erziehung?" die Antwort: „Das

88 Gertrud Bäumer: Die Republik als Aufgabe. In: Die Hilfe Nr. 6, 25.2.1921, S. 87 f., hier S. 88.

89 Vgl. auch Otto Kinkel: Das Entweder-Oder in der staatsbürgerlichen Erziehung. In: Die Hilfe Nr. 17, 1.9.1925, S. 877-879; Heinrich Meyer-Bensey: Demokratische Gesinnung. In: Ebd. Nr. 12, 15.6.1924, S. 190–194; Wilhelm Mommsen: Zum Verfassungstag. Sicherung der Demokratie, in: Ebd. Nr. 15, 1.8.1926, S. 301–303; Wilhelm Cohnstaedt: Machen wir ernst mit Demokratie!. In: Ebd. Nr. 19, 31.10.1926, S. 412 f.; Ludwig Marx: Erziehung zum Staatsgedanken. In: Ebd. Nr. 22, 15.11.1926, S. 484-486; Otto Stegemann: Der Weg des demokratischen Gedankens in Deutschland. In: Ebd. Nr. 15, 25.5.1921, S. 231-235.

90 Vgl. zum Krisenbegriff in der Weimarer Republik Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise" der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt a. M./New York 2005; Rüdiger Graf: Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933. München 2008.

91 Vgl. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988, S. 27-34; Ders.: Liberalismus heute – historisch gesehen. In: Ders.: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder – Zukunftsvisionen – Bildungskonzeptionen, hrsg. v. Friedrich Lenger. Bonn 2003, S. 206-231, hier S. 216 f.; zur Gegenüberstellung von liberalem Interessendiskurs und republikanischem Tugenddiskurs vgl. Herfried Münkler: Die Idee der Tugend. Ein politischer Leitbegriff im vorrevolutionären Europa. In: Archiv für Kulturgeschichte 73 (1991), S. 379-403, vor allem S. 381-387.

92 Unterhorst: Politische Erziehung (wie Anm. 68), S. 325.

93 Vgl. Theodor Heuss: Denkschrift zur Errichtung einer Deutschen Hochschule für Politik, abgedruckt in: Antonio Missiroli: Die Deutsche Hochschule für Politik, Sankt Augustin 1988, S. 140-144; Detlef Lehnert: „Politik als Wissenschaft". Beiträge zur Institutionalisierung einer Fachdisziplin in Forschung und Lehre der Deutschen Hochschule für Politik (1920–1933). In: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S. 443-465.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kann nur bedeuten, daß wir den Einzelnen zur Staatsidee erziehen. Diese Staatsidee ist der Reichsgedanke, der Gedanke eines deutschen Nationalstaates."[94] Der liberale Tugenddiskurs zielte also auf eine Erziehung zum Staatsbürger ab, der in der Einbindung in den Nationalstaat seine Erfüllung fand. Gerade der oben beschriebene Relativismus der Werte, der zu einem „Desillusionsrealismus" führte, sowie die „Fragmentierung und Segmentierung der politischen und wissenschaftlichen Kultur in Deutschland" nach Krieg und Revolution begünstigten eine Krisenwahrnehmung, die sich in der Utopie einer nationalen Gemeinschaft überwinden ließ.[95] Die von Max Weber diagnostizierte „Entzauberung der Welt" durch Intellektualisierung und Rationalisierung führte zum Bedürfnis nach neuen Sinnzusammenhängen.[96] Das Zeitalter des Individualismus galt auch unter Liberalen als Übergangsphänomen, das es mit der Zielperspektive der Nation und des Sozialen zu überwinden galt.[97]

Vor allem in der Vorstellung der Volksgemeinschaft konfrontierten Liberale Politik mit einem „idealen Überschuss", der die vermeintliche Gemeinschaft der Schützengräben in die Nachkriegszeit transformieren und die manifesten Klassengegensätze überwinden sollte.[98] Friedrich Meinecke appellierte in diesem Sinne 1921 an die „Idee der Volksgemeinschaft", um die „sittlichen Kräfte" einer zerrissenen Nation wieder zu beleben: „*Es ist höchste Zeit, die Schwerter des Klassenkampfes umzuschmieden in die Sicheln der Volksgemeinschaft*."[99] Die Sehnsucht nach einer gemeinschaftsbil-

94 Blätter der Staatspartei Nr. 22, 20.11.1930, S. 528.

95 Rüdiger Graf: Die Mentalisierung des Nirgendwo und die Transformation der Gesellschaft. Der theoretische Utopiediskurs in Deutschland 1900–1933. In: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit. München 2003, S. 145-173, vor allem S. 168-170.

96 Vgl. James T. Kloppenberg: Demokratie und Entzauberung der Welt: Von Weber und Dewey zu Habermas und Rorty. In: Hans Joas (Hrsg.): Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey, Frankfurt a. M. 2000, S. 44-80, hier S. 55.

97 Vgl. Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 159-187; Marcus Llanque: Der Untergang des liberalen Individuums. Zum „fin de siècle" des liberalen Denkens in Weimar. In: Karsten Fischer (Hrsg.): Neustart des Weltlaufs? Fiktion und Faszination der Zeitenwende. Frankfurt a. M. 1999, S. 164-183; Anselm Doering-Manteuffel: Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 321-348, hier S. 330. Dass die Nation als Gegenstand einer Idealpolitik für Linksliberale durchaus eng mit der demokratischen Verfassungsordnung von Weimar verbunden sein konnte, muss hier nicht weiter erörtert werden; vgl. Jürgen C. Heß: „Das ganze Deutschland soll es sein". Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. Stuttgart 1978.

98 Thomas Mergel: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936. In: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939. Göttingen 2005, S. 91-127, vor allem S. 97-101.

99 Friedrich Meinecke: Volksgemeinschaft. In: Ders.: Politische Schriften und Reden, hrsg. u. eingel. v. Georg Kotowski. Darmstadt 1958, S. 320-324, Zitate S. 320 u. 324 [HiO].

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

denden Politik fand im Zielbegriff der Volksgemeinschaft ihren Ausdruck.[100] Auch in der Beschwörung von „Geist“ und „Seele“ als Kritik an Technikherrschaft und Materialismus, wie sie sich bei Linksliberalen von Erkelenz bis Bäumer fand, offenbarte sich dieser Gemeinschaftsbegriff.[101]

Der Begriff der Volksgemeinschaft fand sich im politischen Diskurs fast aller Parteien der Weimarer Republik und ging mit unterschiedlichen Konnotationen einher.[102] Ausgehend von der Gegenüberstellung von „Volksstaat“ und „Obrigkeitsstaat“ durch Hugo Preuß nahm die DDP den Begriff in ihre Rhetorik auf und deutete ihn in einem demokratischen, inklusiven Sinne. Die Volksgemeinschaft stand für die emotionale Seite der Nation, um die Bevölkerung in einer Willensgemeinschaft an die nationale Demokratie zu binden und über alle Gegensätze hinweg zu versöhnen. Je schärfer die Krisen der Gegenwart empfunden wurden, umso stärker äußerten sich Zukunftserwartungen, die sich auf eine nationale Gemeinschaft richteten. Diese setze eine völlige „Gleichheit aller Staatsbürger“ voraus, wie Koch-Weser im Vorfeld der Gründung der Deutschen Staatspartei vor dem Parteiausschuss betonte: „Es gibt hier keine politischen, sozialen, konfessionellen oder rassenmäßigen Unterschiede.“[103]

Auf diese Utopie der Einheit zielte der liberale Tugenddiskurs. Wenn man sich diesen Erwartungshorizont vor Augen führt, dann erscheint auch die Zustimmung der Linksliberalen zu den Ermächtigungsgesetzen in einem anderen Licht und wird zum Ausdruck einer Politik der Verheißung. Sie galt einem „objektiven“ Staat jenseits von Interessenkonflikten,[104] einem Staat als Entität sui generis, der in Anlehnung an Hegel als höchste sittliche Einheit und als Verwirklichung von Vernunft und Freiheit hypostasiert wurde.[105]

100 Vgl. Mergel: Führer (wie Anm. 98), S. 98 f.

101 Vgl. Wolfgang Hardtwig: Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900–1938. Köln/Weimar/Wien 2013, S. 227-253, vor allem S. 243-245.

102 Vgl. auch im Folgenden ebd. sowie Marcus Llanque: Der Weimarer Linksliberalismus und das Problem politischer Verbindlichkeit. Volksgemeinschaft, demokratische Nation und Staatsgesinnung bei Theodor Heuss, Hugo Preuß und Friedrich Meinecke. In: Doering-Manteuffel/Leonhard (Hrsg.): Liberalismus (wie Anm. 61), S. 158-181.

103 Linksliberalismus (wie Anm. 60), S. 565; vgl. Jörg Retterath: "Was ist das Volk?" Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924.Berlin 2016.

104 Vgl. Jürgen C. Heß: Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933. In: Karl Holl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Göttingen 1978, S. 46-88, vor allem S. 53 f. und S. 74.

105 Noch bei den Verfassungsberatungen zum Grundgesetz wollte Heuss den „schief verstandenen“ Hegel rehabilitieren und sah im Staat einen „Träger eingeborener Würde“; Theodor Heuss: Vater der Verfassung. Zwei Reden im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz 1948/49. Mit einem Essay von Jutta Limbach, hrsg. u. bearb. v. Ernst Wolfgang Becker. München 2009, S. 69 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Er geriet zum einheitsverbürgenden Träger eines antizipierten homogenen Volkswillens und orientierte sich am Ideal der Überparteilichkeit.[106] Dieser in der Forschung hinlänglich diagnostizierte Etatismus bedeutete einen Vorrang der Exekutive und eine Kritik am sogenannten „Parlamentsabsolutismus". Die Regierung sollte möglichst ungehindert vom Einfluss der Fraktionen gebildet werden und arbeiten können – dafür hatten sich Linksliberale bereits während der Verfassungsberatungen und in den zwanziger Jahren eingesetzt.[107] Dem entsprach eine weit verbreitete Skepsis gegenüber Parteien als egoistischen Interessenvertretern, die bei einigen Linksliberalen wie Gertrud Bäumer in der Forderung nach einer „parteifreien Politik", einer „überparteilichen Gemeinwohlpolitik" mündete: „Bisher hat man das parlamentarische System in Deutschland", so Bäumer, „in viel zu pedantischer Bindung an die Parteien angewendet."[108] Sich selber verstand die DDP als Partei des Gesamtinteresses, und sie knüpfte dabei an ihr Selbstverständnis als eigentliche Verfassungs- bzw. Staatspartei an.[109] Die Funktion einer Opposition im parlamentarischen Verfahren wurde zunehmend gering geschätzt.[110] Parteigegensätze im Parlament begünstigten bei Linksliberalen wie dem bayerischen DDP-Landtagsabgeordneten Ernst Müller-Meiningen vielmehr eine Haltung zum „liberalen Antiparlamentarismus".[111] Die Einheitssehnsucht kulminierte im Gedanken eines Führers, der sich entsprechend der Elitentheorie Max Webers im demokratischen Konkurrenzkampf

106 Vgl. Andreas Wirsching: Koalition, Opposition, Interessenpolitik. Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus. In: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich. München 2004, S. 41-64, vor allem S. 42-44; zu Hermann Dietrich vgl. Desiderius Maier: Hermann Dietrich – Bürger der Weimarer Republik. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 24 (2012), S. 193-203, vor allem S. 199; zu Heuss' Staatsverständnis vgl. Heß: Theodor Heuss (wie Anm. 67), S. 47-52.

107 Vgl. Ernst Portner: Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919. Ein Beitrag zur Deutung der Weimarer Reichsverfassung. Bonn 1973, S. 157; Heß: Wandlungen (wie Anm. 104), S. 65; Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, S. 269-272.

108 Zitiert nach Grüner: Einheitssehnsucht (wie Anm. 35), S. 232 f. Andere Linksliberale wie Theodor Heuss und Anton Erkelenz verteidigten hingegen die Rolle der Parteien als Instrumente der politischen Willensbildung und staatsbürgerlichen Erziehung; vgl. ebd., S. 226-229; Heß: Theodor Heuss (wie Anm. 67), S. 89-100.

109 Vgl. Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930. München 1978, S. 47 f.

110 Vgl. Dieter Grosser: Die Sehnsucht nach Harmonie. Historische und verfassungsrechtliche Vorbelastungen der Opposition in Deutschland. In: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich. Hamburg 1975, S. 206-229.

111 Vgl. Christoph Jahr: Liberaler Antiparlamentarismus? Die Krise des Linksliberalismus im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik am Beispiel des Reichstagsabgeordneten Ernst Müller-Meiningen. In: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. München 1999, S. 153-172.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

durch Wahlen zu behaupten hatte.[112] In ihm statuierte sich der vermeintliche Volkswille. „Es kommt darauf an", so Erich Koch-Weser, „daß aus dem Volk der Vielheit das Volk der Einheit wird. Dazu bedarf es Führer" und einer dauerhaften Zurückdrängung des Parlamentarismus.[113] Dieses antipluralistische Politik- und Gesellschaftsbild war eine Reaktion auf die Herausforderungen einer sich ausdifferenzierenden Massendemokratie, die von antagonistischen Interessen bestimmt war und von weiten Teilen des liberalen Bürgertums mit Misstrauen wahrgenommen wurde.[114]

Es steht gewiss nicht infrage, dass die Zustimmung der Linksliberalen zu den Ermächtigungsgesetzen auch unmittelbar mit der nachlassenden Integrationskraft und dem eklatanten Funktionsverlust des Reichstages vor allem seit den Präsidialkabinetten zusammenhing, welche die DDP freilich unterstützte. Doch bis 1928 herrschte durchaus eine gemeinsame Kommunikationsbasis zwischen den Parteien im Parlament vor, wie Thomas Mergel überzeugend herausgearbeitet hat. Öffentliche Kritik am Reichstag resultierte aus widersprüchlichen und überzogenen Erwartungen. Diese konnten nur enttäuscht werden, weil sie das Parlament als Spiegelbild der Gesellschaft, als Produzent von Führerpersönlichkeiten und nicht zuletzt als moralische Tugendanstalt überforderten. An diesen Erwartungen maßen sich Politiker und Abgeordnete.[115] Wenn nun Linksliberale schon seit Beginn der Republik in Krisenzeiten Ermächtigungsgesetzen zustimmten, welche die Gesetzgebung dem Parlament entzogen und sie einer Einheit verbürgenden Exekutive überließen, dann stand dahinter eine Idealpolitik, angetrieben von der „Sehnsucht

112 Vgl. Max Webers Plädoyer für die direkte Wahl des Reichspräsidenten als Verkörperung der Volks- und Reichseinheit und als Gegengewicht zur Praxis des „Kuhhandels der Parlamentarier"; Max Weber: Der Reichspräsident. In: Berliner Börsenzeitung, 25.2.1919, abgedruckt in: Weber: Gesammelte politische Schriften (wie Anm. 10), S. 486-489, hier S. 486.

113 Erich Koch-Weser: Zum Führerproblem. In: Die Hilfe Nr. 15, 9.4.1932, S. 337-339, hier S. 339; vgl. auch die seit 1926 zahlreichen Artikel zum „Führerproblem" in der „Hilfe", z. B. Gertrud Bäumer: Das Führerproblem. In: Ebd. Nr. 24, 15.12.1928, S. 561-563; Dies.: Das Ethos der Politik. In: Ebd. Nr. 11, 1.6.1929, S. 268 f.; dazu auch Groh: Staatsrechtslehrer (wie Anm. 80), S. 191-217; Boldt: Demokratie (wie Anm. 65), S. 632.

114 Vgl. Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System. Chapel Hill/London 1988, S. 97-106; Grüner: Einheitssehnsucht (wie Anm. 35), S. 229; für die demokratischen Geschichtswissenschaftler vgl. Andreas Wirsching: Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik. In: Gusy: Demokratisches Denken (wie Anm. 65), S. 71-95, vor allem S. 84-88.

115 Vgl. Mergel: Parlamentarische Kultur (wie Anm. 80), S. 479 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nach Synthese“,[116] nach „Homogenität und Verbindlichkeit“.[117] Diese Sehnsucht schien sich im parlamentarischen Verfahren nicht zu erfüllen und durchzog insgesamt die politischen Diskurse der Weimarer Republik. Die von Naumann und Weber geforderte Entnormativierung von Politik, der Zusammenbruch der liberalen Fortschrittserwartungen und schließlich ein Desillusionsrealismus und Wertrelativismus, der auch vor der Demokratie nicht Halt machte – all dies begünstigte zwar die Interessen nach einer vordergründig nüchternen Realpolitik, als die Linksliberalen für die Konzentration der Macht bei der Regierung votierten. Aber in deren Etatismus und Antipluralismus dokumentierte sich die Zielperspektive einer harmonischen Nation und Volksgemeinschaft. Es war der „Hunger nach Ganzheit“,[118] der die Realpolitik utopisch grundierte und idealpolitisch überbot.

III. Das linksliberale Dilemma eines „utopischen Realismus“ und das Ende der Weimarer Republik

Im Frühsommer 1929 beschwor Gertrud Bäumer das „Ethos der Politik“.[119] In einem gleichnamigen Artikel in der „Hilfe“ beklagte sie eine Interessenpolitik im Parlament und in den Parteien, die mit realpolitischem Anspruch auftrete, aber darin scheitere, das Volk hinter einer Idee und Führung zu einigen. Anders als in den Parteien seien es Bewegungen wie der Jungdeutsche Orden, die einen „Idealismus als realpolitische Macht“ verkörpern. Bäumer verstand unter dieser Vision „den gemeinsamen Geist, das Wertlegen auf die großen nationalen Angelegenheiten, die lebendige Anschauung vom Volksstaat, die Bereitschaft, für Zusammenhalt und Macht des Ganzen das einzelne zu opfern“. Weniger in der Fusion der Linksliberalen mit dem Jungdeutschen Orden, sondern in der radikalen Wende des Jahres 1933 schien eine solche Idealpolitik ihre realpolitische Entsprechung gefunden zu haben. Die Deutsche Staatspartei stand am 23. März vor der Entscheidung, einer Regie-

116 Vgl. die Kapitelüberschrift bei Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 159.

117 Moritz Föllmer/Andrea Meissner: Ideen als Weichensteller? Polyvalenz, Aneignung und Homogenitätsstreben im deutschen Nationalismus 1890–1933. In: Raphael/Tenorth (Hrsg.): Ideen (wie Anm. 17), S. 313-335, hier S. 335; zur mit Gewaltbereitschaft gepaarten Einheitssehnsucht im Bürgertum vgl. Dirk Schumann: Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen *middle classes*). In: Hans Mommsen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 83-105.

118 Vgl. Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit. Frankfurt a. M. 1970, S. 107-137.

119 Vgl. auch im Folgenden Gertrud Bäumer: Das Ethos der Politik. In: Die Hilfe Nr. 11, 1.6.1929, S. 268 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

rung, hinter der die Mehrheit der Wähler stand, die Gesetzgebungskompetenz ohne Einschränkung zu überlassen und den Reichstag als Ort der Legislative und Deliberation zu entmachten. Die Zustimmung zu diesem Ermächtigungsgesetz bediente sich zwar der Logik einer Realpolitik, die den vorliegenden Machtverhältnissen sowie der konkreten Notlage Rechnung trug; doch letztlich war es – allen „ernsten Bedenken" hinsichtlich der Zukunft des Rechtsstaates zum Trotz – die Verbundenheit mit den „großen nationalen Zielen"[120] der Regierung Hitler und die Erwartung einer „Weiterentwicklung unseres Verfassungssystems […] in der Richtung einer Stärkung der einheitlichen Staatsführung",[121] worin sich die Idealpolitik der Liberalen äußerte. Das Ermächtigungsgesetz schien die liberalen Erwartungen an eine Nation und Volksgemeinschaft unter einer starken Führung einzulösen.

Dies brachte Theodor Heuss noch zwei Wochen nach Verabschiedung des Gesetzes deutlich auf den Punkt. Man sei nun davor gefeit, „daß aus den parlamentarischen Fraktionen Wünsche und Forderungen, Anträge und Entwürfe nachwachsen, in denen sozialwirtschaftliche oder weltanschauliche Gegensätze zwischen den Gruppen, innerhalb der Gruppen störend sichtbar würden."[122] Und die Gleichschaltung der Länder begrüßte er als einen Schritt, mit dem die langersehnte Reichsreform zur Ausschaltung des Länderparlamentarismus vollzogen sei. Mit der „Straffung des Reiches" habe sich „ein neues nationales Ordnungsprinzip durchgesetzt […], das, bisher nur Gesinnungs- und Bekenntnisgut einer dünnen Schicht der Mitte, jetzt seine Bestätigung durch die Massenbewegung erfuhr."[123]

Wie wenig der Anspruch eines totalen Staates und die rassenideologisch exkludierende Volksgemeinschaft des Nationalsozialismus mit einer liberalen Idealpolitik gemein hatten, die sich aus einem Tugenddiskurs speiste und auf eine inklusive nationale Gemeinschaft gleicher Staatsbürger abzielte, schienen einige Liberale bereits früh zu ahnen. Angesichts der brutalen Wirklichkeit der NS-Volksgemeinschaft flüchtete sich Theodor Heuss in Werte wie Freiheit und Individualismus, die er unpolitisch deutete: „Uns freilich will es scheinen, daß die staatliche ‚Totalität' […] um des Menschen und um des Volkstums willen ihre Grenze finden muß im Religiösen, im Schöpferischen der Künste und der Wissenschaften, in der sittlichen Autonomie der in sich selber gegründeten Persönlichkeit."[124] In der NS-Volksgemeinschaft bedeutete diese Rückbesinnung auf klassisch liberale Leitvorstel-

120 Erklärung R. Maiers (wie Anm. 47), S. 73.
121 Theodor Heuss: Enthaltungserklärung (wie Anm. 45).
122 [Heuss]: Ermächtigungsgesetz (wie Anm. 49), S. 196.
123 Theodor Heuss: Das Schicksal des Reiches. In: Die Hilfe Nr. 8, 22.4.1933, S. 224-227, hier S. 226.
124 Theodor Heuss: Gleichschaltung des Geistes. In: Die Hilfe Nr. 10, 20.5.1933, S. 265-267, hier S. 267.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lungen einen Rückzug in die Innerlichkeit des freien Geistes, quasi eine Idealpolitik, die sich auf das Private beschränkte.

Resümierend spricht einiges dafür, mit Hilfe der beiden Kategorien Realpolitik und Idealpolitik das Politikverständnis von Linksliberalen in der Weimarer Republik näher aufzuschlüsseln und in der politischen Praxis zu verfolgen. Sicherlich mangelt es beiden Begriffen an analytischer Trennschärfte, und ihre zeitgenössische Verwendung ist schillernd und normativ besetzt. Dennoch bieten diese idealtyptischen Politikmodelle in ihrer komplementären Verzahnung Erklärungsansätze an, mit denen sich die neuralgische Entscheidungssituation der Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen vielschichtig durchleuchten lässt. Als die Linksliberalen im Reichstag mit ihrem Abstimmungsverhalten die Gewaltenteilung zeitweilig supendierten, griffen sie auf realpolitische Begründungsmuster zurück. Damit wirkten sie zwar vor allem in Zeiten der Krise 1923 vorübergehend systemstabilisierend, schufen aber auch Präzedenzfälle für die weitere Entwicklung der Republik. Dahinter stand die Vorstellung, Möglichkeitsräume für verbindliche Tugendvorstellungen zu erschließen, die als Ideal einer Demokratie auch nach der Verabschiedung der Verfassung noch auf ihre Einlösung warteten. Diesen Tugenden wohnte ein Hang zur Einheit und zum Antipluralismus inne, was sie im Zusammenhang mit der Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen zum Träger einer Idealpolitik machte. Politik erfuhr dadurch eine moralische Aufladung, welche die Wirklichkeit mit der Zielperspektive der nationalen Volksgemeinschaft überbot.

Die Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen könnte auch einen Hinweis auf die handlungssteuernde Kraft von Ideen geben. Das sich in den liberalen Tugenden manifestierende Homogenitätsideal der nationalen Gemeinschaft und des starken, Einheit garantierenden Staates wurde im Kontext der Krise handlungsrelevant. Dieses Ideal, um auf Max Weber zurückzukommen, geriet zum „Weichensteller“ und zur Legitimationsquelle für die Durchsetzung der realpolitischen Interessen der linksliberalen „Ja-Sager“. Die realpolitisch motivierte Anerkennung von Machttatsachen, die in der politischen Praxis in der Preisgabe wesentlicher Pfeiler der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines starken Staates mündete, blieb damit wertgebunden. In dem Instrument der Ermächtigungsgesetzgebung wurde das Ideal der Einheit verbürgenden Legislative zumindest zeitweise institutionalisiert und fand im nationalsozialistischen Führerstaat seine radikale, freilich unbeabsichtigte Vollendung – ein Zerrbild liberaler Idealpolitik.[125]

Anthony Giddens prägte den Begriff des „utopischen Realismus“. In dem „Ausgleich zwischen utopischen Idealvorstellungen und Realismus“ sah er eine notwendige Konsequenz der Moderne, um der zunehmenden Ungleich-

125 Zum Verhältnis von Interessen und Ideen vgl. Lepsius: Interessen (wie Anm. 16), S. 42 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

heit und den Unsicherheiten der Globalisierung zu begegnen.[126] Zwischen visionären Zukunftsentwürfen und einem politischen Realismus, der die institutionellen Rahmenbedingungen anerkennt, solle der Weg gefunden werden, eine unkontrollierte Modernisierung einzuhegen: „Der utopische Realismus verbindet das Öffnen von ‚Fenstern' in die Zukunft mit der Analyse anhaltender institutioneller Trends, so daß politische Zukunftsverläufe in der Gegenwart enthalten sind."[127] Die Zustimmung der Linksliberalen zu den Ermächtigungsgesetzen in der Weimarer Republik bewegte sich auch im Feld eines utopischen Realismus. Aber die sich darin manifestierende Realpolitik, die unter dem Gebot der Sachlichkeit das Ideal der harmonischen Volksgemeinschaft verfolgte, negierte geradezu die Erfordernisse einer pluralistischen Moderne. Die handlungsleitenden Ideen des Linksliberalismus entfalteten unter den Auspizien einer Realpolitik eine utopische Kraft, die dem Untergang von Weimar entgegenarbeitete. Diesem Dilemma vermochte die republiktreue DDP als Verfassungspartei nicht zu entgehen. Zwingend war diese Entwicklung aber nicht, sondern abhängig von den Kontingenzbedingungen. Ohne die Existenzkrise der Weimarer Republik und die Machtübertragung an die Regierung Hitler hätte die liberale Idealpolitik in der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 nicht diese Wirkungen entfalten können.

Diese Deutung hat also wenig mit einer impliziten „Quasi-Teleologie" gemein, die das Frühere mit dem Blick auf das Spätere heraus erklärt und damit die Vergangenheit um die Vielfalt ihrer Möglichkeiten verkürzt, wie Thomas Nipperdey einmal kritisch zum Jahr „1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte" anmerkte.[128] Zu Recht verweist die international vergleichend vorgehende jüngere Weimar-Forschung auf den Durchbruch der modernen Massendemokratie nach dem Ersten Weltkrieg als ein Projekt, das die „Zeitgenossen als ein langwieriges, komplexes, mehrdimensionales Unternehmen verstanden."[129] Die Konstruktion eines Niedergangssyndroms wird dieser optimistischen Lesart einer konstitutiven Phase der modernen Demokratie nicht mehr gerecht. Und dennoch sollte eine solche revisionistische Sicht auf die liberale und soziale Demokratie als handlungsleitende Ordnungsvorstellung in der Zwischenkriegszeit nicht dazu führen, diese Ent-

126 Anthony Giddens: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a. M. 1995, S. 190-195, Zitat S. 192.

127 Ebd., S. 218.

128 Thomas Nipperdey: 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte. In: Michael Stürmer (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. 2. erw. Aufl. Königstein 1985, S. 374-392, hier S. 391.

129 Tim B. Müller: Die liberale und soziale Demokratie als handlungsleitende Ordnungsvorstellung nach dem Ersten Weltkrieg. In: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2015, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2015_müller, vor allem S. 15-18, Zitat S. 16 (abgerufen am 3.3.2016); vgl. auch die Literatur in Anm. 53.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wicklung als Erfüllungsgeschichte zu idealisieren. Gerade die Zustimmung des Linksliberalismus, der die Weimarer Republik von Beginn an unterstützte, zur Ermächtigungsgesetzgebung macht die Vielgestaltigkeit und Widersprüchlichkeit des Demokratiediskurses deutlich, der sich auf die politische Praxis auswirkte. Das Zusammenspiel von Realpolitik und Idealpolitik, die Wertgebundenheit politischer Entscheidungen in der Strukturkrise der parlamentarischen Demokratie offenbarte in Teilen des Linksliberalismus eine Affinität zu autoritären Experimenten. Dies vor Augen, verliert der demokratische Völkerfrühling der Zwischenkriegszeit ein wenig von seinem Glanz.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Philippe Alexandre

Die französischen Radicaux und die Appeasement-Politik. Ein Dilemma zwischen Ideal- und Realpolitik im Kontext des Münchner Abkommens 1938

Die 1901 gegründete Radikale Partei ist heute die älteste in der französischen Parteienlandschaft. Von den deutschen Linksliberalen des Kaiserreichs, besonders in der Fortschrittlichen Volkspartei, wurden sie als ideenverwandte Bewegung, ja auch als Partner betrachtet, z. B. am Vorabend des Ersten Weltkrieges, als sie sich im Rahmen der deutsch-französischen Parlamentarierkonferenzen von Bern (1913) und Basel (1914) begegneten.[1] Von den Kammerwahlen des Jahres 1902 bis 1940, d. h. bis zum Zusammenbruch der Dritten Republik, bildeten sie im politischen Leben Frankreichs die große Mittelpartei, die an vielen Ministerien beteiligt war und große Reformen wie die Verweltlichung der Staatsschulen oder die Trennung von Staat und Kirche maßgeblich beeinflusste. Die französischen Radicaux sind als Vertreter eines breiten Mittelstands eher als eine bunte Gruppierung zu betrachten, in der mindestens zwei Richtungen, ein linker und ein rechter Flügel, in wichtigen Fragen manchmal gegensätzliche Optionen verfochten, was wiederholt zu ernsten inneren Krisen führen musste.

Solche Krisen traten in charakteristischer Weise auf dem Gebiet der Außenpolitik auf: In der Einstellung zu den außenpolitischen Herausforderungen, vor denen Frankreich und Europa nach dem Ersten Weltkrieg standen, ist es unmöglich, von einer einheitlichen Linie der französischen Radikalen Partei zu sprechen. Diese Situation ist auf philosophische Ideen und persönliche Erlebnisse zurückzuführen. Einige prominente Radicaux der älteren Generation gehörten zu jenen, die vor dem Ersten Weltkrieg in der humanitär orientierten Friedensbewegung eine maßgebliche Rolle gespielt hatten; sie sollten die Friedens- und Appeasement-Politiker der jüngeren Generation beeinflussen, die oft Kriegsteilnehmer waren und nach dem Schützengraben-Erlebnis Befürworter der Parole »Nie wieder!« geworden waren. Zu der älteren Generation gehörten der Senator Paul d'Estournelles de Constant (1852-1924), der 1899/1900 Frankreich neben Léon Bourgeois (1851-1925)

1 Philippe Alexandre: Le libéralisme de gauche allemand et le radicalisme français, 1866/68-1914. In: Stefan Fisch/Florence Gauzy/Chantal Metzger (Hrsg.): Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich/Les structures de pouvoir dans l'État en France et en Allemagne. Stuttgart 2007, S. 127-146.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und dem bedeutenden Rechtsgelehrten Louis Renault (1843-1918) auf der Ersten Haager Konferenz vertreten hatte; er wurde 1909 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Diese Friedenspolitiker machten es sich zur Aufgabe, dahin zu wirken, dass in Zukunft internationale Konflikte schiedsrichterlich beigelegt würden; dies war das Anliegen der »International Conciliation«, der großen Bewegung, in der die 1888/89 gegründete Interparlamentarische Konferenz eine der wichtigsten Kräfte darstellte. In diesem Rahmen fanden am Vorabend des Ersten Weltkrieges die deutsch-französischen Parlamentariertreffen von Bern und Basel statt.

Nach dem Krieg wurde der französische Radikale Léon Bourgeois, der 1920 den Friedensnobelpreis erhielt, zum ersten Vorsitzenden des Völkerbundes gewählt. Der Pädagoge und Politiker Ferdinand Buisson übte als Pazifist in den Organisationen der Grundschullehrer einen großen Einfluss aus. Auch er sollte mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden, und zwar 1927, in der Zeit des Locarno-Geistes, gemeinsam mit dem deutschen Linksliberalen Ludwig Quidde. Joseph Caillaux, ein Mann mit einem ganz anderen Profil, der 1911 zum Präsidenten des Ministerrates ernannt und zwei Jahre später zum Vorsitzenden der Radikalen Partei gewählt wurde, trat damals für eine Verhandlungs- und Entspannungspolitik gegenüber Deutschland ein und sprach sich gegen das umstrittene Gesetz aus, das die Wiedereinführung der dreijährigen Militärdienstzeit verfügte. Georges Clemenceau, eine der zentralen Figuren des französischen *radicalisme*, wurde 1917 Vorsitzender des Ministerrates; er war die entscheidende Persönlichkeit, die den Versailler Vertrag, das folgenschwere »Diktat« von Versailles, maßgeblich beeinflusste. Dieser Vertrag war bekanntlich ein Widerspruch in sich: Er enthielt in seinem ersten Teil die Satzung des Völkerbundes, auf den viele Friedenspolitiker große Hoffnungen setzten, barg aber auch die Keime eines künftigen Krieges in sich.

Wie verhielten sich nun die französischen Radicaux im Kontext der Zwischenkriegszeit zur Frage des Appeasement? Diese Zeit der anhaltenden politischen Instabilität, in der Frankreich regelmäßig Regierungswechsel erlebte, markierte den Höhepunkt des Einflusses ihrer Partei. Vom 14. Juni 1924 bis zum 14. Dezember 1932 leitete ihr Vorsitzender Édouard Herriot dreimal eine Regierung. 1923 war die »Entente Cordiale« zwischen Frankreich und Großbritannien deshalb beendet worden, weil zwischen beiden Ländern keine Einigung über die deutsche Frage erzielt werden konnte. Im Juli/August 1924 nahm Herriot an der Londoner Konferenz teil und machte die Räumung des Ruhrgebiets möglich. Nach dem Abkommen von Locarno, in dem das Prinzip einer gegenseitigen Garantie der Grenzen im Geiste einer Entspannungspolitik angenommen wurde, konnte er auf den Annäherungsversuch von Aristide Briand und Gustav Stresemann aufbauen, der mit einer wirtschaftlichen Appeasement-Politik (*economic appeasement*) fortgesetzt

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wurde. Der Dawes-Plan und der Young-Plan sollten als Umschuldungspläne Deutschland wirtschaftlich entlasten. Im September 1926 konnte Deutschland auf französischen Vorschlag dem Völkerbund beitreten. Auf der Grundlage des Briand-Kellogg-Paktes (1927/28), der ein völkerrechtlicher Vertrag zur »Ächtung des Krieges« war, verpflichteten sich 63 Staaten, ihre Differenzen mit anderen Mitteln als Gewalt beizulegen.

Am Ende der 1920er Jahre, die auf eine positive Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa hatten hoffen lassen, verschärfte die Wirtschaftskrise die nationalen Gegensätze und begünstigte den Aufstieg des Faschismus und des Nationalsozialismus. Mit dem Jahr 1933 trat bekanntlich eine Wende ein: Es kam zu einer Kraftprobe zwischen Demokratien und Diktaturen. Die französischen Regierungen, an denen Radicaux wie Herriot, Caillaux, Mandel beteiligt waren, hatten in den dreißiger Jahren nicht nur die Folgen der Wirtschaftskrise zu meistern, sondern auch auf außenpolitische Herausforderungen zu reagieren: Deutschland konnte mit Englands Zustimmung 1935 wieder eine Armee aufbauen; im Frühling 1936, als Hitler das Rheinland remilitarisierte, standen in Frankreich die Kammerwahlen bevor und das Land wurde durch eine große Streikbewegung und eine innenpolitische Krise gelähmt, so dass die ernsten außenpolitischen Probleme in den Hintergrund rückten, während Mussolini in Äthiopien hemmungslos handeln konnte, was dazu beitrug, dass der schon diskredierte Völkerbund weitgehend an Einfluss verlor. In Spanien tobte der Bürgerkrieg. Dass Frankreich und Großbritannien sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten, verhinderte jede Intervention und begünstigte die aggressive Politik der Diktatoren.

Die Appeasement-Politik, die die westeuropäischen Demokratien bis zum Münchener Abkommen betrieben, schwächte sie. Unter Appeasement versteht man eine Politik der Zugeständnisse, der Zurückhaltung oder des Entgegenkommens gegenüber Aggressionen, zur Vermeidung von Konflikten. Sie lässt sich je nach Land und Zeitkontext mit ideologischen oder mit realpolitischen Motiven erklären.[2] Im Fall Englands wurde sie in den dreißiger Jahren vom Premierminister Neville Chamberlain und einer Gruppe britischer Politiker verfolgt, die 1938 im Münchener Abkommen die Eingliederung des Sudetenlandes, später die Annexion der Tschechoslowakei – verbunden mit der Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren – tatenlos hinnahmen, um einen Krieg in Europa abzuwenden. Die englische Appeasement-Politik der 1930er Jahre erklärt man auch mit ideologischen Gründen: Ihre Wortführer glaubten an die Möglichkeit, ein kollektives, vertraglich ver-

2 Vgl. u.a. Paul M. Kennedy: Strategy and Diplomacy, 1870-1945: Eight Studies. London 1983; R.J.Q. Adams: British Politics and Foreign Policy in the Age of Appeasement, 1935-1938. Basingstoke 1995; G. Post: Dilemmas of Appeasement: Britisch Deterrence and Defense, 1934-1937. Ithaca, NY 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einbartes Sicherheitssystem der europäischen Staaten zu schaffen, das auf dem Völkerbund und auf internationalen Verträgen beruhen sollte.

Die Appeasement-Politik kann man aber auch, wie der Fall Frankreichs in jenen Jahren zeigt, mit anderen Ursachen erklären, und zwar u. a. mit rüstungspolitischen und innenpolitischen Gegebenheiten, wozu auch innerparteiliche Streitigkeiten traten. Mit anderen Worten war diese Politik auch das Resultat einer französischen Krise, auch in dem Sinne, dass die damaligen Entscheidungsträger, und namentlich der Radikale Édouard Daladier als Präsident des Ministerrates (April 1938-März 1940), vor einem Dilemma standen: Wie sollte der Gegensatz zwischen den Grundsätzen einer Friedenspolitik, denen ein Teil der französischen Radicaux treu blieben, und den realpolitischen Notwendigkeiten, die die französischen und die internationalen Zustände diktierten, überwunden werden?

Im Lager der Radicaux sah die Situation so aus: Während die einen im Namen des Friedens für eine Verständigung mit den Diktaturen plädierten, traten andere für eine Politik des Widerstands, ja der offenen Konfrontation ein; als Entscheidungsträger verfolgte Édouard Daladier eine mittlere Linie, die sich aber unter dem Eindruck und dem Einfluss der Umstände keine konsequente Linie sein konnte. Weil die Hintergründe und Zusammenhänge der französischen Appeasement-Politik der dreißiger Jahre sich als äußerst komplex erweisen, ist der Prozess ihrer Klärung bis heute noch nicht abgeschlossen.

Der vorliegende Beitrag will die Elemente des Dilemmas von 1938 analysieren, die schwierige Entscheidung von Édouard Daladier unter dem Einfluss der Umstände erklären und die schier endlose Debatte, die darauf bis heute folgte, nachzeichnen.

Die Appeasement-Politik der französischen Radicaux: die Friedenspolitik und die Macht der Umstände

Will man die Situation charakterisieren, unter der sich die Appeasement-Politik der französischen Radicaux von 1933 bis 1939, vor allem während der Sudetenkrise, vollzog, so muss man fragen: War Frankreich in den dreißiger Jahren imstande, sich gegenüber den Diktaturen politisch zu behaupten, und konnte es sich unbeugsam zeigen? Oder war es nicht vielmehr gezwungen, Kompromisse einzugehen und Konzessionen zu machen?

Die internationale Konstellation nahm sich aus französischer Warte so aus: Nach 1919 hatten die USA eine Garantie des Versailler Vertrages verweigert, Großbritannen verfolgte unter dem Konservativen Neville Chamberlain eine friedenspolitische Linie, was zur Folge hatte, dass Frankreich gegenüber Hitler und Mussolini isoliert dastand. Weil es sich seiner Schwä-

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

che bewusst war, musste es bis September 1938 und auch später im Kielwasser der englischen Regierung bleiben.

Schwere innenpolitische Unruhen konnten diese außenpolitische Schwäche Frankreichs nur steigern. Der Putschversuch der rechtsextremen »Croix de feu« am 6. Februar 1934 hatte Spuren hinterlassen. Édouard Daladier, der damals Präsident des Ministerrates war, hatte die Dritte Republik gerettet, indem er die Bildung einer linken Volksfront gegen eine Bewegung begünstigte, die die Republik zu stürzen drohte. Die Regierungen waren auch wiederholt mit Streikbewegungen und überhaupt mit einer sozialen Dauerkrise konfrontiert, die Frankreich dem Ausland gegenüber noch mehr schwächten.

Die Lage seiner Wirtschaft und daher seiner Finanzen hatten zur Folge, dass es – wie übrigens auch Großbritannien – nicht aufrüsten konnte und sich militärisch unterlegen fühlte. Außerdem hemmte die französische Diplomatie die ungünstige demographische Entwicklung.[3]

Wie häufig spielten die politischen Strategien von einzelnen Politikern und ihre Beziehungen untereinander auch eine Rolle, gerade in der besonders kritischen Phase zwischen der Sudetenkrise und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Das lässt sich z. B. an den Beziehungen zwischen Édouard Daladier als Präsident des Ministerrates und dem Außenminister Georges Bonnet feststellen: Der eine plädierte für eine entschiedene Haltung des Widerstands der Demokratien gegenüber Hitler, der andere für eine Verständigung.

Auch die öffentliche Meinung nahm im demokratischen Frankreich weitgehend Einfluss auf den Kurs der Außenpolitik. Hier zählte die pazifistische Bewegung seit Ende des Ersten Weltkrieges viele Anhänger,[4] unter dem Eindruck des andauernden Traumas behielt die Parole »Nie wieder!« ihre Kraft. In der Zivilgesellschaft, in literarischen Kreisen und in Kriegsveteranenverbänden sowie in Organisationen der Friedensbewegung hatten sich die Intitiativen, die auf einen dauerhaften Frieden hinwirken sollten, vermehrt. Presseorgane der Radikalen Partei und ihr nahestehende Zeitungen und Zeitschriften unterstützten in den Jahren 1925/26 die Friedenspolitik der Außenminister Aristide Briand und Gustav Stresemann; als Sozialist, der eher über den Parteien stand, beeinflusste Briand auch wichtige Mitglieder der Radikalen Partei. Sein außenpolitisches Ideal war ein System der kollektiven Si-

3 Édouard Bonnefous: Histoire politique de la Troisième République. Tome 6e : Vers la guerre. Du Front Populaire à la Conférence de Munich (1936-1938). Paris 1965, S. 339.

4 Sophie Lorrain: Des pacifistes français et allemands pionniers de l'entente franco-allemande: 1871-1925. Paris/Montréal 1999; Gilbert Merlio: Le pacifisme en Allemagne et en France entre les deux guerres mondiales. In: http//www.irice.univ-paris1.fr/spip.php ?article710 (Zugriff am 12. September 2015).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

cherheit und ein konföderiertes Europa.[5] Während der Sudetenkrise erwartete die öffentliche Meinung von der Außenpolitik der Daladier-Regierung, dass sie den Frieden aufrechterhielt; deshalb begrüßte sie die Unterzeichnung des Münchener Abkommens.

Hier drängen sich einige Bemerkungen auf. Die große Mehrheit der öffentlichen Meinung wünschte den Frieden. Ernüchterung manifestierte sich aber schon im Oktober 1938, als sich herausstellte, dass Konzessionen aussichtslos bleiben mussten und dass Hitler in seinen Forderungen immer rücksichtsloser reagierte; nun begann man einzusehen, dass die deutsche Politik notwendigerweise zum Krieg führen würde. Die Konservativen waren dennoch für eine Verständigung mit den Diktaturen, ebenso einige Radikale, die immer noch an die Möglichkeit einer Lösung der Probleme im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems glaubten. Die französischen Kommunisten allerdings, die zunächst pazifistisch orientiert waren, traten in den 1930er Jahren – unter dem Einfluss von Moskau – für eine harte Linie gegenüber den faschistischen Regierungen ein.[6]

Unter den Radicaux herrschte keine einhellige Meinung weder in sozialen und wirtschaftlichen noch in außenpolitischen Fragen. Unsere Aufmerksamkeit verdienen hier die sogenannten »Jungtürken«, deren bekanntester Vertreter, Édouard Daladier, als Nachfolger von Édouard Herriot zum Parteivorsitzenden gewählt worden war. Auch die Jungtürken waren eine bunt zusammengesetzte Richtung der Partei,[7] die in der Zwischenkriegszeit für eine Erneuerung der Parteidoktrin und für eine Modernisierung der französischen Gesellschaft und der politischen Einrichtungen Frankreichs insgesamt eintrat. Sie ist charakteristisch für die Reformbewegungen jener Jahrzehnte in Frankreich. Außenpolitisch unterstützten sie die Bemühungen des Völkerbunds und den Gedanken eines europäischen Föderalismus. In den internationalen Fragen unterschieden sie sich kaum von der Grundlinie der Partei; sie kennzeichnete vielleicht nur eine entschiedenere Haltung, wenn es um die Fragen eines Schiedsgerichtsverfahrens in internationalen Streitfragen, den Völkerbund oder eine Annäherungspolitik mit Deutschland (bis 1933) und England ging. Sie waren Befürworter eines Gedankens, den Aristide Briand und Édouard Herriot zur Geltung zu bringen sich immer bemüht hat-

5 Jacques Bariéty/Antoine Fleury (Hrsg.): Mouvements et initiatives de paix dans la politique internationale/Peace movements and initiatives in international policy/Friedens-Bewegungen und- Anregungen in der internationalen Politik: 1867-1928. Actes du colloque tenu à Stuttgart, 29-30 août 1985. Association internationale d'histoire contemporaine de l'Europe. Berne 1987; Élisabeth du Réau: L'idée d'Europe au XX^{e} siècle, des mythes aux réalités. Bruxelles/Paris 1996, S. 80-123; René Leboutte: Histoire économique et sociale de la construction européenne. Bruxelles/Berne/Berlin 2008, S. 33.

6 Yvon Lacaze: L'opinion publique française et la crise de Munich. Bern et al. 1991, hier betr. die Kommunisten bes. S. 91.

7 Serge Berstein: La France des années 30. Paris 1993, S. 109.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ten: »Durch ihre Vorbehalte gegenüber dem jakobinischen Nationalismus und ihre bejahende Einstellung zum Prinzip einer Revision der Nachkriegsverträge haben sie sich wohl am meisten ausgezeichnet.«[8]

Dass die französischen Radikalen nicht allein regierten, muss außerdem hervorgehoben werden. Nach dem 6. Februar 1934, dem Tag, an dem rechtsextremistische Verbände die Republik zu stürzen versuchten, kam es zu einer Annäherung zwischen den Radikalen, den Sozialisten und den Kommunisten; damals wurden die Weichen gestellt für die Bildung einer gemeinsamen Front der Linken, die dann 1936 als »Volksfront«-Regierung, also eine Koalition von Linksparteien, Realität wurde. Erst nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens, als eine Wende in der Politik Édouard Daladiers eintrat und die sozialen Errungenschaften von 1936 der Aufrüstung untergeordnet wurden, kam es zu einem Bruch zwischen den Partnern der Volksfront, in der Édouard Daladier Vize-Präsident des Ministerrates und zugleich Minister der Nationalen Verteidigung und Kriegsminister war.

In außenpolitischen Fragen zeigte sich diese Koalition gespalten. Eine ernste Frage war der Bürgerkrieg in Spanien. Der sozialistische Regierungschef Léon Blum wünschte eine Unterstützung der spanischen Republikaner in ihrem Kampf gegen General Franco. Unter dem Druck der von Baldwin geleiteten konservativen Regierung in London und der französischen Radikalen, und auch weil die öffentliche Meinung pazifistisch gesinnt blieb, musste sich Blum schließlich wider Willen für die »Nicht-Intervention« entscheiden, ein Entschluss, der Hitler willkommen war: Dieser wollte nämlich Frankreich isolieren in Hinsicht auf den kommenden Krieg, der als Verteidigungskrieg den französischen Erbfeind und Weltfriedensstörer brechen sollte. – Die französische Regierung fand in der spanischen Frage insofern einen Kompromiss, indem sie den Waffenschmuggel nach Spanien duldete. Hätte sich Léon Blum dem Willen der Radicaux und der Rechten nicht gebeugt, dann wäre seine Regierung von einer Allianz der Radicaux und der Rechtsparteien gestürzt worden. Das wusste er. Eine solche Allianz sollte im April 1938 mit der Bildung der dritten Daladier-Regierung (12.04.1938-11.05.1939) zustande kommen.

Was die Beziehungen zu Italien betrifft, so war die Situation schwieriger als im Fall Deutschlands. Bis 1938 zeigten sich Frankreich wie Großbritannien bereit, Konzessionen zu machen, weil sich Mussolini gegen den »Anschluss Österreichs« ausgesprochen hatte. Deshalb wurde er in Paris und London irrtümlicherweise als ein möglicher Verbündeter angesehen.

Die französische Regierung war sich jedoch der Gefahren bewusst, die von den Diktatoren drohten. Deshalb suchte sie Frankreich wieder aufzurüsten. Weil man die Staatsausgaben hatte herabsetzen wollen, hatte das Land

8 Jean-Thomas Nordmann: Histoire des radicaux, 1820-1973. Paris 1974, S. 238.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im militärischen Bereich unter einem Rückstand zu leiden. Die neue Rüstungspolitik stand unter dem Zeichen einer teilweisen Verstaatlichung, um den politischen Einfluss der Rüstungsindustrie zu begrenzen. Außer dass man den Ernst der Situation in Europa nicht völlig erkannte, blieb der Antfaschismus ein politisches Instrument für die innenpolitische Argumentation. Die Kommunistische Partei allein vertrat eine harte Linie und erklärte sich für den offenen Kampf gegen die faschistisch regierten Staaten. Zu einer wirklichen Aufrüstung kam es aber erst nach dem Sturz der Volksfront-Regierung, als die Radicaux wieder eine Regierung mit den Rechtsparteien bildeten und dadurch die Position des privaten Kapitals und der Arbeitgeber stärkten. Das Motto lautete nun: Stärkung der nationalen Verteidigung und Festhalten am Prinzip der Verhandlungen zugleich.[9]

Aus verschiedenen Gründen und in mancher Hinsicht musste sich die Politik der französischen Radicaux zu einer Kunst des Kompromisses entwickeln. Die idealistische Dimension fehlte aber nicht in den Reihen der Partei. Gerade in der Zeit, in der sie an der Volksfront-Regierung beteiligt war, bildete sich das »Rassemblement universel pour la Paix«, das um seinen kommunistischen Kern Menschen »guten Willens« zu organisieren suchte, auch durch Radicaux, deren Mitgliedschaft und Zusammenarbeit in dieser Organisation unentbehrlich waren, sollte diese Front zustandegebracht werden. Zwanzig prominente radikale Parteiführer gehörten dem Leitungsgremium dieses Bundes an; die Radikale Partei war die politische Organisation, die in Frankreich in diesem Kampf am stärksten vertreten war.[10] Dieses Engagement spiegelt die Zwistigkeiten innerhalb der Partei über außenpolitische Fragen wider. Der Beitritt zu dieser Organisation war für einen Teil der Mitglieder eine Möglichkeit, ihre Stellungnahme auf pazifistischem Terrain zu erkennen zu geben, mit der man von der Richtschnur der Parteiführung abwich.[11]

Dies war um so wichtiger, weil seit 1933 die Debatte um den Pazifismus in Frankreich eine besondere Bedeutung gewann, denn sie stand im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Radikale Partei zählte in dieser Frage so viele Tendenzen, wie es Auffassungen des Friedens und der Friedenspolitik geben kann. Beispielsweise neigte Gaston Bergery, der zum linken Flügel gehörte und die »Jungtürken« unterstützte, zum radikalen Pazifismus; von

9 Serge Berstein: Le Parti républicain radical et radical-socialiste en France de 1919 à 1939. Thèse pour le doctorat d'État, Université Paris-Nanterre, 1976, 4. Band, S. 1149-1150.

10 Thierry Wolton: Le grand recrutement. Paris 1993, vor allem das Kapitel: »La tentation radicale«; vgl. auch Rachel Mazuy: Le Rassemblement Universel pour la Paix (1931-1939): une organisation de masse? In: Matériaux pour l'histoire de notre temps, Bd. 30, Nr. 30, 1993, S. 40-44.

11 Zum »Rassemblement« vgl. Rachel Mazuy: Le Rassemblement universel pour la paix, 1935-1940. L'associationnisme politique dans le cadre du pacifisme français des années trente. Institut d'études politiques de Paris. Paris 1991.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Erfolgen der NS-Bewegung in Deutschland beeindruckt, trat er für eine Annulierung der deutschen Reparationen und eine kontrollierte Abrüstung ein.[12] Édouard Herriot, der Vorsitzender der Partei und 1932 Präsident des Ministerrates gewesen war, setzte dagegen seine entschiedene Hoffnung auf den Völkerbund und auf ein System der kollektiven Sicherheit. Der Jurist Pierre Cot schließlich, der Unterstaatssekretär im Außenministerium und später Luftfahrtminister war, zeichnete sich als einer der führenden »Jungtürken« aus und plädierte für eine Annäherung an die Sowjetunion, die Deutschland zum Frieden zwingen sollte. Drei Radikale, drei friedenspolitische Optionen. Die Prinzipien des Weltfriedensbundes waren so allgemein formuliert, dass jeder dort für seine eigenen Konzeptionen eintreten konnte.

Die Radicaux, die ihm angehörten, waren »Alibi-Mitglieder« des Weltfriedensbundes. Als Elemente einer Partei, die den Mittelstand vertrat, brachten sie der Komintern durch ihre Mitgliedschaft Prestige, um so mehr als sie »Jüngtürken« waren, d. h. die lebendigsten Kräfte des linken Flügels einer Partei, die sich in einer notwendigen, aber verhängnisvollen Kompromisspolitik erschöpft hatte. Sie zeigten sich aber besonders besorgt gegenüber der national-sozialistischen Gefahr. Waren sie dem »Rassemblement« als Vortrupp im antifaschistischen Kampf beigetreten, so verbanden sie damit die Hoffnung, dass diese Gefahr durch eine Isolierung Deutschlands, besonders mit Hilfe des Völkerbunds, eingedämmt werden könnte. Die »Jungtürken« hielten an der Option des Zusammengehens mit der Sowjetunion fest, namentlich nach dem Scheitern der Volksfront, auf die sie große Hoffnungen gesetzt hatten. Dieses Abdriften charakterisiert die Identitätskrise, die die Radikale Partei schon seit vielen Jahren durchmachte.[13]

Die Radikale Partei musste außerdem besorgt zusehen, wie links- und rechtsextremistische Gruppen im politischen Leben Frankreichs an Einfluss gewannen. In diesem Zusammenhang großer Spannungen suchten die »Jungtürken«, eine Erneuerung unter dem Zeichen der Realpolitik herbeizuführen. 1934 markierte eine Wende in der Geschichte der Partei: die Mehrheit unter dem Einfluss der »Jungtürken« und die »Valoisiens« entwickelten sich immer mehr auseinander. Dies hatte zur Folge, dass die Partei nun den

12 Zur Frage der Opposition des linken Flügels innerhalb des Parti radical vgl. Daniela Neri-Ultsch: Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz. Linksbündnisse in der Dritten Französischen Republik 1919-1938. München 2005, hier bes. S. 301-306.

13 Seit 1924 erlebte die Radikale Partei eine Reihe von Misserfolgen. Sie zeigte sich unfähig, wie versprochen, das Land wieder aufzurichten. Während der Regierungszeit von 1924 bis 1926 und von 1932/33, konnte sie die Wirtschaftskrise nicht meistern; die Krise traf soziale Gruppen, aus denen sich die Mitgliederschaft der Partei rekrutierte. Es stellte sich heraus, dass die Partei nicht die angemessenen Maßnahmen getroffen hatte.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nationalkonsens nicht mehr vertrat[14] und sich bei den Kammerwahlen vom Mai 1936 nicht mehr als erste Partei in Frankreich behaupten konnte.[15]

Diese inneren Zwistigkeiten führten dazu, dass sich im Bereich der Außenpolitik schon lange vor dem Münchener Abkommen folgenschwerer Mangel an Entschlossenheit manifestierte, z. B. 1935, als die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt, oder 1936, als das Rheinland remilitarisiert wurde; so konnte auch 1938 während der Sudetenkrise und in München die Politik der Daladier-Regierung gegenüber Hitler nur eine Politik der Schwäche sein.[16] Daladier musste handeln, aber ein Rückhalt fehlte ihm. Die nationalistische Rechte, die früher so oft den Krieg als Mittel der Außenpolitik und die Rüstungspolitik als Mittel der Diplomatie entschieden befürwortet hatte, trat nun für ein friedliches Verhältnis zu Deutschland und Italien ein, und zwar aus Gründen des Antikommunismus. Und in den Reihen der eigenen Partei setzte sich die Auseinandersetzung zwischen »Harten« und »Weichen«[17] fort.

An dieser Entwicklung stellt man Folgendes fest: Schon vor der Sudetenkrise und dem Münchener Abkommen war die Appeasement-Politik der Radicaux, wenn sie die Regierung leiteten, nicht das Resultat einer Entscheidung zwischen Ideal- und Realpolitik, sondern nur ein Kompromiss, der sich aus Schwäche und Unentschlossenheit gegenüber der Macht der Umstände ergab. Im Sommer und im September 1938 sollte sich daran nichts ändern.

Die Appeasement-Politik der dritten Daladier-Regierung (April 1938 - September 1939) – Die Sudetenkrise und das Abkommen von München

Im April 1938 wurde die dritte Daladier-Regierung gebildet. Das Außenministerium erhielt der Führer des damals einflussreichen rechten Flügels der Radikalen Partei, Georges Bonnet, der die französische Außenpolitik entschieden in den Dienst des Appeasement stellen wollte: Dies hatte bei ihm absolute Priorität. Die Folge davon war, dass bis zum Münchener Abkommen vom 30. September 1938 Frankreich systematisch der Linie der Londoner Regierung unter Neville Chamberlain folgte; der konservative Premier-

14 Wolton: Le grand recrutement (wie Anm. 10).

15 Bei diesen Wahlen ging die Kommunistische Partei als eigentlicher Sieger hervor; 1936 stieg nämlich die Zahl ihrer Mandate von 10 auf 72.

16 Nicht zufällig spricht der Historiker Jean-Baptiste Duroselle von einem »Niedergang« Frankreichs im Laufe der 1930er Jahre. Jean-Baptiste Duroselle: Politique étrangère de la France: la décadence, 1932-1939. Paris 1979.

17 Wir greifen hier zurück auf Kategorien von Jean-François Deniau: Le bureau des secrets perdus. Paris 1998, S. 211.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

minister lehnte bekanntlich das Prinzip einer Intervention in die mitteleuropäischen Angelegenheiten ab.[18]

War Bonnet überzeugter Pazifist, so lag dies daran, dass er am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, und unter dem Einfluss von Léon Bourgeois plädierte er seit den 1920er Jahren für ein System der kollektiven Sicherheit. Er konnte sich als Außenminister auf eine Gruppe von treuen Mitarbeitern stützen[19] sowie auf hohe Offiziere: General Vuillemin (Luftwaffe) und Oberst Didelet, Militär-Attaché in Berlin. Die sogenannten „Bonnetisten" bildeten eine Minderheit, aber sie zeigten sich sehr aktiv, und außer diesem Kreis zählte die pazifistische Bewegung viele Anhänger, sei es links, bei den *néo-socialistes*, die den linken Flügel der Radicaux beeinflussten, oder rechts, bei gemäßigten Republikanern.

Ihre »realpolitischen« Argumente waren folgende: Den deutschen Revisionismus betrachteten sie als begründet, insbesondere in der Frage der nationalen Minderheiten, die nach ihrer Ansicht in Versailles so schlecht behandelt worden waren. Frankreich stand im internationalen Kräftespiel isoliert da: Das Allianzensystem, das es in Mitteleuropa geschaffen hatte, konnte sich als wirkungslos bzw. gefährlich erweisen. Das französische Rüstungs- und Wirtschaftspotential blieb ungenügend; Frankreich war auf einen Krieg nicht vorbereitet, und im Falle eines Konflikts wäre die Niederlage sicher gewesen. Eine Feststellung drängte sich auf: Die militärischen Ressourcen, über die das finanziell schwache Land verfügte, entsprachen nicht seinen außenpolitischen Verpflichtungen und Erfordernissen.

Zu dieser Situation meint der Historiker Jacques Puyaubert mit Recht: »Letztlich war das Appeasement in seiner französischen Version eine Antwort auf das Erkennen des Niedergangs Frankreichs in Europa und in der Welt.«[20] Diesem Niedergang galt es entgegenzuarbeiten. Dementsprechend suchte Georges Bonnet bis zum Münchener Abkommen das Foreign Office

18 Jacques Puyaubert: L'»apaisement« selon Georges Bonnet (Quai d'Orsay, 1938-1939). In: Synergies, Royaume Uni et Irlande, 2011/4, S. 117-128. G. Bonnet hatte zunächst ein maßloses Vertrauen in die Verhandlungspolitik; für ihn, wie für den harten Kern der Appeasement-Politiker, gab es immer eine Möglichkeit, den Frieden zu retten. Ebd., S. 118. Vgl. auch ders.: Georges Bonnet (1889-1973). Les combats d'un pacifiste. Rennes 2007, S. 151: »Da er [Georges Bonnet] ab 1932 seine Illusionen über den Völkerbund verloren hatte, bekehrte er sich zur Realpolitik.«

19 Zur unmittelbaren Umgebung Bonnets gehörten u.a. der Botschafter André François-Poncet, mehrere Minister: Guy La Chambre, Paul Marchandeau, Anatole de Monzie, außerhalb der Regierungskreise: Jean Montigny, Jean Mistler, Paul Faure sowie Pierre-Étienne Flandin, der führende Kopf der liberalen Rechten in den 1930er Jahren, der von November 1934 bis Mai 1935 Premierminister gewesen war. Im Jahre 1938 verkörperte er den »Geist von München«, und ging so weit, dass er nach der Unterzeichnung des Abkommens Hitler gratulierte. Unter dem Vichy-Régime nahm er das Amt eines Ministers an, womit er sich später eine Gefängnisstrafe zuzog.

20 Puyaubert: »L'apaisement« (wie Anm. 18), S. 119.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dazu zu bringen, die Souveränität und die Integrität der Tschechoslowakei zu garantieren; England war aber nicht in der Lage, eine Garantie zu geben.[21] Weil es sich seinerseits so unsicher fühlte, zeigte sich Frankreich in allen großen internationalen Fragen (Äthiopien, Spanien, Sudetenland) vorsichtig und blieb im Kielwasser des Foreign Office. George Bonnet und Édouard Daladier stimmten in dieser Haltung überein. Ihre Hoffnung war, dass sie damit Zeit gewinnen könnten, um Frankreich wieder aufzurüsten; bis dahin musste jede Außenpolitik vermieden bleiben, die automatisch eine Intervention erforderlich machen würde. Bonnet und Daladier suchten dementsprechend die Verständigung mit den Diktaturen, die Entente mit London und eine Allianz mit der Sowjetunion, die auf Hitler abschreckend wirken sollte.

Zu dieser Schwäche bzw. Handlungsunfähigkeit kam aber auch, dass sich die französischen Minister in der Sudetenkrise überrumpeln ließen. Einerseits lehnte Prag jeden Kompromiss ab, was der englisch-französischen Diplomatie jeden Spielraum entzog; andererseits handelte Hitler bekanntlich sehr schnell. Eine panische Angst ergriff den französischen Außenminister:[22] Bonnet fürchtete erstens als früherer Kriegsteilnehmer, dass man wieder einmal die Schrecken des Krieges erleben müsste; er fürchtete zweitens, dass im Fall eines Konflikts England neutral bleiben und dass Frankreich isoliert kämpfen würde. Deshalb entschloss sich die französische Regierung, eine abwartende Haltung einzunehmen, während Chamberlain in Bad Godesberg (23. September 1938) verhandelte und Prag die Mobilmachung beschloss.

In einem Brief an Édouard Daladier schrieb Bonnet damals:

> »Unsere Isolation ist also dramatisch. Kaum kann man sich vorstellen, dass sie totaler sein könnte. Wieder einmal wird Frankreich mit seinen vierzig Millionen Einwohnern und seiner niedrigen Geburtenrate vielleicht auf drei Fronten dem Ansturm fast aller Nationen Osteuropas standhalten müssen. […] Ich glaube nicht, dass es in der Lage ist, sich freiwillig auf einen so schweren Kampf einzulassen. Ich denke, dass Frankreich, das den Krieg nicht gemacht hat weder in der Sache der linksrheinischen entmilitarisierten Zone noch in der Sache der Wiederbewaffnung Deutschlands und des Anschlusses, auch nicht vor 1914, um seine Provinzen Elsass und Lothringen zurückzuerobern, daß Frankreich abwarten muß, um den Gedanken eines Konflikts hinzunehmen, bis es seine Kräfte, seine Allianzen, seine Freundschaften, seine Luftwaffe wieder aufgebaut hat. Seit fünf Monaten haben wir Tag und Nacht in der Zeit unserer vertrauensvollen Zusammenarbeit für den Frieden gekämpft. Ich beschwöre Sie, auf diesem Weg weiter zu gehen.
> Dieser Weg allein kann uns retten.«[23]

21 Élisabeth du Réau: Édouard Daladier 1884-1970. Paris 1993, S. 235-239; vgl. auch Puyaubert: »L'apaisement« (wie Anm. 18), S. 120.
22 Geneviève Tabouis: Ils l'ont appelée Cassandre. New York 1941, S. 242.
23 Zitiert aus dem Privatarchiv von Georges Bonnet bei Puyaubert: »L'apaisement« (wie Anm. 18), S. 121 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Georges Bonnet ging nicht nach München, aus unklaren Gründen. Ob Daladier ihm mißtraute? Dafür gibt es allerdings keinen Beweis. Trotzdem bleibt Bonnet im kollektiven Gedächtnis der Mann von München, wahrscheinlich weil er immer einen pazifistischen Kurs um jeden Preis verfolgte und dabei bleiben wollte. Schließlich entschied sich Daladier auf Rat seines engen Beraters Alexis Leger, als Vorsitzender des Ministerrates die ganze Verantwortung zu übernehmen.[24] Leger war schon am Ende der 1920er Jahre ein fleißiger Mitarbeiter Aristide Briands gewesen. Wie der 1932 verstorbene Außenminister setzte er seine Hoffnung auf ein System der kollektiven Sicherheit unter der Leitung des Völkerbunds und befürwortete eine Annäherungspolitik zischen Frankreich und dem besiegten Deutschland. Kurzum, er verkörperte den »Geist von Locarno«, den Geist des »Briand-Kellogg-Paktes«, der die »Ächtung des Krieges« und den Verzicht auf den Krieg als Instrument der Politik verkündet hatte. Leger wünschte, dass die Vereinigten Staaten wieder eine Rolle in der internationalen Politik spielten, und, wie seine Haltung 1936 während der spanischen Krise zeigte, war er ein überzeugter Wortführer der Nicht-Interventions-Politik: Es galt den Frieden zu retten.[25]

Aber 1938 unterschied sich die europäische Konstellation von der ein Jahrzehnt zuvor – vor allem nachdem im März der »Anschluss« stattgefunden hatte. Im April hatte der Radikale Daladier den Sozialisten Léon Blum an der Spitze der französischen Regierung abgelöst.

Idealistische Züge kann man der Haltung Daladiers in der tschechoslowakischen Krise nicht absprechen. Ende April hatten die Engländer erklärt: Wir wollen keine Allianz mit der Tschechoslowakei, die Ansprüche der Sudetendeutschen als Minderheit müssen berücksichtigt werden. Seinerseits wollte Daladier den Allianzen, die von Frankreich geschlossen worden waren, treu bleiben und die Verpflichtungen, die sein Land 1924 gegenüber Prag eingegangen war, erfüllen. Seiner Auffassung nach sollten außerdem die Tschechen als Bündnispartner konsultiert werden, und zwar nicht nur deshalb, weil sie ein wichtiges Element in der französischen Gesamtstrategie waren. Unter dem Gesichtspunkt der politischen Moral ging es auch um das Ansehen Frankreichs.

Noch vor der ersten Reise einer französischen Delegation nach London am 18. September 1938 war Daladier entschlossen, sich fest zu zeigen; dann musste man zusehen, wie er zurückwich und schließlich während des zweiten Besuchs in London am 25./26. September die Haltung der Londoner Regierung übernahm. Wie lassen sich der Wandel und die Unterzeichnung des Münchener Abkommens erklären? Vor dem großen Dilemma zwischen den

24 Alexis Leger ist auch als Schriftsteller unter dem Pseudonym Saint-John Perse bekannt.

25 Vgl. dazu Christian Pallandre: L'ombre et le regard. Quel a été le rôle d'Alexis Leger dans les accords de Munich? In: Le souffle de Perse. Revue de l'Association des Amis de la Fondation Saint-John Perse, Nr. 15, Dez. 2011, S. 31-54.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

idealistischen Prinzipien und der Realpolitik musste der Präsident des französischen Ministerrats der Macht der Umstände nachgeben, aber mit dem Gefühl, sich selbst verraten zu haben, auch wenn er seine Entscheidung mit wohlbegründeten Argumenten rechtfertigen konnte. Nach dem Gespräch mit den Engländern erklärte er den Mitgliedern der französischen Delegation bei einer Lagebesprechung:

> »Meine Herren, ich bin nicht stolz. Nein, ich bin nicht stolz, denn darüber besteht kein Zweifel, die Tschechen waren unsere Verbündeten, ihnen gegenüber waren wir Verpflichtungen eingegangen. Was ich soeben gemacht habe, bedeutet, dass ich sie nicht erfüllt habe. Die Wahrheit, meine Herren, ich will Ihnen die Wahrheit sagen. Frankreich ist schwer krank. Ich weiß nicht, ob Sie sich dessen völlig bewusst sind, aber so ist es darum bestellt. Nun was kann ich tun, wenn ich keinen Rückhalt finde? Es gibt solche, die sagen, Hitler blufft und er wird einen Rückzieher machen, wenn ich mich nur unbeugsam zeige. Das ist wohl möglich, aber soll ich das Risiko eines Krieges eingehen? Das Risiko eines Krieges, ja, denn darum geht es. Wissen Sie, meine Herren, was ich heute morgen gemacht habe, bevor ich in das Flugzeug einstieg? Ich habe Delegierte von Arbeitern des Baugewerbes empfangen. Ja, meine Herren, jetzt wo es doch um Frieden oder Krieg geht, streiken die Arbeiter im Baugewerbe! […] Die Tatsache ist aber, dass unsere Luftwaffe… das ist ja eine recht traurige Geschichte… Mit einem Wort, sie ist nicht viel wert… und die Deutschen wissen das natürlich und auch die Franzosen. Dann verstehen Sie, meine Herren, dass ich nicht aufschneiden kann.«[26]

Am 30. September 1938 wurde das Abkommen unterzeichnet. Das Dilemma zwischen Krieg und Frieden sollte im Laufe des nächsten Jahres überwunden werden, aber erst nachdem die Londoner Regierung beschlossen hatte, gegenüber den Diktaturen eine andere Haltung einzunehmen. In den Reihen der Radicaux dauerte der Konflikt zwischen den Friedenspolitikern, den »Pazifisten«, und den Befürwortern eines harten Kurses bis September 1939 an;[27] aber Daladier setzte sich ab dem Monat März 1939 durch: Den Frieden betrachtete er nun als einen bewaffneten Frieden. Er musste sich bloß die Mittel zur Führung seiner neu orientierten Politik verschaffen. Mit der Un-

26 Diese Äußerung von Daladier ist häufig zitiert worden, u.a. von Guy Girard de Charbonnières: La plus évitable des guerres. Paris 1985, S. 159 f. und Jean-François Deniau (wie Anm. 17), S. 230.

27 Georges Bonnet, der einer der Befürworter der Friedenspolitik blieb, wurde im September 1939 zum Finanzminister ernannt und damit von seinem Amt als Außenminister entfernt. Nach dem Abkommen von München hatte er weiterhin seinen pazifistischen Kurs verfolgt: Am 6. Dezember 1938 hatte er mit Ribbentrop einen deutsch-französischen Nichtangriffspakt unterzeichnet und war noch Anfang September 1939 bemüht, den Krieg zu verhindern. Siehe dazu Franz Knipping: Die Deutsch-Französische Erklärung vom 6. Dezember 1938. In: perspectivia.net, Beihefte der Francia, Bd. 10 (1981), S. 523-551. Vgl. auch Jacques Puyaubert: Georges Bonnet (1889-1973), les combats d'un pacifiste (Histoire). Rennes 2007, S. 197-216.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

terstützung von Mitarbeitern gelang es ihm, seinen Plan zu verwirklichen: Es galt, nicht nur alle Kräfte des Landes zu sammeln und Frankreich wirtschaftlich wieder aufzurichten, sondern auch diplomatisch neue Möglichkeiten zu erschließen.[28]

Die Debatte um die Appeasement-Politik und die Unterzeichnung des Münchner Abkommens

In diesem Beitrag soll auch und vor allem auf das Dilemma zwischen Ideal- und Realpolitik eingegangen werden. Die Frage lautet: Wie lässt sich aus dieser Perspektive die Unterzeichnung des Abkommens von München auf französischer Seite verstehen? Zahlreich sind die Faktoren, die den Entscheidungsprozess mit beeinflusst haben, einen Prozess, der aber vom Historiker kaum erfasst werden kann. Dieser versucht natürlich die Entscheidungen mit rationalen Gründen zu erklären, was hier nicht möglich zu sein scheint. Deshalb blieb auch »München« der Gegenstand einer Polemik, die seit 1938 bis in die heutige Zeit fortlebt; immer wieder wurde dieser dramatische Tiefpunkt der französischen Geschichte analysiert, bis er neulich wissenschaftlich neu bewertet wurde.

Das Münchener Abkommen wurde Ende September 1938 in der französischen öffentlichen Meinung mit großer Erleichterung begrüßt.[29] Davon zeugt die zeitgenössische Presse. Die Zeitung *Le Matin* berichtete, wie sich die Pariser Bevölkerung dankbar zeigte, als Daladier und die französische Delegation nach Paris zurückkehrten: Es war ein richtiger Triumph. Sie hatten, so hieß es damals, »den Frieden gerettet«.[30]

Diesen München-Effekt bezeichnete aber damals der Sozialist Léon Blum als eine »feige Erleichterung«,[31] während der »Pazifist« Georges Bonnet mit Genugtuung im Abkommen das Ergebnis seiner eigenen Appeasement-Politik sehen wollte. Der Gedanke einer möglichen Verständigung mit Hitler stellte sich aber bald als eine Illusion heraus, ebenso die Hoffnung, mit Mussolini zusammengehen zu können. Außerdem scheiterte das Projekt einer Allianz mit der Sowjetunion als strategische Option, so dass im Jahre 1939, als Chamberlain und Daladier – allerdings sehr spät – beschlossen, auf die Ap-

28 Élisabeth du Réau: Entre la paix et la guerre. Édouard Daladier et le Parti radical de Munich à la défaite de 1940. In: http://memoireetmoderniteradicales.com/nosrubriques/.../edouarddaladier.pdf (Zugriff am 12. September 2015).

29 Gilbert Guilleminault (Hrsg.): Le roman vrai de la IIIe République: les années difficiles. Paris 1958, S. 405.

30 La victoire de la paix. Le retour triomphal de M. Édouard Daladier. In: Le Matin, Nr. 19914, 1. Oktober 1938, S. 1 f.

31 Zitiert nach Bonnefous: Histoire politique (wie Anm. 3), S. 348.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

peasement-Politik zu verzichten, Georges Bonnet, der »Mann der Engländer«, isoliert dastand. Weil er trotzdem immer noch an die Möglichkeit einer Verständigung glauben wollte, verfolgte er seine Politik weiter bis zur Danzig-Krise.[32]

Die spätere Debatte um die Appeasement-Politik der französischen Radicaux und die Unterzeichnung des Münchener Abkommens umfasst mindestens drei Aspekte, die sich als Thesen folgendermaßen formulieren lassen:

1. Indem Frankreich am 30. September 1938 das Münchener Abkommen unterzeichnete, hat es die Tschechoslowakei, seinen Verbündeten, verraten.
2. Die Appeasement-Politik hat schließlich weder »München« noch den Krieg verhindert.
3. Die verantwortlichen Politiker der endenden Dritten Republik waren Schuld an Frankreichs Niederlage im Jahre 1940.

In der Geschichte dieser Debatte, in der die Meinungen auseinandergehen, kann man vier Phasen unterscheiden:

1. die Zeit des Vichy-Regimes (1940-1944), das im Jahre 1942 den sogenannten »Prozess von Riom« inszenierte;
2. die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Daladier und seine Freunde als Verräter betrachtet und diskreditiert wurden;
3. die polemischen Publikationen der 1970er Jahre;
4. die neuesten Studien, die auf wissenschaftlicher Grundlage eine ausgewogene Analyse liefern.

Beachtenswert ist die Biografie, die der Kunsthistoriker und Schriftsteller Yvon Lapaquellerie schon 1939 veröffentlichte und in der vom Autor die idealpolitische Dimension von Daladiers Politik hervorgehoben wurde. In München hatte der Präsident des französischen Ministerrats gegenüber Hitler erklärt: »Machtpolitische Lösungen können durch die Praktiken des Rechtes ersetzt werden.«[33] Die Bevölkerung von München zeigte sich dankbar, als die Unterzeichnung des Abkommens bekannt gemacht wurde. »Daladier, sei doch nett, / Zeige dich am Fensterbrett!«, rief die Menge vor seinem Hotel. »Heil! Heil!«, konnte man hören, als der Franzose endlich am Fenster erschien.[34] »In München ist der Friede gerettet worden. […] Nie war Frankreichs Ansehen bei den großen Nationen so groß«, erklärte Daladier, als er in Paris zurück war.[35]

Der »Geist von München« sollte bekanntlich von kurzer Dauer sein und als das Vichy-Régime begründet wurde, war eine solche Apologie von Dala-

32 Élisabeth du Réau: Édouard Daladier et la sécurité de la France (1930-1933), Habilitationsschrift, Paris 1987, S. 1141 f.
33 Yvon Lapaquellerie: Édouard Daladier. 2. Aufl. Paris 1940, S. 184.
34 Ebd., S. 185.
35 Ebd., S. 186.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

diers Politik undenkbar. Im Jahre 1942 fand in Riom (Département Puy-de-Dôme) ein Prozess statt, mit dem der Maréchal Pétain und das neue Régime zu beweisen suchten, dass Léon Blum und Édouard Daladier für die Niederlage Frankreichs 1940 verantwortlich seien. Dieses Unternehmen konnte aber nie zu Ende gebracht werden; schon deshalb, weil die Angeklagten die Beschuldigungen gegen die militärischen Behörden und die Heeresleitung Frankreichs, die sich völlig inkompetent in der Vorbereitung wie in der Führung des Krieges ausgewiesen hatten, umzukehren wussten. Durch die Diskreditierung der Demokratie und deren Exponenten, im vorliegenden Fall die französischen Radicaux und die Sozialisten, sollte der Prozess von Riom (Februar 1942-Mai 1943) dazu beitragen, die Legitimität des Vichy-Régimes zu begründen. Einer der Fehler der Politiker der Dritten Republik, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, war, dass sie im September 1939 den Krieg erklärt hatten.

Auch Gegner des Régimes veröffentlichten damals vernichtende Pamphlete gegen Daladier. Der auf die internationalen Beziehungen spezialisierte Journalist André Géraud kennzeichnete ihn als schwach und charakterlos; deshalb sei er unfähig gewesen, aus Frankreich einen totalitären, also zum Kampf vorbereiteten Staat zu machen.[36] Der Nationalist Géraud bekämpfte die Diktaturen ebenso wie den »Geist von München«: General Maurice Gamelin, der in seinen Berichten das deutsche Militärpotential überschätzte,[37] Daladier, der keinen Widerstand geleistet hatte, waren in seinen Augen – neben dem gemäßigten Republikaner Paul Reynaud als letzter Präsident des Ministerrats (März-Juni 1940) – die »Totengräber« der Dritten Republik. Die These der »Schwäche« und der »Inkompetenz« löst die Dichotomie zwischen Prinzipien- und Realpolitik auf: Indem sie den Radicaux das Rückgrat abspricht, das angesichts der damaligen Lage vonnöten war, lässt sie nämlich in der Diskussion keinen Platz für die These des Zögerns vor dem Dilemma zwischen Prinzipientreue und nüchterner Beurteilung der Lage, d.h. richtiger Einschätzung des Kräfteverhältnisses. In ihrer Daladier-Biografie (1993) schreibt Élisabeth du Réau, Professorin für Neueste Geschichte an der Pariser Sorbonne: »Die Art und Weise, wie der frühere Minister sich vor seinen Richtern verteidigte, entspricht nicht dem Bild, das während des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg von ihm vermittelt wurde, d.h. dem Bild des fei-

36 Pertinax (d.i. André Géraud): Les Fossoyeurs. Défaite militaire de la France, armistice, contre-révolution; Bd. 1: Gamelin, Daladier, Paul Reynaud. New York 1943, S. 137.

37 Maurice Gamelin war 1931 zum Chef des französischen Generalstabs ernannt worden, ab 1935 vereinigte er dieses Amt und das des Generalinspekteurs des Heeres auf sich; das heißt, dass er viel Macht in seinen Händen konzentrierte. Anfang 1938 war er mit der Koordination der französischen Armeen, der Landstreitkräfte, der Kriegsmarine und der Luftwaffe beauftragt worden. Zu Gamelins Berichten vgl. du Réau: Entre la paix et la guerre (wie Anm. 28), S. 11 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gen Politikers, der kapituliert hatte, an der Niederlage schuld war und seine Fehler nicht verantworten wollte.«[38]

Wie nach der Niederlage von 1940 brauchte man im Jahre 1945, nach der *Libération* und später, einen Sündenbock. Deshalb begann damals ein Prozess anderer Art: Daladier wurde beschuldigt, nicht nur die Volksfront verraten, sondern auch in seinen Amtszeiten nach 1936 Frankreich geschwächt zu haben, während die autoritären Régimes aufrüsteten. Eine Kritik, die unbegründet ist: Seit 1936 hatten sich der Sozialist Léon Blum und Édouard Daladier zwar für die Nicht-Intervention entschieden; aber dafür hatten sie eine großangelegte Rüstungspolitik eingeleitet. Daladier als Nachfolger Blums gelang es, rüstungspolitische Entscheidungen durchzusetzen, auch wenn deren Umsetzung den Staatshaushalt überstrapazierte.[39] Und als Hitler sein Expansionsprogramm ins Werk setzte, wurde die Wiederaufrüstung Frankreichs in noch schnellerem Tempo fortgesetzt. Und zugleich suchten die Radicaux, eine engere Zusammenarbeit mit London möglich zu machen in der Hoffnung, dass Paris im Fall eines bewaffneten Konflikts sich auf eine Allianz mit England stützen könnte.

Die Polemik wurde aber in den 1970er Jahren fortgesetzt, namentlich durch das Zeugnis des Publizisten Viktor Alexandrov, »Les jours de la trahison« (Die Tage des Verrats), das 1975 erschien und später verfilmt wurde. Als Motto stellte Alexandrov seinem Pamphlet die berühmte Äußerung von Churchill voran, mit der der englische Politiker auf die Unterzeichnung des Abkommens reagierte: »In München standen Frankreich und England vor der Wahl zwischen einer Schandtat und dem Krieg. Sie haben sich für die Schandtat entschieden, sie werden jedoch den Krieg führen müssen.«[40] Der Publizist und Erfolgsautor Alexandrov wollte im Dunkeln gebliebene Aspekte der französischen Appeasement-Politik im Zusammenhang der 1930er Jahre klären, was aber angesichts der Komplexität der Situation nicht gelingen konnte.

Dann sollte die Polemik eine neue Wendung nehmen: Autoren fokussierten sich nun auf die Rüstungspolitik Daladiers. Damit wurde die andere Seite der Politik der französischen Radicaux und ihrer Koalitionspartner neu beleuchtet; d.h. Daladier erschien nicht mehr als der »Schwache«, der »Feige« oder der »Verräter«, sondern als der verantwortungsbewusste Entscheidungsträger, der zunächst Frankreich mit einem nach den Berichten seiner militärischen Berater ausreichenden Rüstungspotential versehen wollte, um dann gegenüber den Diktaturen energisch auftreten zu können.

38 Vgl. du Réau: Édouard Daladier (wie Anm. 21) sowie Henri Michel: Le procès de Riom. Paris 1979.
39 du Réau: Édouard Daladier et la sécurité de la France (wie Anm. 32).
40 Victor Alexandrov: Les jours de la trahison. Paris 1975.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

In diesem Sinne nahm sich François Paulhac am Ende der 1980er Jahre vor, »München zu rehabilitieren«.[41] Paulhac ist der Sohn eines Generalinspektors des französischen Heeres, Fernand Paulhac, der vor 1939 Zeuge der Schwierigkeiten bei der Wiederaufrüstung Frankreichs war. Die Unterzeichnung des Münchener Abkommens war nach 1945 öfters als ein Fehler abgetan worden; Paulhac erklärte nun: Heute stimmen viele Historiker darin überein, dass Hitler im September 1938 wie im September 1939 nicht bluffte. Die späteren Ereignisse haben eines völlig vergessen lassen: Die große Mehrheit der Zeitgenossen in Frankreich und wahrscheinlich auch in ganz Europa war wie der damalige britische Premierminister Neville Chamberlain der Ansicht, dass München »den Frieden für eine ganze Generation« garantieren würde. Schon drei Monate später glaubten – laut Meinungsumfragen – nur noch 50 Prozent der Franzosen an einen dauerhaften Frieden.[42] Paulhac vertrat folgende These: München ist ein Symbol für Defätismus geworden; aber die meisten Zeitzeugen und Historiker, die München positiv beurteilen, sehen in der Unterzeichnung des Abkommens nicht nur die Manifestation einer Friedenspolitik, – die später unter der abwertenden Bezeichnung »Pazifismus« verurteilt wurde, – sie erkennen auch ihren realpolitischen Charakter; d.h. Konzessionen waren nur ein Mittel, Zeit zu gewinnen, damit Frankreich sich auf den Krieg vorbereiten konnte. Fünfzig Jahre nach München schrieb Paulhac: Wir müssen uns an die Popularität erinnern, deren sich Daladier damals erfreute.[43]

Dazu muss man aber Folgendes anmerken: Trotz des München-Effektes war die öffentliche Meinung in Wirklichkeit gespalten.[44] Während die Rechte für eine Verständigungspolitik mit den Diktaturen plädierte, forderten die Kommunisten – aus den oben genannten Gründen – eine harte Linie, und, wie der kurz darauf in Marseille abgehaltene Parteitag zeigte, herrschte im Lager der Radicaux keine Einmütigkeit, auch wenn schließlich Daladier unterstützt wurde.[45] Während der Kammerdebatte, die am 4. Oktober 1938 stattfand, musste sich der Präsident des Ministerrats rechtfertigen. Er erklärte, er habe sich für eine Synthese entschieden, halbwegs zwischen denjenigen, die eine Verhandlungspolitik befürworteten, und denjenigen, die mehr Festigkeit gegenüber Hitler verlangten. Daladier fügte hinzu: »Man musste

41 François Paulhac: Les accords de Munich et les origines de la guerre de 1939. Paris 1988.
42 Ebd., S. 11. Zum ersten Mal in Frankreich wurden damals Meinungsumfragen von den Regierenden benutzt, um die Stimmung im Land zu messen und ihre Politik daran zu orientieren.
43 Ebd., S. 12.
44 Pierre Le Goyet: Munich, »un traquenard«? Paris 1998, S. 336-356. Vgl. auch die umfangreiche Studie von Lacaze: L'opinion publique française (wie Anm. 6), bes. S. 403-438.
45 Lacaze : L'opinion publique (wie Anm. 6), S. 375-379.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schnell handeln, den Rückgriff auf Gewalt verhindern, im Land das Plebiszit zugunsten des Friedens ermöglichen.«[46]

Im selben Jahr 1988 erörterte aber Oberst Pierre Le Goyet eine Darstellungsweise, die Daladier selbst im Jahre 1963 bei einem Gespräch mit ihm gelten zu lassen suchte: Man habe ihm mit der Münchener Konferenz eine Falle gestellt. Zum Gespräch von 1963 mit Daladier berichtet er:

> »Herr Daladier hat mir persönlich erzählt, wie es ihm schwer gefallen sei, sich definitiv zu entscheiden. In einem nicht homogenen Kabinett bleibt man oft auf der Ebene der wahltaktischen, nicht auf der der nationalen Interessen.
> Eine ideologisch geprägte Betrachtungsweise, sagte er mir, habe oft die strategischen Notwendigkeiten verdeckt, und, indem er das Abkommen unterzeichnete, habe er zunächst das Gefühl, dann die Gewissheit, dass er in eine 'Falle' geraten war.«[47]

Als Militär wirft dieser Autor dem Außenminister Georges Bonnet sowie der damaligen britischen und der französischen Regierung vor, nicht nur keinen richtigen Überblick über den Stand der militärischen Mittel gehabt zu haben, sondern auch die psychologische Dimension des tschechoslowakischen Problems verkannt zu haben.[48] Le Goyet betont wiederholt in seinem polemischen Buch, dass die meisten Politiker damals schlecht oder ungenügend über den Stand der jeweiligen Streitkräfte sowie über die Absichten der Gegner und die Handlungsmöglichkeiten unterrichtet waren. Deshalb habe die Entscheidung nur »instinktiv« getroffen werden können.[49]

Im Jahre 1993 erschien die Daladier-Biographie von Élisabeth du Réau, die Daladier Gerechtigkeit widerfahren lässt, indem sie sich auf Nachlässe und andere Archivquellen stützt, die eine neue Beleuchtung der Appeasement-Politik möglich machen.[50] Die in den 1930er Jahren geborene Historikerin nahm sich vor, die Appeasement-Politik der französischen Radicaux nicht a posteriori mit den Kategorien unserer jetzigen Zeit und aus unserer Perspektive zu beurteilen. Dieser Methodenfehler habe zu lange Zeit verhindert, dass man alle Faktoren und alle Zusammenhänge nüchtern mit in Betracht zog. Élisabeth du Réau zeigt nicht nur die Unterschiede unter den Radicaux auf: Georges Bonnets Linie der Friedens- und Verhandlungspolitik schien bis Ende 1938 die Oberhand gewonnen zu haben, während Daladier sich schon vor »München« für eine harte Linie entschieden hatte, sie aber nicht hatte durchsetzen können, dann nichtsdestoweniger alles Mögliche auf-

46 Journal officiel de la République française, Débats parlementaires, Chambre des députés, 1938, S. 1530.
47 Le Goyet : Munich (wie Anm. 44), S. 356.
48 Ebd., S. 14-15.
49 Ebd., S. 355.
50 du Réau: Édouard Daladier (wie Anm. 21).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bot, um Frankreich innenpolitisch und wirtschaftlich wieder aufzurichten und es auf einen Krieg vorzubereiten, der nun immer mehr als unabwendbar erschien. Sie schildert auch die damaligen Schwächen der französischen Demokratie gegenüber dem NS-Régime und wirft die Frage der Verantwortung Daladiers und der Radicaux für die Kriegserklärung und die Niederlage von 1940 auf. Vor der Münchener Konferenz hatte sich im Kabinett die »Linie der Festigkeit« im Namen der Prinzipien durchgesetzt, aber die Berichte von militärischen Beratern, die nicht in der Lage waren, das Kräfteverhältnis gegenüber den Diktaturen richtig einzuschätzen, schienen eine vorsichtige Haltung, in diesem Kontext eine nach Daladiers Konzeption realpolitische Position, nahezulegen.[51]

Die These von Élisabeth du Réau, die sich auf bis dahin unberücksichtigte Quellen bezieht, lautet: Die Unterzeichnung des Münchener Abkommens erlaubte es, »Zeit zu gewinnen«.[52] Der Präsident des Ministerrats setzte sich dann gegen die Appeasement-Politiker im Kabinett und die rührige Minderheit der Friedenspolitiker in der Radikalen Partei durch. Die Rüstungsanstrengungen des Jahres 1939, die man mit dem modernen Begriff als »Nachrüstung« kennzeichnen könnte, waren allerdings auch eine Reaktion auf die wachsende Kriegsgefahr. Sie kamen sowieso zu spät. Der Militär Pierre Le Goyet beweist seinerseits, dass angesichts des militärischen Potentials einer britisch-französischen Allianz die Unterstützung und die Verteidigung der Tschechoslowakei im September 1938 durchaus möglich gewesen wären. »Es genügte, den Willen dazu zu haben«, schreibt er. »War es schließlich besser, noch länger abzuwarten oder die Hitlerschen Pläne zu durchkreuzen? Abwarten, das hieß Deutschland die Tschechoslowakei, eine strategische Stellung, Ressourcen und Material ohne Gegenleistung schenken.«[53]

Schlussbetrachtungen

Die Appeasement-Politik der französischen Radicaux am Ende der 1930er Jahre muss im Kontext einer Dauerkrise betrachtet werden. Wird diese Politik noch heute meistens negativ beurteilt, so liegt das daran, dass die vielen politischen und psychologischen Faktoren, die sie mit beeinflusst haben, kaum zu überblicken sind. Das Trauma des Ersten Weltkriegs hatte nachhaltige Folgen für das Verhalten der öffentlichen Meinung, die in ihrer großen Mehrheit den Frieden wünschte, ebenso für die Außenpolitik von Regierenden, die lange an die Effizienz des Völkerbunds, an die Möglichkeiten einer

51 du Réau: Entre la paix et la guerre (wie Anm. 28), S. 9 f.
52 Ebd., S. 10.
53 Le Goyet: Munich (wie Anm. 44), S. 410 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Verhandlungspolitik und eines kollektiven Sicherheitssystems unter dessen Leitung glaubten. Der Durchbruch und der Aufstieg des Nationalsozialismus und des Faschismus in Europa, das Versagen des Völkerbunds und die Erfahrung der Volksfront in Frankreich veränderten aber die außenpolitischen Konzeptionen innerhalb der Regierungsparteien. Auch die Radicaux blieben in zwei Lager gespalten: einerseits die Friedenspolitiker, andererseits die Befürworter einer harten Linie gegenüber den Diktaturen.

Das Abkommen von München markierte eine Wende. Bis zum 30. September 1938 schwankte Daladier zwischen einer Verhandlungspolitik und der Festigkeit. Zum einen hoffte er als früherer Kriegsteilnehmer und Pazifist, in München mit Hitler, der auch die Erfahrung des Ersten Weltkrieges gemacht hatte, verhandeln zu können; zum anderen zeigte er sich bis zum Tag der Konferenz entschlossen, die Verpflichtungen Frankreichs gegenüber der Tschechoslowakei zu erfüllen. Da er aber – außerhalb des Kreises seiner engen Mitarbeiter – in Frankreich keinen wirklichen Rückhalt für einen entschiedenen Widerstand gegen Hitlers Initiativen fand, da seine Berater vor der militärischen Überlegenheit Deutschlands warnten und die Engländer an der Appeasement-Politik festhielten, sah er sich zu einer Politik des Kompromisses verurteilt. Daladier war sich bewusst, dass die Unterzeichnung des Münchener Abkommens die Preisgabe seiner Grundsätze bedeutete, er betrachtete sie aber auch als einen Akt der Realpolitik: Er glaubte über zu wenig Spielraum zu verfügen und weigerte sich, das Risiko des Krieges einzugehen, auf den Frankreich nach den Berichten seiner Berater militärisch nicht vorbereitet war.

Neuere Studien haben einerseits gezeigt, dass der General Gamelin und andere Berater Daladiers im September 1938 die deutschen Streitkräfte überschätzten, und andererseits, dass die Konzession, die in München gemacht wurde, schließlich eine retardierende Strategie war. Frankreich sollte erst einmal wieder aufgerichtet und genügend auf den Krieg vorbereitet werden, bevor es eine andere Haltung gegenüber den Diktaturen einnahm. Der Wandel in der Politik der Londoner Regierung ab März 1939 sollte Daladier die Möglichkeit geben, sich gegenüber den Appeasement-Politikern im eigenen Lager durchzusetzen.

Dieses Schwanken zwischen Ideal- und Realpolitik sollte in Frankreich eine heftige und andauernde Polemik auslösen, die eigentlich nie ein Ende genommen hat. Diese Polemik war und bleibt der Ausfluss eines Unbehagens gegenüber einem der Tiefpunkte der französischen Geschichte. Daladier wurde seit dem Vichy-Régime bis heute von verschiedenen Lagern je nachdem instrumentalisiert. Man mag ihm den Vorwurf machen, mit der Unterzeichnung des Münchener Abkommens und mit späteren Entscheidungen im Laufe des Jahres 1939 den Krieg und die Niederlage von 1940 herbeige-

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

führt zu haben, man mag wie Jean-Baptiste Duroselle von einem »déclin«, von einem Niedergang Frankreichs und der Weltreiche sprechen.[54]

Die neueste Forschung hat sich bemüht, das Dilemma von 1938 wissenschaftlich zu beleuchten. François Paulhac nahm sich 1988, also fünfzig Jahre nach der so umstrittenen Entscheidung des damaligen Präsidenten des französischen Ministerrats, vor, »wenn möglich, München zu rehabilitieren«,[55] und damit die offizielle Geschichtsschreibung, die Daladier immer wieder belastet hat, in Frage zu stellen. Das Dilemma von 1938 kann auch, wenn man keinen Einblick in seine Komplexität hat, als ein Paradoxon erscheinen: Die »Friedenspolitiker« vom September 1938 waren nämlich diejenigen, die ein Jahr später Hitler den Krieg erklärten.

54 Siehe Anm. 16.
55 Paulhac: Les accords de Munich (wie Anm. 41), S. 16.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Vanessa Conze

Vom deutschen Europa zum europäischen Deutschland? Liberales Europadenken zwischen Erstem Weltkrieg und Bundesrepublik am Beispiel Hans Albert Kluthes

„Vom deutschen Europa zum europäischen Deutschland" – das impliziert eine plakativ formulierte, jedoch so zu konstatierende und das 20. Jahrhundert prägende Veränderung im deutschen Verhältnis zu Europa. Der folgende Text geht der Frage nach, ob sich auch für das liberale Nachdenken über und das liberale Engagement für Europa ein solcher Wandlungsprozess ausmachen lässt. Damit werden einige, bereits an anderer Stelle angestellte, allgemeine Überlegungen zur Geschichte europäischer Ideen aufgegriffen.[1] Eine Ideengeschichte ohne gesellschaftspolitische Rückbindung bietet jedoch wenig Erkenntnisgewinn. Daher sollen die allgemeinen Überlegungen an einem Beispiel konkretisiert werden, das den Wandel und die Entwicklung liberaler Europavorstellungen aufzeigt: am Lebensweg des überzeugten Liberalen und Europäers Hans Albert Kluthe, dessen Europadenken zwischen Weimar und Bundesrepublik einem fundamentalen Wandel unterlag. Kluthe war in den fünfziger Jahren Gründungsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung. Er stand zwar nicht im Zentrum der FDP-Führungsriege, gehörte jedoch zum Kern jener Persönlichkeiten innerhalb der Partei, die sich vor allem der internationalen und europäischen Annäherung und Verständigung widmeten. So war Kluthe Vizepräsident der Liberalen Internationalen und Präsidiumsmitglied der Europa-Union, der führenden Europa-Organisation in der jungen Bundesrepublik.

Das heutige Europaverständnis ist ein freiheitlich-demokratisches, liberalpluralistisches. Gerade angesichts der aktuellen politischen Herausforderungen und Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus wird dies deutlicher als in den vergangenen Jahrzehnten, deren Europa-Debatten häufig von den Themen Verschuldung oder Bürokratieüberhang dominiert waren. Zumindest in Deutschland herrscht wohl Einigkeit darüber, dass wir uns Eu-

1 Insgesamt folgt dieser Text Überlegungen der Autorin in Vanessa Conze: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970). München 2005. Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ropa nicht anders vorstellen können oder wollen denn als eine Gemeinschaft freier und demokratischer Nationen.

Blickt man zurück auf das Verhältnis der Deutschen zu Europa, war dies nicht immer so. Bis weit in die 1950er Jahre hinein war der Begriff „Europa" ähnlich unbestimmt wie es der Begriff der „Nation" im 19. Jahrhundert gewesen war. Deren Gestalt und Größe waren vor der deutschen Reichseinigung, abhängig von der jeweiligen politischen, regionalen oder konfessionellen Verortung, ganz unterschiedlich gedacht worden. Der Begriff „Europa" war lange Zeit in ähnlicher Weise offen für unterschiedliche Deutungsmuster und Interpretationen. So lange die europäische Einigung keine konkreten Formen und politischen Strukturen angenommen hatte, war jedes Nachdenken über „Europa" gewissermaßen eine große Spielwiese der Idealpolitik. Selbst die Nationalsozialisten sprachen von einer „europäischen Ordnung" und meinten damit doch etwas ganz anderes als eine auf nationaler Gleichberechtigung, Menschen- und Freiheitsrechten sowie Demokratie basierende Struktur Europas. Doch auch über dieses extreme Beispiel hinaus existierten in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts europäische Konzepte und Ordnungsvorstellungen nebeneinander, die den Kontinent zum Beispiel nach hegemonialen, föderalen oder konfessionellen Vorgaben ordnen wollten. Dies spiegelte sich nicht zuletzt auch rein sprachlich: das „Abendland", „Mitteleuropa", „Paneuropa", das „Reich" oder der „völkische Großraum", all dies waren deutsche Europakonzepte, die sich ganz grundlegend voneinander unterschieden: nicht nur im Hinblick auf eine imaginierte politische Zukunft des Kontinents, sondern auch im Hinblick auf Gesellschaftsvorstellungen und Wertvorstellungen und im Hinblick darauf, wie man sich eine politische und soziale Ordnung vorstellte. Dementsprechend rivalisierten diese verschiedenen Konzepte miteinander und sahen sich gegenseitig als mehr oder weniger unvereinbar an.

Eins jedoch einte diese so unterschiedlichen Konzepte: Sie alle handelten nicht nur von Europa, sondern auch von Deutschland. Und zwar gilt dies nicht nur im Hinblick auf eine Eingliederung Deutschlands in eine europäische Ordnung, sondern auch um die Ordnung Deutschlands selbst: Es ging allen Protagonisten, die sich mit Europa auseinandersetzten, auch darum, eine zukünftige und ideale Ordnung für Deutschland zu gestalten. Wer sich für eine europäische Ordnung, egal in welcher Form, einsetzte, tat dies, weil er davon überzeugt war, dass dies für Deutschland die beste politische Option darstellte.

Gewissermaßen im Umkehrschluss beweist dies der Hinweis auf Richard Coudenhove-Kalergi, bis heute als Gründer der Paneuropa-Union einer der

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bekanntesten europäischen Vorkämpfer überhaupt.[2] Er war einer der wenigen Europa-Protagonisten, der die geschilderte nationale Verankerung nicht aufwies: Mit japanischer Mutter, verwurzelt im alten habsburgischen Multinationalismus, waren ihm nationale Motive mehr oder weniger fremd als Motivation für sein europäisches Engagement. Dieses wurde vielmehr aus einer Mischung von Idealismus und egozentrischem Geltungsdrang gespeist. Im Ergebnis bedeutete dieses Fehlen nationaler Motive jedoch, dass Coudenhove-Kalergi immer wieder Probleme hatte, sich mit seinen Vorschlägen in den einzelnen europäischen Ländern Unterstützung zu verschaffen: Sein nicht vorhandener nationaler Blickwinkel brachte ihm immer wieder die Kritik ein, Interessen anderer Nationen zu verfolgen – die Deutschen etwa warfen ihm vor, französische Interessen zu vertreten, und umgekehrt.

So bleibt für die überwiegende Mehrheit der deutschen Europa-Protagonisten die Feststellung: Wer von Europa redete, redete von Deutschland, wer europäische Politik betrieb, betrieb sie für Deutschland. Dies bedeutete nicht notwendigerweise das Verfolgen hegemonialer Bestrebungen, auch ein politisch supranational geeintes Europa konnte im deutschen Interesse liegen. Dies musste auch nicht den Verzicht auf idealistische Motive mit sich bringen: Die Idealpolitik, die das Nachdenken über Europa prägte, verband sich indes in aller Regel mit handfesten realpolitischen Interessen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die beschriebene Pluralität europäischer Ideen notwendigerweise eingeschränkt. All jene Begriffe und Konzepte, die eine deutsche Vorherrschaft über den europäischen Kontinent in den Mittelpunkt stellten, verschwanden nach der „bedingungslosen Kapitulation“ mehr oder weniger aus dem deutschen Sprachgebrauch. Andere Konzepte, wie etwa das „Abendland“ oder „Paneuropa“, hielten sich länger. So erlebte die so genannte „Abendländische Bewegung“, die ein re-konfessionalisiertes Europa, angelehnt an mittelalterliche Reichs-Visionen, kombiniert mit autoritären Strukturen anstrebte, gerade in den fünfziger Jahren eine Blütephase. Ihr Ende fand diese Vielfalt von Europavorstellungen durch die politische Realität: In dem Moment, in dem die politische Integration Europas seit Ende der fünfziger Jahre konkrete Gestalt annahm, war etwa für Visionen eines erneuerten mittelalterlichen Reiches kein Raum mehr. In der Folge konzentrierte sich die Pluralität deutscher Europavorstellungen zunehmend auf das, was wir heute „die europäische Idee“ nennen: die „Idee der Vielfalt in der Einheit, entsprungen aus der Idee der Individualitäten und ihres Vorrechts vor der Uniformität, gegeneinander ausbalanciert und geschützt durch rationale Institutionen und Verfassungen auf der Grundlage der Idee der Freiheit und der Menschenrechte, geordnet nach den Prinzipien des

2 Vanessa Conze: Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas. Göttingen 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Interessenausgleichs und der Demokratie."[3] Damit hatte sich etwa seit Ende der fünfziger Jahre aus der Rivalität von Europamodellen ein liberales Modell durchgesetzt, dessen „Sieg" in der ersten Hälfte des Jahrhunderts kaum abzusehen gewesen war.

Die Mehrheit der Deutschen – auch der Liberalen – hatte bis dahin andere Europakonzepte vertreten. In der Weimarer Republik propagierten sie auf Mitteleuropa bezogene hegemoniale Europakonzepte, gruppiert um ein deutsches Machtzentrum, zwar in friedlicher Nachbarschaft zu Westeuropa und vor allem Frankreich, jedoch eben klar vom „Westen" geschieden.[4] Wie nun der Wandel hin zu einer liberal-demokratischen, pluralistischen und supranationalen Europaidee auch in den Kreisen der Liberalen erfolgte, soll am Beispiel Hans Albert Kluthes aufgezeigt werden, dessen Lebensweg zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik im folgenden etappenartig nachzuvollziehen ist.[5]

Geboren am 15. Juli 1904 im westfälischen Schwelm war Hans Albert Kluthe[6] als Kind nach eigener Aussage bis in den Ersten Weltkrieg hinein „ein wilder kleiner Nationalist und ein typisches Produkt der chauvinistischen Erziehung jener Zeit".[7] Der schockierende Anblick eines Verwundetentransportes jedoch konfrontierte das verherrlichende Kriegsbild mit einer brutalen Realität und führte zu einer zunehmenden Infragestellung nationalistischer Überzeugungen. Eine enge Freundschaft mit einem Jungen aus einem jüdischen Elternhaus sowie eine interkonfessionelle Erziehung verstärkten diese Entwicklung, indem sie religiös geprägte Vorurteile in Frage stellten und Kluthe so etwas wie eine „Grundimmunisierung" gegenüber Rassismus mit auf den Weg gaben. Während seines Jura-Studiums zwischen 1923 und 1928 führten diese Prägungen Kluthe zu seinem politischen Engagement: Er schloss sich dem Reichsbund demokratischer Studenten an und fand darüber zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und ihren Jugendorganisationen (Reichsbund der Jungdemokraten/Kartell republikanischer Studenten). Er kann als einer der wenigen Nachwuchspolitiker der DDP in

3 Hagen Schulze: Europa als historische Idee. In: Werner Stegmaier (Hrsg.): Europa-Philosophie. Berlin 1993, S. 1-13, hier S. 12.

4 Friedrich Naumann: Mitteleuropa. Berlin 1915.

5 Dabei gilt es zu betonen, dass der im Folgenden beschriebene Lebensweg Kluthes nicht der „Königsweg" nach Europa war; es gab auch komplett andere Entwicklungsvarianten und biographische Erfahrungen, die ein Individuum dazu brachten, sich der Vorstellung eines freiheitlich-pluralistischen Europa zuzuwenden.

6 Es existieren zwei Teilnachlässe von Hans Albert Kluthe: im Bundesarchiv Koblenz (BA N 1162) sowie im Archiv des Liberalismus in Gummersbach (ADL 1754-1765, 1799, 15448-15460), der aktuell neu erschlossen worden ist, für diesen Beitrag aber noch nicht ausgewertet werden konnte.

7 Lebenslauf Hans Albert Kluthe, ohne Datum (nach 1955), BA N 1162/1. Die Angabe gilt auch für die folgenden Informationen zu Kluthes Jugend.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Weimarer Republik gelten[8] und blieb der Partei, wenn auch zunehmend kritischer, „bis zum bitteren Ende“ – also bis über die Gründung der Deutschen Staatspartei 1930 hinaus bis 1933 treu.[9]

Kluthe bewegte sich in einem ähnlichen politischen Umfeld wie der Niedersachse Wilhelm Heile, der eigentlich viel bekanntere liberale Europäer. Mitglied in dessen „Verband für europäische Verständigung“ war Kluthe indes nicht, auch wenn sich Kluthes politisches Engagement schon bald in eine ähnliche Richtung entwickeln sollte. Denn seine Begeisterung galt nicht der liberalen Parteiarbeit, sondern schon zu diesem Zeitpunkt dem Einsatz für eine internationale und europäische Verständigung – und dies sollte bis zum Ende seines Lebens so bleiben. Als Vorstandsmitglied der Jungliberalen Internationalen reiste er seit 1925 regelmäßig zu Treffen mit Studenten oder anderen jungen Liberalen ins europäische Ausland, vor allem nach Frankreich und England. Auf diesen Reisen war er bemüht, Verständnis für die Situation des Deutschen Reiches bei den Nachbarn zu wecken. Im Mittelpunkt all seiner Vorträge standen die Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles auf das Deutsche Reich und dessen Forderung nach Gleichberechtigung. Immer wieder schilderte er den Wunsch nach „equality and justice for our country. We all wish that we are no longer treated as a second-rate-nation.”[10] Angesichts der wirtschaftlich schwierigen Lage warnte Kluthe seit Anfang der dreißiger Jahre immer wieder vor einem „complete change of system” in Deutschland.[11] Hier zeigt sich beispielhaft die oben beschriebene Verwurzelung des europäischen Engagements in deutschen Problemlagen und Interessen auch auf liberaler Seite.

Um eine befürchtete nationalsozialistische oder kommunistische Revolution in Deutschland zu verhindern, sah Kluthe nur eine Lösung: eine umfassende deutsch-französische und davon ausgehende europäische Verständigung. Damit lässt sich Kluthes Engagement einerseits als Teil einer breiteren Kooperationsbewegung beschreiben, der sich die Forschung schon vor einigen Jahren umfangreich zugewandt hat.[12] Andererseits setzte sich Kluthe aber gerade auch von diesen Verständigungsbestrebungen ab, die heute als „klassisch“ für die Zwischenkriegszeit gelten. Den vorwiegend von Intellek-

8 Gerlinde Runge: Politische Identität und nationale Geschichte. Wirkungsabsichten liberaler Exilpublizistik in Großbritannien 1938 bis 1945. In: Manfred Briegel/Wolfgang Frühwald (Hrsg.): Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogrammes „Exilforschung“ der DFG. Weinheim 1988, S. 87-129, hier S. 89.

9 Lebenslauf Hans Albert Kluthe (wie Anm. 5).

10 Vortrag Hans Albert Kluthe, Germany´s political situation, ohne Datum (nach der Reichstagswahl vom Juli 1932), BA N 1162/44.

11 Vortrag Hans Albert Kluthe, Germany´s economical situation and the reparations, ohne Datum (Sommer 1931), ebd.

12 Siehe beispielhaft mit umfangreicher Literatur: Guido Müller: Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das deutsch-französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund. München 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tuellen geprägten Zirkeln mit ihren Zeitschriften konnte der junge Liberale nicht viel abgewinnen:

> „Von der deutsch-französischen Verständigung wird sehr viel geredet und geschrieben. Aber wenn man einmal die tatsächlichen Verhältnisse betrachtet, dann muss man doch feststellen, daß wir über eine rein äußerliche Regelung unserer beiderseitigen Beziehungen kaum hinaus gekommen sind. […] Von wirklicher Verständigung kaum eine Spur. Denn Voraussetzung dafür ist, dass man einander versteht, und wenn man einander verstehen will, muss man einander kennen."

So betrachtete Kluthe es als

> „seine Aufgabe als Jungdemokrat […], dauernd in engster Fühlung zu bleiben mit der jungen Generation anderer Länder, vor allem der Frankreichs, und möglichst viele Gelegenheiten zu geben, Deutschland kennen zu lernen […] So leisten wir die wirksamste Verständigungsarbeit, die es gibt: Verständigung durch Kennenlernen."[13]

Damit einher ging die Überzeugung,

> „daß von der Jugend Europas […] das Schicksal unseres Kontinentes ab[hänge]. Ich glaube nicht, daß die alte Generation uns den Weg zu einem geeinten Paneuropa führen wird. In den Köpfen der Alten wurzeln die Vorurteile noch allzu fest. Paneuropa kann nicht geschaffen werden am grünen Tisch, nicht durch konstruierte Verfassungen und diplomatische Taktik, sondern nur aus dem Geist und dem Willen der jungen Generation."[14]

Was hier klingt wie jugendbewegtes Pathos, war auch ein solches: Kluthe war Mitglied des Wandervogels. Dieses auf die Jugend hin orientierte Verständigungsmodell sollte sich bis in die zweite Nachkriegszeit hinein erhalten, in der Kluthe als Präsidialmitglied der Europa-Union wirkte, die sich diese „praktische" Verständigung in Form von Schüleraustauschprogrammen, Jugendlagern und Städtepartnerschaften zu eigen machen und höchst erfolgreich in der jungen Bundesrepublik etablieren sollte. Ihre Wurzeln fanden diese Aktionen nicht zuletzt im Wirken Kluthes, der in der zweiten Hälfte der zwanziger und in den frühen dreißiger Jahren extrem aktiv war: Er hielt nicht nur unzählige Vorträge im Ausland, sondern organisierte mit Vertretern liberaler Jugendverbände anderer Länder einen regelmäßigen Studentenaustausch, einen ständigen Informationsdienst, der regelmäßig Artikel aus deutschen bzw. französischen Zeitungen an sprachkundige Studenten des jeweils anderen Landes schicken sollte, oder auch ein alljährliches deutsch-

13 Manuskript Hans Albert Kluthe, Verständigung durch Kennenlernen, ohne Datum, BA N 1162/44.

14 Vortrag Hans Albert Kluthe, Politische Strömungen in der französischen Jugend, ohne Datum, ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

französisches Ferienlager. Zwar ging all dies mit Kritik an der französischen Deutschland-Politik einher, jedoch blieb Kluthe der festen Überzeugung, dass es seine wichtigste Aufgabe sei, die Politik des jeweiligen Nachbarn zu erklären.

Nun könnte man vermuten, dass ein Liberaler wie Kluthe doch eigentlich schon ein Vertreter des im Titel genannten „europäischen Deutschlands" war. Doch ein näherer Blick auf das von ihm in der Zwischenkriegszeit verfolgte Europakonzept zeigt, dass sich nirgendwo genauere Angaben zur Struktur eines politischen oder wirtschaftlich geeinten, möglicherweise supranational organisierten Europa finden. Kluthe war im Kern nicht an einer europäischen Integration interessiert; was für ihn im Zentrum stand, war Verständigung – ein typischer Begriff der Zwischenkriegszeit.[15] Es war ihm um Einigung gegangen, nicht um Vereinigung. Im Fokus seiner Bemühungen standen nationale Beweggründe, die ihn auf eine Verbesserung der deutschen Situation und eine Revision des Versailler Vertrages hoffen ließen. Seine Argumente für eine Verständigung mit den europäischen Nachbarn bewegten sich im Rahmen der typischen liberalen Denkmuster der Zeit, wie sie auch von der DDP vertreten wurden – bzw. von jenen DDP-Mitgliedern, die sich von Vorstellungen eines „nationalen Imperialismus" abgewandt hatten.

Ähnlich wie die Mehrheit der DDP-Mitglieder war auch Kluthe ein Vertreter des sogenannten „Demokratischen Nationalismus".[16] Auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes, gewissermaßen als conditio sine qua non, erschien ein Ausgleich mit Frankreich als die einzige Möglichkeit, die deutschen Revisionsforderungen durchzusetzen. Das liberale Europadenken der Weimarer Republik blieb dabei häufig von großdeutschen Forderungen durchzogen. Eine europäische Verständigung sollte letztlich dazu dienen, Deutschland nach der Kriegsniederlage wieder einen einflussreichen Platz unter den europäischen Nationen zu sichern und langfristig auch den großdeutschen und mitteleuropäischen Ambitionen des Deutschen Reiches den Weg zu ebnen. Im Gegensatz zu anderen politischen Kräften war man im liberalen Lager jedoch überzeugt, dass die Verwirk-

15 Heike Arend: Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren. Verständigungskonzepte und kulturelle Begegnungen in den deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit. In: Francia 20 (1994), S. 131-146. Vgl. auch: Hans Manfred Bock: Kulturelle Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. In: Rainer Hudemann/Georges-Henri Soutou (Hrsg.): Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen. München 1994, S. 73-91.

16 Jürgen C. Heß: Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles. In: Historische Zeitschrift 225 (1977), S. 572-622. Karl Holl: Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 219 (1974), S. 3-93.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lichung der deutschen Gleichberechtigung eben nur im Einklang mit den europäischen Nachbarn umzusetzen sei.

Weiterhin ging es den liberalen „Europäern“ in der Weimarer Republik um die Sicherung des europäischen Friedens. Dies war für Kluthe nur zu erreichen durch allgemeine Abrüstung, sah er doch das militärische Ungleichgewicht in Europa als einen zentralen Konfliktpunkt. Doch sollte dieses Ungleichgewicht – das ja auch andere politische Lager anprangerten – eben nicht durch deutsche Aufrüstung, sondern gesamteuropäische Abrüstung beseitigt werden. Und schließlich ging es Kluthe in typisch liberaler Art und Weise um eine Überwindung der wirtschaftlichen Isolierung Deutschlands und der wirtschaftspolitischen Abschottung der anderen europäischen Länder. Dementsprechend stellte er der auch und gerade in Deutschland seit Beginn der dreißiger Jahre immer einflussreicher werdenden „foolish idea of national self-sufficiency“ einen durch soziale Maßnahmen abgefederten Freihandel entgegen.[17]

So war Hans Albert Kluthe in der Weimarer Republik zwar durchaus einer der insgesamt eher wenigen Liberalen, die sich aktiv für eine europäische Verständigung einsetzten. Bei näherem Hinsehen hatte sein Wirken in der Zwischenkriegszeit jedoch nur ansatzweise mit dem Europakonzept zu tun, das er in den fünfziger Jahren vertreten sollte. Ein „europäisches Deutschland“ – das wollte Kluthe zu diesem Zeitpunkt nicht, ebenso wenig ein politisch und wirtschaftlich vereintes Europa. Ohne hier Sonderwegsthesen das Wort reden zu wollen, ging es bei den Liberalen der Weimarer Republik, und mit ihnen zahlreichen anderen Deutschen, um ein Selbstverständnis, das sich vom „Westen“ abgrenzte.[18] Deutschland unterschied sich eben (und zwar auch im liberalen Selbstverständnis) von den westlichen Nationen, insbesondere von Frankreich, aber auch den USA und Großbritannien. Insofern sollte auch alle Verständigung zwischen den europäischen Nachbarn und vor allem mit Frankreich nicht dazu dienen, Deutschland zum Teil des „Westens“ zu machen, sondern darum, es gegenüber diesen Mächten in seiner Eigenständigkeit zu stärken. Hinzu kam, dass die Blickrichtung häufig auf Mitteleuropa gerichtet war: Gerade zu Beginn der dreißiger Jahre, nach dem Scheitern der Verständigungspolitik, geriet der Topos „Mitteleuropa“ wieder ins Zentrum vieler europäischer Überlegungen. Für Liberale bedeutete dies den Bezug auf Friedrich Naumanns Mitteleuropa-Buch und die Vorstellung, dass das Deutsche Reich den mitteleuropäischen Raum vor allem ökonomisch, daraus resultierend jedoch auch politisch dominieren könnte. Dabei wurden die mitteleuropäischen Staaten – was immer man darunter

17 Vgl. die Rede von Hans Albert Kluthe über National Self-Sufficiency or international Free Trade, BA N 1162/44.

18 Bezogen auf „Mitteleuropa“ als Gegensatz zum „Westen“: Jürgen Elvert: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945). Stuttgart 1999.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auch genau verstand – als so etwas wie ein „natürlicher“ Einflussraum Deutschlands betrachtet im Gegensatz zum französisch dominierten Westeuropa. Kluthe stand dieser mitteleuropäischen und auch nationalistischen Orientierung des politischen Liberalismus jedoch zunehmend skeptisch gegenüber. Als 1933 der Niedergang der DDP sein Ende in der erzwungenen Selbstauflösung fand, hatte sich Hans Albert Kluthe gedanklich bereits an den Rand seiner Partei bewegt. Er war offen für Neues – und das genau war eine der Voraussetzungen für den in den kommenden Jahren stattfindenden Wandel seines Europadenkens.

Denn wenig überraschend liegt die Antwort auf die Frage, wie und warum es zu dem Umbruch in Kluthes Europabild führte, in der Erfahrung von Krieg und Verfolgung während der Jahre des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Mit der sogenannten Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 war allen Verständigungsbemühungen ein Ende gesetzt. Auch beruflich geriet Kluthe unter Druck, er konnte die Chefredaktion des Verbandes der leitenden Angestellten nicht mehr übernehmen, so dass er ins Versicherungsgewerbe ausweichen musste. Gleichzeitig scheint er sich der nationalsozialistischen Gleichschaltung widersetzt zu haben, jedenfalls entzog er sich 1936 einer drohenden Verhaftung durch die Gestapo durch Flucht nach England.[19]

Kluthe profitierte in den folgenden Jahren von seinen langjährigen Kontakten zu britischen Liberalen. Dies erleichterte ihm die Einreise nach Großbritannien, das bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges eigentlich kaum Exilanten aufnahm.[20] Es gelang ihm, den notwendigen „sponsor“ zu finden, den die britischen Regierungsstellen als Unterhaltsgaranten verlangten. 1939/41 konnte er sich als einer der wenigen deutschen Exilanten der Internierung entziehen. Dennoch fasste er trotz seiner guten Kontakte nur langsam beruflich Fuß. Er begann für englische Zeitungen und Zeitschriften journalistisch zu arbeiten. Gleichzeitig war ihm vom Beginn seines Exils an klar, dass er sich politisch im Widerstand gegen den Nationalsozialismus engagieren wollte. Dies war allerdings in den ersten Jahren bis 1939 nicht so einfach, da gerade das bürgerliche Exil zahlenmäßig deutlich geringer vertreten war als etwa das von Sozialdemokraten und Sozialisten und es noch dazu organisatorisch völlig unorganisiert war.

Erst im Frühjahr 1938 fand Hans Albert Kluthe Anschluss an die „Deutsche Freiheitspartei“ (DFP), einen Zusammenschluss bürgerlich-demokrati-

19 Zur Frage, in welcher Form Kluthe nach 1933 politisch aktiv war und möglicherweise Widerstand geleistet hat, ist die Quellenlage leider wenig aussagekräftig.

20 Bis 1937 hatten etwa 8.000 Deutsche Aufnahme in Großbritannien gefunden, zum Ende des ersten Kriegsjahres hingegen stieg die Zahl auf ca. 70.000. Vgl. Werner Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. München u.a. 1980, S. 13-27.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

scher Exilkräfte.[21] Dabei handelte es sich nicht im engeren Sinne um eine Partei, sondern eher um eine kleinere Gruppierung bürgerlicher Exilanten, deren führender Kopf der spätere CDU-Politiker und Vorsitzende der „Europa-Union" Carl Spiecker war. Der Kreis bemühte sich anfangs darum, den Eindruck einer starken Widerstandsgruppe mit Namen „Deutsche Freiheitspartei" im Deutschen Reich selbst zu suggerieren. So sendete die Gruppe unter anderem Rundfunkübertragungen von einem Schiff im Ärmelkanal in Richtung Deutschland und produzierte mit den „Deutschen Freiheitsbriefen" Flugblätter, die ins Reich geschmuggelt wurden. Angesichts wachsender Schwierigkeit beim Einschmuggeln wurden die Freiheitsbriefe im Herbst 1939 eingestellt. Nun konzentrierte sich die Arbeit der DFP auf die seit Januar 1938 in England erscheinende Zeitschrift „Das wahre Deutschland",[22] bei der Hans Albert Kluthe als Mitherausgeber und Autor eine zentrale Rolle spielte. Mit einer Auflage von etwa 3.500 Exemplaren und einer monatlichen Erscheinungsweise sollte sich die Zeitschrift nicht nur an Exilanten, sondern auch an deutschsprachige Briten und andere Europäer richten. Ganz ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit – wenn auch unter völlig anderen Bedingungen – ging es Kluthe wieder darum, im Ausland ein „richtiges" Bild von Deutschland zu zeichnen:

> „Mögen diese Auslandsblätter der ‚Deutschen Freiheitspartei' der Welt die Überzeugung vermitteln helfen, daß trotz Zuchthaus, Konzentrationslager und Schafott in Deutschland der Glaube und die Hoffnung an den Sieg der Vernunft und Gerechtigkeit lebendig geblieben sind und daß im deutschen Volke der Wille wacht und wächst, die Verbindung und die Freundschaft mit allen Völkern, die in der Freiheit und im Mitbestimmungsrecht der Bürger am Geschick des Staates eine Sicherung des Friedens und der Wohlfahrt der Menschheit erblicken, wiederherzustellen und für alle Zukunft verbürgen."[23]

Ende 1940 musste das „Wahre Deutschland" wegen Finanzierungsschwierigkeiten eingestellt werden.

Hans Albert Kluthe bemühte sich in den folgenden Jahren verstärkt um eine organisatorische Einigung des zersplitterten deutschen Exils. Darüber hinaus war er aktiv im britischen Liberalismus tätig, unter anderem in der „Federal Union", einer Organisation, die vor allem um 1940/41 angesichts eines deutsch besetzten Europa in Großbritannien mit der Gründung einer

21 Beatrix Bouvier: Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1972.

22 Zum „Wahren Deutschland" vgl. neben Beatrix Bouvier auch Gisela Berglund: Deutsche Opposition gegen Hitler in Presse und Roman des Exils. Eine Darstellung und ein Vergleich mit der historischen Wirklichkeit. Stockholm 1972, Kap III.

23 Warum diese Blätter? In: Das Wahre Deutschland, Jan. 1938, 1ff., hier S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

europäischen Föderation warb und teilweise bis zu 10.000 Mitglieder hatte.[24] Im „European Committee of Federal Union", das über Memoranden Einfluss die britische Regierungspolitik zu nehmen versuchte, übernahm Kluthe schließlich sogar die Position des Chairmans.[25] Dies zeigt, wie gut Hans Albert Kluthe – im Gegensatz zu vielen anderen Exilanten – in Großbritannien etabliert war. So konnte er auch Kontakte zu britischen Regierungsstellen aufnehmen, arbeitete für die BBC, schrieb für britische Zeitungen wie den Spectator oder den Manchester Guardian und wurde für den Geheimdienst angeheuert.

Gegen Kriegsende gehörte Kluthe dem Political Intelligence Department des Foreign Office an. Er stellte Listen von Deutschen zusammen, die er als zuverlässig, nicht-nationalsozialistisch einschätzte, und übernahm, wie viele Exilanten, die Betreuung deutscher Kriegsgefangener. Dabei hielt er regelmäßig Vorträge, die zur politischen „Umerziehung" der Soldaten beitragen sollten. Schließlich bekam er das Angebot, als Mitarbeiter der Alliierten Kontrollkommission nach Kriegsende in Deutschland tätig zu werden, was er jedoch ablehnte, um nicht „in einer fremden Uniform in meine Heimat zurückzukehren."[26] Vorerst verblieb er in England, wo er weiter für englische Regierungsstellen, nun das Ministry of Information, sowie als Redakteur der Zeitschrift „Ausblick", die für Kriegsgefangene erschien, tätig war.[27]

Erst im Oktober 1947 kehrte Hans Albert Kluthe nach Deutschland zurück. Dort erhielt er bald von der britischen Besatzungsmacht die Lizenz zur Herausgabe einer Zeitung: Die „Werra-Rundschau" und später auch die „Frankfurter Illustrierte" sollten in den kommenden Jahren unter seiner Leitung stehen. Hinzu kam, auch als finanzielles Standbein, die Miteigentümerschaft und die Mitgeschäftsführerschaft in der Frankfurter Sozietätsdruckerei, bei der die Frankfurter Allgemeine Zeitung erschien. Seine zunehmend einflussreiche Rolle in der westdeutschen Publizistik, aber auch seine nach wie vor ungebrochene Bereitschaft, sich öffentlich und politisch zu engagieren, zeigte sich unter anderem daran, dass er seit 1952 Vorsitzender des Verbandes der deutschen Zeitungsverleger war.[28] Unverändert war er der festen

24 Zur Federal Union vgl. John Pinder: Federal Union 1939-1941. In: Walter Lipgens (Hrsg.): Documents on the History of European Integration. Bd. 2. Berlin 1986, S. 26-155.

25 Vgl. den umfangreichen Briefwechsel zur Arbeit des Committee zwischen Hans Albert Kluthe und Frances L. Josephy in BA N 1162/41.

26 Lebenslauf Hans Albert Kluthe, Juni 1958, BA N 1162/1

27 Brief Ministry of Information an Kluthe, 7.1.1946, BA N 1162/25.

28 Darüber hinaus war Kluthe zeitweilig Präsident des Internationalen Presseinstituts (IPI), Ehrenpräsident der Fédération Internationale de la Presse Périodique, Vorstandsmitglied des Verlegerverbandes Hessischer Zeitungsverleger und Mitglied des Deutschen Presserates. Vgl. Munzinger-Archiv (abgerufen am 13.3.2016): m.munzinger.de/search/portrait/Hans%20Albert%20Kluthe/076731.html.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Überzeugung, dass gerade Journalismus und Publizistik einen entscheidenden Anteil an der politischen Bildung Erziehung der Deutschen besaßen.

Darüber hinaus engagierte sich Kluthe weiterhin im liberalen Lager, etwa 1958 als Mitbegründer der Friedrich-Naumann-Stiftung, eine Position, die ihm wohl nicht zuletzt aufgrund seiner europäischen und internationalen Kontakte zukam.[29] Denn Hans Albert Kluthe blieb seinem Lebensmotto treu: Die europäische und internationale Verständigung stand auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unverändert im Zentrum seines politischen Wirkens. Er war viele Jahre Vizepräsident der Liberalen Internationalen.[30] Seine Verdienste für die Öffentlichkeit wurden 1959 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes ausgezeichnet, jene für die deutsch-französische Verständigung 1964 mit der Ernennung zum Ritter der französischen Ehrenlegion.

Schließlich war Kluthe über Jahre hinweg Präsidiumsmitglied der Europa-Union. Diese war in den fünfziger und sechziger Jahren die führende proeuropäische Kraft in der Bundesrepublik.[31] Sie setzte sich auf verschiedenen Ebenen und auf unterschiedliche Art und Weise für eine europäische Integration ein. Man betrieb gezielt Öffentlichkeitsarbeit über fremde und eigene journalistische Kanäle. Darüber hinaus leistete die Europa-Union praktische Arbeit für Europa, indem sie zahlreiche Austauschprogramme, Städtepartnerschaften usw. durchführte. Hier knüpfte Hans Albert Kluthe an seine Arbeit in der Zwischenkriegszeit an, als er ebenfalls den Austausch zwischen deutschen und französischen Jugendlichen und Studenten mitorganisiert hatte. Und schließlich schaffte die Europa-Union dank der prominenten Mitglieder im Präsidium, die alle exzellent in Politik, Wirtschaft und Kultur der jungen Bundesrepublik verankert waren, so etwas wie ein „Europa"-Netzwerk. Man versuchte, durch Kontakte und persönliche Gespräche gezielt auf die Regierungspolitik einzuwirken. Von daher bildete die Europa-Union so etwas wie die „Lobby" Europas in Westdeutschland. Sie setzte sich für die Westintegration der Bundesrepublik ein und unterfütterte auf diesem Wege die Adenauersche Westbindungspolitik. In ihren Führungskreisen fanden sich hauptsächlich Männer, die aus unterschiedlichen Gründen an einer dauerhaften Westbindung der Bundesrepublik interessiert waren – und zwar einer Westbindung, die nicht allein bündnispolitisch und militärisch zu verstehen war, sondern auch ideell.

29 Monika Fassbender: „…auf der Grundlage des Liberalismus tätig". Die Geschichte der Friedrich-Naumann-Stiftung. Baden-Baden 2009, S. 33.

30 Julie Smith: A Sense of Liberty. The History of the Liberal International. London 1997; Guido Thiemeyer: Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die transnationale Zusammenarbeit liberaler Parteien in Europa. In: Jürgen Mittag (Hrsg.): Politische Parteien und Europäische Integration. Essen 2006, S. 313-332.

31 Vgl. Conze: Das Europa der Deutschen (wie Anm. 1), S. 209-384.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Auch für Hans Albert Kluthe war das Engagement für die Europäische Einigung nicht nur eine politische Aufgabe unter anderen. Sie war nur ein Teil einer umfassenderen Politik- und Gesellschaftsvorstellung, in derem Zentrum die endgültige und dauerhafte Etablierung westlicher Wertesysteme in Deutschland stand: „Die westlichen Demokratien haben […] allen Stürmen der Zeit getrotzt und ihre Überlegenheit bewiesen."[32] Kluthes liberales Weltbild hatte sich im Exil unter dem Einfluss des angelsächsischen, liberal geprägten Systems verändert. Denn im Gegensatz zu so manchem anderen Exilanten hatte er in seinem Gastland nicht abgeschottet und zurückgezogen gelebt, allenfalls in Kontakt mit anderen Exilanten und damit letztlich einem deutschen Umfeld verhaftet. Vielmehr war Kluthe aktiv in das Leben in Großbritannien eingebunden gewesen, hatte für britische Zeitungen und britische Regierungsstellen gearbeitet, hatte eng mit britischen Liberalen zusammengewirkt, hatte ein Sozialleben aufgebaut, das britische Freunde und Bekannte umfasste. Angesichts dieser (wenn auch nur zeitweiligen) Integration ist es kein Wunder, dass der Aufenthalt in England Kluthes Gedankenwelt grundlegend prägte. Zwar war er bereits vor seiner Flucht aus dem Deutschen Reich ein überzeugter Liberaler und „Europäer" gewesen. Jedoch entfernte er sich im Verlauf seiner Exiljahre immer weiter von den traditionellen Prägungen des deutschen Liberalismus der Zwischenkriegszeit. Bereits Anfang der dreißiger Jahre hatte er dessen Entwicklung zunehmend kritisch gegenüber gestanden. Dieser beginnende Meinungswandel erhielt durch das Leben im „Westen", in Gesellschaften, in denen jene klassisch-liberalen Ordnungsvorstellungen zum politisch-gesellschaftlichen Grundverständnis gehörten, seine endgültige Ausformung. Daraus resultierte auch die Bereitschaft, die Alliierten in ihren Kriegs- und Nachkriegszielen zu unterstützten. Dabei ging es Kluthe keineswegs darum, angelsächsische Strukturen einfach zu übernehmen:

> „Wir können […] eine Menge von England lernen. Aber ich gehöre nicht zu denen, die da glauben, man könne englische Einrichtungen einfach auf Deutschland übertragen […]. Was in Jahrhunderten in einem besonderen Klima gewachsen ist, das läßt sich nicht einfach kopieren."[33]

So ist Hans Albert Kluthe in gewisser Weise ein Musterbeispiel für den Prozess der Akkulturation, in dem durch die Erfahrung der Fremde eine Einbin-

32 Die Festung der Freiheit. In: Das Wahre Deutschland. Juli 1940, S. 1-4, hier S. 2.
33 Vgl. den Vortrag vor deutschen Kriegsgefangenen Hans Albert Kluthe: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, BA N 1162/44.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dung neuer Ordnungsvorstellungen in den eigenen Werthorizont erfolgte, welcher sich dadurch wiederum veränderte.[34]

Der angelsächsische Liberalismus verankerte sich im Verlauf dieses Akkulturations-Prozesses immer deutlicher in Kluthes Weltbild. Zentrales Element war dabei die Konsensfähigkeit einer Gesellschaft, die das Zusammenleben unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen ermöglichte. Gemeinsame Werte, die sich auf den Schutz und die Freiheit des Individuums, das Eigentum und die Rechtsstaatlichkeit bezogen, „bildeten das unangreifbare Fundament, auf dem dann die Konflikte des Tagesgeschehens in Politik und Gesellschaft ausgetragen wurden."[35] Dieser angelsächsische Konsensliberalismus – wurzelnd in einer keynesianischen, staatsinterventionistischen Wirtschaftspolitik und den Sozialreformen in den USA der 30er Jahre, ergänzt durch die Philosophie des Pragmatismus und einen ausgeprägten Antitotalitarismus – orientierte sich am Machbaren und nicht an ideologischen Grabenkämpfen.[36] Diesen Konsensliberalismus wollte Hans Albert Kluthe auch für die (west-)deutsche Gesellschaft verwirklicht sehen: „In Great Britain, you find of course a great variety of political opinions. But all agree upon the principle of Parliament Democracy. […] All accept the rules of the political game and want to achieve their ends only by persuasion and strictly constitutional means."[37] Dies gelte es, auch für Deutschland zu erreichen, nämlich das Aufgeben eines „weltfremden Doktrinismus", der nach Meinung Kluthes schon für das Ende der Weimarer Republik verantwortlich gewesen war. Es ging Kluthe um die Akzeptanz grundsätzlicher politischer Spielregeln, „in deren Rahmen Toleranz und Kompromißbereitschaft herrschen",[38] durch alle am politischen Geschehen beteiligten Parteien. Dies schloss jeglichen Radikalismus und Extremismus aus, und die in der Weimarer Republik geübte Toleranz gegenüber Nationalsozialismus und Kommunismus durfte sich nach Kluthes Auffassung nicht wiederholen: „One important lesson we have to learn from the fall of the Weimar Republic is that our conception of democratic freedom must be overhauled. […] One cannot be tolerant with the intolerant."[39]

34 Christhard Hoffmann: Zum Begriff der Akkulturation. In: Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen/Gerhard Paul/Lutz Winkler (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945. Darmstadt 1998, S 117-126.

35 Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999, S. 76.

36 Zum Konsensliberalismus vgl. Michael Hochgeschwender: Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen. München 1998.

37 Manuskript Hans Albert Kluthe, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum (nach der Atlantik-Charta), BA N 1162/44.

38 Kluthe: Das Ende der Weimarer Republik (wie Anm. 33).

39 Kluthe, The Fall of the Weimar Republic (wie Anm. 37).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dass sich aus dieser Überzeugung ein strenger Antikommunismus entwickelte, der hervorragend in das politische Klima der fünfziger Jahre passte und zu einer Motivation in Kluthes europäischem Engagement wurde, verwundert wenig. Voraussetzung einer stabilen demokratischen Ordnung in Deutschland war für Kluthe, dass „der Liberalismus […] das politische Denken aller Parteien durchdringe" und eine liberale Öffentlichkeit das System stütze.[40] „Democracy can only work, if there is an enlightened public opinion."[41] Dazu jedoch hatte Deutschland nach Kluthes Überzeugung „to travel a long road", und es war sein Wunsch, selbst aktiv an dieser „Erziehung" einer liberalen Öffentlichkeit mitzuwirken.[42] Von daher war die journalistische Arbeit und die Herausgabe einer Zeitschrift für ihn ein Mittel zu diesem Zweck: Sein Beruf war für ihn weitaus mehr als nur ein reiner Broterwerb.

In Bezug auf die europäische Integration fand Kluthe, neben der Liberalen Internationalen, seine Heimat in der Europa-Union, der mitgliederstärksten Europa-Organisation der fünfziger Jahre. In ihrem Präsidium fanden sich Politiker unterschiedlicher Parteien, Journalisten, Wirtschaftsvertreter vor allem von Rhein und Ruhr zusammen. Sie teilten, trotz unterschiedlicher politischer Grundhaltungen, die Überzeugung, sich für die europäische Einigung einzusetzen. In gewisser Weise verwirklichte sich hier Kluthes im Exil entwickelte konsens-liberale Einstellung, dass die politische Zusammenarbeit mit allen Vertretern des politischen Spektrums – abgesehen von Extremisten rechter oder linker Provenienz – in konstruktiver Form möglich sein müsse. Insofern verwundert es nicht, dass sich in der Europa-Union auch andere Exilanten engagierten, die ähnliche Erfahrungen wie Kluthe gemacht hatten, etwa der spätere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg, der ebenfalls als Remigrant nach Deutschland zurückgekehrt war und im Exil gleichermaßen einen Wandel seines früheren Weltbildes erfahren hatte.[43] Für Rosenberg hatte das Exil ebenso wie für Kluthe nicht nur einen lebensgeschichtlichen, sondern auch einen ordnungspolitischen Bruch bedeutet. Dass dies jedoch nicht für alle Exilanten zutraf, zeigt das Beispiel vor allem konservativer Exilanten, die während ihrer „Erfahrung der Fremde" kaum oder gar nicht von ihren ursprünglichen Ordnungsvorstellungen abgewichen waren und die

40 Kluthe: Das Ende der Weimarer Republik (wie Anm. 33).
41 Kluthe: The fall of the Weimar Republic (wie Anm. 37).
42 Entwurf einer Begründung Hans Albert Kluthes betr. einer schnellen Rückkehr nach Deutschland, ohne Datum, BA N 1162/25. „long road to travel" in: Kluthe, The fall of the Weimar Republic (wie Anm. 38).
43 Ludwig Rosenberg entwickelte sich im Exil zum überzeugten Verfechter eines nicht-marxistischen Gewerkschaftskonzeptes und gehörte in der Bundesrepublik zu den entschiedenen Verfechtern des „Godesberger Programms" der SPD. Vgl.: Harmut Mehringer: Impulse sozialdemokratsicher Remigranten auf die Modernisierung der SPD. In: Ders./Patrick von zur Mühlen (Hrsg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Nachkriegsdeutschland, Marburg 1997, 91-110.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich nach der Rückkehr nach Deutschland vor allem für rückwärtsgewandte Europa-Konzepte wie das „Abendland“ einsetzten.[44] Von entscheidender Bedeutung war dabei die Frage, wie festgefügt das Weltbild des jeweiligen Exilanten war. Wer vor dem Gang ins Exil keinen Grund hatte, an seinen Überzeugungen zu zweifeln, der hatte auch im Exil keinen Grund dazu. Jemand, der hingegen bereits in den Jahren vor dem Exil – aus welchen Gründen auch immer – an seinen Überzeugungen zu zweifeln begonnen oder bereits vor dem Exil eine Minderheitsmeinung in seiner Partei vertreten hatte, war eher bereit, sich im Exil auf neue weltanschauliche Angebote einzulassen.[45]

In seinem Einsatz für eine europäische Integration spiegelte sich das politische Denken Hans Albert Kluthes. Denn nach seiner Überzeugung – und darin trafen sich seine Auffassungen mit denen fast aller Exilanten und Widerstandskämpfer, nicht nur in Reihen der Europa-Union – konnte eine stabile demokratische Ordnung nur bei Einbindung Deutschlands in die internationale Ordnung entstehen. Ein geeintes Europa wiederum stellte einen essentiellen Bestanteil dieser Ordnung dar. Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit, in der es Kluthe allein um Verständigung gegangen war, stand seit etwa Anfang der vierziger Jahre eine europäische Föderation im Mittelpunkt seiner Vorstellungen.[46] Eine supranationale Regierung, an die Teile der nationalen Souveränität überzugehen hatten, sollte die Geschicke einer europäischen Föderation leiten (Verteidigung, Außenpolitik, Außenwirtschaft, die Erhebung bestimmter Steuern usw.). Im Zentrum stand, in guter liberaler Tradition, die Sicherung von Menschen- und Freiheitsrechten, die durch einen europäischen Gerichtshofs und eine europäische Polizei zu sichern waren. Es ging Kluthe darum, die demokratische Ordnung in Europa zu zementieren und eine supranationale Institution zur Wahrung dieser Ordnung einzusetzen. Hier finden wir einen entscheidenden Wandel in den Konzepten gegenüber der Zwischenkriegszeit.

Während Europakonzeptionen der Verständigung, wie sie die Zwischenkriegszeit dominiert hatten, die jeweilige Staatsform als nationale Frage verstanden und jede Einmischung von außen in Verfassungsfragen ablehnten, hatte sich Kluthes Europadenken im Zweiten Weltkrieg und durch das Leben im Exil so weit verändert, dass nun eine demokratische Ordnung ganz Europas für ihn die Basis aller Einigungsvorstellungen war. Die Schaffung einer

44 Vgl. Conze: Das Europa der Deutschen (wie Anm. 1), S. 99-110.

45 Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München 2003, S. 340.

46 Vgl. etwa die Memoranden des European Committee der Federal Union vom Sommer 1943, in der eine supranationale europäische Regierung vorgesehen war: European Committee of Federal Union: Memorandum on Foreign Policy, Juli 1943. In: Lipgens (Hrsg.): Documents on the History of European Integration (wie Anm. 24), S. 801-806. Vgl. auch den Peace-Aims-Report der Federal Union, Juni 1942, BA N 1162/41, an dessen Erstellung Kluthe ebenfalls beteiligt gewesen war.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

freiheitlich-pluralistischen Demokratie in Deutschland, geformt nach dem Vorbild des vor allem anglo-amerikanischen „Westens“, fest in Europa eingebunden, bildete den Kern der Bemühungen der Europa-Union und Kluthes. Dieses Europa sollte nur ein Teil eines umfassenden westlichen Systems sein, das über eine rein bündnispolitische Funktion hinauszentrale Wertvorstellungen und Ordnungsmodelle umfasste.

Verbunden waren diese Vorstellungen mit der Überzeugung, endlich Abstand von den hochideologischen Europa-Bildern wie dem „Abendland“ oder „Paneuropa“ zu nehmen. Die ideologisch-idealistische Überhöhung „Europas“, wie sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg noch üblich gewesen war, hatte in diesem Europa-Konzept keinen Raum. Auch diese Skepsis gegenüber einem ideologischen Europadenken hat seine Wurzeln im anglo-amerikanischen Konsensliberalismus, dem Kluthe sich im Exil angenähert hatte. Die Ideologie vom „Ende der Ideologien“ stellte einen zentralen Bestandteil konsensliberalen Denkens dar, welches eine als ideologiefrei postulierte realistische und pragmatische Weltsicht den totalitären Ideologien als zukunftsweisend gegenüberstellte.[47] So war man in der Europa-Union in den fünfziger Jahren überzeugt, die „Zeit der Resolutionen, der sich abnutzenden deklamatorischen Erklärungen“ sei vorbei.[48] Stattdessen gelte es nun, konkrete Arbeit zu leisten: „Das Handeln ist wichtiger als alle Doktrinen.“[49] An dieser Stelle kam dem konsensliberalen Pragmatismus die funktionalistische Integrationsmethode entgegen, und die Europa-Union konnte in den fünfziger Jahren enorm erfolgreich für die Verwirklichung dieser Europa-Konzeption eintreten.

Die Europakonzeption Hans Albert Kluthes war hoch idealistisch. Die Vorstellung, selbst völlig ideologiefrei zu handeln, war letztlich ebenso ideologisch wie alle Europavorstellungen in Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts. Aufgrund einer spezifischen historischen Konstellation, die in der Kriegsniederlage Deutschlands, dem Ost-West-Konflikt, der beginnenden europäischen Integration und dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik ihre zentralen Fixpunkte hatte, wodurch eine bündnispolitische Westbindung alternativlos war und demokratische Strukturen allgemein akzeptiert wurden, gelang dieser Europaidee eine breite Durchsetzung innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

47 Zum Konzept vom „Ende der Ideologien“ vgl. Hochgeschwender: Freiheit in der Offensive (wie Anm. 36), S. 466-479. Zeitgenössisch: Daniel Bell: The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties. Glencoe 1960.

48 Künftig Schwergewicht auf konkreten Aufgaben. Beschluss des VI. Kongresses der Europa-Union in Köln 1954, abgedruckt in: Für ein föderales Europa. Beschlüsse der Bundeskongresse der Europa-Union Deutschland 1947-1991. Bonn 1993, S. 31.

49 Ernst Friedländer: Kongreß in Berlin. In: Europa-Union 6 (1955), Heft 22, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

So lässt sich gerade an dem ordnungspolitischen Wandlungsprozess, den Hans Albert Kluthe zwischen den zwanziger und den fünfziger Jahren durchlief, das komplizierte Verhältnis zwischen Ideal- und Realpolitik am Beispiel des Europagedankens aufzeigen: Bevor die europäische Integration politisch und ökonomisch seit Anfang der fünfziger Jahre reale Gestalt annahm, konnte jedes Engagement für eine europäische Vereinigung primär nur Idealpolitik sein. Die Europa-Begeisterten strebten nach einem Ideal, das angesichts einer nationalistisch aufgeheizten Gegenwart der zwanziger und dreißiger Jahre wenig Chancen auf politische Umsetzung hatte. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich eine weltpolitische Situation, die die Verwirklichung des Ideals möglich werden ließ. Dass es bei der zu diesem Zeitpunkt auftretenden Konfrontation zwischen Ideal und Realität viele Enttäuschungen geben musste, die alle jene frustriert zurückließen, die sich „Europa“ ganz anders gedacht hatten als es dann in funktionalistischer Weise realisiert wurde, gehört zum politischen Prozess notwendigerweise hinzu.

Und doch ist das Verhältnis zwischen Real- und Idealpolitik im Hinblick auf Europa nicht ganz so einfach, wie es angesichts dieser Entwicklung von der Vision zur Union hin erscheint. Der Lebensweg Hans Albert Kluthes zeigt, dass sich die liberalen Idealisten der zwanziger Jahre engagiert um eine Handlungsebene bemühten, die über häufig im Intellektuellen verharrende Diskussionsrunden hinausging und auf der die idealistische Verständigungskonzeption konkretisiert werden konnte. Kluthes Einsatz für die praktische Verständigungsarbeit mit deutschen und französischen Jugendlichen war eine solche, im besten Sinne realpolitische Arbeit angesichts der Vision eines verständigungsbereiten Europa.

Aber nicht nur auf der praktischen Handlungsebene vermischten sich Ideal- und Realpolitik. Auch in anderer Hinsicht bildeten sie im Europadenken eine häufig kaum aufzulösende Gemengelage. Die Vision „Europa“ diente immer wieder auch dazu, realpolitische Interessen zu transportieren. Die Vorstellung, nur die „reinen“ Visionäre eines freiheitlich-demokratisch geordneten Kontinents seien die „guten“ Europäer, jene hingegen, die nationale Interessen mit „Europa“ verbänden, seien „schlechte“ Europäer, ist historisch nicht weiterführend. Die Verquickung der unterschiedlichen Ebenen von Idealismus und Realismus, die auch für Hans Albert Kluthe entscheidend war, hat bis heute sowohl das Nachdenken über ein geeintes Europa als auch das Engagement dafür geprägt.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gérard Bökenkamp

Wechsel statt Wende. Der Koalitionswechsel der FDP von 1982 aus dem Blickwinkel der realpolitischen Zwänge

In dem folgenden Beitrag soll es darum gehen, die realpolitischen Zwänge aufzuzeigen, die der sogenannten Wende von 1982, dem Koalitionswechsel der FDP von der SPD zur CDU/CSU, zu Grunde lagen. Der Aufsatz folgt der Annahme, dass es sich bei der „Wende" von 1982 um keinen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik handelte, sondern dass der eigentliche Politikwechsel dem Koalitionswechsel bereits vorausging. Dieser Politikwechsel war die Aufgabe der keynesianischen Konjunkturpolitik und der Übergang zu einer Politik der Haushaltssanierung. Im Bereich der Außenpolitik markierte der NATO-Doppelbeschluss eine veränderte politische Lage. Aus der Perspektive der FDP war der Wechsel eine Fortsetzung ihrer bisherigen Politik mit einem anderen Koalitionspartner.

Am Anfang der Darstellung werden Kriterien vorgeschlagen, die als Indikator für das Vorhandensein realpolitischer Zwänge dienen können. Dann wird das Ende der sozial-liberalen Koalition unter dem Blickwinkel beschrieben, dass die alte Koalition die realpolitisch notwendigen Entscheidungen aus parteipolitischen Gründen nicht mehr zu treffen in der Lage war. Im letzten Teil wird aufgezeigt, dass die politischen Rahmenbedingungen sich in einem längeren Prozess verändert hatten, aber gleichzeitig, etwa im Bereich der Steuerpolitik der FDP, eine Kontinuität zu beobachten ist. Die Darstellung folgt der Grundthese, dass die „Wende" von 1982 in ihrer Bedeutung zu relativieren ist und keineswegs einen „Verrat" der bisherigen Politik und des Koalitionspartners SPD darstellt.

Verwendet wird für die Darstellung die allgemein zugängliche Sekundärliteratur. Der Autor greift insbesondere auf die Darstellungen in seinem eigenen Buch „Das Ende des Wirtschaftswunders" zurück[1] und bezieht die Berichterstattung der Wirtschaftsteile in der Presse als zentrale Quelle ein. Diese ist zwar durch den Zeitgeist politisch gefärbt, erlaubt aber eine Rekonstruktion der Ereignisse. Die Wirtschaftsberichterstattung von „Spiegel", „Zeit" und „Wirtschaftswoche" bietet eine gute Grundlage, da dort Woche

1 Gérard Bökenkamp: Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998, Stuttgart 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

für Woche die Ereignisse beschrieben und kommentiert wurden. Die genauen Abläufe der wirtschaftspolitischen Debatte lassen sich durch die Wirtschaftspresse daher gut rekonstruieren. Auf diese muss zurückgegriffen werden, weil die Handbücher und Überblicksdarstellungen in diesen Fragen kaum ins Detail gehen. Die Wirtschaftspolitik der USA und Großbritanniens wird an einigen Stellen zum Vergleich herangezogen. Dafür wird auch auf englischsprachige Literatur zu diesem Thema zurückgegriffen.

Realpolitische Zwänge oder idealistische Motivation?

Wie lässt sich empirisch überhaupt feststellen, ob eine Politik realpolitischen Zwängen oder idealistischer Motivation folgt? Dafür lassen sich einige Kriterien nennen. Wenn eine bestimmte Politik in verschiedenen Ländern und innerhalb eines Landes von verschiedenen Regierungen mit sehr unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung und Begründung betrieben wird, dann ist das ein Hinweis darauf, dass diese Politik weniger durch die Ideologie oder die politischen Ideale der Akteure motiviert ist als durch die allgemeinen Umstände und politischen Zwänge. Für eine idealistische Motivation spräche hingegen der Sachverhalt, dass eine Regierung mit einem bestimmten politischen Ideal eine deutlich andere Politik betriebe, als eine andere Regierung mit anderer politischer Agenda. Für das Vorhandensein realpolitischer Zwänge spricht auch, wenn das Handeln einer Regierung deutlich von ihren eigenen ideellen Grundsätzen abweicht oder wenn nachgewiesen werden kann, dass eine Richtungsänderung der Politik aufgrund bestimmter Erfahrungen erfolgt, etwa wenn sich Erwartungen an eine bestimmte Politik in der Realität nicht erfüllt haben oder aufgrund der bisherigen Entscheidungen politische Rückschläge hingenommen werden mussten.

Dass die Politik der sozialliberalen Koalition realpolitischen Zwängen folgte, lässt sich anhand dieser Kriterien feststellen. In der ersten Phase der sozial-liberalen Koalition trifft für die Wirtschafts- und Sozialpolitik beides zu. Einmal wich sie stark von den keynesianischen Vorstellungen ab, die Finanzminister Karl Schiller für die SPD formuliert hatte.[2] Nach keynesianischen Vorstellungen hätte die Regierung im Boom Steuern erhöhen, Ausgaben begrenzen und Schulden zurückführen müssen, um konjunkturell gegensteuern zu können, wenn die Wirtschaft nach dem Konjunkturaufschwung in die Phase des Konjunkturabschwungs gerät. Tatsächlich hatte Karl Schiller

2 Unter Schiller wurde die Mittelfristige Finanzplanung eingeführt und der Keynesianismus sogar im Grundgesetz verankert. Dazu: Alexander Nützenadel: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974. Göttingen 2005, S. 308-316.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auch versucht, diese Politik der Globalsteuerung durchzusetzen, scheiterte aber daran, dass die Erwartungshaltung von zusätzlichen Steuereinnahmen für soziale Wohltaten zu groß war.[3] Auch das zweite Kriterium trifft zu, dass sich andere Regierungen mit anderer ideologischer Grundhaltung trotzdem sehr ähnlich verhielten wie die sozial-liberale Koalition. In Deutschland beteiligten sich CDU-geführte Landesregierungen am Ausbau der Staatstätigkeit und der Erhöhung der Ausgaben.[4] Bei der Auseinandersetzung um die Rentenreform von 1972 kritisierte die Union die Regierung nicht wegen der Ausweitung der Leistungen, sondern beteiligte sich daran, die Kosten für die Rentenreform immer weiter in die Höhe zu treiben.[5]

Auch in den Vereinigten Staaten unter der Regierung von Richard Nixon und in Großbritannien unter Premierminister Edward Heath wurden der Sozialstaat und die Rolle des Staates weiter ausgebaut. Nixon stärkte die Rolle des Staates in vielen Bereichen wie der Umwelt- und Energiepolitik.[6] Der britische Premierminister Edward Heath musste sogar seinen berühmten „U-turn" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vollziehen.[7] Das entspricht dem anderen Kriterium, des Politikwechsels nach konkreten Widerständen. Es spricht also vieles dafür, dass es Anfang der siebziger Jahre starke realpolitische Zwänge gab, die auf einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates und eine Stärkung der Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft hinwirkten.

In der Zeit der „Wende", die hier näher behandelt werden soll, zeigen sich erneut starke realpolitische Zwänge, die dieses Mal allerdings in die entgegengesetzte Richtung wirkten. Auch hier werden die genannten Kriterien zur Überprüfung realpolitischer Zwänge wieder erfüllt. Die Konjunkturpolitik der sozial-liberalen Koalition erfüllte nicht die Erwartungen. Zwar stieg die Staatsverschuldung rasant, aber die erhoffte Rückkehr zur Vollbeschäftigung stellte sich nicht ein. Die Vorstellung, dass durch die Inkaufnahme höherer Inflation die Vollbeschäftigung gesichert werden könnte, wurde durch das gemeinsame Auftreten von hoher Arbeitslosigkeit und hoher Inflation, die sogenannte „Stagflation" als nicht tragfähiger Ansatz erwiesen. Daraufhin kam es zu einem Politikwechsel, Schritte in Richtung Haushaltssanierung und Einschnitte in den Sozialstaat, die wenigstens bei der SPD deutlich ge-

3 Alex Möller scheiterte mit dem Versuch, die Ausgabenwünsche seiner Kollegen abzuwehren. Dazu: Alex Möller: Genosse Generaldirektor. München 1980, S. 482 ff.; Torben Lüdjen: Karl Schiller. „Superminister" Willy Brandts. Bonn 2007, S. 299-311.

4 Die Ausgaben im von der CDU regierten Rheinland-Pfalz stiegen im Jahr 1970 um 14 Prozent, in Schleswig-Holstein um 12,9 Prozent und in Bayern um 13,7 Prozent, dazu: Bökenkamp, Das Ende (wie Anm. 1), S. 14.

5 Zur Debatte über die Rentenreform zwischen Regierung und Opposition: ebd., S. 50-58.

6 Gesamtdarstellung der Wirtschaftspolitik von Richard Nixon: Allen J. Matusow: Nixon Economy. Booms, Busts, Dollars and Votes. Lawrence/Kansas 1998.

7 Daniel Stedman Jones: Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics. Princeton, NJ 2012, S. 230-241.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gen deren „idealistische“ Vorstellungen verstießen. Ebenso trifft das Kriterium zu, dass auch andere Regierungen unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung einen ähnlichen Weg beschritten. James Callaghan in Großbritannien verabschiedete sich öffentlich von der keynesianischen Wirtschaftspolitik, und sein Schatzkanzler Denis Healey steuerte um in Richtung Sanierung der Haushalte und stabile Währung, obwohl das der traditionellen Labour-Position widersprach.[8] In den USA folgte der Demokrat Jimmy Carter einem fiskalkonservativen Kurs und ernannte Paul Volcker zum Notenbankpräsidenten, um die Inflation einzudämmen[9]. Nach den Regierungswechseln in den USA, Großbritannien und Deutschland setzten die neuen konservativ und christdemokratisch geführten Regierungen diese Politik fort. Es spricht also vieles dafür, dass es auch damals sehr starke realpolitische Zwänge in Richtung Haushaltssanierung, größerer Geldstabilität und der Zurücknahme staatlicher Leistungen gab.

Ähnliches lässt sich auch für die Außenpolitik begründen. Adenauers „Politik der Stärke“ hatte nicht zu der gewünschten Wiedervereinigung geführt. Der Mauerbau zementierte die Teilung und eine auf die Wiedervereinigung ausgerichtete Außenpolitik widersprach auch zunehmend den Prioritäten der US-Regierung. Am 14. Oktober 1966 hatte Staatssekretär Karl Carstens in einem Vortrag vor dem Bundeskabinett aufgezeigt, wie sehr die bisherige Deutschlandpolitik in eine Sackgasse geraten war. Durch den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik sei sie durch kleinere Staaten erpressbar geworden und sie drohte sich innerhalb des Westens zu isolieren.[10] Die notwendige Neuorientierung der Deutschlandpolitik konnte aber in der Großen Koalition nur halbherzig verfolgt werden.[11] Es erwies sich, dass es zu einer Entspannung der innerdeutschen Beziehungen und zu einer Verbesserung des Status von West-Berlin nur direkt durch Verhandlungen über Moskau kommen konnte. Dass die Entspannungspolitik keine rein deutsche Angelegenheit war, sondern die Regierung Nixon/Kissinger zur selben Zeit und parallel darauf ausgerichtet war, sowohl das Verhältnis zur Sowjetunion als auch zu China zu verbessern, bestätigt wieder das oben genannte Kriterium, dass eine ähnliche Politik, die von Regierungen mit unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung betrieben wird, darauf hindeutet, dass hinter dieser Politik starke realpolitische Zwänge stehen. Das schließt natürlich nicht aus, dass für die Akteure selbst auch idealistische Motive eine Rolle spielen.

Auch die Wende von der Entspannung zum von einigen Historikern so bezeichneten „zweiten Kalten Krieg“ wird von Zwängen bestimmt. Alle

8 Zur politischen Wende unter Labour: ebd., S. 241-247.
9 Zur Ernennung von Paul Volcker: W. Carl Biven: Jimmy Carter´s Economy. Policy in an Age of Limits. Chapel Hill, NC 2002, S. 237-251.
10 Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. Stuttgart 1984, S. 199 f.
11 Ebd. S. 323-339.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

oben genannten Kriterien für das wahrscheinliche Vorhandensein starker realpolitischer Zwänge sind erfüllt. Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher betrieben mit dem NATO-Doppelbeschluss einen Politikwechsel gegenüber der Sowjetunion, obwohl zuvor noch die Annäherung und die Entspannung das wichtigste Ziel ihrer Politik gewesen war. Dieser Wechsel vollzog sich als Folge konkreter Erfahrungen, der Aufstellung von SS-20-Raketen, dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und ihrer verstärkten Aktivitäten in anderen Teilen der Dritten Welt. Die Wende in der Haltung gegenüber der Entspannungspolitik begann in den USA auch bereits unter der Carter-Administration und setzte mit Ronald Reagan auch bei den Republikanern fort, die unter Nixon diese noch vorangetrieben hatten. Sowohl der Eintritt der FDP in die Koalition mit der SPD als auch die „Wende" zur CDU kann so interpretiert werden, dass sie sich jeweils dem Koalitionspartner zuwandte, mit dem eine realpolitische Weichenstellung möglich war und sich von dem abwandte, der in diesen Fragen ideologisch blockiert war. Aus der Perspektive der FDP-Führung ging es nicht um einen radikalen Bruch mit der bisherigen sozial-liberalen Politik, sondern um eine Fortsetzung der zwei politischen Projekte, der Haushaltssanierung und dem NATO-Doppelbeschluss, die bereits begonnen wurden, aber aufgrund der inneren Gemengelange innerhalb der SPD nicht weitergeführt werden konnten.

Während die CDU/CSU im Jahr 1969 aus ideologischen Gründen zu einer Annäherung an Moskau nicht bereit war und gesellschaftspolitischen Reformen ablehnend gegenüberstand, zeigte sich im Verlauf des Jahres 1982, dass die SPD aus ideologischen Gründen weder die realpolitische Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mitzutragen bereit war noch dem NATO-Doppelbeschluss den notwendigen Rückhalt geben würde. Hier von einem „Verrat" zu sprechen, geht an der historischen Realität vorbei und verkennt auch, dass in modernen Demokratien Koalitionen zum Erreichen bestimmter Ziele geschlossen werden und keinen Selbstzweck darstellen. Die „Verratsthese" war Teil der Inszenierung von Helmut Schmidt, sein Gesicht zu wahren. Der SPD-Finanz- und Verteidigungsminister Hans Apel hat später selbst eingeräumt, dass es darum ging, eine „Kulisse" zu schaffen, um die Gräben innerhalb der SPD nicht allzu sichtbar werden zu lassen.[12] Die Geschichte der „Wende" von 1982 ist vor allem als ein Wechselspiel zwischen den neuen realpolitischen Zwängen und der ideologischen Blockade der SPD zu verstehen.

12 Zit. nach Hans-Dieter Heumann: Hans Dietrich Genscher. Die Biographie. Paderborn 2012, S. 124.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dass die sozial-liberale Koalition unter realpolitischen Zwängen agierte, zeigt der Umstand, dass die Politik der Haushaltssanierung, die später zum zentralen Projekt der christlich-liberalen Koalition werden sollte, bereits von der sozial-liberalen Koalition eingeleitet wurde, obwohl das wenigstens den politischen Idealen der SPD widersprach. Die „Wende" in der Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde bereits nach der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 begonnen. Während des Bundestagswahlkampfes hatte die CDU/CSU versucht, das Thema Staatsverschuldung auf die Agenda zu bringen und die sozial-liberale Koalition damit zu stellen. Der sozialdemokratische Finanzminister Hans Matthöfer hatte im Wahljahr Optimismus verbreitet. Im Februar 1980 hatte Matthöfer erklärt, die Regierung habe nicht mehr Kredit aufgenommen, als zur Sicherung der Beschäftigung in Deutschland unabweisbar erforderlich sei. Die wirtschaftliche Lage beschrieb er trotz der zweiten Ölkrise als die beste seit Jahren.[13] Im April 1980 rechtfertigte Matthöfer die Kreditaufnahme im Ausland in einem Interview mit dem „Spiegel" damit, dass sie dem internationalen Wirtschaftsausgleich diene.[14] Im Sommer 1980 beschwerte sich der Finanzminister über die öffentliche Kritik an der Haushaltspolitik der sozial-liberalen Koalition. Es seien im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung „tiefsitzende Ängste und Vorurteile" geweckt worden.[15] Die Beschwichtigungspolitik hatte durchaus Erfolg. Der Opposition gelang es nicht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sich tatsächlich eine ernsthafte Krise der öffentlichen Finanzen anbahnte. In Umfragen erklärten 57 Prozent der Befragten, dass sie die Höhe der Staatsverschuldung für vertretbar hielten, wenn damit Investitionen getätigt und Arbeitsplätze gesichert würden.[16]

Nach der Wahl ließen sich die Probleme der Staatsfinanzen mit Zweckoptimismus, wie ihn der Bundesfinanzminister verbreitet hatte, nicht länger überspielen. Die Haushaltsdaten verschlechterten sich rapide, und es zeigte sich bald, dass die Konjunktur durch die zweite Ölkrise nicht nur gebremst worden war, sondern sich die Bundesrepublik auf eine Rezession zubewegte.[17] Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP sagten die fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute voraus, dass die Wirtschaft stagnieren und die Arbeitslosigkeit auf 1,1 Millionen an-

13 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Band 113, S. 15193 ff.
14 Der Spiegel, Nr. 15./34, 7. April 1980, S. 37 ff.
15 Zit. nach Der Spiegel, Nr. 32/34, 4. August 1980, S. 22 f.
16 Ebd.
17 Wirtschaftswoche, Nr. 5/35, 23. Januar 1981, S. 12 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

steigen würde.[18] Heute mögen wir solche Zahlen für niedrig halten, aber damals waren sie für die Öffentlichkeit ein Schock. Mehr als ein Jahrzehnt war es nun her, dass die sozial-liberale Koalition mit großer Reformeuphorie gestartet war. Diese Euphorie war möglich gewesen, weil Vollbeschäftigung und wachsende Steuereinnahmen Verteilungsspielräume geboten hatten. Der „Machtwechsel" (Baring) war also von einer günstigen wirtschaftlichen Lage begleitet gewesen, die zu sozialen Reformen und gesellschaftspolitischen Visionen geradezu eingeladen hatte. Doch diese Zeit war spätestens mit der ersten Ölkrise von 1973 und dem Ende von Bretton Woods, also der stabilen Wechselkurse, vorbei.

Die Vorstellungen einer „Idealpolitik" sozialer Reformen wichen einer „Realpolitik", die sich vor allem mit der Bewältigung der Folgen wachsender Schulden und Arbeitslosigkeit beschäftigen musste. Personell kam das durch den Wechsel von Willy Brandt, der von seinen Anhängern stark mit der idealistischen Seite der Politik identifiziert wurde, zu Helmut Schmidt, der das Image als „Krisenmanager" pflegte, zum Ausdruck. Mit Helmut Schmidt setzte eine Phase ein, in der die Regierung versuchte, die steigenden Arbeitslosenzahlen mit Hilfe von keynesianischen Konjunkturprogrammen zu bekämpfen. Das zeigte keine nachhaltige Wirkung auf dem Arbeitsmarkt, dafür stieg aber die Staatsverschuldung rasant. Die keynesianischen Rezepte erwiesen sich als wirkungslos. Damit war der Keynesianismus, der mit Karl Schiller der SPD ein neues, moderneres Image gegeben und in Form der Globalsteuerung sogar in Teilen Einzug ins Grundgesetz erhalten hatte[19], praktisch gescheitert. Werner Abelshauser schreibt in seiner „Wirtschaftsgeschichte" es sei fraglich, ob die hohe Arbeitslosigkeit der siebziger Jahre mit konjunkturellen Faktoren erklärt werden könne. Wichtiger seien „strukturelle Anpassungsprozesse", die mit Konjunkturprogrammen gerade nicht behoben werden konnten.[20]

Das Wirkungslosigkeit von Konjunkturprogrammen, steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Verschuldung sind klar als realpolitischer Zwang zu definieren, der eine Politik zur Folge hatte, die wenigstens nicht den Wünschen der SPD entsprach. Spätestens nach der Bundestagswahl 1980 stellte die wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundene Notwendigkeit der finanzpolitischen Konsolidierung die Koalition damit vor eine neue Herausforderung, die insbesondere für den linken Flügel der SPD nur schwer zu verkraften war. Der „Krisenmanager" Helmut Schmidt scheiterte schließlich, weil ihm das Krisenmanagement angesichts des fehlenden Rückhalts in den eigenen Reihen nicht mehr gelang.

18 Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt. Stuttgart 1987, S. 188.
19 Nützenadel: Stunde der Ökonomen (wie Anm. 2), S. 308-316.
20 Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004, S. 422.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nach der Wahl 1980 forderte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff als erstes die Sanierung des Bundeshaushalts.[21] Das Ergebnis der Koalitionsgespräche waren moderate Einsparungen etwa bei Subventionen und die Erhöhung der Mineralölsteuer. Die Neuverschuldung sollte auf 27 Milliarden D-Mark begrenzt werden. Bei den Koalitionsverhandlungen war es vor allem darum gegangen, das Klientel von SPD und FDP gleichermaßen stark zu belasten. Der Kompromiss war aber noch keine grundsätzliche Neuaufstellung der sozial-liberalen Finanzpolitik, sondern eine Haushaltsplanung nach dem Prinzip Hoffnung. Die Hoffnung beruhte auf der Erwartung, dass sich die Konjunkturentwicklung im Laufe des Jahres verbessern würde.[22] Diese Erwartung erfüllte sich jedoch nicht, vielmehr verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage noch. „Eine kräftige Abwertung der D-Mark, ein hohes Zinsniveau, der fortschreitende Geldschwund, ein gewaltiges Leitungsbilanzdefizit und eine erneut sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit kennzeichneten die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik im Jahr 1981."[23] Die Arbeitslosigkeit stieg 1981 auf 1,37 Millionen Menschen und lag damit 400.000 Personen höher als im Jahr davor.[24]

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung veränderten sich auch die öffentliche Wahrnehmung und die allgemeine Stimmung. Theo Sommer schrieb in der „Zeit": „Wir leben am Ende der Sorglosigkeit, in der es als unumstößliche Wahrheit galt, dass es immer nur vorwärts gehen werde, niemals wieder rückwärts oder einfach nur weiter auf der Stelle."[25] Sogar vom „Staatsbankrott" war in der Presse die Rede.[26] Dieser massive Druck durch die sich verschlechternden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen führte auch zu einer Neuorientierung der sozial-liberalen Finanzpolitik. Die Koalitionäre rauften sich tatsächlich noch einmal zu einem gemeinsamen Kraftakt zusammen. Allen Beteiligten war klar, dass die Zukunft der Koalition auf Messers Schneide stand und von einem Erfolg der Konsolidierungsoperation abhing. Helmut Schmidt hatte schon im Juni 1981 festgestellt, dass nicht der NATO-Doppelbeschluss, sondern die Haushaltspolitik der Prüfstein für die Haltbarkeit der Koalition sei.[27] Er legte sich darauf fest, dass die Neuverschuldung nicht über 26,5 Milliarden D-Mark steigen solle. Im Juli 1981 bestimmte er zusammen mit Bundesfinanzminister Matthöfer im Kanzleramt die Leitlinien für die Konsolidierung. Schmidt und Matthöfer waren sich darin einig, man müsse „den Leuten deutlich vor Augen" führen, dass „die gegenwärtige

21 Der Spiegel, Nr. 42/34. 13. Oktober 1980, S. 26 ff.
22 Jäger/Link: Republik im Wandel (wie Anm. 18), S. 188 f.
23 Ebd., S. 194.
24 Ebd.
25 Die Zeit, Nr. 24/36, 5. Juni 1981, S. 1.
26 Die Zeit, Nr. 22/36. 22. Mai 1981, S. 1.
27 Der Spiegel, Nr. 27/35, 29. Juni 1982, S. 25.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ökonomische Lage keinen weiteren Spielraum für mehr sozialpolitischen Raum zulässt."[28] Der Gegensatz verlief dabei nicht zwischen dem Bundeskanzler, dem Bundesfinanzminister und der FDP, sondern zwischen ersteren und ihrer eigenen Fraktion. Unter den Sozialdemokraten bildete sich die Haltung aus, ein Ende der Koalition gegenüber weiteren Sparanstrengungen als das kleinere Übel zu sehen. Solche Positionen wurden in der Bundestagsfraktion im Laufe des Sommers offen artikuliert, und Herbert Wehner als Chef der Bundestagsfraktion tat wenig, um dieser Stimmung entgegenzutreten. Ihm ging es noch im Wesentlichen darum zu verhindern, dass der SPD die Schuld am Scheitern der Regierung zugeschrieben werden konnte.[29] Bundesfinanzminister Matthöfer fand den „Verlust an Realitäts- bzw. Verantwortungsbewusstsein und an Gestaltungswillen in der Partei fast zum Verzweifeln."[30] Partei und Fraktion der SPD waren nicht bereit, sich den Folgen zu stellen, die die wirtschaftliche Lage und die steigende Neuverschuldung geschaffen hatten. Aufgrund dieser Gemengelage wollte Helmut Schmidt eine offene Diskussion über die konkreten Schritte zur Haushaltssanierung vorerst vermeiden.[31]

Grundsätzlich waren sich Helmut Schmidt, Hans Matthöfer und die FDP-Führung über die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung einig. Uneinigkeit bestand jedoch über den Fahrplan und die Vermittlung des neuen Kurses in der Öffentlichkeit. Die Erwartungshaltung und auch die Krisenstimmung dort waren zu groß, um die Debatte auf das kommende Jahr oder gar auf die Zeit nach dem nächsten SPD-Parteitag im Frühjahr 1982 verschieben zu können. Es bestand für die FDP die Gefahr, in den Abwärtsstrudel der Koalition hineingezogen zu werden, wenn diese nicht handlungsfähig war und die Liberalen kein klares Profil zeigten. Der FDP-Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher setzte deshalb im August 1981 mit dem so genannten „Wende-Brief" ein deutliches Signal. Genscher hatte zuvor mit seinem Amtsvorgänger Walter Scheel gesprochen, der die Ansicht teilte, dass es in „Phasen der Veränderung" die Aufgabe der Liberalen sei, die „geistige Führung zu übernehmen."[32] Hans-Dietrich Genscher erklärte in dem Brief an die Mitglieder der FDP, dass eine „Wende […] im Denken und Handeln notwendig sei." Die „Anspruchsmentalität" müsse gebrochen werden. Er forderte mehr Selbstverantwortung und Freiheit, das Land stehe an einem „Scheideweg." In der Presse wurde der Brief als Ultimatum der FDP an die

28 Werner Abelshauser: Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschaftler, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn 2009, S. 480.
29 Ebd., S. 480 f.
30 Ebd., S. 483.
31 Ebd., S. 480 f.
32 Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 448. Der „Wendebrief" ist abgedruckt in Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, S. 623-630.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

SPD gewertet, was Bundeskanzler Helmut Schmidt als übertrieben ansah, aber doch als eine verschärfte Gangart der FDP im Umgang mit dem Koalitionspartner werten musste.[33]

Am Ende der Verhandlungen stand ein Haushaltsentwurf, der Einsparungen in der Größenordnung von fast 16 Milliarden D-Mark vorsah. Sieben Milliarden D-Mark sollten durch Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit erreicht werden. Daneben trugen Kürzungen beim Kindergeld, aber auch die Erhöhung von Verbrauchssteuern zu der
Summe bei.[34] Das Resultat beruhte auf der Einigung des sozialdemokratischen Finanzministers mit der FDP. Mit der „Operation 1982" hatte die Koalition trotz aller Misshelligkeiten gezeigt, dass sie noch in der Lage war, notwendige, aber unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen. Beide Seiten hatten Zugeständnisse gemacht, die Kürzungen trafen Sozialleistungen für Arbeitnehmer ebenso wie für Beamte und Bauern, die zum Wählerpotential der FDP zählten.[35]

Die traditionelle sozialdemokratische Verteilungspolitik und die Ausweitung sozialer Leistungen, die in den ersten Jahren der sozial-liberalen Koalition eine große Rolle gespielt hatten, waren durch das Ziel der Haushaltskonsolidierung und der teilweisen Rückführung eben dieser Leistungen ersetzt worden. Sparpolitik in einer Rezession war ein klarer Bruch mit dem bisherigen „Mantra" des Bundeskanzlers, dass im Abschwung nicht gespart werden dürfe. Die „Operation 1982" war damit tatsächlich eine „Wende" in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber eine Wende, die innerhalb der Koalition auf ein geteiltes Echo stieß. Helmut Schmidt erklärte, er sei mit dem Ergebnis der Sparbeschlüsse „sehr zufrieden" und Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff meinte etwas kritischer, man habe den Haushalt in Ordnung gebracht, aber noch nicht „das Haus."[36] Es bleibt festzuhalten, dass Bundeskanzler, Bundesfinanzminister und FDP nach wie vor zu Kompromissen fähig und zu Zugeständnissen bereit waren. Was jedoch die Lebensfähigkeit der Koalition mittelfristig in Frage stellte, war die nicht von der Hand zu weisende Unzufriedenheit in Fraktion und Partei der SPD.

Da sich die konjunkturelle Lage nicht verbesserte, schien die von Schmidt gesetzte Grenze für die Neuverschuldung von 26,5 Milliarden D-Mark kaum haltbar. Es zeichnete sich für das Jahr 1982 ein Defizit von 30 Milliarden D-Mark ab. Der größte Kostentreiber waren die Ausgaben für die steigende Arbeitslosigkeit, die im Frühjahr bei 1,8 Millionen lag. Nach den Erfahrungen mit der eigenen Fraktion im Sommer 1981 war der SPD-Führung klar, dass die notwendigen Konsolidierungsschritte gegen die eigene Partei kaum noch

33 Hartmut Soell: Helmut Schmidt.1969 bis heute. München 2008, S. 859.
34 Abelshauser: Nach dem Wirtschaftswunder (wie Anm. 28), S. 484.
35 Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1), S. 201.
36 Zit. nach Die Zeit, Nr. 33/36, 7. August 1981, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

durchsetzbar waren. Matthöfer erklärte eine Sparanstrengung wie im vorangehenden Jahr sei „weder möglich, noch nötig."[37] Da weitere Einsparungen auf den Widerstand der SPD stießen und Steuererhöhungen auf denjenigen der FDP, wurde der Raum für einen Kompromiss immer enger. Die SPD trat darüber hinaus für ein Beschäftigungsprogramm ein, das den Bundeshaushalt zusätzlich belastet hätte. Der Ton wurde deutlich rauer. Der Bundesgeschäftsführer der SPD Peter Glotz warnte im Mai 1982 davor: „Die alten Geldeliten und Neokonservativen sind darauf aus, die wirtschaftliche Krise zur Umverteilung und dem Abbau von Arbeitnehmerrechten zu nutzen."[38] Solche klassenkämpferischen Äußerungen waren nicht unbedingt dazu angetan, das Verhältnis zum liberalen Koalitionspartner zu festigen.

Eine Regierungskoalition, die nicht mehr in der Lage ist, einen gemeinsamen Haushalt zu verabschieden, ist am Ende. Für Helmut Schmidt zeichnete sich ab, dass er die Gewerkschaften als Verbündete zu verlieren drohte. Schmidt hatte sich vor allem auf den Gewerkschaftsflügel seiner Partei stützen können, wenn es um die Auseinandersetzung mit der Neuen Linken in der SPD ging.[39] Doch schon die Ergebnisse der „Operation 1982" waren im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ungünstig aufgenommen worden. Der gewerkschaftliche Vorschlag einer Ergänzungsabgabe konnte gegen den Widerstand der FDP nicht durchgesetzt werden. Die Einschnitte im sozialen Bereich und beim Kindergeld empfand wiederum die Gewerkschaftsführung als Zumutung.[40] Im Sommer 1982 spitzte sich der Konflikt zu, und ein möglicher „Bruch" zwischen Gewerkschaften und SPD schien in den Bereich des Möglichen zu rücken. Im Juli und August kam es zu einer „regelrechten Kampagne der Gewerkschaften gegen die Regierungspolitik, und dabei wurde nun die SPD nicht mehr – wie sonst üblich – verschont."[41] Helmut Schmidt sah sich der Gefahr ausgesetzt, sich politisch zu isolieren. Ohne die Unterstützung seiner Partei und der Gewerkschaften wurde seine Stellung unhaltbar. In dieser Lage entschloss er sich, wieder den Schulterschluss mit der SPD und den Gewerkschaften zu suchen, auch wenn dies das Aus für die sozial-liberale Koalition bedeuten konnte.[42]

Das Schicksal der sozial-liberalen Koalition wurde letztendlich durch die Konjunkturschwäche besiegelt. Der Widerstand gegen weitere Einsparungen würde auf größeren Widerstand der SPD-Fraktion stoßen. Bei einer Verschlechterung der Konjunktur und der der Haushaltsplanung zu Grunde lie-

37 Der Spiegel, Nr. 15/36, 12. April 1982, S. 17.
38 Die Zeit, Nr. 35/37, 27. August 1982, S. 18.
39 Klaus Kempter: Eugen Loderer und die IG Metall. Biographie eines Gewerkschafters. Filderstadt 2003, S. 477.
40 Ebd., S. 461 f.
41 Ebd., S. 475.
42 Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1), S. 208 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

genden Fundamentaldaten waren weitere Einschnitte jedoch kaum zu vermeiden. Eine einvernehmliche Lösung von Kanzler, Fraktion und FDP war in diesem Fall nicht mehr zu erwarten.[43] Am Ende des Sommers zeigte sich, dass weitere Einsparungen dringend notwendig waren, um den Bundeshaushalt zu sanieren. Vier bis fünf Milliarden D-Mark mussten aufgebracht werden, um die Lücken zu schließen. Für eine weitere gemeinsame Kraftanstrengung fehlte jedoch die politische Grundlage. Die FDP konnte sich auf eine Politik höherer Neuverschuldung und Besteuerung nicht einlassen, der Bundeskanzler seiner Partei und den Gewerkschaften keine weiteren Einschnitte mehr zumuten. Es ging deshalb seit dem 25. August 1982, als es im Kabinett, anders als angekündigt, nicht zu einer Aussprache über den Bundeshaushalt kam, im Grunde nur noch darum, wann und wie die Koalition beendet werden würde, aber nicht mehr darum, ob sie noch weiter bestehen könnte.[44]

Die Koalition aus SPD und FDP war den realpolitischen Anforderungen, die die wirtschaftliche Lage an sie stellte, nicht mehr gewachsen. Diese Anforderungen resultierten aus den Zwängen, die sich durch die veränderten Rahmenbedingungen ergaben. Die hohe Arbeitslosigkeit führte zu höheren Ausgaben und geringeren Einnahmen. Der Versuch, mit Konjunkturprogrammen gegenzusteuern, war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gescheitert. Was blieb, waren Einschnitte im Haushalt und im sozialen Netz, um die Verschuldung zu senken und das Vertrauen wiederherzustellen. Dass es sich um einen Zwang handelt, lässt sich daran erkennen, dass dieser Politikwechsel zur selben Zeit auch in anderen Ländern eingeleitet wurde, in Großbritannien, in den USA, und später als in der Bundesrepublik auch in Frankreich.[45]

Was folgte war ein politisches Katz- und Maus-Spiel, bei dem es darum ging, nicht selbst die Verantwortung für das Ende der Koalition übernehmen zu müssen, sondern dem Koalitionspartner den Schwarzen Peter zuzuschieben. Der damalige Verteidigungsminister Hans Apel beschrieb Schmidts Inszenierung des „Verrats“ der FDP später zutreffend als „Kulisse“.[46] Beide Seiten begannen Positionen aufzubauen, die eine Fortsetzung der Koalition unmöglich machten. Der SPD-Fraktionschef Herbert Wehner äußerte am 2. September gegenüber dem DGB-Bundesvorstand, dass Korrekturen in seinem Sinne noch möglich seien. Helmut Schmidt war entschlossen, die „Ergänzungsabgabe“ zu fordern. In einer Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion hob er die Bedeutung des Bündnisses der SPD mit den Gewerkschaften

43 Jäger/Link: Republik im Wandel (wie Anm. 18), S. 241.
44 Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1), S. 209.
45 Zum französischen Fall: Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat und Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts. Frankfurt/M. 1999, S. 464-473.
46 Zitiert nach Heumann: Genscher (wie Anm. 12), S. 124.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

hervor und distanzierte sich von den Liberalen. In der Regierungserklärung am 9. September 1982 forderte er den Oppositionsführer Helmut Kohl zum konstruktiven Misstrauensvotum auf und betonte seine Richtlinienkompetenz als Bundeskanzler, was klar als Mahnung an den liberalen Koalitionspartner gerichtet war.[47]

In dieser Situation entstand das „Lambsdorff-Papier". Es war damit der Anlass, aber nicht die Ursache des Endes der Koalition. Lambsdorff hatte das Papier mit dem Titel „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" am 9. September dem Kanzler zugestellt, der diese Expertise bei ihm am 30. August angefordert hatte.[48] Zuvor, am 7. September 1982, hatte der Bundeswirtschaftsminister das Konzept der FDP-Bundestagsfraktion vorgestellt. Lambsdorff kritisierte darin den Anstieg der Staatsquote auf fünfzig Prozent, den Rückgang der Investitionsquote, den Anstieg der Abgabenquote und der Neuverschuldung, die Zunahme der Anspruchshaltung an den Staat. Damit einhergehend konstatierte er eine Vertrauenskrise unter den Unternehmern. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, brauche es ein Gesamtkonzept mit den Schwerpunkten der Haushaltskonsolidierung, Steuerentlastung, mehr Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Stärkung des Wettbewerbs und der Förderung der Selbstständigkeit. In der folgenden Diskussion in der liberalen Fraktion wurden die Vorschläge grundsätzlich unterstützt. Allerdings gab es auch Kritik, die vor allem die mangelnde soziale Komponente und die mögliche Konfliktträchtigkeit mit dem Koalitionspartner betraf.[49] Genau diese Punkte waren es auch, die Helmut Schmidt nutzte, um das Papier als möglichen „Scheidungsbrief" und Affront gegen den Kanzler und die SPD zu interpretieren.

Der Bundeskanzler warf Lambsdorff vor, im Konjunkturabschwung „Deflationspolitik" zu betreiben, die internationalen Einflüsse nicht zu berücksichtigen und den „sozialen Konsens" zu verlassen. Deshalb sah er in dem Papier „keine Grundlage für Verhandlungen." Schmidt war ein Virtuose, wenn es darum ging, mit ökonomischen Begrifflichkeiten zu hantieren, um genau die Politik zu rechtfertigen, die er aus politischen Gründen gerade benötigte. Der Verweis auf die Deflationspolitik und auf die internationalen Einflüsse gehörte seit zehn Jahren zu seinem Standardrepertoire, um höhere Verschuldung zu rechtfertigen und die ökonomischen Probleme im Land auf

47 Jäger/Link, Republik im Wandel (wie Anm. 18), S. 246 f.

48 Gérard Bökenkamp u. a. (Hrsg.): 30 Jahre „Lambsdorff-Papier". Texte und Dokumente zum „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" (9. September 1982), Berlin 2012.

49 Gérard Bökenkamp/Jürgen Frölich: Das „Lambsdorff-Papier" – entscheidende Wendemarke in der bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. In: ebd. S. 7-13, hier S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Weltwirtschaft zu schieben. In diesem Zusammenhang ist auch Schmidts berühmter Ausspruch, fünf Prozent Inflation sei immer noch besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, zu sehen. Schmidt hatte zwischen 1975 und 1980 mit einer Reihe groß angelegter Konjunkturprogramme versucht, zur Vollbeschäftigung zurückzukehren – allerdings ohne Erfolg.[50] Die „Operation 1982" war auch das Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Politikansätze. Dass Schmidt in dieser Situation auf seine keynesianische Argumentation aus den siebziger Jahren zurückgriff, zeigt nicht die Souveränität des „Weltökonomen", sondern vielmehr die Hilflosigkeit eines Politikers angesichts seines sicheren Scheiterns. Schmidt befand sich in einem Dilemma, denn es musste auch ihm klar sein, dass an der Sanierung des Haushalts und verbesserter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft kein Weg vorbei führte. Ebenso durfte ihm aber auch bewusst sein, dass diese Maßnahmen mit seiner Partei und seinen wichtigsten Verbündeten, den Gewerkschaften, nicht umsetzbar waren.

Das von Lambsdorff vorgelegte Papier war also der Anlass, aber nicht die Ursache des Scheiterns. Der Kanzler nutzte die Gelegenheit, um eine Koalition zu beenden, deren Gemeinsamkeiten sich erschöpft hatten und die keine Perspektive mehr besaß. Gleichzeitig hatte sich eine Annäherung zwischen der FDP und der CDU unter Helmut Kohl vollzogen. In den zwei zentralen politischen Fragen der Zeit, der Umsetzung der Konsolidierungspolitik und der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses zeichneten sich deutliche Gemeinsamkeiten zwischen der FDP und der Union ab. Schmidt beschloss deshalb, selbst die Initiative zu ergreifen und das quälend lange Ende der Koalition zu beschleunigen. Er einigte sich mit der SPD-Spitze darauf, dem Bundestag Neuwahlen vorzuschlagen.[51] Doch derweil war die Opposition nicht untätig geblieben, sondern hatte eine eigene Strategie für den Wechsel ausgearbeitet. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU Helmut Kohl wollte keine sofortigen Neuwahlen, sondern zielte auf eine neue Regierung aus CDU/CSU und FDP, die ein eigenes Programm als eine „Eröffnungsbilanz" vorstellen und erste Maßnahmen beschließen konnte, um dann zu einem späteren Zeitpunkt, wenn „die Erinnerung an das, was die anderen angestellt haben, noch nicht verblasst ist", Bundestagswahlen anzusetzen.[52]

Genscher traf Schmidt am 17. September 1982 und teilte ihm mit, dass die FDP-Minister zurücktreten würden. Helmut Schmidt kommentierte die Ereignisse im Nachhinein so: „Weil ich anständig sein wollte, habe ich dem damaligen FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher vorab erzählt, dass ich seine Minister entlassen würde. Dadurch gab ich ihm die Gelegenheit, mir eine

50 Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1), S. 117 ff.
51 Jäger/Link: Republik im Wandel (wie Anm. 18), S. 249 f.
52 Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Köln 2014, S. 447 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

halbe Stunde zuvorzukommen und seinerseits den Rücktritt der FDP-Minister zu erklären."[53] Auf der einen Seite mochte der Koalitionswechsel dadurch glaubwürdiger erscheinen, so als hätte die FDP aus freien Stücken und eigenem Antrieb die Koalition verlassen und das Bündnis mit der CDU/CSU gesucht. Auf der anderen Seite bot der Rücktritt der FDP-Minister auch die von Schmidt gewünschte Vorlage für seine Verratskampagne. Hätte Schmidt die FDP-Minister entlassen, wäre es schwieriger gewesen, ihnen den Bruch des Bündnisses und „Verrat" vorzuwerfen. Denn die FDP hätte darauf verweisen können, dass nicht sie das Bündnis beendet habe, sondern der Bundeskanzler selbst.

Statt sofort zu Neuwahlen zu schreiten, folgten die weiteren Schritte nun dem Plan des zukünftigen Bundeskanzlers Helmut Kohl. Für die FDP waren Neuwahlen zu diesem Zeitpunkt zu riskant, außerdem mussten dringend die haushaltspolitischen Entscheidungen getroffen werden, an denen die alte Koalition gescheitert war. Während der Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP einigten sich die zukünftigen Koalitionspartner auf ein „Notprogramm", das Handlungsfähigkeit demonstrieren sollte, wo die alte Koalition nicht mehr handlungsfähig war. Zur Sanierung des Bundeshaushalts wurde auf der Einnahmeseite die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 um einen Prozentpunkt auf 14 Prozent beschlossen und die Rentenanpassung auf den 1. Juli 1983 verschoben. Das Kindergeld wurde gekürzt, das Schüler-BaföG nur noch in besonderen Fällen gewährt, das Studenten-BaföG in ein Darlehen umgewandelt und die Eigenbeteiligung der Versicherten bei Krankenhausaufenthalten erhöht.[54] Angesichts des Umstandes, dass die Koalitionäre schon im Frühjahr des kommenden Jahres Neuwahlen anstrebten, war die Verabschiedung dieser unpopulären Maßnahmen ein deutliches Zeichen dafür, dass die Regierung dort handlungsfähig war, wo mit der SPD keine Einigung mehr erzielt werden konnte.

Wende, Wechsel oder Wandel?

Der Koalitionswechsel von 1982 war keine „Wende", sondern einfach ein Koalitionswechsel, wie er in einer Demokratie nichts Ungewöhnliches, sondern eigentlich eher etwas Selbstverständliches sein sollte. Koalitionen sind Zweckbündnisse auf Zeit. Die sozial-liberale Koalition wurde von einigen ihrer Anhänger als historisches Bündnis aus „Arbeiterklasse und Bürgertum" überhöht.[55] Helmut Kohl tat im Grunde das Gleiche als er den Begriff der

53 Heumann: Genscher (wie Anm. 12), S. 134.
54 Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1) S. 214.
55 Bökenkamp/Frölich: „Lambsdorff-Papier" (wie Anm. 49), S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„geistig-moralischen Wende“[56] ins Spiel brachte und damit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU/CSU ebenfalls eine historische Bedeutung zumaß, den sie nicht hatte und nicht haben konnte.[57] Große Wendepunkte werden für die Anhängerschaft und die Öffentlichkeit oft inszeniert und ihre Bedeutung stilisiert, was auch dem Bedürfnis der Presse nach dramatischen Ereignissen entgegenkommt. Große Veränderungen erfolgen jedoch in der Politik in vielen Fällen eher in einem längeren Prozess als durch eine plötzliche „Wende.“ Zwei wesentliche Faktoren, die zu dem Koalitionswechsel von 1982 beigetragen haben, waren der Wandel des wirtschaftspolitischen Paradigmas und die veränderte Haltung der Opposition zur Ost- und Deutschlandpolitik.

Kein neues wirtschaftspolitisches Paradigma

Das Jahr 1982 markiert keine Wende im wirtschaftspolitischen Paradigma. Dieser Wandel setzte bereits mit der Ölkrise von 1973 ein und vollzog sich in einem längeren Prozess bis zum Anfang der achtziger Jahre. Vor dem Deutschen Bundestag erklärte Helmut Schmidt als Bundesfinanzminister: „Dann darf ich als Sozialdemokrat dazu sagen, 7,8 Prozent Preissteigerung ist gefährlich, 5 Prozent wäre auch viel, aber auch nur zwei Prozent Arbeitslosigkeit wäre schon schlimmer als fünf Prozent Preissteigerung.“[58] Damit gab Schmidt das vorherrschende volkswirtschaftliche Paradigma der damaligen Zeit wieder. Demnach gebe es eine umgekehrte Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Höhere Inflation gehe mit einem Sinken der Arbeitslosigkeit einher und umgekehrt. Diese Annahme, die als Phillips-Kurve in die Geschichte der Volkswirtschaftslehre einging, verlor durch den Umstand an Überzeugungskraft, dass mit der Ölkrise eine Phase der Stagflation einsetzte, das heißt hohe Inflationsraten- und steigende Arbeitslosenzahlen Hand in Hand gingen. Die Inflation war in vielen westlichen Ländern zweistellig, und die Konjunkturprogramme führten zwar zu einer rasant steigenden Neuverschuldung, aber nicht zur Rückkehr der Vollbeschäftigung, wie Helmut Schmidt versprochen hatte.[59]

Die Inflationsbekämpfung wurde in dieser Zeit rasanter Geldentwertung zum wichtigsten Ziel der westlichen Notenbanken. 1974 war die Deutsche Bundesbank als erste Notenbank der westlichen Welt zur monetaristischen

56 Köhler: Helmut Kohl (wie Anm. 52), S. 351 f.
57 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990. Stuttgart 2006, S. 49 ff.
58 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Band 83, S. 2692.
59 Über Helmut Schmidt als „Weltökonom“: Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1), S. 119-130.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Geldmengensteuerung übergegangen.[60] 1976 übernahm der britische Schatzkanzler der Labour-Regierung Denis Healey monetaristische Konzepte.[61] Auch der demokratische Präsidentschaftskandidat Jimmy Carter machte mit der Ernennung von Paul Volcker den Weg frei für eine monetaristische Geldpolitik.[62] Ebenso verließ der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" Mitte der siebziger Jahre die Pfade keynesianischer Nachfragepolitik zugunsten der sogenannten Angebotspolitik.[63]

Keynesianismus und „Deficit Spending" hatten nicht nur in der Volkswirtschaftslehre, sondern auch in Politik, Presse und Öffentlichkeit ihren Rückhalt verloren. Die „Operation 1982" der sozial-liberalen Regierung folgte bereits dem neuen Paradigma. Die Regierung setzte im Abschwung nicht wie in dem Jahrzehnt zuvor auf Konjunkturprogramme, sondern setzte den Rotstift an, um den Haushalt zu sanieren und das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Die „neoliberale" Epoche begann nicht erst mit den bürgerlichen Regierungen von Thatcher, Reagan und Kohl, sondern wurde bereits von Labour, Demokraten und der sozial-liberalen Koalition eingeleitet. Die wohlfahrtsstaatliche Expansion der frühen siebziger war ebenso an ihre Grenze gestoßen wie die über Haushaltsdefizite finanzierten Konjunkturprogramme der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.[64]

Die Kontinuität liberaler Politik am Beispiel der Steuerpolitik

Die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik stellte eine starke Kontinuität in der liberalen Regierungspolitik dar. Die Unterschiede sind hier viel geringer als es aufgrund der großen Verwerfungen innerhalb der FDP angenommen werden könnte. Nach der Bundestagswahl von 1972 übernahm die FDP das Bundeswirtschaftsministerium und behielt es bis zum Ende der Ära Kohl. Die FDP stellte sowohl innerhalb der sozial-liberalen Koalition, als auch innerhalb der christlich-liberalen Koalition ein marktwirtschaftliches Korrektiv dar. Die Konflikte zwischen der FDP als marktwirtschaftlicher Partei waren dabei innerhalb der Koalition mit der SPD nicht zwangsläufig größer als in

60 Hauke Janssen: Milton Friedman und die „monetaristische Revolution" in Deutschland. Marburg 2006, S. 101 ff.
61 Aled Davies: The Evolution of British Monetarism: 1968-1979. In: Discussion Papers in Economic and Social History, Number 104, October 2012, S. 1-37.
62 Biven: Jimmy Carter's Economy (wie Anm. 9), S. 237 ff.
63 Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1), S. 85 ff.
64 Über die ökonomischen Probleme der Zeit: Herbert Giersch: Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany. Cambridge 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Koalition mit der CDU/CSU. In der Koalition mit der SPD gab es Auseinandersetzungen um den Einfluss der Arbeitnehmerseite auf die Aufsichtsräte, die Investitionslenkung, die Steuerpolitik, die Haushaltssanierung, die Ausrichtung der Konjunkturprogramme und die Ergänzungsabgabe für „Besserverdienende". Mit der CDU/CSU stritt die FDP über die Investitionshilfeabgabe, die Ausgaben für die christdemokratische Familienpolitik, die Pflegeversicherung, die Senkung des Solidaritätsbeitrages.[65] In beiden Koalitionen war die Rolle als marktwirtschaftliches Korrektiv so etwas wie die „raison d´être" der FDP.

Diese Kontinuität liberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigt sich in keinem Bereich so deutlich wie im Bereich der Steuerpolitik. Wenigstens in diesem Bereich gab es keine sozial-liberale FDP vor der „Wende" 1982 und eine „neoliberale" FDP nach dem Koalitionswechsel. Die Entlastung von Steuern und Abgaben war über fast drei Jahrzehnte hinweg ein zentrales Thema liberaler Finanzpolitik und zwar sowohl in den Zeiten der sozial-liberalen als auch der christlich-liberalen Koalition. Die zentralen Themen sind in dieser Zeit dieselben geblieben, besonders das Thema „Kalte Progression" kehrte in unregelmäßigen Abständen immer wieder. Solange der Wirtschaftsboom Anfang der siebziger Jahre zu steigenden Steuereinnahmen führte und die Konjunkturprogramme ab der Mitte der siebziger Jahre eine höhere Neuverschuldung ausdrücklich mit einschlossen, waren sozialdemokratische Ausgabenpolitik und liberale Steuersenkungspolitik durchaus miteinander vereinbar, wenn auch das Verhältnis von zusätzlichen Ausgaben und Steuersenkungen immer neu verhandelt werden musste. Als die Staatsverschuldung Anfang der achtziger Jahre zum zentralen Problem wurde, passte beides nicht mehr zusammen.. Die FDP wollte Steuererhöhungen verhindern, die SPD-Fraktion sah jedoch gerade darin eine Möglichkeit, die Ausgabenkürzungen moderater ausfallen zu lassen.[66]

Die wachsende Steuerlast, die durch Preissteigerungen, Lohnerhöhungen in Verbindung mit der Kalten Progression bedingt war, führte dazu, dass bereits Mitte der siebziger Jahre der Ruf nach Steuerentlastungen größer wurde. Die FDP nutzte die Stimmung im Land geschickt, um ihr Profil als Steuersenkungspartei auszubauen. So setzte die sozial-liberale Regierung im Jahr 1975 eine Steuerreform mit einem Volumen von 13 Milliarden D-Mark in Kraft, was nach damaliger Kaufkraft und Umfang des Haushaltes eine nicht unbeträchtliche Entlastung war.[67] Im Jahr 1978 wurde ein weiteres Entlas-

65 Zur Mitbestimmung: Bökenkamp: Das Ende (wie Anm. 1), S. 155-161; zur Investitionslenkung: ebd., S. 78-80; zur Konjunkturpolitik: ebd., S. 108-117; zur Ergänzungsabgabe: ebd., S. 204; zur Familienpolitik: ebd., S. 248-259; zur Pflegeversicherung: ebd., S. 383-391; zum Solidaritätszuschlag: ebd., S. 491-501.

66 Ebd., S. 206.

67 Zur Steuerreform von 1975 und ihrer Vorgeschichte: ebd., S. 96-101.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tungspaket beschlossen, das eine Tarifanpassung und eine Erhöhung des Grundfreibetrages vorsah.[68] Im darauffolgenden Jahr wurde eine erneute Entlastung, diesmal in der Größenordnung von 17 Milliarden D-Mark, beschlossen.[69] Als sich die Haushaltskrise immer stärker zuspitzte, war es die FDP, die Steuererhöhungen und eine stärkere Belastung der höheren Einkommen verhinderte. Dieser Streit setzte sich innerhalb der neuen Regierung in der Auseinandersetzung um die Investitionshilfeabgabe fast nahtlos fort.[70]

Nach dem Regierungswechsel 1982 stand erst einmal die Haushaltssanierung im Vordergrund. Umfassende Steuersenkungen, um die Wirtschaft anzukurbeln, lehnte der neue Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ab. Er fühlte sich veranlasst, deutlich zu machen, man betreibe keine „Reagonomics."[71] Diese Äußerung zielte auf die Forderungen der FDP. Die FDP war auch unter der christlich-liberalen Koalition die treibende Kraft hinter den Steuersenkungsbeschlüssen von 1986 und denen von 1988.[72] Die Einführung des Solidaritätszuschlages zur Finanzierung der deutschen Einheit gab der FDP ein neues Feld, auf dem sie ihr Profil als Steuersenkungspartei schärfen konnte. Der Streit zwischen der FDP und der CDU über die Senkung des Solidaritätszuschlages wurde zum Teil mit schrillen Tönen geführt.[73] Der Versuch einer großen Steuerreform, die schließlich am Veto der Sozialdemokraten im Bundesrat scheiterte, war auch ein Entgegenkommen gegenüber den Freien Demokraten, die bei Landtagswahlen starke Rückschläge zu verzeichnen hatten.[74] Die Rolle als marktwirtschaftliches Korrektiv und Anwalt der Steuerzahler hatte sich gerade in Krisenzeiten immer wieder als Rettung in der Not für die FDP erwiesen. Insgesamt dominiert in diesem zentralen Politikfeld eindeutig die Kontinuität über den Koalitionswechsel von 1982 hinweg.

Die Entwicklung der CDU/CSU und die Ostpolitik

Die Ost- und Deutschlandpolitik war so etwas wie das Glanzstück der sozial-liberalen Koalition. Sie war erfolgreich, weil sie mit konkreten Verbesserungen für die Menschen in Ost und West verbunden war. Die Lage von

68 Zur Debatte über die Steuerentlastung von 1978 zwischen SPD und FDP: ebd., S. 179-182.
69 Ebd., S. 184 f.
70 Die Investitionshilfeabgabe sollte „Besserverdienende" stärker belasten und der „sozialen Symmetrie" im Sanierungsprogramm der neuen Regierung dienen. Zum Streit um die Investitionshilfeabgabe, vgl. ebd., S. 221 f. u. S. 230-232.
71 Ebd., S. 255.
72 Zur Steuerdiskussion innerhalb der Koalition: ebd., S. 248-256, zur Rolle der Steuerpolitik im Bundestagswahlkampf 1987: ebd, S. 263-269.
73 Zum Streit innerhalb der Koalition über den Solidaritätszuschlag: ebd., S. 491-500.
74 Zum Versuch einer „großen Steuerreform" 1998: ebd., S. 501-510.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

West-Berlin wurde stabilisiert, die Transitwege verbesserten sich, ebenso die Besuchsmöglichkeiten von West-Berlin nach Ost-Berlin und in die DDR. Die Entspannungspolitik wirkte der Entfremdung der Bevölkerung der zwei deutschen Teilstaaten entgegen und hielt die deutsche Frage damit lebendig. Die Bundestagswahl von 1972 wurde zu einem Plebiszit über die Ostpolitik, das die Politik der sozial-liberalen Koalition eindrucksvoll bestätigte.[75] Mit dem Erfolg der Ostpolitik fiel allerdings auch eine zentrale Legitimation des sozial-liberalen Bündnisses weg. Mit der Verabschiedung der Ostverträge galt es, das Erreichte zu bewahren und auszubauen, aber nicht mehr ein völlig neues Projekt anzustoßen.

Das größte Hindernis für die Bildung einer christlich-liberalen und damit der beste Garant für die Erhaltung der sozial-liberalen Koalition war die ablehnende Haltung der Union gegenüber der neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Hinzu kam seit der „Spiegel"-Affäre der Graben zwischen Franz Josef Strauß und der FDP. Darum setzte Strauß auch abwechselnd auf das Verschwinden der FDP und eine absolute Mehrheit der Union oder auf die Gründung einer neuen vierten Partei rechts von der Union, die die Lücke eines fehlenden Koalitionspartners auf Bundesebene schließen sollte.[76] In dem Augenblick, in dem die CDU/CSU sich deutschlandpolitisch den Positionen der sozial-liberalen Koalition annäherte und Strauß' Einfluss auf den bundespolitischen Kurs der Union schwand, musste der Gedanke an ein Wiederaufleben der alten Koalition der Ära Adenauer und Erhard fast zwangsläufig wieder an Überzeugungskraft gewinnen.

Der Wahlerfolg der sozial-liberalen Koalition bei der Bundestagswahl von 1980 gegen Franz Josef Strauß war ein leichter Sieg, aber im Grunde auch ein Pyrrhussieg. Das hervorragende Ergebnis für die FDP war drei Umständen geschuldet: der Befürwortung der Kanzlerschaft Helmut Schmidts, der Ablehnung einer Kanzlerschaft Strauß' und dem Misstrauen gegenüber der SPD. Viele Anhänger und bürgerliche Unterstützer von Kanzler Schmidt sahen in der FDP offenbar einen besseren Garanten für den Erfolg der Regierungspolitik als in der SPD selbst. Mit der Niederlage von Strauß verschwand jedoch auch das entscheidende Hindernis für eine Annäherung von FDP und CDU/CSU. Der alte Gegner der Liberalen war geschwächt und musste sich vorerst nach Bayern zurückziehen, Helmut Kohl übernahm die Regie in der Union. Kohl hatte immer auf ein Bündnis mit den Liberalen gesetzt. Er hatte die Koalition mit den Liberalen in Rheinland-Pfalz selbst dann noch weiter fortsetzen wollen, als er bei den Landtagswahlen eine absolute Mehrheit erreicht hatte. Kohl hatte den späteren Bundeswirtschaftsminister,

75 Henning Köhler: Deutschland auf dem Weg zu sich selbst. Eine Jahrhundertgeschichte. Stuttgart 2002, S. 609 f.

76 Horst Möller: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell. München 2015, S. 503 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den FDP-Politiker Hans Friderichs, auch nach dem Ausscheiden der FDP aus der Koalition in Rheinland-Pfalz als Staatssekretär behalten.[77] Anders als Strauß drohte Kohl nicht, die FDP zu zerstören, sondern setzte auf ein geheimes Werben um den möglichen Koalitionspartner. Er hielt den Kontakt zu Genscher und gab diesem für den Fall des Koalitionsbruchs Garantien. Inhaltlich hatte die CDU/CSU ihre früheren Vorbehalte gegenüber den Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik weitgehend aufgegeben und damit die entscheidende Hürde für eine Zusammenarbeit mit der FDP beiseite geräumt. Generalsekretär Heiner Geißler hatte eine ostpolitische „Öffnung" durchgesetzt. Die von der sozial-liberalen Koalition abgeschlossenen Ostverträge seien völker- und verfassungsrechtlich korrekt anzuwenden und als „Instrumente deutscher Politik im Interesse des deutschen Volkes" zu nutzen.[78]

Nach dem Regierungswechsel von 1982 änderte sich zwar der Tonfall, aber nicht die grundsätzliche Richtung. Zu keinem Zeitpunkt wurden die von der sozial-liberalen Koalition erreichten politischen Vereinbarungen in Frage gestellt. Franz Josef Strauß, der in der öffentlichen Wahrnehmung lange Zeit als größter Gegner der sozial-liberalen Ostpolitik erschien, zeigte mit der Aushandlung der Bürgschaften für die Milliardenkredite an die DDR eine beachtliche Flexibilität.[79] Der Besuch Erich Honeckers in Bonn, obwohl dieser für den Bundeskanzler eine „lästige Pflichtübung" war, war ein deutliches Zeichen dafür, dass die durch die sozial-liberale Koalition eingeleitete Normalisierung in den Beziehungen zur DDR auch unter der neuen Regierung fortgesetzt wurde.[80] An dieser Stelle genügt aber die Feststellung, dass es einen wirklich erkennbaren Bruch der christlich-liberalen Regierung mit den Errungenschaften der Vorgängerregierung nicht gegeben hat, sondern diese auf den erreichten Vertragswerken und Beziehungen aufbauen konnte. Wie Otto Graf Lambsdorff die Kontinuität in der Wirtschaftspolitik verkörperte, verkörperte Hans-Dietrich Genscher die Kontinuität liberaler Außenpolitik.

Während die CDU/CSU sich also nach der Bundestagswahl 1980 auf die Liberalen in außenpolitischen Fragen zubewegt hatte, waren Teile der sozialliberalen Koalition, vor allem der SPD, immer weiter nach links gerückt. Der Durchmarsch der politischen Linken kulminierte nach dem Ende der Koalition in der kompletten Desavouierung des Bundeskanzlers, als der von ihm ganz wesentlich mit initiierte Nato-Doppelbeschluss keinerlei Rückhalt mehr in den eigenen Reihen fand. Auf dem Kölner Parteitag der SPD nach der

77 Köhler: Helmut Kohl (wie Anm. 52), S. 161 f.
78 Zit. nach Jäger/Link: Republik im Wandel (wie Anm. 18), S. 226.
79 Möller: Franz Josef Strauß (wie Anm. 76), S. 592 ff.
80 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 713 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wende unterstützten nur noch vier Prozent der Delegierten die Sicherheitspolitik des Altkanzlers.[81] Auch die wichtigsten Verbündeten des Bundeskanzlers, die Gewerkschaften, konnten sich dieser Entwicklung nicht entziehen, wie etwa der Wechsel von Eugen Loderer zu dem radikaleren Franz Steinkühler an der Spitze der Industrie-Gewerkschaft Metall zeigte.[82] Die SPD verlor mit dieser Entwicklung am Beginn der achtziger Jahre den durch das Godesberger Programm und vor allem durch das Wirken von Herbert Wehner erreichten Status einer regierungsfähigen Partei. Es sollte mehr als eineinhalb Jahrzehnte dauern, bis die jungen Linken um Gerhard Schröder sich zu Realpolitikern gewandelt hatten, die bereit waren, mit den Militäreinsätzen auf dem Balkan und Afghanistan und der Agenda 2010 in den eigenen Reihen unpopuläre realpolitische Entscheidungen zu treffen. Realpolitisch war dies auch in dem Sinne, dass eine andere Politik Probleme verschärft oder die Regierungsfähigkeit der Koalition aufs Spiel gesetzt hätte.

Der Koalitionswechsel von 1982 war, so gesehen, eine Fortsetzung des bereits eingeschlagenen politischen Kurses. Die zentralen Projekte in den ersten Jahren der neuen Regierung, die Haushaltssanierung in der Innenpolitik und die Umsetzung des Nato-Doppelbeschlusses in der Sicherheitspolitik, waren von der sozial-liberalen Koalition angestoßen, aber nicht zu Ende geführt worden. Der Nato-Doppelbeschluss ging schließlich auf Helmut Schmidts Initiative zurück. SPD und FDP hatten sich in der sogenannten Operation 1982 auf weitreichende Sparmaßnahmen geeinigt. Sowohl die Sparmaßnahmen als auch der Nato-Doppelbeschluss überforderten jedoch die SPD. Aus der Perspektive von Genscher und Lambsdorff ging es bei dem Koalitionswechsel nicht zwangsläufig auch um einen Politikwechsel. Es ging darum, den eingeschlagenen Weg fortsetzen zu können, der mit der SPD nicht mehr fortgesetzt werden konnte, um diese Politik in einer Koalition mit der CDU/CSU auf eine solidere politische Basis zu stellen. Man könnte sagen: Die FDP-Führung hatte mit der sogenannten Wende „die Pferde gewechselt“, die Richtung der Politik war jedoch dieselbe geblieben.

81 Heumann: Genscher (wie Anm. 12), S. 123.
82 Kempter: Eugen Loderer (wie Anm. 39), S. 482.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weitere Beiträge

Henning Türk

Liberale Handlungsspielräume im Reaktionssystem? Die Gründung und das Scheitern des „Wochenblatts für die Pfalz“ 1855/56[1]

1. Einleitung

Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 und dem Ende des von Preußen vorangetriebenen Erfurter Unionsprojekts im Dezember 1850 kehrten die deutschen Länder wieder zum System des Deutschen Bundes zurück. Auch auf einzelstaatlicher Ebene versuchten die meisten Regierungen, zentrale Ergebnisse der Märzrevolution aufzuheben oder liberale Bestimmungen auszuhöhlen. Mit einem Bündel von Maßnahmen, das von Verfassungsrevisionen über schärfere Presse- und Vereinsgesetze bis hin zum Aufbau eines polizeilichen Spitzelsystems reichte, gingen die Länder gegen demokratische und liberale Errungenschaften und die politische Opposition vor. Mit dem sogenannten „Bundesreaktionsbeschluss“ vom 23. August 1851 erhielt der Deutsche Bund auf Drängen Preußens und Österreichs sogar die Möglichkeit, in den Ländern zu intervenieren, in denen liberale Gesetze fortbestanden.[2]

Einen zentralen Ansatzpunkt für die Installation des Reaktionssystems in den Mitgliedsländern des Deutschen Bundes bildete die Presse. Im Zuge der Märzrevolution hatte sich allgemein die Pressefreiheit durchgesetzt. Zahlreiche kleinere und größere Zeitungen hatten in dieser aufwühlenden Phase mit ihrer politischen Position die öffentliche Meinung beeinflusst. Nach der Revolution sollte diese Entwicklung aus Sicht der konservativen Regierungen

1 Für die Übernahme der Kosten für die Archivreisen im Rahmen dieser Studie möchte ich mich bei der Fritz Thyssen-Stiftung bedanken.

2 Einen Überblick über die von 1849 bis 1859 dauernde Reaktionsphase bieten Wolfram Siemann: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871. Frankfurt am Main 1990, S. 25-88; Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1994, S. 674-683.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wieder rückgängig gemacht werden. Zwischen 1849 und 1851 wurden daher in den meisten deutschen Ländern Pressegesetze oder Verordnungen erlassen, die auf verschiedenen Wegen die Pressefreiheit wieder einschränkten.[3] Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete das Bundespressegesetz vom 6. Juli 1854, das bestimmte Grundsätze für die Ländergesetzgebung in Presseangelegenheiten festlegte.[4] Die Umsetzung dieser Vorgaben in Landesrecht wurde in den folgenden Jahren allerdings ganz unterschiedlich gehandhabt.[5]

Trotz dieser schwierigen Lage versuchten die Demokraten und Liberalen immer wieder, ihren Positionen publizistisch Gehör zu verschaffen. Obwohl viele Zeitungen nach 1848/49 ihr Erscheinen wieder einstellen mussten, bestanden noch einige Blätter fort, die man dafür nutzen konnte.[6] Ungewöhnlich ist dagegen der Versuch einer Gruppe von Pfälzer Liberalen, in der Hochphase des Reaktionssystems 1855/56 gemeinsam mit Heidelberger Liberalen um den Geschichtsprofessor und ehemaligen Mitherausgeber der „Deutschen Zeitung" Ludwig Häusser eine neue liberale Zeitung, das „Wochenblatt für die Pfalz", auf die Beine zu stellen. Sie wurde zwar im Großherzogtum Baden redigiert und gedruckt, zielte aber inhaltlich auf den Pfalzkreis, der seit 1816 zum Königreich Bayern gehörte. Die Wochenzeitung erschien nur ein halbes Jahr und wurde dann im Pfalzkreis verboten. Im Folgenden soll diese Zeitungsgründung näher beleuchtet werden. Wer stand hinter diesem Projekt, und mit welchen Zielen wurde die Zeitung ins Leben gerufen? Wie wurde das Zeitungsprojekt organisiert? Welche Ideen wurden in der Zeitung vertreten, und warum scheiterte sie? Anhand dieser Fragen soll in dem Aufsatz der Handlungsspielraum der Liberalen in der Reaktionsperiode vermessen werden.

Um die Leitfragen beantworten zu können, soll zunächst das Reaktionssystem der bayerischen Regierung im Pfalzkreis dargestellt werden. Anschließend wird die Zeitungsgründung als Versuch der liberalen Pfälzer analysiert, in diesem System ihre politische Stimme zu Gehör zu bringen. Im folgenden Kapitel geht es sowohl um organisatorische Aspekte als auch um die inhaltliche Ausrichtung des Blattes. Daran schließt sich eine Analyse der

3 Siemann: Gesellschaft (wie Anm. 2), S. 66.

4 Bundes-Preßgesetz vom 7.7.1854, abgedruckt in: Richard Kohnen: Pressepolitik des Deutschen Bundes. Methoden staatlicher Pressepolitik nach der Revolution von 1848. Tübingen 1995, S. 188-192.

5 Kohnen: Pressepolitik (wie Anm. 4), S. 63-67.

6 Ein Beispiel hierfür ist die aus der Urwähler-Zeitung hervorgegangene Berliner „Volks-Zeitung". Siehe hierzu Jürgen Frölich: Die Berliner „Volks-Zeitung" 1853 bis 1867. Preußischer Linksliberalismus zwischen „Reaktion" und „Revolution von oben". Frankfurt am Main u.a. 1990. Zur Rolle der Presse in der Reaktionsperiode siehe Hans-Dierk Fricke: Der Neuenburger Konflikt 1856/1857 im Spiegel der zeitgenössischen Presse. Eine Untersuchung zur Lage der Presse in der Reaktionszeit. Ludwigsfelde 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Verfolgungspraxis durch die Justiz im Pfalzkreis an. Abschließend werden die Ergebnisse im Hinblick auf die Ausgangsfragen zusammengefasst.

2. Das Reaktionssystem als Bestrafung der abtrünnigen Provinz – Bayern und der Pfalzkreis nach der Revolution von 1848/49

Die bayerische Reaktionspolitik nach der Niederschlagung der Revolution verlief zunächst noch relativ mild. König Maximilian II. und sein Berater Karl von Abel konnten sich mit ihrem harten Kurs vorerst nicht gegen das selbstbewusste Auftreten des bayerischen Kabinetts unter Ministerpräsident Ludwig von der Pfordten durchsetzen. Dieser war zwar monarchisch-konservativ eingestellt, hielt aber von einem auf Ausgleich bedachten politischen Ansatz mehr als von einem konfrontativen Vorgehen gegen die Opposition.[7]

Auch im bayerischen Pfalzkreis war die Situation ambivalent. Die Radikalisierung der pfälzischen Oppositionsbewegung in der Reichsverfassungskampagne hatte im Mai 1849 in einer vorübergehenden Loslösung von Bayern gegipfelt. Erst die Niederschlagung des Aufstands durch preußische Truppen Mitte Juni 1849 brachte das Ende des kurzzeitigen Pfälzer Staates. Trotzdem rief der wenig später in der Pfalz eintreffende Oberkommandierende der bayerischen Truppen, Fürst von Thurn und Taxis, am 16. Juni noch den Kriegszustand aus.[8] Dieser räumte dem Militär umfangreiche Sonderrechte ein und wurde erst am 19. Juni 1850 aufgehoben.

Zurückhaltender als der bayerische Oberkommandierende verhielt sich der Regierungspräsident der Pfalz, Johann Baptist von Zenetti. Der liberalkonservative Verwaltungsbeamte war nicht bereit, radikal gegen die Opposition im Pfalzkreis vorzugehen. Mit der Absetzung des Regierungspräsidenten im April 1850 verschärfte die bayerische Regierung allerdings ihren Kurs.[9] An seine Stelle trat der bisherige Regierungsdirektor in Oberfranken Gustav von Hohe. Er übernahm sein Amt mit dem Ziel, die Reste der Oppo-

7 Hannes Ziegler: Gebremste Reaktion – Die Antwort der bayerischen Regierung auf die Pfälzer Mairevolution von 1849. In: Hans Fenske u.a. (Hrsg.): Die Pfalz und die Revolution, Bd. 2. Kaiserslautern 2000, S. 221-262, hier S. 224; Heinz Gollwitzer: Ein Staatsmann des Vormärz: Karl von Abel 1788-1859. Beamtenaristokratie – monarchisches Prinzip – politischer Katholizismus. Göttingen 1993, S. 609 f.

8 Ziegler: Gebremste Reaktion (wie Anm. 7), S. 227.

9 Ebd., S. 235-241; Kurt Baumann: Das pfälzische Appellationsgericht in der Zeit von 1815-1871. In: Wilhelm Reinheimer (Hrsg.): Festschrift zum 150jährigen Bestehen des pfälzischen Oberlandesgerichts. Zweibrücken 1965, S. 1-57, hier S. 46 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sition zu beseitigen und aus der pfälzischen Bevölkerung königstreue Bayern zu machen.[10]

Die juristische Aufarbeitung des Pfälzer Aufstands legte die bayerische Regierung in die Hände des Staatsanwalts/Staatsprokurators am Zweibrücker Appellationsgericht Ludwig Schmitt. Dieser war bereit, die Wünsche des bayerischen Königs umzusetzen und initiierte einen Mammutprozess gegen 333 Beschuldigte wegen „bewaffneter Rebellion". Er scheute sich nicht, die Justiz für die politische Ausschaltung der Opposition zu instrumentalisieren.[11] Dafür wurde er am 14. Januar 1851 mit dem Michaelsorden ausgezeichnet und 1854 in den Adelsstand erhoben.[12] Am 4. Januar 1852 wurde Schmitt zudem zum neuen obersten Staatsanwalt - General-Staatsprokurator - im Pfalzkreis befördert.

Schmitt und Hohe überzogen in den folgenden Jahren die Pfälzer Demokraten und Liberalen mit zahlreichen Prozessen und ließen politisch verdächtige Personen bespitzeln. Ihr Eifer richtete sich vor allem gegen die oppositionelle Pfälzer Presse. Dabei stützten sich Hohe und Schmitt auf das bayerische Pressegesetz vom 17. März 1850.[13] Das Gesetz war durchzogen von „Kautschukparagraphen",[14] die der Regierung bei rigoroser Auslegung zahlreiche Möglichkeiten boten, gegen die oppositionelle Presse vorzugehen. Insbesondere die Verleumdung des Königs, der Mitglieder des königlichen Hauses, der Staatsbeamten, der Landtagsmitglieder und des Militärs wurde mit Gefängnis- und Geldstrafen belegt. Auch ganz allgemein formulierte Tatbestände, die dem Missbrauch Tür und Tor öffneten, wurden in das Gesetz aufgenommen. So durfte beispielsweise die bestehende Regierungsform „nicht mit Spott oder Verachtung behandelt"[15] werden. Ebenso war die strafrechtliche Verfolgung von ausländischen Druckern und Redakteuren erlaubt, wenn diese in ihren außerhalb Bayerns erschienenen Presseerzeugnis-

10 Zu Hohe und seiner Regierungsweise siehe Hannes Ziegler: Die Jahre der Reaktion in der Pfalz (1849-1853) nach der Mairevolution von 1849. Speyer 1985, S. 110-114. Gustav von Hohes Ernennung wurde vor allem von dem Berater des Königs Karl von Abel favorisiert. Siehe Gollwitzer: Abel (wie Anm. 7), S. 607.

11 Baumann: Appellationsgericht (wie Anm. 9), S. 47-49, Ziegler: Gebremste Reaktion (wie Anm. 7), S. 245-249.

12 Baumann: Appellationsgericht (wie Anm. 9), S. 51.

13 Gesetz zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850. In: Die neuen Gesetze für das Königreich Bayern erlassen in Folge des Landtags von 1849/50, sammt den darauf bezüglichen Vollzugs-Instructionen. München 1850, S. 38-56. Siehe dazu auch Stefan Spiegel: Pressepolitik und Presspolizei in Bayern unter der Regierung von König Maximilian II. München 2001, S. 87-99.

14 Lothar Kuppelmayr: Die Tageszeitungen in Bayern (1849-1972). In: Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd. 4: Das neue Bayern 1800-1970. 2. Teilband. München 1975, S. 1146-1173, hier S. 1147.

15 Gesetz zum Schutz (wie Anm. 13), S. 43.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sen gegen das bayerische Gesetz verstießen. Bei einer Verurteilung des Beschuldigten war auch ein Verbot der Zeitung oder Zeitschrift möglich.[16]

Die Regierung der Pfalz unter Regierungspräsident von Hohe beobachtete auf der Basis dieses Gesetzes die Presselandschaft der Pfalz sehr genau, um bei entsprechenden Vergehen sofort einzuschreiten.[17] Ihr Augenmerk richtete sich vor allem auf die „Neue Speyerer Zeitung" des linksliberalen Redakteurs und Politikers Georg Friedrich Kolb. Diesen zermürbte sie mit zahlreichen Prozessen, so dass er seine Zeitung 1853 einstellte und in die Schweiz floh.[18] Damit hatte sich die Regierung von Hohe des wichtigsten Oppositionsblattes entledigt. Die dominierende Zeitung in der Pfalz war jetzt die regierungstreue „Pfälzer Zeitung", die zudem durch ein Monopol für die Veröffentlichung von Regierungserlassen und -inseraten aufgepäppelt wurde.[19]

Von Hohe säuberte auch systematisch die Gemeinderäte der Pfalz und setzte missliebige Bürgermeister ab. Die Möglichkeit dazu bot die Kommunalverfassung des Pfalzkreises, die zum Großteil noch auf den Gesetzen aus der Zeit der Zugehörigkeit zu Frankreich beruhte.[20] Insbesondere griff von Hohe auf ein Gesetz vom 28. Pluviôse VIII (17. Februar 1800) aus der Zeit der napoleonischen Konsulatsregierung zurück. In Artikel 20 des Gesetzes war festgelegt, dass der Gemeinderat sowie der Bürgermeister und seine Stellvertreter (Adjunkten) vom Präfekten bestimmt wurden. Der Präfekt hatte daher auch das Recht, die Gemeinderatsmitglieder, den Bürgermeister oder die Adjunkten zu suspendieren.[21] Diese Bestimmungen galten etwas modifiziert auch in der bayerischen Zeit weiter, mit dem Unterschied, dass der Präfekt durch den Regierungspräsidenten ersetzt wurde. Von Hohe legte diese Bestimmung jetzt extensiv aus. So wurden nach den Kommunalwahlen

16 Ebd., S. 40.

17 Siehe die entsprechenden Akten zur Presseaufsicht im Landesarchiv Speyer (LaS), H1, Bde. 1977-1979.

18 Baumann: Appellationsgericht (wie Anm. 9), S. 50; Ziegler: Gebremste Reaktion (wie Anm. 7), S. 252-257; Elmar Krautkrämer: Georg Friedrich Kolb (1808-1848). Meisenheim/Glan 1959, S. 161-164.

19 Zur „Pfälzer Zeitung" siehe Rudolf Joeckle: Die Geschichte der „Pfälzer Zeitung" unter besonderer Berücksichtigung ihrer politischen Berichterstattung in den Jahren 1849-1870. Masch. Diss. München 1954.

20 Hans Heß: Die Entwicklung der Kommunalverfassung in der linksrheinischen Pfalz. In: Bernhard Kirchgässner/Jörg Schadt (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit. Sigmaringen 1983, S. 151-162; Helmuth Croon: Gemeindeordnung in Südwestdeutschland. In: Helmut Naunin (Hrsg.): Städteordnungen des 19. Jahrhunderts. Beiträge zur Kommunalgeschichte Mittel- und Westeuropas. Köln/Wien 1984, S. 233-271.

21 Loi concernant la division du territoire de la République et l'administration du 28 Pluviôse, an VIII de la République une et indivisible. In: Bulletin des lois de la République. Série 3, tome 1, No. 17, S. 1-8, hier S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1853 mehrere hundert Gemeinderatsmitglieder „pluviôsiert“, wie man diese Praxis in der Pfalz nannte.[22]

Für dieses Vorgehen erhielt von Hohe auch Rückendeckung von dem seit Dezember 1852 amtierenden konservativ-autoritären Innenminister August Lothar von Reigersberg, der am 19. Dezember 1853 in der bayerischen Kammer der Abgeordneten erklärte, dass der Kreisregierung das Recht zur Absetzung von Gemeinderäten und Bürgermeistern im Pfalzkreis zustehe. Die Regierung denke daher

> „auch nicht im Entferntesten daran […], eine gesetzliche Vorschrift, welche ihre Kraft und ihren Einfluß zu erhöhen bestimmt ist, aufzuheben und zwar am allerwenigsten in der Pfalz, die nur durch eine kräftige Leitung vor einer Wiederholung der kläglichen Verirrungen der letzten Jahre bewahrt werden kann.“[23]

Die bayerische Regierung und ihr oberster Vertreter im Pfalzkreis scheuten auch nicht davor zurück, die Wahlen zur Kammer der Abgeordneten massiv zu beeinflussen. Das wurde bei der Wahl 1855 besonders deutlich. Die Wahl war nötig geworden, da König Maximilian II. in der Kammer nicht die Mehrheit hatte, um seine restaurativen Gesetzespläne durchzubringen. Unter anderem hatte er eine Wahlrechtsreform geplant, die eine Rückkehr zur Wahl nach Ständen vorsah, doch war er damit in der Kammer der Abgeordneten gescheitert. Nachdem er daraufhin am 25. März 1855 die Kammer aufgelöst hatte, ging es jetzt in den Wahlen für die Regierung darum, eine königs- und regierungstreue Kammer zu bekommen.[24]

Gustav von Hohe setzte alle Hebel in Bewegung, um im Pfalzkreis konservativ-monarchisch gesinnte Kandidaten durchzusetzen. An die Behörden in der Pfalz schrieb er, dass die Wahlen eine Gelegenheit seien, „das Jahr 1849 zu sühnen“. Am Wahlergebnis werde er erkennen, „ob die Beamten und Bediensteten der Pfalz aus den Jahren 1848 und 1849 eine gute Lehre

22 Ziegler: Gebremste Reaktion (wie Anm. 7), S. 251 f. Zu ähnlichen Säuberungsaktionen in Baden siehe Paul Nolte: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden. In: HZ 252 (1991), S. 57-93, hier S. 86-89.

23 Antwort des Ministers von Reigersberg auf eine Interpellation des pfälzischen Abgeordneten Ludwig Andreas Jordan am 19.12.1853. Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1853/55. Stenographische Berichte, Bd. 1. München 1853, S. 48. Zu von Reigersbergs Rolle als Innenminister siehe Dirk Götschmann: Das bayerische Innenministerium 1825-1864. Organisation und Funktion, Beamtenschaft und politischer Einfluß einer Zentralbehörde in der konstitutionellen Monarchie. Göttingen 1993, S. 271-276.

24 Dieter C. Umbach: Parlamentsauflösung in Deutschland. Verfassungsgeschichte und Verfassungsprozeß. Berlin/New York 1989, S. 98 ff.; Hans Rall: Die politische Entwicklung von 1848 bis zur Reichsgründung 1871. In: Spindler (Hrsg.): Handbuch Bd. 4 (wie Anm. 14), 1. Teilband. München 1974, S. 228-282, hier S. 237 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

genommen haben".[25] Von Hohe kooperierte zudem eng mit der katholischen und protestantischen Kirche. Der Speyerer Bischof Nikolaus von Weis schrieb im Auftrag der Regierung einen Brief an die Geistlichen seines Bistums. Sie sollten Hand in Hand mit den staatlichen Beamten für konservative Kandidaten werben. Die Seelsorger müssten ihre Pfarrgemeinde über die Gefahren aufklären, „welche eine, wie früher oft, den oppositionellen Elementen der Bevölkerung überlassene Wahl auf das Wohl und Wehe des Vaterlandes und der heiligen Kirche zu üben vermöchte."[26] Das protestantische Speyerer Konsistorium schrieb im Vorfeld der Wahlen an die Geistlichen, dass nur solche Männer gewählt werden sollten, welche „mit wahrhaft christlichem Konservatismus […] dem Vaterlande […] gute Dienste leisten".[27] Den Seelsorgern stehe es zu, „irrigen Meinungen und Mißgriffen […] bei der Wahl der Abgeordneten durch zweckmäßige Belehrung ihrer wahlberechtigten Gemeindemitglieder vorzubeugen."

Nach den Wahlen führte dann die Reklamation eines Zweibrücker Bürgers zu der Aufhebung der dortigen Wahlergebnisse aufgrund eines Formfehlers. Anschließend machten die Pfälzer in der Kammer der Abgeordneten weitere massive Verstöße gegen das Wahlgesetz geltend, so dass zahlreiche Wahlergebnisse von den Abgeordneten annulliert wurden. Die Nachwahlen fanden im November 1855 statt.[28]

In dieser aufgeheizten politischen Atmosphäre wurde den pfälzischen Liberalen deutlich vor Augen geführt, wie wenig sie die öffentliche Meinung im Pfalzkreis erreichen konnten. Die Regierung war zu dominant und hatte es in den letzten Jahren geschafft, jegliche oppositionelle Meinung zu unterdrücken. Jetzt versuchten die pfälzischen Liberalen, diesem Zustand mit einer neuen Zeitung etwas entgegenzusetzen.

3. Die Kooperation pfälzischer und badischer Liberaler – Der Plan zur Gründung des „Wochenblatts für die Pfalz"

Die Auseinandersetzungen um die Wahl zur Kammer der Abgeordneten boten zwar den unmittelbaren Anlass zur Gründung einer neuen Zeitung, doch bestand der Plan schon länger. Antreiber des Projekts waren die beiden Dei-

25 Zitiert nach Gernot Kirzl: Staat und Kirche im Bayerischen Landtag zur Zeit Max II. (1848-1864). München 1974, S. 259.
26 Zitiert nach ebd., S. 258.
27 Zitiert nach ebd., S. 259. Daraus auch das folgende Zitat.
28 Siehe zum Beispiel die Diskussionen in der Kammer der Abgeordneten am 25.10.1855 über die Wahlreklamationen im Wahlkreis Landau-Neustadt. Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages 1855/56. Stenographische Berichte, Bd. 1. München 1855, S. 129-138.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

desheimer Weingutsbesitzer Ludwig Andreas Jordan und Franz Peter Buhl.[29] Beide waren verwandtschaftlich und freundschaftlich seit dem Vormärz mit Heinrich von Gagern verbunden. Sie verehrten den ersten Präsidenten der Paulskirchenversammlung und unterstützten dessen Eintreten für ein Erbkaisertum an der Spitze eines zu gründenden deutschen Nationalstaats. Zudem setzten Jordan und Buhl auf eine kleindeutsche Reichsgründung unter preußischer Führung. Damit vertraten sie im Pfalzkreis eine klare Minderheitsposition, denn die meisten linken Pfälzer waren großdeutsch orientiert und lehnten ein preußisches Erbkaisertum ab.[30]

Buhl hatte bereits die seit 1847 zunächst in Heidelberg und später in Frankfurt erscheinende „Deutsche Zeitung" um die badischen Liberalen Friedrich Daniel Bassermann, Karl Mathy, Ludwig Häusser und Georg Gottfried Gervinus finanziell unterstützt.[31] Er hatte aber auch während der Märzrevolution nach einer Zeitung Ausschau gehalten, die stärker als die „Deutsche Zeitung" auf den Pfalzkreis zielte. Zudem sollte sie, im Gegensatz zu Kolbs „Neuer Speyerer Zeitung", kleindeutsch orientiert sein und politisch eher gemäßigt-liberal ausfallen.

Im Herbst 1849 suchte Buhl daher den Arzt Dr. Lukas Jäger auf, der in Annweiler im März 1849 den „Boten aus den Vogesen" gegründet hatte. Dieser hatte hinter der Reichsverfassung gestanden, die Radikalisierung in der Reichsverfassungskampagne jedoch entschieden abgelehnt.[32] Zudem ruhten Jägers Hoffnungen Ende 1849 genau wie bei Buhl und Jordan noch auf Preußen als Führungsmacht bei der Gründung eines deutschen Nationalstaats.[33] Buhl wünschte von Jäger, sein Zeitungsengagement auszubauen und sicherte ihm dafür die volle finanzielle Unterstützung zu.[34] Jäger ließ sich darauf ein, doch die Zusammenarbeit dauerte nur bis ins Jahr 1850, da sich sein Blatt, das mittlerweile als „Pfälzer Zeitung" firmierte, in eine zuneh-

29 Zu den liberalen Pfälzer Weingutsbesitzern und ihren politischen Ambitionen siehe Henning Türk: Ludwig Andreas Jordan und das Pfälzer Weinbürgertum. Bürgerliche Lebenswelt und liberale Politik im 19. Jahrhundert. Göttingen 2016, im Erscheinen.

30 Joachim Kermann: Die pfälzischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung. In: Fenske u. a. (Hrsg.): Pfalz (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 243-321; Krautkrämer, Kolb (wie Anm. 18), S. 137-143.

31 Ulrike von Hirschhausen: Liberalismus und Nation. Die Deutsche Zeitung 1847-1850. Düsseldorf 1998, S. 70.

32 Karl Scherer: Pfälzer Zeitung (1849-1936). In: Historisches Lexikon Bayerns, online unter: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_45018 [letzter Aufruf: 18.3.2016].

33 Wilhelm Kreutz: Revolution – Reform – Reaktion. Regierungspolitik und Parlamentarismus im nachmärzlichen Bayern, unveröffentlichte Habilitationsschrift. Mannheim 1991, S. 310.

34 Joeckle: Pfälzer Zeitung (wie Anm. 19), S. 34.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mend konservative, ultramontane und großdeutsche Richtung entwickelt hatte.[35]

Auch nach diesem gescheiterten Versuch blieb das Zeitungsprojekt ein Thema der beiden Pfälzer Gutsbesitzer. Insbesondere bei ihren regelmäßigen Treffen mit dem liberalen Heidelberger Kreis um den Geschichtsprofessor Ludwig Häusser, zu dem bereits seit dem Vormärz enge Kontakte bestanden, kam das Thema zur Sprache.[36] Bei diesen Zusammenkünften spielte auch der lukullische Genuss unter tatkräftiger Mithilfe von Jordan und Buhl eine wichtige Rolle. Immerhin gehörten Häusser und sein Heidelberger Professorenkollege Georg Gottfried Gervinus zu den größten Privatkunden von Jordan und Buhl und ließen den Wein fässerweise nach Heidelberg liefern.[37] Neben Häusser und Gervinus waren bei den Treffen häufig Heinrich von Gagern und die liberalen Rechtsprofessoren Adolph von Vangerow und Robert von Mohl mit dabei, ebenso der Arzt und liberale Politiker Heinrich Carl Alexander Pagenstecher. Meistens stießen noch diverse Alt-48er dazu, die sich gerade in der Stadt aufhielten, z.B. der Schleswiger Georg Beseler. Bei diesen Diners, die entweder bei Häusser in Heidelberg bzw. Jordan oder Buhl in Deidesheim stattfanden, wurden natürlich auch politische Themen besprochen. Dadurch agierten Jordan und Buhl als Schnittstelle zwischen den Vorderpfälzer und den Heidelberger Liberalen. Das zeigte sich auch bei dem großen Zeitungsprojekt, das Jordan und Buhl 1855 lancierten.

Als die Auseinandersetzungen um das Vorgehen der Regierung von Hohe mit der Wahlbeeinflussung 1855 ihren Höhepunkt erreichten, trafen sich zahlreiche Vorderpfälzer Liberale am 22. Juli 1855 zu einem großen Diner bei Ludwig Andreas Jordan. Neben Jordan und Buhl waren unter anderen die Frankenthaler Juristen Adolph Boyé und Georg Jakob Stockinger, die Dürkheimer Weingutsbesitzer Rudolph Christmann und Wilhelm Sauerbeck, die Wachenheimer Weingutsbesitzer Ludwig Heinrich Wolf und Karl Heinrich Wolf, der Neustädter Gerber Exter, der Neustädter Bankier Dacqué und der Deidesheimer Arzt Dr. Carl Heinrich Schultz anwesend. Die lang andauernde, mit ihren Reden „parlamentär“[38] gehaltene Versammlung führte zu dem Beschluss, eine Zeitung zu begründen und mit Broschüren für die eigenen Anliegen zu werben.

35 Zur Zusammenarbeit siehe die Briefe Jägers an Buhl aus den Jahren 1849/50 in: Bundesarchiv Koblenz (BaK), N 1754 (Buhl), Bd. 76; Ludwig Andreas Jordan an Franz Peter Buhl, München, 6.12.1849, BaK, N 1754, Bd. 7. Zur ultramontanen Ausrichtung siehe Ludwig Andreas Jordan an Josephine Buhl, München, 18.3.1852, BaK, N 1754, Bd. 177.

36 Zu den Treffen siehe zum Beispiel die Tagebucheinträge von Ludwig Andreas Jordan vom 21.12.1851, LaS, V 153 (Bassermann-Jordan), Bd. 35 oder die Briefe Ludwig Andreas Jordans an Häusser in: Universitätsbibliothek Heidelberg, Hs. 3741.

37 Siehe die Briefwechsel von Gervinus bzw. Häusser mit Ludwig Andreas Jordan in der Universitätsbibliothek Heidelberg, Hs. 2526 und Hs. 3741.

38 Tagebucheintrag Ludwig Andreas Jordans vom 22.7.1855, LaS, V 153, Bd. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dafür warteten die Pfälzer Liberalen zunächst noch den Verlauf der anstehenden Nachwahlen für die bayerische Kammer der Abgeordneten ab. Dabei setzten sich im vorderpfälzischen Wahlkreis Landau-Neustadt die liberalen Kandidaten Buhl, Karl Heinrich Wolf und Friedrich Wilhelm Rebenack durch. Ihnen stand im Landtag unter anderem eine konservative Gruppierung bayerischer Beamter aus der Pfalz um Christian Chelius, Ludwig Römmich und Karl Friedrich Ottmann gegenüber. Jetzt wurde der Plan einer Zeitungsgründung konkret, denn es ging vor allem darum, die Rolle der linken Pfälzer Abgeordneten in den Kammerverhandlungen entsprechend zu verbreiten und für die eigene Sache zu werben.[39] Das war über die regierungstreue „Pfälzer Zeitung" nicht möglich, die aus Sicht der Liberalen die Kammerverhandlungen nur „verstümmelt"[40] wiedergab.

Nach dem Beschluss der Pfälzer zur Gründung einer Zeitung besprachen Jordan und Buhl das Projekt mit den in Zeitungsangelegenheiten erfahrenen Heidelberger Freunden. Die beiden einigten sich mit Ludwig Häusser darauf, dass es sich bei der Zeitungsgründung zunächst um eine Wochenzeitung handeln sollte, der man je nach aktueller Entwicklung noch eine Beilage hinzufügen könne. Häusser schlug vor, als Redakteur seinen Freund und früheren Schulkameraden Carl Pfeiffer zu engagieren – „[e]in Mensch von Geist, Bildung u[nd] Charakter".[41] Gedruckt werden sollte die Zeitung bei dem Drucker Heinrich Hogrefe im badischen Mannheim. Die Redaktion saß damit in Heidelberg und die Druckerei in Mannheim. In dieser Trennung sah Häusser kein Problem. Wenn das Blatt gut laufe und in eine Tageszeitung umgewandelt werden solle, könne man weitersehen, schrieb er Buhl.

Zunächst musste für die Konzessionierung der Zeitung die im Großherzogtum Baden vorgeschriebene hohe Kaution von 2.000 Gulden hinterlegt werden. Das war ein beliebtes Instrument der Regierungen, um bereits auf diesem Weg das Erscheinen oppositioneller Zeitungen zu verhindern.[42] Jordan und Buhl, die beide aufgrund ihres florierenden Weingeschäfts über genügend finanzielle Mittel verfügten, übernahmen die vorgeschriebene Kaution, so dass das „Wochenblatt für die Pfalz" auf der mit Häusser, Pfeiffer und

39 Zu den Wahlen und den anschließenden Festessen zu Ehren der liberalen Kandidaten siehe die Tagebucheinträge Ludwig Andreas Jordans vom 20.11.1855, 21.11.1855, 5.12.1855, 9.12.1855, LaS, V 153, Bd. 39. Das Festessen in Edenkoben am 5.12.1855 wurde sogar von der Polizei überwacht.

40 Ludwig Häusser an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 18.12.1855, BaK, N 1754, Bd. 67.

41 Ludwig Häusser an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 7.12.1855, LaS, V 153, Bd. 352. Zu der Verbindung Häussers zu Pfeiffer siehe Anneliese Kaltenbach: Ludwig Häusser. Historien et patriote (1818-1867). Paris 1965, S. 446.

42 Siemann: Gesellschaft (wie Anm. 2), S. 71; Kohnen: Pressepolitik (wie Anm. 4), S. 107-111.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hogrefe vereinbarten Basis mit der ersten Ausgabe am 5. Januar 1856 erscheinen konnte.[43]

4. Gegen die bayerische Bürokratie und die „Kriecherei" der „Pfälzer Zeitung" – Die Programmatik des „Wochenblatts für die Pfalz"

Die politische Ausrichtung des „Wochenblatts" ließ sich bereits an der ersten Ausgabe sehr deutlich erkennen. Sie enthielt einen programmatischen Aufsatz, mit dem sich die Redaktion direkt an die Leser wandte.[44] Darin machte der anonyme Autor zunächst deutlich, dass die unruhige Weltlage aufgrund des Krimkrieges und die Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse einen „größeren Kreise unabhängiger Männer der Pfalz" dazu gedrängt hätten, ihre Ansichten stärker zu vertreten. Diesem Zweck diene die neue Zeitung. Anschließend betonte der Verfasser, dass man sich in Bezug auf Bayern und die Pfalz gegen die Bevormundung durch die Bürokratie wende, die das „sich selbständig gestaltende Gemeindeleben" ersticke – eine klare Anspielung auf die Pluviôsierungen und die Reaktionsregierung Gustav von Hohes im Pfalzkreis. Zudem forderte das Blatt, am Frieden der Konfessionen festzuhalten, wie er mustergültig im Pfalzkreis bestehe. Beide Konfessionen hätten sich dort in ihrer „religiösen Denkungsart vielfach schon geeinigt". Man werde daher auf „die neuen Eiferer" und „ihr verderbliches Treiben […] ein wachsames Auge haben." Außerdem forderte die Zeitung, dass Deutschland eine „seiner Bildung und inneren Kraft" gebührende „Stellung […] nach Außen" einnehmen müsse. Der Verweis der Regierungen auf die ungünstige Weltlage, die einen solchen Schritt als zu riskant erscheinen lasse, sei nicht plausibel, denn die Weltgeschichte werde nie stillstehen, um die deutsche Einheit zu ermöglichen. Es sei im Gegenteil notwendig, eine Nationalstaatsgründung so schnell wie möglich durchzuführen, damit die Weltgeschichte „nicht vernichtend über uns wegschreiten soll". Damit zeigte diese programmatische Abhandlung sehr anschaulich, welche Ziele die hinter dem Blatt stehenden pfälzischen und badischen Liberalen verfolgten. Es ging um eine größere Bewegungsfreiheit gegenüber der Bürokratie, den Religionsfrieden und die nationale Einheit.

Der folgende Artikel stellte eine Art Kommentar zu einer bestimmten konservativen Richtung dar, die sich die Abschaffung der noch bestehenden liberalen Errungenschaften, wie der Verfassung oder der Unabhängigkeit der

43 Zu den Gesprächen mit Pfeiffer und Häusser sowie der Kaution siehe die Tagebucheinträge Ludwig Andreas Jordans vom 30./31.12.1855, LaS, V 153, Bd. 39.

44 An die Leser! In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 1 vom 5.1.1856, S. 1, LaS, H1, Bd. 1982. Daraus auch die folgenden Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gerichte, auf die Fahnen geschrieben habe. Damit griff die Zeitung die restaurativen Pläne des bayerischen Königs Maximilian II. auf, die sich unter anderem in dem Versuch einer Wahlrechtsänderung gezeigt hatten. Die dahinterstehende politische Einstellung sei jedoch nicht konservativ, sondern „destructiv“,[45] meinte das „Wochenblatt“. Ihr sei die „Einschüchterung […] das bequemste Mittel des Regierens.“ Diese Richtung werde man bekämpfen. Dem folgte noch eine bittere Polemik gegen die „Pfälzer Zeitung“, die jedem Ministerium nach dem Mund rede, das „ihr die Zwangs-Inserate nicht entzieht“.[46] Sie habe daher keine festen Grundsätze, sondern könne nur „servil“ genannt werden.

Nach diesem energischen Auftakt kam das Zeitungsprojekt in den folgenden Wochen jedoch nur langsam in Schwung. Das Ziel der Zeitungsgründung, ein liberales Gegenblatt zur „Pfälzer Zeitung“ aufzubauen, war nur schwer zu erreichen. Im März meldete Pfeiffer immerhin ca. 420 Abnehmer des Blattes.[47] Diese saßen nicht nur in der Pfalz, denn Buhl sorgte als bayerischer Landtagsabgeordneter auch für eine Verbreitung der Zeitung in München.[48] Im Zentrum des „Wochenblatts“ standen vor allem die Berichte über die bayerischen Kammerverhandlungen, die von dem demokratischen katholischen Pfarrer und pfälzischen Abgeordneten Franz Tafel verfasst wurden.[49] Zum Teil wurden die Reden der linken pfälzischen Abgeordneten auch wörtlich wiedergegeben.[50] Die Artikel der Zeitung erschienen anonym, doch kann man der vorliegenden Korrespondenz entnehmen, dass die meisten Artikel von Pfeiffer verfasst wurden. Daneben druckte die Zeitung auch Beiträge von Gervinus und Häusser, die sich trotz der in der Zeitung zum Teil ver-

45 Zur Orientirung. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 1 vom 5.1.1856, S. 2, LaS, H1, Bd. 1982. Daraus
auch das folgende Zitat.

46 Aus der Pfalz. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 1 vom 5.1.1856, S. 2, ebd. Daraus auch das folgende Zitat.

47 Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg. 8.3.1856, BaK, N 1754, Bd. 109. Die genaue Auflage der Zeitung ist aufgrund der Quellenlage nicht mehr feststellbar. Die „Pfälzer Zeitung“ hatte als Tageszeitung zum Vergleich in dieser Zeit eine Auflage von 2400 Stück. Siehe Joeckle, Pfälzer Zeitung (wie Anm. 20), S. 48.

48 Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 9.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 109. Zu den Reaktionen in München siehe Franz Peter Buhl an Josephine Buhl, München, 10.1.1856. In: Christian Jansen (Hrsg.): Nach der Revolution 1848/49: Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung. Politische Briefe deutscher Liberaler und Demokraten 1849-1861. Düsseldorf 2004, Dok. 188, S. 362. Der Brief ist von Jansen fälschlicherweise auf das Jahr 1855 datiert und bezieht sich nicht, wie Jansen annimmt, auf die Bayrische Wochenschrift, sondern auf das Wochenblatt für die Pfalz.

49 Ludwig Andreas Jordan an Franz Peter Buhl, Deidesheim, 24.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 7. Zu Tafel siehe Kermann, Die pfälzischen Abgeordneten (wie Anm. 30), S. 269 f.

50 Eine komplette Sammlung der Ausgaben des Wochenblatts für die Pfalz liegt nur in der Universitätsbibliothek Heidelberg vor.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wendeten Korrespondentenzeichen aufgrund der Quellenlage aber nur selten konkret zuordnen lassen.[51]

Insgesamt vertrat die Zeitung in ihrer Ausrichtung eine gemäßigt liberale Position. In ihren Artikeln propagierte sie unter Verweis auf die historische Entwicklung in Deutschland eine konstitutionelle Monarchie und sprach sich gegen ein gleiches Wahlrecht aus. Bei der Repräsentation des Volkes müssten die Lebensstellung und der Besitz der einzelnen Stände oder Klassen berücksichtigt werden. Eine solche „dynamische Repräsentationsweise (nach politischem Werth und Gewicht)“[52] verdiene den Vorzug „vor der nur arithmetischen (nach Kopf- oder Seelenzahl).“ Diese Forderung entspreche auch dem „germanischen Elemente“. Sie habe daher „auch eine historische Grundlage und Berechtigung“ und passe am besten zu den „deutschen Verhältnissen und Eigenthümlichkeiten“.

Diese Argumentationsfigur, bestimmte Entwicklungen aus der Geschichte abzuleiten und ihnen dadurch eine Berechtigung zuzusprechen, findet sich in den Artikeln immer wieder. Sie war bereits ein typisches Kennzeichen für den Liberalismus im Vormärz gewesen und gewann in der Nachmärzzeit nochmals an Bedeutung.[53] Thomas Nipperdey hat diese Entwicklung auf den Punkt gebracht: Geschichte wurde „Führungswissenschaft zur Legitimation von Zielen und Zuständen.“[54] Damit wurden die Historiker und historisch gebildeten Juristen zu entscheidenden Instanzen. Sie konnten mit Hilfe der Geschichte „wissenschaftlich“ begründen, wohin der Zug der Zeit ging, wurden zu Exegeten der Zeitläufte. Auf die Historiker und ihr Wissen war man angewiesen, um zu verstehen und zu begründen, warum bestimmte Dinge weiter existieren sollten und andere nicht. Die Historiker nahmen ihre Rolle dankbar an. Sie beschränkten sich nicht auf ihre geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen, sondern mischten sich eifrig in die publizistische Kommentierung des politischen Tagesgeschehens ein. Der so begründete Liberalismus wurde noch stärker evolutionär als vor der Revolution. Man wollte an das Bestehende, historisch Gewordene anknüpfen und es allmählich verändern, vorsichtig reformieren. In diese Tendenz fügte sich das „Wochenblatt“ nahtlos ein.

Neben den eher historisch-politisch-philosophischen Abhandlungen über Begriffe wie „Repräsentativ-Verfassung“, „Constitutionelle Monarchie“ oder „Conservatismus“ standen in der Wochenzeitung auch zahlreiche Berichte

51 Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 23.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 109; Ludwig Andreas Jordan an Franz Peter Buhl, Deidesheim, 24.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 7; Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 17.2.1856, BaK, N 1754, Bd. 109.

52 Die Repräsentativ-Verfassung. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 7 vom 16.2.1856, S. 37-39, hier S. 38. Daraus auch die folgenden Zitate.

53 Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866 (wie Anm. 2), S. 720.

54 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

über den Fortgang des Krimkriegs und die Friedensverhandlungen in Paris. Dabei begrüßte man insbesondere die Eindämmung des reaktionären Russlands. Vor allem Gervinus warnte in seinem Artikel jedoch vor den Folgen des Krieges. Russlands Aktivitäten würden sich nach dem Krieg zunehmend vom Meer auf das Land verlagern. Davon sei auch die „gedankenlose Zerstreutheit eines dreißigköpfigen Klein-Staatenbundes bedroht".[55] Gervinus' Artikel fiel allerdings etwas aus dem Rahmen, da er seine Einschätzungen vor allem auf die Einstellungen des Volkes in den beteiligten Ländern stützte. Das Volk hielt er für entscheidender als einzelne Staatsmänner.[56] Pfeiffer schrieb daher an Buhl, Gervinus' Ansichten stünden nicht im Einklang mit den sonstigen Positionen des Blattes, sein Beitrag sei dennoch wertvoll.[57]

Im Kontext des Krimkrieges beklagte die Zeitung immer wieder die Machtlosigkeit Deutschlands und die schwache Rolle Österreichs und Preußens in der internationalen Politik. Eine durch den Krimkrieg hervorgerufene nationale Aufbruchstimmung der Linken, wie sie Jansen ausmacht, war das aber noch nicht.[58] Dazu waren die Perspektiven noch viel zu verschwommen. Insofern kann man eher von einer vorsichtigen Wiederaufnahme der Debatten um die nationale Einheit sprechen.

Am schärfsten polemisierte das „Wochenblatt" gegen die „Kriecherei" der „Pfälzer Zeitung" vor der Regierung. Zudem kritisierte es den Ausbau der Bürokratie und die Haltung vieler Beamter, jegliche politische Regung im Pfalzkreis bereits im Keim zu ersticken. Für die „Reaction"[59] hatte das Blatt eine Warnung parat: Wenn man die Wünsche nach politischer Freiheit unterdrücke, werde sich der „Gärprocess" auf den Bereich der Nation verlagern. Dann werde die Bewegung in diesem Bereich umso stärker auf Veränderung drängen. Auch wenn in diesem Kontext die Zeitung relativ zurückhaltend agierte, wurde doch an einigen Stellen deutlich, dass ihre Autoren mehrheitlich an eine „deutsche Mission"[60] Preußens glaubten. Die Zurückhaltung lag darin begründet, dass die kleindeutsche Position in der Pfalz keine Mehrheit besaß. Die meisten Pfälzer Demokraten und Liberalen waren großdeutsch orientiert und sahen Preußen als Hort des Konservatismus und des Militaris-

55 Der Friede. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 4 vom 26.1.1856, S. 17-20, hier S. 20. Dass Gervinus der Verfasser ist, schrieb Pfeiffer an Buhl. Siehe Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 23.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 109.

56 Der Friede (wie Anm. 55), S. 17 f.

57 Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 23.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 109.

58 Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849-1867. Düsseldorf 2005, S. 270-281.

59 Ein Wort der Warnung an die Reaction. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 18 vom 3.5.1856, S. 113 f., hier S. 113. Daraus auch das folgende Zitat.

60 Gustav Diezel's Schrift (Teil V). In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 26 vom 28.6.1856, S. 162 ff., hier S. 163.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mus.[61] Die Zeitung hatte somit eine schwierige Aufgabe. Sie musste einerseits unterschiedliche politische Positionen in der Pfalz berücksichtigen und durfte andererseits bei aller Kritik die Regierung doch nicht so stark provozieren, dass sie verboten wurde. Beides misslang, wie sich an der geringen Popularität der Zeitung im Pfalzkreis und am raschen Einschreiten der Pfälzer Justiz zeigte.

5. Der rasche Gegenschlag – Das Vorgehen der Pfälzer Behörden gegen die Zeitung

Bereits die erste Ausgabe des „Wochenblatts" rief die Pfälzer Behörden auf den Plan. Am Schluss der ersten Nummer stand eine Abhandlung über eine Rede des General-Staatsprokurators des Pfalzkreises, Ludwig von Schmitt, in Zweibrücken. Dieser hatte als höchster Jurist des Pfalzkreises jedes Jahr in einer großen Rede Rechenschaft über die juristischen Entwicklungen des verflossenen Jahres abzulegen. Das „Wochenblatt für die Pfalz" zerpflückte jetzt die in diesem Zusammenhang am 5. November 1855 gehaltene Rede. Die schlichte Botschaft der Rede habe gelautet: Das Bestehende sei gut, und wo Veränderungen notwendig seien, würde dies von der Regierung erkannt und umgesetzt. Insbesondere geißelte die Zeitung das vom General-Staatsprokurator als höchstes Gut dargestellte „monarchische Prinzip",[62] dem alle huldigen müssten. Der oberste Justizbeamte habe die Anhänglichkeit an den König und die Regierung eingefordert. Die Rede sei somit indirekt auch eine Aufforderung gewesen, bei den anstehenden Nachwahlen zur Kammer der Abgeordneten die Vertreter der „Regierungspartei" zu wählen. Die Pfälzer Wähler hätten jedoch bewiesen, wie sie zu dieser Aufforderung stünden. Der anonyme Autor zog ein vernichtendes Fazit: „Wir haben nie an so hoher Stelle und bei so feierlicher Gelegenheit so viele unpassende und so wenig würdige Worte machen hören."

Auf diese direkte Attacke auf General-Staatsprokurator von Schmitt reagierte das Reaktionssystem sofort. Zwei Beamte aus dem Pfalzkreis suchten den Drucker Hogrefe in Mannheim auf und befragten ihn nach dem Verfasser des Artikels. Diesen nannte Hogrefe nicht, doch übernahm er die Verantwortung für den Artikel.[63] Daraufhin wurde ein Verfahren gegen ihn nach § 6 des bayerischen Pressegesetzes eingeleitet, das die Ermittlung gegen au-

61 Siehe zum Beispiel die Berichterstattung der „Neuen Speyerer Zeitung" und der „Pfälzer Zeitung": Krautkrämer, Kolb (wie Anm. 18), S. 137-143; Joeckle, Pfälzer Zeitung (wie Anm. 19), S. 38.

62 Rede eines General-Procurators. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 1 vom 5.1.1856, S. 3 f., LaS, H1, Bd. 1982. Daraus auch das folgende Zitat.

63 Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 9.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 109.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ßerhalb Bayerns publizierende und wohnende Redakteure und Drucker erlaubte. Diese Praxis wurde in Bayern häufig ausgeübt. Dabei setzten die bayerischen Behörden auf ein Kontumazialverfahren, bei dem der Beschuldigte nicht vor dem zuständigen Schwurgericht erschien. In diesem Fall stand dem Angeklagten kein Verteidiger zu, und es entschieden keine Geschworenen, sondern Berufsrichter. Zudem war bei einem Schuldspruch auch ein Verbot der Zeitung möglich.[64]

Zunächst ermittelten die Bezirksgerichte Kaiserslautern, Frankenthal und Landau wegen „Preßvergehens" gegen den Mannheimer Drucker und erließen einen für das Königreich Bayern geltenden Haftbefehl. Dann übernahm das königliche Appellationsgericht in Zweibrücken den Fall und führte die bisherigen Ermittlungen zusammen. Dieses beschloss am 27. Februar 1856, den Prozess gegen Hogrefe zu eröffnen und dem für Pressevergehen vorgesehenen Schwurgericht zu übertragen. In seiner Begründung hob das Appellationsgericht hervor, dass in der von Hogrefe gedruckten ersten Ausgabe des „Wochenblattes für die Pfalz" der General-Staatsprokurator sowohl persönlich als auch in seinen Amtstätigkeiten verspottet und beleidigt werde. Damit werde ein öffentlicher Beamter geschmäht. Die Veröffentlichung dieses Artikels sei daher nach dem Gesetz zum Schutz gegen den Missbrauch der Presse strafbar.[65]

Hogrefe war über diese Entwicklung geschockt und fürchtete um seine Druckerlizenz.[66] Insbesondere beunruhigte ihn, dass parallel dazu in Karlsruhe über die Umsetzung des Bundespressegesetzes im Großherzogtum Baden verhandelt wurde.[67] Damit stand nicht nur das Verbot des Blattes für die Pfalz im Raum, sondern auch die Vernichtung seiner beruflichen Grundlage. Nach einer Unterredung mit Hogrefe schilderte Josephine Buhl ihrem Mann, wie aufgewühlt Hogrefe sei. Er habe ihr mit Vehemenz erklärt: „Man könne mir nicht zumuthen, daß ich meinen Rücken dazu hergebe um allein all die gute oder üble Laune, die einige Heidelberger Hr. Professoren öffentlich aus-

64 Spiegel, Pressepolitik (wie Anm. 13), S. 131-133.

65 Sitzung der Rathskammer des königlichen Appellationsgerichts der Pfalz, Zweibrücken, 27.2.1856, LaS, J2, Bd. 50. Dort auch die Zusammenfassungen der Ermittlungen der Bezirksgerichte.

66 Das war das Kalkül der Behörden, die nach der Märzrevolution vor allem Drucker und Verleger oppositioneller Schriften ins Visier nahmen. Da diese um ihre berufliche Existenz fürchten mussten, konnten sie von den Behörden leicht unter Druck gesetzt werden. Siehe Siemann, Gesellschaft (wie Anm. 2), S. 66 f.

67 Josephine Buhl an Franz Peter Buhl, Mannheim, 23.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 3. Zum Bundespressegesetz vom 6. Juli 1854 siehe Jürgen Müller: Der Deutsche Bund 1815-1866. München 2006, S. 39 f.; Kohnen, Pressepolitik (wie Anm. 4), S. 32-62. In Baden erfolgte die tatsächliche Umsetzung der Bundesbestimmungen erst im Februar 1857. Siehe Hans-Peter Becht: Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution. Düsseldorf 2009, S. 676 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lassen wollen, auf demselben ausklopfen zu lassen."[68] Jordan riet Hogrefe nach Rücksprache mit dem Frankenthaler Anwalt Georg Jakob Stockinger, sich nicht mehr im Pfalzkreis sehen zu lassen.[69]

Der Prozess gegen den Drucker führte jetzt allerdings zu einigen grundsätzlichen Diskussionen. Sollte Hogrefe vor dem Schwurgericht erscheinen, verteidigt von einem bekannten Anwalt, so dass man den Prozess als großen Kampf gegen das Reaktionssystem im Pfalzkreis aufziehen konnte? Oder sollte Hogrefe, das Risiko einer Gefängnisstrafe vor Augen, nicht in Zweibrücken erscheinen, damit aber vor dem Reaktionssystem einknicken, da in diesem Fall keine Geschworenen zugelassen waren und die Richterposten mit regierungstreuen bayerischen Beamten besetzt waren?[70] Die Einschätzung des Prozesses als Chance oder großes Risiko war zwischen den Beteiligten umstritten. Häusser sprach sich gegenüber Ludwig Andreas Jordan für ein Erscheinen Hogrefes aus.[71] Er sah in dem Verfahren einen Wendepunkt für das System von Hohe und von Schmitt. Selbst eine Verurteilung könne, wenn man den Prozess richtig aufziehe, zu einem Triumph werden. Als Beispiel verwies er auf den 1853 stattgefundenen Prozess gegen Gervinus wegen dessen demokratisch angehauchtem Buch „Einleitung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts". Bei diesem Prozess hatte das Mannheimer Hofgericht in erster Instanz Gervinus zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, während das Oberhofgericht anschließend die Verurteilung wegen Verfahrensfehlern wieder aufhob. Der Vorgang hatte für deutschlandweites Aufsehen gesorgt und Gervinus den Entzug seiner Lehrbefugnis eingebracht.[72] Häusser wünschte zusätzlich zu einem Pfälzer Anwalt den Münchener Verteidiger Dr. Hermann für Hogrefe zu engagieren. Wie Häusser hervorhob, dürften „etwas Mühe u[nd] Geld […] hier nicht gescheut werden".[73] Aus Häussers Sicht machte ein solcher Einsatz aber nur Sinn, wenn man auch weiterhin überzeugt von dem „Wochenblatt" sei.

Auch Pfeiffer war für eine solche Taktik. Man müsse die Pfälzer Abgeordneten und ihre Wähler dazu bringen, für das Blatt einzustehen und damit den Prozess „zur Angelegenheit der Pfalz"[74] zu machen. Hier lag jedoch ein

68 Josephine Buhl an Franz Peter Buhl, Mannheim, 23.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 3.
69 Ludwig Andreas Jordan an Franz Peter Buhl, Deidesheim, 11.2.1856, BaK, N 1754, Bd. 7.
70 Baumann, Appellationsgericht (wie Anm. 9), S. 51; Ziegler, Gebremste Reaktion (wie Anm. 7), S. 236-238. Der formale Ablauf des Gerichtsverfahrens war geregelt in: Gesetz das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz betr. In: Königlich Bayerisches Amts- und Intelligenzblatt für die Pfalz 1849, S. 530-534.
71 Ludwig Häusser an Ludwig Andreas Jordan, Heidelberg, 22.4.1856, LaS, V 153, Bd. 352.
72 Zu dem Prozess siehe die Dokumentation von Walter Boehlich (Hrsg.): Der Hochverratsprozess gegen Gervinus. Frankfurt a.M. 1967. Zur Einschätzung von Gervinus' Buch und des Verfahrens siehe auch Gangolf Hübinger: Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte. Göttingen 2006, S. 40-43.
73 Ludwig Häusser an Ludwig Andreas Jordan, Heidelberg, 22.4.1856, LaS, V153, Bd. 352.
74 Carl Pfeiffer an Ludwig Andreas Jordan, Heidelberg, 26.4.1856, BaK, N 1754, Bd. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Problem, denn in der Pfalz wurde das Blatt sowohl stilistisch als auch inhaltlich kritisiert. Josephine Buhl schrieb an ihren Mann, dass die Zeitung für die Pfalz zu intellektuell sei.[75] Pfeiffers Schreibstil wurde in der Pfalz als zu kompliziert wahrgenommen und die unsinnige Anordnung der Artikel beanstandet.[76] Man fühle sich wie „Officiere ohne Soldaten“,[77] schrieb Jordan an Häusser, denn es stünden nicht viele Pfälzer hinter dem „Wochenblatt“. In der Öffentlichkeit würden er und Buhl als Initiatoren gelten. Man empfinde das Blatt in der Pfalz daher als „octroyirt“. Den Pfälzer Demokraten sei man ohnehin zu gemäßigt. Er könne also niemanden auffordern, sich an den Prozesskosten zu beteiligen. Er sei sich daher nicht sicher, ob es nicht sogar besser wäre, wenn das Blatt durch das Kontumazialurteil verboten werde. Dann könnte man die Zeitung in Ehren einstellen. Das würde gleichzeitig die Chance für eine Neugründung auf breiterer Grundlage eröffnen. Im anderen Fall, bei Freispruch oder geringer Verurteilung Hogrefes,

> „vegetirt das Wochenblatt fort und geht nach großen Verlusten an Abonnenten-Mangel zu Grunde, wenn nicht sehr radicale Aenderungen vorgenommen werden. Unser Wochenblatt ist für die Mehrzahl der Pfälzer zu gut; die Zahl der Guten aber ist zu klein; deßhalb wird ein größeres Terrain, ein dankbarerer Boden gesucht werden müssen.“[78]

Trotz dieser Bedenken betonte Jordan, dass er für den Fall, dass Hogrefe sich dem Prozess stelle, bereit sei, gemeinsam mit Buhl Dr. Hermann zu engagieren.

Josephine Buhl lehnte dagegen ganz dezidiert ein groß aufgezogenes Gerichtsverfahren ab. Insbesondere regte sie sich über die Heidelberger Bildungsbürger auf, die über das Geld der Deidesheimer Gutsbesitzer wie selbstverständlich verfügten. Häusser gebe gut gemeinte Ratschläge, die jedoch auf Kosten anderer gingen. Den Heidelberger Intellektuellen warf sie Hochnäsigkeit vor, denn „[d]ie großen Geister stellen sich so unendlich höher als den schlichtern unstudirten Mann, daß sie diesem schon eine Ehre anthun, wenn sie ihren Geistesproducten durch dessen Geld die Wege bahnen.“[79] Weitere Investitionen in das „Wochenblatt“-Projekt würden sich nicht lohnen, denn in seiner jetzigen Aufmachung werde das „Wochenblatt“ „in der Pfalz nie populair“.

75 Josephine Buhl an Franz Peter Buhl, Deidesheim, 29.4.1856, BaK, N 1754, Bd. 3.
76 Philipp Tillmann an Franz Peter Buhl, Edesheim, 14.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 138; Ludwig Andreas Jordan an Franz Peter Buhl, Deidesheim, 24.1.1856, BaK, N 1754, Bd. 7.
77 Ludwig Andreas Jordan an Ludwig Häusser, Deidesheim, 25.4.1856, BaK, N 1754, Bd. 109.
78 Ebd.
79 Josephine Buhl an Franz Peter Buhl, Deidesheim, 29.4.1856, BaK, N 1754, Bd. 3. Daraus auch das folgende Zitat.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Letztlich hing dann alles von der Entscheidung des Druckers Heinrich Hogrefe ab. Dieser war verständlicherweise zu ängstlich, um persönlich vor Gericht zu erscheinen. Pfeiffer hatte zwar angemahnt, Druck auf Hogrefe auszuüben, doch dazu waren weder Buhl noch Jordan bereit.[80] Auch als Jordan am 13. Mai Hogrefe noch einmal aufsuchte, blieb dieser bei seinem Entschluss, sich nicht zu stellen.[81] Daher kam es, wie von Häusser befürchtet, nur zu einem Kontumazialprozess vor dem Assisengericht in Zweibrücken. In diesem wurde Hogrefe am 21. Mai 1856 auf der Basis des bayerischen Pressegesetzes zu viermonatiger Haft, 100 Gulden Geldstrafe und Übernahme der Prozesskosten verurteilt. Zudem wurde das „Wochenblatt für die Pfalz" im Pfalzkreis verboten.[82] Hogrefe legte gegen das Urteil Berufung ein, die am 29. August 1856 abgelehnt wurde.[83]

Über das Verbot des Blattes war Jordan nicht unglücklich, denn es hatte in den Wochen vor dem Gerichtsurteil deutlich an Abonnenten verloren. Jordan sah daher keine Zukunft für die Zeitung. Aus dieser Perspektive erschien das Verbot des „Wochenblattes" als „günstiges Ereigniß".[84] So könne man das Erscheinen der Zeitung in Ehren einstellen und sei nicht gezwungen, in einigen Wochen wegen mangelnden Absatzes aufzugeben. Jordan kam zu dem ernüchternden Fazit: „Ein gewaltsamer Tod eines Blattes ist für uns ehrenvoll, ein Absterben ist schmachvoll." Dieser Ansicht schloss sich auch Buhl an, so dass das Blatt sein Eerscheinen mit der Ausgabe vom 28. Juni 1856 einstellte.

Mit einem Schlusswort an die Leser verabschiedete sich die Zeitung. Darin betonte man, dass das Verbot des „Wochenblatts für die Pfalz" noch einmal gezeigt habe, dass das Verwaltungssystem des Pfalzkreises „eine unabhängige Presse nicht ertragen"[85] könne. Sarkastisch vermerkte man, dass das Monopol der regierungsnahen „Pfälzer Zeitung" damit gesichert sei. In den weiteren Ausführungen rechnete man noch einmal scharf mit dem Reaktionssystem im Pfalzkreis ab. Das System könne nur bestehen, „wenn es eine entmuthigte Presse, entmuthigte Richter und eine entmuthigte Bevölkerung unter sich hat". Der Abschlussartikel appellierte daher auch an den Mut der Pfälzer, sich nicht tatenlos in ihr Schicksal zu ergeben.

Damit war der Versuch von Jordan, Buhl, Häusser und weiteren Pfälzer Liberalen, eine Zeitung im Pfalzkreis und der näheren Umgebung einzufüh-

80 Carl Pfeiffer an Franz Peter Buhl, Heidelberg, 26.4.1856, BaK, N 1754, Bd. 109.
81 Tagebucheintrag Ludwig Andreas Jordans vom 13.5.1856, LaS, V 153, Bd. 40.
82 Untersuchung gegen Heinrich Hogrefe von Mannheim wegen Preßvergehen betr. In: Königlich Bayerisches Kreis-Amtsblatt der Pfalz 1856, Sp. 539 f.
83 Bekanntmachung. In: Königlich Bayerisches Kreis-Amtsblatt der Pfalz 1856, Sp. 1086.
84 Ludwig Andreas Jordan an Franz Peter Buhl, Deidesheim, 24.5.1856, BaK, N 1754, Bd. 7. Daraus auch das folgende Zitat.
85 Schlußwort an die Leser. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 26 vom 28.6.1856, S. 161. Daraus auch das folgende Zitat.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ren, gescheitert. Jordan notierte als Fazit dieses Experiments ernüchtert in sein Tagebuch: „Viel Geld zugesetzt & wenig Anerkennung!“[86]

6. Fazit

Das „Wochenblatt für die Pfalz“ startete im Januar 1856 als Versuch liberaler Pfälzer, gemeinsam mit Heidelberger Geisteswissenschaftlern um den Geschichtsprofessor Ludwig Häusser eine liberale Zeitung für den Pfalzkreis auf die Beine zu stellen. Finanziert wurde die Zeitung vor allem von den Deidesheimer Weingutsbesitzern Ludwig Andreas Jordan und Franz Peter Buhl. In ihren allgemeinen Einschätzungen war die Zeitung sehr gemäßigt und an einer konstitutionellen Monarchie orientiert. Im Zentrum standen vor allem die Berichte über die Aktivitäten der liberalen Pfälzer Deputierten in der bayrischen Kammer der Abgeordneten. Am schärfsten agierte sie in ihren auf die Pfalz bezogenen Artikeln. Darin wandte sich die Zeitung vehement gegen die Dominanz der regierungstreuen konservativen „Pfälzer Zeitung“. Zudem griff sie das Reaktionssystem des Pfälzer Regierungspräsidenten Gustav von Hohe und des General-Staatsprokurators Ludwig von Schmitt direkt an. Damit provozierte sie die Regierung und Justiz in der Pfalz, die umgehend zurückschlugen. Die Zeitung wurde im Pfalzkreis verboten und der Mannheimer Drucker Heinrich Hogrefe zu Gefängnis und Geldstrafe verurteilt.

Das Zeitungsprojekt offenbarte damit zum einen, dass das Reaktionssystem 1856 noch reibungslos funktionierte und zum anderen, dass die vom „Wochenblatt“ vertretene Position im Pfalzkreis noch nicht populär war. Die Pfälzer Bürokratie hatte schnell reagiert und mit dem bayerischen Pressegesetz ein entsprechend weit gefasstes Instrumentarium an der Hand, um eine kritische Presse auszuschalten. Der Handlungsspielraum für die Liberalen war daher im Pfalzkreis 1856 noch sehr eng. Allerdings schreckten die liberalen Pfälzer um Jordan und Buhl davor zurück, den Prozess zu einer publikumswirksamen Abrechnung mit dem Reaktionssystem in der Pfalz hochzustilisieren. Das lag daran, dass Jordan und Buhl mit der inhaltlichen Ausrichtung des Blattes unzufrieden waren und es für zu intellektuell hielten. Zudem hatten ihnen die sechs Monate des Erscheinens vor Augen geführt, dass ihre

86 Tagebucheintrag Ludwig Andreas Jordans vom 8.6.1856, LaS, V 153, Bd. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kleindeutsche, gemäßigt-liberale Position in der Pfalz damals noch keine breite Unterstützung erfuhr.[87]

Die politische Ausrichtung der Wochenzeitung und ihre Unterdrückung durch die Behörden der Pfalz zeigt eines sehr deutlich: Die wieder fest im Sattel sitzenden konservativen Regierungen verpassten im Nachmärz die Chance, mit den eher gemäßigt orientierten Liberalen, die überhaupt nicht an die Abschaffung der Monarchie dachten und sogar ein gestuftes Wahlrecht akzeptierten, zusammenzuarbeiten. Diese Gruppe hätte man problemlos in das Regierungssystem einbinden können. Dazu waren diese Liberalen nach den Erfahrungen der Märzrevolution mit ihren Radikalisierungsschüben durchaus bereit. Indem man aber selbst die gemäßigten Personen der Opposition zuordnete und den Versuch ihrer Einflussnahme bekämpfte, trieb man diese erneut in eine schärfere Gegenposition zur Regierung. Sie suchten sich fast zwangsläufig eine stärkere Basis, um auf diese Weise den Druck auf die Fürsten und die Regierungen wieder zu erhöhen.

Aus der negativen Erfahrung mit dieser Oppositionsrolle in den frühen und mittleren 1850er Jahren heraus erscheinen die mit dem Ende der Reaktionszeit und dem Beginn der „Neuen Ära" aufgebauten Vereinsgründungen und nationalen Netzwerke, wie sie zum Beispiel der 1859 gegründete Nationalverein repräsentierte, als ein Versuch, die Oppositionskräfte zu bündeln und stärker in der breiten Bevölkerung zu verankern.[88] Diese Lehre aus der gescheiterten Revolution und der anschließenden Reaktionszeit hatte auch das „Wochenblatt für die Pfalz" verinnerlicht: „[J]eder Versuch zur Erweiterung der öffentlichen Freiheit" kann nur auf der Basis „hinlängliche[r] Kräfte und Fähigkeiten"[89] unternommen werden. Diese Kräfte galt es zukünftig zu schaffen und zu konzentrieren.

87 Die kleindeutsche Position wurde erst nach dem deutsch-deutschen Krieg von 1866 in der Pfalz mehrheitsfähig. Nach der Niederlage Bayerns an der Seite Österreichs erwarteten die meisten Pfälzer von einem unter preußischer Führung gegründeten Nationalstaat vor allem einen Schutz vor vermeintlichen französischen Expansionsgelüsten. Den Umschwung verdeutlichen die Wahlen zum Paulskirchenparlament und zum Zollparlament. Während zur Nationalversammlung 1848 in der Pfalz nur großdeutsch orientierte Abgeordnete gewählt wurden, siegten bei den Wahlen zum Zollparlament 1868 fast ausnahmslos an Preußen orientierte nationalliberale Kandidaten. Zum politischen Umschwung in der Pfalz siehe Türk: Jordan (wie Anm. 29), Kap. 5.5.

88 Siehe hierzu u.a. Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland, 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994.

89 Ein Wort an die Reaction. In: Wochenblatt für die Pfalz, Nr. 18 vom 3.5.1856, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Daniel Watermann

Städtischer Liberalismus im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914. Strukturen gesellschaftlicher und politischer Selbstorganisation

War die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts durch eine „Vereinsleidenschaft" (Thomas Nipperdey) der Deutschen gekennzeichnet, kann für die Zeit um 1900 von einem regelrechten Vereinsboom gesprochen werden, der durch eine immense, in Relation zur Bevölkerungsentwicklung deutlich überproportionale Steigerung der Zahl von Vereinsgründungen gekennzeichnet war.[1] Bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges blieb die Zahl der Neugründungen konstant hoch. Jeder nur denkbare Zweck wurde in Vereinen und Verbänden organisiert. Alle sozialen Gruppen waren an dieser Entwicklung beteiligt. Zahlreicher wurden nun die Stimmen, die die „Vereinsmeierei" kritisch kommentierten oder feststellten – um einen vielzitierten Ausspruch von Max Weber zu bemühen –, der Mensch sei „ein Vereinsmensch in einem fürchterlichen, nie geahnten Maße"[2] geworden. Die mit dieser Hausse der Selbstorganisation einhergehende soziale, ökonomische und politische Ausdifferenzierung hatte die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft grundlegend verändert und stellte für das städtische Bürgertum und den kommunalen Liberalismus eine gewaltige Herausforderung dar.

Im vorliegenden Beitrag wird die These entwickelt, dass der städtische Liberalismus auch im ausgehenden „langen" 19. Jahrhundert erhebliche Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch die Bildung von Netzwer-

1 Zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer noch klassisch Thomas Nipperdey: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Modernisierung I. In: ders. (Hrsg.): Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte. Göttingen 1976, S. 174-205; zum Vereinswesen der Kaiserreichszeit siehe nur Stefan-Ludwig Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914. Göttingen 2003, S. 74-97 und Klaus Nathaus: Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 2009, S. 105-143.

2 Max Weber: Geschäftsbericht. In: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.-22. Oktober 1910 in Frankfurt a.M. Reden und Vorträge. Tübingen 1911, S. 39-62, hier S. 53. Weber selbst lieferte damit das erste soziologische „Programm" zur Erforschung des Vereinswesens. Siehe auch Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie (wie Anm. 1), S. 85 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ken im Vereinswesen geltend machen konnte. Diese boten nicht nur die Möglichkeit, Kommunikationszusammenhänge in der sich immer weiter ausdehnenden Großstadt herzustellen, sondern darüber auch den sozialintegrativen Zusammenhang der eigenen Klientel stärken zu können. Mit der Charakterisierung der liberalen Politikorganisation in der Stadt als bürgerliches Netzwerk wird das Plädoyer verbunden, die Geschichte des kommunalen Liberalismus in der Kaiserreichszeit differenzierter zu betrachten, als dies bisher in der Forschung zumeist geschehen ist.

Die Entwicklung des Bürgertums und des Liberalismus bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird gemeinhin – auch von zeitgenössischen Betrachtern selbst – mit dem Verweis auf eine komplexe Krisensymptomatik als Niedergang oder, etwas weniger dramatisch formuliert, als Phase ihrer nachlassenden gesellschaftlichen Prägekraft interpretiert.[3] Mit Blick auf das Bürgertum wird zunächst oftmals hervorgehoben, dass diese in ihrem Zusammenhalt stets fragile soziale Formation, bedingt durch den sozioökonomischen Strukturwandel, in ihren kulturellen und politischen Orientierungsmustern immer mehr an Kohärenz verlor.[4] Der „bürgerliche Wertehimmel" (Manfred Hettling) offerierte mit seinem Angebot an normativen Verhaltens- und Handlungsoptionen nicht mehr genug Strahlkraft. Er war nie als striktes, enges Korsett zu verstehen, sondern vielmehr als Orientierungsmodell, welches eine Vielfalt verschiedener Ausprägungen in der Persönlichkeit des einzelnen Bürgers ermöglichte, das nun jedoch an die Grenzen seiner Integrationskraft zu gelangen schien.[5] Das frühbürgerliche soziopolitische Zukunftsmodell der Gesellschaft als „klassenlose Bürgergesellschaft ‚mittlerer' Existenzen" [6] (Lothar Gall) ging mit der Massen- und Klassengesellschaft unwiederbringlich verloren. Gerade die Ausdifferenzierung des Vereinswesens wurde in dieser Perspektive als ein Zeichen des Zerfalls der bürgerlichen Gesellschaft gedeutet.[7] Durch den Ausbruch und den Verlauf des Ersten Weltkrieges wurde schließlich die kulturelle Deutungshoheit des Bürgertums be-

3 Viel zitiert wurde in diesem Zusammenhang Hans Mommsen: Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 288-315.

4 Vgl. Werner Plumpe: Einleitende Überlegungen. Strukturwandel oder Zerfall. Das Wirtschaftsbürgertum 1870 bis 1930. In: ders./Jörg Lesczenski (Hrsg.): Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Mainz 2009, S. 8-13, hier S. 10 ff.

5 Vgl. zu diesem Modell Manfred Hettling: Bürgerliche Kultur – Bürgerlichkeit als kulturelles System. In: Peter Lundgreen (Hrsg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997). Göttingen 2000, S. 319-339.

6 Lothar Gall: Liberalismus und bürgerliche Gesellschaft. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: ders. (Hrsg.): Liberalismus. Köln 1976, S. 162-186, hier S. 176.

7 Vgl. Andreas Schulz: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. München 2005, S. 13.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

endet und sein gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsanspruch grundsätzlich in Frage gestellt.[8]

Auch wenn Bürgertum und Liberalismus keineswegs deckungsgleich waren, kann doch für die Kaiserreichszeit mit Manfred Hettling davon ausgegangen werden, dass zwar nicht alle Bürgerlichen Liberale waren, aber der städtische Liberalismus sich doch in einem sehr hohen Maße aus dem Kreise des Bürgertums rekrutierte.[9] Krisensymptome des Bürgertums konnten daher nicht ohne Folgen für die Interpretation des städtischen Liberalismus um die Wende zum 20. Jahrhundert sein. Im Vordergrund steht dabei die Auffassung, dass die liberale Politikorganisation angesichts der Fundamentalpolitisierung in mehrfacher Hinsicht nicht mehr zeitgemäß gewesen sei. Mehrere miteinander zusammenhängende Argumente werden in diesem Zusammenhang angeführt: Erstens sei der bis zum Ende der Kaiserreichszeit nicht vollzogene Aufbau einer modernen Parteiorganisation, vor allem im Vergleich zur Sozialdemokratie, ein erhebliches Defizit bei der Wählermobilisierung gewesen.[10] Zweitens seien die Liberalen im Gegensatz zu Sozialdemokraten, Katholiken und auch Konservativen weniger stark in ein, nicht zuletzt durch Vereine und Verbände strukturiertes, sozialmoralisches Milieu eingebunden gewesen, welches die eigene Klientel zusammenführte.[11] Waren die zahlreichen Gründungen schlagkräftiger Interessenverbände durch andere gesellschaftliche und politische Gruppierungen gerade eine Folge der Interessenpolitik und zunehmender staatlicher Regulierung, seien drittens bürgerliche Gestaltungsspielräume auch durch den Aufbau und die Professionalisierung der kommunalen Leistungsverwaltung eingeschränkt worden.[12] Dass Liberale am Ende der Kaiserreichszeit überhaupt noch Gestaltungsspielräume in

8 So Herfried Münkler: Der Erste Weltkrieg und das Ende der bürgerlichen Welt. Halle 2014, S. 7.

9 Vgl. Manfred Hettling: Bürgertum und Liberalismus im deutschen Kaiserreich. In: liberal 33 (1991), S. 62-69, hier S. 64.

10 Vgl. Theodor Schieder: Die Krise des bürgerlichen Liberalismus. Ein Beitrag zum Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung. In: Lothar Gall (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985, S. 187-207, hier S. 199 ff.; Thomas Nipperdey: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 100-119, hier S. 112-119 und ders.: Die Organisation der bürgerlichen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961, S. 42 ff.

11 Vgl. Franz Walter/Peter Lösche: Katholiken, Konservative und Liberale. Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 471-492, hier S. 479 f.

12 Vgl. Mark Jakob: Bürgertum und Bürgerlichkeit im Wandel. Kontinuitäten und Brüche zwischen Jahrhundertwende und Weltwirtschaftskrise. In: Uta Hassler/Norbert Nußbaum/Werner Plumpe (Hrsg.): August Thyssen und Schloss Landsberg. Ein Unternehmer und sein Haus. Darmstadt 2013, S. 17-51, hier S. 34 ff.; Michael Schäfer: Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig 1890 bis 1930. Göttingen 2003, S. 80 f. Vgl. für eine differenzierte Darstellung der Forschungsergebnisse Ders.: Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung. Köln 2009, S. 140 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Städten hatten, wird vor allem mit dem Verweis auf das restriktive Kommunalwahlrecht begründet, das den Liberalen ihre Stellung in den Stadtverordnetenversammlungen sicherte.[13]

Es ist bereits angedeutet worden, dass die Ausdehnung und Ausdifferenzierung des Vereinswesens vornehmlich als Symptom dieser krisenhaften Entwicklung interpretiert wurde. Im Folgenden wird demgegenüber argumentiert, dass das Vereinswesen trotz seiner zentrifugalen Tendenzen vorrangiges und geeignetes Organisationsmodell des kommunalen Liberalismus im Kaiserreich blieb und Potentiale offerierte, die gegenüber dem skizzierten Topos der krisenhaften Entwicklung des städtischen Liberalismus im Kaiserreich auf ein differenzierteres Bild verweisen.[14] Dieses Modell ist am ehesten als liberal-bürgerliches Netzwerk zu beschreiben, welches in den Städten als maßgebliches Handlungsfeld des Liberalismus etabliert wurde.

Im vorliegenden Beitrag werden vor allem die Strukturen dieser bürgerlich-liberalen Selbstorganisation in der Kaiserreichszeit untersucht. Für das Beispiel der Stadt Halle an der Saale sind alle Vereine einer deutschen Großstadt mit den in ihnen aktiven Vorständen ausgewertet worden. Im ersten Abschnitt werden die grundlegenden Strukturen der Vereinsentwicklung dargelegt, um im zweiten Abschnitt hervorzuheben, dass Angehörige des Bürgertums auch im Kaiserreich die dominanten Positionen im Vereinswesen einnahmen. Daran schließt sich eine Analyse der Tätigkeitsfelder liberaler Vereinsvorstände an. Im letzten Abschnitt werden Kontaktmöglichkeiten zwischen Liberalen und Konservativen aufgezeigt.

I. Vereinswesen als soziale Struktur – Boom und Ausdifferenzierung von Selbstorganisation in der Kaiserreichszeit

Trotz der Vielzahl an Vereinsgründungen in der ersten Jahrhunderthälfte und der Mitte des 19. Jahrhunderts ist es erst im Kaiserreich zu einer Explosion

13 Vgl. Dieter Langewiesche: Deutscher Liberalismus im europäischen Vergleich. Konzeptionen und Ergebnisse. In: ders. (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen 1988, S. 11-19, hier S. 17.

14 Entgegen der geschilderten starken Betonung des Niedergangs in der Forschung finden sich auch ausgewogenere Bewertungen. Siehe nur Klaus Tenfelde: Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert. In: ders./Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Göttingen 1994, S. 317-353, der die These eines Formwandels von Bürgertum und Bürgerlichkeit in die Diskussion eingebracht hat; Jakob: Bürgertum und Bürgerlichkeit (wie Anm. 12), S. 50 f.; zur Entwicklung des Liberalismus Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 133 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Vereinszahlen gekommen.[15] Die Strukturen des Vereinswesens in den Städten sind in ihrer ganzen Komplexität in der bisherigen Forschung jedoch erstaunlich unterbelichtet geblieben.[16] Dass in den Städten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine zunehmend unübersichtliche Organisationslandschaft entstand, ist in den städtischen Adressbüchern dokumentiert: 1913 existierten demnach in Darmstadt 739, in Freiburg/Breisgau 404, in Hamburg 1.918, in Heidelberg 353, in Koblenz 323 und in Stettin 600 Vereinigungen, für München schätzt Tenfelde eine Zunahme von etwa 150 Vereinen während der Jahrhundertmitte auf etwa 3.000 Vereine im Jahr 1900.[17] Dabei ist davon auszugehen, dass in den größten Städten, wie etwa Hamburg, vorübergehende oder unbedeutende Vereinigungen nicht einmal berücksichtigt wurden.

Für die Stadt Halle an der Saale wurde auf Basis der Adressbücher ein umfangreiches Datensample erstellt, das ausschließlich die so genannten Idealvereine, d.h. Vereine ohne wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb als Haupt-

15 Für die Entwicklung des Vereinswesens vor der Reichsgründung siehe Nipperdey: Verein als soziale Struktur (wie Anm. 1); Klaus Tenfelde: Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850-1873). In: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984, S. 55-114; zu politischen und liberalen Vereinen Otto Dann: Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland (1976/2002). In: Helmut Reinalter (Hrsg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49. Frankfurt 2005, S. 11-47; Dieter Langewiesche: Frühliberalismus und Bürgertum 1815-1849. In: Lothar Gall (Hrsg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteluropa seit dem 18. Jahrhundert. München 1997, S. 63-129; ders.: Die schwäbische Sängerbewegung in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts – ein Beitrag zur kulturellen Nationsbildung. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 52 (1993), S. 257-301; Dieter Düding: Die deutsche Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts als Vereinsbewegung. Anmerkungen zur Struktur und Phänomenologie zwischen Befreiungskriegszeitalter und Reichsgründung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 42 (1991), S. 601-624; Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 14) und Uwe Wilhelm: Der deutsche Frühliberalismus: von den Anfängen bis 1789, Frankfurt a.M. u. a. 1995.

16 Die Stadtstudien des Frankfurter Bürgertumsprojekts, die das Vereinswesen explizit in ihr Forschungsprogramm aufgenommen hatten, beschränkten sich im Wesentlichen auf die Zeit bis zur Reichsgründung. Siehe nur Gisela Mettele: Bürgertum in Köln 1775-1870. Gemeinsinn und freie Association. München 1998 u. Karin Schambach: Stadtbürgertum und industrieller Umbruch. Dortmund 1780-1870. München 1996. Studien, die das gesamte städtische Vereinswesen in der Kaiserreichszeit in den Blick nehmen, sind rar geblieben und oftmals unsystematisch resp. unreflektiert, vgl. z. B. Elke Klitzschmüller: Die Magdeburger Gesellschaft zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs von 1871 bis 1918 auf der Grundlage der bürgerlichen Vereine. Magdeburg 2008.

17 Vgl. Tenfelde: Entfaltung des Vereinswesens (wie Anm. 15), S. 58.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zweck, erfasst.[18] In dieser Datenbank sind alle Vereine der Stadt mit den in ihnen tätigen Vereinsvorständen unter Angabe ihrer Berufszugehörigkeit, ihrer politischen Ämter sowie ihrer Parteizugehörigkeit verzeichnet. Entstanden ist eine Datenbank mit mehr als 10.000 Personen, die Vereine wurden entsprechend ihrer Zwecksetzung typisiert. Auf Basis dieser Daten wird im Folgenden die soziale Struktur des Vereinswesens für drei Stichjahre – 1874, 1895 und 1913 – untersucht.

Auch für Halle lässt sich der Vereinsboom der Kaiserzeit anschaulich belegen: Die Zahl der Vereine stieg von 75 im Jahr 1874 auf 300 im Jahr 1895 und schließlich auf 847 im Jahr 1913. Hatte sich die Vereinszahl dementsprechend mehr als verelffacht, nahm die Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum „nur" um etwa das Dreifache zu. Der Boom des Vereinswesens ist somit nicht lediglich auf die Vergrößerung der städtischen Bevölkerung zurückzuführen: Pro tausend Einwohner gab es 1874 1,3 Vereine, 1895 2,6 und 1913 4,4 Vereine. Diese Zunahme der Vereinszahlen verteilte sich nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Typen von Vereinen. Zwar stieg auch die Zahl der Vereine, die wie etwa die wohltätigen, religiösen und Gesangvereine in den traditionellen Segmenten des Vereinswesens angesiedelt waren, doch der Boom wurde in sehr hohem Maße vor allem durch die außerordentliche Steigerung der Zahl von wirtschaftlichen, Freizeit- bzw. Sportvereinen getragen.

Mit wirtschaftlichen Vereinen sind Vereinigungen zur Interessenvertretung spezifischer Berufsgruppen und -stände gemeint. Diese sozioökonomischen Interessen wurden nun verstärkt in einem neuen Typus von Vereinigung organisiert, dem Verband, der nicht nur durch eine stärkere überregionale, in der Regel nationale Ausrichtung mit lokalen Filiationen vor Ort charakterisiert war, sondern zugleich durch eine stärkere Bürokratisierung und Hierarchisierung von Entscheidungen.[19] Nicht selten brachten die (Interessen-)Verbände ihren Mitgliedern auch ganz konkrete materielle Vorteile, etwa in Form von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Dies ist beispiels-

18 Für die in diesem Beitrag ausgewerteten Stichjahre vgl. Adreß-Buch und Wohnungs-Anzeiger für die Gesammtstadt Halle a.d. Saale und Giebichenstein nebst statistischen und topographischen Notizen aus dem Saalkreise für das Jahr 1874, hrsg. von Hermann Pöhnitzsch, Vierter Nachweis, S. 96-107; Adreß-Buch für die Stadt Halle a.d. Saale mit Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz auf das Jahr 1895, bearb. von Paul Trautmann, Sechster Nachweis, S. 500-516 und Adreßbuch für Halle a.S. und Umgebung 1913. Unter Benutzung amtlicher Quellen, hrsg. von der Deutschen Adreßbuch-Gesellschaft, Teil IV, S. 63-106.

19 Diese Entwicklung wurde bereits von zeitgenössischen Beobachtern kritisiert. Siehe Alexander Leist: Vereinsherrschaft und Vereinsfreiheit im künftigen Reichsrecht. Jena 1899; ders.: Die Strafgewalt moderner Vereine. Gießen 1901. Stärker mit Blick auf politische Parteien Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig 1911, S. 26.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

weise typisch für die großen Interessenverbände der Angestellten, etwa den „Verband Deutscher Bureaubeamten“ oder den „Verband Deutscher Handlungsgehülfen“. Ganz deutlich ist zu erkennen, dass wirtschaftliche Vereine und Verbände seit den 1890er Jahren einen erheblichen Teil des Vereinsspektrums ausmachten. Ihre Zahl stieg von 14 im Jahr 1874 (18,7 % aller Vereine) auf 75 im Jahr 1895 (25 %) und auf 326 im Jahr 1913 (28,7 %). Begründet war diese Entwicklung durch die wachsende Interessendifferenzierung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deren Tendenz einer organisatorischen Spezialisierung durch die Nationalstaatsgründung, die wirtschaftliche Transformation, soziale Probleme und eine zunehmende staatliche Regulierung begünstigt wurde.[20] Durch die Konzentration auf die Vertretung wirtschaftlicher Interessen, die Schaffung fester Organisationsstrukturen sowie die zielgerichtete Beeinflussung politischer Entscheidungen wuchsen die Interessenverbände aus dem bürgerlichen Vereinswesen heraus.[21]

Ähnlich verlief die Entwicklung der geselligen, Freizeit- und Sportvereine, deren Zahl von zwölf Vereinen 1874 (16 % aller Vereine) auf 48 Vereine 1895 (16 %) und auf 271 Vereine 1913 (23,9 %) stieg. Die zunehmende Nachfrage nach Geselligkeit ist zurückzuführen auf die hohe soziale Mobilität, auf eine Arbeitsmigration, die den Wunsch, neue soziale Beziehungen zu knüpfen, stärkte, und auf die Möglichkeit, durch eine Steigerung der Löhne und des Entstehens von Freizeit aufgrund der Verkürzung von Arbeitszeiten diese Bedürfnisse zu befriedigen.[22] Hinzu kamen die funktionale Ausdifferenzierung von Vereinszwecken – Geselligkeit und Freizeitgestaltung wurden zu einem eigenen Vereinszweck, der immer weniger von anderen Motiven umlagert war sowie die Entwicklung einer „Populärkultur“, die durch Importe von Freizeitaktivitäten und Sportarten aus Westeuropa noch befördert wurde.[23]

Wirtschaftliche und Freizeit- bzw. Sportvereine stellten somit 1913 über die Hälfte aller städtischen Vereine. Vor diesem Hintergrund sind die zeitgenössischen Stimmen einzuordnen, die die zentrifugalen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung kritisierten oder mit Sorge betrachteten, denn die genannten Vereinstypen organisierten vorrangig „partikulare“ Interessen. Ihre Zwecksetzungen waren auf ein jeweils spezifisches Eigeninteresse gerichtet: die soziale und ökonomische Förderung der eigenen Klientel im einen, die Befriedigung von Bedürfnissen der Freizeitgestaltung im anderen

20 Vgl. Hans-Peter Ullmann: Interessenverbände in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 61 ff.
21 Vgl. ebd.
22 Vgl. Robert F. Wheeler: Organisierter Sport und organisierte Arbeit. Die Arbeitersportbewegung. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Arbeiterkultur. Königstein 1979, S. 58-73, hier S. 59.
23 Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit (wie Anm. 1), S. 117-124. Zum Import von Freizeitaktivitäten siehe nur Christiane Eisenberg: „English Sports“ und Deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800-1939. Paderborn 1999, S. 145-214.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fall. War zudem im Fall der wirtschaftlichen Vereine auch die Vereinsmitgliedschaft dahingehend partikular, dass sich eine spezifische eng definierte Gruppe (in der Regel Angehörige des gleichen Berufsstandes) im Verein bzw. Verband zusammenfand, ist die integrative bzw. desintegrative Wirkung von Freizeit- und Sportvereinen in der Forschung umstritten geblieben.[24]

II. Das städtische Bürgertum als Organisator der Vereinslandschaft

Was bedeuteten die geschilderte Ausdifferenzierung des Vereinswesens und seine soziale Öffnung für die Rolle des städtischen Bürgertums als maßgebliche gestaltende und koordinierende Kraft in den Netzwerken der Vereine, die es im 19. Jahrhundert lange eingenommen hatte? Die Entwicklung des bürgerlich-liberalen Vereinsmodells kann als Erfolgsgeschichte interpretiert werden, die letztlich gerade durch die Ausweitung des Vereinsprinzips auf alle gesellschaftlichen Gruppen den Zusammenhalt der bürgerlichen Gesellschaft strapazierte. Nach Reinhart Koselleck lässt sich die Geschichte des Liberalismus „als eine Geschichte des Verzehrs beschreiben. Es ist der Preis, ohne den seine Erfolge nicht zu haben waren."[25] Die zeitgenössischen Krisenwahrnehmungen bezogen sich vor allem auf den Mangel an politisch-moralischer Qualität, der sich in der Zersplitterung der Ansprüche auf Gemeinsinn, Tugend und Geselligkeit zeigte – eine Entwicklung, die, wie Stefan-Ludwig Hoffmann konstatiert, jedoch gerade aus der sozialen Demokratisierung resultierte.[26]

Doch kann sich die Frage nach einer sozialen Demokratisierung nicht nur auf die unbestreitbare soziale Öffnung der Vereinsmitgliedschaften beschränken, sondern muss auch den aktivsten Kern der Mitglieder, die Vereinsvorstände, mit einbeziehen. Diese zeichneten sich durch die Übernahme von Ämtern und Verantwortung sowie eine zeitliche und materielle Unabhängigkeit aus, die ihnen diese Tätigkeiten überhaupt ermöglichten. Zudem lässt ihre Zusammensetzung, die durch die Wahl der Vereinsmitglieder zustande gekommen ist, Muster sozialer Schätzung erkennen. Um die Frage nach so-

24 Betont Nathaus vor allem den schichtenübergreifenden Charakter der Vereine, wurde in der Arbeiterkulturforschung eher die Ausprägung separierter Vereinsmilieus der Arbeiter herausgestellt. Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit (wie Anm. 1), S. 125 ff., 141 und Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914. Bonn 1992, S. 818-835.

25 Reinhart Koselleck: Liberales Geschichtsdenken. In: Willy Lindner/Hanno Helbling/Hugo Bütler (Hrsg.): Liberalismus – nach wie vor. Grundgedanken und Zukunftsfragen. Aus Anlass des zweihundertjährigen Bestehens der Neuen Zürcher Zeitung. Zürich 1979, S. 29-51, hier S. 37.

26 Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie (wie Anm. 1), S. 86.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zialer Demokratisierung adäquat beantworten zu können, muss daher auch berücksichtigt werden, ob über die einfache Vereinsmitgliedschaft und der damit einhergehenden Partizipation an der Vorstandswahl hinausgehend auch Angehörige aller sozialen Gruppen die Chance hatten, selbst als Vorstand gewählt zu werden und leitend die Vereinsarbeit zu organisieren.

Tab. 1: Sozialstruktur der Vereinsvorstände 1874-1913

	1874		**1895**		**1913**	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Bildungsbürgertum	92	22,1	175	13,5	420	13,7
Wirtschaftsbürgertum	99	23,8	326	25,1	652	21,3
Beamte	38	9,1	69	5,3	209	6,8
Alter Mittelstand	80	19,2	249	19,2	396	12,9
Neuer Mittelstand	60	14,4	289	22,3	779	25,4
Sonstiger Mittelstand	29	6,8	122	9,4	280	9,1
Arbeiter	5	1,2	15	1,2	107	3,5
Nichtselbständige Dienstleistungen			25	1,9	52	1,7
Untere Beamte und Angestellte	13	3,1	22	1,7	161	5,3
Sonstige			5	0,4	8	0,26
Gesamt	416		1297		3064	

Betrachtet man zunächst die Gruppen des höheren Bürgertums – die Wirtschafts- und Bildungsbürger sowie die höheren Beamten –, wird angesichts der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Vereinsvorstände ersichtlich, dass diese auch im Kaiserreich eine dominierende Position im Vereinswesen innehatten (vgl. Tab. 1).[27] Zwar hatte sich der Anteil der drei genannten bürgerlichen Teilgruppen von 55 % (1874) auf 43,9 % (1895) und schließlich auf 41,8 % (1913) verringert, doch in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung blieben sie deutlich überrepräsentiert. Während der Alte Mittelstand zunehmend an Einfluss in den Vereinen verlor, waren es insbesondere Angehörige des sogenannten Neuen Mittelstandes, die am Ende der Kaiserreichszeit, ebenfalls deutlich überrepräsentiert, die meisten Vorstands-

27 Die sozialstrukturelle Klassifizierung wurde nach einem von Manfred Hettling entwickelten Schema vorgenommen. Vgl. Manfred Hettling: Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860 bis 1918. Göttingen 1999, S. 353 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

posten besetzten. Dagegen blieben Angehörige der Unterschicht – etwa Arbeiter, untere Beamte und Angestellte – in hohem Maße unterrepräsentiert. Die Befunde für die Besetzung der wichtigsten Vorstandsposten, des Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden, sind mit Blick auf alle genannten Gruppen sehr ähnlich. Hier ist die Dominanz des höheren Bürgertums 1874 und 1895 noch ausgeprägter: 62 bzw. 51,8 % aller Vorsitzendenposten wurden von Angehörigen des höheren Bürgertums bekleidet. Dieser Wert verringerte sich bis 1913 jedoch deutlich auf 40 %.

Kommunikationsmöglichkeiten und Informationsgewinn hängen ebenso wie Gestaltungschancen und Reputation der Vorstände davon ab, ob sie in mehr als nur einem Verein eine leitende Position innehatten. Auch hier wird deutlich, dass das höhere Bürgertum jeweils weit mehr als die Hälfte aller Personen stellte, die mehrere Vorstandsposten bekleideten: 1874 übten 47 Angehörige des höheren Bürgertums (in Relation zu allen Vorständen mit mehrfacher Vorstandsmitgliedschaft entspricht dies einem prozentualen Wert von 69 %), 1895 131 (60,1 %) und 1913 264 (52,1 %) eine Tätigkeit in mehreren Vereinsvorständen aus. 1913 entstammten 71,4 % der Vorstände, die sogar drei oder mehr Vorstandsposten in verschiedenen Vereinen bekleideten, dem höheren Bürgertum (115 von 161 Personen). Eine gesellschaftliche Integrationsleistung im Sinne der Vermittlung verschiedener sozialer und funktionaler Segmente des Vereinswesens ist besonders von Menschen zu erwarten, die sich durch eine mehrfache Vorstandsmitgliedschaft in verschiedenen Vereinstypen auszeichneten, also beispielsweise in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Vereinen als Vorstand tätig waren. Auch in dieser Hinsicht ist der quantitative Befund eindeutig: 1913 waren 194 der 336 Vorstände, die diese „Vermittlerrolle“ einnahmen (57,7 %), Angehörige des höheren Bürgertums. Insbesondere Vorstände aus der Gruppe des Neuen Mittelstandes konnten mit Blick auf die genannten Muster der Mehrfachmitgliedschaft zum höheren Bürgertum aufschließen, während dies dem Alten Mittelstand weit weniger und Angehörigen der Unterschichten kaum gelang.

Das Bildungsbürgertum engagierte sich 1874, 1895 und 1913 am stärksten in sozialen und religiösen Vereinen – 1913 waren mit 46,6 % fast die Hälfte aller bildungsbürgerlichen Vorstände in einem dieser beiden Vereinstypen aktiv.[28] Insbesondere wirtschaftliche Zwecksetzungen sowie Freizeit- und gesellige Aktivitäten wurden vom Wirtschaftsbürgertum getragen, da-

28 Insbesondere Geistliche betätigten sich als protestantische „Milieumanager“. Vgl. Oliver Janz: Zwischen Bürgerlichkeit und kirchlichem Milieu. Zum Selbstverständnis und sozialen Verhalten der evangelischen Pfarrer in Preußen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus, Mentalitäten, Krisen. Gütersloh 1996, S. 382-406; siehe grundlegend Jochen-Christoph Kaiser: Die Formierung des protestantischen Milieus. Konfessionelle Vergesellschaftung im 19. Jahrhundert. In: ebd., S. 257-289.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

rüber hinaus wiesen Wirtschaftsbürger gegenüber dem Bildungsbürgertum ein stärkeres Engagement in Krieger- sowie den kommunalpolitischen Vereinen der Stadt auf. Die Wichtigkeit der Organisation sozialer und wohltätiger Zwecke dokumentiert sich aber nicht nur durch die Trägerschaft der Bildungs- und Wirtschaftsbürger. Der Bereich Soziales und Wohltätigkeit hatte als einziger sehr hohe oder doch zumindest erhöhte Werte für alle fünf im Vereinsspektrum dominanten Gruppen – das heißt auch für Beamte sowie den Alten und Neuen Mittelstand –; ein deutliches Indiz dafür, dass diese Vereine eine wichtige gesellschaftliche Vermittlung im Vereinswesen der Kaiserreichszeit leisteten: zum einen, indem in den wohltätigen Vereinen Belange des Gemeinwesens gefördert werden sollten;[29] zum anderen deutet sich an, dass eine Vielzahl von Kontakten zwischen den verschiedenen Gruppen des höheren und mittleren Bürgertums gerade in sozialen und wohltätigen Vereinen möglich war.[30]

Sowohl für den Alten als auch für den Neuen Mittelstand gilt, dass 1874, 1895 und 1913 die mit Abstand höchste Zahl ihrer Vorstände in wirtschaftlichen Vereinen aktiv war. Während der Alte Mittelstand darüber hinaus vor allem in sozialen, kulturellen, Krieger- und Freizeitvereinen seine bevorzugten Tätigkeitsfelder fand, ist demgegenüber für Angehörige des Neuen Mittelstands signifikant, dass sie zwar ähnliche Aktivitätsschwerpunkte bildeten, letztlich bis 1913 aber in allen Vereinstypen – mit hohen Werten auch bei religiösen, kommunalpolitischen und Bildungsvereinen – stark vertreten waren. Auch die höheren Beamten, nach absoluten Zahlen zwar schwächer als Bildungs- und Wirtschaftsbürger, Alter und Neuer Mittelstand vertreten, aber dennoch gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil deutlich überrepräsentiert, engagierten sich bis 1913 in allen Teilen des Vereinswesens, doch wiesen sie dabei eine stärkere Schwerpunktbildung auf, indem ihre Vorstandstätigkeit vor allem auf berufsständische und soziale Vereine sowie 1913 auf Kriegervereine konzentriert war. Für die Kriegervereine gilt, dass sie neben wirtschaftlichen, kulturellen und Freizeitvereinen der einzig Vereinstyp wa-

29 Wohltätigkeit war dabei nicht selten Teil einer religiös-protestantischen Grundhaltung, siehe Jochen-Christoph Kaiser: Protestantismus und Sozialpolitik. Der Ertrag der 1890er Jahre. In: ders./Wilfried Loth (Hrsg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik. Stuttgart 1997, S. 94-113; ders.: Freie Wohlfahrtspflege im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ein Überblick. In: ders.: Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2008, S. 58-86.

30 Bürgerliche Sozialpolitik in den Städten war von dem Gedanken der Sozialdisziplinierung nicht zu trennen. Vgl. George Steinmetz: Regulating the Social. The Welfare State and Local Politics in Imperial Germany. Princeton 1993, S. 149 ff. Gräser argumentiert, dass sich in den Vereinen nicht nur Diskussionen über gemeinbürgerliche Lebensführungsideale entwickelten, sondern gerade die Wahrnehmung der anderen, bedürftigen Gruppen den eigenen Zusammenhalt stärkte. Vgl. Marcus Gräser: Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und Deutschland 1880-1940. Göttingen 2009, S. 61 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ren, der auch den Unterschichten ein erhöhtes Maß der Beteiligung an den Vereinsvorständen ermöglichte.[31]

Damit ergibt sich ein differenzierteres Bild der Trägerschaft von Selbstorganisation im Kaiserreich. Der Blick auf den aktiven Kern des Vereinswesens zeigt deutlich, dass die führenden Positionen trotz der sozialen Öffnung der einfachen Mitgliedschaft in vielen Vereinen vor allem von den Gruppen des höheren Bürgertums und im Falle des mittleren Bürgertums insbesondere vom Neuen Mittelstand besetzt wurden.

III. Die Vernetzung von Liberalen im Vereinswesen

Angehörige des liberalen Bürgertums bewegten sich im Rahmen dieser bürgerlichen Handlungs- und Kontaktfelder. Galten die Liberalen in den 1860er und 1870er Jahren als innovativ, indem sie das Vereins- und Versammlungsmodell politisch zur Durchführung von Wahlkämpfen nutzten, schienen sie am Ende des ausgehenden 19. Jahrhunderts im Vergleich mit den anderen politischen Parteien organisatorisch rückständig zu sein.[32] Grundsätzlich lassen sich mit Blick auf die Liberalen zwei Vernetzungsmodelle unterscheiden: Eine überlokale Vernetzung liberaler Eliten in den 1860er Jahren,[33] aus der später jedoch keine moderne Parteibildung mit Organisationsapparat hervorging, sowie ein lokales Vernetzungsmodell, das vornehmlich auf den städtischen bürgerlichen Vereinen basierte. Es ist daher überzeugend, wie Manfred Hettling betont, die politische Vereinsbildung der Liberalen als „basisdemokratisches Vergesellschaftungsmodell“ zu begreifen, welches das bürgerliche Individuum als gleichberechtigtes Vereinsmitglied erfasst.[34] Mehrfachmitgliedschaften und vielfältige Vernetzungen waren das entscheidende Kennzeichen dieses Modells, wie im Folgenden argumentiert wird.

31 Zur sozialen Offenheit der Kriegervereine siehe auch Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914. München 1990, S. 34 ff.

32 Vgl. Manfred Hettling: Partei ohne Parteibeamte. Parteisekretäre im Linksliberalismus von 1900 bis 1933. In: Dieter Dowe/Jürgen Kocka/Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. München 1999, S. 109-134, hier S. 110.

33 Siehe Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994; ders.: Der Deutsche Nationalverein 1859-1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle. Düsseldorf 1995.

34 Vgl. Hettling: Partei ohne Parteibeamte (wie Anm. 32), S. 110. Siehe auch ders.: Von der Hochburg zur Wagenburg. Liberalismus in Breslau von den 1860er Jahren bis 1918. In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. München 1995, S. 253-276, hier S. 259-264; Ralf Roth: Liberalismus in Frankfurt am Main 1814-1914. Probleme seiner Strukturgeschichte. In: ebd. , S. 41-85, hier S. 64 ff., 77 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Feststellung, wie viele Liberale auch Vorstände im Vereinswesen waren, wird dadurch erschwert, dass Mitgliederlisten der liberalen Parteien nicht existieren. Als geeignetes Äquivalent können jedoch die liberalen Wahlmänner der Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus als mobilisierbarer Teil der Parteianhängerschaft gelten.[35] Zudem lassen sich über ihre Tätigkeit als Stadtverordnete oder als prominente Unterstützer von Wahlaufrufen in den Lokalzeitungen weitere Personen als Anhänger der liberalen Parteien klassifizieren.[36] Dadurch können der engere Kreis der politisch aktiven Liberalen der Stadt und deren Rolle im städtischen Vereinswesen in den Blick genommen werden.

Betrachtet man alle Wahlmänner – Liberale wie Konservative – wird ersichtlich, dass 1874 (29,6 %), 1895 (25 %) und 1913 (26,4 %) jeweils über ein Viertel aller Wahlmänner zugleich einen (oder mehrere Posten) in einem Verein bekleideten. Es ist zu vermuten, dass der Wert für einfache Vereinsmitgliedschaften noch deutlich höher liegt. Von den 178 Wahlmännern, die zugleich einen Vorstandsposten in einem der städtischen Vereine bekleideten, waren 1913 149 liberal, was angesichts der Dominanz von Linksliberalen wie Nationalliberalen, die hier zusammen als Liberale erfasst wurden und bei der Wahl 1913 auch als „Vereinigte Liberale“ antraten, im bürgerlichen Lager nicht überrascht. Mit Blick auf die Stadtverordneten erhöht sich der Anteil der Vereinsvorstände signifikant. Bis zum Ende der Kaiserreichszeit war die Stadtverordnetenversammlung weitgehend in liberaler Hand geblieben. 1874 waren 64,4 %, 1895 71,2 % und 1913 62,1 % der Stadtverordneten zugleich Vorstand in einem oder mehreren Vereinen. Insbesondere für Liberale mit einem kommunalpolitischen Mandat war eine Verbindung von politischem Ehrenamt und Vereinsengagement in leitender Funktion somit absolut gängig.

Die Tätigkeitsfelder der Wahlmänner, Stadtverordneten und Unterstützer von Wahlaufrufen in den Vereinen weist, wie die Daten in Tabelle 2 für das Jahr 1913 zeigen, markante Schwerpunkte auf. Die meisten Vorstandsposten bekleideten Liberale in wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Vereinen sowie in den sozialen Vereinen der Stadt, welche wiederum oftmals mit religiösen Vereinen verbunden bzw. Teil des protestantischen Milieus der Stadt waren.[37] Legt man die viel beachtete, wenn auch sehr grobe, Vereinstypolo-

35 Vgl. Hettling: Politische Bürgerlichkeit (wie Anm. 27), S. 54.

36 Wahlmännerlisten: Saale-Zeitung (SZ), Nr. 246, Beilage, 21.10.1876; Nr. 512, 31.10.1893; Nr. 499, 24.10.1893; Nr. 519, 4.11.1893; Generalanzeiger für Halle und den Saalkreis, Nr. 225, 17.05.1913; Stadtverordnete: Liste in den Adressbüchern für die entsprechenden Stichjahre; Unterstützerlisten von Wahlaufrufen: SZ Nr. 602, 23.12.1911; SZ Nr. 578, 09.12.1911, 5. Beibl.; Nr. 222, 15.05.1913.

37 Ähnliche Strukturen liberaler Vereinstätigkeit weist Hettling für Breslau nach, der zudem die Bedeutung von Unterstützungsvereinen, etwa Konsumvereinen, betont. Vgl. Hettling: Politische Bürgerlichkeit (wie Anm. 27), S. 191 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gie von C. Wayne Gordon und Nicholas Babchuk zugrunde, die zwischen expressiven Vereinen, deren Funktion für die Mitglieder innerhalb ihres Vereins erfüllt wird, und instrumentellen Vereinen, die eher außenorientiert auf gesellschaftlichen Wandel abzielen, unterscheiden, wird ersichtlich, dass Liberale in sehr hohem Maße in letzteren als Vorstände aktiv waren.[38]

Tab. 2: Tätigkeitsfelder liberaler Vereinsvorstände 1913

Vereinstyp	**Von Liberalen besetzte Vorstandsposten**
Wirtschaft	85
Soziales	58
Religion	27
Wissenschaft	8
Bildung	15
Kultur	25
Politik	66
Krieger	20
Geselligkeit/Sport/Freizeit	53
Logen	5
Gesamt	362

Die Liberalen übten ihre Vorstandstätigkeit demnach in Vereinen aus, die vor allem außenorientiert und politiknah waren. Die Vorstände bedeutender Vereine waren mitunter in hohem Maße mit liberalen Mitgliedern besetzt. Während über die parteipolitischen Vereine im engeren Sinne, vor allem den „Verein der Liberalen“ und den „Nationalliberalen Verein“, in erster Linie die Durchführung der Landtags- und Reichstagswahlkämpfe organisiert wurde,[39] blieben kommunalpolitisch auch am Ende der Kaiserreichszeit die „Kommunalen Wahlbezirksvereine“ maßgeblich, in denen Liberale ebenfalls tonangebend waren. Sie können jedoch nicht einfach als Ableger der liberalen (Partei-)Vereine aufgefasst werden, sondern waren Teil eines umfassenden Vereinsnetzes, in dem sich Liberale platzierten.[40] Zu diesen Netzwerken

38 C. Wayne Gordon/Nicholas Babchuk: A Typology of Voluntary Associations. In: American Sociological Review 24 (1959), S. 22-29, hier v.a. S. 25-29.

39 Vgl. Nipperdey: Die Organisation der bürgerlichen Parteien vor 1918 (wie Anm. 10), S. 83 ff.

40 Diese Netzwerke wurden von politischen Gegnern mitunter sehr kritisch bewertet, vgl. beispielsweise Richard Robert Rive: Lebenserinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters. Stuttgart 1960, S. 92 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gehörten wichtige wirtschaftliche Vereine der Stadt, in denen die Interessen der Wirtschaftsbürger und des selbständigen Mittelstandes organisiert wurden: unter anderem die Haus- und Grundbesitzervereine, der „Kaufmännische Verein", der „Hallesche Verein für Getreide- und Produktenhandel", der „Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holz-Gewerbe, Bezirksverband Halle a.S.", der „Handwerkermeister-Verein" oder der „Verband der Metall-Industriellen von Halle a.S. und Umgegend". In einem Großteil dieser Vereine hatten liberale Wahlmänner den Posten des Vorsitzenden oder des Stellvertretenden Vorsitzenden inne und konnten durch ihre Vorstandstätigkeit unterschiedliche soziale Gruppen erreichen. In den sozialen und wohltätigen Vereinen der Stadt dominierten Liberale unter anderem den Vorstand des „Bürger-Rettungs-Instituts", den Verein „Hallesche Waisenstiftung" und den „Verein für Volkswohl". Dabei konnten durch die gemeinsame Mitgliedschaft in den städtischen Vereinen auch wichtige Kontakte zu Angehörigen der Kommunalverwaltung hergestellt werden, die ebenfalls in das bürgerliche Vereinswesen integriert waren.[41] Auch mit Blick auf die liberalen Vereinsvorstände zeigt sich, dass abseits der lokal ausgerichteten Vereine Verbände insbesondere im Rahmen der überregionalen und nationalen Interessenpolitik und der Zusammenschluss in nationalistischen Großverbänden immer wichtiger wurden – die Vorstandsbeteiligung am „Hansa-Bund" oder dem „Deutschen Flottenverein" zeugte davon.[42]

Mit Blick auf alle im Datensample erfassten Vereinsvorstände war der Anteil derjenigen, die Vorstandsposten in mehreren Vereinen einnahmen, 1913 eher gering. Lediglich 16,4 % aller Vorstände waren in mehr als einem Verein Vorstand. Diese verbanden dabei jedoch in hohem Maße verschiedene Vereinstypen miteinander. Auf 66,8 % traf dies zu. Die Werte für alle liberalen Wahlmänner, Stadtverordneten und Unterstützer von Wahlaufrufen weichen davon deutlich ab. Nicht nur war der Anteil von Liberalen mit mehrfacher Vorstandsmitgliedschaft in Relation zu allen liberalen Vereinsvorständen signifikant höher (35,1 %), sondern ebenso der Anteil der „Vermittler" verschiedener Segmente des Vereinswesens. 83,5 % aller Liberalen mit mehrfacher Vorstandsmitgliedschaft übten diese in verschiedenen Vereinstypen aus.

In Tabelle 3 ist dargestellt, welche Vereinstypen durch die mehrfache Vorstandstätigkeit von Liberalen miteinander vernetzt wurden. Wenn ein Libera-

41 Vgl. Andrea Hauser: Halle wird Großstadt. Stadtplanung, Großstadtleben und Raumerfahrung in Halle a.d. Saale 1870 bis 1914. Halle 2006, S. 71 u. 77 ff.

42 Zum Hansa-Bund siehe Siegfried Milke: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909-1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik. Göttingen 1976: zu den nationalistischen Verbänden vgl. Axel Grießmer: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903-1912. Düsseldorf 2000, S. 29 ff. und zum Flottenverein ebd., S. 238-277.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ler beispielsweise Mitglied in einem wirtschaftlichen und einem sozialen Vereinsvorstand war, wurde dies als Kontaktwert erhoben. Hinsichtlich der dadurch ermittelten Kontakthäufigkeiten zwischen Vereinen wird bei Betrachtung der Gesamtzahl der Kontakte, die mit einem bestimmten Vereinstyp realisiert wurden, ersichtlich, dass soziale, wirtschaftliche, gesellige bzw. Freizeitvereine sowie religiöse und kommunalpolitische Vereine die höchsten Werte aufweisen. Die Zahlen für wirtschaftliche und gesellige bzw. Freizeitvereine relativieren sich jedoch dahingehend, dass die Gesamtzahl dieser Vereine im städtischen Vereinswesen die der anderen genannten Vereinstypen bei weitem überstieg.

Tab: 3: Durch liberale Vereinsvorstände hergestellte Kontakte zwischen Vereinstypen 1913

	Wirtschaft	Soziales	Religion	Wissenschaft	Bildung	Kultur	Politik	Krieger	Freizeit	Logen
Wirtschaft	9	21	6	3	2	4	15	4	16	2
Soziales	21	51	27	6	14	1	12	3	32	
Religion	6	27	7	4		2	3	1	7	
Wissenschaft	3	6	4			1			2	
Bildung	2	14			1	2	2	1		
Kultur	4	1	2	1	2			1	2	1
Politik	15	12	3		2		11	1	9	
Krieger	4	3	1		1	1	1		5	
Freizeit	16	32	7	2		2	9	5	6	2
Logen	2					1			2	
Gesamt	82	167	57	16	22	14	53	16	81	5

Die in der Kreuztabelle verzeichneten Daten zeigen, dass die Vorstandstätigkeit von Liberalen in sozialen, wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Vereinen nicht nur, wie erwähnt, Schwerpunkte ihrer Vorstandsarbeit waren, sondern dass diese Vereine durch mehrfache Vorstandsmitgliedschaften auch in hohem Maße miteinander verbunden wurden. Verknüpft wurde die Tätigkeit in sozialen und wirtschaftlichen Vereinen zudem mit einem Engagement in geselligen und Freizeitvereinen und im Falle der sozialen Vereine mit Mitgliedschaften in religiösen Vereinen. Vor allem jedoch die breit gefächerte Beziehungsstruktur in Vereinsfeldern, die eine große Bedeutung für die ge-

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sellschaftliche und politische Gestaltung in der Stadt besaßen und „politiknah“ waren, verweist auf die Relevanz von Vereinsnetzwerken für die Organisation des städtischen Liberalismus.

IV. Die Ausbildung politischer Lager in der Kaiserreichszeit

Diese Netzwerke können jedoch nicht nur auf ihre Bedeutung für die Herstellung von Beziehungen zwischen Liberalen und ihrer Anhängerschaft reduziert werden, sie ermöglichten auch Kontakte zum konservativen Bürgertum, während Sozialdemokraten aus diesen Kontaktkreisen ausgeschlossen waren. Hatte es in den 1880er Jahren noch Wahlbündnisse zwischen Linksliberalen und Sozialdemokraten gegeben,[43] ist ab 1890 – als die Sozialdemokraten reichsweit große Wahlerfolge feierten und sich auch in Halle das Reichstagsmandat sicherten – eine immer schärfer werdende Polarisierung zwischen einem bürgerlich-nationalen und dem sozialdemokratischen Lager feststellbar, die sich im Wahlverhalten manifestierte. Blieben die Landtagswahlen, bei denen die Sozialdemokraten aufgrund des restriktiven Dreiklassenwahlrechts keine Chancen auf Mandatsgewinne hatten, geprägt von bisweilen polemisch geführten Wahlkämpfen zwischen liberalen und konservativen Parteien, überlagerte die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen divergierende politische Ansichten. Konnte man sich bei der Hauptwahl auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen, wurde spätestens bei der Stichwahl in der Regel ein bürgerlicher Kandidat unterstützt.[44] Das Bekenntnis zur bestehenden Gesellschaftsordnung und zur Nation diente dabei als ideologischer Rahmen, der das bürgerliche Lager einte. Halle war in dieser Hinsicht kein Einzelfall, vielmehr kann, so argumentiert Karl Rohe, die Ausbildung politischer Lager als reichsweite Entwicklung aufgefasst werden. Nach Rohe ist ein politisches Lager ein historisch gewachsenes kulturelles Konstrukt, das auf geteilten Erinnerungen und Mentalitäten basiert und sich vor allem durch die Abgrenzung gegen andere begründet.[45] Die Entstehung von drei politischen Lagern (zu den beiden genannten kommt das katholische Lager hinzu, welches in Halle keine Rolle spielte) weist Rohe vor allem anhand des Wahlverhaltens und der Entwicklung des Parteien-

43 Zum Wahlbündnis bei den Reichstagswahlen 1887 siehe die Berichterstattung und die Wahlaufrufe in der SZ Nr. 50, 01.03.1887, 1. Beil.

44 Siehe die Übersicht über Wahlergebnisse und Wahlbündnisse bei Carl-Wilhelm Reibel: Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse, Ergebnisse und Kandidaten. Halbbd. 1. Düsseldorf 2007, S. 512-515.

45 Vgl. Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992, v.a. S. 22 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

systems der Kaiserreichszeit nach.[46] Die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager erschöpfte sich jedoch nicht im Wahlverhalten und einer entsprechenden Wählermobilisierung zu Wahlkampfzeiten, sie hatte auch eine lebensweltliche Entsprechung, die sich mit Blick auf gemeinsame Vereinszugehörigkeiten verdeutlichen lässt.

Mit Blick auf die gesamte Beziehungsstruktur politischer Akteure, die auch als Vereinsvorstände tätig waren, ist festzustellen, dass 1913 in 42 Vereinen ausschließlich liberale und in zehn Vereinen ausschließlich konservative Parteigänger zu finden sind. In 49 Vereinen bestanden demgegenüber Kontakte zwischen Liberalen und Konservativen. Die Sozialdemokraten blieben dagegen in 19 Vereinen „unter sich". Insbesondere die wirtschaftlichen und berufsständischen Vereinigungen waren eher durch eine getrennte Parteizugehörigkeit der politisch Aktiven gekennzeichnet. So waren in zwölf Vereinen nur Liberale gemeinsam in einem Vorstand, in zwei Vereinen nur Konservative und wiederum in zwölf Organisationen, den Gewerkschaften, nur Sozialdemokraten. In neun Vereinen waren Liberale und Konservative aktiv, beispielsweise im „Eisenbahn-Verein" oder im „Verein der Kolonialwarenhändler".

Gemeinsames Vereinsengagement vollzog sich vor allem in sozialen und wohltätigen sowie geselligen und Freizeitvereinen. Der soziale Vereinsbereich führte daher nicht nur in hohem Maße die Angehörigen der Gruppen des höheren und Teile des mittleren Bürgertums zusammen, sondern ebenfalls die Anhängerschaften der unterschiedlichen bürgerlichen Parteien und Parteibündnisse. Insbesondere in traditionsreichen Organisationen wie dem „Bürger-Rettungs-Institut", dem „Halleschen Verschönerungsverein", dem „Verein für Volkswohl", der „Halleschen Waisenhausstiftung" und dem „Verein gegen Armennot und Bettelei" nahmen Liberale wie Konservative zentrale Positionen ein. Durch diese Funktionen in den bekanntesten wohltätigen Vereinen der Stadt konnten sie nicht nur ihr soziales Verantwortungsgefühl für die städtische Gesellschaft ausdrücken sowie ihre Reputation im bürgerlichen Lager steigern, sondern auch wichtige Kontakte untereinander knüpfen. In den religiös-protestantischen Vereinen zeigte sich ein ähnliches Bild. Auch in acht Kriegervereinen stellten Liberale und Konservative gemeinsam den Vorstand. Mitunter boten sich schließlich ebenso in geselligen und Freizeitvereinen vielfältige Möglichkeiten für eine gemeinsame Vorstandstätigkeit: In der „Berg-Gesellschaft", der „Halleschen Turnerschaft", im „Halleschen Eis-Klub", im „Halleschen Reiter-Verein" oder in der

46 Vgl. ebd., S. 92-121.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Stadtschützen-Gesellschaft“ leiteten Liberale und Konservative 1913 die Organisation.[47]

Sozialdemokraten waren nicht nur aus diesen Beziehungsnetzen ausgeschlossen, sie organisierten sich auch – wie abschließend hervorgehoben werden soll – in einem separierten Milieu, das markante Unterschiede zur vereinsbasierten bürgerlich-liberalen Politikorganisation offenbarte. Das sozialdemokratische Milieu ist oftmals als das klassische „sozialmoralische Milieu“ (Rainer M. Lepsius), das seine Anhänger von der „Wiege bis zur Bahre“ organisierte, vorgestellt worden.[48] Für die Kaiserreichszeit erscheint dies zumindest fraglich: Erstens ist ein dichtes sozialdemokratisches Vereinsnetz auch mit Blick auf die sogenannten „Vorfeldorganisationen“ der Arbeiterkultur- und -sportbewegung kaum auszumachen. Zwar finden sich einige ihrer Ableger wie der „Arbeiter-Sängerbund“ oder der „Arbeiter-Radfahrer-Verein Solidarität“ auch in den Halleschen Adressbüchern, aber die Breite des Angebots an Aktivitäten, die das bürgerliche Vereinswesen offerierte, wurde nicht erreicht. Zweitens schien der Fokus und die Motivation von Vereinsarbeit bei vielen Arbeitern eher auf konkreten materiellen Interessen – und dementsprechend auf der Organisation in Gewerkschaften und Konsumvereinen – zu liegen.[49] Drittens trug die Sozialdemokratische Partei immer noch Züge des „allgemeinen Vereins“, der anderweitige Organisationsbestrebungen absorbierte und zur politischen Auseinandersetzung einen Parteiapparat mit Funktionären aufbaute.[50] Während von Seiten der Partei abseitige Vereinsgründungen ihrer Anhänger mitunter eher missbilligt als gefördert

47 Vgl. zur Bedeutung der städtischen Vereine für den Zusammenhalt des bürgerlich-nationalen Lagers auch Jürgen Schmidt: Begrenzte Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870-1914. Göttingen 2005, S. 280 f.; Schäfer: Bürgertum in der Krise (wie Anm. 12), S. 72 f.

48 Vgl. Rainer M. Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966). In: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 25-50. Die Interpretation der Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist kontrovers diskutiert worden. Siehe Peter Lösche/Franz Walter: Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? In: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 511-536 u. Hartmann Wunderer: Noch einmal: Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? In: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), S. 88-93.

49 So auch Jürgen Schmidt: Begrenzte Spielräume (wie Anm. 47), S. 128.

50 Zur Entwicklung der SPD in Halle vgl. die Dokumentation der eigenen Parteigeschichte in Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Halle (Hrsg.): Durch Kampf zum Sieg. Jubiläumsschrift der Sozialdemokratischen Partei in Halle und dem Saalkreis (1889-1914). Halle 1914. Um Geselligkeitsbedürfnisse zu befriedigen, wurden beispielsweise im neu errichteten „Volkspark“ dazu entsprechende Räumlichkeiten geschaffen. Siehe Tobias Kügler: Der Volkspark – Kultur, Geselligkeit, Politik. In: Werner Freitag (Hrsg.): Geschichte der Stadt Halle. Bd. 2: Halle im 19. und 20. Jahrhundert. Halle 2006, S. 224-236.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wurden,[51] fungierte sie selbst als Kristallisationskern eines Milieus ohne weitverzweigtes Vereinsnetz.

Insbesondere der städtische Liberalismus war demgegenüber durch ein Vernetzungsmodell gekennzeichnet, das maßgeblich bestimmt war durch das Ideal des selbständigen Bürgers, der in einem Geflecht vielfältiger Vereine agierte und oftmals in einem, mitunter sogar in mehreren Vereine leitend aktiv war.

V. Schluss

Über die Existenz und Beschaffenheit einer Nation sagte Ernest Renan einmal: „Das Dasein einer Nation ist – erlauben Sie mir dieses Bild – ein täglicher Plebiszit, wie das Dasein des einzelnen eine andauernde Behauptung des Lebens ist.“[52] Renan drückte damit aus, dass eine Nation als Solidargemeinschaft nicht nur aus gemeinsamer Vergangenheit mit geteilten Erinnerungen besteht, sondern zugleich auf der gegenwärtigen Übereinkunft, weiter zusammenzuleben und die geteilten kulturellen Traditionen und Wahrnehmungen zu bewahren. Dies kann auch auf die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft im Kaiserreich bezogen werden. Die Entscheidung, gestaltend mitzuwirken, Traditionen zu pflegen, aber auch neue Entwicklungen zu prägen, drückte sich durch die Teilhabe an ihrem wichtigsten Organisationsinstrument, dem Vereinswesen, aus. Das tägliche Plebiszit vollzog sich nicht nur in Abstimmungen und der Koordination der Vereinstätigkeit, sondern auch durch die Bereitschaft, überhaupt an Belangen der Öffentlichkeit zu partizipieren.

Die Untersuchung der Vereinsstrukturen einer deutschen Großstadt hat verdeutlicht, in welch hohem Maße das städtische Vereinswesen, trotz der bereits vor der Kaiserreichszeit einsetzenden sozialen Öffnung der Mitgliedschaften sowie der funktionalen Ausdifferenzierung des Vereinswesens, vom Bürgertum der Stadt geprägt war. Eine differenziertere Bewertung des politischen Vergesellschaftungsmodells der Liberalen wird möglich, wenn man als Kriterium und Referenzgröße nicht ein modernes Parteiverständnis, welches uns heute geradezu selbstverständlich als Maßstab von Politikorganisation gilt, zugrunde legt, sondern danach fragt, wie sich das liberale Bürgertum an die veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Kaiserreichs anpasste. Die Stärke der liberalen Vernetzung insbesondere in

51 Zum lange distanzierten Verhältnis der SPD zur Arbeiterkulturbewegung siehe nur Ritter/Tenfelde: Arbeiter (wie Anm. 24), S. 821 ff.

52 Ernest Renan: Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882. In: Michael Jeismann/Henning Ritter (Hrsg.): Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus. Leipzig 1993, S. 290-311, hier S. 309.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wirtschaftlichen, sozialen und kommunalpolitischen Vereinen und einer – wenn auch geringer ausgeprägten – Betätigung in wissenschaftlichen, kulturellen oder geselligen und Freizeitvereinen lag einerseits in der Möglichkeit, verschiedene Interessen und Ideale über Mehrfachmitgliedschaften zu kombinieren. Dies entsprach offenbar der überkommenen Vorstellung von Bürgerlichkeit, sowohl partikulare Interessen als auch Vorstellungen von Gemeinwohl selbstorganisiert zu verfolgen, sowie der Auffassung der eigenen Rolle als selbstbestimmtes Individuum, das nicht Rezipient oder Konsument von Leistungen und Entscheidungen ist, sondern selbstständig und gestaltend versucht, die städtische Gesellschaft zu steuern. Kern dieses Honoratiorenmodells war es daher andererseits, sich gerade in politiknahen, außenorientierten Vereinen zu engagieren und hier Kommunikations- und Informationskanäle zu etablieren. Es kann zudem vermutet werden, dass die Mobilisierung der eigenen Klientel bei Landtags- und Reichstagswahlen nicht nur durch die situative Logik von Wahlkämpfen und einer intensivierten Agitation gewährleistet wurde, sondern dass die im vielgliedrigen Vereinswesen hergestellten Kontakte ermöglichten, die eigenen Anhänger zu erreichen. Dass auch Beziehungen zwischen Liberalen unterschiedlicher Couleur und Konservativen geknüpft wurden, belegt die Ausprägung eines bürgerlich-nationalen Lagers in der städtischen Lebenswelt. Waren die Unterschichten weitgehend von den bürgerlich-liberalen Vorstandsnetzwerken ausgeschlossen, so gilt dies insbesondere für die politische Arbeiterbewegung der Stadt.

Diese Ausschließung verweist auf die Grenzen der Vereinsnetzwerke als Integrationsmodell. War es den Honoratioren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch gelungen, im überschaubaren städtischen Raum divergierende Interessen zu vermitteln, zeigt die immense Interessenpluralität, die sich vor allem in der Vielzahl der Gründungen von wirtschaftlichen Vereinen und Verbänden widerspiegelte, dass diese durch auf Mehrfachmitgliedschaften basierende Vernetzung im Vereinswesen kaum noch eingebunden werden konnten. Als einigende Klammer des städtischen Bürgertums fungierte im ausgehenden 19. Jahrhundert dagegen zunehmend ein gesteigerter Nationalismus, der sich auch durch die Gründung entsprechender Vereine und Verbände ausdrückte.[53]

Die hier dargelegten Stärken und Grenzen der bürgerlich-liberalen Politikorganisation über Vereinsnetzwerke sind bisher kaum systematisch erforscht worden, obwohl sie eine Perspektive auf den städtischen Liberalismus der Kaiserreichszeit ermöglichen, der diesen angemessener erfasst als

53 Bürgerlichkeit als politische Leitidee trat damit immer stärker in Konkurrenz zur Leitidee der Nation, deren Einheit völkisch begründet wurde, vgl. dazu Manfred Hettling: „Bürgerlichkeit“ und Zivilgesellschaft. Die Aktualität einer Tradition. In: Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein (Hrsg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2004, S. 45-63, hier S. 56.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einseitige Narrative von Krise und Niedergang. Abschließend seien drei Punkte hervorgehoben:

Die Entwicklung des städtischen Vereinswesens in der Kaiserreichszeit ist, erstens, nach wie vor als Forschungsdesiderat anzusehen. Zwar liegen zahlreiche Studien zu einzelnen Vereinen, Verbänden oder spezifischen Teilen des Vereinswesens und zudem Arbeiten vor, die die transnationale Dimension der Vergesellschaftung im Verein betonen oder vergleichend arbeiten. Untersuchungen der sozialen und politischen Vernetzung im Vereinswesen der Großstadt, die alle Vereine berücksichtigen, sind jedoch bisher Mangelware geblieben.[54]

Im vorliegenden Beitrag wurde, zweitens, der Gebrauch des Begriffs „Netzwerk" allgemein auf die Verbindung von mehreren Menschen in Vereinen bezogen. Mit der Sozialen Netzwerkanalyse ist seit einigen Jahren eine Methode in die Geschichtswissenschaften eingeführt worden, mit deren Hilfe Netzwerke auch netzwerkanalytisch untersucht und ausgewertet werden können.[55] Auf Vereinsnetzwerke ist diese Methode bisher jedoch kaum bezogen worden. Will man die Entwicklung liberaler Netzwerke untersuchen, bietet die Soziale Netzwerkanalyse einen geeigneten Zugriff, um über statistische Beschreibungen und Visualisierungen diese Beziehungsnetze sichtbar zu machen.

Drittens schließlich ist die Bedeutung von Beziehungen und Netzwerken im Vereinswesen nicht erschöpfend mit einem Blick auf Strukturen zu beschreiben. Die im Beitrag aufgezeigten Beziehungsmuster haben Gestaltungs- und Handlungsräume der Liberalen in der Stadt und darüber generierte Kommunikations-, Informations- und Einflussmöglichkeiten verdeutlicht. Wie diese Potentiale indes genutzt wurden, bedarf einer eingehenderen Untersuchung, indem beispielsweise nach der Bedeutung von Vereinsnetzwerken bei der Realisierung städtischer Projekte, bei der Lösung sozialer Probleme und in Wahlkämpfen gefragt wird.[56] Der Fokus auf liberale Politik-

54 Vgl. Anm. 16.

55 Siehe Marten Düring/Ulrich Eumann: Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften. In: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), S. 369-390; Markus Gamper/Marten Düring/Linda Reschke (Hrsg.): Knoten und Kanten III. Soziale Netzwerkanalyse in Geschichts- und Politikforschung. Bielefeld 2015 und Carola Lipp: Struktur, Interaktion, räumliche Muster. Netzwerkanalyse als analytische Methode und Darstellungsmittel sozialer Komplexität. In: Silke Göttsch/Christel Köhle-Hezinger (Hrsg.): Komplexe Welt. Kulturelle Ordnungssysteme als Orientierung. Verhandlungen des 33. DGV-Kongress Jena 2001. Münster 2003, S. 49-63.

56 Ralf Roth: Verein und bürgerliche Gesellschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Thomas Nipperdeys Thesen zur Vereinsbewegung. In: Plumpe/Lescenski (Hrsg.): Bürgertum und Bürgerlichkeit (wie Anm. 4), S. 121-135, hier S. 132 ff. In Halle beispielsweise nahm ein Netzwerk von Frauenvereinen erheblichen Einfluss bei der Lösung der „Wohnungsfrage" und wirkte auf die Kommunalverwaltung ein, vgl. Hauser: Halle wird Großstadt (wie Anm. 41), S. 150 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

netzwerke muss zudem die vielfältigen Kontakte zur entstehenden kommunalen Leistungsverwaltung in den Blick nehmen.[57] Zudem gilt es zu fragen, wie sich die Strukturen des und das Handeln im Netzwerk in längeren Zeitabschnitten, über Strukturbrüche wie den Ersten Weltkrieg hinausgehend, veränderten.

57 Vgl. Jan Palmowski: Urban Liberalism in Imperial Germany. Frankfurt am Main 1866-1914. Oxford 1999, S. 226 ff.; Ralf Roth: Verflechtungen von Vereins- und Verwaltungstätigkeit als Form kommunaler Selbstregulierung. In: Peter Collin/Gerd Bender/Stefan Ruppert/Margrit Seckelmann/Michael Stolleis (Hrsg.): Selbstregulierung im 19. Jahrhundert. Zwischen Autonomie und staatlichen Steuerungsansprüchen. Frankfurt a. M. 2011, S. 293-309, hier S. 302-309.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Lothar Machtan

Liberaler deutscher Ersatz-Kaiser? Zu den politischen Möglichkeiten des Prinzen und Reichskanzlers Max von Baden im Herbst 1918

I.

Drei Wochen bevor er Max von Baden zum Reichskanzler ernannte, hatte der deutsche Kaiser Wilhelm II. seinen letzten großen öffentlichen Auftritt.[1] Schauplatz des Geschehens am 10. September 1918 war eine Werkshalle des Rüstungsgiganten Krupp in Essen. Dort gab er vor handverlesenem Arbeiter-Publikum einmal mehr den Obersten Kriegsherrn. In heldenmütiger Pose forderte er Gefolgschaft ein: „Wer das Herz auf dem rechten Fleck hat", so soll er nach dem Pressetext seiner Ansprache gesagt haben, „wer die Treue halten will, der stehe jetzt auf und verspreche Mir anstelle der gesamten deutschen Arbeiterschaft: Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum Letzten."[2]

Es war der Chef seines Geheimen Zivilkabinetts, Friedrich von Berg, der den Reichsmonarchen zu dieser Imagepolitik motiviert und ihm die passende Rede dafür aufgesetzt hatte. Der kaiserliche Agitator soll sich aber nur anfangs an die Vorgaben seines Ratgebers gehalten, sodann aus dem Stegreif gesprochen haben. Wobei er sich so ereiferte, dass er immer wieder mit seinem Säbel auf den Boden stieß. Die erhoffte Wirkung auf die Masse blieb aus. „Ich blickte auf die Zuhörer", hat ein – wohlgemerkt kaisertreuer – Begleiter damals protokolliert. „Der innere Kontakt, den der Beginn der Ansprache hergestellt hatte, ging mehr und mehr verloren. Die Mienen erstarrten, und je mehr der Kaiser sich steigerte, umso offenkundiger wurde die Ablehnung."[3] Am Ende herrschte bei allen aus dem Gefolge das Gefühl vor, Wilhelm II. hätte diese womöglich letzte Chance, das Volk noch einmal hinter seinen Kaiser zu bringen, heillos vertan. Und einig war man sich auch darin, dass seine gesprochenen Worte auf gar keinen Fall nach der stenographischen Niederschrift veröffentlicht werden dürften.

1 Das nachfolgende Szenario ausführlicher bei Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen. Neuaufl. München 2016, S. 149-154.
2 Zit. nach dem Rede-Abdruck in der *Deutschen Tageszeitung* Nr. 463 vom 12.9. 1918.
3 Alfred Niemann: Kaiser und Revolution. Berlin 1922, S. 80.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Doch selbst der frisierte Redetext lässt deutlich erkennen, wie sehr dieser Herrscher inzwischen aus der Zeit gefallen war – mit seiner rückwärtsgewandten Rhetorik und seinen gebieterischen Attitüden, seiner mangelnden Empathie gegenüber den Leiden und Entbehrungen des Volkes, seinem Unverständnis für dessen Hunger nach Brot, Frieden und politischer Teilhabe. Das angeführte Zitat reicht aus, dies zu erfassen. So geriet Wilhelms Auftritt in Essen zu einem letzten Zeugnis für die Vergeudung jenes einstmals so gewaltigen moralischen und politischen Kapitals, das ihm die überwiegend königstreue Gesellschaft des Wilhelminischen Reiches so viele Jahre lang großzügig gewährt hatte. Der Kaiser hatte nichts mehr in petto, was das Volk für seine Geduld hätte entschädigen können – nichts, was ihre drängenden Zukunftssorgen auch nur ein wenig mildern konnte. Und *königlich* kann man diese Performance sicher auch nicht mehr nennen. Schon weil ihr die Achtung vor den Menschen abging, die da vor ihm standen. Und weil sie den unerträglichen Druck ignorierte, der auf der Bevölkerung lastete.

Die Autorität dieses Herrschers war der Lage nicht mehr gewachsen. Schon länger hatte er der Erwartungshaltung seines strapazierten Volkes nicht mehr entsprochen. Doch jetzt war sein Bedeutungs- und Prestigeverlust so eklatant geworden, dass er die Frage nach seiner politischen Daseinsberechtigung *überhaupt* aufwarf. Deutlicher gesagt: Das preußisch-deutsche Kaisertum, so wie es Wilhelm II. 1918 repräsentierte, stand im Begriff, zu einem hoffnungslosen Fall – ja, es drohte nachgerade, ein öffentliches Ärgernis für die monarchische Idee in Deutschland zu werden. Das Unheil, das er auf seine Person zog, war nun absehbar.[4]

Noch am Abend seines missratenen Essener Auftritts empfing der Monarch einen persönlichen Kurier des Prinzen Max von Baden,[5] der ihm ein Konvolut mit privaten Schreiben seines Herrn übergab. Herzstück war ein politischer Brandbrief des badischen Thronfolgers an seinen kaiserlichen Vetter. Darin hieß es: Wilhelm solle aus *freiem Entschluss* unverzüglich eine Regierung der nationalen Einheit berufen. Mit einem Charakterkopf an der Spitze, der als Vertrauensmann des Kaisers die Führung des Volkes übernehme. Noch könne der Monarch solch‘ eine rettende Tat vollbringen – sua sponte. Aber nur als kommender Volkskaiser habe Wilhelm eine Chance, neues Vertrauen zu gewinnen. Und wenn er für diese Führungsaufgabe einen treu ergebenen politischen Ratgeber, sprich: einen neuen Reichskanzler

4 Vgl. Bernd Sösemann: Der Zerfall des Kaisergedankens im Ersten Weltkrieg, in: John C. G. Röhl (Hrsg.): Der Ort Wilhelms II. in der Geschichte. München 1991, S. 145-170; Jörg-Uwe Fischer: Admiral des Kaisers. Georg Alexander von Müller als Chef des Marinekabinetts Wilhelms II. Frankfurt a. M. 1992, S. 140 ff. sowie John C. G. Röhl: Wilhelm II. Bd. 3, München 2011, S. 1203 ff.

5 Zur Biographie Max von Badens Lothar Machtan: Der letzte Kanzler des Kaisers. Prinz Max von Baden. Eine Biographie. Berlin 2013; speziell zur nachfolgend geschilderten Begebenheit S. 367 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

brauche, so stehe er, Max, dafür jederzeit zur Verfügung. Der Adressat dankte verbindlich für diese Offerte, um jedoch postwendend abzuwinken: „Unsere Ansichten sind in der Grundlage übereinstimmend, in diesem Sinne arbeite ich und sind von mir alle Weisungen gegeben."[6] Etwas anderes könne derzeit nicht in Aussicht genommen werden. Das war eine höfliche, aber bestimmte Zurückweisung.

Nur wenig später stand Max von Baden als Hauptakteur auf der politischen Bühne des deutschen Kaiserreichs. Als dessen Endzeitkanzler ist er in die Geschichte eingegangen; für die einen als unverantwortlicher Totengräber der Monarchie, für die anderen als liberaler Überwinder des Obrigkeitsstaates.[7] Seiner politischen Coleur nach blieb er zu schillernd, als dass man ihn in der Parteienlandschaft seiner Zeit verorten könnte. Doch meinten enge Weggefährten zu wissen, dass ihm liberales Denken nicht eben fremd war.

Wie konnte ausgerechnet der Thronfolger für das süddeutsche Großherzogtum Baden, ein im Reich politisch fast unbeschriebenes Blatt, sich zu so einer (höchst umstrittenen) historischen Größe aufschwingen? Wie geriet er überhaupt an die Spitze jenes Berliner Ensembles, das den Untergang des deutschen Kaiserreichs schlussendlich zu verantworten hatte? Dieses Drama kann nur ergründen, wer sich eingehend mit der Vita des Prinzen befasst. Und sie synchronisiert mit der Krise des monarchischen Systems in Deutschland, wie sie 1917 virulent wurde. Hervorgegangen war diese gefährliche Situation aus dem Mangel an konstruktiver Politik. Präziser gesagt: aus dem Unvermögen der Berliner Reichsleitung, steuernd einzugreifen in die immer riskantere deutsche Kriegsführung. Max von Badens Biographie gewinnt jener Politikgeschichte nun allerdings Seiten ab, die die Forschung bislang eher auszusparen pflegte. Vielleicht, weil sich aus dem, was sein Politikerleben abbildet, ein Szenario ergibt, das auf den ersten Blick mehr großes Kino zu sein scheint als große Politik. Umso mehr, als es den Prinzen in die harte Bretter-Welt des Politikmachens gleichsam *verschlug*. Bis 1915 wäre er niemals darauf gekommen, sich Politik zum Lebensinhalt zu wählen.

Gleichwohl hat dieser Kanzler Deutschlands Epochenwechsel vom 19. in das 20. Jahrhundert nicht einfach nur an maßgeblicher Stelle durchlebt, passiv leidend; er hat ihn auch ein kleines, aber entscheidendes Stück weit mitgestaltet, ihm mehr als nur eine politische Facette hinzugefügt. Die Zäsur, für die er mitverantwortlich zeichnete, ist es wert, im Lichte seiner Biographie noch einmal fokussiert zu werden. Denn daraus ergibt sich eine veränderte Perspektive auf diese bedeutsame Weggabelung in der neueren deut-

6 Wilhelm II. an Max von Baden, zit. nach Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Neu herausgegeben von Golo Mann und Andreas Burckhard. Stuttgart 1968, S. 307.

7 Zum umstrittenen Bild dieses Protagonisten im 20. Jahrhundert vgl. Lothar Machtan: Autobiographie als geschichtspolitische Waffe. Die Memoiren des letzten kaiserlichen Kanzlers Max von Baden. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 481-512.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schen Geschichte. Eine Sicht jenseits der bislang in der Weimar-Forschung zu beobachtenden „Erfolg-Scheitern-Dichotomie“.[8] Mit solch‘ einer Nahsicht auf die damaligen Schlüsselakteure in der Berliner Reichsleitung wird die relative Offenheit der damaligen Situation erkennbar. Unter diesen nahm der letzte Kanzler des Kaisers im deutschen Herbst die Hauptrolle ein. Sie erweist sich als so bedeutsam, dass man ohne sie die abrupte Liquidation des Bismarckreiches nicht erfassen kann. Diese Geschichte ist freilich so sehr auch von ganz Persönlichem geprägt, dass sie sich nicht allein auf politische Notenzeilen schreiben lässt. Nähere Bekannte des Probanden haben diese Verstrickung vom Beginn dieser Kanzlerschaft an besorgt. „Der gute Prinz Max“, so argwöhnte Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst, selbst blaublütiger Sohn eines deutschen Reichskanzlers, „embarquiert sich da in eine Sache, ohne zu ahnen, wohin ihn das führen kann. Eigentlich tut er mir leid.“[9]

II.

Die Biographie dieses Endzeit-Kanzlers hat anzusetzen bei seiner Fürsten-Sozialisation und dabei insbesondere in Rechnung zu stellen, wie der Prinz durch die tragische Fügung eines Todesfalls über Nacht zum Anwärter auf den großherzoglichen Thron in Baden wurde. Was dieser plötzliche Wechsel von der Nebenlinie in die Hauptlinie der Zähringer Dynastie aus ihm gemacht hat, war nachhaltig. Die Alleinstellungsmerkmale seiner politischen Karriere erklären sich vorzugsweise aus diesem dynastischen Zusammenhang, in den sein Leben im Jahre 1888 auf ganz neue Weise hineingestellt wurde. Das engmaschige Gewebe von nahen sowie ferneren Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb einer europäischen Großfamilie mit ihrer distinkten Hochadelskultur prägte nun stärker als je zuvor die Umstände seines Daseins. Das wichtigste Bezugssystem blieb dabei das Herrscherhaus der Zähringer, das seit Napoleon die Monarchie in Baden verkörperte.[10] Den überkommenen Anspruch seines Souveräns, über die Gewalten darin mehr oder minder eigenmächtig verfügen zu können, hatte Bismarck durch die

8 Vgl. Alexander Gallus in der Einführung zu dem Sammelband Ders. (Hrsg.): Die vergessene Revolution. Göttingen 2010, hier S. 9 bzw. S. 36 sowie Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik, München, 2. Aufl. 2008, S. 51-59. – Vom Ansatz her ähnlich wie die hier verfolgte Perspektive Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014, hier S. 18 bzw. S. 49.

9 Prinz Alexander Hohenlohe an Dr. Muehlon aus Ragaz vom 4.10. 1918, in: Institut für Zeitgeschichte München, Nachlass Muehlon, ED 142/11.

10 Vgl. hierzu im Einzelnen Lothar Machtan: Star-Monarch oder Muster-Monarchie? Zum politischen Herrschaftssystem des Großherzogtums Baden im langen 19. Jahrhundert. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Konstitutionalismus in Europa. Göttingen 2014, S. 257-286.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Reichsgründung von oben noch einmal festschreiben und machtpolitisch absichern können. So gehörte das geweihte, quasi heilige Dasein des Monarchen zur Matrix der politischen Weltanschauung des Prinzen Max. Dies gründlich zu reflektieren, kann einiges zum historischen Verständnis seiner affektiv-kognitiven Eigenwelt beitragen, aus der sich wiederum maßgebliche Wahrnehmungsmuster erklären lassen.

Dass er die fürstlichen Konventionen als besonders bedrückend empfand, ist freilich auch bezeugt. Bereits vor seiner unerwarteten Rangerhöhung hatte er ein bemerkenswertes Bewusstsein für die eigene Individualität ausgeprägt. Aber ein aristokratisches Ästheten-Leben, wie es ihm eigentlich vorschwebte, schied aus, als ihn die Schuldigkeit ereilte, für den Fortbestand der badischen Monarchie zu sorgen - und er diese schwere Verantwortung nolens volens übernahm. Was folgte, waren: der obligatorische Militärdienst bei einem preußischen Garderegiment, zahllose Repräsentationspflichten am Berliner sowie am Karlsruher Hof, Kavalierstouren in Europa, auf Brautschau-Gehen. So schliff er die Formen fein, in die er Denken, Fühlen und Habitus kleiden musste, um bei seinen Standesgenossen Anerkennung zu finden – und ein Achtung gebietendes Prestige beim Rest der Welt. Aufgrund seines durchaus honetten Charakters entwickelte Max die gewinnenden Eigenschaften eines sympathischen, eloquenten und angenehmen Gesellschafters, dem es mühelos gelang, einflussreiche Gönner und Förderer zu finden. Ein politischer Kopf wurde er dabei nicht; auch nicht, als er später mit dem Präsidium der Ersten Badischen Kammer betraut wurde. Doch das konstitutionelle Amt verschaffte ihm reichlich Gelegenheit, sich der politischen Öffentlichkeit von Baden als liebenswerter Thronanwärter zu empfehlen. Dazu trug vielleicht mehr noch die standesgemäße Ehe mit der Prinzessin Marie Louise aus dem von Bismarck entthronten Königshaus Hannover bei, die ein dynastiepolitisches Meisterstück des Bräutigams gewesen war. Denn mit diesem Arrangement wurde die Welfendynastie rehabilitiert. Durch die Geburt des Sohnes Berthold im Jahre 1906 hat Max von Baden sich als Zukunftsträger des großherzoglichen Hauses dann endgültig etabliert.

Max‘ Biographie hat sich auch mit seiner durchaus heiklen Privatgeschichte bis 1914 auseinanderzusetzen, seinem intimen Freundeskreis, seinen Hauptbetätigungsfeldern. Und seinen Überlebensstrategien. Diese Entschlüsselung seines Privatverhaltens ist zum tieferen Verständnis seiner öffentlichen Person unverzichtbar. Denn „privatmenschlich“ betrachtet, blieb diese Prinzen-Vita in fatale, weil unlösbare Widersprüche verstrickt. Max‘ vitaler Drang nach einem persönlichen Leben – die Sehnsucht seiner Seele – kollidierte so stark mit den gerade entgegengesetzten Anforderungen der ihn umgebenden Welt, dass er sich immer wieder ungeheure Zwänge antun musste, um halbwegs zu bestehen. Noch etwas kam hier erschwerend hinzu:

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

seine Homosexualität. Seine Gefühlsneigung zum eigenen Geschlecht blockierte ihn enorm, machte es zu einer Herkulesaufgabe, seine Lebensführung an die hoheitlichen Normen, die seine Welt beherrschten, anzupassen. Und sie machte ihn verletzbar. Selbst in intimsten Angelegenheiten seines Privatlebens bekam Max die Zwangsgesetze seiner Besonderheit als eherne ins Gewissen geschrieben. Zwar standen ihm Mittel zu Gebote, um diesen gewaltigen Druck abzufedern und abzuleiten. Es gab gewisse Schutzmechanismen, wie Max sie beispielsweise immer wieder unter den Fittichen seiner russischen Mutter fand; es gab versierte Lebensberater wie Axel Munthe, Cosima Wagner oder Lebensreformer wie Johannes Müller, die über akute Krisen hinweghalfen. Refugien wie das Schloss Salem am Bodensee; schließlich diverse Ablenkungsszenarien: angefangen von Reisen in die Sonne des Südens oder auf die Gipfel der Hochalpen bis hin zu den Fluchten der Erlösungssuche unter den mystischen Klängen des Götterdämmerungstheaters von Bayreuth. Insofern musste er nicht sein komplettes Leben dem Komment unterwerfen. Er setzte buchstäblich Himmel und Hölle in Bewegung, um diese Zwangsmechanismen immer wieder auszuhebeln, und entwickelte dabei ein bemerkenswertes Repertoire an Strategien. Aber es gab definitiv keine Aussicht auf einen anderen Weltbezug seiner öffentlichen Person.

Von einer im engeren Sinne politischen Biographie kann man erst für die Jahre 1914 bis 1918 sprechen. In der Zeit davor war von politischen Ambitionen noch nichts zu sehen gewesen: weder Anzeichen eines staatsmännischen Formats noch besonderes Interesse an der geistigen Durchdringung von politischen Grundsatzfragen. Er blieb davon überzeugt, dass man etwaigen Demokratieansprüchen des Volkes durch eine verfeinerte Kultur des Monarchischen auch auf Dauer erfolgreich würde begegnen können. Das seiner Meinung nach gesellschaftlich tief verankerte monarchische Gefühl, den überkommenen Autoritätsrespekt wollte er pflegen. Seine eigene hoheitliche Person begriff er dabei als probaten Werbeträger für eine solche akzeptanzorientierte Fürstenherrschaft. Mit dieser wohltemperierten Imagepflege war es im August 1914 schlagartig vorbei. Die komplette Existenz des Prinzen Max geriet in Kriegszustand. Ein äußerst umtriebiges Leben begann, die brutale militärische Konfrontation der Großmächte wurde ihm zur biographischen Bruchstelle.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dafür war die peinliche Erfahrung seines Versagens beim Kriegsdienst an der Front maßgeblich,[11] die sein Leben auf ungeahnte Weise überschattete, weil er seitdem so etwas wie eine existenzielle Verlorenheit spürte. Ein Gefühl der Scham, der Selbstentwertung stellte sich ein. Aus dieser mehr inneren als äusseren Demütigung erwuchs sein Verlangen nach Kompensation – durch (im Wortsinn) „Große Politik". Denn die Schmach saß tief bei einem hochdekorierten Aristokraten im Generalsrang, der besonders intensiv in einen strengen Kodex der Ehre sozialisiert worden war. Der also nur zu gut wusste: Wer sich als langjähriger *Berufssoldat* dem Frontdienst entzieht, der handelt unehrenhaft, stellt sich bloß. Auch wenn er sich ersatzweise noch so sehr bemühte, seinen Kriegsdienst auf anderen Feldern – hier dem der Gefangenenfürsorge – zu leisten. Seine Frontdienstverweigerung brachte nicht allein Ansehensverlust über sein Fürstenhaus. Es tangierte auch seine monarchische Identität, seine royale Selbstachtung. Denn darin manifestierte sich eine eklatante Abweichung von jener Kultur der Würde, die der royale Herrscherstand als seine informelle Verfassung immer noch hochhielt.[12] In einer Militärmonarchie wie dem preußisch-deutschen Kaiserreich war die Generalsuniform nachgerade zum Aushängeschild fürstlicher Performance geworden. Mit der hatte sich auch Prinz Max von Baden bis 1914 nur zu gern gezeigt und dekorativ malen lassen, bis er zu dem wurde, was seine Spötter damals einen „Sanitätsgeneral" nannten.

Weil er sich militärisch nicht beweisen konnte, versuchte er es in der Politik. Ab 1917 macht Max sich innerlich auf den Weg zu diesen neuen Ufern. Er definiert sich in eine neue Rolle hinein, und zwar eine große. Die eines potenziellen Nationalhelden, auf den ein Schicksal warte: die Rettung des deutschen Kaiserreichs vor großen Gefahren. Er imaginierte sich als neuen Marcus Curtius, jene Heldenfigur aus der antiken Mythologie, die Rom seinerzeit durch eine sich selbst opfernde Heldentat vor drohendem Untergang bewahrte. Durch einen solchen voluntaristischen Kraftakt wollte er seine Scharte auswetzen und versuchen, seinem Prinzen-Dasein doch noch eine Wende zum Ehr-, ja Bewunderungswürdigen zu geben. Doch der Prägekraft seiner ganz persönlichen Geschichte konnte er damit ebenso wenig entkommen, wie ihn seine vermeintliche politische Mission aus dem Schatten seiner royalen Herkunft treten ließ.

11 Obwohl er seinem militärischen Rang nach ein Divisionskommandeur mit langjähriger Berufserfahrung war, hatte sich der General Max von Baden bei Kriegsausbruch geweigert, einen Kommandoposten im Felde zu übernehmen. Fataler noch für sein Image: er zog sich bereits im September 1914 gänzlich vom Kriegsschauplatz zurück, weil er meinte, dort „auf die Dauer kaputt (zu) gehen". Stattdessen engagierte er sich beim Roten Kreuz, was an sich aller Ehren wert war, aber von der öffentlichen Meinung nicht goutiert wurde. Zu den Einzelheiten vgl. Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 243 ff.

12 Hierzu zuletzt Martina Fetting: Zum Selbstverständnis der letzten deutschen Monarchen. Frankfurt a. M. 2013, S. 68 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Einmal im Flechtwerk der Politik angekommen, hat er freilich allergrößten Wert darauf gelegt, sich von anderen auf die Bühne der großen Politik bitten zu lassen. Tatsächlich fanden sich solche Zuarbeiter – *Spin Doctors* –, die ihr Möglichstes gaben, den badischen Thronprätendenten zum Anwalt einer höheren politischen Wahrheit zu stilisieren, der ein – so die Annonce – großes weltgewinnendes Programm in petto habe. Ein Programm des sog. ethischen Imperialismus, mit dem die deutschen Weltmachtansprüche vor allem kulturell begründet werden sollten – und nicht mehr primär von wirtschaftlichen und sonstigen Macht-Interessen her. Ein Programm, dem dieser tadellose Aristokrat mit dem politischen Ansehen des höchsten Staatsamtes zu internationaler Anerkennung verhelfen wolle und könne. Eine moralische Offensive, die geeignet sei, das deutsche Kaiserreich am Ende doch noch auf die Siegerspur der Geschichte zurück zu führen. Ihr als Blaupause zugrunde lag die Vision einer deutschen Weltdurchdringung durch beispielhafte Ideenpolitik – bei gleichzeitiger Reformierung der politischen Kultur in Deutschland (nach englischem Muster). Deren intellektuelle Urheber wie Paul Rohrbach, Kurt Hahn, Alfred Weber u. a. hatten das Programm dem Prinzen ins politische Stammbuch geschrieben.[13] Angesichts der schon notorisch zu bezeichnenden ideologischen Unterlegenheit der deutschen Kriegspropaganda gegenüber den alliierten Versprechungen einer besseren freiheitlicheren Welt[14] war die Idee einer moralischen Offensive an und für sich nicht verkehrt. Aber ob ausgerechnet ein eingeschworener Zivilist wie Max von Baden, der niemals eine eigene Anschauung vom Wesen der deutschen Kriegsführung sich hat aneignen mögen, mit solch‘ einem Programm militärischen Autoritäten vom Format des populären Duos Ludendorff/Hindenburg eine politische Grenze würde ziehen können, das stand auf einem ganz anderen Blatt.

Außerdem war es bereits „5 vor 12“, als Max sich rufen ließ, oder vielleicht sogar noch ein wenig später. Das wusste auch er. Eine militärische Niederlage im „Großen Krieg“ zeichnete sich ab. Die normative Kraft des Faktischen hatte den bis dato starren Siegfriedenswillen der Obersten Heeresleitung gebrochen. Die politische Führung in Berlin war verunsichert, ja wie gelähmt, das Staatsschiff ohne Navigation. Und manches deutete darauf hin, dass die Regierung nun über kurz oder lang einen politischen Offenbarungseid würde leisten müssen.[15] Dennoch, oder gerade deshalb, gab es für Max von Baden im September 1918 kein Halten mehr. Endgültig hatte ihn

13 Dazu mit weiteren Verweisen Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 334 ff.

14 Vgl. Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg. Stuttgart 2013 (bes. Kapitel 5). Außerdem Herfried Münkler: Der Große Krieg. Berlin 2013, S. 248 ff.

15 Hierzu jetzt eindringlich Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs. München 2014, S. 872 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Mission durchdrungen, „retten zu müssen“.[16] Das war insofern kein reines Hirngespinst, als in ganz Deutschland das Gefühl sich breit gemacht hatte, politisch führerlos geworden zu sein. Das einstige Vertrauen der Bürger, die Leitung der deutschen Nation in festen Händen zu wissen, war dahin, ebenso wie die euphorische Bereitschaft zum Krieg der Jahre 1914/15. Max selbst empfand seinen politischen Auftrag zwar als schweren persönlichen Opfergang, sah in seiner Ernennung zum Staatsführer aber zugleich eine historische Notwendigkeit. Es sei, so sagte er seinem Lebensberater Johannes Müller, eine „Sache des Glaubens und der Hingabe für die Erhaltung Deutschlands und sein stolzes Hervorgehen aus dieser Wirrnis“.[17] Diese heroische Moral mag imponieren, rein menschlich besehen. Sie macht den selbsternannten Kanzlerkandidaten sogar sympathisch. Wenn man nur nicht sogleich mit seinem Absturz in die Katastrophe rechnen müsste.

Denn für eine royale Persönlichkeit wie ihn war das Große-Politik-Machen im Jahre 1918 eigentlich eine unmögliche Existenzform. Er hatte nie gelernt, dass Politik mit dem gründlichen Studium der Wirklichkeit beginnt. Und es gab niemanden, der das trügerische Bild, das sich Prinz Max – wie viele seiner Standesgenossen – in seinem Kopf von Deutschlands politischer Lage gemalt hatte (hatte malen lassen), durch eine richtige – genauer: realistische – Zeichnung ersetzen konnte. Das Wesen des politischen Betriebes in der Berliner Wilhelmstraße kannte er so gut wie nicht. Er besaß keine Imprägnierung gegen die extreme Witterung, die dort herrschte. Er hatte keine Ahnung von den hohen Erwartungen, die sich in dieser gefahrvollen Situation an einen deutschen Reichskanzler richteten. Er besaß nicht, was man heute Risikokompetenz nennen würde, und er war auf die Wahrscheinlichkeit nicht eingestellt, dass sein – ihm souffliertes – Rettungskonzept vielleicht gar nicht aufging. Für eine vorausschauende Beurteilung der politischen Gesamtlage in Europa fehlten ihm sowohl eingehende Sachkenntnis als auch analytische Fähigkeiten – von diplomatischem Erfahrungswissen ganz zu schweigen. So konnte er große Politik auch nicht im pragmatischen Zusammenhang auffassen. Vielmehr blieb er durchdrungen von dem Märchenglauben, ein öffentlichkeitswirksamer moralischer Appell an das Weltgewissen sei schon eine politische Großtat, würde womöglich schon reichen, dem Großen Krieg endlich ein Ziel zu setzen. Der Rest funktioniere dann gleichsam durch – Handauflegen. Max wollte die Welt mit Worten heilen. Das war an visionärem Überschuss kaum mehr zu überbieten, bis hin zur Realitätsverweigerung den verschleppten Verhältnissen gegenüber. So kam er auch gar nicht auf die Idee, sich bei den damals Regierenden rück zu vergewis-

16 Max von Baden an Kurt Hahn vom 2.8. 1918, zit. nach Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente (wie Anm. 6), S. 635.

17 Max von Baden an Johannes Müller vom 30.8. 1918, in: Archiv Schloss Elmau, Nachlass Müller (Abschrift).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sern, ob sein Konzept des ethischen Imperialismus überhaupt eine realpolitische Chance habe.

Auch das parlamentarische Wesen war ihm fremd, ja befremdlich. So gab es zwischen seiner idealen politischen Welt und der realen Welt der Politik im Jahre 1918 kaum Schnittflächen. Dafür klafften die jeweiligen Werte- und Wirklichkeitsvorstellungen zu krass auseinander. Wie sollte der neue Mann da mit Aussicht auf Erfolg an die vorderste Linie treten und dort auch noch richtungsbestimmend sein? Wie sollte er den moralischen Verpflichtungsgrad erkennen, der hinter seiner politischen Aufgabe stand, wie in der kruden Wirklichkeit des Berliner Politikbetriebs überhaupt ankommen?

Als hochsensibles Gefühlswesen hatte Max intuitiv sicher manches erfasst von dem, was der stagnierenden Reichspolitik damals Not tat – aber damit allein war es noch nicht getan, wo so viele andere Voraussetzungen ersprießlichen Wirkens fehlten. Das hatte er selbst gespürt und gelegentlich auch thematisiert. Dennoch redete er sich im September 1918 ein – und mehr noch ließ er sich einreden –, etwas zu können, was er nie gelernt, geschweige denn praktisch erprobt hatte, nämlich ein komplexes Staatswesen zu lenken, ja durch die gefährlichen Klippen der größten Herausforderung seiner Geschichte zu steuern. Das hatte weniger mit maßloser Selbstüberschätzung zu tun als mit Naivität, Ideologie – und Autosuggestion. Anders lässt sich die große Unvernunft dieses Unternehmens schlechterdings nicht erklären. Eine Unbesonnenheit, die darin bestand, sich aus dem vertrauten Milieu seines abgeschirmten monarchischen Kosmos hinaus zu begeben in ein Terrain, wo das raue Klima und die noch raueren Sitten eines permanenten Kampfes um Macht, Einfluss und Führung herrschten. Zumal in einem Land, das seit vier Jahren einen immer totaleren Krieg gegen eine Welt von Feinden führte, das auch zu einem innenpolitischen Minenfeld sonders gleichen geworden war. Schon in Friedenszeiten wäre es eine kaum lösbare Aufgabe gewesen, die angestammte Sphäre fürstlicher Immunität mit dem riskanten Operationsfeld eines öffentlich agierenden politischen Führers miteinander in Einklang zu bringen oder sie gar zu synchronisieren.

Es war mithin eine Karriere entgegen jeder Wahrscheinlichkeit, die Max von Baden da anstrebte. Auch entgegen der Tektonik, die dem Bismarck'schen Monarchie-Modell zugrunde lag.[18] Das kannte nämlich keine Reichskanzler royaler Provenienz – also von tendenziell *Gottes Gnaden*. Aber es war noch weit mehr als eine in Preußen-Deutschland außergewöhn-

18 Vgl. grundsätzlich hierzu Lothar Machtan: Deutschlands gekrönter Herrscherstand am Vorabend des Ersten Weltkriegs – Ein Inspektionsbericht zur Funktionstüchtigkeit des deutschen Monarchie-Modells, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 58 (2010), S. 222–242; Dorothee Gottwald: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhunder., Frankfurt a.M. 2009 sowie Dieter Langewiesche: Die Monarchie im Jahrhundert Europas. Selbstbehauptung durch Wandel im 19. Jahrhundert. Heidelberg 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

liche Form von politischer Karriere, was da vor sich ging. Max von Baden trachtete nach einer Rolle, für die es gar kein politisches Drehbuch gab. Er wollte eine politische Offensive starten, für die es gar keine Truppen gab, eine Regierung führen, ohne einen belastbaren Plan dafür zu haben.

Was seine Ambitionen allenfalls legitimierte, war eine Zeitströmung – ein Phänomen, das die kulturgeschichtliche Forschung jüngst als eine zunehmend ästhetisch aufgeladene Genieerwartung dechiffriert hat. Es habe sich darin ein ganz neues unkonventionelles Anforderungsprofil an das politische Führungspersonal herauskristallisiert, von dem man sich das Gegenteil systemkonformer bürokratischer Herrschaftstechnik versprach, nämlich: wagemutig-eigenwilliges Handeln, auch ohne vorangegangene Ochsentour.[19] Ein schönes Beispiel für diese Erscheinung liefert uns ein Brief, den der Lyriker Rainer Maria Rilke Anfang Oktober 1918 an Max von Baden aufgesetzt hat: Er dränge „namenlos zu der Stelle, die E.H. eben mit so großartigem Entschluss angetreten haben", weil er „unbeschreibliche Hoffnungen" auf diese Kanzlerschaft setze. Euphorisch begrüßte er in dem Prinzen „den begnadeten Schützer des Neuen", unter dessen „sicherer Führung" es jetzt endlich möglich sei, „ein neues Blatt der Geschichte zu beginnen" und „das deutsche Volk den Enttäuschungen und Erwartungen, die noch zum Gestern gehören, mit einem Schlage zu entreißen".[20] Indem der neue Kanzler hier zu einem Objekt kultureller Zuschreibung wurde, schien sich sein politisches Kapital – auf der symbolischen Ebene – tatsächlich zu vergrößern. Es fragt sich nur, welches praktische Hervortreten dieses Prinzen dem Poeten eigentlich Grund zu der Annahme bot, dass diesem Max von Baden so eine Kühnheit zu durchgreifendem Staatshandeln auch tatsächlich eigen, dass er überhaupt zu vorurteilslosem Umdenken bereit sei. Rilkes sehnlichster Wunsch nach einer endlich auch einmal in ästhetischer Hinsicht erhabenen Führungsgestalt ist da wohl Vater des Gedankens gewesen. Solche Vorstellungen waren freilich auch anderen Intellektuellen im Herbst 1918 keineswegs fremd.[21] Das spezielle Erscheinungsbild dieses Prinzen gab überhaupt so manchem Betrachter das „instinktive Gefühl" ein, „dass man da eine *rara avis* unter den deutschen Fürsten vor sich hat und einen, der aus einem etwas anderen Stoff ge-

19 Vgl. Carolin Lange: Genies im Reichstag: Führerbilder des republikanischen Bürgertums in der Weimarer Republik. Hannover 2012. – Mit Anwendung auf Hitler hat Wolfram Pyta diesen Ansatz eines „ästhetischen Ermächtigungskonzepts" jüngst eindrucksvoll entfaltet: Ders.: Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse. München 2015.

20 Zit. nach dem Abdruck des undatierten Briefentwurfs bei Joachim W. Storck (Hrsg.): Rainer Maria Rilke. Briefe zur Politik. Frankfurt a. M./Leipzig 1992, S. 224 f.

21 Vgl. Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 349. – Selbst der Begründer der Anthroposophie Rudolf Steiner setzte damals große Hoffnungen auf einen geistig-moralischen Neuanfang durch eine politische Rolle des Prinzen Max von Baden: Vgl. Peter Selg: Rudolf Steiner Bd. 2 : 1914-1922. Arlesheim 2012, S. 1222 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schnitzt ist wie die Anderen“.[22] Eine Art Paradiesvogel also, in den sich politisch viel hineinprojizieren ließ, insbesondere die Hoffnung, dass ein Außenseiter vielleicht klarer erkennen könnte, was regierungspolitisch gerade schief läuft, weil er den nötigen Abstand zu den Schalthebeln der Macht habe und den herrschenden Regeln des Politikbetriebes weniger sklavisch folge. In den Worten von Theodor Wolff: „Es war etwas Besonderes, noch nicht Dagewesenes, und nur das Besondere, noch nicht Dagewesene, konnte auf die Phantasie wirken und noch einmal einen seelischen Aufschwung bringen.“[23]

Schließlich war da noch – *Kurt Hahn*, ein ungemein ambitionierter Geistesarbeiter im Berliner Politikbetrieb mit einer suggestiven Sprach- und Schreibkraft, der in Max von Baden den endlich gefundenen Realisator seiner politischen Ideale erblickte und dem Prinzen überdies von Herzen zugetan war.[24] Ihm gelang es, sein schier unerschöpfliches Energiefeld auf den badischen Thronanwärter zu übertragen, und zwar so, dass man bisweilen den Eindruck erhält, er habe ihm einen Zaubertrank eingeflößt. Max‘ Entscheidung, ein führender Politiker zu werden, verdankt sich jedenfalls ganz wesentlich der kognitiven Kraft des Herzens von Kurt Hahn. Aber auch der politischen Ahnungslosigkeit des Kandidaten, der dem Weckruf folgte, obwohl er sich erklärtermaßen vor „fruchtloser Erschöpfung und Selbstvernichtung“ fürchtete.[25] Jedenfalls war Hahn das Medium, das die Politikfähigkeit des Prinzen überhaupt erst herstellte. Und ohne Hahns kommunikatives Talent wäre auch das vorgenannte politische Kapital der *Soft Power*, wie dies die Politikwissenschaft heute nennt[26], unproduktiv geblieben.

III.

Am 3. Oktober 1918 ernannte Kaiser Wilhelm II. wider besseres persönliches Wissen und allein auf massiven Druck der Obersten Heeresleitung seinen Vetter Max zum deutschen Reichskanzler. Von politischer Richtlinienkompetenz konnte bei dem neuen Mann in Berlin aber von Beginn an keine Rede sein. Im Gegenteil, die primäre Erfahrung seines neuen Daseins als Staatslenker war – Ohnmacht. Sowohl seine Unterschrift unter das Waffen-

22 Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst an Wilhelm Muehlon vom 10.11. 1918, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München ED 142/11.
23 Theodor Wolff: Die Wilhelminische Epoche. Fürst Bülow am Fenster und andere Begegnungen. Herausgegeben und eingeleitet von Bernd Sösemann. Frankfurt a.M. 1989, S. 155.
24 Näheres bei Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 308 ff.
25 Max von Baden an Kurt Hahn vom 14.10. 1917, zit. nach Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente (wie Anm. 6), S. 625.
26 Vgl. Joseph S. Nye: Soft Power. The Means to Success in World Politics. New York 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

stillstandsgesuch an US-Präsident Wilson als auch seine programmatische Regierungserklärung wurden ihm aufgezwungen – als kategorische Imperative der Obersten Heeresleitung. Mit dieser jähen „Ausbremsung" war er a priori zu einem beauftragten Funktionsträger herabgestuft – ohne persönliches Eigengewicht.[27] Der Schneid zu durchgreifendem Handeln war ihm abgekauft worden. Der Druck dieser demütigenden Erfahrung hat ihn fortan begleitet. Wie wollte er da vor sich selbst noch wahrhaftig bleiben? Überdies war auch sein Kabinett alles andere als eine politische Sinngemeinschaft, die durch ihre Entschlossenheit das tradierte Herrschaftssystem hätte irgendwie unterlaufen können. Weder steckte es einvernehmlich die wichtigsten Gefahrenzonen für sein Handeln ab, noch formulierte es positive Ziele, für die es kämpfen wollte. Von einem einheitlichen Willen, das Reich vor allem durch eine konsequent durchgeführte Demokratie zu behaupten, konnte keine Rede sein. Außerdem blieben viel zu viele falsche Kräfte am Werk. Währenddessen nahm die politische Situation im Reich immer krisenhaftere Züge an.

So verfolgt man nur noch mit Bangen Max' weiteren Schritte auf dem brüchigen Parkett der Berliner Politikbühne bis hin zu seiner tatsächlich einzigen großen Szene – seinem einzig *möglichen* großen Auftritt. Das war Ende Oktober 1918, als der Mantel der Geschichte durch die Reichshauptstadt rauschte und der dort regierende Kanzler seinen Saum tatsächlich hätte fassen können. Prosaischer ausgedrückt: Es war damals noch eine reale Möglichkeit vorhanden, den Untergang der Monarchie in Deutschland zu verhindern. Und mit dem Ergreifen dieser historischen Chance wäre am Ende doch noch ein schlüssiger Bogen in das politische Missionsprojekt des Prinzen Max gekommen. Bemerkenswert ist, dass er diesen informellen Rollenwechsel, der sich da in der letzten Oktoberwoche abzeichnete, durchaus begriff und er sich sogar darauf einzustellen bemühte. Diese Lage verlohnt es, eingehender betrachtet und anschließend analysiert zu werden.

Besieht man die existenzielle Krise, die die deutsche Monarchie und ihr gesamtes königliches Ensemble im Oktober 1918 mit Wucht erfasste, so treten zuallererst die verzweifelten Bemühungen der Hohenzollern in den Vordergrund, sich mit immer neuen Manövern an den deutschen Kaiserthron zu klammern. Sodann die kollektive Passivität der deutschen Bundesfürsten, und deren politischer Unwille, in die Führungsgeschäfte des gefährdeten Reiches einzugreifen.[28] Immerhin waren sie nach der Verfassung die eigentlichen Träger der Souveränität in diesem Staat. Durch dramatisch schwin-

27 Zu den Einzelheiten der Regierungstätigkeit vgl. die vorbildliche Edition von Erich Matthias/Rudolf Morsey (Bearb.): Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Düsseldorf 1962.

28 Hierzu jetzt mit Blick auf die nach Preußen zweitwichtigste Monarchie in Deutschland Ulrike Leutheusser/Hermann Rumschöttel (Hrsg.): König Ludwig III. und das Ende der Monarchie in Bayern. München 2014; darin vor allem die Beiträge von Bernhard Grau und Stefan März.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dende Popularität und katastrophalen Prestige-Verlust hatten sich die Monarchen am Ende um jeden politischen Einfluss auf die öffentliche Meinung gebracht. Und so stand die politische Macht der Monarchie bald nur noch auf dem Papier der Verfassung. Freilich hatte sich schon unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges angedeutet, dass die Spätblüte, zu der Bismarck den gekrönten Häuptern mit seinem Monarchie-Modell von 1871 verholfen hatte, nur eine Scheinblüte war. Doch erst 1917/18 war die strukturelle Überforderung dieser Monarchie zu einem politischen Krebsschaden für das Staatswesen schlechthin geworden. Aber selbst als politische Fiktion blieb dieser Obrigkeitsstaat noch überaus wirkungsmächtig und die Forderung nach seiner Abschaffung die Meinung einer Minderheit. Insofern sollte man das symbolische Kapital der Monarchie an sich auch noch im Herbst 1918 nicht allzu gering veranschlagen. In der politischen Kultur des Reiches blieb es ein Bestimmungsfaktor, dem nicht einmal der grassierende Ansehensverlust der gekrönten Häupter sehr viel anhaben konnte. Was das politisch bereits weitgehend führerlose Kaiserreich darüber hinaus noch halbwegs zusammenhielt, das war seine bis zum Schluss effektiv verwaltende Staatsbürokratie, die souverän verdrängte, dass Deutschland in Europa machtpolitisch am Ende war.

Bis Ende Oktober stand der deutsche Reichskanzler zu seinem Versprechen, Vetter Wilhelm die Herrschaft zu bewahren und zugleich den bundesfürstlich-föderativen Aufbau des Kaiserreichs zu garantieren. Doch um den 20. Oktober herum, als evident wurde, dass mit diesem royalen Spitzenpersonal, dass namentlich mit dem deutschen Kaiser partout kein monarchischer Staat mehr zu machen sein würde, scheint Prinz Max von dieser seiner Selbstverpflichtung abgerückt und auf die Suche nach Alternativen hierzu gegangen zu sein. Zwar stellte er sich nach außen mitsamt seinem Kabinett bis Anfang November auch weiterhin schützend vor den vielgescholtenen Reichsmonarchen. Und er verteidigte die unverändert starke Machtposition der monarchischen Exekutive. Doch intern begann er jetzt ein Doppelspiel, das helfen sollte, den ohnehin nicht zu rettenden Verwandten aus der Geschichte fallen zu lassen – natürlich so honorig wie möglich.

Richtschnur war dabei eine Idee, die der Bankier Max Warburg und andere Berater ihm eingegeben hatten: ein dynastisches Lösungsmodell für die deutsche Monarchie-Krise.[29] Es war wohl die politisch ausgeklügelste Idee,

29 Aufzeichnung von Max Warburg über seine am 25.10. 1918 stattgefundenen Beratungen mit Max von Baden am Krankenbett des letzteren: „Überlegung Abdankung S.M., Regent Max von Baden. 11-12 [Uhr] wieder gerufen. Note, Kaiser." (Stiftung Warburg-Archiv Hamburg-Blankenese, NL Max Warburg). – Involviert in die Ausarbeitung entsprechender Pläne waren außerdem der Chef der Reichskanzlei Walter Simons und der damalige Geheime Rat in der Reichskanzlei Arnold Brecht, wie dessen Erinnerungen belegen: Arnold Brecht: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927. Stuttgart 1966, S. 162 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die den badischen Thronprätendenten in seinem Kanzlerleben umgetrieben hat, vielleicht die unterbewusste Zielgebung seines ganzen politischen Engagements. Der Gedanke lautete: Max überzeugt seinen kaiserlichen Vetter von einer freiwilligen und damit historisch rühmenswerten Abdikation mit großzügiger Geste. Dieser macht ihn dann (mit nachfolgender Zustimmung des Reichstags) zum sog. Verweser für den (zum Thronprätendenten auszurufenden) minderjährigen ältesten Kaiserenkel im Reich. Gleichzeitig gewinnt der Ersatz-Kaiser einen weiteren Vormund, dieses Mal aus dem Hause Hohenzollern, als Regenten des 12-jährigen Kronprinzensohnes im Königreich Preußen. Statt des nunmehrigen Reichsverwesers wird ein Berufspolitiker aus demokratischem Schrot und Korn mit Vertrauenskredit beim deutschen Volk parlamentarisch verantwortlicher Kanzler des Reiches: zum Beispiel Friedrich Ebert. Der Prinz und der Arbeiterführer verschreiben sich politisch einander und gehen zusammen durch dick und dünn, um das Vaterland vor einer nationalen Katastrophe à la Russland zu bewahren. Sieht man einmal von den subjektiven bzw. den personalen Risiken dieses politischen Planspiels ab, so kann man ihm Zukunftsfähigkeit nicht pauschal absprechen.[30] Es war aller Ehren und aller Anstrengungen wert. Wir haben es hier mit einer ernstzunehmenden Idee zu tun, das hochkompliziert konstruierte deutsche Monarchie-Modell in eine Staatsform zu überführen, die wenigstens halbwegs gegenwartstauglich war – und entwicklungsfähig. Indem es die schlimmsten Reizfiguren monarchischer Herrschaft auf anständige Weise von der Bühne abtreten ließ, den süddeutschen (nichtpreußischen) Faktor in den Vordergrund staatlicher Performance auf Reichsebene holte und einen echten Volkskanzler in der Schaltzentrale der Regierungsmacht etablierte, hätte solch ein Konzept die Monarchie in Deutschland vielleicht doch noch in letzter Stunde retten und insbesondere eine – quasi präsidiale – Integrationsinstanz schaffen können.

In diesem Konzept war Max von Baden der Dreh- und Angelpunkt. Ohne ihn war der Plan einer monarchischen Reichsspitze jenseits von Wilhelm II. undurchführbar, schon weil sich weit und breit kein weiterer politisch und habituell halbwegs befähigter Kandidat für eine solche Regentschaft im Reich anbot. Gegenüber dem vielleicht allenfalls noch infrage kommenden Kronprinzen Rupprecht von Bayern besaß der badische Prinz den entscheidenden Vorteil enger Verwandtschaft mit dem Kaiserhaus. Und er stand nicht in dem Ruf jener notorisch antipreußischen Ressentiments, die die Wittelsbacher im politischen Establishment (außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle)

30 Vgl. hierzu auch die scharfsichtigen Überlegungen von Wolfram Pyta: Die Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts. In: Patrick Merziger u.a. (Hrsg.): Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2010, S. 362-381.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht unbedingt willkommen machten.[31] So lief alles auf die Person des Prinz-Reichskanzlers zu. Der Rettungsplan war am einfachsten auf dem Weg eines feierlich erklärten Thronverzichtes Kaiser Wilhelms ins Werk zusetzen. Er sollte die Voraussetzung für die legitime Etablierung eines Reichsverwesers schaffen und zugleich die höheren Weihen für eine Inthronisation des Regenten Max von Baden bereitstellen. Die politische Alternative wäre nur ein mehr oder weniger kalter Staatsstreich gewesen – nicht undenkbar, auch machtpolitisch gar nicht einmal aussichtslos, aber vom Kandidaten auf gar keinen Fall gewünscht. Der Noch-Reichskanzler wollte sich partout über und durch den resignierenden Monarchen legitimieren und in die Funktion des Thronverwesers bringen lassen. Genau das aber sollte sich als der große Schwachpunkt seines Konzeptes erweisen, Max‘ anhaltende Befangenheit in legitimistischen Vorurteilen. Hätte er das ganze Projekt nicht unentwegt mit den Scheuklappen seiner dynastisch-monarchischen (Res-)Sentiments betrachtet und betrieben, hätte er zwischen seiner (fürstlichen) Person und der übergeordneten Sache – der Schaffung einer modernen monarchischen Staatsform – unterscheiden können, so wäre dieses Projekt politisch durchaus nicht chancenlos gewesen.

Immerhin hat man regierungsseitig die Idee Ende Oktober im politischen Berlin gezielt gestreut. Als der Gesandte Friedrich Rosen den Prinzen am 22. Oktober zum Gespräch in der Reichskanzlei traf, fiel ihm gleich auf, dass der Reichskanzler nur mehr „wenig Interesse an der Erhaltung des Kaisers auf dem Throne zu haben schien“. Überhaupt sei die damals in Regierungskreisen vorherrschende Idee „die Errichtung einer Regentschaft unter Prinz Max“ gewesen.[32] General Groener, der Nachfolger Ludendorffs, hörte es sogar im fernen Kiew raunen von „der Regentschaft vom Badener Max“.[33] Die Ablösung Wilhelms II. blieb fortan ganz oben auf der Agenda nicht allein der öffentlichen Meinungsbildung, sondern auch des Regierungsgeschäftes. Denn deren Unumgänglichkeit war jetzt allgemein anerkannt. Nur des Kaisers Entourage wollte immer noch nicht merken, dass dessen Uhr abgelaufen war. Für sie war es vielmehr der fatale Kurs der Reichsregierung, „welcher Deutschland unzweifelhaft ebenso ins Verderben führen

31 Vgl. Holger Afflerbach: Kronprinz Rupprecht von Bayern im Ersten Weltkrieg. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift 75 (2016), S. 21-54.
32 Friedrich Rosen: Aus einem diplomatischen Wanderleben. Berlin 1931, S. 210 bzw. 214.
33 So die Bemerkung in seinem Brief an seine Frau vom 25.10. 1918, zit. nach Dorothea Groener-Geye: General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt a.M. 1955, S. 86.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wird, wie er den Hohenzollern die Krone kosten wird".[34] Um den 28. Oktober hatte es freilich für einen kurzen Augenblick den Anschein gehabt, als wolle sich der Reichsmonarch in sein Schicksal fügen und durch Abdankung zugunsten seines Enkels wenigstens seine Dynastie retten. Es gibt Quellen, die auf einen solchen Anflug von Einsicht bzw. Resignation bei Kaiser Wilhelm hindeuten.[35] Aber es blieb bei einer Augenblicksstimmung, aus der ihn seine unmittelbare Umgebung ganz schnell und entschlossen wieder herausriss. Die Kamarilla um die deutsche Kaiserin, den Ex-Zivilkabinettschef Berg, den Generaladjutanten Plessen, den Chef des Militärkabinetts Marschall und den Hausminister Eulenburg beschloss nämlich in einer Art von Torschlusspanik am 29. Oktober, den labilen Obersten Kriegsherrn und Kaiser dem unguten Einfluss der Berliner Reichsleitung komplett zu entziehen, und schob ihn noch am gleichen Abend vom Neuen Palais in Potsdam in das Große Hauptquartier nach Spa ab. Der Dynast nahm das Ehrenwort seiner Söhne mit auf die Reise, sich der Regierung für eine etwaige Regentschaft niemals zur Verfügung zu stellen.

Mit dieser familienpolitischen Zwangsmaßnahme glaubte man die politische Unersetzbarkeit Wilhelms II. festgeschrieben und damit die Zumutung einer Abdankung des Reichsmonarchen durchkreuzt zu haben. Warum diese Reaktion? Wie Oberstleutnant Alfred Niemann, der damals als Angehöriger des kaiserlichen Gefolges in Potsdam einen Einblick aus nächster Nähe hat-

34 Tagebuch des kaiserlichen Generaladjutanten Hans-Georg von Plessen vom 26.10. 1918, zit. nach Holger Afflerbach (Bearb.): Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr, Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers 1914-1918. München 2005, S. 932; desgleichen Kriegskabinettschef Ulrich Frhr. von Marschall gegenüber dem Chef des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander Müller am 28.10. 1918, nach Walter Görlitz (Hrsg.): Regierte der Kaiser?, Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander Müller. Göttingen 1959, S. 440. - Zum historischen Kontext vgl. im Einzelnen Machtan: Abdankung (wie Anm. 1), S. 195 ff. sowie Isabel V. Hull: The Entourage of Kaiser Wilhelm II 1888-1918. Cambridge 1982, S. 288 ff.

35 So schreibt in seinen Memoiren Johannes Müller: Vom Geheimnis des Lebens Bd. 2. Stuttgart 1938, S. 458 f., Wilhelm II. habe „dem Prinzen persönlich nach einer Aussprache zu[gesagt], zugunsten seines Enkels abzudanken". Auch in den Aufzeichnungen des Leibadjutanten Racknitz wird berichtet, Prinz Max habe ihm nach einer der letzten mündlichen Unterhaltungen mit dem Monarchen versichert: „Ich habe dem Kaiser alles sagen können, er hat alles von mir angenommen." (Familienarchiv v. Racknitz, Burg Ehrenburg/Neckar; unverzeichnet). Schließlich gibt es im Tagebuch des Kaiserbruders Heinrich unter dem 27.10. 1918 die lapidar-aufschlussreiche Eintragung: „In unseren Kreisen wird die Möglichkeit über Wilhelm's Abdankung […] besprochen". Und zwei Tage später: „Antworttelegramm von Wilhelm am Vormittag, dass er meinen Besuch am Donnerstag erwarte" (Archiv des Internationalen Maritimen Museums Hamburg; unverzeichnet), aufschlussreich deshalb, weil Prinz Heinrich als einziger Bruder des Kaiser einer der Regentschaftskandidaten im Königreich Preußen war. – Vgl. auch den Brief des hervorragend vernetzten Friedrich Naumann an Robert Bosch vom 4.11. 1918, wo es heißt: „Der Kaiser selbst soll […] einige Tage dem Gedanken des Rücktritts nahe gewesen sein, ist dann aber vor den Schwierigkeiten […] des verfassungsmäßig geregelten Regentschaftssystems zurückgeschreckt." In: Bundesarchiv Berlin, Nachlass 3001 Naumann Nr. 11.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

te, schreibt, „fühlte der Kaiser den wachsenden Druck des Prinz-Reichskanzlers, auf Umwegen die Abdankung des Monarchen zu erreichen“.[36] Dem Staatssekretär Hintze sagte der Kaiser bei der Ankunft im Großen Hauptquartier in Spa als Grund für die Reise wörtlich: „Die Regierung des Prinzen Max von Baden arbeitete auf seine Beseitigung hin, dem hätte er in Berlin sich weniger entgegenstellen können als inmitten seiner Armee.“ Diesem offenherzigen Bekenntnis hätten sich dann sogleich „scharfe persönliche Angriffe auf den Prinzen Max“, ja sogar „persönliche Gehässigkeiten“ angeschlossen.[37]

In der Tat hatte sich der Reichskanzler intern nun endlich klar zur politischen Notwendigkeit einer Abdankung des Kaisers bekannt, „und zwar so rasch als möglich“.[38] Er gab bei seinem engsten Mitarbeiter in der Reichskanzlei Walter Simons einen Gesetzentwurf zur Regelung der Reichsverwesung in Auftrag, der im Reichsamt des Inneren von dem dortigen Unterstaatssekretär Theodor Lewald rasch weiterbearbeitet und alsbald dem Reichstag vorgelegt werden sollte.[39] Simons Option zielte darauf, diese Stellvertretung unabhängig von einer Regentschaft in Preußen zu implementieren; unter Umständen sogar allein durch den Reichstag, d. h. unter Umgehung des Reichsmonarchen. Sie war nach dem Urteil aller daran der Beteiligten ganz „offenbar auf die Person des Prinzen Max von Baden zugeschnitten“.[40] Desweiteren arbeitete die Reichskanzlei bereits honorige Abdankungsurkunden für Wilhelm II. aus, nebst zwei Entwürfen für patriotische Aufrufe des scheidenden Monarchen an Heer und Volk.[41]

Kein Zufall war es schließlich auch, dass sich just zu diesem Zeitpunkt Friedrich Ebert, der mächtige Mann der Sozialdemokratie, in prominenter

36 Alfred Niemann: Revolution von oben – Umsturz von unten. Berlin 1927, S. 212.

37 Aufzeichnungen v. Hintze, zit. nach dem Abdruck ebd., S. 366.

38 Lerchenfeld an Dandl vom 30.10. 1918, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (im folgenden BayStA), MA, Gesandtschaft Berlin 1918 Nr. 1095; vgl. außerdem Tagebuch Müller vom 30.10. 1918, nach Görlitz (Hrsg.): Regierte der Kaiser? (wie Anm. 33), S. 442; Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten Bd. 2. Dresden 1928, S. 255 f.; Wolfgang Prinz von Hessen: Aufzeichnungen. Hrsg. von Rainer von Hessen. Kronberg 1986, S. 116.

39 Vgl. die einschlägigen Entwürfe in: Bundesarchiv Berlin, N 2176 Lewald Nr. 28; zur politischen Bedeutung von Lewald vgl. die kritische Einschätzung von Rolf Pfeiffer/Arnd Krüger: Theodor Lewald. In: Menora 6 (1995), S. 233-265.

40 Lerchenfeld an Dandl vom 29.10. 1918, in: HStA München, MA, Gesandtschaft Berlin 1918 Nr. 1095; vgl. außerdem Tagebuch Haußmann vom 29.10. 1918, zit. nach Ulrich Zeller (Hrsg.): Conrad Haußmann. Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Frankfurt a.M. 1924, S. 261 sowie Geheimrat Gottfried von Dryander (aus dem Geheimen Zivilkabinett) an (seinen Chef) Clemens von Delbrück vom 31.10. 1918, in: Universitätsbibliothek Jena, NL Delbrück Nr. 74.

41 Vgl. Brecht: Aus nächster Nähe (wie Anm. 28) S. 163; außerdem Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente (wie Anm. 6), S. 525 ff., wo unüberprüfbare Varianten dieser Dokumente zum Abdruck gelangen.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Politikerrunde mehr oder weniger offiziell für den Erhalt der Monarchie aussprach. Ganz gleich, ob Ebert dies nun aus monarchischer Grundüberzeugung bekannte, oder ob ihn hier nur politische Zweckmäßigkeitsgründe leiteten, er meinte es ernst damit. Mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität ist er bis zum 9. November 1918 entschlossen dafür eingetreten. Ebert glaubte, dass das Deutsche Reich als Nationalstaat, mit dem er sich identifizierte, zumindest vorerst nur in monarchischer Form überlebensfähig wäre. „Aber damit wir die Monarchie erhalten und eine Republik vermeiden können", so lautete sein Argument, „muss der jetzige Monarch zurücktreten"; und auch der höchst unbeliebte Kronprinz. Er, Ebert, „denke an eine Reichsverweserschaft durch eine Persönlichkeit wie Prinz Max".[42] Nicht viel anders dachte man damals in fortschrittsliberalen Kreisen.[43] Schließlich wollte auch das Zentrum das deutsche Kaisertum erhalten.[44] Wobei sich diese parteipolitischen Willensbildner der Zustimmung von manchem Repräsentanten der geistigen Eliten im Lande sicher sein durften.[45] Auf Seiten der Berliner Reichsleitung und der sie stützenden Mehrheitsparteien im Reichstag wur-

42 Zit. nach Ernst Jäckh: Der Goldener Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers. Stuttgart 1954, S. 448 f.; vgl. auch Holtzendorff (der das politische Essen arrangiert hatte) an (seinen Chef) Albert Ballin vom 31.10. 1918, in: Staatsarchiv Hamburg, 621-1/95, 1580 Nr. 20. Vgl. auch Matthias/Morsey (Bearb.): Regierung Max von Baden (wie Anm. 27), S. 560 f. – Dass sich Ebert mit dieser Option für eine Beibehaltung der Monarchie in Deutschland in weitgehender Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Parteiführern namentlich in den süddeutschen Bundesstaaten befand, kann man beispielsweise nachlesen bei Jürgen Mittag: Wilhelm Keil (1870-1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2001, S. 162 ff. oder bei Markus Schmalzl: Erhard Auer – Wegbereiter der Demokratie in Bayern Kallmütz 2013, S. 226 ff., 260 ff sowie 266 f . Vgl. auch Max Bloch: Albert Südekum (1871-1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2009, hier S. 226 ff. – Der spezielle *Krypto-Monarchismus* der zeitgenössischen Sozialdemokratie (oder doch wenigstens ihrer Führungsriege) hat bis heute nicht das ihm gebührende politikgeschichtliche Forschungsinteresse gefunden.

43 Vgl. Wolff: Die Wilhelminische Epoche (wie Anm. 23), S. 161 ff.

44 Vgl. Christoph Kuhl: Carl Trimborn 1854-1921. Eine politische Biographie. Paderborn 2011, S. 196 ff. - Stellvertretend für andere primäre Quellen Ludwig Curtius: Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1950, S. 444 f. sowie Constantin Fehrenbach: Erinnerungen aus der deutschen Revolution 1918, in: GLA Karlsruhe, Nachlass Fehrenbach Nr. 13.

45 „Gerade als Anhänger der Monarchie", so hatte beispielsweise Max Weber am 12. Oktober 1918 an Friedrich Naumann geschrieben, müsste er „lügen, wenn ich behaupten wollte, Sympathie für diesen Monarchen [gemeint ist Kaiser Wilhelm II.] zu hegen". Zit. nach Eduard Baumgarten: Max Weber. Werk und Person. Tübingen 1964, S. 508; vgl. ebd. auch seine ganz ähnlich lautende Briefe an Naumann vom 17. und 18. Oktober 1918. Naumanns gleiche Auffassung zu dieser Frage erhellt aus seinem Brief an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts Clemens von Delbrück vom 21. Oktober 1918, abgedruckt in: Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2., neubearb. Aufl. Stuttgart 1949, S. 555 f., vgl. auch Friedrich Meinecke: Autobiographische Schriften. Stuttgart 1969, S. 297ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den im Oktober 1918 sehr bemerkenswerte Vorkehrungen für eine ganz neue Runde im Planspiel um die Machtverteilung im Staate getroffen.

Doch das Spiel konnte nicht beginnen, weil Spielführer Max sich weigerte, am Spieltisch überhaupt Platz zu nehmen. Denn er hatte das ganze Setting unter eine surreale Vorbehaltsklausel gestellt, die da lautete: Der Noch-Monarch verliert sozusagen absichtlich, und er ruft seinen großherzoglich-badischen Gegenspieler in gleicher Manier zum Gewinner der Partie aus, noch bevor sie eröffnet wird. Anders gesagt, Max wollte schon gerne an die Stelle des politisch untragbar gewordenen Reichsmonarchen treten, aber nur und ausschließlich auf dem Weg eines freiwilligen Thronverzichts des preußisch-deutschen Gottes-Gnaden-Kaisers. Da nun die Selbsterkenntnis des Reichsmonarchen, seine politische Zukunft verspielt zu haben, nach seiner bewussten Flucht unter die Fittiche der Obersten Heeresleitung so gut wie ausgeschlossen war, der Kanzler sich aber aus seiner Positionierung nicht einfach wieder davonstehlen konnte, blieb somit als politische Strategie einzig und allein der Versuch übrig, Wilhelm II. die Abdankung wie auch immer *nahe zu legen*. Sie sollte von ihm nicht direkt verlangt, nicht mit Nachdruck gefordert, ja ihm gegenüber nicht einmal in Vorschlag gebracht werden. Man wollte ihm lediglich höflich zu verstehen geben, dass es sinnvoll wäre, darüber ernsthaft Ratschluss zu halten, ihm ans Herz legen, die Option in diesem zu bewegen. Kaiser Wilhelm sollte sich gleichsam selbst zu dem Schritt überreden, sich seiner Würde zu begeben. So absonderlich dieser Vorgehensplan einer Politik der konzilianten Anempfehlung angesichts der turbulenten Zeiten und Zustände am Vorabend der deutschen Revolution auch erscheinen mag, dieses Strategiemuster der Selbstverleugnung war eine genuine politische Hervorbringung des Max von Baden. Es war und blieb seine Maxime, an der er mit nichts zu erschütternder Hartnäckigkeit festhielt. Obwohl er um den drohenden Bankrott des monarchischen Systems wusste, den das weitere Verbleiben des Hohenzollern auf dem Kaiserthron provozierte. Dem zielweisenden neuen Gedanken einer Reichsverweserschaft fehlte damit ein praktisch-politischer Operationsplan. Mehr noch: Mit seiner demonstrativen Untätigkeit verzichtete der Reichskanzler auch noch auf das, was sein großer Vorgänger Bismarck stets als die *Pièce de résistance* seiner Amtsführung hochgehalten und mit Zähnen und Klauen verteidigt hatte: den Alleinanspruch auf die verantwortliche Beratung des Kaisers. Einen schlechteren Dienst konnte er dem ohnehin schon geschwundenen politischen Gewicht seines Amtes kaum leisten.

Natürlich gab es Gründe für diese fatale Schieflage. Der wichtigste: Politische Vernunft und dynastischer Komment konnten im vorliegenden Fall nicht zusammenkommen. Max sah in Wilhelm nicht nur unverändert den legitimen Repräsentanten einer prinzipiell von ihm bejahten monarchischen Herrschaftsordnung; der Kaiser war ihm auch als Person, als enger Verwand-

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ter unverletzlich, und Max fühlte sich ihm verpflichtet, ja dankesschuldig. Zumal er Wilhelm erst vor wenigen Wochen versprochen hatte, ihm den Kaiserthron zu erhalten – komme, was da wolle. Dieser Verpflichtung verdankte er letztlich seine Ernennung zum höchsten Staatsbeamten im Reich. Deshalb konnte er sein Versprechen schlechterdings nicht einfach brechen, ohne familienintern als Treubrüchiger da zu stehen. Insofern war die Abdankungsfrage zwischen den beiden Vettern rational einfach nicht kommunizierbar. Sie blieben in ihren jeweiligen Rollen und Zuschreibungen gefangen – und entsprechend befangen. Hinzu kam Max' politische Denkhaltung. In seiner Funktion als Reichskanzler alten Stils hatte der Amtsinhaber quasi aufgehört zu existieren, weil er seinen Kaiser in einer politischen Lebensfrage verantwortlich nicht mehr beraten mochte. In seiner Funktion als moderner Volkskanzler, der sich allein dem Gemeinwohl verpflichtet und der Volksvertretung verantwortlich fühlte, war er aber noch längst nicht angekommen. Er hatte seine politische Aufgabe ja nicht einmal darin gesehen, den Reichsmonarchen zur Annahme einer demokratisch legitimierten parlamentarischen Monarchie zu bewegen. Eine politisch ganz und gar sinnwidrige Konstellation. Prinz Max wollte den Thronverzicht des amtierenden Kaisers. Aber diese Abdankung mit den Machtmitteln seines Amtes in eigener Person politisch herbeizuführen und öffentlich zu legitimieren, das hielt er für eine unverzeihliche Sünde. Aus diesem selbstverschuldeten Teufelskreislauf sollte er nicht mehr herausfinden.

Dennoch blieb er drei Tage lang mit dem ihm eigenen Mut hingebender Verzweiflung geradezu krampfhaft bemüht, selbst unter den Bedingungen der besagten Selbstblockade tatsächlich noch staatserhaltende Politik zu machen – mit Hilfe anderer. Diese Pseudopolitik soll hier im Einzelnen nicht mehr verfolgt werden.[46] Aber ein heikler Punkt im politischen Szenario jener Schicksalstage in der Wilhelmstraße vor Ausbruch der deutschen Revolution muss noch berührt werden, weil sie das Ausmaß der Verlegenheit beleuchtet, in die sich unser Protagonist hineinmanövriert hatte: Max' Repertoire an vorgeschobenen Gründen, *warum* er in der Abdankungsangelegenheit dem Kaiser nicht die einzig richtige Entscheidung selbst abringen wollte. Denn natürlich blieb er als Regierungschef politisch berufen, sogar verpflichtet, die Initiative zu ergreifen und dem Monarchen zum Thronverzicht zu raten. Selbst der Kaisersohn Prinz August Wilhelm hat ihn das gefragt – und die Antwort erhalten, „dies als ‚Verwandter und Freund' nicht tun zu können, auch fühle er sich viel zu krank, um derartige Aufregungen zu ertragen".[47] Dem preußischen Staatsminister Bill Drews gegenüber war es hingegen das

46 Zu den Details vgl. Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 6), S. 431 ff.

47 Niemann: Kaiser und Revolution (wie Anm. 3), S. 121, der sich bei dieser Angabe auf Tagebuch-Auszüge des Prinzen August Wilhelm von Preußen beruft.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

angespannte persönliche Verhältnis zwischen Max und Wilhelm, das eine direkte Konfrontation nicht sinnvoll erscheinen ließ.[48] In den Erinnerungen des Diplomaten Johann Heinrich von Bernstorff ist schließlich ein Gespräch mit dem Kanzler überliefert, wo es heißt: Prinz Max habe eine Reise nach Spa „kategorisch" abgelehnt mit der Begründung: „das kann ich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht tun, worauf ich schnell sagte, dann hätten Sie auch nicht Kanzler werden dürfen".[49] In der Tat, hier lag ein eklatanten Begründungsnotstand vor, den der Prinz letztlich auch nicht zu kaschieren vermochte. Deshalb konnte er damals auch *keinen* der politischen Haupt- und Nebenakteure von einem rationalen Sinn seiner Passivität überzeugen – es gab keinen.[50] Begreiflich wird sie nur, wenn man weiß, welche Ängste ihn damals lähmten. Allein das deutsche Kaiserpaar glaubte es immer noch besser zu wissen. In den Worten Wilhelms II. am 1. November 1918: „Der Prinz Max ist ein Verräter; er will zunächst Reichsverweser, dann selbst Kaiser werden".[51]

Am 31. Oktober 1918 hat der Kanzler den preußischen Innenminister Drews gedrängt, dem Reichsmonarchen „in dieser furchtbar ernsthaften Sache" noch einmal einen eingehenden Vortrag zu halten. Wie Drews überliefert hat, wurde „ausdrücklich festgelegt, dass ich dem Kaiser keinen Vorschlag zur Abdankung überbringen, sondern ihm lediglich den objektiven Stand der Bewegung bezüglich seiner Abdankung referierend darlegen solle" – ein unmöglicher Auftrag, an den sich der brave Beamte aber in Spa „strengstens gehalten" hat.[52] Natürlich durchschaute der hohe Adressat dieser schlecht drapierten Stellvertreterpolitik den tieferen Zweck der Drews'schen Mission sofort. Drews sei bei ihm gewesen, so sagte der Kaiser nach der Begegnung gleich jedem, der es wissen sollte, „um mir von der Regierung aus Berlin, von dieser sogenannten Regierung, nichts Geringeres als meine Abdankung nahezulegen". Eine Unglaublichkeit! Und wer solle dann an seine Stelle treten? „Etwa der famose Max von Baden, der Regentschaft oder Präsidentschaft erstrebt?" Jetzt sitze der mit seiner „ganzen klugen Regierung" zusammen in Berlin, und sie „beraten und beraten, kriegen immer

48 Drews an Max von Baden vom 20.6. 1922, in: Bundesarchiv Berlin (BAB), R 43/2403 f (Abschrift).

49 Graf Johann Heinrich Bernstorff: Erinnerungen und Briefe: Zürich 1936, S. 177 f.

50 Simons damaliger Zuarbeiter in der Reichskanzlei Arnold Brecht hat es noch ein halbes Jahrhundert später in seinen Erinnerungen als eine „mir stets unbegreifliche Tatsache" hingestellt, „dass Prinz Max nicht persönlich zum Kaiser fuhr, um den Versuch zu machen, ihn zur Abdankung im Interesse des Vaterlandes und der Erhaltung der Monarchie zu veranlassen". Brecht: Aus nächster Nähe (wie Anm. 28), S. 169.

51 So Drews in seinen 1922 aufgezeichneten „Nachträge(n) aus der Unterredung am 1.11. 1918", die er mit dem deutschen Kaiser in Spa führte, in: Geheimes Staatsarchiv PK Berlin-Dahlem, Abt. VI, NL Drews Nr. 159.

52 Drews an Max von Baden vom 20.6. 1922, in: Bundesarchiv Berlin, R 43/2403 f (Abschrift).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dickere Köppe und keiner weiß, was er eigentlich will".[53] Ganz falsch lag der Monarch mit dieser Tirade nicht. Auch aus dem Mund des Ludendorff-Nachfolgers Groener musste sich Drews solche Beschimpfungen der Reichsregierung anhören und auch Invektiven ganz persönlicher Art, die sich direkt gegen Max von Baden richteten.[54] Kurzum: Das, was Prinz Max vielleicht für taktisches Geschick gehalten hatte, entfaltete einen solchen Bumerang-Effekt, dass am Ende er es war, der als der Hauptblamierte dastand – jedenfalls in den Augen der preußischen Herrscherfamilie. Für die hatte sich der „verfluchte" Reichskanzler endgültig als „Schuft" entlarvt.[55] Er war jetzt gleichsam vogelfrei. Die moralische Vernichtung des vermeintlich so maliziösen Standesgenossen konnte beginnen.

Nicht weniger fatal war, dass Max durch die wertvolle Zeit, die er mit seiner Passivität verstreichen ließ, den Image-Schaden für die Monarchie als Staatsform nur mehr vergrößerte. Statt zur Stärkung des monarchischen Gedankens trug er mit seinem Attentismus zum Erscheinungsbild einer Monarchie bei, die es anscheinend nicht nötig hatte, sich zu verteidigen. Diese endlose Verzögerung des politisch allseits gewollten Thronverzichts hat nicht wenig dazu beigetragen, in den Volksmassen die Bereitschaft zum offenen Widerstand zu wecken und zu verstärken. Und sie hat es dem Kaiser ermöglicht, bis zum bitteren Ende Vabanque zu spielen, indem er sich solange der Illusion einer wundersamen Rettung hingab, bis ihn die Oberste Heeresleitung nach Holland abschob.

IV.

Soviel zur ereignisgeschichtlichen Orientierung, hier aus der Binnenperspektive der damaligen Akteure. Erweitert man diesen Blick nun hin zu dem, was wir über die Welt der deutschen Politik im Betrachtungszeitraum sonst noch wissen, ist das historisch-analytische Ergebnis dieses: Eine sog. Reichsverweserschaft durch den Prinz-Reichskanzler Max von Baden war im Herbst 1918 ein durchaus belastbares Modell zur Rettung der monarchischen Staatsform, mehr noch: zur endlichen Etablierung einer selbständig verantwortlichen, vom Volksvertrauen mitgetragenen Reichsleitung.[56] Nur, es

53 Eine detaillierte Rekonstruktion der Drews'schen Mission in Spa nebst Zitatnachweisen findet sich bei Machtan: Abdankung (wie Anm. 1), S. 214 ff.

54 Vgl. Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918. Leipzig 1922, S. 239 f.

55 So Wilhelm II. in einem Privatbrief an seine Gattin Auguste Viktoria vom 7.11. 1918, hier zit. nach der Abschrift in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) Berlin, Nachlass Johannes Kriege Nr. 5.

56 Zu den Schwierigkeiten dieser Konsolidierung vgl. Marcus Llanque: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg. Berlin 2000, S. 304 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

konnte nicht Politik werden, weil der einzige Anwärter für so ein Amt kein richtiger Politiker war. Er mochte der erlangten Verantwortung für das deutsche Kaiserreich nicht gerecht werden, weil er nicht führen, weil er nicht kämpfen konnte. Und weil er sich durch selbstfabrizierte Fallen den Handlungsraum zustellte.

Die politische Lage war damals so, dass Wilhelm II. sein ganz persönliches Fiasko als Reichsmonarch immer mehr zu einer allgemeinen Staatskrise abstrahierte. Ohne Rücksicht auf die politischen Folgen und bar jeder eigenen politischen Agenda umklammerte er seine Kaiserkrone, die er faktisch bereits verspielt hatte. Die Fäden der deutschen Kriegspolitik hatte er ja ohnehin nie in der Hand gehabt.[57] Seinen letzten Kanzler benutzte er ungeniert als Mittel zum Zweck des eigenen Machterhalts. Und die staatlichen Institutionen sollten der Maximierung seiner persönlichen Vorteile dienen. Diesen politischen Flurschaden hatte ein wirklich leitender Staatsmann eigentlich abzuwenden. Wo er doch wusste, dass angesichts der drohenden Kriegsniederlage ein weiterhin auf die preußische Hegemonie begründetes Reichsgefüge überhaupt nicht mehr zu halten war. Er durfte nicht zulassen, dass der drastische Bedeutungsverlust der Hohenzollern zu einer Erosion von politischer Autorität schlechthin führte. Aber um den unverantwortlichen Ambitionen des Kaiserhauses etwas Wirksames entgegen zu setzen, hätte der Regierungschef die politische Situation konsequent von Deutschlands Staatsräson her denken müssen, besser noch von den akuten Bedürfnissen der Staatsnation. Ein solches Verständnis für das Volksganze war Max von Baden nicht gegeben. Denn er konnte einfach keinen mentalen Abstand von dem eigensinnigen Komment seiner dynastischen Welt gewinnen und von seiner heiklen Privatgeschichte darin. Deshalb wand er sich um die Abdankungsfrage herum. Deshalb blieben sein Kopf und sein Herz ganz woanders als da, wo es um *sachliche* Lösungsstrategien für die akute Systemkrise, um die Findung von staatsklugen Entscheidungen zum Wohl des Reiches ging. So verfing sich ein Problem von kapitaler politischer Wichtigkeit im Unterholz höchstpersönlicher Ressentiments. Es wurde auf das Niveau von Intrigen herabgedrückt und damit unkontrollierbar. Am Ende waren es ihre eigenen Intrigen, die sämtliche Beteiligten überholten und erfassten.

Die Rekonstruktion der damaligen Erwartungshaltung im Regierungslager zeigt, dass diesen politischen Akteuren in ihrer Mehrheit eine parlamentarisch-repräsentative Monarchie als definitiver Staatszustand für Deutschland vorschwebte, und *keine massendemokratisch verfasste Republik*. Die staatrechtlichen Voraussetzungen dafür hatte die Verfassungsreform vom 28. Oktober 1918 endlich geschaffen. Jetzt ging es darum, diesem Regime-Wechsel auch ein angemessen neues und vor allem vertrauenswürdiges Ge-

57 Vgl. Afflerbach: Kaiser Wilhelm als Oberster Kriegsherr (wie Anm. 33), Einführung.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sicht zu geben. Institutionell war ohnedies noch allzu viel beim Alten und damit beim Veralteten geblieben. Für eine solche Erkennbarkeit des politisch Neuen, und damit für die glaubwürdige Verwirklichung der verkündeten Reform war die Entthronung Kaiser Wilhelms II. die unabdingbare Voraussetzung. Genauer: seine Ersetzung durch eine achtbare Symbolfigur mit royalem Nimbus, die sowohl für Tradition stand als auch für Innovation – für Kontinuität *und* Wandel. Diesem Regenten wäre eine strategisch wichtige integrative Position an der Spitze des transformierten Herrschaftssystems sicher gewesen. Eine Position, aus der heraus er für die Stabilität des Reiches viel Heilsames hätte bewirken können. Für diese Rolle stellte die dekorative und biegsame Persönlichkeit des Prinz Max von Baden eigentlich einen Glücksfall dar. Umso tragischer war es, dass er sich zu der historischen Aufgabe nicht offen bekennen mochte. Und deshalb die Grenzen seiner politischen Möglichkeiten weit unterschritt.

Das Fatale war, dass die Lage keinen Aufschub mehr duldete, weil das Kaiserreich damals am Abgrund stand, und die Friedenssehnsucht unwiderstehlich geworden war. Als sich Ende Oktober überall in Deutschland sozialrevolutionäre Unruhe ausbreitete und der im Volk immer mehr verhasste Kaiser einfach keinen Thronverzicht leisten wollte, hatte die Reichsleitung praktisch nur mehr eine Handlungs-Option, um die prekäre Lage zu beherrschen, sofortige Absetzung Wilhelms II. und eigenmächtige Ausrufung des deutschen Regierungschefs und Fürsten Max von Baden zu seinem Stellvertreter.[58] Mit anderen Worten: Wollte der Prinz den monarchischen Gedanken jetzt überhaupt noch retten, so musste er im *Interesse der Monarchie* den Monarchen direkt bekämpfen, der gerade im Begriff stand, diese Einrichtung heillos zu diskreditieren, und der im Volksmund immer lauter als das größte Hindernis für den Frieden nachgerade verflucht wurde. Und deshalb musste er dem Reich einen neuen vertrauenswürdigen Monarchen, einen Ersatzkaiser bescheren. Für einen solchen politischen Coup besaß der Regierungschef weder das erforderliche Machtbewusstsein noch den moralischen Mut eines Staatsführers aus eigener Kraft, der auch vor rebellischen Gedanken nicht zurückschreckt, wenn das politische Schicksal eines ganzen Volkes auf dem Spiel steht. Ihm fehlte die innere Freiheit zur Selbstermächtigung. Was die Sache noch schlimmer machte, war, dass er sich auch noch ganz massiv von seinen preußischen Verwandten, namentlich der deutschen Kaiserin einschüchtern ließ. Aus dieser Zwangslage hätte ihn nur mehr die skrupellose Neujustierung seines politischen Rettungsgedankens befreien können. Doch dazu kam es nicht mehr, weil ihn sein Arzt nach einem Nervenzusammenbruch am 31. Oktober 1918 durch ein Opium-Vollpräparat für drei Tage in

58 Zu den konkreten Vorbereitungen für diese Handlungsoption vgl. die in Anm. 40 zitierten Quellen.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eine Art Koma versetzte. Als er seine Amtsgeschäfte wieder aufnahm, war die Umsturzbewegung auch in Berlin angekommen und der letzte Funken politischer Hoffnung in ihm erloschen.

Zwar ließ er sich am 9. November 1918 tatsächlich noch herbei, von sich aus endlich Schluss zu machen mit dem fatalen Kaisertum Wilhelms II., indem er dessen vollständige Abdankung wahrheitswidrig verkünden ließ. Und er setzte den Sozialdemokraten Friedrich Ebert als (geschäftsführenden) Reichskanzler ein – was verfassungsrechtlich gar nicht zulässig, also durchaus so etwas wie ein kleiner Staatsstreich war.[59] Aber sich gleichzeitig konsequenterweise selber zum Leiter der Zentralgewalt aufzuraffen, als provisorisches Staatsoberhaupt verantwortlich in das politische Geschehen einzugreifen, das traute sich Prinz Max von Baden nicht mehr zu, obwohl ihm alle seine damaligen Mitarbeiter eindringlich zu dieser notgedrungenen Selbstermächtigung rieten. Stattdessen ist er noch am gleichen Tag fluchtartig und auf Nimmerwiedersehen von der politischen Bühne verschwunden. Der definitive Verfall der Legitimität der deutschen Monarchie ging somit schlussendlich auf sein Konto. Ihm fällt die Verantwortung dafür zu, dass aus dem persönlichen Versagen des Reichsmonarchen (und seiner fürstlichen Kollegen in den Bundesstaaten) ein Staatsversagen wurde. Deshalb musste der Einsturz der alten Ordnung ein primär *negatives* Ereignis bleiben, ein so heilloser werden. Was er hinterließ, war ein Machtvakuum – mit destabilisierenden Langzeitfolgen.[60] Nicht zuletzt auch dadurch, dass der Untergang des einst so glanzvollen Kaiserreichs auf eine so unwürdige, ja peinliche Weise von statten ging. So gab es im Herbst 1918 nicht einmal den Umriss einer Ordnung des seit Monaten perhorreszierten Untergangs. Und es gab keinen halbwegs legitimierten Geburtshelfer für etwas Neues. Die Novemberrevolution ist mitnichten eine von politisch schöpferischen Kräften getragene elementare Volkserhebung zur Abschaffung der Monarchie und zur Errichtung der *Weimarer Republik* gewesen. Es fehlte ihr alle politische Leidenschaft, weil nicht einmal die beiden sozialistischen Parteien für *diesen* Umsturz brannten. Insofern war Scheidemanns vielzitierte Proklamation, das deutsche Volk habe „auf der ganzen Linie gesiegt" ein politisches Hehlwort, mehr noch, es war eine Lebenslüge. Die Machtverschiebung vom 9. November 1918 ergab sich eher zufällig aus dem plötzlichen Zusammenbruch des alten

59 In der Wahrnehmung von Kaiser Wilhelm II. wurde er „von Max von Baden gestürzt" – so seine handschriftliche Eintragung unter dem 9. November 1918 in sein persönliches Exemplar *Die täglichen Losungen und Lehrtexte der Brüdergemeinde für das Jahr 1918* (Gnadau: Verlag der Unitäts-Buchhandlung), S. 197, zit. nach dem Faksimile im Katalog *Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil*. Gütersloh/München 1991, S. 160.

60 Vgl. hierzu – wenngleich mit anderem Akzent – auch Leonhard: Die Büchse der Pandora (wie Anm. 15), S. 1003: „Weil der Ausgang aber bis Ende 1918 so unabsehbar und offen war, haftete dieser Überlagerung von Überraschung und Niederlage eine unerklärbare Kontingenz an".

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Regimes, den keine politische Kraft in Berlin bis dato für möglich gehalten hatte.

V.

Die Kern-These dieser Betrachtung lautet deshalb: Hinter dem kleinen Staatsstreich vom 9. November 1918 stand nicht die Schöpferkraft einer tatsächlich gewollten Revolution von oben. Max von Baden hat dem Kaiser am 9. November 1918 mit seinem Halbverrat nur noch den Purpur von den Schultern genommen, nachdem sich die preußisch-deutsche Monarchie gleichsam von selbst erledigt hatte. Auf dem Weg in die Demokratie fehlte der Reichspolitik fortan eine halbwegs überparteiliche und ausgleichende Machtinstanz. Denn nicht die Monarchie an und für sich, als Staatsform, hatte sich am Ende des großen Krieges diskreditiert, sondern diejenigen, die dieser Institution damals ihr Aussehen gaben, allen voran: Kaiser Wilhelm II. und sein ältester Sohn, der deutsche Kronprinz.[61] Ohne diese beiden Galionsfiguren hätte die Einrichtung als politisch-kulturelle Integrationsinstanz durchaus überleben können. Freilich nur in einem sichtbar erneuerten Format. Denn es ging nicht darum, einen besseren, populäreren Mann an die Spitze des überkommenen Systems zu stellen als den unsäglichen Kaiser Wilhelm. Es ging um die Konfiguration einer demokratisch eingehegten Volksmonarchie, wie sie etwa zeitgleich in den Niederlanden sowie in Schweden erfolgreich auf den Plan trat.[62] Nur auf diesem Weg eines erkennbaren Wandels von Anspruch und Selbstverständnis des Monarchischen war die Wiedererlangung von gestaltender politischer Kompetenz für diese Institution überhaupt denkbar: als Garant einer tatsächlichen Durchführung der Demokratie in Deutschland.

61 In einem auch heute noch lesenswerten Artikel („Wie lange noch?“) hat Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der friedenspolitisch umtriebige Sohn des dritten deutschen Reichskanzlers, im November 1918 diesen Punkt genauestens analysiert: Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Hohenlohe, N 1008/59. – Zum Kontext vgl. Patrick Bormann: Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1862 – 1924). Der adelige „Friedensfreund“ im Schweizer Exil, in: Alma Hanning/Martina Winkelhofer-Thyri (Hrsg.): Die Familie Hohenlohe: Köln 2013, S. 156-179.

62 Vgl. Cees Fasseur: Wilhelmina. De jonge koningin. 3. Aufl. Amsterdam 1998, S. 530 ff. und für Schweden Gunnar Wetterberg: Nils Edén. Stockholm 2010, S. 55 ff. bzw. Carl Göran Andrae: Revolt eller reform. Sverige inför revolutionera i Europa 1917-1918. Stockholm 1998 (mit jeweils weiterführender Literatur). – Dagegen haben die antizarischen politischen Eliten, die Russland 1917 auf friedlichem Wege demokratisieren wollten, keinen Gedanken an eine Modernisierung bzw. Transformation der Monarchie verschwendet. Vgl. zuletzt eindrucksvoll Semion Lyandres: The Fall of Tsarism. Untold Stories of the February 1917 Revolution. Oxford 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ein dazu bereiter Regent, ein demokratischer Ersatz-Monarch, hatte es in der Hand, die meisten Anhänger des überkommenen Staatswesens mitzunehmen auf den Weg in ein moderneres politisches System, der mit der Mobilisierung des Volkes seit 1914 vorgezeichnet war. Und zugleich eine weithin sichtbare Abkehr von der politischen Kultur und Moral des dynastischen Militär- und Bürokraten-Staates Bismarckscher Prägung einzuleiten. Ein Zivilist als Träger des deutschen Kaisertums mit einem wachen Verständnis von den politischen Verpflichtungen dieses hohen Amtes gegenüber der neuen Verfassung hätte endlich auch in Deutschland ein demokratisch-liberales Element im monarchischen Gedanken verankert. Und darüber hinaus womöglich moralische Verantwortung übernommen für die missratene Kriegsführung des Alles-oder-Nichts.

Solch‘ ein glaubwürdiges Bündnis mit der Demokratie konnte auch der außenpolitischen Stellung des Reiches gegenüber den westlichen Mächten nur zum Guten ausschlagen, indem es deren notorische Abneigung gegen die Großmacht Deutschland als Hort der politischen Unfreiheit konterkarierte. Denn seit dem Kriegseintritt Amerikas und der Festlegung des US-Präsidenten Wilson, diesen Krieg hauptsächlich für die Demokratie zu führen, hatte sich im Lager von Deutschlands ärgsten Feinden eine Gemeinschaft westlicher Demokratien herausgebildet, der gegenüber das alte System des deutschen Kaiserreichs wie eine apokryphe Fremdherrschaft erscheinen musste.[63] Selbst in seiner runderneuerten Gestalt im Oktober 1918, die man auf Seiten der Alliierten nicht zu Unrecht als altes Regime in demokratischer Aufmachung beargwöhnte.[64] Es fehlte noch ein Beweis, dass auf Deutschlands innenpolitische Wandlung tatsächlich Verlass war. Mit seiner mutigen Unterschrift unter das Waffenstillstandsabkommen einen auf Völkerverständigung ausgerichteten Gezeitenwechsel in seiner internationalen Politik vorzubereiten, wäre eine der zentralen Aufgaben von Deutschlands oberstem Repräsentanten gewesen. Das hätte Wilson davon überzeugen können, dass nun wirklich ein neues Deutschland vor ihm steht, zu dem er Vertrauen haben kann.

Vor allem aber im Inneren hätte solch ein Format des Wandels Gutes bewirkt. Denn für große Teile des deutschen Bürgertums erwies sich die mentale Geltungsmacht des Monarchischen auch 1918 noch als erstaunlich nachhaltig. Eine staatliche Ordnung ohne Monarchie konnten sich die meisten von ihnen gar nicht recht vorstellen, darunter viele kluge Köpfe. Die Zugkräftigkeit der Demokratie konnte also für jene Kreise mit einem prinzlichen

63 Dieses Argument hat der Würzburger Staatsrechtler Robert Piloty schon 1917 in einer vielbeachteten Schrift vertreten, vgl. Ders.: Das parlamentarische System. Berlin/Leipzig 1917, S. 58 f.

64 Hierzu zuletzt Adam Tooze: Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931. Berlin 2015, S. 219 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ersatzkaiser an der Spitze im Reich nur gewinnen. Und die angeborene Rücksichtnahme auf den hocharistokratischen Rang des Thronverwesers hätte selbst die Ressentiments der eingefleischten Legitimisten dämpfen können. Das parlamentarische Königtum hätte sich somit zu einer moral-politischen Macht aufschwingen können. Mit Integrationskraft und Orientierungspotenzial, weil sein Dasein als solches noch immer eine gewisse Sicherheit und Kontinuität ausstrahlte. In einer gewollten Allianz mit dem eigenen Volk hätte es wohl auch dem politischen Extremismus von rechts und links manche Tür verschlossen, der dann zu den fatalen bürgerkriegsartigen Zuständen in Deutschland seit Januar 1919 geführt hat. Als Vermittler oder Mahner konnte die Autorität eines Reichsverwesers eine zentrale Rolle für den nationalen Zusammenhalt des erschütterten Reiches spielen. Er konnte zu einem friedlicheren Übergang zur bürgerlichen Demokratie beitragen, d. h. dazu, dass Deutschland beizeiten wieder zu einem halbwegs stabilen politischen System fand.

Die Radikalisierung der politischen Milieus in den frühen 1920er Jahre verdankt sich ganz wesentlich dem Ausbleiben einer wirklichen Revolution von oben im Herbst 1918, einer durchgreifenden Initiative der regierenden Gewalten zur Reform der Monarchie unter Einschluss ihrer gekrönten Häupter. Erst durch den plötzlichen und unerwarteten Einsturz der monarchischen Herrschaft, der einer kollektiven Selbstentkrönung gleichkam,[65] konnte jenes Machtvakuum entstehen, aus dem sich dann die Not- und Sturzgeburt der demokratischen Republik von Weimar erklärt. Eine solche Neugründung des Reiches hatte bei großen Teilen der politischen Öffentlichkeit, der Parteien und der Volksvertretung bis November 1918 gar nicht auf der Agenda gestanden, sie wurde nicht einmal für erstrebenswert erachtet.[66] Die *revolutionäre* Staatsumwälzung vom 9. November 1918 wurde allein deshalb zu einer gebieterischen Notwendigkeit, weil die politisch Verantwortlichen den heillosen Zusammenbruch des Kaiserreichs durch eine Art von Insolvenzverschleppung gleichsam provoziert haben. Unabwendbare Schicksalsmächte waren da nicht im Spiel, wohl aber andauernde Bilanzfälschungen in politicis.

Die ungeschehene Geschichte einer historisch durchaus möglichen Behauptung der Monarchie durch eine demokratische Revolution von oben ist Deutschlands politischer Zukunft zum Schlechten ausgeschlagen. Eine im Volk halbwegs beliebte Monarchie hätte den Möglichkeitsspielraum für einen charismatischen Führer vom Schlage Hitlers ganz sicher begrenzt. Sei-

65 Vgl. Machtan: Abdankung (wie Anm. 1), S. 351 ff.

66 Das haben zuletzt wieder zwei regionalgeschichtliche Studien eindrucksvoll herausgearbeitet: Markus Schmidgall: Die Revolution in Baden 1918/19. Karlsruhe 2012, hier S. 117 f f. und Wolfgang Ehberger: Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie. Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919. München 2013, hier S. 52 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nen rücksichtslosen Willen zur Macht konnte ein solcher *Führer* nur deshalb so wirkungsvoll zur Geltung bringen, weil viele Deutsche noch jahrelang unter dem Phantomschmerz des plötzlichen Verfalls von staatlicher Autorität litten, den der kollektive politische Selbstmord der gekrönten Häupter hervor rief.[67] Der datiert vom November 1918, als durch die anhaltende Lähmung der Macht so etwas wie eine fundamentalpolitische Entwurzelung vonstattenging. Weil viel zu wenige sich nur erklären und damit verstehen konnten, was da gerade um sie herum passierte. Anders gesagt: 1933 beginnt insofern 1918, als gerade der erschreckende Mangel an Widerstandsfähigkeit der monarchischen Ordnung das politische Weltbild so vieler Menschen nachhaltig erschüttert hat. Umso mehr, als an die Stelle der alten Autoritäten erst einmal nur unbeholfene Konkursverwalter und ungestüme Ausnutzer des Trüben, der Leere traten. Und keine Kräfte, die dem royalen Herrscherstand die Macht in einem genau darauf zielenden Kampf siegesstolz abgerungen hatten. Einen politisch gewollten Aufbruch mit zukunftsweisenden Ideen kann man das, was dieser Zeitsprung zunächst bewirkte, wahrlich nicht nennen. Wohl selten ist eine Epoche so dumpf und politisch verwüstet zu Ende gegangen.

Doch war das alles nicht zwangsläufig, auch wenn die umrissene Alternative einer monarchisch gelenkten Demokratie hierzu ein wenig gewagt erscheinen mag.[68] Letzteres liegt einfach daran, dass sie so fragmentarisch überliefert ist. Man kann sie dennoch zu einer plausiblen Geschichte zusammenfügen. Man muss es sogar, wenn man eine teleologische Wahrnehmung der deutschen Zäsur von 1918/19 vermeiden will. Eine solche Lesart dieser Wende legt Reinhart Kosellecks „Theorie möglicher Geschichte" nahe, die ausdrücklich dazu auffordert, auch die „Bedingungen *möglicher* Ereignisse" gewissenhaft zu eruieren.[69] Das beinhaltet ein ernsthaftes Aufschauen zu

67 Stellvertretend für große Teile des deutschen Bildungsbürgertums hat Friedrich Meinecke vier Jahre nach der Novemberrevolution ganz aufrichtig verkündet: „Der Schmerz aller derjenigen Schichten, die die Träger des monarchischen Staates und Gedankens waren, ist tief und brennt heute noch in ihren Seelen." Ders.: Das Ende der monarchischen Welt. In: Neue Freie Presse Nr. 20940 vom 24.12. 1922. Das Phänomen dieser „anhaltenden Strahlkraft des Monarchischen" habe ich untersucht in meiner Studie Machtan: Der Kaisersohn bei Hitler. Hamburg 2006, hier S. 137 ff. Speziell für den deutschen (Klein-)Adel auch sehr eindringlich Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat. Berlin 2003, hier S. 198 ff., vgl. außerdem Thomas Biskup/Martin Kohlrausch (Hrsg.): Das Erbe der Monarchie. Nachwirkungen einer Institution seit 1918. Frankfurt/New York 2008, vor allem S. 241 ff.

68 Selbst Altkanzler Bülow hat in seinen Memoiren 1923 konstatiert, es hätte sich noch im September 1918 „die gefahrdrohende, sausende Fahrt des Reichswagens verlangsamen lassen", wenn ihn die richtigen Leute gelenkt hätten, vgl. Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten Bd. III: Weltkrieg und Zusammenbruch. Berlin 1930, S. 285.

69 Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a.M. 1989, S. 165 bzw. S. 175.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dem, was damals politisch möglich war, nach den prospektiven Wirkungen solch‘ einer – wenn auch letztlich vertanen – Option Ausschau halten, zu fragen, wie deren Realisierung wohl auf die Zeit gewirkt hätte.[70] Es ist vielleicht nur ein Seitenblick auf diese Vergangenheit, aber ein Blick vor dem Vergessen. Eine Hypothese überdies, die die Grenze des Behauptbaren nicht überschreitet, weil ihr die Quellen nicht widersprechen.

Die relative Offenheit der historisch-politischen Situation noch im Oktober 1918 ist die eine Entdeckung, die man bei einer Neu-Vermessung der gegebenen Handlungsspielräume und der Erwartungen machen kann. Die andere ist die Natur der Gründe, warum das historisch Mögliche dann schließlich doch unterblieb. Hier geht der Befund dahin, den subjektiven Faktor als mitbestimmend dafür anzuführen, dass der damals leitende Staatsmann aus der prekären Lage nicht das womöglich Beste für Deutschland gemacht hat, hat machen können: Indem er selbst zum Lebensnerv einer demokratischen Monarchie in Deutschland mutierte. Nur die eigenmächtige Übertragung der Zentralgewalt vom Kaiser auf einen politisch entschlossenen Stellvertreter und der enge politischen Schulterschluss mit dem dazu bereiten Führer der MSPD Friedrich Ebert hätten das bewirken können. Und damit mehr, nämlich eine Erneuerung staatlicher Autorität, die der innenpolitischen Polarisierung entgegenwirken konnte. Max‘ festgefahrene politische Denkhaltung und seine tradierten Einstellungsmuster haben das behindert. Doch sein Versagen lag nicht an seiner prinzipiellen Unfähigkeit, die Aufgaben seines Amtes in einem anderen Licht zu sehen. Seine neue politische Rolle, die öffentliche Figur eines Ersatzkaisers, die konnte er sehr wohl in sich selbst finden. Das Potenzial, etwas zu verändern, dürfte er durchaus in sich gespürt haben. Er hatte nur riesige Angst davor, es tatsächlich zu Entfaltung zu bringen. Nicht so sehr aus Skrupel vor dem Bruch getroffener Vereinbarungen, und auch nicht aus Nibelungentreue. Vielmehr muss seine Politikunfähigkeit Ende Oktober 1918 im Wesentlichen auf seinen psychoproblematischen Zustand zurückgeführt werden, auf seine ganz *persönliche* Befangenheit, seine spezifische Empfindungsweise: Er erstarrte in der Furcht vor den hochnotpeinlichen, privaten Konsequenzen politisch unkorrekten Handelns. Dieses Gefühl des Elementar-Bedrohtseins war es, das seine Urteils- und Entschlusskraft maßgeblich paralysiert hat. Insofern, aber auch *nur* insofern geriet er in eine unlösbare Situation – eine Lage, in der er zu einer tragischen Existenz werden musste. Die Alleinstellungsmerkmale seiner privaten Biographie waren in eine so unheilvolle Beziehung mit seinem Politikerleben

70 Hierzu jetzt Johannes Dillinger: Uchronie. Ungeschehene Geschichte von der Antike bis zum Steampunk. Paderborn 2015, hier S. 264 ff. Vgl. aber auch die kritischen Einwände von Richard J. Evans: Altered Past. Counterfactuals in History. Jerusalem 2014, hier S. 122 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

getreten, dass eine ganz bizarre hochemotionale Gemengelage entstand: ein Melodram mit politischem Kollateralschaden.

Natürlich wird man in der neueren Geschichte selten politische Akteure finden, die ganz aus freien Stücken ebenso klarsichtig wie wagemutig zu handeln vermochten. Aber in dem damaligen Regierungschef Max von Baden begegnet uns ein ganz spezieller historischer Entscheidungs- und Verantwortungsträger, der in einer brisanten Konfliktsituation tatsächlich das berühmte Zünglein an der Waage verkörperte. Dessen individuelle Kraft aber nicht ausreichte, um mit diesem Gewicht politisch zu wuchern. Obwohl er sich über die hohen Risiken seines Nichthandelns im Klaren war, vermochte er seiner Angst vor Verletzungen, Demütigungen und Bloßstellungen nicht Herr zu werden und konnte deshalb auch keine angemessenen Lösungen zur Abwehr der politischen Gefahr eines Systemkollaps exekutieren. Max‘ innere Einstellung, seine politische Überzeugung, seine Haltung liefern keine hinreichende Erklärung für das folgenreiche Scheitern seiner Regierung. Ohne sein emotionales Empfinden und die von diesem gesteuerten Reaktionen erschließt sich nicht, warum der Möglichkeitsraum für sein politisches Handeln so restringiert, ja blockiert blieb. Er selbst verkörperte die Grenze der politischen Offenheit der historischen Situation im Herbst 1918.

Das deutsche Kaiserreich vor drohendem Untergang zu bewahren, das war seine Vision – doch bewirkt hat dessen Endzeit-Kanzler das genaue Gegenteil. Die Geschichte ging über seine unglückseligen Rettungsbemühungen hinweg. Und sie machte ihn dabei zum Revolutionär ganz wider Willen. Erst unter seiner Kanzlerschaft, die eine historische Chance verspielte, ist die Monarchie als politischer Akteur endgültig aus der deutschen Geschichte gefallen, hat sie sich in Luft aufgelöst. Dafür politisch verantwortlich ist nicht zum wenigsten Prinz Max von Baden – und damit auch für die Folgekosten. Er hat der politischen Kultur seines Landes nicht das geliefert, was er ihr hätte liefern können: eine sozialliberal grundierte Alternative zur Sturzgeburt einer Republik ohne, jedenfalls ohne genügende Republikaner.

Doch diese Bringschuld hat er zeitlebens bestritten. Was dem Debakel vom November 1918 deshalb noch folgte, war ein fast zehnjähriger geschichtspolitischer Federkrieg des Ex-Kanzlers um öffentliche Rechtfertigung, ja Absolution.[71] In diesem, ihn immer mehr zermürbenden Kampf ist Max von Baden rasch verschlissen worden, mit nur 62 Jahren starb er. Da war ihm freilich das politische Licht schon längst ausgegangen auf seinem naturschönen Refugium, Schloss Salem am Bodensee – wohin er sich 1919

71 Mit seiner Überzeichnung einer selbst erlebten Vergangenheit hatte er vergeblich versucht, eine Wunde zu heilen, die sich nicht schließen mochte: Hierzu im Einzelnen Machtan: Autobiographie als geschichtspolitische Waffe (wie Anm. 7).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wie ein Schiffbrüchiger gerettet hatte. Und von dem er auch zeitlebens nicht mehr loskommen sollte.

Trotz dieses Scheiterns bleibt es die Weltgeschichte, die sich in dieser Biographie so überaus eindrucksvoll spiegelt. Und die Bedeutung von Kontingenz in ihrem konkreten Ablauf. Die faktische Geschichte der deutschen Revolution vom November 1918 als einzig möglichen Ablauf zu interpretieren, greift zu kurz. Ein komplexes Gesamtbild dieser „offenen" Zeitenwende ergibt sich erst, wenn man auch die nicht zum Zuge gekommenen Optionen historiographisch erschließt und gewichtet.

Epilog

1919 stand der junge Diplomat – und spätere Widerstandskämpfer – Albrecht Graf von Bernstorff am Startpunkt einer beachtlichen außenpolitischen Karriere als überzeugter Vertreter der demokratischen Republik von Weimar. Unter dem unmittelbaren Einfluss der deutschen Revolution schrieb er damals an eine Vertraute: „Mit dem Prinzen Max haben wir den deutschen Liberalismus begraben."[72] In der Tat, schon die Generation demokratisch-liberal orientierter Politiker *vor* Bernstorff hatte in dem letzten Kanzler des Kaisers eine respektable Erscheinungsform jener Geistesströmung gesehen; besser gesagt: in ihm sehen wollen.[73] Solche Zuschreibungen sind insofern auch verständlich, als liberale Avancen durchaus zum Image des badischen Prinzen gehörten. Er hatte nichts dagegen, als *liberal* zu gelten, auch wenn dies de facto kaum mehr als eine Facette seines schillernden Politikerprofils ausmachte. Er goutierte es, weil er vermutlich schon um die politische Macht der Perzeptionen wusste. Und weil er sich selbst immer in der Tradition jener Kultur und Pflege staatsbürgerlicher Freiheiten sah, wie sie speziell im *liberalen* Baden zuhause waren. Das machte ihn freilich noch nicht zu einem waschechten Liberalen, auch nicht zu einem parteilosen. Gleichviel, Prinz Max von Baden gehört zur Geschichte des deutschen Liberalismus. Schon deshalb weil viele liberale Politiker von Rang – Conrad Haußmann, Friedrich v. Payer, Friedrich Naumann, Max Weber oder Theodor Heuss – meinten, genau diesen, und keinen anderen Mann 1918 aufrichtig unterstützen zu müssen, und zwar so viel als möglich.

Dennoch bleibt diese politische Liaison ein Missverständnis, wie Max von Baden selbst schon kurz nach seinem Berliner Gastspiel richtig gestellt hat, indem er nämlich einem Vertrauten schrieb: „Meine Gegner […] haben

72 Albrecht von Bernstorff an Elly von Reventlow aus Berlin vom 10.11. 1918. In: Gutsarchiv Altenhof, unverzeichnet.

73 Näheres bei Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 298 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mich als Pazifisten hingestellt, während mein Wunsch war, den ethischen Imperialismus Deutschlands auf den Grund seiner wahrhaften Stärke aufzurichten. Sie haben mich als Verfechter des öden westlichen Parlamentarismus angesehen, während ich ein Gegner desselben war […]. Sie haben mich einen Demokraten […] genannt, während ich […] ein Verfechter des Führergedankens und der menschlichen Aristokratie bin." Zuletzt habe nur noch verzweifelt versucht, „den Kaiser gegen die Revolution zu schützen".[74] Insofern scheinen sich nicht nur seine Gegner in ihm getäuscht zu haben.

74 Max von Baden an Johannes Müller aus Baden-Baden vom 29.3. 1919, in: Schloss Elmau, NL Müller (Abschrift).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Marcus Gräser

Charisma, „Führung“ und Demokratie. Amerika-Bild und Amerika-Rezeption im liberalen Milieu der Weimarer Republik[1]

Gab es eine Amerika-Rezeption im Liberalismus der Weimarer Republik und wie unterschied sie sich von der Wahrnehmung der USA in anderen politischen Gruppierungen? Die Antwort auf diese Fragen fällt schwer, nicht zuletzt, weil der Liberalismus stärker fragmentiert war als die anderen großen und größeren politischen Bewegungen. Einfacher scheint eine Annäherung an eine Antwort zu sein, wenn man ein spezifisches Milieu im Feld des Liberalismus unter die Lupe nimmt. Im Folgenden sollen zwei ‚Flügel‘ des Naumann-Kreises[2] auf ihr Amerika-Bild hin untersucht werden: die Gruppe der Nationalökonomen, Unternehmer und Wirtschaftspublizisten um Gustav Stolper und den „Deutschen Volkswirt“ sowie die bürgerlichen Sozialreformer, soweit sie der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und später der Deutschen Staatspartei (DStP) angehörten oder nahestanden und/oder in der „Hilfe“, dem ‚Zentralorgan‘ des Naumann-Kreises, publizierten.

Mit Blick auf die generelle Tendenz der Amerika-Rezeption in der Weimarer Republik lässt sich als Eingangsvermutung formulieren, dass die Rezeption amerikanischer Verhältnisse im angesprochenen liberalen Milieu in etwa auf Äquidistanz zu den Extremen einer euphorischen Verklärung oder einer kulturkritischen Verdammung der USA blieb. Diese Haltung fiel auch deshalb leicht, weil unter den publizierenden Liberalen die Zahl derer, die über eine eigene Anschauung der USA verfügten, höher lag als im Durchschnitt der anderen politischen Milieus. Die gelassene Äquidistanz brachte Anton Erkelenz 1925 im Bericht über seine Amerika-Reise elegant zum Ausdruck, als er den Wolkenkratzern in New York City eine ästhetische Relevanz nicht bescheinigen wollte, aber einen Gewöhnungseffekt einkalkulierte, „wenn man sich bewußt bleibt, daß schließlich eine Seitengasse etwa in Regensburg nicht notwendig der einzige Höhepunkt städtischer Architektur

1 Der Text geht zurück auf einen Vortrag beim Theodor-Heuss-Kolloquium „Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Krise, Reform, Neuansätze" am 19./20.3.2015 in Stuttgart. Eine frühere Version ist online unter www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum verfügbar.

2 Vgl. Ursula Krey: Der Naumann-Kreis. Charisma und politische Partizipation. In: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit. Berlin 2000, S. 115-147.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zu sein braucht."[3] Die Relevanz der Amerika-Rezeption – die vom Diskurs über die postulierte oder tatsächliche ‚Amerikanisierung' Deutschlands zu trennen ist[4] – liegt darin, dass die in ihr implizit enthaltene ‚Messung' des Abstandes zwischen beiden Ländern zugleich auf die Kennzeichnung eines Spielraumes in den USA *und* eine Restriktionsanalyse der deutschen Verhältnisse hinauslief. Das gibt damit sowohl über ein erwünschtes (vorbildliches) als auch über das reale Handlungsfeld für Unternehmer und Sozialreformer in Deutschland Auskunft.

I. Max Weber und Amerika

Nicht ohne Einfluss auf liberale Wahrnehmungen der USA war Max Weber, der auch aus eigener Anschauung über ein sehr klares Bild der USA verfügte. Für eine ausführliche Darstellung der Amerika-Rezeption bei Weber fehlt hier der Platz,[5] hingewiesen sei aber darauf, dass Weber den für seine Herrschaftssoziologie zentralen Begriff des „Charisma" nicht ausschließlich aus der religiösen Sphäre abgeleitet hat, sondern dafür wesentliche Anregungen aus der Beobachtung der zeitgenössischen amerikanischen Politik und Wirtschaft gewann. Die Beschäftigung mit den USA verhalf Weber zu einer ergänzenden Deutung des ursprünglich als „spezifisch wirtschaftsfremd"[6] eingeschätzten Charismas. Am Beispiel des Eisenbahnunternehmers Henry Villard deutete Weber den Gegensatz von „Charisma und ‚Betrieb'":

> „wenn Henry Villard zum Zweck eines auf der Börse durchgeführten Handstreichs auf den Aktienbesitz der Northern Pacific Railroad den berühmten ‚blind pool' arrangierte, sich vom Publikum ohne Angabe des Zwecks 50 Millionen Pfund zu einer nicht näher zu bezeichnenden Unternehmung erbat und auf sein Renommee hin ohne Sicherheitsstellung geliehen erhielt, so sind diese und ähnli-

3 Anton Erkelenz: Fabrikanten und Arbeiter in Amerika. In: Die Hilfe 20 v. 15.10.1925, S. 430 ff., hier S. 431.

4 Auf diesen Diskurs wird hier darum auch nicht weiter eingegangen; die beste knappe Zusammenfassung der Diskussion bietet Philipp Gassert: Was meint Amerikanisierung? Über den Begriff des Jahrhunderts. In: Merkur 54 (2000), S. 785-796; vgl. auch Egbert Klautke: Unbegrenzte Möglichkeiten. „Amerikanisierung" in Deutschland und Frankreich (1900-1933). Stuttgart 2003.

5 Vgl. Wolfgang J. Mommsen: Die Vereinigten Staaten von Amerika. In: Ders.: Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte. Frankfurt am Main 1974, S. 72-96, 246-250. Mommsen weist explizit darauf hin, dass der Blick in die USA Weber dabei half, die „spezifischen Mängel gerade der deutschen Gesellschaft seiner Zeit klarer zu erfassen" (S. 96). Vgl. auch Lawrence A. Scaff: Max Weber in America. Princeton 2011. In den meisten Weber-Biographien wird der USA-Erfahrung ein prominenter Platz eingeräumt, vgl. zuletzt Jürgen Kaube: Max Weber. Ein Leben zwischen den Epochen. Berlin 2014, S. 190-209.

6 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie (1922). Tübingen 1985, S. 142.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> che Erscheinungen eines grandiosen Beutekapitalismus und einer ökonomischen Beutegefolgschaft in ihrer ganzen Struktur, ihrem ‘Geist‘ nach, grundverschieden von der rationalen Leitung eines regulären großkapitalistischen ‘Betriebs‘, gleichartig dagegen den ganz großen Finanz- und Kolonialausbeutungsunternehmungen und dem mit Seeraub und Sklavenjagd vermengten ‘Gelegenheitshandel‘, wie es sie seit den ältesten Zeiten gegeben hat. Das Verständnis der Doppelnatur dessen, was man ‘kapitalistischen Geist‘ nennen kann, und ebenso das Verständnis der spezifischen Eigenart des modernen, ‘berufsmäßig‘ bürokratisierten Alltagskapitalismus ist geradezu davon abhängig, daß man diese beiden, sich überall verschlingenden, im letzten Wesen aber verschiedenen Strukturelemente begrifflich scheiden lernt.“[7]

In Theodore Roosevelt sah Weber das herausgehobene Beispiel eines zeitgenössischen charismatischen Politikers; die Passagen in „Wirtschaft und Gesellschaft“, die um 1912 herum entstanden, setzen Roosevelt dem ‚Betrieb‘ der Parteien entgegen und entwickeln ein schlüssiges Verständnis des amerikanischen Parteienwesens, das Weber – vor allem in Gestalt der sogenannten ‚machine‘ – als streng bürokratisiertes Gebilde erscheinen musste:

> „Steht ein ‚Held‘ zur Verfügung, so sucht er die Herrschaft der Parteitechniker durch Oktroyierung plebiszitärer Designationsformen, unter Umständen durch Umgestaltung der ganzen Nominationsmaschinerie zu brechen. […] Jede Erhebung des Charisma bedroht daher den regulären Betrieb.[…] Die Kastrierung des Charisma gelingt dem Parteibetrieb in der Regel leicht und wird […] immer wieder gelingen, weil eben die Kontinuierlichkeit des fachmännischen Betriebes als solchen taktisch auf Dauer der emotionalen Heldenverehrung überlegen bleibt. Nur außerordentliche Bedingungen können dem Charisma über den Betrieb zum Siege verhelfen.“[8]

Gerade die Fragilität des Charismas in einer etablierten Demokratie hat Weber wohl davon abgehalten, über Charisma primär *als politische Gefahr* nachzudenken. Für ihn bildete das personalplebiszitäre Momentum jedoch eine der Möglichkeiten, Gesellschaften „offen“ zu halten.[9] Webers Interesse am Charisma rekurrierte auf dessen *defensive* Funktion im Augenblick der Herrschaft durch Bürokratie und Maschine.[10]

7 Ebd., S. 659. Moritz Julius Bonn: Prosperity. Wunderglaube und Wirklichkeit im amerikanischen Wirtschaftsleben. Berlin 1931 operiert implizit auf der Basis dieser „sich verschlingenden Strukturelemente“.

8 Weber: Wirtschaft und Gesellschaft (wie Anm. 6), S. 668 f.

9 Mommsen: Amerika (wie Anm. 5), S. 90.

10 Zum Komplex Weber, ‚Charisma‘ und ‚Führerdemokratie‘ vgl. Wolfgang J. Mommsen: Zum Begriff der „plebiszitären Führerdemokratie“. In: Ders.: Max Weber (wie Anm. 5), S. 44-71, 235-246. Die durch Mommsen ausgelöste Debatte resümiert Stefan Breuer: Bürokratie und Charisma. Zur politischen Soziologie Max Webers. Darmstadt 1994, S. 161-175.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weber blieb ohnehin skeptisch, was den Prozess der Veralltäglichung des Charismas und die Aussichten einer dauernden ‚Korrektur' der Bürokratie durch charismatische Widerlager betraf. Gerade der politische Betrieb der USA zwischen dem Ende der Präsidentschaft Woodrow Wilsons und der Ära Franklin D. Roosevelts bot dann auch wenig Hoffnungen auf „außerordentliche Bedingungen": Die Präsidenten Warren G. Harding (1920-23) und Calvin Coolidge (1923-29) waren noch nicht einmal ‚kastrierte' Charismatiker, sondern Repräsentanten des republikanischen Parteiestablishments.[11] Und der durchaus eigenständige und innovative Präsident Herbert Hoover (1929-33) scheiterte an der Großen Depression der Jahre nach 1929, an seinem Unwillen zu einer Politik der staatlichen Intervention in die Wirtschaft, aber auch an seinem Unwillen zur Popularität.

Gleichwohl aber sorgte die scheinbar anhaltende Prosperität in den USA – vor allem im Kontrast zur dauernd krisenhaften Ökonomie im Deutschland der 1920er Jahre – dafür, dass sich in vielen Milieus ein Bild von Amerika einstellte, das das Land ganz grundsätzlich als eines mit „außerordentlichen Bedingungen" ansah: Bedingungen, die, wenn nicht (mehr) in der Politik, so doch im weiten Feld der *Gesellschaft* Charisma und „Führer" – ein Begriff, der in Webers Charisma-Definition nicht ohne Grund am Schluss des Satzes erscheint[12] – zuließen, weil Spielräume vorhanden blieben, die in Deutschland nicht (mehr) vorhanden waren – jedenfalls nicht aus der Sicht der dem Liberalismus zugeneigten Teile des Bürgertums und schon gar nicht *für* jenes Bürgertum. Der Erste Weltkrieg hatte dem Komplex ‚Bürgertum' – verstanden als Vergesellschaftung der Mittelschichten[13] – viel Schaden zugefügt und zugleich längerfristig angelegte Tendenzen der Beschränkung der Spielräume akzentuiert. Die Schrumpfung der Realeinkommen vor allem im Bildungsbürgertum und die Vermögensverluste sowohl durch die ‚verlorene Wette' der Kriegsanleihen als auch durch die Inflation reduzierten die Basis

11 Vgl. Moritz J. Bonn: Die Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika. Berlin 1930, S. 87: „Sie (die amerikanischen Parteien, M. G.) ziehen einen Biedermeier, der Gemeinplätze von sich geben und durch freundliches Lächeln Herzen gewinnen kann, stets einem bedeutenden Mann vor."

12 Weber: Wirtschaft und Gesellschaft (wie Anm. 6) S. 140: „‚Charisma' soll eine als ausseralltäglich geltende Qualität einer Persönlichkeit heissen, um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften begabt oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer' gewertet wird."

13 Vgl. die klassisch gewordene Analyse von M. Rainer Lepsius: Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 79-100.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eines tradierten Lebensstils und die „Fähigkeit zur ritualisierten Praktizierung sozialer Distanz“.[14] Die ohnehin schmale Gruppe des Bildungsbürgertums – Hans-Ulrich Wehler schätzt sie auf einen Anteil von 0,8 Prozent der Gesamtbevölkerung[15] – konnte nur noch mit Mühe ihre normsetzende Funktion für die Gesamtgesellschaft und ein damit einhergehendes Selbstbild aufrecht erhalten: Die Pluralisierung der öffentlichen Meinung und der Kultur in der Weimarer Demokratie, der Prestigeverlust der höheren Beamtenschaft durch die gewachsene Bedeutung der Parteien und Verbände, ihrer Berufspolitiker und Funktionäre, sowie die Entstellung des neuhumanistischen Bildungsideals, die der Krieg verursacht hatte, verringerten die Geltungskraft des Bildungsbürgertums.

Erschwert wurde die Situation auch für die Bürgerliche Sozialreform, die seit dem 19. Jahrhundert den Nukleus (links)liberaler Wohlfahrtspolitik gebildet hatte und bis weit in die zwanziger Jahre hinein die DDP als den gegebenen politischen Resonanzraum ansah. Bürgerliche Sozialreform meint dabei mehr als nur die vereinsbasierte Organisationsform bürgerlicher Fürsorge und Wohlfahrtspolitik: Mit dem Begriff kann vielmehr ein Ensemble aus Mentalität und Handeln umschrieben werden, das vom einfachen Impuls der Gabe im Sinne der unmittelbaren Wohltätigkeit in der Begegnung mit den Armen bis hin zum Einsatz der Sozialreform als Machtinstrument der politischen Aktionsgemeinschaft des liberalen Bürgertums reichte. Für jene Bildungsbürger, die im Feld der Sozialreform tätig waren, gab es eine Reihe von Problemen:[16]

(a) Manifest wurde ein politischer Kontrollverlust im Augenblick der Revolution 1918/19. Der alte Nexus aus bürgerlicher Herrschaft in den Kommunen und Dominanz in der Wohlfahrtspolitik hatte sich schlagartig aufgelöst. Die Demokratisierung der Verwaltung als eine gesellschaftspolitische Konsequenz der Revolution bedeutete natürlich, dass das bürgerliche Monopol unter den städtischen Armenpflegern gebrochen wurde.
(b) Die Vermögensverluste, die aus der Inflation resultierten, trafen die Bürgerliche Sozialreform auf dreifache Weise: durch den Verlust der Stiftungsvermögen, durch das Abschmelzen der Privatvermögen gerade jener Gruppen, die, wie die „Rentiers“, oft seit Jahrzehnten das stabile finanzielle Rückgrat der Bürgerlichen Sozialreform gebildet hatten, und durch den Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen.

14 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München 2003, S. 294.
15 Ebd., S. 285.
16 Das Wirtschaftsbürgertum kam im Ganzen etwas besser ‚über die Runden‘. Auch wenn hier die materiellen Einbußen geringer ausfielen als im Bildungsbürgertum (oder auch nur besser verkraftet werden konnten), so gab es dennoch Beschränkungen anderer Art: Der

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(c) Ein weiteres Krisenphänomen der Bürgerlichen Sozialreform entstand schon in der Vorkriegszeit, gewann aber während des Krieges und dann durch die politischen Veränderungen nach 1918 an Fahrt und kann mit den Begriffen „Vertrustung“ und „Konfessionalisierung“ gekennzeichnet werden. Der Aufbau leistungsfähiger und politisch gut vernetzter Wohlfahrtsverbände, vor allem in Gestalt der Inneren Mission und der Caritas, nach 1919 auch der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt, brachte die hochgradig fragmentierte Vereinslandschaft der Bürgerlichen Sozialreform in Bedrängnis.

Diese krisenhafte Konstellation des Bürgertums und der Bürgerlichen Sozialreform bildete die Ursache für die Abkehr des Bürgertums von „liberalen Leitbildern“, die wiederum die Voraussetzung für die „Dekomposition“ des Liberalismus und den Verfall der liberalen Parteien, vor allem der DDP/DStP, war.[17] Freilich lässt sich auch eine Wechselwirkung vermuten: Dass in der Weimarer Republik keine „zielbewußte Bürgertumspartei“[18] entstand und dem Bürgertum somit keine politische ‚Fassung‘ erwuchs, hat die politische Dekomposition des Bürgertums auch befördert. Der hoffnungsvolle Anfang der DDP 1919, die gerade durch ihren Versuch einer *delicate balance* aus Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum prädestiniert gewesen wäre (und ja wohl auch die Absicht hatte), eine demokratische Bürgertumspartei zu bilden, war schon ein Jahr später, mit dem schwachen Ergebnis bei den Reichstagswahlen 1920, erledigt – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich mit der

Einfluss der Gewerkschaften, die anfängliche Zentralarbeitsgemeinschaftspolitik und die gewachsene Bedeutung der Staatsintervention (unter Einschluss der staatlichen Schlichtung in Arbeitskämpfen) engten den Spielraum des unternehmerischen Handelns ein, vgl. Wehler: Gesellschaftsgeschichte Bd. 4 (wie Anm. 14), S. 290-293. – Arbeiten zur Geschichte des Bürgertums in der Weimarer Republik sind nach wie vor rar, da die Zwischenkriegszeit in den beiden großen Forschungsprojekten zur Geschichte des Bürgertums, die an den Universitäten Bielefeld und Frankfurt am Main angesiedelt waren, nicht im Mittelpunkt des Interesses stand. Neben dem großen Problemaufriss von Hans Mommsen: Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Kocka (Hrsg.): Bürgertum (wie Anm. 13), S. 288-315 sind zu nennen: Christian Jansen: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935. Göttingen 1992; Rainer Fattmann: Bildungsbürger in der Defensive. Die akademische Beamtenschaft und der „Reichsbund der höheren Beamten“ in der Weimarer Republik. Göttingen 2001; Michael Schäfer: Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig von 1890 bis 1930. Göttingen 2003; Moritz Föllmer: Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900-1930. Göttingen 2002. Für die *haute bourgeoisie* exemplarisch Theodor Heuss: Robert Bosch. Leben und Leistung. Tübingen 1946, S. 512-620.

17 Der Begriff der „Dekomposition“ bei Jürgen C. Heß: Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933. In: Karl Holl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Göttingen 1978, S. 46-88, hier S. 46. Zur Sequenziertheit von Leitbildverfall und Parteiverfall vgl. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988, S. 283.

18 Wehler: Gesellschaftsgeschichte Bd. 4 (wie Anm. 14), S. 309.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht am Weimarer Gründungskonsens teilhabenden rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) die traditionelle Spaltung des deutschen Liberalismus in einen rechten und einen linken Flügel reproduziert hatte. Am Ende der Weimarer Republik war der Liberalismus, wie Hans Rosenberg es in seiner Kölner Antrittsvorlesung im Januar 1933 formulierte, zu einem „politischen Konventikelwesen und zu einer Privatangelegenheit versprengter Individualisten herabgesunken".[19]

III. Amerika-Bild und Amerika-Rezeption im „Deutschen Volkswirt"

Die Krise der sozialen Trägerschicht(en) des Liberalismus aber entband die nach wie vor an liberalen Leitbildern interessierten Individualisten nicht davon, nach Ressourcen für eine Stabilisierung der eigenen politischen Praxis oder gar eine Regeneration des Liberalismus zu suchen. „Amerika" bildete eine solche Ressource. Die Rezeption der USA als Wirtschaftsmacht in den Spalten des „Deutschen Volkswirts", der 1926 von Gustav Stolper gegründet worden war, und der „Hilfe" war dabei von der Vorstellung großer ‚Spielräume' beherrscht.[20] Das Interesse einer volkswirtschaftlichen Zeitschrift an den USA ist angesichts der Bedeutung, die die USA vor allem für die Stabilisierung der deutschen Ökonomie nach 1924 und die politische Bewältigung des Reparationsproblems einnahmen, nicht erstaunlich. Gleichwohl sind die USA immer auch mehr als nur eine Volkswirtschaft unter anderen: Amerika wird stets ‚grundsätzlicher' analysiert als etwa Großbritannien oder Frankreich, es wird – bei aller ‚Verwandtschaft' – als Land mit der stärksten möglichen Differenz zu den europäischen Verhältnissen verstanden, kurz: Amerika wird ein Modellcharakter zugeschrieben.[21] Kapitalismus war Konsens in den USA – und das musste die Wirtschaftspolitiker im „Deutschen Volkswirt" beeindrucken, zumal in der DDP materielle Interessen nicht konsensstiftend, sondern desintegrierend wirkten.[22] Die Zustimmung zur prinzipiellen ökonomischen Aufstellung der USA ist in nahezu allen Artikeln spürbar, nicht zuletzt deshalb, weil, wie es der deutsche Generalkonsul in Chicago, Hugo Ferdinand Simon, in einer Artikelserie 1931/32 formulierte,

19 Ewald Grothe: Hans Rosenberg und die Geschichte des deutschen Liberalismus. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 108-138, hier S. 136.

20 Zu Stolper und Naumann vgl. Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933. Tübingen 1963, S. 202.

21 Vgl. Marcus Gräser: Modell Amerika. In: Europäische Geschichte Online (EGO), hrsg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), 2010-12-03. URL: http://www.ieg-ego.eu/graeserm-2010-de URN: urn:nbn:de:0159-20101025202 .

22 Vgl. Heß: Wandlungen (wie Anm. 17), S. 56, sowie Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 17), S. 219 u. 283.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„das von dieser Industrie entwickelte System […] der Gesamtrichtung der heute gegebenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten am besten entspricht und daß der Kapitalismus mit den von dieser Industrie entwickelten Methoden gegenüber den bolschewistischen Ideen am wirkungsvollsten verteidigt wird."[23]

Diese Einschätzung teilte auch Erkelenz, der im Ergebnis seiner Amerika-Reise 1925 geschrieben hatte: „Gewiß erlebt hier der Kapitalismus oder, was eigentlich der richtige Begriff ist, die großindustrielle Organisation ihre höchsten Triumphe".[24]

Woher rührte dieses Bild – und warum blieb diese Einschätzung auch dann noch stabil, als die USA in der größten ökonomischen Krise ihrer Geschichte steckten? Zunächst beeindruckte die amerikanische Wirtschaft natürlich durch die Prosperität, die sich aus der Sicht des krisengeschüttelten Europa fast grenzenlos ausnehmen musste, zumal sie auch den sozialen Konflikt stillgelegt zu haben schien, nicht zuletzt durch den immer wieder beschriebenen Nexus aus hohen Löhnen und der damit verbundenen Konsumkraft breiter Schichten der Bevölkerung.[25] Allein der Erfolg – und das Unbestrittensein – der amerikanischen Ausprägung des Kapitalismus rückten die USA in die Modellfunktion. Darüber hinaus aber war es ein bestimmtes Merkmal der amerikanischen Wirtschaftsordnung, das bei deutschen Liberalen auf großes Interesse stoßen musste: das – auch in der Krise (bis 1933) nicht veränderte – Verhältnis von Wirtschaft und Staat. Herbert von Beckerath, Volkswirt und Professor der Staatswissenschaften an der Universität Bonn, wies 1927 darauf hin, „daß die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten viel weniger als in Europa und vor allen Dingen in Deutschland Objekt der Staatspolitik ist".[26] Beckeraths Analyse blieb aber bei diesem bekannten Sachverhalt nicht stehen, insofern er durchaus ein Widerlager für die Wirtschaft sah, das aber eben nicht in Gestalt des Staates als „Deus ex machina, geheiligt in seiner Autorität durch eine Staatsphilosophie" daherkam, sondern als „public opinion": Nicht der Staat trete wirtschaftlichen Einzel- und Gruppeninteressen entgegen, sondern die öffentliche Meinung, für die der ‚Staat' einer unter möglichen Agenten sein könne – jedenfalls sei der ‚Staat' nur so mächtig, wie es die öffentliche Meinung zulasse.[27] In Beckeraths Analyse werden die Ursachen für die Singularität des amerikanischen Kapitalismus in der Gesellschaft und in der persönlichen Disposition des Ameri-

23 H.F. Simon: Amerikas Industriesystem III. In: Der Deutsche Volkswirt 6 (1931/32), S. 251-254, hier S. 254.
24 Anton Erkelenz: Amerikanische Reiseeindrücke. 1. Die Sommerschule von Chautauqua. In: Die Hilfe 19 v. 1.10.1925, S. 413 ff., hier S. 413.
25 Vgl. Erkelenz: Fabrikanten (wie Anm. 3), S. 431 f.
26 Herbert von Beckerath: Gesellschaft und Wirtschaft in Amerika und Deutschland (Teil 1). In: Der Deutsche Volkswirt 2 (1927/28), S. 111-115, hier S. 111.
27 Alle Zitate ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kaners aufgefunden, und hier sind sie in einer Weise vorherrschend, dass eine Alternative zu dieser Wirtschaftsordnung auch nicht im Ansatz erkennbar war:

> „Die technisch interessierte, rechenhafte und spekulative Mentalität der Amerikaner prädestiniert sie geistig zum Kapitalismus. Die ungeheuren praktischen Erfolge kapitalistisch organisierter Arbeit in dem von der Natur gesegneten Lande scheinen ernstliche Zweifel an der Güte dieser Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung auszuschließen."[28]

Einher damit ging, in den Augen Beckeraths, ein Aufbau der Gesellschaft, in dem nur die Hierarchie des „persönlichen Erfolges" zulässig sei, was die soziale Mobilität in einem in Europa unbekannten Maß ermögliche. Ein traditionelles Motiv der Amerika-Analyse fügt auch Beckerath an dieser Stelle seiner Deutung ein: den Hinweis auf die „Jugend des Volkes", auf „die frische Initiative, die den Amerikanern als einem echten Pioniervolk allgemein eigen ist". Wenn das auch eher zur typischen Folklore der Amerika-Wahrnehmung gehörte, so bildete die Vorstellung einer „geringen Differenziertheit" der amerikanischen Kultur, die eine „uniforme Lebensgestaltung"[29] mit sich bringe, ein wichtiges Versatzstück in der Erklärung des wirtschaftlichen Erfolges, soweit dieser sich der Durchsetzung der Konsumgesellschaft verdanke.

An dieser Stelle griff die Analyse des Heidelberger Nationalökonomen Carl Brinkmann ein, der in einem Artikel im „Deutschen Volkswirt" über das amerikanische „Kultursystem" 1929 vom „Spartanertum" der Amerikaner schrieb, von der „Uniformität der Massenbevölkerung", die zur „Uniformierung des amerikanischen Wirtschaftsbedarfs unter dem Diktat standardisierter Gewerbe", das heißt zum Konsum führe, den Brinkmann als „Massenluxus" bezeichnete.[30] Mit Einschätzungen wie der einer „geringen Differenziertheit" der amerikanischen Kultur und Begriffen wie „Uniformität" bewegten sich Beckerath und Brinkmann in einem diskursiven Feld, das deutliche Schnittmengen mit konservativen Amerika-Deutungen aufwies. Aber während in der konservativen Szene aus solchen Einschätzungen heraus eine kulturkritische Verachtung der USA erwuchs, sahen die Liberalen in der amerikanischen „Uniformität" nicht die Tendenz zur Erstarrung oder zur sozialen Schließung, sondern Dynamik und Spielräume. Aber wofür? Die primäre Orientierung im „Deutschen Volkswirt" zielte, wie Stolper es beschrieb, auf „die Stärkung aller Kräfte der Konkurrenz gegen die vordrin-

28 Ebd., S. 112.
29 Ders., Gesellschaft und Wirtschaft in Amerika und Deutschland (Teil 2). In: Der Deutsche Volkswirt 2 (1927/28), S. 146-149, hier S. 147.
30 Carl Brinkmann: Vom amerikanischen Kultursystem. In: Der Deutsche Volkswirt 3 (1928/29), S. 923-926, hier S. 924 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

genden und überwuchernden Monopoltendenzen“.[31] Das ging mit der „bewußten, positiven Anerkennung der staatlichen Aufgabe in der Wirtschaft“[32] einher, favorisierte dabei aber doch das private Unternehmertum – aus der 1928 formulierten Erkenntnis heraus, „daß in allen Industriezweigen die blühendsten Unternehmungen just die sind, die heute noch unter privatkapitalistischer Führung stehen und im wesentlichen im Familienbesitz sind“.[33]

Für derlei Führung schien die USA natürlich ein Paradies zu sein, nicht nur aufgrund von emblematischen Figuren wie Henry Ford,[34] die in Deutschland stets mit großer Prominenz besprochen wurden. Viel interessanter für den „Deutschen Volkswirt“ aber war die Beobachtung eines Amalgams aus politischer und wirtschaftlicher Führung, das vor allem in der Hoch-Zeit der Rationalisierung in den USA zu greifen schien: Beckerath beschrieb die Rolle der Secretaries (Minister) Herbert Hoover (Handel, später Landwirtschaft) und Andrew Mellon (Finanzen): „(W)enn man sich mit Bankiers, Industriellen oder Volkswirten über die Tätigkeit Mellons und Hoovers unterhält, so hat man aus den Ausführungen des Gegenüberstehenden nie den Eindruck, daß von einem Staatsbeamten die Rede ist, sondern immer werden diese Männer neben und vor Ford, Filene, Hurley und anderen in die erste Reihe der konstruktiven Wirtschaftsführer Amerikas gestellt.“[35] Aus solcher Sicht waren die Erwartungen an Hoover, der 1928 zum Präsidenten gewählt wurde und 1929 das Amt antrat, außerordentlich hoch: Fritz Demuth, Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer, schrieb unmittelbar nach der Wahl des neuen Präsidenten, dass dieser „die Prosperität des Landes in einem Maße gefördert [hat], das über menschliche Kräfte hinauszugehen scheint“.[36] Die Begeisterung für Hoover (in Verbindung mit einem dann gelegentlich eben doch nur oberflächlichen Verständnis der Gegebenheiten) führte aber auch zu Missverständnissen: Während Beckeraths Kennzeichnung der Rationalisierung als „sozialer Kapitalismus“[37] noch als Euphemismus durchgehen konnte, gab Erkelenz 1925 ein Beispiel für ein noch nicht vollständiges Bild der Rationalisierungsbewegung, als er dem Handelsminister Hoover zwar bescheinigte, ein „entschiedener Vertreter des großindustriellen Individualismus, des Privatbesitzes an Produktionsmitteln“

31 Gustav Stolper: Zwischen freier und gebundener Wirtschaft. In: Der Deutsche Volkswirt 2 (1927/28), S. 1295ff., hier S. 1297.
32 Ebd.
33 Ders.: Sozialistische oder liberale Wirtschaftsdemokratie? in: Ebd., S. 1695-1698, hier S. 1696.
34 Vgl. P. Friedmann: Ford und Wir. In: Ebd., S. 338 ff.
35 Beckerath: Gesellschaft (wie Anm. 26), S. 114.
36 Fritz Demuth: Amerikanische Stimmungen. In: Der Deutsche Volkswirt 3 (1928/29), S. 235-238, hier S. 237.
37 Beckerath: Gesellschaft (wie Anm. 26), S. 112.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zu sein,[38] ihm zugleich aber auch attestierte, „Planwirtschaft“ zu betreiben und ihn in eine Reihe mit den Neuordnungsversuchen der deutschen Wirtschaft 1918/20 stellte: „Es ist interessant, daß dieser Teil der tausendmal verfluchten Wissellschen Planwirtschaft ausgerechnet im Lande des schärfsten kapitalistischen Individualismus von der Regierung geführt und gefördert wird.“[39] Die tatsächliche Modernität von Hoovers Politik, der mit der Vorstellung eines „associative state“, in dem Wirtschaft und Staat auf der Basis einer Selbstverwaltungsidee miteinander kooperieren sollten,[40] eine zeitgemäße liberale Antwort auf die Steuerungs- und Rationalisierungsprobleme der Wirtschaft geben wollte, zerschellte aber an der Großen Depression der Jahre nach 1929: Die Rolle als vorsichtiger Moderator, die Hoover dem Staat zugedacht hatte, reichte nicht aus, um der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Ein in die Wirtschaft intervenierender Staat aber war für Hoover unerwünscht und blieb seinem Nachfolger Franklin D. Roosevelt überlassen. Dass Hoover scheiterte, markierte – deutlicher noch als die Wirtschaftskrise per se – das Ende oder mindestens die starke Einschränkung der Spielräume in den USA.

IV. Das Amerika-Bild und die Amerika-Rezeption in der Bürgerlichen Sozialreform

Die Amerika-Rezeption unter den bürgerlichen Sozialreformern war *der Tendenz* nach strukturanalog zum Echo, dass die USA in der liberalen Wirtschaftspublizistik gefunden hatten. Für jene Generation von Sozialreformern, die stark von Friedrich Naumann geprägt worden war und in den Jahren der Weimarer Republik in unterschiedlichsten Positionen Verantwortung in Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege übernahm – und dies meist mit einer Mitgliedschaft in der DDP verband –, war die Suche nach Spielräumen in den dauernd krisenhaften Szenarien der Wohlfahrtspolitik der Nachkriegszeit zwingend. Auch hier richtete sich ein mehrheitlich bewundernder Blick auf die USA: Zahlreiche Reise- und Erfahrungsberichte erschienen, darunter prominent Alice Salomons „Kultur im Werden. Amerikanische Reiseeindrücke“ aus dem Jahr 1924, und umfänglich fiel die Amerika-Rezeption auch in den sozialreformerischen Fachzeitschriften aus. Was faszinierte an den USA

38 Anton Erkelenz: Die Tragödie der Vergeudung. In: Die Hilfe 24 v. 15.12.1925, S. 491 f.
39 Ders.: Dreißig eiserne Sklaven auf jeden Einwohner. In: Die Hilfe 23 v. 1.12.1925, S. 468 ff., hier S. 469.
40 Vgl. Theda Skocpol/G. John Ikenberry: The Road to Social Security. In: Theda Skocpol (Hrsg.): Social Policy in the United States: Future Possibilities in Historical Perspective. Princeton 1995, S. 136-166, hier S. 147.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und welchen Nutzen sollte das amerikanische Beispiel für die Bürgerliche Sozialreform in Deutschland haben?

(a) Natürlich faszinierte der bürgerliche Reichtum in den USA, der weder durch den Krieg noch durch eine Inflation aufgefressen worden war. Noch stärker aber beeindruckte der Primat der Wohlfahrts*gesellschaft* vor dem Wohlfahrts*staat*, letzterer war in den USA sowohl auf der Ebene der Städte wie der des Zentralstaates bis zum New Deal der Jahre nach 1933 nur rudimentär entwickelt worden. Die in diesem Sinne ungestörte Wirksamkeit einer privat organisierten und finanzierten Wohlfahrt erschien bürgerlichen Beobachtern aus Deutschland als Zustand der Freiheit – jedenfalls im Abgleich mit der stark bürokratisierten Amtswirklichkeit der deutschen Wohlfahrtspolitik. Zudem enthielt die Wohlfahrtsgesellschaft in der Phase der ungebrochenen Prosperität der USA ein Versprechen auf Dynamik in Permanenz. Die Synchronisierung einer prosperierenden Wirtschaft und einer im gleichen Ausmaß leistungsfähigen Wohlfahrtsgesellschaft ließ sich als unerreichbares Vorbild darstellen. Noch im Augenblick der Krise schrieb Marie Baum, die im Herbst 1931 auf einer Vortragsreise in den USA gewesen war, davon, „daß sich ein sehr ausgesprochenes Gefühl für persönliche Verantwortung und persönliche Rücksicht auf den Nächsten herausgebildet" habe.

> „Das kann, ganz abgesehen von tausend Beobachtungen des Tages, aus der Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege als einer wirklich imponierenden Frucht dieser Einstellung entnommen werden. Neben einer meist in völlig veralteten Formen weitergeführten amtlichen Armenpflege hat sie sich […] in höchst methodischer Durcharbeitung und getragen von innerster sozialer Verantwortung ihren gesellschaftlichen Raum errungen."[41]

(b) Tatsächlich gehörte es zum guten Ton in der deutschen Bürgerlichen Sozialreform, Klage darüber zu führen, dass in der verrechtlichten und bürokratisierten Wohlfahrtspraxis das Momentum der „Fürsorge als persönliche Hilfe"[42] abhanden gekommen war. In den USA glaubte man eine solche unmittelbare, von keinen anderen Akteuren beeinflusste Hilfeleistung noch beobachten zu können – ohne dass damit eine Rückkehr zu überkommener *charity* („*Lady Bountiful*") verbunden war. Hans Scherpner hatte, auch auf der Basis eines Studienaufenthaltes in den USA, in der dort favorisierten Behandlungslehre des *case work* den geradezu archimedischen Punkt gefunden, von dem aus das bürgerliche Ideal einer unmittelbaren, nicht bürokratisierten

41 Marie Baum: Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung in den Vereinigten Staaten von Amerika. In: Die Hilfe 51 v. 19.12.1931, S. 1222-1229, hier S. 1223 f.

42 Wilhelm Polligkeit et al. (Hrsg.): Fürsorge als persönliche Hilfe. Festgabe für Prof. Dr. Christian Jasper Klumker zum 60. Geburtstag am 22.12.1928. Berlin 1929.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hilfebeziehung zugleich mit dem Anspruch hoher Professionalität und wissenschaftlicher Expertise verbunden werden konnte.[43]

(c) Die amerikanische Wohlfahrtsgesellschaft bot einen erheblichen Freiraum für Frauen in der sozialen Arbeit – was vor allem den Frauen in der deutschen Bürgerlichen Sozialreform ihren eigenen, stark eingeschränkten Spielraum bewusst werden ließ. Nicht nur die privat finanzierten *Settlements* (Fürsorge- und Bildungseinrichtungen in den Einwandererviertel der großen Städte), sondern auch die privat finanzierten Universitäten boten Möglichkeiten für akademisch gebildete Frauen, die in Deutschland weit und breit nicht zu sehen waren – Salomon hatte in ihrem Reisebuch ausführlich davon gehandelt.[44] Von den weiblichen Sozialreformern in Deutschland wurde die persönliche Fürsorge und die unmittelbare Hilfeleistung, der „Schützengrabendienst in den Wohnungen", auch deshalb verteidigt, weil es eine Domäne – die einzige Domäne – der Frauen in der sozialen Arbeit war: „Es sind die Frauen gewesen", schrieb Gertrud Bäumer 1931, „die den Beruf geschaffen haben […] die Männer befinden sich hinter der Wagenburg und die Frauen draußen auf freiem Felde. […] Die ganze moderne Ideologie der Wohlfahrtspflege kann schließlich nur realisiert werden durch diese Art des sozialen Dienstes."[45] Die prononcierte Verteidigung des persönliche Hilfe-Ideals, in dem sich immer auch eine Vergegenwärtigung der eigenen Bürgerlichkeit fand – durch den Kontrast mit dem unselbständigen Klienten –,[46] legte dann auch schon fast zwingend die Nutzung des Charisma-Begriffs nahe. Bäumer stellte den „von seinem Charisma getriebenen Pionier" dem „Funktionär einer öffentlichen Behörde" gegenüber.[47] Die Veralltäglichung des Charismas der persönlichen Hilfebeziehung in eine bloße Funktion stellte vor diesem Hintergrund ein Problem dar. So wusste Frieda Wunderlich:

> „Nirgends tritt diese Gefahr so bedrückend in unser Bewußtsein wie dort, wo die Veramtung charismatischer Aufgaben, ihre Anpassung an Verwaltungsmaßstäbe und -regeln, das Charisma in seiner außeralltäglichen Sendung, seiner Berufung und Irrationalität zu beseitigen droht. Diese Gefahr trifft heute in besonders hohem Maß die Wohlfahrtspflege."[48]

43 Hans Scherpner: Formen persönlicher Fürsorge in den Vereinigten Staaten (Social case work). Frankfurt a. M. 1928.

44 Alice Salomon: Kultur im Werden. Amerikanische Reiseeindrücke. Berlin 1924, S. 100-111.

45 Gertrud Bäumer: Unrecht an den Fürsorgerinnen. In: Die Hilfe 46 v. 14.11.1931, S. 1106 ff., hier S. 1107 f.

46 Vgl. Marcus Gräser: Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und in Deutschland 1880-1940. Göttingen 2009, S. 61-103.

47 Gertrud Bäumer: Die sozialpädagogische Erzieherschaft und ihre Ausbildung. In: Herman Nohl/ Ludwig Pallat (Hrsg.): Sozialpädagogik. Langensalza 1929, S. 209-226, hier S. 226.

48 Frieda Wunderlich: Bürokratie und Gemeinschaftsordnung. In: Soziale Praxis 40 (1931), Sp. 654-658, hier Sp. 657.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Im Begriff ‚Charisma' war eine Chiffre gefunden, mit der sich eine Fehlstelle beschreiben ließ, die für die Krise der Bürgerlichen Sozialreform ursächlich schien. Zugleich bot sich damit eine Strategie an – die Re-Charismatisierung der sozialen Arbeit –, die neuen Bewegungsspielraum für die Bürgerliche Sozialreform versprach. Verbunden damit war überhaupt ein Versuch, Bürgerlichkeit unter den krisenhaften Bedingungen der späten Weimarer Republik neu zu definieren und im eigenen Lebensführungsstil wie auch in der sozialen Arbeit Formen der Selbständigkeit – auch als Beispiel für die Klientel – zurückzugewinnen oder zu behaupten. Signifikant an diesen Äußerungen ist aber auch, dass das Charisma hier mit der Aufgabe daherkommt und nicht ein Kennzeichen der Person *an sich* darstellt: Wunderlich und Bäumer hätten sich wahrscheinlich schwer damit getan, Zeitgenossen im Feld der Bürgerlichen Sozialreform als Charismatiker zu identifizieren, und eher auf Figuren der Vergangenheit verwiesen. Aber in den USA fand man sie „Führerinnen", wie Salomon gleich ein ganzes Kapitel ihres Amerika-Buches überschrieb.[49] Die amerikanischen Akteure erschienen als Charismatiker in ihrem Feld, weil sie relativ frei und ohne Einbindung in Bürokratien die persönliche Hilfebeziehung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken konnten. Sie stellten die wahrhaften ‚Pioniere' dar, die in der beamteten und politischen Einflüssen unterliegenden deutschen Fürsorgelandschaft verlorengegangen waren: Jane Addams, die Gründerin von Hull House in Chicago und unangefochtene ‚Führerin' der „Settlement-Bewegung", war hierfür auch den deutschen Frauen ein bewundertes Vorbild: Marianne Weber, die Addams 1904 in Chicago begegnet war, widmete ihr zum 70. Geburtstag 1930 einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung", in dem sie ihr bescheinigte, dass ihrem Einfluss „schärfster persönlicher Einsatz" vorausgehe, der freilich nur unter den besonderen Bedingungen Amerikas gedeihen könne: „mit der erquickenden jugendfrischen Tatkraft des kolonialen Menschen, der sich seine Welt noch selbst aufbauen muß und kann."[50] Mit dieser Konstruktion – die ‚Rückständigkeit' als Voraussetzung des Charismas – war zugleich im Rahmen des liberalen Denkens der Sozialreform entschuldigt, warum in Deutschland vielleicht noch von Charisma, nicht aber mehr von Charismatikern gesprochen werden konnte: Der Vorsprung der öffentlichen Verwaltung der Fürsorge, auf den sich Bäumer als Ministerialrätin im Reichsinnenministerium eingelassen hatte, erschien als Nachteil, wenn es um die Bewahrung des Charismas ging.

49 Salomon: Kultur (wie Anm. 44), S. 111-121.

50 Marianne Weber: Jane Addams. Zu ihrem 70. Geburtstag. In: Frankfurter Zeitung v. 9. September 1930.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

V. Der „Amerika-Legende“ aufgesessen? Zur Bedeutung der Amerika-Rezeption im liberalen Milieu

Es liegt schon fast in der Logik einer Rezeptionsanalyse, die gewählte Ressource zu überschätzen: Eine Durchsicht der von Lothar Albertin und Konstanze Wegner edierten Protokolle der Führungsgremien der DDP/DStP lässt kaum erahnen, dass die Ressource „Amerika“ als politische Realität, als Fantasie oder auch nur als Chiffre im politischen Alltag der Partei eine signifikante Rolle einnahm; die USA spielten fast nur in den Debatten um die Reparationen eine Rolle, aber auch hier nur nachrangig gegenüber Frankreich und Großbritannien.[51] In den publizistischen Debatten und intellektuellen Analysen waren die USA durchgehend ein prominenter Fall; im politischen Tagesgeschäft galt das nicht unbedingt, hier war man fixiert auf die europäische Staatenwelt und unsicher über die tatsächliche außenpolitische Rolle der USA. Gleichwohl ist die Nutzung „Amerikas“ – auf der Basis eigener Erfahrungen oder auch nur als angelesene ‚Chiffre‘ – immer aussagekräftig, auch wenn sie nicht eine dominante Stellung im je betreffenden Diskurs einnimmt oder in der Rezeption eine ‚unsachgemäße‘ Verwendung eintritt. Aber kann es überhaupt eine ‚unsachgemäße‘ Rezeption geben? Woran sollte die Sachhaltigkeit des Amerika-Bildes und seine Nutzung gemessen werden?

Charlotte Lütkens, die mit ihrer 1929 bei Mohr in Tübingen erschienenen Studie „Staat und Gesellschaft in Amerika“ eines der besten deutschen Amerika-Bücher vorgelegt hatte, warf 1932 nicht wenigen ihrer Kollegen aus der Riege der Amerika-Beobachter und Amerika-Fahrer vor, dass sie einer „Amerikalegende“ aufgesessen wären, oder schlimmer noch: eine solche Legende fabriziert hätten. Lütkens sprach dabei von einer „liberalen Amerikalegende“, die als „Intellektuellen- und Unternehmerlegende“[52] zwei Bedürfnisse erfülle: Das kulturkritische Schreckbild der umfassenden „Standardisierung“ in den USA diene den deutschen Intellektuellen als Projektion ihrer eigenen Not in der Verteidigung der bedrohten oder schon verlorenen kulturellen Hegemonie; die Feier der amerikanischen Prosperität wiederum nutze den Unternehmern in der Propagierung einer Harmonie und einer Aufhebung der Klassengegensätze im Konsum – was durch die Große Depressi-

51 Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin. Düsseldorf 1980.

52 Charlotte Lütkens: Die Amerikalegende. In: Sozialistische Monatshefte 38 (1932), S. 45-50, hier S. 45 u. 48. Biographische Literatur zu Lütkens fehlt, vgl. die kurze Skizze von Peter Ulrich Hein: Nachwort. In: Ders. (Hrsg.): Charlotte Lütkens: Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch (1925). Münster 1986, S. 191-197.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

on der Jahre nach 1929 und die wachsenden Klassengegensätze freilich als Chimäre entlarvt sei.[53]

Hatte Lütkens Recht – und wen traf ihre Kritik? Tatsächlich gab es im Lager der Liberalen die große Amerika-Emphase im Sinne eines Gleichklangs aus Kapitalismus und Demokratie, der seinen innigen Ausdruck in den gewachsenen und, zumal im Abgleich mit Deutschland, großen Konsumchancen gefunden habe. Moritz Julius Bonn, einer der aufmerksamsten Amerika-Spezialisten im Feld der Liberalen, urteilte, dass nur „in den Vereinigten Staaten […] die Voraussetzung des echten Kapitalismus, der freie Wettbewerb, annähernd vorhanden" sei,[54] und bezeichnete folgerichtig Sears and Roebuck, das große Versandhaus in Chicago, das sich mit Warenkatalogen ein Millionenpublikum erschlossen hatte, als „demokratischste Institution der Welt".[55] Bonn war dabei angenehm frei von kulturkritischer Attitüde, spöttisch hielt er den naserümpfenden Gegnern der amerikanischen Massenkultur vor, dass eine Nation „nicht dadurch zum Volk der Dichter und Denker [werde], weil sie nicht die Mittel hat, den Lebensbedürfnissen in technisch verbesserter Weise zu genügen."[56] Auch im Naumann-Kreis und seinem Umfeld, zu dem Bonn nicht zu rechnen ist,[57] war das Amerika-Bild grosso modo positiv, nicht weil Demokratie und Kapitalismus so passgenau waren, sondern weil Wirtschaft und Gesellschaft Spielräume offenließen.

Insofern unterlief diese Rezeption die von Lütkens gezeichnete „Intellektuellen- und Unternehmerlegende" auf zweifache Weise: Die kulturkritische Betonung einer Standardisierung der Lebensverhältnisse, die durch ‚Materialismus' und ‚Massenkultur' gekennzeichnet sei, fand nicht statt oder war doch zumindest gedämpft durch die Orientierung auf die Spielräume für die Charismatiker – die jede deterministisch gedachte ‚Standardisierung' umgehen konnten. Die Charismatiker waren der Beweis gegen die These, dass die ‚Massenkultur' automatisch die Führungsrolle der großen (bürgerlichen) In-

53 Vgl. Klautke: Möglichkeiten (wie Anm. 4), S. 316.

54 Bonn: Kultur (wie Anm. 11), S. 123.

55 Vgl. Moritz Julius Bonn: Amerika und sein Problem. München 1925, S. 88. Vgl. auch ders.: Kultur (wie Anm. 11), S. 152.

56 Ebd., S. 289.

57 Auf Bonn und sein in mehreren Buchveröffentlichungen und zahlreichen Aufsätzen dargestelltes Amerika-Bild soll hier nicht ausführlich eingegangen werden: Bonn gehörte der DDP an, zählte aber nicht zum Naumann-Kreis und kann auch nicht als ‚sozialliberal' charakterisiert werden, weil er die „Deckungsgleichheit von Liberalismus und Kapitalismus" nicht in Frage stellte, was Sozialliberale üblicherweise tun. Vgl. Jens Hacke: Liberale Alternativen für die Krise der Demokratie. Der Nationalökonom Moritz Julius Bonn als politischer Denker im Zeitalter der Weltkriege. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014), S. 295-318, hier S. 298. Zu Bonns Amerika-Rezeption vgl. Jens Hacke: Moritz Julius Bonn – Liberale Krisendiagnostik in der Weimarer Republik. In: Moritz Julius Bonn: Zur Krise der Demokratie. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919-1932. Hrsg. v. Jens Hacke. Berlin 2015, S. 1-38, hier S. 32-37.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dividuen zunichtemache. Die Begeisterung für den „echten Kapitalismus" aber war ebenfalls maßvoll, vor allem deshalb, weil man im Naumann-Kreis eben nicht auf der Seite Bonns und eines strikt individualistischen Liberalismus stand. Bäumer hatte, rückblickend aus dem Jahr 1933, genau darin die Spaltungslinie innerhalb der DDP vermutet: „In der Partei Naumanns traten die beiden im letzten Kern einander wesensfremden Elemente des individualistischen Liberalismus und seines eigenen geistigen Erbes immer schroffer hervor." Sie sah einen

> „unüberwindlichen inneren Gegensatz … zwischen dem rationalen Liberalismus, wie er weltbürgerlich, tolerant und moralinfrei in der Großstadtpresse lebte, und den Demokraten aus nationalsozialem Ethos, die in Gesinnungsfragen konservativ, mit traditionsgebundener Gesittung verwachsen und von religiöser Verantwortung bestimmt sind".[58]

Bäumers Einschätzung deckte sich mit der Beobachtung Sigmund Neumanns, der 1932 in seiner grundlegenden Schrift zum deutschen Parteiwesen über die DStP urteilte, dass in ihr, ähnlich wie auch in der Vorläuferpartei DDP, die „finanzkapitalistische Note" eher zurücktrete:

> „Auch heute noch ist ein gut Teil Naumann-Geist in ihr lebendig, auch heute noch findet sie wie in ihrer Blütezeit im Baden-Württembergischen ihr stärkstes Kräftezentrum. […] Der Liberalismus dieser kleinbürgerlich-bäuerlichen Landstriche war immer bodenständiger als der hochkapitalistischer Großstädte. Es bleibt an ihm – bei allem Wandel der sozialen Struktur – immer noch ein Stück Optimismus, Geruhsamkeit und Idyll."[59]

Mehr als ein moderates Echo auf den amerikanischen Kapitalismus und eine skeptische Äquidistanz zu Emphase und Verdammung war aus diesem liberalen Milieu nicht zu erwarten. Und selbst dort, wo man im Umfeld des Naumann-Milieus und seiner Erben etwas ‚urbaner' dachte – etwa bei Stolper –, war nicht zu überhören, dass die liberale Gewöhnung an den Korporatismus, an die Bedeutung der Verbände, an den ‚Staat', an die Ministerialbürokratie ausgeprägt war. Stolper, der 1928 im „Deutschen Volkswirt" eine „Stärkung aller Kräfte der Konkurrenz gegen die vordringenden und überwuchernden Monopoltendenzen" gefordert hatte, rief sich dann gleich selbst zur Ordnung:

> „Man würde diese Politik kompromittieren, wenn man sie irgendwie mit dem Ideal einer atomisierten staatsfreien Wirtschaft verquickte. Es gibt auch in der

58 Gertrud Bäumer: Lebensweg durch eine Zeitenwende. Tübingen 1933, S. 416.

59 Sigmund Neumann: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932, S. 51. Der „Optimismus" dürfte der Partei 1932 aber selbst in der alten Hochburg Baden schon abhanden gekommen sein.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> Wirtschaft keine Auferstehung der Toten. Jede moderne, vernünftige Wirtschaftspolitik […] muß mit der bewußten, positiven Anerkennung der staatlichen Aufgabe im Bereich der Wirtschaft beginnen."[60]

Das war Naumanns „Neudeutsche Wirtschaftspolitik"[61] *in a nutshell*. Alle sozialliberale Reformpolitik zielte tatsächlich auf eine „Erhöhung staatlicher Effizienz", von einer (Selbst-)Mobilisierung der Gesellschaft ist kaum je die Rede, und die Stärkung des Staates schien eher eine Demobilisierung der Gesellschaft – wenn auch nicht des privaten Kapitals! – zur Voraussetzung zu haben.[62]

Für amerikanische Liberale wäre eine solche Relation zwischen Staat und Gesellschaft undenkbar gewesen, hier galt eher die Immobilität des Staates als Korrelat oder Voraussetzung für eine starke Gesellschaft. In diesem Gegensatz zwischen beiden Ländern, der nicht immer wahrgenommen wurde, lagen die Grenzen der liberalen Amerika-Rezeption in Deutschland – ein ‚Lernen' von den USA oder auch nur der Transfer bestimmter Elemente politischen Handelns war dadurch eingeschränkt. Vor allem für die „Gretchen-Frage des deutschen Liberalismus", die „Stellung zur Sozialdemokratie",[63] ließ sich am amerikanischen Beispiel einer ganz anders gelagerten Parteiensituation nichts lernen.

Gleichwohl ist die Amerika-Rezeption, so moderat sie auch ausgefallen sein mag, ein Lackmustest: Wer seine Politik aus einem „ursprungsmythischen Bewußtsein" – der „Wurzel alles konservativen und romantischen Denkens in der Politik"[64] – heraus gestaltete, wollte von „Amerika" in aller Regel nichts wissen. Denn „Amerika" ließ sich nicht in eine Erzählung vom ‚Ursprung' einbauen; ‚Boden', ‚Blut' und ‚Stamm' sind Begriffe, die an der amerikanischen Wirklichkeit zerschellen mussten: Die Entstehung der amerikanischen Nation aus der Revolution heraus, die rationale Verfassungskonstruktion, die Einwanderungsgesellschaft als Zustimmungsgemeinschaft waren darauf angelegt, jeden Ursprungsmythos zu brechen. Konservative und Faschisten aller Schattierungen wussten, warum sie die USA ablehnen mussten. Für Liberale und Demokraten aller Schattierungen aber bot die Auseinandersetzung mit den USA genug Material, um eben nicht „Gefühlswerte über Vernunftwerte" zu stellen, wie Friedrich Meinecke es „unsere(n) deutschen bürgerlichen Schichten" vorgeworfen hatte.[65] Ob und wie dieses Ma-

60 Gustav Stolper: Wirtschaft (wie Anm. 31), S. 1297.
61 Friedrich Naumann: Neudeutsche Wirtschaftspolitik (1906). In: Ders.: Werke. Bd. 3: Schriften zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Köln 1964, S. 71-534 u. 545-563.
62 Heß: Wandlungen (wie Anm. 17), S. 52.
63 Neumann: Parteien (wie Anm. 59), S. 50.
64 Paul Tillich: Die sozialistische Entscheidung (1933). In: Ders.: Hauptwerke. Bd. 3: Sozialphilosophische und ethische Schriften. Berlin 1998, S. 273-419, hier S. 291.
65 Zit. nach Wehler: Gesellschaftsgeschichte Bd. 4 (wie Anm. 14), S. 298.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

terial genutzt wurde, hing freilich nicht von Amerika ab, sondern von Bedingungen und Dispositionen im eigenen Land.

VI. Fazit: Charisma, „Führung" und Demokratie

Die Einschätzung amerikanischer Wirtschaftsführer und Sozialreformer war im liberalen deutschen Milieu auch deshalb ähnlich gestrickt, weil beide Sozialfiguren im liberalen Denken nicht gänzlich antagonistisch verstanden werden konnten. In den USA war das ganz ähnlich: Jane Addams gab Herbert Hoover auch bei der Präsidentschaftswahl 1932 ihre Stimme,[66] weil sie in ihm einen Garanten des Primats der Gesellschaft vor dem Staat sah. Auch Stolper, der bis 1925 in Wien gelebt hatte, kultivierte ein positives Bild Hoovers. Seine Euphorie über das „Hoover-Moratorium", mit dem der amerikanische Präsident 1931 einen „einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden, bezüglich des Kapitals wie der Zinsen"[67] vorschlug, ruhte aber nicht allein auf einer wirtschafts- und finanzpolitisch motivierten Anerkennung dieses Stücks der Hoover-Politik, sondern verstand sich auch vor dem Hintergrund der von Hoover geleiteten Ernährungshilfe für die vom Krieg verwüsteten europäischen Länder.

Hoover war 1919 zum „Food Czar" für Europa avanciert, er hatte an der Spitze der American Relief Administration gestanden und war außerdem „director-general of Relief for the Allied and Associated Powers" sowie der Vorsitzende des Inter-Allied Food Council gewesen.[68] Von den derart organisierten Schulspeisungen lebten auch die Wiener Schulkinder und unter ihnen auch „Stolpers sechsjähriges Bübchen": „ergreifend anzusehen in seiner durchsichtigen Blässe, er labt sich an Milchreis mit Schokolade bestreut."[69] Aber es war nicht nur Dankbarkeit, die Stolper für Hoover einnahm, sondern die spezifische Modernität, die im Typ Hoover zum Ausdruck kam: ein auf die Spitze getriebener Liberalismus in Verbindung mit einer administrativen Rationalität, die keinen Unterschied mehr zwischen öffentlicher Verwaltung und unternehmerischer Praxis zu machen schien. Und sein Engagement im

66 Vgl. Allen F. Davis: American Heroine: The Life and Legend of Jane Addams. New York 1973, S. 279.

67 Toni Stolper: Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888-1947. Tübingen 1960, S. 279.

68 William E. Leuchtenburg: Herbert Hoover. New York 2009, S. 41. Vgl. auch Murray N. Rothbard: Hoover's 1919 Food Diplomacy in Retrospect. In: Lawrence E. Gelfand (Hrsg.): Herbert Hoover: The Great War and Its Aftermath, 1914-1923. Iowa City 1979, S. 87-110 sowie Herbert Hoover: Memoiren. Bd. 1: Jahre der Abenteuer 1874-1920. Mainz 1951, S. 253-385.

69 Stolper: Leben (wie Anm. 67), S. 126.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kampf gegen den Hunger in Europa bewahrte den aus einer Quäker-Familie stammenden Hoover vor dem Vorwurf der Kaltherzigkeit.

Ein deutscher Hoover war aber nicht in Sicht. Die Restriktionsanalyse, die sich aus dem Amerika-Bild herauslesen lässt, ist in allen Fällen ähnlich gelagert: In Deutschland war der Spielraum für Charisma und Führung in Wirtschaft und Sozialreform gering geworden, und dies nicht, weil die wirtschaftliche Misere dem entgegenstand, sondern weil die politische und bürokratische Überformung der freien Gestaltungskraft des Individuums dem entgegenzuarbeiten schien. In den Analysen der Sozialreformer nagten nicht die mangelnden finanziellen Ressourcen am Charisma, sondern die Reichweiten der Bürokratie. Und Stolper glaubte zu wissen, dass das deutsche Wirtschaftssystem „nicht mehr als Kapitalismus bezeichnet werden kann". Es sei ein System „eigener Art, in dem sich kapitalistische und staatssozialistische Elemente in einer von keinem anderen Land gekannten und begriffenen Weise unscheidbar durchdringen". Was fehlte, war in den Augen Stolpers „die freie Konkurrenz".[70]

Ob freie Konkurrenz oder der Primat der unmittelbaren Hilfeleistung in der Fürsorge – das soziale Ideal, das in der Amerika-Rezeption des liberalen Milieus aufschien, war der Vorrang der (mittelständischen) Gesellschaft vor dem Staat, der es erlaubte, dass Fachleute (wie Hoover und Addams) ‚herrschten' ohne bürokratischer Misere anheimzufallen. Was als Ausweg aus der Krise der Sozialreform, als „Entfesselung der geistig führenden Wirtschaftskräfte"[71] und als Revitalisierung von Bürgerlichkeit gedacht war, zielte auf einen Rückgewinn an bürgerlicher Exklusivität, nicht aber auf eine genuin demokratische Fürsorge – von einer demokratisierten Wirtschaft ganz zu schweigen.[72] Darin kam eine paradoxe Rezeption der amerikanischen Verhältnisse zum Ausdruck: Dort entdeckte man die charismatischen Vorbilder – oder einfacher formuliert: Man erbaute sich am großen Spielraum für die handelnde Persönlichkeit ohne Behörde und ‚Betrieb', ließ aber außer Acht, dass dieser Spielraum in den USA primär demokratisch gefasst ist und der Charismatiker (jedenfalls im Rahmen der weißen Bevölkerung) auch ein hohes Maß an Egalität im Umgang aufwies, also keineswegs nach bürgerlicher Exklusivität strebte. Dahinter verbarg sich freilich kein ‚Missverständnis' in der Rezeption, sondern eine Instrumentalisierung eines Sachverhalts, der unter den von den liberalen Autoren propagierten Umständen eine den amerikanischen Verhältnissen diametral entgegengesetzte Bedeutung ent-

70 Gustav Stolper: Der gefesselte Kapitalismus. In: Der Deutsche Volkswirt 2 (1927/28), S. 1115 ff., hier S. 1115.

71 Hermann Schäfer: Persönlichkeitsgedanke und Wirtschaftsführung. In: Die Hilfe 18 v. 15.9.1925, S. 389-392, hier S. 390.

72 Vgl. in diesem Zusammenhang die Idealisierung des Familienunternehmens bei Stolper: Wirtschaftsdemokratie (wie Anm. 33), S. 1696.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

hielt: demokratie-averse Exklusivität vs. demokratische Egalität. Die politischen Implikationen, die mit diesem Diskurs und der Empfindung transatlantischer Differenz verbunden waren, berührten unmittelbar die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen bürgerlicher Selbstbehauptung und Demokratie und damit nach dem Verhältnis von Liberalismus und Demokratie am Ende der Weimarer Republik: Während in den USA das Verhältnis von Charisma und Demokratie ‚geregelt' war, insofern die Demokratie den nicht hinterfragten Resonanzraum für die Entfaltung des Charismas darstellte, standen das im liberalen Milieu beschworene Charisma und die ersehnte ‚Führung' – Alfred Weber sprach 1931 auch von der „Wort- und Tatmagie der starken Persönlichkeit"[73] – in einem Gegensatz zur bürokratisch und parteipolitisch geformten Massendemokratie.

In der Hoffnung auf Charisma und ‚Führung' schwang eine Sehnsucht nach der Stilllegung des sozialen Konflikts und eine Verachtung von ‚Interessen' mit: Bäumer stellte in ihrem 1930 veröffentlichten Buch „Sinn und Formen geistiger Führung" „Führung" und „Betrieb" einander gegenüber und ortete „politische Entscheidungen" im „Betrieb, in dem Interessen nicht ‚geführt', sondern lediglich ‚vertreten' und so Entscheidungen weniger durch Synthese, als einfach durch mechanische Ausbalanzierung des Schwergewichts dieser Interessen getroffen werden." Aus solcher Sicht musste Bäumer dann zwingend dem „Ruf nach dem Führer in der politischen Sphäre" zugestehen: „so hat er Recht".[74] Ähnlich deutete Theodor Heuss das Verhältnis von Autorität und Freiheit, als er 1932 in einer Kritik am Gebrauch des Begriffs „autoritär" in der Rhetorik Franz von Papens die „wahre Autorität" auf einer freiwilligen „Gehorsamsbereitschaft" gegründet sehen wollte.[75] Das Problem bestand dabei gar nicht darin, dass Bäumer oder gar Heuss dem Nationalsozialismus hier zu nahe gekommen wären – eine politische Diktatur hatten sie gewiss nicht im Sinn.[76] Das Problem bestand eher in der Aufrechterhaltung von zwei Konstellationen, die die Bereitschaft

73 Alfred Weber: Das Ende der Demokratie? Berlin 1931, S. 12.

74 Gertrud Bäumer: Sinn und Formen geistiger Führung. Berlin 1930, S. 85 u. 88. Ähnlich in der Tendenz ist Weber: Demokratie (wie Anm. 73), S. 11: „Unser Instinkt will Gliederung und Führung." Freilich gibt es auch für ihn einen Vorbehalt: „Es kommt darauf an, daß sich dabei nichts Autoritaristisches hineinschleicht und zu politisch entmannter Gefolgschaft führt." (Ebd.).

75 Theodor Heuss, hier zit. nach Heß: Wandlungen (wie Anm. 17), S. 54. Der spätere Biograph Heuss war in seiner Sicht auf das Individuum freilich mehr an der Repräsentation von „Sittlichkeitsidealen" interessiert als am „Charisma" seiner Helden, vgl. Ernst Wolfgang Becker: Biographie als Lebensform. Theodor Heuss als Biograph im Nationalsozialismus. In: Wolfgang Hardtwig/Erhard Schütz (Hrsg.): Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2005, S. 57-89, hier S. 84.

76 Vgl. Bäumer: Sinn und Formen (wie Anm. 74), S. 87 f. Gleichwohl lässt sich konstatieren, dass Bäumer den Nationalsozialismus unterschätzt hat, vgl. Heß: Wandlungen (wie Anm. 17), S. 70.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zur Demokratie im liberalen Milieu des „Deutschen Volkswirts“ und der „Hilfe“ beeinträchtigten:

(a) In der Beschwörung von Charisma und ‚Führung‘ verbarg sich eine Rückwärtsorientierung, die die Möglichkeiten einer Re-Charismatisierung oder einer Wiederherstellung der persönlichen Qualität in Wirtschaft und Fürsorge im eigenen Land immer nur am Maßstab der Vergangenheit deuten konnte: Dass der Liberalismus am Ende der Weimarer Republik „ohne starken integrativen Kern“[77] dastand, war nicht nur, aber eben doch auch dem Umstand geschuldet, dass die DDP nach dem Tod von Naumann 1919 in den Worten Friedrich von Payers nur mehr über „gute Durchschnittsware“[78] im Personal verfügte. Eine rechte Lust auf die eigene Gegenwart stellt sich nicht ein, wenn das Charisma primär den toten Helden zugeschrieben wird: Der Naumann-Kult auf den Seiten der „Hilfe“[79] ist dafür ein signifikantes Beispiel ebenso wie Bäumers Aufschrei am Ende eines Artikels über Max Weber 1926: „Warum war er nicht unser Führer?“[80]

(b) Die wohlfeile Verurteilung der Bürokratie als charismafeindlich übersah (oder wollte sich den Widerspruch nicht eingestehen), dass der Liberalismus im Bündnis mit der Bürokratie seine Hochzeit erlebt hatte: *Staats*partei war der Liberalismus der Generation Naumann ohnehin, nicht nur durch die Bereitschaft, dem Staat eine Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft einzuräumen, sondern auch durch den Umstand, dass die meisten Sozialreformer (und nicht wenige Nationalökonomen) im Dienst öffentlicher Bürokratien standen: Ihre Fachgeschultheit gehörte zum liberalen Habitus mit dazu – und diese gab es nur in der Bürokratie. Die Reduzierung der Spielräume für den Liberalismus Naumannscher Prägung war darum auch immer das Ergebnis eines Zauberlehrlingseffekts, ein Resultat der wohlfahrts- und interventionsstaatlichen Modernisierungsleistungen, an denen nicht wenige Liberale vor dem Ersten Weltkrieg Anteil hatten.[81]

Das liberale Milieu der Weimarer Republik zehrte von der Substanz der Naumannschen Erneuerung des Liberalismus in den anderthalb Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg – und hatte zugleich Angst, von den Kompromis-

77 Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 17), S. 260.

78 Zit. nach ebd., S. 242.

79 Paradigmatisch dafür ist etwa eine Sammlung an Ausschnitten aus Texten von Naumann, die von der Redaktion mit der Überschrift „Friedrich Naumann als Führer in die Zukunft“ versehen wurde: Die Hilfe 35 v. 29.8.1931, S. 829-840, hier S. 829.

80 Gertrud Bäumer: Persönlichkeit und Lebenswerk von Max Weber (Schluß). In: Die Hilfe 11 v. 1.6.1926, S. 218 f., hier S. 219.

81 Vgl. international vergleichend James T. Kloppenberg: Uncertain Victory: Social Democracy and Progressivism in European and American Thought, 1870-1920. New York 1986, sowie Jörn Leonhard: Progressive Politics and the Dilemma of Reform: German and American Liberalism in Comparison, 1880-1920. In: Maurizio Vaudagna (Hrsg.): The Place of Europe in American History: Twentieth-Century Perspectives. Torino 2007, S. 115-132, hier S. 126 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen ‚Staat' und ‚Gesellschaft', zwischen Bürokratie und Charisma aufgerieben zu werden. Das Engagement für den Wohlfahrts*staat* ließ nach – und damit blieb eine Ressource für die Stärkung der Demokratie durch die Liberalen ungenutzt.[82] Für die Generation Naumann waren die letzten Jahre der Weimarer Republik ein Endspiel, das verloren ging.[83] Der Blick in die USA *nach* 1933 sollte ihnen im Übrigen dann zeigen, dass nicht die USA, sondern Deutschland avanciert gewesen ist: Hoover und Addams gehörten zu den ‚Verlierern' der Krise und des folgenden *New Deal*, die Mediatisierungserfahrungen, die der deutsche Liberalismus mit dem Staat seit den 1880er Jahren gemacht hatte, standen den amerikanischen Liberalen und *Progressives* erst noch bevor.

82 Zum Nexus von Demokratie und Wohlfahrtsstaat in der Zwischenkriegszeit vgl. die anregende Studie von Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014, passim.

83 Vgl. Bäumer: Lebensweg (wie Anm. 58), S. 393-417.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Cornelia Baddack

Zäsuren, Wiederanknüpfungsversuche und Leerstellen. Zur Biografie der liberalen Politikerin Katharina von Kardorff-Oheimb nach 1933

In der Biografie Katharina von Kardorff-Oheimbs (1879–1962) markiert die nationalsozialistische Machtübernahme das Ende eines weitgefächerten politischen Engagements, das unmittelbar nach Einführung des Frauenstimmrechts am 12. November 1918 seinen Anfang genommen hatte. In den Wochen zwischen Chaos und Aufbruch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs initiierte und organisierte die aus dem Rheinland stammende Unternehmenserbin an ihrem damaligen Wohnort Goslar politische Bildungsveranstaltungen für die neuen Wählerinnen. Von Dezember 1918 bis zum März 1925 gehörte sie der Deutschen Volkspartei (DVP) an, war stellvertretende Vorsitzende von deren Frauenorganisation, dem sogenannten Reichsfrauenausschuss, sowie Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss der DVP, deren Magdeburger Wahlkreisverband sie von 1920 bis 1924 im Reichstag vertrat.

Innerhalb der heterogenen Partei Gustav Stresemanns, in der sich Restbestände der Nationalliberalen Partei mit rechtskonservativen, nationalistischen Gruppierungen zusammenschlossen, positionierte sich die Politikerin als liberale Gegenspielerin zum rechten Parteiflügel und machte durch publizistische Interventionen in der liberalen Presse gegen die antirepublikanische Rechte von sich reden. Aufgrund ihrer Präsenz im Parlament, in der Publizistik und den zeittypischen Foren großbürgerlicher Soziabilität galt Kardorff-Oheimb in Berlin als einflussreiche Frau und schuf mit ihrem politischen Salon einen wichtigen Kommunikationsraum quer zur parteipolitischen Fragmentierung. Nach ihrem Austritt aus der DVP war sie anderthalb Jahre lang Mitglied der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), aus der sie im Frühjahr 1927, als sie sich mit dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Siegfried von Kardorff (1873–1945) verlobte, wieder austrat.

Die letzten Jahre der Weimarer Republik sehen sie als parteilose Politikerin, die angesichts des Zerfalls des organisierten Liberalismus vornehmlich auf die Aktivierung bürgerlicher Frauen durch politische Bildung setzte. Nachdem sie an der Berliner Lessing-Hochschule bereits die Abteilung „Hochschule der Frau“ geleitet hatte, initiierte sie in Berlin eine „Hochschule zur politischen Erziehung der Frau“ – getragen von der Nationalen Ar-

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beitsgemeinschaft, als deren Gründungsvorsitzende Kardorff-Oheimb verstärkt für frauenemanzipatorische Anliegen eintrat.

Dies sind nur einige Eckdaten des politischen Engagements Kardorff-Oheimbs, das in einer jüngst veröffentlichten Dissertation erstmals ausführlich untersucht wurde.[1] Im Fokus des folgenden Beitrags steht hingegen die Biografie der – in der Forschung bisher insgesamt nur wenig berücksichtigten – liberalen Politikerin nach 1933. Als eine der bekanntesten Repräsentantinnen der Republik war sie zuvor bereits ins Visier der NSDAP-Presse geraten[2] und hatte anlässlich der Reichspräsidentschaftswahlen im März 1932 die zu erwartenden Auswirkungen einer Wahl Hitlers auf die Frauenemanzipation deutlich benannt: „Unter Hitlers Führung werdet ihr in eure unsagbare hilflose und unbedeutende Stelle in Familie und Staat zurücksinken. [...] Ihr werdet wieder wie vor 1918 zusammengeworfen mit Kindern, Unmündigen und Geisteskranken, die nicht wahlberechtigt sind."[3]

Mit der nationalsozialistischen Machteroberung verschlossen sich Kardorff-Oheimbs Möglichkeiten eines politischen Engagements auf Vereins- oder publizistischer Ebene. Ihre letzten Artikel und Vorträge datieren aus dem November 1932; die Selbstauflösung der Nationalen Arbeitsgemeinschaft erfolgte am 30. August 1933.[4] Weder sie noch ihr Mann, der im Frühjahr 1932 aufgrund seiner Weigerung, das Misstrauensvotum gegen Brüning mitzutragen, aus der DVP-Fraktion ausgeschlossen worden war, schlossen sich der NSDAP oder einer ihrer Organisationseinheiten an. In innerer Ablehnung des Regimes, sowohl zu Unterstützern und Profiteuren des Systems als auch zu unmittelbar Verfolgten in Beziehung stehend, zog sich das Paar zunehmend in die Privatheit zurück.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs drängte es die einst so Aktive zurück auf die politische Bühne. Liberalismus und Frauenbewegung sowie die Vorstellung eines geeinten Deutschlands in einem befriedeten Europa bildeten die Hauptkoordinaten ihres Nachkriegsengagements, das sie 1946 in den institutionellen Rahmen der Liberal-Demokratischen Partei in Berlin führte und sie Ende 1950 zur Mitbegründerin des Arbeitskreises für deutsche Verständigung in Düsseldorf machte. Dabei blieben ihre Versuche aktiver Mitwirkung von jeweils kurzer Dauer, scheiterten an gesundheitlichen Proble-

1 Cornelia Baddack: Katharina von Kardorff-Oheimb (1879–1962) in der Weimarer Republik. Unternehmenserbin, Reichstagsabgeordnete, Vereinsgründerin, politische Salonnière und Publizistin. Göttingen 2016 (im Erscheinen).

2 Frau von Kardorff ist mit den Männern unzufrieden. In: Völkischer Beobachter, Nr. 237, 5./6.10.1930; Katharina von Kardorff und ihre Kinder. In: Der Angriff, Nr. 224, 16.12.1931.

3 Katharina v. Kardorff: Frauen müssen Hindenburg wählen. In: Berliner Tageblatt, Nr. 122, 12.3.1932.

4 Hierzu sowie zu der Gleichschaltung des Deutschen Damen Automobil-Clubs, dem Kardorff-Oheimb seit 1929 als Präsidentin vorstand, siehe ausführlich Kapitel 4.6 in Baddack: Katharina von Kardorff-Oheimb (wie Anm. 1).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

men, generationellen Konflikten und ideologischen Antagonismen. Diese politischen Wiederanknüpfungsversuche nach 1945 stehen im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung – eingeleitet durch eine Schilderung der privaten Lebensumstände Kardorff-Oheimbs.

I. Private Lebensumstände ab 1933

Über die Lebensumstände Kardorff-Oheimbs während des Dritten Reichs liegen nur wenige Informationen vor. Ihr Nachlass im Bundesarchiv Koblenz enthält vereinzelte Briefe aus dem Zeitraum 1933 bis 1945, was die Politikerin im Manuskript zu ihrer Auto/Biografie auch damit begründet, „mancherlei gefährliche Schriftstücke" während der NS-Zeit bewusst vernichtet zu haben.[5] Bekannt ist, dass Siegfried von Kardorff nach dem Ende seiner politischen Karriere im Juni 1932 in der Berliner Zweigniederlassung der österreichischen Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix eine Anstellung gefunden hatte, die er vermutlich verlor, als der österreichische Konzern nach dem Tod seines langjährigen Generaldirektors Wilhelm Berliner im Februar 1936 zusammenbrach.[6] Auch war er bis 1936/37 Aufsichtsratsmitglied verschiedener Unternehmen,[7] während Kardorff-Oheimb Anfang der 1930er Jahre beide Firmen, als deren Inhaberin sie 1918 in die Politik gegangen war, verloren hatte. Im Unterschied zu ihrem Mann, der neben seiner beruflichen Beschäftigung noch an einer Biografie seines Vaters, des freikonservativen Politikers Wilhelm von Kardorff, schrieb, wusste sie nach dem Ende ihres politischen Engagements mit ihrem Leben nichts anzufangen. Ihre „Erinnerungen für die Nachwelt" aufzuschreiben, wozu Kardorff sie zu ermuntern suchte,[8] schien ihr unmöglich – zu sehr wühlten sie die Entwicklungen im Sommer 1933, nicht zuletzt die frauenfeindliche Politik der Nationalsozialisten auf. „Täglich ärgere ich mich über die Herabwürdigung der Frau. Wo soll das hinführen?"[9]

5 Manuskript „Die neun Kugeln von St. Quirin", S. 199 f., Bundesarchiv Koblenz (BArchK), Nachlass Katharina v. Kardorff-Oheimb (N 1039), Bd. 79, o. Bl.

6 S. v. Kardorff an K. v. Kardorff, 6.6.1932, BarchK, N 1039, Bd. 2, Bl. 21-24; Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte. Bd. 1. Berlin 1935 u. 1936 („Kardorff, Siegfried von"). Vgl. Gerald Feldman: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft: 1933–1945. München 2001, S. 188-191.

7 Siehe die Einträge zu Siegfried von Kardorff im Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte. Bd. 1. Berlin 1926/27, 1927/28, 1932, 1933, 1935, 1936 u. 1937; ebd. 1937. Bd. 2, S. 772 f.

8 S. v. Kardorff an K. v. Kardorff, 29.8.1933, BArchK, N 1039, Bd. 2, Bl. 138.

9 K v. Kardorff an S. v. Kardorff, 14.7.1933, BArchK, Nachlass Siegfried v. Kardorff (N 1040), Bd. 2, Bl. 205-208, hier Bl. 206 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Trotz verringerter Einnahmen und gesundheitlicher Einschränkungen war es dem Paar möglich, die gewohnte Art der Lebensführung weitestgehend aufrechtzuerhalten, wie die Hinweise auf wiederholte Rennbahnbesuche, Kur- und Auslandsaufenthalte und insbesondere der Bau eines Hauses in Berlin-Schmargendorf zeigen. Dabei scheint sich das beziehungsinterne Rollenspiel umgekehrt zu haben, als es Siegfried von Kardorff ab etwa 1937 zunehmend schlechter ging. Häufiger musste Kardorff-Oheimb ihren Mann, der aufgrund einer Arteriosklerose phasenweise bettlägerig war, pflegen, zudem hatte er keine Arbeit und – in der Wahrnehmung seines Bruders, des Malers Konrad von Kardorff – auch „eigentlich keinen Lebenswillen mehr".[10] Ein halbes Jahr, bevor Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselte, bezogen die Kardorffs im April 1939 ihr neues, als Alterswohnsitz imaginiertes Domizil nahe des Grunewaldes, auf dessen Einrichtung Kardorff-Oheimb sehr viel Zeit und Muße verwandt hatte.[11]

In den wenigen aus den Kriegsjahren überlieferten Briefen stehen gesundheitliche Probleme und Versorgungsfragen im Vordergrund. Um organisatorische Dinge wie die Beschaffung von Nahrungsmitteln kümmerte sich demzufolge hauptsächlich Kardorff-Oheimb, die außerdem eine berufliche Tätigkeit als Vertreterin der National Allgemeine Versicherungs-AG in Berlin aufnahm.[12] Als eine Reminiszenz an frühere politische Geselligkeiten mutet eine Feier an, zu der das Ehepaar anlässlich von Kardorffs 70. Geburtstag am 4. Februar 1943 einlud.[13] Etwa 70 bis 80 Personen seien damals in die Karlsbader Straße gekommen, darunter die ehemals volksparteilichen Minister Moldenhauer und Raumer, der frühere Deutschnationale Otto Hoetzsch, von den Demokraten Theodor Heuss und von den Sozialdemokraten Paul Löbe und Carl Severing – der sich daran erinnert, bei dieser Gelegenheit den „Stimmungsumschwung" im vierten Kriegsjahr beobachtet zu haben.[14]

Einen Monat später bereiteten die Kardorffs ihren Wegzug aus Berlin vor, weil sie einen weiteren Verbleib in der Hauptstadt offenbar als Bedrohung empfanden.[15] Zum einen dürfte hierzu die seit Jahresbeginn erhöhte Zahl an

10 Konrad v. Kardorff an K. v. Kardorff, 28.8.1937, BArchK, N 1039, Bd. 11 a, Bl. 56.
11 Meldekarte Siegfried v. Kardorff, nach schriftl. Auskunft Landesarchiv Berlin (LAB) an die Verfasserin vom 23.8.2005. Vgl. Manuskript „Die neun Kugeln von St. Quirin", S. 199-203, BArchK, N 1039, Bd. 79, o. Bl.
12 K. v. Kardorff an Baron [Ludwig Cornelius Freiherr] Heyl, 17.4.1940, Stadtarchiv Worms, Abt. 185, Nr. 412.
13 Vgl. die Mappe mit Glückwünschen in Kardorffs Nachlass: BArchK, N 1040, Bd. 5.
14 Carl Severing: Mein Lebensweg. Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik. Köln 1950, S. 434. Vgl. ders. an K. v. Kardorff, 6.2.1947 (Abschrift), BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 37.
15 K. v. Kardorff an S. v. Kardorff, 18.3.1943 u. 31.3.1943, BArchK, N 1040, Bd. 3, Bl. 178 u. Bl. 181 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Luftangriffen beigetragen haben.[16] Zum anderen habe ihnen Staatssekretär Walter Kriege, ein früherer DVP-Parteifreund, der in der Preußischen und Reichsjustizverwaltung tätig war, dringend zu diesem Schritt geraten. Mitgliedern des Justizministeriums sei untersagt worden, so heißt es in Kardorff-Oheimbs Erinnerungen, im Haus der Kardorffs zu verkehren, außerdem habe beiden eine Vernehmung durch die Gestapo gedroht; belastbare Belege für eine tatsächliche Gefahr gibt es allerdings nicht.[17] In Ahrensdorf am Lübbesee im Kreis Templin, einem kleinen Dorf in der Uckermark, mieteten sie Zimmer an und brachten den größten Teil ihres beweglichen Guts auf dem Schloss des ehemaligen Botschafters Heinrich Rüdt von Collenberg-Bödigheim im Odenwald unter – ein deutlicher Hinweis auf ihre freundschaftlichen Beziehungen auch zu Personen, die den Nationalsozialismus offiziell repräsentierten und im Falle Rüdts der NSDAP aus Überzeugung beigetreten waren.[18] Im Herbst 1943 schließlich verließen sie Berlin.[19] Zu ihnen gesellte sich Eva von Kardorff, ältere Schwester Siegfried von Kardorffs und zuvor Diakonissenoberin im oberschlesischen Kreuzburg (Kluczbork). Begleitet wurden sie von Hildegard Schmitz, einer Krankenschwester, die seit dem Frühjahr 1942 als „Wahltochter" fest zum Kardorffschen Haushalt gehörte und beide Kardorffs jeweils bis zu ihrem Tod pflegen sollte.[20]

Unter schwierigen Bedingungen und in beengten Verhältnissen harrte Katharina von Kardorff mit ihren Angehörigen die Zeit bis zum Kriegsende in

16 Vgl. Laurenz Demps: Berlin im Bombenkrieg. In: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin1939–1945. Stadt und Gesellschaft im Nationalsozialismus. Berlin 2013, S. 357-371, hier S. 358 f.

17 Katharina von Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte. Hrsg. von Dr. Ilse Reicke, Tübingen o. J. [1965], S. 227. Zu Walter Kriege (1891–1952) siehe Kabinettssitzung, 4.11.1949 (TOP B, Anm. 6), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung – Kabinettsprotokolle 1949, o. S. [Onlinefassung], URL: <http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1021/k/k1949k/kap1_2/kap2_19/para3_5.html> (26.1.2016).

18 Nachdem Mexiko seine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hatte, war Rüdt von Collenberg, der seit Ende 1933 Botschafter in Mexiko gewesen war, Anfang 1942 zurück nach Deutschland gekommen und im Oktober desselben Jahrs in den Ruhestand versetzt worden. Vgl. Eckart Conze u. a. (Hrsg): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik Deutschland. München 2010, S. 65 ff.; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd. 3 (2008), S. 737 f. Der ursprüngliche Plan, mit ihren Möbeln nach Bödigheim umzuziehen, habe sich zerschlagen, weil die auf dem Schloss für sie bestimmten Zimmer keine Heizungen hatten. K. v. Kardorff an Hölling, o. D. [Okt./ Nov. 1946], BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.

19 Siegfried von Kardorff wurde offiziell am 1.9.1943 nach Ahrensdorf abgemeldet. Schriftl. Auskunft LAB an die Verf., 23.8.2005. Dagegen scheint Kardorff-Oheimb im November krankheitsbedingt noch in Berlin geblieben und bei einem Freund untergekommen zu sein. Siehe einen nicht näher bezeichneten Bericht Max Leon Flemmings von Anfang Dezember 1943, BArchK, N 1039, Bd. 9 a, Bl. 88.

20 K. v. Kardorff an Martha v. Hirsch, 7.2.1956, BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl. (Zitat); Hildegard Schmitz an K. v. Kardorff, 1.1.1943, BArchK, N 1039, Bd. 14, Bl. 272.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Uckermark aus.[21] Den Einmarsch der Roten Armee in Ahrensdorf datiert die Ortschronik auf den 28. April 1945.[22] Nach Errichtung der sowjetischen Ortskommandantur blieb zunächst der alte Bürgermeister im Amt – ein nicht unübliches Vorgehen.[23] Doch als dieser wenig später ums Leben kam, bestellte der neu installierte „Kreis-Ausschuß des Kreises Templin" keinen Ortsansässigen zu seinem Nachfolger, sondern die nach Informationen der sowjetischen Militärorganisation offensichtlich als „Hitlergegner" eingestufte ehemalige Reichstagsabgeordnete Kardorff-Oheimb.[24] Am 1. Juni 1945 übernahm die neue Bürgermeisterin von Ahrensdorf ihr Amt,[25] das sie anderthalb Monate später allerdings schon wieder abgeben musste. Nach einer Eingabe von zwölf Ahrensdorfer Landwirten, derzufolge Kardorff-Oheimb als „Fremde in der Gemeinde" nicht in der Lage sei, „uns Bauern mit wirklichem Verständnis unserer Arbeit, in dieser doppelt schweren Zeit, zu unterstützen",[26] wurde etwa Mitte Juli ein neuer Bürgermeister eingesetzt.[27] Ohnehin war Kardorff-Oheimb bald darauf am Ende ihrer Kräfte angelangt – nachdem sie von einem Rotarmisten vergewaltigt und dabei mit Syphilis oder einer anderen venerischen Krankheit infiziert worden war.[28] Vermutlich Anfang September 1945 begab sie sich allein nach Berlin und wurde dort mit Penicillin, dem einzigen Mittel, das in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium helfen konnte, erfolgreich behandelt.[29]

Als Kardorff-Oheimb im Alter von 66 Jahren aus Ahrensdorf zurückkehrte, hatte Berlin nach dem Bombenkrieg und der sowjetischen Schlussoffensi-

21 Vgl. ihre Schilderungen in Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 227-231, sowie in einem Brief an Lucy Faldix, 19.5.1961, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 56 f.

22 „Ahrensdorf – Die Geschichte eines Dorfes", unveröffentl. Aufzeichnungen, Stadtarchiv Templin, H/ A.

23 Vgl. Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). In: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990, S. 7-69, hier S. 14.

24 Vgl. Norman N. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997, S. 22; Dieter Marc Schneider: Kommunalverwaltung und -verfassung. In: Broszat/Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch (wie Anm. 23), S. 297-319, hier S. 299.

25 Bescheinigung des Kreis-Bürgermeisters vom 5.6.1945, Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin (LABO), Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M69.

26 Schreiben an den Präsidenten der Stadt Templin, 24.6.1945, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 7.

27 K. v. Kardorff an Charlotte Woite, 27.12.1945, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 94.

28 Hinweise in K. v. Kardorff an Irmgard v. Willisen, 4.9.1946; dies. an Charlotte Woite, 27.12.1945, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 80 f. und 94. Vgl. Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 233 f.

29 Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 236. Vgl. Barbara Johr: Die Ereignisse in Zahlen. In: BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt a. M. 2005, S. 46-73, hier S. 72, Anm. 10; Naimark: Die Russen (wie Anm. 24), S. 118.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ve mit der ‚alten', ihr vertrauten Stadt nur noch wenig gemein.[30] Ihr Haus war bei einem Luftangriff zerstört worden,[31] sie selbst befand sich in finanzieller Notlage, hatte sie doch „alles verloren [...], bares Geld von etwa 40 000 Mark, meinen ganzen Schmuck und alle die Dinge, die ich in Bödigheim hatte, heute im Wert von etwa 8-10 Millionen Mark".[32] Zwar hatte sie auch jetzt noch Zugriff auf einzelne Vermögensgegenstände und sollte später die meisten ihrer in Bödigheim deponierten Sachen zurückerhalten, doch war Kardorff-Oheimb insbesondere in den ersten Nachkriegsmonaten im besetzten Berlin auf die Hilfe von Freunden und Verwandten angewiesen. So gab Max Leon Flemming, ein wie sie aus Neuss stammender Kunstsammler und Galerist, der langjährigen Freundin nach ihrer Rückkehr ein erstes Dach über dem Kopf, vermittelte Essensmöglichkeiten, half außerdem mit kleineren Barbeträgen und verkaufte wie schon während des Krieges Restbestände aus Kardorff-Oheimbs einstiger Gemäldesammlung.[33] Zwölf Monate lang lebte diese als Evakuierte und Bombengeschädigte bei Lotte Bahr, mit der sie gemeinsam im Deutschen Damen-Automobilclub aktiv gewesen war, in Wilmersdorf,[34] bevor sie – zusammen mit der aus Ahrensdorf zurückgekehrten Hildegard Schmitz – Anfang Dezember 1946 eine kleine Wohnung in Charlottenburg bezog.[35] Den ersten Nachkriegswinter wohnte und schlief Kardorff-Oheimb „in einer rauchigen Küche mit Wäschekochen und allen sonstigen Proletariergenüssen" – und wurde vor Ostern mit einer Lungenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert.[36] Acht Wochen später verließ sie dasselbe „fast gesund",[37] um im Oktober wieder für mehrere Wochen stationär behandelt werden zu müssen.[38] Ähnlich gestaltete sich das Jahr 1947, als sie erneut mit einer Lungenentzündung mehrere Wochen im Krankenhaus lag.[39]

30 Vgl. David Clay Large: Berlin. Biographie einer Stadt. München 2002, S. 348.
31 Vgl. Ursula von Kardorff: Berliner Aufzeichungen 1942–1945. Unter Verwendung der Original-Tagebücher neu herausgegeben und kommentiert von Peter Hartl. 2. Aufl. München 1997, S. 168 f.
32 K. v. Kardorff an Hölling, o. D. [Okt./ Nov. 1946], BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.; s. a. dies. an Micha von Bülow, 27.12.1945, ebd., Bd. 55, Bl. 202 f.
33 Hinweise in Max Flemming an K. v. Kardorff, 31.8.1945, 10.12.1945 u. 31.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 84, 85 u. 87. Vgl. Hanns Theodor Flemming: Konsul Max Leon Flemming und seine Sammlung moderner Kunst. In: Private Schätze. Über das Sammeln von Kunst in Hamburg bis 1933. Hamburg o. J., S. 82-85.
34 K. v. Kardorff an Micha v. Bülow, 27.12.1945, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 202 f.; dies. an Otto Ostrowski, 11.11.1946, ebd., Bd. 69, Bl. 176.
35 K. von Kardorff an Hildegard Stahlberg, 30.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 88.
36 K. v. Kardorff an Mathilde Vaerting, 14.7.1946, BArchK, N 1039, Bd. 66, o. Bl.
37 Ebd.
38 K. v. Kardorff an William Borm, 11.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 56; dies. an Otto Ostrowski, 11.11.1946, ebd., Bd. 69, Bl. 176.
39 K. v. Kardorff an Luise Böddinghaus, 24.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 109; dies. an Herbert v. Klemperer (New York), 9.4.1947, ebd., Bd. 60, o. Bl.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die ökonomischen Umstände von Kardorff-Oheimbs Leben nach 1945 hatten mit ihrer früheren Existenz als vermögende Frau kaum noch etwas gemein, und viele ihrer damaligen Briefe enthalten Anspielungen auf den tiefgreifenden Wandel ihrer Lebensführung. Hinzu kam der Verlust ihres langjährigen Lebenspartners Siegfried von Kardorff, der bettlägerig in Ahrensdorf hatte bleiben müssen und dort am 12. Oktober 1945 verstarb. „Mir fehlt mein Mann unendlich", schrieb sie im September 1946. „26 Jahre gemeinsame Politik, gemeinsame geistige Stellungnahmen zu allen Dingen, in einem doch verhältnismäßig – zu heute – großen Luxus, ist schon sehr verschieden von meinem Leben heute, wo ich in zwei möblierten Zimmern mit Hunger und Kälte genau ringen muss wie jeder andere."[40] In der ersten Zeit finanzierte sie ihren Lebensunterhalt vorrangig aus dem Verkauf von Wert- und Gebrauchsgegenständen[41] und verfügte so zumindest über genügend Bargeld, um Kohlen und Grundnahrungsmittel zu beziehen.[42] Wertvolle Hilfe unter den schwierigen Bedingungen des Nachkriegsalltags kam auch von außerhalb.[43] Insbesondere ihre in New York lebende Schwester Elisabeth van Endert versuchte auf verschiedenen Wegen, ihr Unterstützung zukommen zu lassen, brachte über Dritte Kleidung, Schuhe, Medikamente, Nahrungsmittel und Zigaretten auf den Weg nach Berlin[44] und schickte später, als Hilfslieferungen nach Deutschland erlaubt waren, alle drei bis vier Wochen ein Paket.[45] Regelmäßig sandte auch Kardorff-Oheimbs in die Schweiz emigrierte Freundin Martha von Hirsch, Tochter des jüdischen Frankfurter Juweliers Robert Koch und in zweiter Ehe mit dem Lederfabrikanten und Kunstmäzen Robert von Hirsch verheiratet, Nahrungsmittel, manchmal auch Kleidung.[46]

Nach dem berüchtigten Hungerwinter 1946/47 überlegte die Politikerin im Sommer, von Berlin in ihre alte Heimatstadt Neuss am Rhein umzusiedeln.[47] Dorthin war inzwischen ein großer Teil ihrer ausgelagerten Möbel,

40 K. v. Kardorff an Irmgard v. Willisen, 4.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 80 f.

41 So verkaufte sie silberne Leuchter zu 1000 RM. K. v. Kardorff an Friedrich Thoele, 16.4.1947 u. 16.7.1947, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 126 u. 127.

42 Zu den Kohlen siehe K. v. Kardorff an Anneliese Schütz (Amsterdam), 3.4.1947, BArchK, N 1039, Bd. 65, Bl. 151 f.; zur Versorgung mit Nahrungsmitteln siehe den Briefwechsel zwischen K. v. Kardorff und Wilhelm Eggers, 25.10.1946, 30.10.1946, 7.11.1946, ebd., Bd. 57, Bl. 21-23.

43 K. v. Kardorff an Luise Boeddinghaus, 15.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 105.

44 Elisabeth van Endert an Herrn Albrecht, 24.2.1946, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 28.

45 K. v. Kardorff an Martha v. Hirsch, 19.4.1947, BArchK, N 1039, Bd. 59; dies. an Mathilde Vaerting, 14.7.1946, ebd., Bd. 66, o. Bl. Die neu gegründete Genossenschaft C.A.R.E konnte erst ab Juni 1946 Pakete nach Deutschland senden. Volker Ilgen: CARE-Paket & Co. Von der Liebesgabe zum Westpaket. Darmstadt 2008, S. 62-75.

46 Briefe zwischen beiden aus den Jahren 1947 bis 1961 mit wiederholten Hinweisen auf Sendungen in: BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.

47 K. v. Kardorff an Georg u. Frida Hahn (Brasilien), 11.7.1947, BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl. Vgl. dies. an Erik Reger, 13.7.1947, ebd., Bd. 70, Bl. 105.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ölbilder, Bücher und Haushaltsgegenstände gelangt.[48] Doch war ein Wohnortwechsel mit etlichem bürokratischen Aufwand verbunden. Zudem zögerte Kardorff-Oheimb, ihr „geistiges Leben“[49] in der Hauptstadt aufzugeben, verdichteten sich hier doch die politischen Entwicklungen in einem besonderen Maße. Doch je näher der Winter rückte, umso weniger wollte sie „in Berlin bleiben, so interessant und aufregend es ist“.[50] Allerdings erkrankte sie erneut, so dass an einen Umzug nicht zu denken war; erst im darauffolgenden Frühjahr verließ Kardorff-Oheimb Berlin und war offiziell seit 27. August 1948 in Mönchengladbach gemeldet.[51] Nach Problemen mit ihrer dortigen, durch eine Freundin bereitgestellten Unterkunft verbrachte sie eine längere „dachlose Zeit“ an wechselnden Orten, die sie mehr und mehr deprimierte,[52] bis sie schließlich im Herbst 1949 gemeinsam mit Hildegard Schmitz eine kleine Wohnung in Düsseldorf bezog.[53] Fünfeinhalb Jahre lang bewohnten die beiden Frauen anderthalb Zimmer, bevor sie im März 1955 in eine größere Wohnung wechselten. Hier, in der Düsseldorfer Sternstraße, verbrachte Kardorff-Oheimb ihre letzten Lebensjahre bis zu ihrem Tod am 22. März 1962.

In den 1950er Jahren stabilisierte sich auch Kardorff-Oheimbs finanzielle Lage. Vom Staat erhielt sie eine monatliche Rente, die 1951 240 DM betrug,[54] außerdem ab 1953 eine Witwenpension aus dem früheren Landratsamt Siegfried von Kardorffs in Höhe von anfänglich 406 DM pro Monat.[55] Weiterhin verkaufte sie Sachwerte – unter anderem Bücher, nachdem sie von ihrer alten Bibliothek 450 Bände zurückerhalten hatte –, und bekam Pakete

48 Heinrich Rüdt [von Collenberg] an K. v. Kardorff, 28.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 64, o. Bl.; s. a. Edith Rüdt an dies., 23.6.1946, ebd.; K. v. Kardorff an Kathi Massenbach, 22.6.1947, ebd., Bd. 61, Bl. 140.

49 K. v. Kardorff an Hermann Rheindorf, 23.6.1947, BArchK, N 1039, Bd. 63, Bl. 65.

50 K. v. Kardorff an FC Boemer, 28.10.1947, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 113.

51 Schriftl. Auskunft des Stadtarchivs (StA) Mönchengladbach an die Verf., 27.7.2006. Die Option eines Umzugs nach Mönchengladbach wird erstmals Anfang 1946 erwähnt: Luise Boeddinghaus an K. v. Kardorff, 13.6.1946, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 106 f.

52 K. v. Kardorff an Hilde Kriege, 10.2.1949, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.

53 K. v. Kardorff an Hildegard Stahlberg, 6.9.1949, BArchK, N 1039, Bd. 65, Bl. 203; dies. an Else Geller, 14.9.1949, ebd., Bd. 58, Bl. 3 f. Die Ummeldung von Mönchengladbach nach Düsseldorf erfolgte am 22.8.1949 rückwirkend für den 5.7.1949. Schriftl. Auskünfte an die Verf. von StA Mönchengladbach, 27.7.2006, und StA Düsseldorf, 15.8.2005.

54 K. v. Kardorff an Chaim Weizmann, 13.2.1951, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 37 f. Zum Vergleich: Die gesetzliche Mindestrente lag 1950 bei 50 DM. Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004, S. 194 f. Das neue Rentengesetz trat erst am 23.2.1957 in Kraft.

55 Die Pension wurde rückwirkend ab 1951 berechnet, 1956 auf 453,85 DM und 1960 auf 478,85 DM angehoben. Information in LABO, Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M1/2.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von im Ausland lebenden Freundinnen und Freunden.[56] Unterstützung erreichte sie auch aus Israel, nachdem Staatspräsident Chaim Weizmann, den Kardorff-Oheimb von ihrem früheren Engagement im deutschen Pro Palästina-Komitee her kannte, von ihrer schwierigen Lage erfahren hatte. Auf seine Veranlassung erhielt sie seit Oktober oder November 1948 eine monatliche Zahlung von der jüdischen Hilfsorganisation American Jewish Joint Distribution Comittee (AJDC), die sich in der Regel ausschließlich um jüdische Überlebende kümmerte.[57] Die Zahlungen in Höhe von 300 DM wurden Anfang der 1950er Jahre eingestellt, bevor ihr im Frühjahr 1956 auf Vermittlung Felix Shinnars, dem Leiter der Israel-Mission in Köln, „in Würdigung Ihrer Verdienste in der Vergangenheit um die Förderung des Palästina-Werkes" eine Pauschalsumme von 1.200 DM durch den Stiftungsfonds Keren Hayessod – finanzieller Arm der Zionistischen Weltorganisation – überwiesen werden sollte.[58] 1954 entschloss sich Kardorff-Oheimb, einen Antrag auf Wiedergutmachung zu stellen, nachdem im Jahr zuvor das Bundesentschädigungsgesetz erlassen worden war. Erfolgreich machte sie einen Anspruch auf Leistungen wegen „Schaden in beruflichem Fortkommen" als politisch Verfolgte des NS-Regimes geltend[59] und erhielt ab Mai 1957 eine monatliche Rente von 600 DM sowie eine auf dieser Basis berechnete Rentennachzahlung.[60] Drei Jahre später bewilligte die Entschädigungsbehörde eine zusätzliche Rente von monatlich 120 DM, nachdem Kardorff-Oheimb einen zweiten Antrag eingereicht hatte, der sich dieses Mal auf ihren „an Körper und Gesundheit" erlittenen Schaden gründete.[61]

56 Edith Rüdt von Collenberg an K. v. Kardorff, 23.6.1946 (Abschrift), BArchK, N 1039, Bd. 64, unfol; Max Flemming an K. v. Kardorff, 31.10.1949, 7.1.1950, 30.3.1950, ebd., Bd. 57, Bl. 116, 118, 122 f. 1953 verkaufte sie „den Casanove" für 100 DM. K. v. Kardorff an Blank, ebd., Bd. 75, Bl. 62.

57 K. v. Kardorff an Vera Weizmann, 3.5.1955, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 40; Liliane Roehrs an K. v. Kardorff, 19.4.1949, ebd., Bd. 64, o. Bl. Vgl. Anke Quast: Nach der Befreiung. Jüdische Gemeinden seit 1945 in Niedersachsen – das Beispiel Hannover. Göttingen 2001, S. 225-228. Auf welcher Grundlage genau Kardorff-Oheimb Geld zugewiesen wurde, konnte nicht ermittelt werden.

58 F. E. Shinnar an K. v. Kardorff, 7.5.1956, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.

59 Antrag vom 21.9.1954, LABO, Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M1/2.

60 Auf die Rente hatte sie im November 1956 nach Anfrage durch ihren bevollmächtigten Anwalt Victor Jacobs einen Vorschuss in Höhe von 10.000 DM erhalten. Mitteilung des Entschädigungsamts Berlin an die Wiedergutmachungsbehörde Düsseldorf, 23.1.1959, LABO, Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M45.

61 Der Bescheid vom 8.6.1960 über den Antrag vom 4.5.1959 befindet sich als Durchschrift in der Akte zum Entschädigungsverfahren „nach Siegfried von Kardorff", das nach einem Antrag Kardorff-Oheimbs als seine Witwe eröffnet, aber nicht weiterverfolgt worden war, LABO, Akz. I B 16-211095, Bl. M25-26.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

II. Im Landesverband Berlin der Liberal-Demokratischen Partei

Als Kardorff-Oheimb nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach Berlin zurückkehrte, stürzte sie sich, sobald es ihr gesundheitlicher Zustand zuließ, in die politische Arbeit. Durch Eugen Schiffer auf die Aktivitäten der am 10. Juli 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zugelassenen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) aufmerksam gemacht,[62] fand sie hier ein Terrain im Kontext von Liberalismus und Frauenbewegung, auf dem sie an ihre früheren politischen Aktivitäten und Erfahrungen anknüpfen konnte. Seit Herbst 1945 hatten sich innerhalb der Berliner LDP diverse Frauengruppen auf Bezirksebene gebildet und schlossen sich am 18. Januar zum Frauenausschuss – später Frauenarbeitsgemeinschaft – des Landesverbandes Berlin zusammen. Um an dieser konstituierenden Versammlung teilnehmen zu können, wurde sie am 10. Januar 1946 Mitglied in der Bezirksgruppe Schönberg-Friedenau, im Laufe des Jahres außerdem des Bezirksverbands Wilmersdorf.[63] An die Spitze des neunköpfigen Vorstands wählten die weiblichen Delegierten Helene Beer, die wenig später Vorsitzende des von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) neu eingesetzten Zentralen Frauenausschusses beim Magistrat von Groß-Berlin wurde,[64] und Kardorff-Oheimb zu ihrer Stellvertreterin.[65]

Ähnlich wie im Winter 1918/19 tauchte Kardorff-Oheimb Anfang 1946 in eine politische Um- und Aufbruchsstimmung ein. Zur LDP fühlte sich die

62 K. v. Kardorff an Hölling, o. D [Okt./ Nov. 1946], BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl. Zur Geschichte der LDP von ihrer Gründung bis 1952 vgl. Gerhard Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952. In: Jürgen Frölich (Hrsg.): „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953. Köln 1994, S. 25-45; zum Sonderstatus des Berliner Landesverbandes vgl. Hans-Volker Schwarz: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945–1956 – vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost). Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 50-53. Einen guten ersten Einblick in Kardorff-Oheimbs Mitarbeit im Berliner Landesverband gibt Heide-Marie Lauterer: Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949. Königstein/Ts. 2002, S. 297-301.

63 [Erich] Boettcher an K. v. Kardorff, 7.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 78. Mit ihrer Antwort vom 10.1.1946 erklärte Kardorff-Oheimb ihren Beitritt, ebd., Bl. 79. Hinweis auf Kardorff-Oheimbs doppelte Mitgliedschaft in Schöneberg und Wilmersdorf in: [Friedrich] Kruspi (Vorsitzender LDP-Bezirksverband Wilmersdorf) an K. v. Kardorff, 14.11.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 196.

64 Konzipiert als überparteiliches Gremium, „dem neben Frauen aller vier Parteien auch Frauen der freien Gewerkschaften" angehörten, standen ihm vier gleichberechtigte Vorsitzende vor: Helene Beer (LDP), Elli Schmidt (KPD), Hildegard Staehle (CDU) und Toni Wohlgemuth (SPD). Chronologie. In: Renate Genth u. a. (Hrsg.): Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945–1949, S. 359-374, hier S. 362.

65 Bericht über die Frauenausschuss-Sitzung der LDP am 18.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 10 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ehemalige Reichstagsabgeordnete sofort „gehörig“,[66] präsentierte sich hier doch, bedingt durch die einheitliche Lizensierung des Parteiensystems, eine „bürgerliche Sammlungspartei“, die den oft beklagten Zerfall des organisierten Liberalismus in den Zwanzigerjahren zu überwinden schien.[67] Während die LDP insgesamt ideell und personell „klare Verbindungslinien zum Weimarer Linksliberalismus“ aufwies,[68] traf Kardorff-Oheimb im Berliner Landesverband auf „eine ganze Anzahl alter Volksparteiler“.[69] Nach zwölfjähriger Zwangspause war sie „parteiwütiger“[70] als je zuvor und mit ihren großen Erfahrungen gerade in der Aufbauphase einer Partei-Frauenorganisation sowie ihrer hohen Bekanntheit für den Frauengruppenverband der Berliner LDP von besonderem Nutzen.[71] Am 11. Februar wurde sie von der Frauenarbeitsgemeinschaft als deren Vertreterin für den engeren Vorstand des Landesverbandes Berlin gewählt. Doch musste sie im Frühjahr krankheitsbedingt ihre politische Tätigkeit für längere Zeit ruhen lassen, sodass zunächst die an zweite Stelle gewählte Marga Müller-Kopsch und nach einer Neuwahl im April Magda Schrödter dieses Amt übernahm.[72]

Wieder genesen, widmete sich Kardorff-Oheimb mit Verve der Parteiarbeit, woraufhin sie am 2. Juli 1946 zur ersten Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaft gewählt wurde. Kurzentschlossen funktionierte sie ihre Wohnung in der Xantener Straße wegen der dringend notwendigen Wahlarbeit – im Herbst 1946 standen die ersten Kommunal- und Landtagswahlen an – in ein „Notsekretariat“ für die LDP-Frauen um und „stiftete“ für dessen Arbeit 3.000 RM,[73] bis der Landesverband Ende 1946 das dringend gefor-

66 K. v. Kardorff an [Erich] Boettcher, 10.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 79.

67 Papke: Die Liberal-Demokratische Partei (wie Anm. 62), S. 27. Dabei zeigte sich im Lauf des Formierungsprozesses, dass „die parteibildende Tradition der DVP [...] gebrochen war“. Ebd., S. 29.

68 Jürgen Frölich: Die LDPD 1945-1990: Liberaldemokraten in der DDR zwischen hoffnungsvollem Beginn, langer Agonie und überraschender Wende. In: Walter Scheel/Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung – Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 125-140, hier S. 125.

69 K. v. Kardorff-Oheimb an Wilhelm Ziegler, 7.8.1947, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 213. Zur überproportionalen Zahl ehemaliger DVP-Mitglieder in der Berliner LDP vgl. Papke: Die Liberal-Demokratische Partei (wie Anm. 62), S. 28; Schwarz: Die Berliner Liberalen (wie Anm. 62), S. 57-66.

70 Bericht über die Plenarsitzung der Frauenarbeitsgemeinschaft am 20.1.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 67 f.

71 Bericht über die Plenarsitzung des Frauenausschusses des Landesverbandes der LDP am 11.2.1946, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 13-15.

72 Berichte über die Plenarsitzungen am 11.2.1946 u. 10.4.1946, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 13-15 u. Bl. 48. Vgl. Lauterer: Parlamentarierinnen (wie Anm. 62), S. 298.

73 K. v. Kardorff an C. H. Schwennicke, 5.10.1946 (mit einer „Unkostenaufstellung für das Notsekretariat der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP“, 1.7.–30.9.1946), BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 65 f.; s. a. dies. an Magda Schroedter, 19.9.1946, ebd., Bd. 70, Bl. 58.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

derte Frauensekretariat hauptamtlich einrichtete.[74] Den Bogen ihrer Parteiarbeit spann sie von politischen Schulungskursen über direkte Mitgliederwerbung und Wahlagitation bis zu sozialen Hilfsangeboten wie Speisungen für alte Menschen und die Einrichtung von Nähstuben und Kindergärten, sprach in einer großen Anzahl von Versammlungen in und außerhalb Berlins und schulte über 500 Mitglieder in politischer Arbeit.[75] Damals wurde sie auch Vorstandsmitglied in dem von Agnes von Zahn-Harnack, der letzten Vorsitzenden des früheren Bundes Deutscher Frauenvereine, gegründeten Wilmersdorfer Frauenbund 1945 und stellte in einer durch diesen am 3. August 1946 organisierten Wahlveranstaltung das Programm der LDP vor.[76]

In ihrer Tätigkeit als Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der Berliner LDP sah sich Kardorff-Oheimb von verschiedenen Seiten her eingeschränkt. Zunächst stieß sie gleich zu Beginn auf Widerstände im Vorstand der Frauenarbeitsgemeinschaft. Von dessen neun Mitgliedern fochten drei – Helene Beer, Magda Schroedter und Wilhelmine Schirmer-Pröscher – ihre Wahl zur alleinigen Vorsitzenden an und erhoben Anspruch auf einen kooperativen Vorsitz von Beer und Schroedter; erst am 22. August 1946, d. h. mehr als sieben Wochen nach der Wahl, wurde Kardorff-Oheimb als erste Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft bestätigt.[77] Hinzu kamen Abstimmungsprobleme mit der Parteiführung, welche die Frauenarbeitsgemeinschaft einerseits, in den Worten Kardorff-Oheimbs, „mit bürokratischer Beengung in der Arbeit zu hindern“ tendiere[78] und andererseits zu wenig „[f]ür die Frauen und ihre Gleichberechtigung und ihre ungeheuerliche Macht der Zahl“ in den eigenen Reihen zu tun bereit sei.[79] Bei den Kandidatenaufstellungen vor den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 20. Oktober 1946 war nur ein Viertel der 20 Plätze von Frauen besetzt, was zwar ein höherer Anteil als bei CDU (20,7 %) und SED (15,36 %), von

74 Jahresbericht 1946 der Frauenarbeitsgemeinschaft im Landesverband Berlin der LDP, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 63-65.

75 Ebd.

76 Zum Kontext von Gründung und weiterer Entwicklung des Wilmersdorfer Frauenbundes 1945 vgl. ausführlich Irene Stoehr: Traditionsbewußter Neuanfang. Zur Organisation der alten Frauenbewegung in Berlin 1945–1949. In: Genth u. a. (Hrsg.): Frauenpolitik (wie Anm. 64), S. 193-225. Außer Kardorff-Oheimb sprachen am 3.8.1946 Louise Schröder (SPD), Hilde von der Gablentz (CDU) und „Frau Dr. Lemke“ (SED). Ebd., S. 207 f. Wann genau Kardorff-Oheimb Vorstandsmitglied wurde, geht aus den überlieferten Drucksachen des Vereins nicht hervor, definitiv nahm sie ab September 1946 an Vorstandssitzungen teil. Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 236-07, Nr. 311, 312, 316, 317 u. 319.

77 Jahresbericht 1946 (wie Anm. 74); K. v. Kardorff an Wilhelm Külz, 26.7.1946, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 182.

78 K. v. Kardorff an Arthur Lieutenant, 25.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 76.

79 K. v. Kardorff an Anton Schöpke, 4.11.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 47.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einer paritätischen Gleichberechtigung aber weit entfernt war.[80] Gegenüber einer Freundin in Magdeburg klagte Kardorff-Oheimb in diesem Zusammenhang: „Man kann in Berlin ruhig sagen, die Frauen schaufeln weiter und die Männer treiben weiter Politik."[81] Vor allem aber empfand sie es als persönlichen Affront, dass ihr erst nach erheblichen Debatten eine Position an nur 12. Stelle der Stadtliste angeboten wurde.[82] Auch wenn der LDP bei den Wahlen als schwächster Fraktion genau zwölf Mandate – drei davon an Nora Melle, Magda Schroedter und Ella Barowsky – zufielen, konnte dieser Listenplatz nicht als aussichtsreich gelten, weshalb Kardorff-Oheimb sich nach anfänglichem Zögern gegen eine Kandidatur für die Berliner Stadtverordnetenversammlung entschied. „Auf keinen Fall habe ich Lust, mich zu blamieren, darauf können Sie sich verlassen[,] und meine tadellose politische Weste zum Schluß meines Lebens in Gefahr zu bringen."[83]

Über die parteiinternen Querelen hinaus erwies sich indessen die wachsende Dominanz von Seiten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als die größte Belastung. Im Bereich der politischen Frauenorganisationen setzte diese ihren Machtanspruch in Form des Demokratischen Frauenbunds (DFD) durch. Zu dessen Gründung, die am 9. März 1947 in Berlin erfolgen sollte, bildete sich im Dezember 1946 ein Vorbereitungskomitee unter dem Vorsitz der parteilosen Anne Marie Durand-Wever – einem früheren Vorstandsmitglied von Kardorff-Oheimbs Nationaler Arbeitsgemeinschaft. Diesem Komitee gehörte die Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP Berlin, von dem „überparteilichen Charakter" der zu gründenden Organisation ausgehend, zunächst ebenfalls an.[84] Als die Steuerung der Initiative durch die SED immer deutlicher hervortrat, erklärte sie Ende Januar 1947 ihren Austritt.[85] Da etwa zur selben Zeit ein Gründungsaufruf des DFD mit ihrem Namen erschien,[86] distanzierte sie sich vom neuen Verband und er-

80 Auch in Relation zu den Mitgliederzahlen war die Quote hoch. 1945/46 waren etwa 20 % der Berliner LDP-Mitglieder Frauen. Schwarz: Die Berliner Liberalen (wie Anm. 62), S. 93.

81 K. v. Kardorff an Mayken Fischer, 11.9.1946, ebd., Bd. 68, Bl. 98.

82 K. v. Kardorff an Liesel Beyer, 11.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 31. Vgl. LDP-Kandidaten für Berlin. In: Der Morgen, Nr. 214, 13. September 1946, S. 1.

83 K. v. Kardorff an Karl Trucksaess, 11.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 51. Kurz darauf teilte sie ihren Entschluss gegen eine Kandidatur mit. Dies. an Erich Boettcher, 16.9.1946, ebd., Bd. 68, Bl. 62. Zur Kandidatenaufstellung im Berliner Landesverband (LV) vgl. Schwarz: Die Berliner Liberalen (wie Anm. 62), S. 106-125.

84 Erklärung K. v. Kardorffs im Tagesspiegel vom 28[!].2.1947, zitiert nach Frauensekretariat der LDP im LV Berlin an die Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaften in den Bezirken des LV Berlin der LDP, 27.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 77 f.

85 K. v. Kardorff an A. Durand-Wever, 30.1.1947, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 77; s. a. dies. an Luise Schroeder, 16.2.1947, ebd., Bd. 71, Bl. 73. Vgl. Rita Pawlowski: Der Demokratische Frauenbund (DFD). In: Genth u. a. (Hrsg.): Frauenpolitik (wie Anm. 64), S. 75-104, hier S. 77-87.

86 Abgedruckt in Pawlowski: Der Demokratische Frauenbund (wie Anm. 85), S. 81.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

klärte sich zur dezidierten Gegnerin einer Organisation, in der „von einer Partei ein vollkommen ungerechtfertigter Führungsanspruch [...] geltend gemacht wurde, und daß man darüber hinaus zum Grundpfeiler der Arbeit weltanschauliche Tendenzen zu machen versuchte, die ich unter keinen Umständen billigen konnte“.[87]

Während Kardorff-Oheimb somit zu Beginn des Jahres jeglicher Mitarbeit am DFD eine explizite Abfuhr erteilte, blieb die Frage einer Mitwirkung in der neuen Organisation parteiintern umstritten. Der Vorstand des Landesverbandes Berlin zog sich weiterhin auf eine „beobachtende Rolle“ zurück, „bis die erforderliche Klarheit über Weg und Ziel dieser Bewegung geschaffen“ sei,[88] und die „Reichsparteileitung“ gestattete den Mitgliedern der LPD eine Mitarbeit im DFD zumindest als „Privatpersonen“.[89] Auf Seiten der Frauenarbeitsgemeinschaft waren es insbesondere Helene Beer und Wilhelmine Schirmer-Pröscher, die für eine Mitarbeit im DFD plädierten, wobei sich erstere nach vergeblichen Versuchen, das Amt der Generalsekretärin für die LDP zu beanspruchen, zunehmend desillusioniert zeigte.[90] In diese Diskussionen im Frühjahr 1947 aber war Kardorff-Oheimb schon nicht mehr involviert. Zeitgleich oder bald nach ihrem Rückzug aus dem Vorbereitungskomitee des DFD entschied sie, ihren Vorsitz der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP im Landesverband Berlin abzugeben – zu hoch waren die körperlichen Belastungen, als zu erfolgs- und aussichtslos erachtete sie auch ihr Engagement:

> Freunde feiern mich als eine standhafte und sich durchkämpfende Person. Sie irren sich aber gewaltig, denn ich bin müde und total abgekämpft. Ich scheitere an dem Menschenmaterial in dieser Partei, die in ihrem Programm die Rettung Deutschlands sein könnte, aber alles erstickt unter dem Zwang der Verhältnisse: Hunger, Kohlen, Mißgunst, Mangel an historischen Kenntnissen und das öde Feld der deutschen Gehirne, das durch die Hitlerzeit geistig unbeackert und verseucht ist. [...] Vielleicht bin ich viel zu früh mit Geld und Optimismus in diese Arbeit eingestiegen; auf jeden Fall fühle ich mich wie ein Schiffbrüchiger, der vielleicht vorübergehend von den stärkeren Wellen des Nichtkönnens der Mehrheit auf den Sand geworfen ist.[91]

Wiederholt betonte Kardorff-Oheimb ihre große politische Erfahrung und Bekanntheit oder äußerte Kritik an der vermeintlichen politischen Unerfahrenheit bzw. Orientierungslosigkeit der Generation „zwischen 40 und 50 Jah-

87 Erklärung K. v. Kardorffs im Tagesspiegel vom 28.2.1947 (wie Anm. 84).
88 Rundschreiben vom 16.1.1947 über den Vorstandsbeschluss, zitiert nach Frauensekretariat der LDP im LV Berlin an die Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaften in den Bezirken des LV Berlin der LDP, 27.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 77 f.
89 Schreiben vom 12.2.1947, ebd., Bl. 77.
90 Vgl. Pawlowski: Der Demokratische Frauenbund (wie Anm. 85), S. 92 f.
91 K. v. Kardorff an Dorothee Wendt, 18.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 46.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

re“.[92] Vor den Wahlen im Oktober 1946 formulierte sie auch den Eindruck, „daß vorläufig alle Parteien nur eine Ansammlung von Männern und Frauen sind, die erst durch ihre Arbeit beweisen müssen, daß sie von ihrer eigenen Weltanschauung überhaupt eine Ahnung haben.“[93] Gegenüber einem politischen Führer wie dem Parteivorsitzenden Wilhelm Külz, der in ihren Worten „kein Suchender mehr“ sei, müssten „diese jungen Herren [...] ja erst den Beweis erbringen, daß sie wirklich Politiker sind“.[94] In einer stark den Kategorien der Zwischenkriegszeit verhafteten Vorgehens- und Ausdrucksweise sowie durch häufige Rückbezüge auf die Traditionen und Kontakte ihrer vergangenen Leistungen bot sie ihren politischen Gegnern und Gegnerinnen eine Angriffsfläche. Nach Auseinandersetzungen auf der Sitzung des Vorbereitenden Komitees für den DFD sah sie sich – wie viele bürgerliche Politiker und Politikerinnen, die sich der versuchten Umklammerung durch die kommunistische Seite entgegenstellten – dem Vorwurf ausgesetzt, „reaktionär“ zu sein. Hierüber korrespondierte sie unter anderem mit Maria Rentmeister, Sekretärin für Frauenarbeit der KPD/SED und Mitglied im Zentralen Frauenausschuss, die in ihrer Antwort Kardorff-Oheimbs Eignung als Politikerin der Nachkriegszeit unmissverständlich in Frage stellte: „Auch eine bedeutende Vergangenheit schließt nicht ohne weiteres ein, dass man den Zugang zu neueren Entwicklungen findet.“[95] Selbst in den Reihen ihrer eigenen Partei rief sie regelmäßig Irritationen hervor. So leistete sie sich „mit Vorliebe Verwechslungen, die zwar zweifelsohne geistreich sein können, die aber doch recht unangenehme Folgen haben“, kritisierte Anton Schöpke vom Berliner Landesverband die Parteifreundin.

> Dazu gehört z.B., daß Sie ständig „Zentrum“ statt CDU sagen, „Kommunisten“ statt SED und leider auch, wie ich sah, „Volkspartei“, statt LDP [...]. Sie sind zu stolz, um diese Vorsicht und Korrektheit als notwendig anerkennen zu wollen, und doch müssen auch Sie sich danach richten. [...] Katharina von Kardorff ist zu bekannt, als daß sie damit rechnen könnte, daß familiäre oder sonstige Redewendungen tout en famille blieben. Das ist die Kehrseite des Ruhmes, der Ihnen in Ihrem Leben bisher so überreich geworden ist.[96]

Auf der Plenarversammlung der Frauenarbeitsgemeinschaft der Berliner LDP am 19. März 1947 stellte sich Kardorff-Oheimb nicht wieder zur Wahl, nahm aber den ihr nach der Wahl von Nora Melles zur neuen Vorsitzenden

92 K. v. Kardorff an Arthur Lieutenant, 25.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 76.
93 K. v. Kardorff an Heinz Ullmann, 13.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 143.
94 Ebd.
95 M. Rentmeister an K. v. Kardorff, 5.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 29 (Schreiben Kardorff-Oheimbs ebd., Bl. 25).
96 Anton Schöpke an K. v. Kardorff, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 54.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

angebotenen Ehrenvorsitz an.[97] Als Mitglied der LDP, wenn auch ohne expliziten Auftrag, reiste sie im Frühjahr 1947 nach Bad Boll zur Interzonalen Frauenkonferenz (20.–23. Mai). Dieses erste größere Frauentreffen in den Westzonen war – in Reaktion auf die Gründung des DFD mit gesamtdeutschem Anspruch – von der amerikanischen Militärregierung initiiert worden und versammelte „unter Beteiligung von amerikanischen und englischen Gästen" etwa zweihundert Frauen aus allen vier, insbesondere aber den drei westlichen Besatzungszonen.[98] Ende April rückte die liberale Politikerin für den verstorbenen Alfred Pankow in den LDP-Landesvorstand nach,[99] nahm auch am Parteitag in Eisenach im Juli 1947 noch teil und schrieb anschließend an Freunde, dass sie dort zwar „persönlich gut abgeschnitten" habe, „aber – ich möchte sagen – so etwas als geistiges Märchen aus früherer Zeit, teils angebetet, teils als zu reaktionär abgelehnt" worden sei.[100] Im Nachklang dieses Parteitags, auf dem Delegierte des Berliner Landesverbands dem wiedergewählten Vorsitzenden der LDP Külz eine opportunistische Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und den deutschen Kommunisten vorgeworfen hatten, beschloss Kardorff-Oheimb – „instinktiv", wie sie an Liesel Beyer vom Landesverband schrieb –, aus der Partei auszutreten.[101] Einer Pressemeldung vom 10. August 1947 zufolge begründete sie ihren Schritt damit, dass „die LDP unter Herrn Dr. Külz trotz der Opposition von Schwennicke und Schöpke die gleiche verhängnisvolle Linie", die der DFD bereits in seiner „unterwürfig[en]" Klammerung an die SED verfolgt habe, nicht verlasse.[102] In der bald darauf erfolgten Sezession und schließlichen Spaltung des Berliner Landesverbands der LDP spielte sie keine Rolle mehr.[103]

97 Bericht über die Plenarversammlung der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP im LV Berlin, 19.3.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 79-86, hier Bl. 85; Aus der Partei. In: Der Morgen, Nr. 100, 30.4.1947; Der Vorstand des LV Berlin. In: LDP-Informationen, Nr. 22, 22.8.1947, S. 4.

98 Diese waren Vertreterinnen der damals bestehenden 42 Frauenausschüsse und -verbände, ihrerseits meist „überregionale Zusammenschlüsse lokaler Gruppen". Elke Schüller: „Frau sein heisst politisch sein". Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main 1945–1956. Königstein/Ts. 2005, S. 293.

99 Horst Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. In: Broszat/Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch (wie Anm. 23), S. 544-573, hier S. 562 f.

100 K. v. Kardorff an Georg u. Frida Hahn, 11.7.1947, BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.

101 K. v. Kardorff an Liesel Beyer, 12.9.1947, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 33. Vgl. Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (wie Anm. 62), S. 36-40.

102 Austritt aus der LDP. In: Der Telegraf, 10.8.1947.

103 Jürgen Dittberner: Die FDP: Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden 2005, S. 149 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

III. Der Arbeitskreis für deutsche Verständigung und die Deutsche Sammlung

Als Kardorff-Oheimb 1948 Berlin verließ, bedeutete dies das Ende weiterer Aktivitäten, mit denen sie versucht hatte, an alte Fäden ihres einst so weitgefächerten Engagements wiederanzuknüpfen. Zum Beispiel hatte sie im Frühjahr 1947 mit mehreren Personen die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft für europäische Politik" besprochen,[104] stand in verstärktem Austausch mit verschiedenen Organisationen, die sich der Idee einer europäischen Einigung verschrieben, und erneuerte auch ihren Kontakt zu Richard Coudenhove-Kalergi, dessen Paneuropa-Union sie Mitte der 1920er Jahre unterstützt hatte.[105] Mit Rudolf Gabbe, Inhaber und Leiter einer privaten „Vorbereitungsanstalt für Abitur, Mittelschulreife und andere Schulziele",[106] hatte sie „Bildungskurse für europäische Lebensgemeinschaft" entwickelt und an seiner Lehranstalt einen neu eingerichteten „Lehrstuhl für Europafragen", der im Januar 1948 sein Programm aufnahm, geleitet.[107]

In Berlin, wo sie vielen früheren Bekannten aus der Politik begegnet und, trotz aller Herausforderungen und Konflikte, in hohem Maße in das Geschehen involviert war, fühlte sich Kardorff-Oheimb politisch verwurzelt. Im Westen hingegen fiel ihr – auch wenn ihre „persönliche Heimat am Rhein" lag[108] – der Anschluss von vornherein schwer. „Wenn ich mitten in einem Parteibetrieb sitzen würde, würde ich mich am wohlsten fühlen", schrieb sie im Februar 1949 aus Freudenstadt. „Aber in allen Städten", so ihre Einschätzung, „habe ich vier Feinde, die Kommunisten, die Frauen, besonders Akademikerinnen, die LDP, weil ich ausgetreten bin, und die CDU, weil ich zweimal geschieden bin."[109] Im Mai 1948 hatte sie noch am Interzonalen Frauenkongress in Frankfurt am Main teilgenommen,[110] eine persönliche

104 Franz Gensecke an K. v. Kardorff, 14.4.1947, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 113.
105 K. v. Kardorff an Richard Coudenhove-Kalergi, 27.11.1947, BArchK, N 1039, Bd. 73, Bl. 15. Zu Kardorff-Oheimbs Kontakten zu europäisch orientierten Organisationen siehe Materialien und Korrespondenzen ebd., Bd. 72.
106 Inserat, Berliner Adressbuch 1943, S. 740.
107 Im Nachlass von Hans Reif im Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL) befinden sich zwei Postkarten von „Gabbes Lehranstalt" mit Informationen zu den neuen Bildungskursen und Studienkreisen: Einladung zu einer Vorbesprechung, 12.11.1947; Einladung, 26.1.1948, zu den Veranstaltungen: „Bildungskurse für europäische Lebensgemeinschaft", Vortrag K. von Kardorff am 1.2.1948; „Deutschland im kommenden Europa", Rudolf Gabbe am 8.2.1948; „Unser Programm", „Studienkreis für Erwachsene" am 4.2.1948; „Studienkreis für Jugendliche" am 7.2.1948. ADL, Korrespondenz Hans Reif, N19-198, o. Bl.
108 K. v. Kardorff an Hilde Kriege, 10.2.1949, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.
109 K. v. Kardorff (Freudenstadt) an „Wölfchen" [Johanna von Wolff], 10.2.1949, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 100.
110 Vgl. Schüller: „Frau sein heißt politisch sein" (wie Anm. 98), S. 232 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Einbindung in die westdeutsche Frauenbewegung aber entwickelte sich hieraus nicht. Als sich im März 1951 in Düsseldorf unter dem Vorsitz von Hulda Pankok die Deutsche Frauenpartei konstituierte, wurde bei der Eintragung auch Kardorff-Oheimb als Vorstandsmitglied genannt,[111] doch stellte diese im Juni 1951 klar, „mit dieser Frauenpartei in keiner Weise mehr in Zusammenhang“ zu stehen.[112] Nachweislich eines Briefs vom Januar 1951 hatte Kardorff-Oheimb außerdem einen Mitgliedsantrag bei der SPD gestellt, denselben nach Widerständen in der Düsseldorfer Parteiorganisation allerdings wieder zurückgezogen.[113]

Zur selben Zeit war sie an einer Initiative beteiligt, die auf eine Verständigungspolitik der Bundesregierung mit dem deutschen Osten drängte. Nach der doppelten Staatsgründung war Bundeskanzler Adenauer darum bemüht, für die Bundesrepublik die volle Souveränität zu erlangen, was sich im Lauf des Jahres 1950 immer stärker an die Frage eines westdeutschen Wehrbeitrags knüpfte.[114] Wie andere auch war Kardorff-Oheimb im Winter 1950/51 überzeugt von der Notwendigkeit wie Möglichkeit eines Dialogs mit dem Osten, um die Spaltung Deutschlands zu überwinden und die in der Wiederbewaffnung liegende Gefahr eines Kriegs in Deutschland zu bannen – eine Sorge und Haltung, die wegen des im Sommer 1950 begonnenen Koreakriegs in der Bevölkerung weit verbreitet war.[115] Gemeinsam mit dem Düsseldorfer Notar Friedrich Maase[116] arrangierte sie am 21. Dezember 1950 eine Zusammenkunft in dessen Haus. Konkret reagierten die Initiatoren damit auf einen offenen Brief Otto Grotewohls vom 30. November 1950 an den Bundeskanzler, in dem der Ministerpräsident der DDR die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung eines paritätisch besetzten gesamtdeutschen Rats zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Natio-

111 Elke Schüller: Frauenparteien. Phantasterei oder politischer Machtfaktor? In: Ariadne, Heft 37-38 (Juni 2000), S. 64-71, hier S. 67.

112 K. v. Kardorff an Bundesminister des Innern Robert Lehr, 28.6.1951, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 192. Außer diesem Schreiben gibt es in Kardorff-Oheimbs Nachlass keine Hinweise auf die Hintergründe ihrer anfänglichen Beteiligung.

113 K. v. Kardorff an Dr. Siemsen, 15.1.1951, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 230.

114 Vgl. Ulrike Hörster-Philipps: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie. Paderborn 1998, S. 714-720.

115 Georg Herbstritt: Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955). Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 107 f. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gab es 1952 175 Organisationen, die gegen die Wiederaufrüstung tätig gewesen sein sollen. Karl A. Otto: Der Widerstand gegen die Bewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze. In: Reiner Steinweg (Hrsg.): Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution. Frankfurt a. M. 1981, S. 52-105, hier S. 52.

116 1933 war Maase mit Berufsverbot belegt und von seiner Funktion als Vorstandsmitglied der Anwaltskammer des Oberlandesgerichtsbezirks Düsseldorf entbunden worden. Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 724.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nalversammlung vorgeschlagen hatte. Der „auf sowjetische Anordnung unter Federführung Ulbrichts“ verfasste Grotewohl-Brief[117] folgte den Bestimmungen der Prager Deklaration, die im Oktober 1950 von der Außenministerkonferenz der europäischen sozialistischen Staaten inklusive der DDR – in Reaktion auf eine vorangegangene Außenministerkonferenz in New York und die dort geführte Diskussion um einen westdeutschen Wehrbeitrag – verabschiedet worden war und den „Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen“ in Aussicht stellte.[118]

Angesprochen von dieser ersten deutschlandpolitischen Großkampagne der DDR,[119] formulierte die Düsseldorfer Zusammenkunft einen Aufruf „zur Verständigung an alle Deutschen, damit sie – wo immer sie stehen – gleich uns an die verantwortlichen Politiker Westdeutschlands die Forderung richten, die dargebotene Verhandlungsmöglichkeit nicht auszuschlagen.“ Unter Hervorhebung der Kriegsgefahr betonten die 17 Erstunterzeichner, darunter der ehemalige Oberbürgermeister von Mönchengladbach Wilhelm Elfes, die Notwendigkeit, „jede – aber auch jede – Möglichkeit eines friedlichen Auswegs wahrzunehmen“ und „den Weg einer deutschen Verständigung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu suchen“.[120] Diesen auch als Flugblatt und in der Presse veröffentlichten Appell, den innerhalb einer Woche etwa 70 Personen unterzeichneten,[121] händigte Kardorff-Oheimb am 30. Dezember 1950 Adenauer persönlich aus.[122] In der Folge kam es zu scharfen Angriffen auf sie und andere Unterzeichner in der bundesdeutschen Presse, die sich im Kern um deren Kommunikationsbereitschaft mit der kommunistischen Seite drehten. Die Rheinische Post zum Beispiel unterstellte ihnen „gutgläubige Ahnungslosigkeit“ oder „charakterlose Rückversi-

117 Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961. Köln/Weimar/Wien 2001, S. 134.

118 Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 722.

119 Vgl. Lemke: Einheit oder Sozialismus? (wie Anm. 117), S. 134.

120 Text und Namen der 17 Erstunterzeichner (handschriftlich ergänzt um vier weitere Personen) des am 21.12.1950 verfassten Aufrufs in: BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 2 f. Vgl. Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 724. Zu den Aktivitäten des Arbeitskreises für deutsche Verständigung und der aus diesem hervorgehenden Deutschen Sammlung bis zur Gründung des Bundes der Deutschen vgl. ausführlich ebd., S. 767-804; und Albert Esser: Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker. Mainz 1990, S. 200-202, 217-246.

121 Die Unterzeichnerliste findet sich als Anlage 1 zum Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) vom 6.2.1951, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Slg. Personalia Kardorff-Oheimb; ein Abdruck des Aufrufs und seiner Unterzeichner ist online einsehbar auf dem Portal Europeana Collections, Url: <www.europeana.eu/portal/record/202022/11088_F8E06910_D0C9_4824_A880_973750C8456D.html> (25.2.2016).

122 K. v. Kardorff an Hans Boeckler, 1.1.1951, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 102.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

cherungsabsicht“ gegenüber dem Osten,[123] was Kardorff-Oheimb in einem Schreiben an die Schriftleitung der Zeitung zurückwies:

> In dem „Appell“ steht nicht, daß der Grotewohl-Brief zustimmend beantwortet werden soll, sondern man bittet den Bundeskanzler, den Brief zu beantworten. Wenn der „Appell“ mit dem Kommunismus irgend etwas zu tun gehabt hätte, würde das Wort auch genannt worden sein. Wenn Sie annehmen, daß ich persönlich aus Feigheit eine Rückversicherung beabsichtige oder auch nur an dieselbe gedacht hätte, so kennen Sie die deutsche Geschichte seit 1918 nicht. Ich habe nicht einmal persönlichen Mut bewiesen sondern des öfteren und es wäre vielleicht doch praktisch für Ihre Zeitung, sich erst nach den Personen zu erkundigen, die Sie ohne weiteres in geschmackloser Weise herabsetzen wollen.[124]

Zweifelsohne waren Mitglieder der KPD bereits in das erste Düsseldorfer Treffen involviert: namentlich die Wuppertaler KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele, eine der wichtigsten Persönlichkeiten aus der Führungsriege der KPD, die Elfes die Einladung übermittelt hatte,[125] sowie Oskar Neumann, Mitglied der KPD in München, der zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehörte.[126] Trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung kommunistischer Gesellschaftssysteme äußerte Kardorff-Oheimb keine Bedenken gegen eine solche Zusammenarbeit, solange sich diese darauf konzentrierte, für eine Verständigung mit der ostdeutschen Seite zu werben und selbst in diesem Sinne aktiv zu werden, um die endgültige Spaltung Deutschlands und einen erneuten Krieg zu verhindern.[127]

Am 4. Februar 1951 konstituierten 40 bis 50 Personen im Frankfurter Inselhotel den „Arbeitskreis für deutsche Verständigung und einen gerechten Friedensvertrag“. Zwar nahm Kardorff-Oheimb an dieser Versammlung persönlich nicht teil, wurde aber neben Wilhelm Elfes, Hermann Geissen, Friedrich Maase und Oskar Neumann ins engere Präsidium gewählt.[128] Bis zum

123 Artikel vom 16.1.1952, zitiert nach: Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 725.

124 K. v. Kardorff an die Schriftleitung der Rheinischen Post, 16.1.1951, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 222.

125 Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 201 f. Hans-Erich Volkmann bewertet bereits den Arbeitskreis (ohne Erwähnung von Kardorff-Oheimb) als von der SED „im Zuge der deutschlandpolitischen Aktivitäten Grotewohls Ende 1950 seitens der Nationalen Front der DDR initiiert.“ Hans-Erich Volkmann: Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase. In: Lutz Köllner (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Bd. 2: Die EVG-Phase. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. München 1990, S. 235-604, hier S. 426.

126 BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 3. Spätestens im Juni 1952 war mit Hans Blank außerdem ein weiteres KPD-Mitglied Geschäftsführer des Arbeitskreises. Hinweis in K. v. Kardorff an [Hans] Blank, 6.6.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 61. Vgl. Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 223.

127 Vgl. Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 725 f.

128 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Juni 1952 spielte sie eine zentrale Rolle in den Unternehmungen des Arbeitskreises, der anfänglich auch „Kardorff-Kreis“ genannt wurde,[129] da sie von allen Erstunterzeichnern den bekanntesten Namen hatte. Verstärkt in die Öffentlichkeit trat der Arbeitskreis, als die ersten beiden Stalin-Noten mit ihrem Angebot von Verhandlungen über die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands die politische Debatte im Frühjahr 1952 neu anheizten.[130] Ende März initiierte er eine große Versammlung von Wiederbewaffnungsgegnern in Mönchengladbach: den „Kongress für deutsche Verständigung – für einen gerechten Friedensvertrag“. In dessen Zentrum stand ein Referat von Wilhelm Elfes, der mit Kardorff-Oheimb, Maase und anderen beauftragt wurde, eine „Willenserklärung“ des Kongresses an Parlament und Regierung sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR zu überbringen. Während der Bundestagspräsident Hermann Ehlers das Ansinnen zurückwies, empfingen am 24. April Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann und anschließend der Ministerrat der DDR unter Leitung Otto Grotewohls die kleine Delegation.[131]

In der Aussprache mit der DDR-Führung beschränkte sich Kardorff-Oheimb auf einführende Worte und kurze Kommentare, während Maase und insbesondere Elfes die hauptsächlichen inhaltlichen Ausführungen übernahmen.[132] Auch lassen die diesbezüglich überlieferten Briefe Kardorff-Oheimbs kritische Reflexionen der Begegnung im Nachhinein vermissen – wobei berücksichtigt werden muss, dass die Politikerin im Zuge ihrer späteren strafrechtlichen Verfolgung etliche Unterlagen zu ihrer Tätigkeit im Arbeitskreis vernichtete.[133] So finden sich in ihrem Nachlass nur ein paar ‚private‘ Briefe, die Kardorff-Oheimb am 14. Mai an ostdeutsche Regierungsvertreter, denen sie in Berlin begegnet war, schrieb und die vor allem verdeutlichen, wie sehr sie einem zunehmend abstrakt werdenden deutschen Einheitsgedanken anhing und ihre alte Wirkungsstätte Berlin vermisste.

129 Bericht des BfV vom 6.2.1951 (wie Anm. 121).

130 Die erste Note stammte vom 10.3.1952, die zweite folgte am 9.4.1952. Die historische und politische Forschung hat sich intensiv mit der Frage befasst, inwieweit es sich bei den sowjetischen Noten um ein ernstzunehmendes Angebot gehandelt hat. Vgl. u. a. Bernd Bonwetsch: Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, S. 106-113; Edgar Wolfrum: Die Bundesrepublik Deutschland (1949–1990). Stuttgart 2005, S. 162-169; Jürgen Zarusky (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. München 2002.

131 Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 217-219.

132 Vgl. Gesamtdeutsches Gespräch beim Ministerrat der DDR. In: Tägliche Rundschau, Nr. 98, 26.4.1952; Deutsche sprachen zu Deutschen. Gesamtdeutsche Aussprache vor dem Ministerrat der DDR. In: Der Morgen, Nr. 99, 27.4.1952 (Beiblatt). Der Delegation gehörten außerdem Hermann Tomkowitz und Dietrich Manger an. Handeln, ehe es zu spät ist! In: Sächsisches Tageblatt, 28.4.1952, Presseausschnitt in BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 9.

133 Hinweis in K. v. Kardorff an Felix Shinnar, 22.7.1955, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Noch ganz unter dem Eindruck ihres Aufenthalts stehend, dankte sie Dieckmann für die erbotene „Gastfreundschaft“ und „Liebenswürdigkeit“: „Es war so schön dort, und ich bin so kritisch hingereist und so erlöst wiedergekommen.“ Im Westen hingegen stoße sie in Gesprächen mit Bekannten und Verwandten „auf lächerliche Ablehnung und unwürdige Schimpferei.“[134] Auch gegenüber Minister Karl Hamann – wie Dieckmann der LDP zugehörig, die inzwischen als Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) firmierte – klagte sie, dass sie in Westdeutschland nur wenige Menschen kenne, „die mich verstehen.“[135] „Bei der Offenheit meiner Sprache“, so schrieb sie im selben Sinne an Grotewohl, „stosse ich selbst die Freunde vor den Kopf, und ich möchte doch so gern, dass sie hier von dem unheilvollen Gedanken befreit werden, dass der Osten uns ruiniert.“[136] Oberbürgermeister Fritz Ebert gegenüber bestärkte sie schließlich ihre schon während der Aussprache geäußerte Begeisterung über die Aufbaumaßnahmen, welche der Delegation in Ost-Berlin präsentiert worden waren: „Ich habe mich wirklich gefreut über die grossartigen Anlagen Ihrer Bautätigkeit.“[137] So lässt sich der Eindruck nicht verwehren, dass Kardorff-Oheimb jenen Instinkt, der sie aufgrund einer zu starken Anlehnung der LDP an die SED 1947 aus der Partei hatte austreten lassen, nun vermissen und sich wie die restliche Delegation „für die Propagierung des Friedens- und Einheitswillens der DDR-Regierung“ einspannen ließ.[138] Im Nachklang ihrer Reise überlegte sie sogar, in Berlin oder Dresden Mitglied der ostdeutschen Liberal-Demokratischen Partei zu werden,[139] wobei ihr die um Rat gebetene Gertrud Thürmer, Mitglied der LDPD-Fraktion im sächsischen Landtag und Schwägerin von Johannes Dieckmann, riet, sich das in ihrem eigenen Interesse wohl zu überlegen.[140]

Während die Mitglieder der Delegation – wie viele ihrer Zeitgenossen – in den sowjetischen Noten und den Äußerungen von Vertretern der DDR-Staatsführung eine zumindest prüfenswerte Verhandlungsgrundlage sahen, forcierte die Bundesregierung den eingeschlagenen Weg der Westbindung, um für die Bundesrepublik die staatliche Souveränität zu erlangen. Im Zentrum dieser Politik stand der – auch Generalvertrag genannte – Deutschland-

134 K. v. Kardorff an Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 97.
135 K. v. Kardorff an Minister Hamann, 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 158.
136 K. v. Kardorff an Otto Grotewohl 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 147.
137 K. v. Kardorff an Fritz Ebert, 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 116. Vgl. Gesamtdeutsches Gespräch beim Ministerrat der DDR. In: Tägliche Rundschau, Nr. 98, 26.4.1952.
138 Reinhold Lütgemeier-Davin: Wilhelm Elfes – Ein CDU-Politiker gegen die Wiederaufrüstung. In: Detlef Bald/Wolfram Wette: Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955. Essen 2008, S. 87-105, hier S. 96.
139 K. v. Kardorff an Gertrud Thürmer (Dresden), 3.6.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 271.
140 Gertrud Thürmer an K. v. Kardorff, 4.7.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 272.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

vertrag zwischen den drei westlichen Alliierten und der Bundesrepublik, der das bis dahin geltende Besatzungsstatut ablöste und mit dessen Inkrafttreten der Beitritt der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verbunden war. Fünf Tage vor seiner Unterzeichnung am 26. Mai 1952 hatten Kardorff-Oheimb, Elfes und Maase Bundeskanzler Adenauer in einem Brief „beschworen, den Generalvertrag nicht zu unterschreiben."[141] In der Absicht, die westdeutschen Proteste gegen die Wiederbewaffnung zu bündeln, lud das Dreiergespann im Namen des Arbeitskreises verschiedene neutralistische Gruppen zu einer Beratung über Möglichkeiten der Zusammenarbeit für den 29. Juni 1952 nach Dortmund ein. Mehr als 200 Teilnehmer aus heterogenen Kontexten folgten der Einladung und riefen die „Deutsche Sammlung – Bewegung für Einheit, Frieden und Freiheit" ins Leben.[142] Diese wandte sich als außerparlamentarische Bewegung gegen den noch nicht ratifizierten Generalvertrag – und wurde wie zuvor der Arbeitskreis als „kommunistische Tarnorganisation" vom Verfassungsschutz überwacht.[143]

Mit der Gründung der Deutschen Sammlung geriet Kardorff-Oheimb zunehmend in den Hintergrund, denn inzwischen hatte Elfes mit seinem früheren Parteifreund aus dem Zentrum und ehemaligem Reichskanzler Joseph Wirth, der mit einer Reise in die DDR 1951 für viel Aufsehen gesorgt hatte, für die Bewegung ein prominentes Aushängeschild gewonnen.[144] Kurz vor der Gründungsversammlung organisatorisch eingebunden, besetzte Wirth gemeinsam mit Elfes, Kardorff-Oheimb, Maase und Charlotte Fleischmann das fünfköpfige Präsidium der Deutschen Sammlung.[145] Im Zuge der engen Zusammenarbeit zwischen Wirth und Elfes, „den beiden alten Männern aus Freiburg und M. Gladbach",[146] sah sich die ehemalige Reichstagsabgeordnete „systematisch ausgeschlossen".[147] Doch diente sie der Sammlung auch weiterhin als bekanntes liberales Aushängeschild, nachdem sie sich bei dem Geschäftsführer des Arbeitskreises Blank Anfang Juni über die einseitige Orientierung in Richtung einer Partei – der KPD – beschwert hatte: Es sei nicht in ihrem Sinne, „wenn wir nur für eine Partei werben und eine Partei in

141 Esser: Wilhelm Elfes, S. 221.
142 Ausführlich dargestellt in Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 770-774.
143 Im Archiv der sozialen Demokratie ist ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung in zwei Dossiers des BfV vom 29.6. und 2.7.1952 überliefert: AdsD, Slg. Personalia Kardorff-Oheimb.
144 Vgl. Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 213 f.; Herbstritt: Ein Weg (wie Anm. 115), S. 101 f.; Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 730-740 u. 767 f.
145 Das Präsidium hatte sich aus dem Dortmunder Tagungspräsidium heraus konstituiert und wurde später in „Rat der Deutschen Sammlung" umbenannt. Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 772.
146 Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 214.
147 K. v. Kardorff an [Hans] Blank, 6.6.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 61.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

unseren Vorträgen ist, und andere Parteien, die mich kennen und die mich hören wollen über diesen Punkt, bleiben fern."[148]

Erst als sich im Mai 1953 aus den Reihen der Sammlungsbewegung unter dem gemeinsamen Vorsitz von Elfes und Wirth eine Partei, der Bund der Deutschen, gründete, zog Kardorff-Oheimb die Konsequenzen. Am 13. Juni 1953 teilte sie per Einschreiben an Wirth ihren Austritt aus dem Bund der Deutschen mit und informierte gleich am selben Tag Maase über ihre Entscheidung. Nach langen, aus Rücksicht auf ihn zurückgestellten Zweifeln sei ihr nunmehr absolut klar geworden, dass „nur mein guter Name benutzt", dagegen ihre „politische Meinung und meine Mitarbeit mit allen Mitteln vermieden werden sollten".[149] Den beiden Vorsitzenden sei, so formulierte sie es in einem anderen Brief, der „liberale Verständigungsweg [...] gänzlich fremd und aus diesem Grunde habe ich nicht angefangen mich auszuschließen, sondern die Führer haben mich ausgeschlossen durch ihre Verständnislosigkeit für meine liberale Arbeitsweise."[150] Vor allem aber sah sie im Gegensatz zu einer Bewegung im Rahmen einer Partei keine Möglichkeit mehr, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten. „Eine Partei ist etwas anderes, wie eine Sammlung und in ihr muss sich eine Weltanschauung ausprägen, die nach rechts und links frei ist."[151] Trotz ihres Bedauerns ob der schlussendlichen Entwicklung dankte sie Maase „für diese Epoche meines politischen Lebens, sie hat mich bereichert und zum Schluß enttäuscht und das erzieht eine alte Frau kurz vor dem ihr Leben beendet wird".[152]

Ihr zweieinhalbjähriges Engagement für eine deutsch-deutsche Annäherung und der damit verbundene Dialog mit Kommunisten hatten Kardorff-Oheimb Kritik und Unverständnis auch auf Seiten früherer politischer Freunde eingebracht – auch wenn niemand, der Einblick in ihre früheren politischen Tätigkeiten hatte, ihr ein bewusstes Hintertreiben westdeutscher Staatsinteressen unterstellte. Albrecht Pickert zum Beispiel, der sie noch aus seiner Mitarbeit in der anfänglichen „Reichsleitung der LDP" kannte, äußerte sich „erschüttert", nachdem er auf einem Flugblatt des Kongresses für deutsche Verständigung an erster Stelle ihren Namen gefunden habe – „den Namen einer Frau von einer solchen außergewöhnlichen Persönlichkeit und einer solchen politischen Vergangenheit". Es sei ihm unbegreiflich, „daß Sie

148 Ebd.

149 K. v. Kardorff an F. Maase, 13.6.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 200 (Hervorhebung im Original). Der Einlieferungsschein für ihr Einschreiben an Wirth vom selben Tag befindet sich ebd., Bl. 291.

150 K. v. Kardorff an Elly Nowak-Hanay sowie an Schönfeldt, 7.7.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 208 u. 239.

151 Ebd.; s. a. dies. an Verwaltungsgerichtsdirektor Müller, 11.7.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 206.

152 K. v. Kardorff an F. Maase, 13.6.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 200 (Hervorhebung im Original).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

keine Bedenken getragen haben, Ihren Namen Bestrebungen zur Verfügung zu stellen, die, auch wenn es von Ihnen sicherlich nicht beabsichtigt sein mag, doch tatsächlich sich als Hilfsdienst für die Kommunisten auswirken müssen."[153] Marie-Elisabeth Lüders attestierte ihrer früheren Reichstagskollegin in einem antikommunistischen Pamphlet „senile Gutgläubigkeit" und erachtete es ebenfalls als „eine sehr ernste Sache [...], ehedem geachtete ‚deutsche' Namen in die sowjetische Agitationswagschale zu werfen".[154]

Im starken antikommunistischen Klima der Ära Adenauer wog der Verdacht auch nur einer Nähe zu kommunistischen Politikern oder Organisationen schwer. So verkehrten viele Menschen in Düsseldorf nicht mehr mit Kardorff-Oheimb, „weil sie annehmen, daß ich kommunistische Umtriebe mache".[155] Schließlich wurde auch sie zur Zielscheibe eines Ermittlungsverfahrens wegen Staatsgefährdung: ein diffuser Vorwurf, der sich dem aus Angst vor kommunistischen Umsturzversuchen eilig verabschiedeten Ersten Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 verdankte und der Adenauer-Regierung die strafrechtliche Verfolgung oppositioneller Aktivitäten wie jener des Arbeitskreises für Verständigung ermöglichte.[156] Im Mai 1955 erfolgte nach mehrjährigen Vorermittlungen der „Antrag auf Eröffnung und Führung einer förmlichen Voruntersuchung"[157] gegen Elfes, Maase und Kardorff-Oheimb, die im Falle der letzteren in einer Vernehmung durch einen Untersuchungsrichter des Bundesgerichtshofs gipfelte und zumindest in strafrechtlicher Hinsicht am Ende folgenlos blieb.[158]

153 A. Pickert an K. v. Kardorff, 19.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 158.
154 M. E. Lüders: Frauen sichern Stalins Sieg, undatierte Broschüre [1952], AdL, C1-2645.
155 K. v. Kardorff an Kätie und Herbert Rohrer, 13.11.1953, BArchK, N 1039, Bd. 64, o. Bl.
156 Rolf Gössner: Die vergessenen Justizopfer des kalten Kriegs. Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West. Hamburg 1994, S. 50 f.
157 Die letztendlich nicht eingereichte Anklageschrift von April 1956 richtete sich nur noch gegen Elfes. „Der Tatvorwurf lautete auf Gründung und Förderung einer verfassungsfeindlichen Vereinigung gemäß § 90 a Abs. 1 StGB bzw. einer kriminellen Vereinigung in staatsgefährdender Absicht gemäß §§ 94 Abs. 1, 129 Abs. 1 StGB." Gunther Rojahn: Elfes – Mehr als ein Urteil. Aufladung und Entladung eines Politikums. Berlin 2010 (elekronische Publikation, URL: www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000020165 (29.2.2016)), S. 8.
158 Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 248. Mit dem sie damals vernehmenden Untersuchungsrichter nahm Kardorff-Oheimb später noch einmal Kontakt auf und lud ihn zu einem privaten Besuch nach Düsseldorf ein. K. v. Kardorff an Hermann Clauß, 2.2.1961, BArchK, N 1039, Bd. 56, Bl. 3; dies. an Irmgard Rößler, 6.3.1961, ebd., Bl. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fazit

Nach der Zäsur von 1933, die dem weitgefächerten politischen Engagement der Politikerin Kardorff-Oheimb in der Weimarer Republik ein Ende setzte, ist deren Biografie von Leerstellen und Wiederanknüpfungsversuchen bestimmt. Erste betreffen den Themenkomplex Nationalsozialismus im weiteren Sinne, und zwar mit Blick sowohl auf die Quellenlage als auch auf Kardorff-Oheimbs diesbezügliche Haltung nach 1945. Erlaubt die stark lückenhafte Überlieferung eine nur oberflächliche Beschreibung ihrer privaten Lebenssituation, die das generelle Forschungsbild, demzufolge es einen liberalen Widerstand im Dritten Reich nicht gegeben hat,[159] zu bestätigen scheint, so fällt in Kardorff-Oheimbs aus der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs überlieferten Briefen ein weitgehendes Schweigen über die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen und die erlittenen Verfolgungen der Überlebenden auf. Stattdessen dominieren dort Klagen über die ‚geistigen' Auswirkungen der Naziherrschaft auf Deutschland, insbesondere auf die Generation der nach 1900 Geborenen, sowie die Exkulpation des von Hitler ‚überfallenen' deutschen Volkes. Ihre damit einhergehende Selbstviktimisierung als Gegnerin der Hitlerdiktatur verfestigte sich spätestens dann, als die deutsche Entschädigungsbehörde ihren Status als aus politischen Gründen von den Nationalsozialisten Verfolgte bestätigte.

Als ehemals exponierte liberale Politikerin der Weimarer Republik sah sich Kardorff-Oheimb nach 1945 in der selbstverständlichen Pflicht, den Wiederaufbau Deutschlands auf politischem Wege mitzugestalten. Mit ihrem 1946 im Rahmen der LDP in Berlin aufgenommenen Engagement suchte sie im Kontext von Liberalismus und Frauenbewegung an frühere politische Praktiken wie auch ihre einstige Präsenz in bürgerlichen Politik- und Gesellschaftskreisen anzuknüpfen. Nach einem gelungenen Start, sichtbar in ihrer Wahl zur ersten Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaft des Berliner Landesverbands der LDP, stellte sie ihre parteibezogenen Aktivitäten nach anderthalb Jahren allerdings wieder ein. Bei diesem Rückzug spielten die Konflikte um die Frage, wie sich die LDP zu DFD bzw. zur SED verhalten sollte, nur eine vordergründige Rolle. Dass Kardorff-Oheimb – „zweifellos eine der bedeutenden Frauenpersönlichkeiten in der Berliner Politik"[160] – nach 1945 nicht so einflussreich wie andere Frauen wurde, ist darüber hinaus auf ihre instabile gesundheitliche Lage zurückzuführen, die sie wiederholt zu längeren Auszeiten zwang. Vor allem aber lag ihr Problem nach 1945 „wohl

159 Zu einer differenzierten Bilanz vgl. Jürgen Frölich: Opposition und Widerstand auf liberaler Grundlage. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Bonn 2004, S. 167-184.

160 Renate Genth: Katharina von Kardorff(-Oheimb). In: dies. u.a. (Hrsg.): Frauenpolitik (wie Anm. 64), S. 271 ff., hier S. 273.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auch darin, daß diese neue Zeit ihr wenig gewogen war. Die großbürgerliche Welt ging mit dem Nationalsozialismus unter und Persönlichkeiten wie Katharina von Kardorff wurden nicht mehr verstanden und akzeptiert."[161]

Mit ihrem Wegzug aus Berlin verlor Kardorff-Oheimb ihren zentralen Bezugspunkt, den die Stadt als Zentrum politischer Ereignisse und Entwicklungen in ihrem eigenen Wirken als Politikerin immer gespielt hatte. Im Vergleich zur Entschlossenheit ihrer Mitarbeit in der LDP und zur konsequenten Abgrenzung von der SED waren ihre Aktivitäten im Westen von dem wankelmütigen Bemühen gekennzeichnet, politisch Anschluss zu finden, wie ihre Distanzierung von der Deutschen Frauenpartei unmittelbar nach deren Gründung und ihre kurzfristige Orientierung in Richtung SPD zeigen. So sehr ihre wiederholten Klagen über die feindselige Atmosphäre in Düsseldorf das veränderte Klima im historisch-zeitlichen Kontext der deutschen Teilung spiegeln, so verdeutlicht ihre in vielen Briefen zum Ausdruck kommende Sehnsucht nach Berlin die politische Heimatlosigkeit, die Kardorff-Oheimb im Rheinland grundsätzlich empfand.

An diesem Eindruck änderte auch ihre Rolle als Initiatorin und wichtige Akteurin des Arbeitskreises für deutsche Verständigung nichts. Im Gegenteil: Die Anstrengungen, die sie Anfang der 1950er Jahre für das Ziel einer (Wieder-)Vereinigung von Ost- und Westdeutschland unternahm, führten ihr nach der anfänglichen Euphorie, Motor einer Bewegung zu sein, ihr politisches Nischendasein umso deutlicher vor Augen. Dabei spricht es für ihren Mut, wenn sie der wachsenden antikommunistischen Paranoia in der bundesdeutschen Politik wie in ihrem persönlichen Umfeld eine konstruktive Zusammenarbeit und politische Kommunikation mit kommunistischen Parteimitgliedern und ostdeutschen Regierungsvertretern entgegenzusetzen suchte. Der letztendliche Preis, den sie dafür zahlte, war der Verlust ihres politischen Namens – was ihrer bisherigen Rezeption als liberale Politikerin auch von Seiten der Forschung eher geschadet haben dürfte.

Wie elementar wichtig Kardorff-Oheimb das Gefühl einer politischen Einbindung war, zeigt ihr Entschluss, sich im Alter von 82 Jahren – und in Erwartung ihres baldigen Todes –, sich der FDP anzuschließen. „Ich mußte wieder einer Partei angehören und ich bekannte mich zu Ihrer" schrieb sie im März 1961 an den Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes Düsseldorf. Zugleich machte sie die Traditionen ihres politischen ‚Bekenntnisses' deutlich: „Bismarck hat das Deutsche Reich mit den Nationalliberalen gegründet. Es war großen Stils. Denkt alle daran!"[162]

161 Ebd.

162 K. von Kardorff an Willy Rasche (FDP Düsseldorf), 9.3.1961, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 132.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Miszellen

Christian Lüdtke

Hans Delbrück als „Kassandra“. Die Feier seines 70. Geburtstages am 11. November 1918 als Brennpunkt der liberalen Sinnsuche im deutschen Zusammenbruch

> „Sie können sich als eine Art Kassandra betrachten, denn wir sind durch zwei Gewalten ins Verderben geführt, mit denen Sie schon im Frieden, ja seit ihrem ersten Hervortreten, im Kampfe gelegen haben: mit dem Hochmut des Militärs, das alles besser wußte, und mit der Demagogin in jeder Gestalt, die in den Fragen der feinsten Empfindungen und in Angelegenheiten, die der sorgsamsten Erwägung und der höchsten Sachkenntnis bedürfen, die individuelle Gewissenhaftigkeit u. Selbständigkeit durch brutalen Massenterror und billige Schlagworte zu ersetzen suchte.“[1]

Mit diesen Worten beglückwünschte der Gießener Historiker Gustav Roloff seinen Freund und Fachkollegen Hans Delbrück zu dessen 70. Geburtstag am 11. November 1918 – dem Tag der Unterzeichnung des Waffenstillstands und der Niederlage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg. Er charakterisierte damit den 1848 geborenen Spross einer in Preußen und Deutschland weit verzweigten und einflussreichen Familie treffend. Delbrück war in seiner Zeit einer der bedeutendsten Intellektuellen, ist heutzutage aber weitgehend in Vergessenheit geraten.[2] „Kassandra“, die tragische Heldin der grie-

1 Gustav Roloff an Hans Delbrück am 9.11.1918, in: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Hans Delbrück [im Folgenden: SBB NL Delbrück], Fasz. 4. Der vorliegende Aufsatz beruht auf der gerade abgeschlossenen Dissertation des Verfassers an der Universität Bonn zum politischen Wirken Hans Delbrücks in der Weimarer Republik.

2 Die wichtigste Forschung zu Hans Delbrück: Anneliese Thimme: Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche. Düsseldorf 1955; Andreas Hillgruber: Hans Delbrück. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Deutsche Historiker, Bd. 4. Göttingen 1972, S. 40-52; Arden Bucholz: Hans Delbrück and the German Military Establishment: War Images in Conflict. Iowa City 1985; Sven Lange: Hans Delbrück und der „Strategiestreit“. Kriegführung und Kriegsgeschichte in der Kontroverse 1879-1914. Freiburg im Breisgau 1995; Wilhelm Deist: Hans Delbrück. Militärhistoriker und Publizist. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), S. 371-383.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

chischen Mythologie, die stets das Unheil voraussah, der aber keiner Glauben schenkte, trifft auf Delbrück in besonderer Weise als ideengeschichtliche Zuschreibung zu: Der Nachfolger Heinrich von Treitschkes auf dem Lehrstuhl für Weltgeschichte an der Berliner Universität, dem „geistigen Leibregiment der Hohenzollern“,[3] war ein überzeugter Vertreter des politischen Systems des Kaiserreichs. Und doch – oder gerade deswegen – sah er frühzeitig die Gefahren für den Bestand der Monarchie: Das waren ein übersteigerter Nationalismus und militaristisches Denken, verbunden mit der gefährlichen Nutzung massenagitatorischer Mittel, so wie es Gustav Roloff in seinem Brief beschrieb.

Just in dem historischen Augenblick, in dem diese „zwei Gewalten“ das Reich tatsächlich ins Unglück stürzten, trafen sich an einem Montagmorgen im damals noch eigenständigen Grunewald, dem nobelsten Stadtteil Berlins, eine Reihe Herren der Berliner Gesellschaft des liberalen und konservativen Spektrums, um den Geburtstag eines der ihren zu begehen. Von einer „Party“ konnte man in der Kunz-Buntschuh-Straße 4 allerdings kaum sprechen: „Es war eine merkwürdige Feier, ähnlich einer Begräbnisfeier. Man sprach gedämpft.“ So lautet die bekannte Beschreibung des Kulturphilosophen Ernst Troeltsch.[4] Hans Delbrücks 70. Geburtstag stellt folglich einen Brennpunkt dar, in dem sich die Stimmung und Gedankenwelt führender Schichten der liberalen und konservativen Geistes- und Beamtenwelt mitten in der Phase des militärischen Zusammenbruchs und der Revolution im November 1918 in Berlin spiegelten.

Delbrück selbst hatte wenige Tage zuvor darum gebeten, angesichts der Ereignisse von einer größeren Feier abzusehen, sodass nur eine „Mitteilung“ seines Schülers und Mitarbeiters Martin Hobohm erging, man treffe sich um 11:30 Uhr in Delbrücks Villa zur „schlichten Ueberreichung der Ehrengabe“.[5] Die „Ehrengabe“ war eine zuvor vom Bildhauer Herbert Garbe aus Marmor gefertigte Büste von Delbrück – ein damals durchaus übliches Geschenk. An der Sammlung hierfür hatten sich über 50 Personen beteiligt, von denen dann viele auch auf der Feier anwesend waren. Dies waren hauptsächlich Persönlichkeiten aus demjenigen liberalen und konservativen Milieu, das im Weltkrieg – letztlich vergeblich – für eine gemäßigte politische und militärische Strategie geworben hatte: der freisinnige Politiker Friedrich Naumann, der ehemalige Staatssekretär des Reichskolonialamtes und spätere Mitbegründer der linksliberalen DDP Bernhard Dernburg, der Strafrechtler und spätere Politiker der rechtsliberalen DVP Wilhelm Kahl, der Diplomat

3 Klaus Schwabe: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges. Göttingen / Zürich / Frankfurt 1969, S. 124.

4 Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, hrsg. v. Hans Baron. Tübingen 1924, ND Aalen 1966, S. 24.

5 Eine Blankopostkarte hierzu in: SBB NL Delbrück, Fasz. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und spätere liberale Widerstandskämpfer Albrecht Graf von Bernstorff, die Historiker Friedrich Meinecke und Friedrich Thimme, die sich in Weimar ähnlich wie Delbrück zu wichtigen „Vernunftrepublikanern“[6] entwickelten, der später der DVP beigetretene Physiker Max Planck, der Kulturphilosoph – und seit 1919 ebenfalls DDP-Politiker – Ernst Troeltsch, Karl Galster – wichtiger Gegner der gefährlichen Flottenpolitik von Alfred von Tirpitz –,[7] der Theologe und Wissenschaftsorganisator Adolf von Harnack, der sich in den Folgejahren für eine soziale Demokratie einsetzte, Ernst Jäckh, der spätere Mitbegründer der Deutschen Hochschule für Politik und Unterstützer der liberalen Verfassung, der Pazifist und Publizist Otto Lehmann-Rußbüldt, der Diplomat Wilhelm Solf – ebenfalls späteres DDP-Mitglied –, der Nationalökonom und spätere Mitbegründer der DDP Alfred Weber, der Reichskanzler a.D. Theobald von Bethmann Hollweg, der vormalige Oberpräsident der preußischen Provinz Schlesien Hermann von Hatzfeldt, der sich als freikonservativer Politiker für einen Verständigungsfrieden eingesetzt hatte, der Diplomat Richard von Kühlmann, der ebenfalls die Idee eines Verständigungsfriedens vertreten hatte, der Heidelberger Staatsrechtler Gerhard Anschütz – später führender Kommentator der Weimarer Reichsverfassung –, der Pädagoge und Philosoph Ferdinand Jakob Schmidt, der im konservativ-liberalen Spektrum zu verortende Historiker Hermann Oncken, der Agrarökonom Max Sering, der Nationalökonom Hjalmar Schacht, Walter Goetz, der in den 1920er Jahren einer der wenigen liberalen und republikanischen Historiker war, der Industrielle Wilhelm von Siemens, der Verfassungshistoriker Otto Hintze, der Nationalökonom und „Kathedersozialist“ Lujo Brentano, der Historiker Max Lehmann, der sich stets gegen die Alldeutschen engagierte, sein konservativer Fachgenosse Gustav Roloff, Rudolf von Valentini als ehemaliger Zivilkabinettschef Wilhelms II. und andere mehr.[8]

Zuerst hatte Adolf von Harnack, Nachbar, Schwager und enger Freund Delbrücks, auf der am Morgen vorausgegangenen Familienfeier dem Jubilar ein Gedicht dargebracht. Nach einer kurzen Ansprache von Ferdinand Jakob Schmidt, einem früheren Mitarbeiter Delbrücks, im Namen der Stifter der Büste ergriff ein Studienrat Kania für die durch Delbrücks Schule gegange-

6 Dieser Begriff bezeichnet Liberale und gemäßigt rechte Intellektuelle, die zwar weltanschaulich an ihrer Verortung im Kaiserreich festhielten, das neue politische System jedoch akzeptierten und konstruktiv an der Ausgestaltung der jungen Republik mitarbeiteten. Einführend hierzu vgl. Andreas Wirsching: „Vernunftrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Neue Analysen und offene Fragen. In: Ders./Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008, S. 9-26.

7 Zu älteren Deutungsmustern der kaiserlichen Flottenpolitik vgl. Volker R. Berghahn: Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.. Düsseldorf 1971. Eine neuere Sichtweise beispielhaft bei: Dominik Geppert / Andreas Rose: Machtpolitik und Flottenbau vor 1914. Zur Neuinterpretation britischer Außenpolitik im Zeitalter des Hochimperialismus. In: HZ 293 (2011), S. 401-437.

8 Vorläufige Liste der Teilnehmer an der „Ehrengabe“ in: SBB NL Delbrück, Fasz. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nen Oberlehrer das Wort und bedankte sich dafür, dass Delbrück es vermocht hätte, die „Begeisterung“ an der Geschichte in ihnen geweckt zu haben. Zudem sei er mit seinem politischen Wirken für seine Schüler stets „vorbildlich“ gewesen: „Auch das mußten uns die Gegner zugeben, daß Sie mit aller Kraft und unbedingter Hingabe an das als wahr Erkannte Ihr Bestes dem Vaterlande und der politischen Bildung der sehenden Kreise unseres Volkes gaben.“[9] Zwischen den beiden hielt Friedrich Meinecke eine Ansprache und bezeichnete seinen Kollegen als „den einzig Sehenden unter tausend Blinden“.[10]

Diese Charakteristik findet sich nicht nur auch bei Gustav Roloff, der den Vergleich zu „Kassandra“ zog. Sie kennzeichnet durchweg nahezu alle Äußerungen der zahlreichen Telegramme und dutzenden von Briefen sowie Postkarten, die Hans Delbrück an jenem Tag von Jugendfreunden, Kollegen, nicht persönlich bekannten Verehrern, beruflichen Kontakten, Mitarbeitern und Verwandten erreichten. Der Tenor all dieser Glückwünsche war, dass in dieser schwersten Zeit, die man je erlebt habe, niemandem zum Feiern zumute sei. Man seufzte, man hätte doch auf ihn und seine Mahnungen im Krieg hören sollen. Es fand sich auf einmal ein starker Zuspruch für seine politischen Ansichten, den er im Krieg in der Weise nicht erhalten hatte. Der spätere DDP-Politiker Walther Rathenau beispielsweise fragte: „Weshalb hat man [...] nicht auf Sie gehört?“[11] In die Niedergeschlagenheit, die aus den Glückwunschschreiben sprach, mischte sich aber auch die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg Deutschlands.[12] Dies ist auch der Grund, weshalb sich so viele Persönlichkeiten dieses Milieus gerade bei Hans Delbrück einfanden: Denn die Ansichten und jahrelangen Warnungen des angesehenen Publizisten hatten sich im November 1918 in gewisser Weise als zutreffend erwiesen. Deshalb versammelten sich nun diejenigen, die politisch ähnlich gesinnt waren wie Delbrück, auf der Suche nach Orientierung. Weil Delbrück in der Vergangenheit richtig gelegen hatte, wurde ihm zugetraut, nun auch

9 Niederschrift des Grußwortes in: ebd.

10 So berichtete es der anwesende Bibliothekar Axel von Harnack gut dreißig Jahre später (Axel von Harnack: Hans Delbrück als Historiker und Politiker. In: Die Neue Rundschau 63 (1952), S. 408-426, hier S. 411).

11 Visitenkarte Walther Rathenaus mit Glückwünschen an Hans Delbrück vom 10.11.1918, in: SBB NL Delbrück, Fasz. 4. Der bedeutende Urologe Carl Posner schrieb ganz ähnlich: „Hätte man auf Sie gehört, so würden wir am heutigen Tag unter einem gütlicheren Sterne feiern können – was ist aus ‚Bismarcks Erbe‘ geworden!!“ (Visitenkarte Posners mit Glückwünschen an Hans Delbrück vom 10.11.1918, in: ebd.). Mit „Bismarcks Erbe“ spielte Posner auf eine gleichnamige Schrift Delbrücks von 1915 an, in der er unter Berufung auf Bismarck gemäßigte Kriegsziele eingefordert hatte.

12 Die Sammlung der Glückwunschschreiben findet sich in: SBB NL Delbrück, Fasz. 4. Die höchste amtliche Stelle, die Delbrück offiziell gratulierte, war der preußische Kultusminister (Telegramm von Friedrich Schmidt-Ott an Hans Delbrück am 11.11.1918, in: ebd.).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

für die Zukunft Gedanken zu formulieren, die in der Sinnsuche Halt geben konnten.

Die Menschen, insbesondere die Angehörigen der gebildeten Schicht in Deutschland, waren im November 1918 hochgradig verunsichert. Das Reich in seiner 1871 geschaffenen Form galt ihnen als Endpunkt der historischen Entwicklung; selbst Sozialdemokraten hatten nicht die Absicht gehabt, die Monarchie abzuschaffen. Die vier Jahre des Ersten Weltkriegs waren die furchtbarsten, die die Menschheit des westlichen Kulturkreises bis dahin erlebt hatte. Den Grausamkeiten in den Schützengräben waren viele Millionen zum Opfer gefallen, aber auch zu Hause gab es schreckliche Nöte, die Viele das Leben kosteten. Man hatte all dies erduldet in der Wahrnehmung, das Reich sei angegriffen worden. Ob dies historisch zutreffend ist oder nicht, spielt hier keine ausschlaggebende Rolle. Entscheidend war, dass sogar die pazifistische und internationalistische deutsche Sozialdemokratie von der Natur des Krieges als Verteidigung ausging. Bald wurde dennoch über die Ziele Deutschlands im Krieg debattiert. Hierbei gelang es den „Alldeutschen“[13] sehr schnell, die Deutungshoheit zu gewinnen. Die Alldeutschen, das waren jene Kräfte, auf die Gustav Roloff anspielte, als er von der verderblichen Macht massenagitatorischer Mittel schrieb. Die Alldeutschen als neues Phänomen der wilhelminischen Ära stehen beispielhaft für die schrittweise Wandlung des im 19. Jahrhundert ursprünglich linken Begriffs der Nation in einen rechten.[14] Ihr Programm war expansionistisch und exkludierend: Außenpolitisch forderten sie die Vereinigung deutscher nationaler Minderheiten in anderen Staaten und den Ausbau des Reichs zu einem Großdeutschland; innenpolitisch setzte sich dieser völkische Gedanke fort in sozialdarwinistischen, rassistischen und teils antisemitischen Programmen. Im Weltkrieg forderten diese Kreise eine massive Expansion Deutschlands auf dem Kontinent und gewannen schließlich mit Erich Ludendorff, der in dieser Gedankenwelt zu verorten ist, bestimmenden Einfluss auf die Politik.

Es gab gewichtige Kräfte, die sich diesem radikalen Programm entgegenstemmten. Hans Delbrück wurde Theodor Heuss zufolge „zu einer zentralen Figur der Kriegszielerörterung; mit einer unbeirrbaren Festigkeit, hinter der die Leidenschaft der patriotischen Sorge wachte, blieb er durch die Jahre der seelischen und geistigen Wirrnis eine Kraft, *die* Kraft der Einsicht und Mäßigung.“[15] Wie viele seiner Landsleute zu Kriegsbeginn war er auch davon

13 Der Begriff benennt die Mitglieder des 1891 gegründeten Alldeutschen Verbandes, einer der wichtigsten nationalistischen Agitationsverbände im Kaiserreich. „Alldeutsch“ bezeichnete fortan vor allem deren politisches (nationalistisches und militaristisches) Programm, nicht zwingend nur Vereinsmitglieder.

14 Vgl. Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2005, S. 236-247.

15 Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933. Tübingen 1963, S. 461, Hervorhebung ebenda.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

überzeugt, dass Deutschland einen Verteidigungskrieg führte. Er blieb dieser seiner Überzeugung den gesamten Krieg hindurch treu. Delbrück warnte bereits im September 1914 öffentlich vor expansiven Kriegszielen und distanzierte sich mit diesem Schritt deutlich von den rechtskonservativen und nationalliberalen Kreisen, die zunehmend Eroberungsphantasien entwickelten. Zu einem Zeitpunkt also, als das Scheitern eines schnellen Feldzuges gegen Frankreich noch keineswegs offenbar geworden war, ließ er sich von keiner Kriegspsychose blenden und sah sehr deutlich, dass es Deutschland zum Verderben reichen musste, wenn es sich anschickte, die Vorherrschaft in Europa anzustreben. Er zog aus seinen historischen Studien den Schluss, dass die anderen europäischen Völker es niemals zulassen würden, wenn eine – egal welche – Macht die Hegemonie erlangte und sich deshalb, wie gegen Napoleon 100 Jahre zuvor, verbünden würden. Delbrück forderte für das Reich einen gleichberechtigten Platz auf der Welt, aber keinen vorrangigen. Die Sicherung dieses festen Platzes wäre für ihn deshalb bereits ein klarer Erfolg im Krieg gewesen. In der Unterjochung anderer Völkerschaften oder der Annexion fremder Territorien sah er keinerlei Gewinn, sondern nur einen Herd künftigen Hasses. Mit diesem Programm wurde Hans Delbrück aber sogar von angesehenen Fachgenossen wie Eduard Meyer als „Flaumacher" beschimpft.[16] Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr sich die Achse des politischen Diskurses im Deutschland des späten Kaiserreichs nach rechts verschoben hatte.[17]

So bedeutend die Stellung Hans Delbrücks in der Kriegszieldebatte auch war und so allein er oftmals gegen die Übermacht der Alldeutschen stand, er hatte zahlreiche Gesinnungsgenossen – Persönlichkeiten, die sich auch auf seinem 70. Geburtstag einfanden und die dem liberalen und gemäßigt konservativen Spektrum verhaftet waren. Viele – Delbrück sogar ohne Einschränkung – konnten für sich in Anspruch nehmen, stets vor überzogenen Kriegszielen gewarnt und eine gemäßigte Politik gefordert zu haben. Deshalb waren sie zutiefst erschüttert, als sich in jenen Novembertagen das Schlimmste ereignete und Deutschland nicht nur militärisch, sondern auch politisch zusammenbrach und damit die Monarchie, die niemand grundsätzlich in Zweifel gezogen hatte, versank. Die Revolution war am 11. November auf ihrem Höhepunkt, und es war keineswegs gewiss, wie sich die Dinge weiterentwickeln würden, ob das Reich überhaupt territorial Bestand haben

16 Siehe exemplarisch Eduard Meyer: „Die Friedensziele und Professor Hans Delbrück". In: Deutsche Zeitung, 22. Jg., Nr. 386 vom 2.8.1917. In: SBB NL Delbrück, Fasz. 95.1.

17 Mit „rechts" wird hier eine Strömung bezeichnet, die Geoff Eley: Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland. Münster 1991, S. 144, als „radikalen Nationalismus" definiert, der sich in den 1890er Jahren als rechte Opposition zur wilhelminischen Regierung entwickelt habe und in den folgenden vier Jahrzehnten immer stärker geworden sei.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

würde, ob sich wie in Russland die radikalen Kräfte in der Revolution durchsetzen würden, oder was der Friedensvertrag bringen würde. Diese Unsicherheit über die weitere Entwicklung und die Verunsicherung hinsichtlich der eigenen politischen Überzeugungen warf gerade bei den Kräften des Liberalismus und gemäßigten Konservatismus die Frage auf, wie man sich nun verhalten sollte. Denn weder war eine unmittelbare Beteiligung an der von Sozialisten getragenen Revolution denkbar, noch das unbedingte Festhalten an den alten Kräften.

Man ging also an jenem Tag nicht nur in den Grunewald, um Hans Delbrücks Geburtstag zu feiern, sondern auch auf der Suche nach einem Austausch mit Gleichgesinnten. Die bürgerlich-liberalen Intellektuellen, die sich hier trafen, waren in Schockstarre begriffen. Umso wichtiger war es für die Gäste, Orientierung zu finden. Man kannte sich aus gemeinsamen Aktivitäten oder von gesellschaftlichen Veranstaltungen. Hans Delbrück nahm innerhalb dieses konservativ-liberalen Netzwerks insofern eine hervorgehobene Stellung ein, da er sich als angesehener und einflussreicher Publizist stets als ein eigener Kopf und unabhängiger Denker profiliert hatte. Da er fest auf dem ideellen Boden der Hohenzollernmonarchie stand und zugleich immer vor Radikalisierungstendenzen gewarnt hatte, bot er die Gewähr dafür, als einer der ihren den Bogen schlagen zu können vom alten Reich in die Zukunft. Folglich war er in besonderer Weise dazu geeignet, den verunsicherten Männern aus seinem geistigen Umfeld eine Orientierung zu bieten.

Was war nun das Programm, das Delbrück seinen Freunden anbot? In seiner Ansprache auf der Feier wagte er zunächst nur einen zaghaften, allgemein gehaltenen, aber doch überzeugten Optimismus. Delbrücks Frau Lina berichtete drei Tage später ihrer Mutter in Leipzig über die Feierlichkeiten:

> „Des alten Reiches Herrlichkeit wurde da zu Grabe getragen, und der Ausblick in die Zukunft war so von Schmerz durchzittert, dass wohl die Hoffnung sich hervorwagte, aber noch nicht der Glaube. Wohl schon der Glaube, aber noch keine Zuversicht.“[18]

Eine andere Schilderung entstammt der Feder von Ernst Troeltsch, der in Delbrücks Worten nur wenig Trost fand:

> „Dort traf ich allerhand Spitzen der Gelehrten-, Beamten- und Finanzwelt. [...] Der Glück wünschende Redner fand vor Tränen die Worte nicht. Delbrück erwiderte ergreifend, es sei das Ende der Friederizianischen Monarchie, mit der all

18 Lina Delbrück an ihre Mutter am 14. November 1918, Abschrift in: Bundesarchiv Koblenz [im Folgenden: BArch], N 1017/80, S. 187-194, Hervorhebung ebenda. Hans Delbrück selbst schrieb an seine Schwiegermutter, „man erhob sich über die Sorgen und den Schmerz der Zeit.“ (Hans Delbrück an seine Schwiegermutter am 12.11.1918, Abschrift in: BArch, N 1017/77, S. 131 f).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sein politisches Denken und jeder Glaube an Deutschlands Zukunft verwachsen sei; sie habe stets an bösen Rückbildungen und Erstarrungen gelitten, woraus sich stets revolutionäre Neigungen ergaben. So furchtbar wie jetzt, habe es freilich mit ihr noch nie gestanden. Der Glaube des Historikers an alle seine bisherigen Maßstäbe und Voraussetzungen sei im Wanken. Aber es gelte Goethes Wort: ‚Und keine Macht und keine Zeit zerstückelt geprägte Form, die lebend sich entwickelt.' Ich ging fort ohne Glauben an diese geprägte Form, denn soviel man sehen konnte, war gerade ihr ‚Gepräge', die militärische Form und der zugehörige ‚Geist' bei den Massen unheilbar zerbrochen. Was aber dann?"[19]

Delbrück analysierte in den Worten vor seinen Gesinnungsgenossen offen die strukturellen Schwächen der Hohenzollernmonarchie, da es ihm wichtig war, sich den Problemen zu stellen. Die Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit war für ihn die Voraussetzung für eine Neuausrichtung des Staates in der Zukunft. Deutlich betonte er dabei, wie schwer ihm als Träger der zerbrochenen Monarchie dies auf emotionaler Ebene fiel. Dies verstärkte seine Argumentation, da er damit denjenigen politischen Kräften die Glaubwürdigkeit nahm, die nun rein gefühlsmäßig agierten und damit die Dolchstoßlegende produzierten, da sie nicht verstandesgemäß an den Zusammenbruch herangingen. Delbrück artikulierte zugleich aber auch die Überzeugung, dass das deutsche Volk so fest in Europa fundiert sei, dass es weiterhin bestehen werde und konnte damit die Stimmung in positive und konstruktive Betrachtungen leiten. Auch wenn am Beispiel von Troeltsch deutlich wurde, dass sich nicht alle Anwesenden sofort von diesen Gedanken mitreißen ließen, passte Delbrücks Ansprache in die verstandesgemäße und gemäßigte Richtung, die er stets vertreten hatte und die auch jetzt von ihm erwartet wurde.

Konkreter wurde Delbrück zwölf Tage darauf in den von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern". Diese Zeitschrift, in der Delbrück seine politischen Betrachtungen jeden Monat pointiert zu Papier brachte, war im Kaiserreich eine wichtige intellektuelle Orientierungsmarke für die Liberalen und Konservativen, aus deren Umfeld sich dann viele auf seinem Geburtstag einfanden.[20] „Wie sehr habe ich mich geirrt!", schrieb Delbrück hier. Und weiter: „Nein wahrlich, einen solchen Ausgang habe ich auch in den dunklen Stunden und Ahnungen, die mich wohl öfter überkamen, nicht vorausgesehen."[21] Deutlich wurde hier, wie sehr selbst Delbrück als „der führende nichtmilitärische Fachmann Deutschlands in militärischen Fra-

19 Troeltsch: Spektator-Briefe (wie Anm. 4), S. 24 f.

20 Zur Entstehung und Verortung der Preußischen Jahrbücher (PJb) vgl. Otto Westphal: Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. Eine Untersuchung über die Preußischen Jahrbücher und den konstitutionellen Liberalismus in Deutschland von 1858 bis 1863. München 1919, ND Aalen 1964; Sebastian Haas: Das Sprachrohr der Altliberalen. Die Preußischen Jahrbücher während der Neuen Ära in Preußen (1858-1862). München 2009.

21 Hans Delbrück: „Waffenstillstand. - Revolution. - Unterwerfung. Republik". In: PJb 174 (1918), S. 425-442.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gen“[22] vom plötzlichen Kriegsausgang überrascht wurde. Dann allerdings entlarvte er bereits in jenen Tagen die aufkommende Dolchstoßlegende als das, was sie war: eine Lüge, mit der die Verantwortlichen der militärischen Niederlage – wie insbesondere Erich Ludendorff – ihre Schuld abladen wollten auf die Vertreter des neuen Deutschland, Demokraten, Sozialisten und Liberale:

> „Der Feldzug und der Krieg ist verloren gegangen, nicht weil die Stimmung zusammengesunken war, sondern die Stimmung versagte, als die Truppe zu fühlen begann, daß sie den Krieg nicht mehr gewinnen könne. [...] Die militaristisch-alldeutsche Richtung ist es, die Deutschland in dieses Unglück hineingeführt hat.“[23]

Diese Zeilen sind deshalb beeindruckend, da in den Wirren der Novembertage 1918 mehr als ein kühler Kopf dazu gehören musste, um diese Zusammenhänge in der Deutlichkeit zu erkennen – war die Öffentlichkeit doch durch die jahrelange Propaganda und Fehlinformation durch die Oberste Heeresleitung systematisch irregeführt worden. Beeindruckend ist es ferner, weil Hans Delbrück mit Leib und Seele Konservativer war und ihn wie nur irgendeinen der Zusammenbruch der Armee und der Monarchie traf, an die er stets geglaubt hatte. Er war eben kein Sozialist, der den Umsturz begrüßen konnte. Die Dolchstoßlegende belastete die neu entstehende Republik in Deutschland von Beginn an sehr schwer. Der Kampf gegen diese falsche Geschichtsdeutung stellte eine der wesentlichen Konstanten in Delbrücks politischer Arbeit der Folgejahre dar. Dabei war er durchweg einer der wenigen Bürgerlichen beziehungsweise Konservativen, die hier auf der Seite der Republikaner standen. Große Teile der politischen Öffentlichkeit wandten sich schnell wieder dem rechten Gedankengut zu, das, wie zuvor auch, vorsätzlich Unwahrheiten verbreitete, um die politischen Gegner – nun die Republikaner – zu verunglimpfen.

Über das Wesen der Novemberrevolution äußerte Delbrück Gedanken, denen die heutige Forschung wenig hinzuzufügen hat:

> „Die militärische Meuterei, die an sich nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hatte, fiel ihr zu, weil sie die einzige Richtung war, die in diesem Augenblick ein positives Programm aufstellen konnte, nämlich die Republik. [...] Der Kaiser, das Offizierkorps, die bürgerlichen Parteien müssen die Folgen ihrer unseligen Handlungsweise tragen. Wir werden jetzt regiert von den Sozialdemokraten, weil sie mit ihren Anschauungen recht behalten haben“.[24]

22 Gordon A. Craig: Der Militärhistoriker Hans Delbrück, in: Ders.: Krieg, Politik und Diplomatie. Wien 2001, S. 77-111, Zitat S. 99.
23 Siehe Anm. 21.
24 Siehe Anm. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Als Appell an das Bürgertum führte er schließlich aus, es sei „nicht Charakterlosigkeit, die sich unterwirft, die neue Regierung anerkennt und unterstützt, sondern der Zwang einer historischen Notwendigkeit, die Liebe zum Vaterland." Das war noch kein politisches Programm. Ein solches wäre allerdings auch am 23. November 1918 sinnlos gewesen, da völlig unvorhersehbar war, wie sich die Revolution weiter entwickeln würde. Aber es war der Aufruf an alle, die dem untergegangenen Reich hinterhertrauerten, sich nicht den Gefühlen hinzugeben und destruktiv zu agieren, sondern sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, die Ordnung zu erhalten und der neuen Regierung eine Chance zu geben. Mehr konnte man in diesen Tagen nicht formulieren.

> „Deutschland schien in Schutt zu zerbrechen, kein Auge war dem alten Mann aus versinkender, versunkener Welt zugewandt. Zehn Jahre später, – und um den Achtzigjährigen sammeln sich die Spitzen der Nation, Minister, hohe Funktionäre, Gelehrte, Generale, Politiker aus allen Lagern."[25]

So beschrieb das bedeutende, linksliberale Prager Tagblatt die Situation zum 11. November 1928, dem 80. Geburtstag Hans Delbrücks. An dem Sonntag abend waren 200 Personen, „die geistige Elite der Hauptstadt", in das Hotel Adlon am Brandenburger Tor zusammengekommen.[26] „Seit Jahren hatte Berlin keine so glänzende Festversammlung gesehen."[27] Ein weiterer Höhepunkt 1928 war die Verleihung des Adlerschilds des Deutschen Reichs durch den Reichspräsidenten. Delbrück erhielt diese höchste Auszeichnung der Weimarer Republik (die Weimarer Reichsverfassung hatte Orden abgeschafft) als achte Person überhaupt.[28] Er hatte sich also als herausragender Intellektueller in den zehn Jahren in die wissenschaftlichen und politischen Debatten noch stärker als zuvor eingebracht und war dem treu geblieben, was er auf seinem 70. Geburtstag an Optimismus und Treue zum neuen Staat verkündet hatte. „Kassandra" ist er jedoch geblieben, da seine Kernbotschaft, die Warnung vor den „chauvinistischen Volksströmungen",[29] bei dem überwiegenden Teil der Deutschen nicht verfing. Delbrück starb am 14. Juli 1929, bevor der Nationalsozialismus zu entscheidender politischer Bedeu-

25 „Blätterstimmen. Delbrück-Ludendorff". In: Prager Tagblatt vom 20.11.1928, in: SBB NL Delbrück, Fasz. 8.

26 „Hans Delbrücks achtzigster Geburtstag". In: Königsberger Allgemeine Zeitung, 54. Jg., Nr. 536 vom 13.11.1928, in: ebd.

27 „Hans-Delbrück-Feier in Berlin". In: Neue Freie Presse vom 17.12.1928, in: ebd., Fasz. 9.

28 Schreiben des Reichspräsidenten Hindenburg an Delbrück vom 11. November 1928, in: ebd., Fasz. 6.1.

29 Den Begriff „Chauvinismus" nutzte Delbrück häufig als Zuschreibung für den „radikalen Nationalismus" (Geoff Eley), hier zitiert aus dem 1920 verfassten Nachwort der zweiten Auflage seines Werks „Regierung und Volkswille" (Hans Delbrück: Regierung und Volkswille. Ein Grundriß der Politik. 2. Aufl. Berlin 1920, S. 139).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tung aufgestiegen war. Auch wenn dessen Ideologie anderer Natur war als die der Alldeutschen des Kaiserreichs;[30] vergleichbare Elemente wie der Rassismus und der aggressive Weltherrschaftsgedanke machen deutlich, welch tragische Rolle Delbrück als Mahner in der deutschen Geschichte einnimmt.

30 Singulär machte den Nationalsozialismus vor allem sein rassenideologischer Antisemitismus. Anselm Doering-Manteuffel: Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts. In: VfZ 62 (2014), S. 321-348, hier S. 332, bemerkt dazu: „Der Nationalsozialismus war Nutznießer dieser Entwicklung, aber er brachte sie nicht hervor." Mit „dieser Entwicklung" bezeichnet er die antiwestlichen und antiliberalen Strömungen in Deutschland, die sich längerfristig und unabhängig vom Wirken der NSDAP entwickelt hatten.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Jörn Leonhard

Liberale und Liberalismus nach 1918 – Herausforderungen und Forschungsperspektiven[1]

1. Ausgangspunkt: Liberalismus und Liberale im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg bedeutete für Liberale in allen kriegführenden Gesellschaften eine enorme Beschleunigungserfahrung. Der Krieg spitzte in seinem Verlauf durch die Mobilisierung aller möglichen Ressourcen die Kriterien zu, nach denen die Effizienz staatlicher Leistungen gemessen wurde. Aber weil dies immer radikaler nach Maßgabe der Kriegsrelevanz geschah, konzentrierte sich staatliches Handeln im Verlauf des Krieges immer einseitiger auf Loyalitätsbeweise, Ressourcenmanagement und Kriegsproduktion. Dadurch gerieten überkommene Errungenschaften des Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert stärker unter Druck. So waren Liberale im Ersten Weltkrieg in praktisch allen Gesellschaften mit Notstandsregimen im Zeichen des totalisierten Krieges konfrontiert, durch die Bürgerrechte, Parlamente und verfassungsgemäße Verfahren suspendiert wurden. Zur Weltkriegserfahrung gehörte neben einer expandierenden Kriegsstaatlichkeit und dem Eingriff staatlicher Organe in immer mehr und immer privatere Lebensbereiche auch die Entwicklung neuer sozialer Statuszuschreibungen. Gegenüber kriegsrelevanten Industriearbeitern verloren Angestellte und Beamte tendenziell an Gewicht. An die Stelle von wirtschaftlichen Marktmechanismen traten neue Konzepte und Praktiken eines organisierten Kriegskapitalismus mit erheblichen staatlichen Eingriffsrechten. Die Suche nach einem neuen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit führte so zu neuen Konzepten wie der „Gemeinwirtschaft“ in Deutschland oder der „mixed economy“ in Großbritannien.

Zugleich verstärkte der Krieg auf der Seite staatlicher Behörden Machbarkeitsutopien und Planungseuphorie, und nicht zufällig entwickelte sich vor diesem Hintergrund ein neues Ideal von scheinbar politikfernen Experten, die allein der Sachrationalität verpflichtet schienen. So veränderten sich schleichend die Grenzziehungen zwischen dem, was als „politisch“ oder „nicht-politisch“ galt, zwischen der „sozialen“ und der „wirtschaftlichen“

1 Der Text geht zurück auf einen Vortrag beim Theodor-Heuss-Kolloquium „Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Krise, Reform, Neuansätze" am 19./20.3.2015 in Stuttgart. Eine frühere Version ist online unter www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum verfügbar.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sphäre, zwischen „privat“ und „öffentlich“. Auch wenn von diesen Entwicklungen tendenziell alle politischen Parteien herausgefordert wurden, waren Liberale doch in besonderer Weise davon betroffen, galten doch viele ihrer überkommenen Überzeugungen als zunehmend inkompatibel mit den Herausforderungen des Krieges. In vielen Kriegsgesellschaften entstanden zusammen mit der noch einmal gesteigerten Kriegsmobilisierung um 1916/17 dezidiert antiliberale Parteien, oder es zeichnete sich eine antiliberale Kritik ab, die bis zum Vorwurf des unpatriotischen Defätismus gehen konnte.

Die Kriegsrealität provozierte auf ganz unterschiedlichen Ebenen steigende Erwartungen: Die massenhaften Opfer an den militärischen wie an den Heimatfronten trugen erheblich zum Durchbruch der Massendemokratie bei. Auch andere Erwartungen wurden am Ende des Krieges erkennbar, bei denen es um neue Formen der sozialen Teilhabe, der nationalen Autonomie, Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit und einer antikolonialen Stoßrichtung gegen die europäischen Kolonialreiche ging. Versucht man diese Tendenzen zusammenzufassen, greift das Bild der Krise des Liberalismus im Krieg zu kurz: Gerade in den Vereinigten Staaten bewiesen die liberalen „Progressivists“ um den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, dass der Krieg auch Chancen bot, eine spezifisch liberale Agenda durchzusetzen, ob durch eine stärkere wohlfahrtsstaatliche Intervention des Staates oder auf der Basis einer neuen Weltordnung, in der nationale Selbstbestimmung und kollektive Sicherheit zusammengeführt werden sollten.[2]

2. 1917-1923: Erwartungen und Erfahrungen im Umbruch

Nicht erst 1917 und im Zeichen von Woodrow Wilson und Wladimir Iljitsch Lenin begann der Krieg sich mit der potenziell systemsprengenden Kraft steigender Erwartungen zu verbinden. Die Mobilisierung der Kriegsgesellschaften und die permanente Suche nach neuen Bündnispartnern zwangen alle Akteure zu immer neuen und immer weitergehenden Versprechen. Das reichte von politischen Reformen im Blick auf das Wahlrecht und soziale Teilhabe, etwa durch die Anerkennung der Gewerkschaften, bis zu nationalpolitischen Versprechen, sei es gegenüber Nationen in Ostmittel- und Südosteuropa oder im Mittleren und Nahen Osten. Aber seit Frühjahr und Herbst 1917 markierten Wilson und Lenin noch etwas anderes: Sie repräsentierten eine neue Konkurrenz von politischen Utopien, die im Kern nicht mehr aus

2 Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, 5. Aufl. München 2014, S. 758-767; ders.: Das Dilemma von Erwartungen und Erfahrungen. Liberale im Ersten Weltkrieg. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014), S. 193-215; Manfred Berg: US-Präsident Woodrow Wilson und der liberale Internationalismus. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 67-90.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den westeuropäischen Gesellschaften stammten. Mochten ihre ideologischen Positionen konträr sein, so verband sich seit 1917 mit ihren Namen ein mögliches Ende des Krieges, ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und eine Nachkriegsordnung, die einen neuerlichen Krieg verhindern sollte.

Der Liberalismus war im „langen" 19. Jahrhundert seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts entstanden. Reinhart Koselleck hat für diese Phase der von ihm so genannten „Sattelzeit" ein besonderes Verhältnis zwischen Erfahrungen und Erwartungen diagnostiziert. Danach waren bis in die Frühe Neuzeit Erwartungshorizonte und Erfahrungsräume in einem zyklischen Zeitverständnis aufeinander bezogen geblieben. Zwischen 1770 und 1850 brach diese Zeitvorstellung auseinander, weil die Erwartungen der Menschen im Zeitalter der Französischen Revolution weit über ihre Erfahrungen hinausschossen.[3] Dieser besondere Überschuss an Erwartungen, an gleichsam antizipierter Geschichte, wirkte wie ein Motor für die moderne politisch-soziale Sprache und ihre ideologischen Grundbegriffe. Das galt in geradezu paradigmatischer Weise für den Liberalismus. Der Erste Weltkrieg kehrte diese Tektonik zwischen Erwartungen und Erfahrungen zunächst radikal um: Seit dem Sommer 1914 entlarvte der Krieg die politisch-konstitutionellen, aber auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittserwartungen, das ganze Erbe des 19. Jahrhunderts, mit dem sich zumal Liberale identifiziert hatten, als Szenarien, die der Dynamik der Gewalterfahrungen in diesem Krieg nicht mehr standhielten. Das Ergebnis war eine Glaubwürdigkeitskrise in nahezu allen Lebensbereichen: eine Krise der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch der ideologischen Entwürfe zur Rechtfertigung von Staaten und Reichen, von Nationen, Ethnien und Klassen.

Diese Krise wiederum ließ seit 1916/17 ein Vakuum entstehen, das sich als Nachfrage nach neuen Ordnungsmodellen zeigte, politischen und ökonomischen Modellen, aber auch solchen der internationalen Beziehungen. Und es erklärt die fast messianischen Hoffnungen, die sich ab 1917/18 vor allem auf den amerikanischen Präsidenten konzentrierten. Das galt für Europa, aber auch weit darüber hinaus. Der globale „Wilsonian Moment" von 1918/19 illustrierte dann, wie enttäuschte Erwartungen, etwa auf eine kolonialkritische Umsetzung der Vierzehn Punkte, in Desillusion und Gewalt umschlugen.[4] Der von Wilson vertretene Zusammenhang zwischen nationaler Selbstbestimmung und demokratischer Teilhabe fand jedenfalls in den europäischen Kolonialreichen der Briten und Franzosen eine enge Grenze. Die zahllosen Gewalträume des Frühjahrs 1919, vom russischen Bürgerkrieg

3 Reinhart Koselleck: „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien. In: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt/ M. 1989, S. 349-375.

4 Erez Manela: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism. Oxford 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

über Ägypten, Indien und Asien, unterstrichen, dass das Ende des Krieges nicht das Kontinuum der Gewalt unterbrach. So offenbarte sich nach 1918 ein grundsätzliches Dilemma der Politik. Die auf so vielen Ebenen provozierten Erwartungen im Zeitalter von Massendemokratie und Massenmedien ließen sich in der Praxis häufig nicht oder bloß unzureichend einlösen. Daraus entstanden neue Legitimationsprobleme. Die Handlungsspielräume nahmen im Spannungsfeld von Sagbarem und Machbarem tendenziell ab.

Das alles hatte gravierende Folgen für Liberale und für den Liberalismus. Schon während des Krieges erschienen viele Liberale in den europäischen Kriegsgesellschaften wie Anhänger einer überkommenen Idee von Staat und Gesellschaft, die den Herausforderungen des industrialisierten Krieges mit massenhaften Opfern nicht gewachsen schien. Vielen Zeitgenossen drängte sich der Eindruck einer bewahrenden, angesichts der Dynamik der Veränderungen fast rückwärtsgewandten Position auf, die jedenfalls keine positive utopische Qualität mehr aufwies und der jedenfalls keine starke Position mehr zukam. Verwiesen Liberale auf geregelte politische Verfahren und inkrementale Entscheidungsprozesse, auf Parlamente und Verfassungen, so versprachen neue militärische und politische Kriegseliten einen hiatischen Durchbruch auf dem Weg zum Sieg. Das Beispiel der Dritten Obersten Heeresleitung in Deutschland unterstreicht, dass sich in diesen Projektionen militärische und politische Ziele zunehmend überlagerten. Wie sich Liberale vor diesem Hintergrund zur Erfahrung von Gewalt und Zwang während des Krieges und im Nachkrieg verhielten, ist in vergleichender Perspektive bisher allenfalls in Ansätzen erforscht.

Seit 1916/17 nahm die Kritik am vermeintlichen Defätismus vieler Liberaler sowie die Unterstellung unpatriotischen Verhaltens spürbar zu, wenn Liberale die Suspendierung rechtsstaatlicher Prinzipien oder die schleichende Erosion von Parlamenten und Verfassungen kritisierten. Die Politik des britischen Premierministers David Lloyd George gegen die liberalen Kritiker der Wehrpflicht war dafür ein Beispiel, aber auch die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. In Italien ließ sich die kollektive Enttäuschung über die „vittoria mutilata“, den „verstümmelten Sieg“, der in keinem Verhältnis zu den enormen Opfern des Krieges zu stehen schien, gegen den Liberalismus der Risorgimento-Phase instrumentalisieren. Dabei wurden die Grenzen zwischen außen- und innenpolitischen Themen durch den Krieg und die Konflikte über die Friedens- und Nachkriegsordnung zunehmend durchlässiger. Fragen von Grenzziehungen, Territorien und Reparationsleistungen wurden unmittelbar relevant für innergesellschaftliche Konflikte um den Umgang mit dem Erbe des Krieges.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

3. Belastungen und Offenheit der historischen Situation: 1918/19 als „liberal moment“?

Trotz dieser Belastungen war die Situation nach dem Ende des Krieges prinzipiell offen. Die Nachkriegsphase vorschnell auf ein von 1939/41 her gedachtes Vorspiel zum nächsten Krieg zu reduzieren, raubt dem Moment den Charakter einer „vergangenen Zukunft“. Gerade die Hoffnung vieler Zeitgenossen, dass dieser Krieg ein „war to end war“ sein müsse, war nach 1918 stark ausgeprägt.[5]

Auch andere Entwicklungen ließen sich positiv werten. Denn der Krieg bedeutete, darauf haben zuletzt Tim Müller und Adam Tooze zu Recht hingewiesen, den Durchbruch der modernen Massendemokratie als neuer Handlungsgrundlage der Politik.[6] Doch darf man diese Entwicklung nicht im Sinne einer Erfolgsgeschichte idealisieren. Ein solches Narrativ würde einen wesentlichen Aspekt unterschätzen: Der Übergang zur Demokratie vollzog sich nach über vier Jahren Krieg im Zeichen des massenhaften Kriegsopfers. Hinzu kamen in den formal demokratisch verfassten Nachkriegsgesellschaften neue Exklusionen auf unterschiedlichen Ebenen, etwa in der Suche nach vermeintlich Schuldigen an unverarbeiteten Niederlagen oder unerfüllten Hoffnungen nach dem Sieg. Die Karriere der Dolchstoßlegende in Deutschland war dafür nur ein besonders krasses Beispiel. In den Nachfolgestaaten der multiethnischen Empires kam es zu langen und anhaltenden Konflikten um den Status ethnischer Minderheiten, die der Etablierung formal demokratischer Rechte Grenzen setzte. Die Kritik an überkommenen Ordnungsmodellen aus dem 19. Jahrhundert und die Erfahrung starker Kriegspolitiker mit charismatischem Anspruch – ob Clemenceau in Frankreich oder Lloyd George in Großbritannien – verbanden sich mit der Frage, ob sich die neuen im Krieg entwickelten Politikstile auf die Nachkriegsgesellschaften würden anwenden lassen. Viele Nachkriegsgesellschaften erwiesen sich angesichts der Umbrüche als anfällig für den autoritären Politikstil von Akteuren, die ihr Charisma als nationale Retter dem zurückliegenden Krieg verdankten. Das verband, bei allen Unterschieden, Hindenburg in Deutschland, Mannerheim in Finnland, Pilsudski in Polen, Horthy in Ungarn oder Pétain im Blick auf das Jahr 1940 in Frankreich miteinander.

5 Herbert George Wells: The War That Will End War. London 1914.

6 Tim B. Müller/Adam Tooze (Hrsg.): Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg. Hamburg 2015.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4. Kontinuitäten und Brüche, Narrative und Teleologien

Ein Zeichen für die Offenheit der historischen Situation, aber auch für die Gefahr der Entkonturierung waren nach 1918 neue fluide Semantiken: Die Bedeutungen der politischen Etiketten „liberal", „demokratisch" und „sozial" mochten nicht völlig verwischen, aber der formale Übergang zur Massendemokratie und die neuen Vorstellungen sozialer Teilhabe ließen neue Kombinationen und Amalgamierungen entstehen. So stellte sich die Frage nach der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontur des Liberalismus. Die Schwierigkeit, zum Beispiel die eigene Position zwischen der Garantie des Eigentums und einem konsequenten Kampf gegen Kartelle zu bestimmen, verdeutlichte dieses Problem. Dazu kamen die oben skizzierten Herausforderungen, vor allem die durch Krieg und Nachkrieg enorm gesteigerten Erwartungen an die Politik und neue Kommunikations- und Politikstile.

Ein wichtiges Thema für die künftige Forschung stellt nach wie vor die Frage nach Kontinuitätslinien und Brüchen zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und den 1930er Jahren dar. Erinnert sei in diesem Kontext nur an den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Reformpolitik in Deutschland und Großbritannien vor 1914, an den sozialen Liberalismus und die für diese wichtige programmatische Fortentwicklung gleichsam zweite Sattelzeit um 1900, auch als Voraussetzung für liberale Politikagenden nach 1918. Insgesamt sollte die Forschung bei dieser Frage weniger dem Schema von „vorher" und „nachher" folgen, sondern sich auf den Modus der Beschleunigung konzentrieren: Wo wirkten Weltkrieg und Nachkriegszeit als Katalysator von bereits vorhandenen Tendenzen und Entwicklungen, wo entstand etwas qualitativ Neues? Was genau wurde aus der Identifizierung des Liberalismus als „bürgerlicher Ideologie" nach 1918, was genau hieß „bürgerlich" nach den Erfahrungen des Krieges in verschiedenen Gesellschaften?

Für viele der in der Forschung verwendeten Etiketten für den Liberalismus des 20. Jahrhunderts wie „Ordo-" oder „Konsensliberalismus" gilt das hermeneutische Grundproblem vieler aus dem Rückblick formulierter Begriffe. Sie entstehen aus dem Wissen um die Ergebnisse, Wirkungen und Konsequenzen historischer Prozesse, sie homogenisieren und strukturieren die Komplexität der Vergangenheit retrospektiv. Dieser Logik des Rückblicks, welcher der Historiker nicht entgehen kann, muss man sich bewusst bleiben. Im Falle des Liberalismus ist die Vielzahl solcher Etiketten im 20. Jahrhundert durchaus auch ein Symptom: Wir können den Liberalismus nicht allein als permanente Erosions- und Niedergangsgeschichte erzählen, wie dies zumal in Deutschland mit Blick auf den Aufstieg des Nationalsozialismus und das Ende der Weimarer, der ersten demokratischen Republik häu-

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

fig geschehen ist.[7] Vielmehr offenbart sich in der längeren Perspektive eine ausgesprochene Anpassungsfähigkeit und Resilienz des Liberalismus unter immer wieder veränderten, immer wieder krisenhaften Bedingungen, die Tony Judt für das eigentlich überraschende Kennzeichen des Liberalismus im 20. Jahrhundert hielt. Doch bildeten Krise und der permanente Druck, sich in Programmatik und Praxis stets neuen Gegebenheiten anzupassen, und eben nicht der vielbeschworene ungebrochene Fortschritt schon im 19. Jahrhundert eher den Normalfall als die Ausnahme.[8]

5. Inhaltliche und methodische Perspektiven für die künftige Forschung

Wo liegen konkrete Perspektiven für die künftige Forschung zu Liberalen und zum Liberalismus nach 1918, und welche methodischen Herausforderungen sind damit verbunden?

a) Arbeit am Begriff: Die Phase nach 1918 war eine der Entkonturierung und Rekonturierung, nicht zuletzt auch in den politisch-sozialen Sprachen der Zeitgenossen. Als Ausgangspunkt bieten sich Untersuchungen zu den historischen Semantiken von „liberal" und „demokratisch", aber auch zu „sozial" und „republikanisch" an, nicht als isolierte Begriffsgeschichten, sondern als dichte Semantiken von Begriffsnetzen. Wie äußerten sich in neuen Komposita und Hybriden wie „sozial-liberal" oder „demokratisch-liberal" bestimmte Lernprozesse und Adaptionen? Welche Bedeutung kam dabei bestimmten Feindbildern wie zumal dem Antiliberalismus und dem Antibolschewismus nach 1917 zu?[9]

b) Varianten der Begriffsverwendung: Wie genau differenzieren wir als Historiker zwischen der historischen und der analytischen Begriffsverwendung? Welches Vorverständnis von Liberalismus bringen wir in unsere Untersuchungen mit, welche Ausschlusskriterien wenden wir an? Es macht einen erheblichen Unterschied, ob wir uns bei der Analyse auf den Liberalismus als ein Netz von politikmächtigen Ideen und Konzepten, auf eine konkrete Partei, auf eine Akteursgruppe, ein praktisches Politikfeld, einen intellektuellen Stil oder auf einen Habitus konzentrieren. Und gerade beim Liberalismus sind diese Varianten ausgesprochen kompatibel – auch dies eine

7 Friedrich Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus (1953)- 2. Aufl. Baden-Baden 1981.

8 Tony Judt/Timothy Snyder: Nachdenken über das 20. Jahrhundert. München 2013; Anselm Doering Manteuffel/ Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Dies. (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 13-32.

9 Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Erbschaft aus dem 19. Jahrhundert, die sich im 20. Jahrhundert vielfach fortsetzte.[10]

c) Vergleich, Transfer, Verflechtung: Bislang dominiert in den Forschungen zum Liberalismus im 20. Jahrhundert noch immer der Fokus auf deutsche und westeuropäische Entwicklungen. Auffallend ist auch die überraschende Resistenz von historiographischen Interpretationsmustern, die wie „Sonderentwicklung", „Betriebsunfall" und „Revision" vor allem aus der deutschen Binnensicht stammen. Demgegenüber erscheint es sehr wichtig, die Vielfalt europäischer Erfahrungsräume viel ernster zu nehmen. Schon Charles Maiers Analyse „Recasting bourgeois Europe" wies hier in eine wichtige Richtung.[11] Wenn in Frankreich die Dritte Republik zunächst gestärkt aus dem Krieg hervorging, geschah das auch durch eine geschichtspolitische Integration in einer durchaus polarisierten Gesellschaft, nicht zuletzt durch die Anerkennung der Französischen Revolution als historischem Bezugspunkt. Was bedeutete das aber für französische Liberale und wie kann man sie überhaupt nach 1918 verorten? Wie gingen Liberale in Großbritannien mit der neuen Rolle von Labour um und ist es angesichts des fortwirkenden Reformparadigmas aus dem 19. Jahrhundert überhaupt fair, von einem „strange death of liberal England" zu sprechen?[12] Und wie verändert sich unser Bild, wenn wir die Vereinigten Staaten miteinbeziehen, also die Enttäuschung der Progressivists, die auf den Krieg als Chance für ein neues, aktives Staatshandeln zur inneren Reform von Staat und Gesellschaft gesetzt hatten, aber auch die Durchsetzung der Position Franklin D. Roosevelts als Antwort auf die Krise seit Ende der 1920er Jahre? Warum gelang es andererseits den italienischen Faschisten, die Verantwortung für die Krise des Nachkriegs dem risorgimentalen „sistema liberale" anzulasten? Wie stellte sich in Schweden die Entkoppelung einer demokratischen Praxis von liberalen Werten dar? Was bedeutete die Versäulung sozialer Milieus und ihre Erosion in den Niederlanden für die Liberalen? Und wie gingen Liberale in den neuen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas mit den anhaltenden und sich verschärfenden Problemen von Minderheiten um, wie mit der Spannung zwischen ethnischen Konflikten und formal demokratischen Regeln der neuen Nationalstaaten?

Schließlich müssen wir auch danach fragen, wie eine globale Geschichte des Liberalismus unsere europäisch geprägten Interpretationen verändert. Schon der Blick auf den „Wilsonian Moment" von 1918/19 unterstreicht die weltweite Dimension, die nicht auf europäische Nachkriegsgesellschaften

10 Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters., München 2001.

11 Charles S. Maier: Recasting bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the decade after World War I. Princeton 1975.

12 George Dangerfield: The Strange Death of Liberal England. London 1935.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

verengt werden darf. Mit Antworten auf diese Fragen stehen wir allenfalls am Anfang, genauso wie beim Blick auf transnationale Aspekte, zum Beispiel in den neuen Internationalismen, den internationalen Beziehungen, in den Reaktionen auf wirtschaftliche und monetäre Verflechtungen wie im Falle der Reparationen.

d) Beschreibung und Erklärung: Für all diese möglichen Themen aber gilt, dass keine noch so dichte Beschreibung von nationalen Varianten und transnationalen Verflechtungen eine analytische Erklärung auf der Basis präziser Leitfragen ersetzen kann. Deshalb kommt keine Untersuchung des Liberalismus nach 1918 ohne eine genaue Reflexion über das Verhältnis zwischen Erklärung und dem zu Erklärenden, zwischen „explanans“ und „explanandum“ aus.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Alexander Olenik

Der „organisierte Liberalismus“ in Duisburg 1918 – 1933

Dieter Langewiesche konstatierte schon 1988, dass „[ü]ber die Entwicklung des kommunalen Liberalismus in der Weimarer Ära […] bislang wenig“[1] bekannt sei. Er forderte damals, die Liberalismusforschung um eine mikrogeschichtliche Perspektive zu verbreitern. Zum Kommunalliberalismus um die Jahrhundertwende sind in den letzten Jahren zwar in wachsender Zahl Untersuchungen erschienen, die auch von methodischen Überlegungen begleitet werden.[2] Für den Untersuchungszeitraum der Weimarer Republik ist Langewiesches Aufforderung hingegen bis heute nur vereinzelt umgesetzt worden.[3]

In diesem Sinne sollen am Beispiel der beiden liberalen Parteien, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP)/Deutsche Staatspartei (DStP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), in Duisburg bzw. seit der kommunalen Neugliederung 1929 Duisburg-Hamborn, die Spezifika des kommunalen Liberalismus in den Jahren 1918 bis 1933 herausgearbeitet werden. Vor dem Hintergrund kommunaler Krisenpolitik trafen in der Großstadt die Traditionslinien des rheinischen Liberalismus und seine Exponenten auf veränderte Ausgangsbedingungen für Parteiarbeit und -organisation. Besondere Beachtung sollen die spezifischen Züge der beiden Parteien, ihr Verhältnis zuein-

1 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988, S. 278.

2 Zuletzt Detlef Lehnert (Hrsg.): Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900. Köln u.a. 2014; zur Methodologie Dieter Langewiesche: Liberalismus und Region. In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. München 1995, S. 1-18; Karl Heinrich Pohl: „Einig“, „kraftvoll“, „machtbewusst“. Überlegungen zu einer Geschichte des deutschen Liberalismus aus regionaler Perspektive. In: Historische Mitteilungen 7 (1994), S. 61-80.

3 Für die Zwischenkriegszeit sind zu einzelnen deutschen Städten Aufsätze zum dortigen politischen Liberalismus erschienen, bspw. Ursula Büttner: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63 (1977), S. 1-34; Günter Hollenberg: Bürgerliche Sammlung oder sozialliberale Koalition? Sozialstruktur, Interessenlage und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten 1918/19 am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 392-430; Petrus Müller: Der politische Liberalismus in Nürnberg 1918-1945. Struktur, Stärke, Programmatik, Persönlichkeiten und politisches Verhalten. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 78 (1991), S. 231-263; Tobias Dürr: „Hochburg der Demokratie“ zwischen Weimarer Republik und Einheitssozialismus. Liberal-demokratisches Milieu in Zittau? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 10 (1998), S. 33-54.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ander sowie ihre regionalen Kennzeichen und Ausprägungen finden. Außerdem lässt sich anhand des Fallbeispiels die problematische Quellenlage für kommunale Parteiengeschichte aufzeigen.

Forschungsproblem

Von kurzen Abschnitten zu den einzelnen lokalen Parteiorganisationen in Gesamtdarstellungen zur Stadtgeschichte abgesehen, ist die Forschung zur Parteiengeschichte in Duisburg unvollständig. Entsprechend existieren für die Zeit der Weimarer Republik keine Spezialstudien zur Geschichte und Organisation des politischen Liberalismus. Allein über die prägende (national-)liberale Persönlichkeit dieser Zeit, Karl Jarres, Oberbürgermeister von Duisburg von 1914 bis 1933, liegen zwei Biographien vor.[4] Eine Ausnahme bildet Stephanie Günthers Dissertation zur kommunalpolitischen Arbeit der DVP, welche ihre Thesen beispielhaft an der Duisburger Ortsgruppe erläutert.[5]

Angesichts des bisherigen Forschungsstandes wäre eine derartige Studie primär auf bislang ungedruckte Quellen aus dem Zeitraum von 1918 bis 1933 angewiesen. Leider besitzen weder das Stadtarchiv Duisburg noch das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, originäre Parteiquellen. Es ist zu vermuten, dass auch die Bestände der Duisburger liberalen Parteiverbände und Ortsgruppen entweder um 1933 bewusst vernichtet worden oder bei Privatpersonen verloren gegangen sind.[6] Eine Teilrekonstruktion über Nachlässe liberaler Duisburger Persönlichkeiten (bspw. Karl Jarres, Otto Most), die das Stadtarchiv besitzt, ist ebenfalls nicht möglich, da sie zum parteigebundenen Kommunalliberalismus keine Aussagen enthalten.

Infolgedessen kann die Organisationsstruktur und das politische Wirken des politischen Liberalismus in Duisburg nur mit Hilfe von archivalischen Quellen, die einen indirekten Bezug zu den liberalen Parteien haben, erschlossen werden. Hier sind vor allem die Bestände verschiedener Lokalzeitungen sowie die Protokolle der Duisburger Stadtverordnetenversammlung

4 Vgl. Paul-Heinz Dünnebacke: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Diss. Münster 1975; Jürgen D. Kruse-Jarres: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. München 2006.

5 Vgl. Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik. Marburg 2011. Als Duisburger Quellenkorpus zog Günther die Protokolle der Stadtverordnetenversammlung heran.

6 Vgl. die Überlegungen zu den reichsweiten Beständen bei Lothar Albertin/Konstanze Wegner (Hrsg.): Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Düsseldorf 1980, S. LII-LV, LXI; Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 19-21; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. Düsseldorf 1994, S. 13 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von 1919 bis 1933 zu nennen. Besondere Bedeutung für die Analyse besitzen die lokalen Presseerzeugnisse, da sie der Stadtbevölkerung als wichtigste Informationsquelle in Fragen der Kommunalpolitik dienten. Die beiden bürgerlichen Tageszeitungen, die „Rhein- und Ruhrzeitung“ (RRZ) und der „Duisburger Generalanzeiger“ (DGA), konzentrierten sich mit besonderer Aufmerksamkeit auf die liberalen Ratsfraktionen, Parteien und Vorfeldorganisationen.[7] Die RRZ war eine parteinahe Zeitung der DVP – und mit Abstrichen auch der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) –, wohingegen der DGA als überparteilich galt. Die ebenfalls bürgerliche Essener Rheinisch-Westfälische Zeitung, die auch in Duisburg eine eigenständige Lokalredaktion unterhielt, berichtete allein über die lokale DNVP (sowie phasenweise die NSDAP) und ist für diesen Zweck ungeeignet. Die tagespolitische Arbeit von DDP und DVP lässt sich aus den Niederschriften über die Sitzungen der Duisburger bzw. Duisburg-Hamborner Stadtverordnetenversammlung erschließen und der Untersuchung nutzbar machen. Darüber hinaus können aus den Kommunalwahlergebnissen Erkenntnisse zur stadtteilspezifischen Verankerung der liberalen Parteien abgeleitet werden.

Die nachfolgende Analyse – besonders die Untersuchung der Parteiorganisation – muss, gerade wegen des Fehlens originärer Parteiquellen, unter dem Vorbehalt der Überlieferungsrekonstruktion erfolgen.

Vorgeschichte und Gründung von DDP und DVP

Bis es durch die Novemberrevolution 1918 auch auf kommunaler Ebene zu einer politischen Zäsur kam, dominierten in Duisburg die Vertreter des politischen Liberalismus, also Honoratioren aus dem Industriebürgertum, die Kommunalpolitik. Das preußische Dreiklassenwahlrecht sicherte ihnen eine strukturelle Mehrheit. Sie punkteten bei den hiervon begünstigten Wählern aus den höheren Steuerabteilungen mit ihrer lokalen Verwurzelung und konnten somit auf eine programmatische Ausrichtung verzichten. Ihre absolute Mehrheitsposition ermöglichte es ihnen, ein Politikverständnis zu bewahren, welches zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung eine flexible und konsensorientierte Zusammenarbeit vorsah. Die Honoratio-

7 Vgl. Peter Cinka: Träger kommunaler Entscheidungsprozesse in Duisburg in der Zeit von 1890 bis 1919. Duisburg 1992, S. 222-225.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ren sahen ihre und die gesamtstädtischen Interessen in Einklang zueinander.[8] Das Kennzeichen der Epoche war der sogenannte Munizipalsozialismus.[9] Die Vertreter des Kommunalliberalismus in Stadtverordnetenversammlung und Verwaltungsspitze gingen im späten 19. Jahrhundert dazu über, in ihren Kommunen ein Netz sozialer Sicherheit bereitzustellen, um die gesellschaftlichen Folgen der Industrialisierung und ab 1914 des Weltkrieges für die Bevölkerung zu dämpfen. Auch die Stadt Duisburg hatte bis Ende 1918 alle Versorgungseinrichtungen in kommunalen Besitz überführt.[10]

Im Kaiserreich war die Nationalliberale Partei (NLP), welche im protestantischen Bürgertum beheimatet war, die dominante liberale Partei im gesamten Ruhrgebiet. Sie entsandte ihre Vertreter in den Reichstag und in die Kommunalparlamente. Die verschiedenen linksliberalen Gruppierungen, die sich 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) vereinigt hatten, spielten im Vergleich zu den Nationalliberalen, der Sozialdemokratie und der Zentrumspartei eine marginale Rolle.[11] Die Stärke des Duisburger Kommunalliberalismus manifestierte sich noch bei der Wahl des Nationalliberalen Karl Jarres zum Oberbürgermeister im April 1914, welche innerhalb der liberalen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ausgehandelt worden war.[12]

Die Auswirkungen der Novemberrevolution erreichten schon am 10. November 1918 mit der Konstituierung eines Arbeiter- und Soldatenrates das Duisburger Stadtgebiet und seine Umgegend. Die Stadtverwaltung unter Führung ihres Oberbürgermeisters Karl Jarres gelang es jedoch, durch persönliche Gespräche mit den Revolutionären in die Arbeit des Revolutionsorgans eingebunden zu werden und eine Aufgabentrennung beider Institutionen schon am 11. November 1918 festzulegen.[13] Die amtierende Stadtverordnetenversammlung war in diese Verhandlungen nur indirekt eingebunden, denn es fehlte dem Kommunalparlament an Legitimation in der Bevölkerung und bei den neuen Machthabern, da es nach dem weite Kreise diskriminie-

8 Rainer Maria Buhr: Industriegesellschaft und organisierter politischer Liberalismus. Eine Untersuchung zu den sozialstrukturellen Voraussetzungen liberaler Wahlerfolge im Ruhrgebiet zur Zeit des Kaiserreiches. Diss. Essen 1988, S. 208 f u. 218; Dieter Langewiesche: Kommunaler Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900. Köln u.a. 2014, S. 39-71, hier S. 51 f.

9 Vgl. zum Begriff Langewiesche: Kommunaler Liberalismus (wie Anm. 8), S. 56.

10 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 56-63; Horst Romeyk: Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945. Düsseldorf 1985, S. 314.

11 Vgl. Buhr: Industriegesellschaft (wie Anm. 8), S. 124-127; zu den Wahlergebnissen der Reichstagswahlen 1907 und 1912 in Duisburg siehe Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 277 f.

12 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 45-49.

13 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 76 u. 78-80; Günter von Roden: Geschichte der Stadt Duisburg. Bd. 2: Die Ortsteile von den Anfängen. Die Gesamtstadt seit 1905. Duisburg 1974, S. 355.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

renden Dreiklassenwahlrecht gewählt worden war. Gleichwohl wurde durch das Verhandlungsgeschick des liberalen Oberbürgermeisters nicht nur die Exekutivfunktion der Stadtverwaltung gewahrt, sondern auch die parlamentarische Gremienarbeit auf kommunaler Ebene blieb in der Duisburger Umbruchzeit intakt.[14] Insbesondere die Liberalen wurden in den ersten Revolutionstagen in den darauf gebildeten neuen revolutionären Entscheidungsgremien nicht berücksichtigt. Der Gewerkvereinssekretär Alfred Czieslik war der einzige liberale Stadtverordnete (FVP) im Duisburger Arbeiter- und Soldatenrat.[15]

Andere Arbeiten haben sich ausführlich mit den Vorgängen der Neustrukturierung des politischen Liberalismus 1918, die zur Fortsetzung der organisatorischen Spaltung führten, beschäftigt[16], so dass an dieser Stelle nur auf das Ergebnis der Parteientransformation für Duisburg hingewiesen werden muss.

Die Duisburger Ortsgruppen der NLP und der FVP sowie weitere bürgerliche Kreise warteten die Vorgänge auf Reichsebene zunächst ab. Erst am 30. November 1918 trat die Ortsgruppe Duisburg der DDP, in welcher die FVP aufgegangen war, mit einem Aufruf reichspolitischen Inhalts an die Öffentlichkeit.[17] Tags darauf reagierte der Duisburger Vorstand der NLP und beschloss den Beitritt zur DVP Gustav Stresemanns.[18] Während die DDP in anderen Teilen des Reichsgebietes in der Werbung ehemaliger Nationalliberaler erfolgreich war, wurden im Duisburger Raum nur vereinzelte Mitglieder der NLP abgeworben. So verblieben auch die Duisburger Jungliberalen, die Jugendorganisation der NLP, bei der DVP, obwohl ihre Reichsleitung zur DDP gewechselt war. Ihr Führer Siegfried Müller wurde sogar am 9. Dezember 1918 zum Vorsitzenden der DVP Duisburg nominiert.[19] Die Parteientransformation an Rhein und Ruhr führte somit zu keinen größeren Verschiebungen innerhalb der liberalen Mitglieder- und Organisationsbestände

14 Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass sich die folgenden reichsweiten Krisen auch auf Duisburg in z.T. bürgerkriegsähnlichen Ausmaßen ausgewirkt haben, vgl. Roden: Duisburg (wie Anm. 13), S. 356-358 u. 362-365.

15 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 432 u. 436. Eine unmittelbare Reaktion auf die Revolutionsvorgänge von Seiten der Duisburger liberalen Parteien ist nicht überliefert.

16 Siehe die detailreichen Abschnitte bei Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, S. 54-72; Richter: Volkspartei (wie Anm. 6), S. 31-45 (mit Blick auf Stresemanns Rolle); Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973, S. 13-45, (z.T. mit Inneneinsichten des Autors als Zeitzeugen).

17 Vgl. Stadtarchiv Duisburg (StADU), 68/14, DGA 30.11.1918, S. 2, 4; StADU, 68/4, RRZ 30.11.1918 Morgenausgabe, S. 3.

18 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 01.12.1918, S. 5.

19 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 10.12.1918 Morgenausgabe, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Vorkriegszeit. Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom Februar 1919 war ebenfalls atypisch. Die DVP errang 7.520 Stimmen und die DDP 6.239 Stimmen, das waren ungefähr 10,1 % bzw. 8,4 % der Gesamtstimmenzahl. Zieht man die Ergebnisse der zuvor stattgefundenen Wahlen zur Nationalversammlung und zum preußischen Landtag hinzu, so hatte die DVP in Duisburg entgegen dem reichsweiten Trend besser abgeschnitten als die DDP.[20]

Organisation

Im vertikalen Gefüge beider Parteien war die Ortsgruppe als kleinste Organisationseinheit vorgesehen. Bei der DVP bestand diese satzungsgemäß aus den Organen Mitgliederversammlung, Vorstand und Geschäftsführender Ausschuss. In DDP-Statuten waren Mitgliederversammlung, Vorstand und optional eine Hauptvertrauensfrau vorgesehen. Da die Satzungen nur wenige Paragraphen zur Ortsgruppenebene besaßen, konnte eine solche Basisstruktur beliebig erweitert werden, solange das Primat der Reichspartei nicht angetastet wurde.[21] Das Problem der Reichsleitung bestand vielmehr darin in wirtschaftlichen Notzeiten – vor allem während der Inflation 1922/23 und seit der Weltwirtschaftskrise 1929 – die Existenz der untersten Organisationseinheiten zu gewährleisten.[22] Neben ihrer organisatorischen Selbstverwaltung blieben die Ortsgruppen in der Auslegung ihrer Kommunalpolitik weitestgehend unabhängig von der jeweiligen Reichspartei.[23] Im Laufe der 1920er Jahre wurden bei der DVP kommunalpolitische Leitfäden und Richtlinien jedoch auch auf Reichsebene entwickelt.[24]

Zum Aufbau der Duisburger Organisationen liegen nur fragmentarische Informationen vor. Gesicherte Auskunft zum Ortsgruppenvorstand der Duisburger DDP gibt allein das zweimal erschienene Organisationshandbuch der Reichsgeschäftsstelle für die Jahre 1925 bis 1928. Danach setzte sich der Vorstand der Ortsgruppe Duisburg aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, einem Schriftführer und einem Schatzmeister zusammen. Die Ämter

20 Vgl. Roden: Geschichte (wie Anm. 13), S. 368; zu den Duisburger Ergebnissen der Wahl zur preußischen Konstituante siehe StADU, 68/4, RRZ 28.01.1919 Morgenausgabe, S. 1 (DDP: 7.835 Stimmen, DVP: 11.738 Stimmen); zur Nationalversammlung siehe StADU, 68/4, RRZ 21.01.1919 Morgenausgabe, S. 1 (DDP: 9.368 Stimmen, DVP: 15.920 Stimmen).

21 Vgl. Albertin/Wegner: Linksliberalismus (wie Anm. 6), S. XXXIII; Richter: Volkspartei (wie Anm. 6), S. 153.

22 So beklagte etwa die Reichsleitung der DDP, dass der inflationsbedingte Wiederaufbau der untersten Organisationsebene durch die dichte Abfolge der Wahlen noch 1926 nicht abgeschlossen wäre, vgl. Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei (Hrsg.): Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, S. 10 f.

23 Vgl. Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 101.

24 Vgl. ebd., S. 109 u. 126.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wiesen in dieser Zeit eine hohe personelle Kontinuität auf. Außerdem besetzten die Duisburger zugleich die führenden Positionen im übergeordneten Wahlkreisverband Düsseldorf-West der DDP (Vorsitz, Geschäftsführung und Schatzmeister).[25] Zeitweilig existierten sogar stadtteilbezogene Ortsgruppen. 1930 wurde analog der Vorgänge im Reichsgebiet auch in Duisburg-Hamborn ein Aktionsausschuss der Deutschen Staatspartei aufgestellt. Dieser gab am 17. August 1930 die Gründung der DStP bekannt. Nach eigenen Angaben hätten sich dieser neuen Partei Vertreter der DDP, der DVP, der Volksnationalen Reichsvereinigung (darunter der Jungdeutsche Orden) und der Gewerkschaften angeschlossen. Der Blick auf den Duisburger Gründungsaufruf verdeutlichte, dass die Mehrzahl Mitglieder der DDP waren.[26] Das DDP-Übergewicht verstärkte sich noch, als die Volksnationalen nach der Reichstagswahl die Partei verließen.[27] Die DStP in Duisburg übernahm die Strukturen der DDP.[28]

Die Strukturen der Volkspartei entsprachen denen der Demokraten. Sie waren jedoch auf der unteren Organisationsebene stärker ausgebaut als bei der linksliberalen Konkurrenz. Die Gründe hierfür dürften einerseits in den Strukturen der ehemaligen NLP liegen, welche die DVP sich nutzbar machen konnte. Andererseits hatte die Wahlkreisorganisation des 23. Wahlkreises früh ein Gespür für die Bedeutsamkeit kommunalpolitischer Strukturen entwickelt.[29] Wie bei der DDP gab es zwischen dem Stadtkreisverband Duisburg(-Hamborn) und dem Wahlkreisverband personelle und organisationstechnische Doppelungen. Die Basis bildeten wiederum die Ortsgruppen, teilweise auch Bezirke genannt, in den ehemaligen eigenständigen Ortsteilen und den einwohnerreichen Stadtteilen, die zum Ende der Weimarer Republik aus Finanznot z. T. zusammengelegt wurden.[30] Mit der Vergrößerung des Duisburger Stadtgebietes mussten die vormals eigenständigen Parteiorganisationen Hamborns und des Landkreises Düsseldorf in den Stadtkreisverband (und im Falle Duisburg-Süds auch in den Wahlkreisverband) integriert werden. Sowohl die DDP als auch die DVP in Hamborn hatten sich bis zuletzt gegen den Zusammenschluss ihrer Heimatstadt mit Duisburg gewehrt, so dass diese neuen Parteimitglieder zudem mit der veränderten Situation

25 Vgl. Reichsgeschäftsstelle: Organisationshandbuch (wie Anm. 22), S. 293 f; Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei (Hrsg.): Ergänzungsband zum Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1928, S. 122.

26 Dort lassen sich nur zwei DVP-Mitglieder nachweisen, vgl. StADU, 68/4, RRZ 17.08.1930 Sonntagsausgabe, S. 16.

27 Vgl. mit den Vorgängen in Hamburg: Büttner: Vereinigte Liberale (wie Anm. 3), S. 33 f.

28 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 16.08.1930 Morgenausgabe, S. 3.

29 Vgl. Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 147, 149 u. 161.

30 So geschehen mit den Ortsgruppen Duissern und Neudorf, vgl. StADU, 68/4, RRZ 02.03.1933 Abendausgabe, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

versöhnt werden mussten.[31] Stärker noch als in den Jahren zuvor musste die DVP-Geschäftsführung nach 1929 viel Zeit aufwenden, die eigene Organisation vor der interessengeleiteten Aufsplitterung zu bewahren.[32] Im Vorfeld der Mutterpartei existierten zudem Unterabteilungen DVP-naher Jugendorganisationen auf Stadtteil- bzw. Stadtkreisebene: der Hindenburgbund als offizieller Jugendverband und der sogenannte Februar-Klub.[33] Beide Gruppierungen verhielten sich durchweg loyal zur Mutterpartei. Ihr innerparteilicher Einfluss war jedoch begrenzt, denn Vertreter der DVP-Jugend wurden auf den Kommunalwahlvorschlägen nie an aussichtsreicher Stelle platziert.[34]

Zur Finanzierung der beiden liberalen Organisationen liegen keine spezifischen Informationen aus Duisburg vor. Es lässt sich aber sagen, dass bei der Aufstellung der Wahlvorschläge für die Duisburger Kommunalwahlen weniger das Sonderinteresse großindustrieller Spender als vielmehr der stadtteilspezifische Proporz berücksichtigt wurden. Eine weitere einflussreiche, weil zahlenmäßig große Interessengruppe waren die Vertreter des mittelständischen Gewerbes. Forum und Medium der Interessengruppen waren die Fachausschüsse, die in unterschiedlicher Dichte auf Wahlkreis-, Stadtkreis- und Ortsverbandsebene bestanden. Deren Einflussnahme ist jedoch nur am Einzelfall nachzuweisen: Die mittelständischen Vertreter in der DVP-Fraktion votierten etwa in der Frage der Biersteuererhöhung 1930 gegen die Fraktionsmehrheit.[35]

Sowohl die DDP als auch die DVP waren zwischen 1919 und 1933 in Gruppen- oder Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.[36] Anhand der berufsständischen und wohnortsbezogenen Angaben zu den Fraktionsmitgliedern und Listenkandidaten lässt sich ein Vergleich der liberalen Fraktionen und Parteien anstellen. Die Wahlvorschläge wurden jeweils in der Lokalpresse veröffentlicht und enthielten neben dem Namen der Kandidaten, deren Beruf – ausgenommen beim Wahlvorschlag der DDP für

31 Siehe den Boykottaufruf der Hamborner Parteien, StADU, 68/4, RRZ 07.07.1929 Sonntagsausgabe, S. 10.

32 Bspw. den Bericht des Geschäftsführers Adolf Beyer über die Aufstellung des Wahlvorschlags zu den Stadtverordnetenwahlen des Jahres 1929 bei der DVP-Beeck, vgl. StADU, 68/4, RRZ 15.11.1929 Abendausgabe, S. 4.

33 Über eine DDP-Jugendgruppe ist (auch in der Presse) nichts überliefert.

34 So wurde der langjährige Vorsitzende des Wahlkreisjugendverbandes Düsseldorf-West, Curt Gilles, bei den Kommunalwahlen 1929 und 1933 jeweils auf dem aussichtslosen Listenplatz Nr. 12 aufgestellt, vgl. StADU, 68/4, RRZ 24.10.1929 Morgenausgabe, S. 3; RRZ 04.03.1933 Morgenausgabe, S. 6.

35 Vgl. StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 31. Oktober 1930 (11. Sitzung) [Konvolut ohne Seitenzahlen].

36 Die Demokraten waren mit einer sechsköpfigen Fraktion (1919-1924), einer Ratsgruppe von zwei Stadtverordneten (1924-1929) und zuletzt einer Einzelabgeordneten (1929-1933) vertreten. Die DVP entsandte sieben (1919-1924), acht (1924-1928) und wieder sieben (1929-1933) Stadtverordnete in das Stadtparlament.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Wahlen 1929 – und Anschrift.[37] Dass die liberalen Parteien die Mehrzahl ihrer Kandidaten aus Alt-Duisburg rekrutierten, war ihnen gemeinsam. Dennoch achtete die DVP 1919 und 1924 mehr als ihre linksliberale Konkurrentin auf einen stadtteilspezifischen Proporz in ihrem Wahlvorschlag. Stattdessen berücksichtigten die Demokraten in ihrem fünfzehnköpfigen Aufgebot für die Kommunalwahl 1924 nur einen einzigen Vertreter, der nördlich der Ruhr wohnhaft war. Die Eingliederung Hamborns und des Südens verlangte eine erhöhte Kompromissfähigkeit bei der Aufstellung der Wahlvorschläge für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im November 1929. DDP und DVP begegneten dieser Aufgabe mit der Berücksichtigung der Hamborner Parteikollegen auf niedrigen einstelligen Listenplätzen. Die ebenfalls neu hinzugekommenen Ortsteile im Süden, die jedoch mehrheitlich katholisch geprägt waren, wurden hingegen benachteiligt.

Die Kommunalwahllisten waren berufsständisch weit gestreut. Die Größe der volksparteilichen Wahlvorschläge (jeweils ungefähr 25 Kandidaten) lässt vermuten, dass es sich hierbei – ähnlich der Reichsliste bei Reichstagswahlen – insgesamt „um eine Art „Visitenkarte" handelte, die über die für die DVP besonders charakteristischen politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Kräfte informieren sollte".[38] Die Fraktionen kennzeichnete jedoch, dass sie keine Arbeitervertreter in ihren Reihen hatten.[39] Personelle Änderungen während der Legislaturperiode (aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen) veränderten das berufliche und geographische Gewicht innerhalb der Fraktionen nur unerheblich.[40]

Frauen waren auf den Wahlvorschlägen unterrepräsentiert. Mit Hedwig Averdunk (DVP, 1924-1933) und Grete Pasie (DDP/DStP, 1919-1933) saßen zwei weibliche Stadtverordnete in den Reihen der Liberalen. Über die Konfessionsstruktur der Wahlvorschläge und der gewählten Fraktionsmitglieder geben die herangezogenen Quellen keine Auskunft. Geistliche Berufe waren jedenfalls nicht vertreten. Obwohl von einer mehrheitlich protestantischen Mitglieder- und Wählerstruktur auszugehen ist, waren nachweisbar einzelne Positionen zwischenzeitlich mit Juden oder Katholiken besetzt.[41]

37 Für 1919, vgl. StADU, 68/4, RRZ 18.02.1919 Morgenausgabe, S. 4; für 1924, vgl. StADU, 102/434, Stadtverordneten-Wahl 4. Mai 1924; für 1929, vgl. StADU, 68/4, RRZ 24.10.1929 Morgenausgabe, S. 3 (DVP); StADU, 68/4, RRZ 15.10.1929 Morgenausgabe, S. 4 (DDP);StADU, 68/4, RRZ 05.11.1929 Morgenausgabe, S. 7 (beide).

38 Wolfgang Hartenstein: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920. Düsseldorf 1962, S. 217.

39 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 455-458.

40 Vgl. StADU, 102/432, Brief von Julius Liebreich an Oberbürgermeister Jarres, 04.02.1921; StADU 102/434, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsordnungs- und Verfassungsausschusses, 16.11.1926; Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 161.

41 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 455-458 u. 460; Günter von Roden: Geschichte der Duisburger Juden. Bd. 2. Duisburg 1986, S. 936 f u. 1200.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Betrachtung der Wahlergebnisse der Kommunalwahlen nach Stimmbezirken (siehe Anhang)[42] gibt Aufschluss über die Hochburgen der DDP und DVP im Stadtgebiet. Danach lagen die Wählerreservoirs der DVP in den mehrheitlich bürgerlich geprägten Geschäfts- und Wohnvierteln Duisburgs.[43] Schon bei der Kommunalwahl 1919 hatte sie hier über dem Durchschnitt (bspw. im sogenannten Wasserviertel mit 24,5% der Stimmen) abgeschnitten. Die DDP war auf einem niedrigeren Niveau in allen Stadtteilen recht ausgeglichen vertreten. Sie war in verschiedene Wählerschichten eingebrochen, hatte sich jedoch noch nicht etabliert. Die DVP wiederum hatte zwar ihre Mehrheitsposition im bürgerlichen Lager verloren, konnte sich aber gegenüber den Demokraten behaupten. Die DVP erzielte bei den Stadtverordnetenwahlen 1924 in allen Stadtteilen Stimmengewinne, während die DDP große flächendeckende Verluste erlitt (u. a. wegen der neuen Wählergruppen). Die DVP reüssierte besonders in ihren bürgerlichen Hochburgen des Jahres 1919, so dass sie wieder zur stärksten Kraft im protestantischen Bürgertum avancierte. Die DVP hatte offenbar frühere nationalliberale Wähler von den Demokraten und Deutschnationalen zurückgewonnen. Das DDP-Ergebnis näherte sich prozentual wieder den linksliberalen Reichstagswahlstimmen im Kaiserreich an. Bei der Kommunalwahl 1929 fiel sie unter das prozentuale Niveau der FVP bei den Reichstagswahlen 1912.[44] Auch die DVP musste sowohl in absoluten als auch prozentualen Zahlen doppelstadtweit Stimmenverluste hinnehmen. Ihre innerstädtischen Hochburgen konnte sie mit leichten bis mittelgroßen Verlusten behaupten. Erst bei den Stadtverordnetenwahlen im März 1933 stürzte auch die DVP in der Wählergunst auf das Niveau der DStP ab (1,2% zu 0,2%). In keinem der gesondert aufgeführten Stadtteile war ein Ausreißer nach oben verzeichnet.[45]

Einen einmaligen Eindruck von der Wählerstruktur des politischen Liberalismus in Duisburg gibt der am 11. Dezember 1918 veröffentlichte Gründungsaufruf der DVP, den 330 Mitglieder, Sympathisanten und Unterstützer der Partei unterzeichnet hatten.[46] Die Anzahl und Berufsstruktur der Unterzeichner lassen den Anspruch der DVP erkennen, dass sie sich in Duisburg als Partei, die Anhänger und Wähler in allen Bevölkerungsschichten hat, verstand und angesehen werden wollte. Die Wählerbasis der Jahre 1919 und 1924 bestätigt diese Tendenz. Eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestand jedoch in der Zusammensetzung der Duisburger Ent-

42 Stimmbezirksergebnisse werden aufgeführt in StADU, 68/14, DGA 24.02.1919, S. 2; StADU, 68/4, RRZ 06.05.1924 Morgenausgabe, S. 6; StADU, 68/14, DGA 18.11.1929, S. 3.

43 Zur sozioräumlichen Charakterisierung der Duisburger Stadtteile siehe Manfred Schulz: Die Entwicklung Duisburgs und der mit ihm vereinigten Gemeinden bis zum Jahre 1962. Duisburg 1977, S. 131-136.

44 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 278.

45 Vgl. StADU, 68/14, DGA 13.03.1933, S. 3.

46 Vgl. StADU, 68/14, DGA 11.12.1918, S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

scheidungsträger gegenüber ihrer Mitgliederbasis. Die Demokraten hatten keinen vergleichbar üppigen Wahlaufruf veröffentlicht. Zur überregionalen Mitgliederbasis der DDP ist festgestellt, dass die DDP um die gleichen sozialen Wählermilieus warb wie die DVP.[47] Dieses Ergebnis entspricht den Verhältnissen in Duisburg, da im Kaiserreich allein die NLP das bürgerlich-liberalkonservative Milieu abgedeckt hatte, so dass sich die Mitglieder der (indirekten) Nachfolgeparteien (einschließlich DNVP) um dieses Mitglieder- und Wählerreservoir gruppierten.

Besonders in den Anfangsmonaten der Weimarer Republik umwarben DDP und DVP einen neuen Mitglieder- und Wählerkreis. Sie zielten vor allem auf die potentiellen Wählerinnen, die sie mit weiblichem Personal und eigenen Veranstaltungsformaten, sogenannten „politischen Unterweisungsabenden für Frauen und Mädchen", über ihr Wahlrecht aufklären und für sich gewinnen wollten.[48] Gleichwohl stellten auch die ehemaligen Mitglieder und Sympathisanten der Duisburger NLP eine gesondert umworbene Gruppe dar.[49] Die Liberalen waren hinsichtlich ihrer Parteiorganisation bemüht ihr Selbstbild als Honoratiorenverein zu modifizieren, indem sie über das Jahr hinweg (besonders in den Wintermonaten) versuchten Kontakte zu den Mitgliedern und Wählern aufzubauen.[50] Die Parteien organisierten Mitgliederversammlungen, Informationsveranstaltungen (sogenannte „Kommunalpolitische Abende")[51], Stammtischsitzungen und Veranstaltungen zu den Gedenktagen des Kaiserreichs (Kaisergeburtstag, Sedanstag) respektive der Republik (Verfassungstag)[52] oder Einzelereignissen (Trauerkundgebung für Gustav Stresemann, Rheinlandräumung)[53]. Erst aufgrund rückläufiger finanzieller Ressourcen in der Niedergangsphase der Weimarer Republik verlangsamte sich die eingeleitete Emanzipation der liberalen Parteien von ihrem früheren Bild als abgeschlossener Honoratiorenverband, da auch die Mitgliederpflege und -werbung reduziert bzw. eingestellt werden musste. Über Mit-

47 Vgl. Lothar Döhn: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei. Meisenheim am Glan 1970, S. 55 f.; Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 1), S. 243 f.; Wilhelm Ribhegge: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947. Münster 2008, S. 341.

48 Vgl. StADU, 68/14, DGA 15.12.1918, S. 2; StADU, 68/4, RRZ 06.12.1918 Morgenausgabe, S. 4; RRZ 01.01.1919, S. 2; RRZ 05.01.1919, S. 2.

49 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 01.01.1919, S. 4; RRZ 14.01.1919, S. 2 u. 5; RRZ 17.01.1919 Abendausgabe, S. 1.

50 Vgl. Richter: Volkspartei (wie Anm. 6), S. 153; Horst Romeyk: Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen. In: RhVjbll 39 (1975), S. 189-236, hier S. 199 f.

51 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 04.06.1930 Morgenausgabe, S. 4; RRZ 05.06.1930 Morgenausgabe, S. 4.

52 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 13.07.1929, S. 3.

53 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 03.09.1925 Morgenausgabe, S. 3; RRZ 05.10.1929 Morgenausgabe, S. 3; RRZ 08.10.1929 Morgenausgabe, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gliederzahlen ist wenig bekannt: 1926 soll die Duisburger DDP 300 bis 350 Mitglieder gehabt haben.[54]

Politische Arbeit

Eine Duisburger Besonderheit war der nationalliberale Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres, welcher kurz nach ihrer Gründung im Dezember 1918 der DVP beitrat[55] und über die Zäsur 1918/19 hinweg von 1914 bis 1933 amtierte. In seiner Rolle als Stadtoberhaupt vermied er es jedoch sich als Vertreter einer Partei zu exponieren. Zur DVP und ihren Stadtverordneten hielt er im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum Distanz.[56] In dieser Einstellung bekräftigten ihn die positiven Signale aus allen politischen Lagern (mit Ausnahme der Kommunisten). Die DVP warb nur bei den Kommunalwahlen 1933 mit „ihrem" Oberbürgermeister![57] In den kritischen Tagen im Frühsommer 1919 und im März 1920 wurde Jarres fraktionsübergreifend das Vertrauen ausgesprochen.[58] Der Oberbürgermeister wurde sowohl 1926 (einstimmig) wiedergewählt als auch 1930 (gegen die Stimmen der KPD) in seinem Amt bestätigt.[59]

Entgegen der personellen Beständigkeit im Oberbürgermeisteramt herrschte eine größere Fluktuation bei den Beigeordnetenstellen sowie bei der parlamentarischen Majorität in Duisburg. Neue Beigeordnete wurden nach den politischen Mehrheitsverhältnissen gewählt, so dass sich die liberale Dominanz reduzierte und DDP und DVP sogar miteinander konkurrierten.[60] Die Minderheitenposition des politischen Liberalismus in der Stadtverordnetenversammlung seit 1919 hatte darüber hinaus Auswirkungen auf die kommunalpolitische Arbeit in diesem Gremium: Die DVP unterstützte mehr als andere Fraktionen die Politik der Stadtverwaltung. Diese asymmetrische

54 Die bis 1929 unabhängige Ortsgruppe Hamborn stagnierte schätzungsweise bei 50 Mitgliedern, vgl. Reichsgeschäftsstelle: Organisationshandbuch (wie Anm. 22), S. 294; dies.: Ergänzungsband (wie Anm. 25), S. 122.

55 Vgl. Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 167.

56 Vgl. ebd., S. 70 f.

57 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 12.03.1933, S. 14. Denn Jarres kandidierte zeitgleich für den Provinziallandtag.

58 Vgl. StADU, 100A/1/11, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 13. Mai 1919 (8. Sitzung), S. 65; Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 125.

59 Vgl. StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 3. Februar 1926 (1. Sitzung), S. 539; StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 4. Januar 1930 (1. Sitzung).

60 Vgl. StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 25. Mai 1923 (11. Sitzung), S. 225.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Beziehung stärkte den Oberbürgermeister und identifizierte die Politik der Volkspartei übermäßig mit den Zielen der Stadtverwaltung, eine Haltung, die von Seiten der DVP auch offensiv beworben wurde.[61] Die nationalliberalen Stadtverordneten bemühten sich, so lange wie möglich die Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung, ein Kernstück ihres Gedankenguts, abzuwenden, indem sie auf der Ausgabenseite die Nothaushaltspläne der Stadtverwaltung gegen den Willen ihrer Interessengruppen unterstützten.[62]

Im Wahlkampf 1919 orientierte sich die DVP inhaltlich und personell an der NLP, um sich als Garant von Kontinuität und Stabilität anzubieten. Die Wahlversammlungen mit tagesaktuellen Fragen standen im Widerspruch zum „unpolitischen" Anspruch der volksparteilichen Kommunalpolitik.[63] Das Aufkommen von Interessenparteien beeinflusste den DVP-Wahlkampf 1924 und 1929, weshalb man diese einerseits attackierte und andererseits aber jeweils erfolglos die Bildung einer bürgerlichen Einheitsliste forcierte.[64] Ab 1924 forderten die Rechtsliberalen zudem einen Rückbau der kommunalen Beteiligungen und Eigenbetriebe zugunsten der heimischen Unternehmer.[65] Entsprechend der veränderten Ausgangsposition im Jahr 1929 propagierte die DVP mit einer gesamtstädtischen Politikperspektive angetreten zu sein und bezog somit Stellung gegen die berufsständischen und geographischen Partikularbestrebungen im bürgerlichen Lager.[66] Trotzdem umwarb die DVP weiterhin den Mittelstand.

Im Jahr 1919 angetreten unter dem Wahlspruch „Frische Luft in den Stadtverordneten-Saal"[67], setzte die DDP auf eine lagerübergreifende Kommunalpolitik, welche auch linksoppositionelle Anträge unterstützte, wenn sie ihren gesellschafts- und schulpolitischen Zielvorstellungen entsprachen.[68] In der ersten Nachkriegslegislaturperiode versuchte die demokratische Fraktion mit einer großen Anzahl von Anträgen und Anfragen auf ihre anderslautenden liberalen Positionen aufmerksam zu machen und sich als konstruktiv kri-

61 Zu dieser Einschätzung vgl. auch Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 143 f.
62 Vgl. StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 16. Mai 1931 (5. Sitzung).
63 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 18.02.1919, S. 2; RRZ 20.02.1919 Morgenausgabe, S. 2.
64 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 07.04.1924 Mittagsausgabe, S. 5; RRZ 04.05.1924, S. 7 u. 15; RRZ 10.09.1929 Abendausgabe, S. 4.
65 Vgl. zum Programm StADU, 68/4, RRZ 01.05.1924 Abendausgabe, S. 3.
66 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 13.11.1929 Abendausgabe, S. 4; RRZ 15.11.1929 Abendausgabe, S. 4.
67 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 16.02.1919 Morgenausgabe, S. 5.
68 Vgl. StADU, 100A/1/11, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 5. März 1920 (4. Sitzung), S. 207 f (DDP-/SPD-Antrag zur Unterstützungsmittelstreichung für ein katholisches Oberlyzeum); StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 2. April 1925 (6. Sitzung), S. 470 f (Unterstützungsankündigung von Vorschlägen der Linksparteien in der Haushaltsrede).

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tische Alternative zu positionieren.[69] Danach war der tagespolitische Einfluss der DDP-Ratsgruppe durch den Verlust des Fraktionsstatus' stark vermindert, auch wenn sie über eine Wahlgemeinschaft mit der volksparteilichen Fraktion bei den Wahlen zu den Ausschüssen berücksichtigt wurde.[70] In den Jahren von 1929 bis 1933 war Grete Pasie als DDP-Einzelabgeordnete marginalisiert.[71]

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten in Deutschland und Duisburg mit scheinlegalen und totalitären Mitteln die Macht und verdrängten die liberalen Parteien und ihre Vertreter, die schon zuvor an Anziehungskraft eingebüßt hatten, von der politischen Mitwirkung. Unter dem Druck des NS-Staates lösten sich DStP und DVP spätestens im Sommer 1933 auch in Duisburg auf.[72]

Fazit

Trotz quellenbedingter Einschränkungen macht die Einnahme einer mikrogeschichtlichen Perspektive es also möglich, die Eigenarten und Eigenständigkeit der kommunalen DDP/DStP und DVP hervorzuheben. Von dieser Arbeitsgrundlage her bietet die skizzenhafte Analyse bezüglich der Geschichte und Organisation von DDP und DVP somit folgende Schlussfolgerungen für Duisburg an:

1. Die liberalen Konkurrentinnen DDP und DVP hatten nach 1918 verschiedenartige Startbedingungen, da sie das nationalliberale Vorkriegsmilieu organisatorisch und personell ungleich repräsentierten. Hiervon abhängig war auch die Aufbauarbeit beider Parteien. In ihrer Organisationsentwicklung waren DDP und DVP bemüht, den allgemeinen republikanischen Neuerungen sowie den stadtspezifischen Anforderungen Rechnung zu tragen.
2. Im Einklang mit dem reichsweiten Trend verschoben sich bei den Wählern nur anfangs die Zustimmungswerte innerhalb des liberalen Lagers. Der politische Liberalismus konnte im Nachkriegsjahrzehnt (1919

69 Über 50 Anfragen/Anträge wurden gestellt; im gleichen Zeitraum brachte die DVP nur zehn vor, eigene Zusammenstellung nach StADU, 100A/1/11 und StADU, 100A/1/14.

70 Vgl. StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 23. Mai 1924 (4. Sitzung), S. 337 f.

71 Siehe ihre Haushaltsreden, vgl. StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 25. April 1930 (6. Sitzung); StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 16. Mai 1931 (5. Sitzung).

72 Zu den offiziellen Terminen vgl. Romeyk: Volkspartei (wie Anm. 50), S. 234; Stephan: Linksliberalismus (wie Anm. 16), S. 490.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bis 1924 ganzheitlich, 1924 bis 1929 in Form der DVP) in einem kleineren Maßstab an den Einfluss der Nationalliberalen im Kaiserreich anknüpfen und blieb dementsprechend bis zu seinem Niedergang nach 1929 eine nicht zu vernachlässigende Größe der Duisburger Kommunalpolitik. Ihren geographischen und soziologischen Schwerpunkt hatten die Liberalen in den bürgerlichen Stadtteilen Alt-Duisburgs.

3. Die liberalen Parteien hatten ein besonderes Verhältnis zur Duisburger Stadtverwaltung. Die städtische Exekutive dominierten unter dem Vorsitz des nationalliberalen Oberbürgermeisters Karl Jarres nach 1918 weiterhin mehrheitlich Angehörige des Bürgertums und Exponenten des kommunalen Liberalismus. Dementsprechend wurde die Arbeit der Stadtspitze – vor allem von der „Oberbürgermeisterpartei" DVP – bejaht. Die DDP zeigte auch hier ihr Streben nach Emanzipation von überkommenen Politikformen.

Diese lokalen Besonderheiten waren jedoch nur bedingt wirkmächtig. Dem allgemeinen Trend einer reichsweiten Marginalisierung des „organisierten" Liberalismus zu Beginn der 1930er Jahre konnte sich auch die Duisburger Spielart nicht entziehen.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang: DDP- und DVP-Kommunalwahlergebnisse 1919, 1924 und 1929 nach Stadtteilen

Stadtteil	Stimmanteil 1919		Stimmanteil 1924		Stimmanteil 1929	
	DDP	DVP	DDP	DVP	DDP	DVP
Gesamtstadt	8,4 %	10,1 %	3,6 %	12,7 %	1,7 %	8,4 %
Duisburg-Altstadt	7,9 %	11,7 %	4,1 %	17,4 %	2,0 %	12,2 %
„Wasserviertel“	14,8 %	24,5 %	7,1 %	30,3 %	5,1 %	26,6 %
Dellviertel	10,9 %	17,9 %	5,6 %	22,5 %	2,3 %	19,2 %
Duissern	13,7 %	21,1 %	4,5 %	21,4 %	2,9 %	20,7 %
Neudorf	6,5 %	8,3 %	4,7 %	16,4 %	2,0 %	13,1 %
Hochfeld	5,7 %	6,8 %	4,2 %	8,6 %	1,8 %	9,7 %
Neuenkamp	2,2 %	7,5 %	3,1 %	10,5 %	1,0 %	5,9 %
Kaßlerfeld	10,2 %	11,4 %	4,0 %	13,4 %	2,0 %	9,2 %
Wanheimerort	5,6 %	5,9 %	2,5 %	8,2 %	1,3 %	7,0 %
Wanheim-Angerhausen	9,2 %	23,2 %	2,5 %	11,5 %	1,0 %	8,8 %
Duisburg-Süd	-	-	-	-	2,3 %	4,4 %
Ruhrort	14,5 %	14,2 %	4,1 %	18,6 %	2,1 %	14,1 %
Laar	7,3 %	4,1 %	2,3 %	5,9 %	1,9 %	3,5 %
Beeck	7,1 %	7,1 %	3,9 %	9,7 %	1,7 %	6,0 %
Beeckerwerth	-	-	0,8 %	1,4 %	0,9 %	2,8 %
Meiderich	7,0 %	5,8 %	2,2 %	6,1 %	1,0 %	4,7 %
Hamborn	-	-	-	-	2,2 %	5,8 %
Hamborn-Neumühl	-	-	-	-	1,3 %	5,0 %
Hamborn-Obermarxloh	-	-	-	-	1,1 %	3,1 %
Hamborn-Marxloh-Fahrn	-	-	-	-	1,8 %	6,7 %
Hamborn-Alsum	-	-	-	-	0,9 %	9,5 %
Hamborn-Bruckhausen	-	-	-	-	0,8 %	6,7 %

(Eigene Aufstellung nach StADU, 68/14, DGA 24.02.1919, S. 2; StADU, 68/4, RRZ 06.05.1924 Morgenausgabe, S. 6; StADU, 68/14, DGA 18.11.1929, S. 3)

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dror Zeigerman

A Liberal Upheaval.
Israeli Politics from the General Zionists to the Liberal Party

This essay is part of my doctoral thesis,[1] and book, published in 2013[2] and is focused on the questions: (i) can the ideology of the General Zionists be seen as liberal? And (ii) how did the General Zionists become the Israeli Liberal party? The research centers on the General Zionists Party, which in the 1960's became the Israeli Liberal Party; then formed a part of Gahal in 1965; became part of the Likud from 1973; and was merged into the Likud (thus effectively disappearing) in 1988. The research also attempts to investigate and comprehend a recurring theme in politics – that nevertheless has not received sufficient attention – the question of estimating the degree of success and durability of party merger. The research hypothesis is that political parties which are divergent in their ideological inclinations, policy, leadership, supporter base and organizational structure can create a lasting merger that will achieve its stated goals. On the other hand, parties who are almost identical in terms of the above variables take a greater risk when entering mergers negotiation.[3] The case study focuses on two mergers that the Liberal Party participated in; the first being the merger with the progressive party in 1961, the second the creation of Gahal as a common block by the Herut and Liberal parties – which paved the way to the founding of Likud and the political transformation in Israel of 1977.

The aim of this study is to utilize the analysis of party mergers to examine the historical role of the General Zionists – Liberal Party and its contribution to the success of the center-right bloc in Israeli politics. The essential claim here is that the contribution of the liberal Party was a necessary (though not in itself sufficient) condition for the attaining of power by the Likud in 1977. The contribution of the Liberal Party included changing the priorities of Ga-

1 Dror Zeigerman: „The Political Consequences of Party Merger – A Theoretical Framework and Case Study; the Liberal Party in Israel". Doctoral Thesis Bar-Ilan University, Ramat-Gan, Israel 2011.

2 Dror Zeigerman: A Liberal Upheaval, Jerusalem 2013. Published in English as: A Liberal Upheaval. From the General Zionists to the Liberal Party. Jerusalem 2013.

3 See e.g. J. F. Godbout/ E. Belanger: „A Theory of Party Mergers". Paper Presented at the Midwest Political Science Association Meeting. Chicago 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

hal and the Likud in the economic, social, political, and security dimensions. The research demonstrates that Menachem Begin, head of the Likud Party (and later Prime Minister of Israel) comprehended that only cooperation with the Liberals will allow his party to move towards the center – a movement that created a viable alternative to Labor rule.[4]

The General Zionists as an ideological and political current within the Zionist Movement

The General Zionists began organizing as a party after the changes in the Zionist Movement: the formations of the various Labor parties, the religious Mizrahi party, and the Revisionist movement (later became the Herut Party). The General Zionists gradually organized themselves in a political framework from 1929-1935. Among the founders were individuals known as Simply Zionists who refused to identify themselves with one of the political factions. In July, 1931, a general meeting of the group in Basel decided to found an organization: Alliance of General Zionists.[5] I believe that the assertion that before the establishment of the State, the General Zionist ideology had no relation with Liberalism is too harsh. It might be possible that thorough investigation will show that some of the positions held by the party in the past were based, consciously or unconsciously, on liberal ideology. The care shown for each individual, the readiness to fight dissenting political currents without asking them to disappear are positions that could accommodate any liberal party after World War II. Immediately after the establishment of the State in 1948, the General Zionists supported the formulation of a Constitution, which is one of the basic principles of Liberalism, a citizen's tool for limitation and supervision on the State. There is no doubt that at economic level, the positions of the General Zionists reflected the liberal view that people are free and able to decide on their own. The State should provide the basic conditions, and each individual is free to create a private enterprise or to join a cooperative. The State should refrain from supporting development of one sector at the expenses of the other.

4 Interview with Menachim Begin by the author 9/12/1971; 23/3/1982. Published in the Doctoral thesis (wie Anm. 1), S. 188-191, 339-341.

5 Felix Weltsch: Allgemeiner Zionismus. Eine ideologische Skizze. In: ders. u. a.: Parteien im Zionismus. Prag 1936, S. 5-27, hier S. 23, Moses Kleinman: The General Zionists. Jerusalem 1945.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

The Liberal Party 1961-1965

In the elections for the third Knesset (1956), the General Zionist Party fell from 23 seats to a mere 13, and in the elections for the fourth Knesset (1959), it obtained only eight seats. For the party leaders it became clear that if they wanted to remain on the political map, they had to adapt to the changes that occurred in Israeli society and in the political landscape. It was necessary to connect with another moderate or rightwing party. The extremist rightwing party, Herut, was not considered, even in the 1960 s, as possible coalition partner. Therefore, the only option remained a connection with the Progressive party, established in 1948 after splitting away from the Organization of General Zionists. The foundation of the United Liberal Party in 1961 was an attempt to put together an alternative to Mapai, the ruling Labour Party, and to Ben Gurion, in power since 1948. The battle between the Labour Party and the Liberals (General Zionists) focused on the ability to present a social-economic ideology that would appeal to the middle class.[6]

The leaders of the Liberals asked Jacob Talmon, noted historian and Hebrew University professor, to deliver the key speech at the foundation event, focusing on the question: „What is modern liberalism in the State of Israel, and what message should the Liberal party convey to Israel?" Talmon's lecture allows us to understand the meaning of modern liberalism, and what sort of attitude should a liberal party in Israel adopt in order to be called liberal. Talmon also tried to answer additional questions: how did the liberal ideology manage to resist for so many years? How could liberalism keep its values and redefine them again and again during a period of 150 years? What is the difference between classic liberalism and 20th century liberalism? In which way is liberalism relevant in the new reality after 1945? On the basis of his analysis, Talmon tried to deal with the question: Which values should the party adopt in order to present a message of modern liberalism in Israel[7]? Talmon knew about the problem: In the 1960 s, a major part of the population in Israel did not have liberal views. Another obstacle was the fact that objective developments had forced the State of Israel into a situation of permanent siege and emergency. Moreover, the ruling party made use of the problems afflicting the State in order to strengthen its grip. The rulers developed a complex of "God sent us". Talmon argued that Mapai

6 Interview with Yosef Sapir recorded by the Institute for Contemporary Judaism, Hebrew University. Jerusalem 1\2\1965; 5\5\1965, published in Zeigermann: Doctoral thesis (wie Anm. 1), S. 148, 165. Interview with Yosef Sapir by the author 21/10/1971, published ibid. S. 136-142, 145-149. Sapir was the chairman of the General Zionists and later the United Liberal Party.

7 Jacob Talmon: Liberalism Tested by our Time. Published in: Haaretz, September 10th, 1961, S. 11.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

leaders disregarded the fact that Israel was no more a society of kibbutzim and collective communities but had developed into an urban technological society. This willful oversight enabled Mapai to carry on its policy of limitations of private initiatives and efforts.

Talmon also confronted the question of religion and declared that a liberal party that does not have the courage to deal with that issue cannot be called liberal. He admitted that religious people should be free to pursue their own lifestyle, but he stressed that one has to keep in mind that the majority of the population will not tolerate religious coercion. Talmon declared that it was time for Mapai to part from the government. Talmon addressed also the subject of foreign policy. In his opinion an illiberal foreign policy infringes also on liberalism at home, and foreign policy should not be allowed to become a pretext for staying in power. Talmon concluded his speech stressing that the test of the liberal party will be if they succeed in doing away with the complacence and the self-esteem common in the People of Israel, with the idea that the Jews are a chosen messianic people, and if they can explain the dangers of not having in Israel a truly liberal regime.

The mission of the Liberal Party should be to revitalize and justify the concepts of personal responsibility, of personal engagement, and of the capacity to build a free society. These ideological principles, formulated by the heads of the party with the assistance of Talmon, became the basic principles and guidelines in the founding convention of the Liberal party. The General Zionists adopted a new set of concepts, and became Liberal Zionists. The party leaders tried to convey their messages to the larger public. We shall see later how problematic it was to convey these messages, and how they had been understood by the public. Talmon already hinted at the problem of conveying a liberal message to a public that came from anti-democratic countries. These problems indeed surfaced in the elections for the fifth Knesset.

The dissolution of the „Liberal Party", and the foundation of „Gahal"

The outcome of the elections for the fifth Knesset in 1961 was quite disappointing for the Liberal Party: seventeen seats were well below expectations. Viewing that outcome as a test-case of party mergers, we may notice that the two partners – General Zionist, and Progressives – were very much alike, and both obtained almost the same electoral results in the same electoral districts. Therefore, the merger was already bound to failure, and a split was foreseeable. The General Zionists became aware that the attempt to latch on to the Progressives in order to enter the coalition, did not succeed, and they

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

reached the conclusion that the only option was to start negotiations with the rightwing Herut movement.[8]

The effects of the Gahal agreement on the Liberal Party and on Herut

The establishment of Gahal put an end to the isolation of Herut. It was a major step towards the creation of a Center-Right alternative to the Labor rule in Israel. The Gahal agreement positioned Herut at the center of the Israeli political map. Herut obtained legitimacy from the Liberal Party. The latter helped Herut to revamp its extremist image, to mitigate its ideological statements, and to present itself as pragmatic. Begin granted the request of the Liberals, to exempt them from subscribing the Herut statement concerning the „wholeness" of Israel. And the Liberals were granted the right to vote freely on „sensitive" subjects (the Gahal agreement, 1965). The establishment of Gahal in 1965 obligated the Liberals to cope with ideological questions, and also with political and organizational problems. The positions held by the Herut movement in the 1950 s were very much contrary to those of the Liberals. The Herut movement, which was founded on the basis of the Revisionist movement, and of the members of the Etzel group (Irgun – The National Military Organization in the Land of Israel), had a vision different from that of the Liberals, in matters of reparation payments from Germany, of martial law, and in particular in regard of relations with neighboring Arab countries, and of the future borders of the State of Israel. The Liberals had to ask themselves whether it was possible for non-socialistic factions to unite, and to create a bloc of parties able to attain power and form a government. The question was ideological, but also practical: how to put together a bloc able to compete for supremacy?[9]

Differences surfaced again and again between Liberals and Herut, in political and organizational matters, and also on ideological principles.[10] The Liberals wanted the connection with Herut in order to reach parts of the electorate that were out of reach for the Liberals: „The masses" have been defined by one of the leading researchers in Political science, and sociology, as one of the most important phenomena of our times. The masses are people devoid of a specific frame of reference. In the case of Israel, the phe-

8 Interview with Elimelach Rimelt by the author 25/10/1971, published in: Zeigerman: Doctoral thesis (cf. Fn. 1), S. 188-193. Rimelt was the chairman of the Liberal Party within Gahal and the Likud.

9 Zalman Abramov: A party that failed – its idea prevailed. Tel Aviv 1995, S. 39-47.

10 Interview with Arieh Dulzin by the author2/8/1971, published in Zeigerman: Doctoral thesis (wie Anm. 1), S. 222-242. Dulzin was the chairman of the World Zionist Organization and the chairman of the Jewish Agency.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nomenon arouse with immigrants from Arab States, and later from Eastern Europe. The State of Israel had to cope with mass immigration since the 1950 s. A political party addressing the masses faces a dilemma: giving-in too much to the desires of the electorate would mean to relinquish ideological tenets. On the other hand, staying in isolation, away from the masses, would not allow the party to gather strength. Liberalism, argues Talmon, is not the kind of stuff you can peddle to the masses but a position that calls for ongoing examination of the situation and ongoing readiness to ideological flexibility.[11] Thinkers and philosophers can avoid the pressure of testing their ideology, because they do not take part in political activity, but political leaders must be ready to bear such stress. In 1965, the Liberal Party decided to grow, and to create a bloc with a „rightist" party headed by a charismatic leader, in touch with „the masses"; thus the Gahal party was born. In 1973, further consolidations and mergers created the Likud Party which was to propel the General Zionists to power, to the formation of a government, and to controlling positions. The Liberals, however, paid dearly for that achievement.

From Gahal to Likud and to the upheaval of 1977

The Gahal agreement paved the way to the foundation of the Likud, and the Liberals had a major part in that development. Begin continued to keep the Gahal agreement in force, even after the political upheaval of 1977, and his loyalty paid well, because only the 15 votes of the Liberals enabled the government, and the Knesset, to approve the peace treaty with Egypt, and the evacuation the whole of Sinai and of the Yamit settlement. The assumption of some political scientists,[12] that after the merger the Liberals melted into Herut, proves incorrect. In ideological matters, Prime Minister Begin adopted a major part of the world view of the General Zionists and of the Liberals. It was in the political, national security sphere in fact, that the Liberal party allowed Begin to move away from a fundamentalist perception to an operative realistic perception, and eventually Begin implemented some of the views of the Liberals in the peace treaty with Egypt. Begin not only gave up Sinai in exchange for a peace, he was also the first Israeli Prime Minister that recognized the existence of the Palestinian people and their right for self-governing authority. Begin did not fulfill the principle of annexing the lands of the West Bank to Israel, in accordance with the principle of the

11 Talmon: Liberalism (wie Anm. 7).

12 See z. B. Dan Korn: Time in gray. Tel Aviv 1994, S. 45-60. Giora Goldberg: Israeli Parties. From mass parties to electoral parties. Tel Aviv 1992, S. 23-51.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Land of Israel, even when Israel physically controlled the areas between the Mediterranean and the Jordan River.

The political perception that characterized the General Zionists and the Liberals was thus fulfilled by the leader of Herut. Begin's successors continued on the same path: Shamir attended the Madrid meeting, Benjamin Netanyahu agreed to turn over to the Palestinians the administration of some parts of Judea and Samaria, and Ariel Sharon evacuated Jewish settlements in the Gaza strip, and in North Judea. After Begin retired from the government and from political activity, unification of the Likud continued. The historical partners Herut and Liberals vanished in favor of the new party: Likud. This party adopted a major part of the ideological positions of the Liberals. In the domain of foreign policy, the Likud showed pragmatism and moderation, quite different from the rigidly hawkish line of Herut. Political scientists[13] tend to stress that the Yom-Kippur War, and the appearance of Dash party (Democratic movement of change) were the main factors of the political upheaval. We shall not ignore, however, that the process started well before these events. It actually began with the foundation of Gahal, and the turning point was a change in the voting patterns of the Liberals. The „centrist", or moderate, electorate became aware that Gahal and later the Likud had become center parties, and that the extremist image of the ancient Herut and of its leaders had vanished.

Summing up

The upheaval of 1977 brought us the first peace treaty that Israel signed with Arab neighbors. Another upheaval might extend that peace, and allow for the establishment of a Jewish State, whose citizens will enjoy a liberal and democratic lifestyle. Prof. Talmon likened history to an 'unfolding teppich'. Great leaders, he said, can stop the unfolding for a moment, and change its course. Ben Gurion accomplished this once in 1948, when he proclaimed the foundation of the State. Begin, with the assistance of the leaders of the Liberal party, changed the course in 1977, when he signed the peace treaty with Egypt and with its leader Anwar Saadat. Today we wonder if a leader will rise in Israel, and change again the course of this 'unfolding teppich'.

13 Benjamin Akzin: 'The Likud' In: Asher Aarian(Hrsg.): The 1977 Elections in Israel. Tel Aviv 1980, S. 23-38. Dan Korn/Boaz Shapira: Coalition politics in Israel. Tel Aviv 1997, S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Tilman Pohlmann

„Zusammenarbeit“ als Gefolgschaft. Über Herrschaftsansprüche der SED an die LDPD in den Bezirken der DDR

I.

> „Mit unserer vorbehaltlosen Zustimmung zu der auf dem X. Parteitag der SED entwickelten ökonomischen Strategie der achtziger Jahre stellen wir uns offensiv und realistisch den Anforderungen unserer Zeit, helfen wir mit, eine Gesellschaftsordnung weiter zu festigen, in der das Lachen des einen nicht mehr auf dem Weinen des anderen beruht. […] Wir alle, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, stehen in der Pflicht, als Bündnispartner der Arbeiterklasse und ihrer Partei der SED – der führenden Kraft unseres Landes – den konstruktiven Kurs kameradschaftlich miteinander […] zum Nutzen unseres gesamten Volkes fortzusetzen.“[1]

Mit diesem pathetischen Apell, getragen von der dezidierten Subordination unter die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei, schloss Klaus-Peter Weichenhain im April des Jahres 1983 in Weimar eine Konferenz des LDPD-Zentralvorstandes mit den 214 Kreisvorsitzenden aus allen fünfzehn Bezirke der DDR. Weichenhain, der nach dem Studium und anschließender Anstellung als Lehrer bereits im Alter von 26 Jahren in Frankfurt/Oder in den hauptamtlichen Parteidienst der LDPD eintrat, wurde im Jahr 1975 mit 34 als einer der jüngsten Bezirks-Vorsitzenden überhaupt im als problematisch geltenden Grenzbezirk Suhl eingesetzt. Er war in der parteiinternen Kadernomenklatur rasch emporgestiegen. Dies war zum einen seinem rhetorischen Talent, besonders jedoch seinem politischen Aufstiegswillen und dem anhaltend demonstrativen Eintreten für die ideologische Linie in der „Bündnisfrage“ und damit für die Unterstützung der SED-Herrschaft in der DDR geschuldet. Zuvor bereits an sämtlichen Instanzen LDPD-interner Partei-

1 Schlusswort Weichenhain auf der Weimarer Konferenz des Zentralvorstands der LDPD mit den Kreis- und Stadtbezirksvorsitzenden am 13.4.1983, undatiert, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Nachlässe, NY 4631 Vol. 4, Bl. 11 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schulungseinrichtungen[2] ausgebildet, erhielt er schließlich mit 40 Jahren das Angebot, von seinem Posten in Suhl als Sekretär[3] in den Zentralvorstand in Berlin aufzurücken. Diese Karrierechance ließ er sich nicht entgehen. 1981 war er im Kreis der Parteispitze der LDPD angekommen.[4]

Ideologisch-agitatorische Überzeugungsarbeit wie in der eingangs zitierten Ansprache hatte Weichenhain nicht nur unter den hauptamtlichen Parteifunktionären geleistet. Auch in der Öffentlichkeit hatte er sich noch als Bezirksvorsitzender immer wieder mit vergleichbaren Zeitungsartikeln und Vorträgen zur Rolle der LDPD im Sozialismus und zum Selbstverständnis der Blockpartei hervorgetan: „Unmittelbar an der Scheidelinie zwischen Sozialismus und Imperialismus, im Grenzbezirk Suhl lebend, können wir aus unserem persönlichen Leben die Feststellung, dass wir alle [...] in einer Zeit schärfster Klassenauseinandersetzung leben, bestätigen." So beginnt etwa ein mit dem Titel „Wir haben die Freiheit im wahrhaftigen Sinne" überschriebener Presseartikel Weichenhains aus dem Jahr 1977.[5]

Wie doppelbödig jedoch der Begriff der Freiheit – in diesem Fall auch für den ranghohen Funktionär Weichenhain persönlich – gewesen ist, lässt sich heute, viele Jahre nach dem Ende der DDR und der damit verbundenen Öffnung der Archive, in der Behörde des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR nachvollziehen. Dort befindet sich mit einem rund 700 seitigen, vier Bände umfassenden Vorgang der sog. „Archivierten Operativen Personenkontrolle" (AOPK) zu Weichenhain ein – auch in diesem Umfang singuläres – Zeugnis darüber, wie fehlgeleitet dessen propagierter, an Theoreme des Marxismus-Leninismus angelehnter Freiheitsbegriff gewesen ist. Während der ehemalige Bezirksvorsitzende sich sicher wähnte, mit der Verbreitung der einheitssozialistischen Dogmen in den Reihen der eigenen Mitgliedschaft und der weiteren Öffentlichkeit den Ansprüchen der „führenden Arbeiterpartei" Genüge zu tun, lief hinter den Kulissen ein – wie es in der Sprache des Ministeriums für Staatssicherheit

2 Weichenhain besuchte 1964, 1965 und 1966/67 Lehrgänge an der zentralen LDPD-Parteischule „Wilhelm-Külz" in Bantikow, vgl. den Abschlussbericht der Abteilung XX des MfS vom 19.10.1976, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), AOPK 564/80, Bd. I, Bl. 217.

3 Zum Aufbau der Parteihierarchie und der Bedeutung der Sekretäre des Zentralvorstands der LDPD vgl. Gerhard Papke: Die LDPD. Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – Die LDPD. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4 Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 2399-2463, hier S. 2410-2417.

4 Umfangreiche berufsbiografische Informationen zu Weichenhain finden sich in dessen Nachlass in der SAPMO, NY 4631, Vol. 1-12, hier Vol. 3, unpaginiert.

5 Zitiert aus der LDPD-Parteizeitung „Der Morgen", vom 5./6. März 1977, SAPMO, Nachlässe, NY 4631 Vol. 2, unpaginiert.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(MfS) hieß – „konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung“ gegen ihn. Und dies bereits über einen Zeitraum von über zehn Jahren.[6]

Diese nicht zu lösende Ambivalenz von Freiheit und Kontrolle, Autonomie und Abhängigkeit kann als symptomatisch für die LDPD auf der hier untersuchten Bezirksebene in der DDR betrachtet werden. Ambivalenzen und Brüche ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte dieser – im SED-Jargon sogenannten– „befreundeten Partei“. Nicht nur bezogen auf das politische Agieren der Liberal-Demokraten in den Bezirken insgesamt und besonders deren führenden Bezirksfunktionären, sondern auch im ideellen Sinne des Selbstverständnisses der Parteifunktionäre und der einfachen Parteimitglieder. Das noch von bürgerlich-liberalen Positionen getragene Eisenacher Programm war zwar bereits 1953 auf dem V. Parteitag der LDPD in Dresden über Bord geworfen worden.[7] Fortan verfügte die LDPD außer einer Reihe von Grundsatzerklärungen formal über kein eigenes Programm mehr und die Parteiführung rief ihre Mitglieder immer wieder zur Anerkennung der „Normen der sozialistischen Moral und Ethik“ und der sozialistischen Gesellschafts- und Machtverhältnisse“[8] unter der Führung der SED auf. Jedoch blieb die LDPD, sei es wegen des Attributes „liberal“ als „historischem Relikt“ im Parteinamen,[9] sei es wegen der Interessensvertreterfunktion für diejenigen Schichten in der DDR, die als sogenannter „Mittelstand“[10] wenig Bindung an den sozialistischen Staats- und Gesellschaftsentwurf der SED hatten, eine gespaltene Partei. Sowohl während des Untersuchungszeitraumes vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989 als auch bereits zuvor blieb vor allem die kaum aufzulösende „Diskrepanz zwischen der Führung und den Mitgliedern“, wie es Gerhard Papke bereits 1995 formulierte, „eine feste Konstante.“

Nimmt man die eingangs zitierten Ausführungen in der Rede Klaus-Peter Weichenhains inhaltlich noch einmal näher in Augenschein, erkennt man darin deutlich die Züge der Ende der 1980er Jahre vom Politischen Ausschuss der Parteispitze unter der Leitung vom Parteivorsitzenden Manfred Gerlach zusammengefassten, formal an den vulgärmarxistischen Duktus der SED erinnernden fünf „unverrückbaren Grundsätze“ der Politik der LDPD. Diese lauteten zusammengefasst wie folgt:

„1. Die LDPD handelt als Teil der Nationalen Front und anerkennt bewußt die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei […].

6 Die Sammlung der AOPK in der BStU beginnt mit dem Überlieferungsjahr 1967 und reicht bis zum Jahr 1980. Ziel war es, die politische Zuverlässigkeit des Funktionärs dauerhaft zu überwachen. Vgl. BStU, BV Suhl, AOPK 564/80 Bd. I-IV.

7 Vgl. Papke: Die LDPD (wie Anm. 3), S. 2404.

8 Vgl. ebd., S. 2405.

9 Vgl. ebd., S. 2406.

10 In der DDR hatte es selbstverständlich aus dem ideologischen Grund des Egalitätspostulates offiziell keinen solchen „Mittelstand“ gegeben.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2. Die LDPD trägt die Arbeiter- und-Bauern-Macht mit, die Alternative zur Herrschaft der Bourgeoisie auf deutschem Boden.
3. Die LDPD leistet auf eigenständige Weise einen höchstmöglichen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.
4. Die LDPD vertieft sozialistische Grundüberzeugungen und die Liebe zum sozialistischen Vaterland.
5. Die LDPD geht davon aus, daß die 'deutsche Frage' politisch entschieden ist. Die DDR verkörpert alles Fortschrittliche in der deutschen Geschichte und die nationale Zukunft."[11]

Das Formulieren und besonders das Propagieren dieser Dogmen, die ohne Abweichung der von der SED für die Liberaldemokraten vorgesehenen ideologischen Position entsprachen, war ein dezidierter Herrschaftsanspruch der SED an die LDPD. Ihre Funktionäre auf Bezirksebene – und keineswegs nur dort – wurden aus der Sicht der SED ihrer Rolle als „befreundete" Partei immer dann gerecht, wenn sie sich „vor allem der politisch-ideologischen Arbeit zur Klärung der Grundfragen der Politik unseres sozialistischen Aufbaus und der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus immer zielstrebiger zuwenden."[12]

Diese zitierte Zuschreibung hatte der gerade von einer ZK-Sitzung in Berlin zurückgekehrte 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin, Bernhard Quandt, den versammelten Parteimitgliedern der Liberaldemokraten des Bezirkes Schwerin auf deren Bezirksparteitag im Winter des Jahres 1971 in die Notizbücher diktiert.

II.

Das Zitat von Bernhard Quandt leitet unmittelbar über zu den Herrschaftsansprüchen der SED an die LDPD in den Bezirken der DDR im engeren Sinn.

Die mannigfaltigen impliziten und relativ überschaubaren expliziten Vorgaben der SED an die LDPD, die man in den Beständen des Archivs des Liberalismus in Gummersbach sowie in den verschiedenen Landesarchiven Ostdeutschlands zusammentragen kann, lassen sich zu vier Herrschaftsansprüchen idealtypisch zu verdichten. Diese sollen im Folgenden kursorisch vorgestellt und drei davon anschließend näher ausführt werden.

11 „Aus der Arbeit des Politischen Ausschusses und des Sekretariates des Zentralvorstandes, Neue Beschlussakte". In: LDPD-Informationen 11/88, S. 6.
12 Landeshauptstaatsarchiv Schwerin (LHSA), Bestand 10.34-3, Band 3, Akte 2272, Bl. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1. Ideologie-Katalysator

Der erste – und vielleicht auch der wichtigste – Anspruch der SED an die LDPD bestand darin, dass die Funktionäre der LDPD innerhalb der Mitgliederschaft im Allgemeinen und in der der Partei zugewiesenen Bevölkerungsschicht des „Mittelstandes" im Besonderen - also unter den Handwerkern, der sog. „Intelligenz", den privaten Gewerbetreibenden – in den Bezirken zu wirken hatten als Katalysator der politischen Ideologie und der politischen Linie der SED. Der LDPD kam so die Rolle als sozialistisches Indoktrinationsinstrument in einem gesellschaftlichen Teilsegment zu.

2. Wachstums-Initiator

Der zweite Anspruch der SED an die LDPD bestand darin, dass die Liberaldemokraten dafür sorgen sollten, im Rahmen der berufsbezogenen und wirtschaftspolitischen Zielgruppenzuordnung innerhalb ihrer Klientel sowohl punktuelle als auch dauerhafte, zuvor freilich von der SED entweder angestoßene oder zumindest autorisierte Impulse zum konkreten Wirtschaftswachstum in den Bezirken der DDR zu initiieren. Auf diese Weise war es nach dem Willen der SED an der LDPD, ihren Beitrag zu leisten bei der Lösung spezifischer „Grundfragen unserer politischen und ökonomischen Entwicklung", wie es ein Bezirksvorsitzender im Jahr 1974 formulierte.[13]

3. Praxis-Indikator

Der dritte Anspruch der SED bestand darin, von der LDPD aus den Bezirken Rückkoppelungen und Resonanzen auf die im Zentralkomitee entworfenen, zentralistisch-dirigistischen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erhalten. Geschehen sollte dies zum einen über die Weiterleitung von Alltags- und Praxiserfahrungen durch LDPD-Funktionäre und -Mitglieder, etwa anhand von Informationsberichten. Besonders aber – und dies spielte offenbar eine weitaus gewichtigere Rolle – geschah dies über die von den Bezirksvorständen an die SED-Bezirksleitungen eingereichten sogenannten „Vorschläge". Mit diesem Terminus bezeichnete man zum Teil sehr umfassende Aufstellungen von vor allem wirtschaftspolitischen Problemen

13 Einschätzung der am 18.10.1974 durchgeführten Bezirksdelegiertenkonferenz der LDPD in Dresden durch das Sekretariat des Bezirksvorstands der LDPD Dresden, undatiert, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (HStADD), Bestand SED-Bezirksparteiarchiv, V/C/2/15/695, Bl. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und darauf bezogene Verbesserungsstrategien aus den jeweiligen Bezirksverbänden. Das Ziel der SED war es, über die territorial strukturierte LDPD ein Feedback aus den Bereichen zu bekommen, in denen ihr unmittelbarer Einfluss, der vor allem auf den SED-Betriebsgruppen basierte, nicht groß genug war. Auch hier sind besonders das Handwerk und das private Gewerbe zu nennen. Die Staatspartei versuchte sich dadurch in die Lage zu versetzen, etwaige politische Fehlentwicklungen der eigenen Politik genauer zu registrieren und im Bedarfsfall zu korrigieren bzw. unter Kontrolle zu bringen.

4. Legitimitäts-Lieferant

Ein vierter Anspruch der SED an die LDPD – und dieses Faktum bezog sich generell auch auf die übrigen Blockparteien – bestand in dem dauerhaften und engagierten Aufrechterhalten der „Suggestion sozialistischer Pluralität“[14] im vermeintlichen Mehrparteiensystem der DDR. Die aktive und öffentlichkeitswirksame Ausführung dieser Funktion durch die LDPD war Teil der Legitimitätsinszenierung des SED-Staates als Ganzem. Durch die Teilnahme an diesem Spiel, das innenpolitisch etwa durch die Agitationsarbeit im Vorfeld von Volkskammer-, Bezirkstags- oder Kreistagswahlen spezielle Strahlkraft entfalten sollte, das aber auch durch Kontakte der LDPD in das sozialistische Ausland und durch das deutsch-deutsche Verhältnis zur FDP untermauert wurde, hatte die LDPD somit ihren Beitrag zur Legitimationsstiftung und Stabilisierung des DDR-Regimes zu leisten.

Zum ersten Punkt: der Funktion als Ideologie-Katalysator. Diese hier etwas technizistisch bezeichnete Annahme scheint zunächst wenig überraschend. Bereits in den 1980er Jahren schrieb Peter Joachim Lapp der LDPD die Funktion als gesinnungsmäßige „Gefolgschaftspartei“[15] zu. Es ist jedoch schwierig, ex post die Wirkmächtigkeit der ideologischen Einflussnahme der LDPD-Bezirksvorstände auf die nachgeordneten Funktionäre und damit wiederum auf die politischen Überzeugungen der Parteimitglieder insgesamt in den Kreisen, Städten und Kommunen nachzuvollziehen. Gerade die Quellengattung der „Stimmungsberichte aus den Kreisen“, in denen die Meinungen der einfachen Parteimitglieder für die Berichterstattung der Bezirksvorstände „nach oben“ an den Zentralvorstand dokumentiert sind, lassen in ihrem „ausbalancierten“ Verhältnis von dezidierter Zustimmung zur Politik der SED-Führung sowie den ebenfalls aufgeführten kritischen Stimmen wenig Raum

14 Gerhard Papke: Die LDPD (wie Anm. 3), S. 2436.
15 Peter Joachim Lapp: Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Block-Parteien heute. Köln 1988, S. 16.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zur Eruierung der eigentlichen ideologischen Haltung der sogenannten „Basis“.

Unabhängig davon, wie hoch der tatsächliche Grad der Indoktrination der Mitgliederschaft durch die politische Agitationstätigkeit der LDPD auch gewesen sein mag: Ideologisierung bedeutete im politischen Alltagshandeln – abgesehen von der Schulung an den Parteibildungsstätten – vor allem die Erläuterung und Einordnung der Beschlüsse der SED gegenüber den einfachen Parteimitgliedern. Mit diesen kontinuierlichen Anstrengungen, koordiniert durch Bezirksvorstände, erzielte die Partei einen Effekt, der der Herrschaftsstabilisierung des SED-Regimes jenseits von reinen Gesinnungsfragen nutzte: Die Adressaten ideologischer Indoktrination wurden zu Sendern gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Problemlagen. So heißt es in einem Bericht der Abteilung Befreundete Parteien des Zentralkomitees (ZK) der SED aus dem Jahr 1969:

> „Ihr spezifischer Platz im sozialistischen Mehrparteiensystem der DDR ist dadurch bestimmt, dass sie […] ideologisch-politischen Einfluss auf die Bündnispartner der Arbeiterklasse nehmen und sie so zu befähigen, ihre ganze Kraft und ihr ganzes Können in den Dienst unserer gemeinsamen sozialistischen Sache zu stellen.“[16]

Weit mehr als um die Schaffung „sozialistischer Persönlichkeiten“[17] und die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Theorie ging es der SED um die Herstellung des dauerhaften unmittelbaren Kontakts der LDPD-Funktionäre zur Parteibasis – und damit letztlich um handlungsbezogene politische Praxis.

In einem Zeitzeugengespräch mit dem langjährigen Dresdner Bezirksvorsitzenden der LDPD Joachim von Jagow, der von Anfang der 1970er Jahre bis 1990 amtierte, wurde deutlich, welche pragmatischen Konsequenzen die Ideologisierungsarbeit der LDPD hervorbrachte. Auf die Frage nach der Bedeutung der Ideologisierung berichtete dieser wie folgt:

> „Wenn man das so will, wollte sie [die SED, T.P.], dass wir politisch-ideologisch in den Schichten wirksam werden, und sie praktisch in den Aufbau der neuen Gesellschaft begleiten, oder sie mitnehmen. Wir haben nie von der kommunistischen Gesellschaft geredet – wird ja oft gesagt, DDR ist gleich kommunistische Gesellschaft, das ist alles Quatsch! Wir waren noch nicht mal bei der entwickelten sozialistischen Gesellschaft! Ich rede eigentlich von der sozialistischen Gesellschaft. Das Ziel war, diese sozialistische Gesellschaft zu gestalten. Dass das dann in die Hose ging, ist eine ganz andere Frage. Und das war das Ziel. Und ich glaube, dass der Anspruch an uns von Seiten der SED darin bestand, diese

16 Bericht der Abteilung „Befreundete Parteien“ des ZK der SED, undatiert, SAPMO, DY 30 IV A 2 15 15, unpaginiert.

17 Papke: Die LDPD (wie Anm. 3) , S. 2432.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> Schichten mitzunehmen auf dem Weg in die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. […] Und wenn Du das machst, wenn du dann mit dem Handwerker, dem Gewerbetreibenden die Fragen der Zukunft berätst, dann kommen die Kritiken von dem Einzelnen ‚ja das müsste besser und das und das geht nicht' und so weiter und sofort. Und daraus entstehen dann praktisch auch wiederum die Forderungen, dass das zu verändern ist, damit wir das machen können."[18]

Also aus dem ideologischen Prinzip, so lässt sich aus den Schilderungen des Bezirksvorsitzenden von Jagow schlussfolgern, entwickelte sich durch den Kontakt der Funktionäre mit den Mitgliedern ein sachbezogenes Faktum als Rückmeldung, das dann einfließen konnte in die politischen Entscheidungsprozesse der LDPD-Führung und damit letztlich auch der Führung der SED.

Auf diese Interpretation hin im Interview angesprochen, stimmte von Jagow nach einer längeren Zeit des Nachdenkens zu: „Jaja. Ja, das ist der Kreislauf gewesen."[19]

Es deutet sich nach den bisherigen Untersuchungen an, dass die Strategie der ideologischen Einflussnahme mittelbar auch im ideellen Nichterfolgsfall beim Einzelnen den oben beschriebenen Nutzen einer praxisbezogenen Stabilisierung des sozialistischen Herrschaftssystems der SED ganz wesentlich mitgeprägt hat.

Nun zum zweiten Punkt, der Funktion als Wachstums-Initiator. Es konnte nur Positives berichtet werden nach Berlin, nachdem am 18.10.1974 der Vorsitzende des LDPD-Bezirks Dresden sein Referat auf der Delegiertenkonferenz seines Verbands gehalten hatte. Der zweistündige Vortrag wurde als „parteilich, erzieherisch und als Einheit von Bilanz und Orientierung eingeschätzt." Er sei, so heißt es weiter in dem Bericht an den Zentralvorstand der LDPD „kritisch, polemisch, konstruktiv" gewesen und habe die Delegierten dazu „begeistert", „die künftigen Aufgaben noch besser zu lösen."[20]

Im Vorfeld war der Referent zu einem als „Konsultation" bezeichneten Treffen geladen, das von dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung geleitet wurde. Weitere Teilnehmer dieser „Konsultation" waren die SED-Bezirkssekretäre der Abteilungen Wirtschaft, Agitation und Propaganda sowie Staat und Recht. Zusätzlich nahmen noch der zuständige Mann des Wirtschaftsrats des Bezirkes und der Bezirksbaudirektor, die ebenfalls beide SED-Mitglieder waren, teil. Der LDPD-Funktionär traf also auf das nahezu gesamte politische „Who is who" des Bezirkes.

Aus diesem Gespräch ging der Bezirksvorsitzende dann mit einer ganzen Liste von „zu berücksichtigenden Hinweisen" heraus, die er kurze Zeit spä-

18 Interview Tilman Pohlmann mit Joachim von Jagow vom 22.5.2015.
19 Ebd.
20 Bericht des Bezirksvorstands der LDPD Dresden an den Zentralvorstand der LDPD vom 18.10.1974, HStADD, Bestand SED-Bezirksparteiarchiv, V/C/2/15/695, Bl. 2ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ter auf der Delegiertenkonferenz seinen Parteifunktionären als eigene politische Agenda zu verkünden hatte.[21]

Zur Veranschaulichung hier ein kurzer Überblick über diese praxisbezogenen politischen Vorgaben der SED, bei deren „Lösung", so formulierte es der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Hans Modrow, „die LDPD im Bezirk entsprechend ihrer spezifischen Möglichkeiten einen bedeutenden Beitrag leisten kann." Solche waren etwa: „Die Verstärkung der Anstrengungen auf dem Gebiet der Dienstleistungen, insbesondere der Textilreinigung und der Versorgung der Bevölkerung; die Mithilfe bei der Sicherung des Wohnungsbauprogramms, der Werterhaltung einschließlich des Um- und Ausbaus sowie Erhöhung der Zahl der Kindergarten- und Krippenplätze."

Ein weiterer Bereich betraf die sog. „Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der Arbeit mit den Abgeordneten". Dies beides sei „weiter zu qualifizieren", wie der 1. SED-Bezirkssekretär betonte. Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen müsse „gründlicher angewendet und ausgenützt zu werden, der Erfahrungsaustausch und die Lösung solcher Aufgaben wie der territorialen Rationalisierung seien zielstrebig zu organisieren. Große Aufmerksamkeit müsse auch dem Erholungswesen gewidmet werden." Die LDPD hatte im Rat dieses Bezirkes in den 1970er Jahren die Leitung des Ressorts Erholungswesen inne.[22] Diese Beispiele belegen die konkrete Erwartung der SED an die LDPD zum politisch-gelenkten Handeln bis in einzelne Segmente von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Ebenso wie die Erfüllung von Aufträgen politischer Anleitung forderte die SED jedoch punktuell auch die wachstumsbezogene Eigeninitiative der „befreundeten Partei" im – wie es hieß – „Bezirksmaßstab" ein. Diesem Anspruch kam die LDPD immer wieder nach. Das folgende Beispiel illustriert dies: 1975 wurde vom Dresdner LDPD-Bezirksvorstand eine Analyse über die Produktivität der Backwarenbetriebe angefertigt. Als verantwortliches Segment des alltäglichen Bedarfs hatte das Backwarenhandwerk für die Bevölkerung des Bezirks eine große Bedeutung. Mitte der 1970er Jahre wurde die Versorgung der Bevölkerung mit Backwaren laut einer Aufstellung der LDPD zu über 50% durch das private Bäckerhandwerk abgedeckt. Der bereits erwähnte Bezirksvorsitzende der LDPD von Jagow erinnert sich daran wie folgt:

> „so, und da juckte uns das schon, wie die Ausrüstung der Bäcker veraltete und keine neue nachkam. Das war völlig ungenügend. Zum Beispiel bei den Backöfen. Das waren noch alles Kohlebacköfen! Da haben wir mit den Kreisen und mit den Parteimitgliedern, die Bäckereien hatten eben eine Analyse gemacht und mal […] aufgelistet, was benötigt wird an Ausrüstung, auch bei steigendem Be-

21 Ebd.
22 Ebd., Bl. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

darf. So. Und sind mit dieser Liste zu ihm hingezogen [gemeint ist der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden Hans Modrow, T.P.] und haben das auf den Tisch gelegt. Und unser Hintergedanke war darüber hinaus, dass die im Bezirk ansässigen Volkseigenen Betriebe, die ähnliche Dinge produzierten, aus der Überproduktion mal für den Bezirk was zur Verfügung stellen und damit mal mehr herauskommt als normalerweise über die Plankommission. Und da hat er zugestimmt. Aber das musste er natürlich auch erst über Berlin regulieren. Und da ist dann schließlich auch nichts draus geworden, weil er dann oben eben auch nicht durchkam."[23]

An diesem Fall wird zweierlei deutlich: erstens, dass die LDPD auf Bezirksebene nicht, wie oben skizziert, nur auf Anweisung, sondern durchaus auch eigeninitiativ Klientelpolitik betrieben hat und dabei versuchte, ihre marginalen Handlungsspielräume zu nutzen. Und zweitens, dass es auch auf der Anspruchsseite der SED durchaus Differenzen innerhalb der verschiedenen Parteihierarchiestufen gegeben hat, die im Einzelfall genau zu prüfen sind. Dass der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung im angesprochenen Beispiel laut der Schilderung des ehemaligen Bezirksvorsitzenden der LDPD „in Berlin auch nicht durchkam" – also bei der Fachabteilung des ZK der SED bzw. dem Politbüro und der staatlichen Plankommission –, verweist auf die Prärogative der Spitzengremien im SED-Regime gerade im Bereich der Wirtschaftsplanung, die jeglichen Bottom-Up-Impulsen einen Riegel vorschieben konnten. Dennoch waren diese politischen Initiativen der LDPD von der SED durchaus gewollt.

Dies leitet über zu dem dritten und letzten hier ausführlicher dargestellten idealtypischen Herrschaftsanspruch der DDR-Staatspartei an die Liberaldemokraten: der Funktion der LDPD als Praxis-Indikator. „Wir sind entschlossen, die Aufgaben, die die Bezirksdelegiertenkonferenz Gera der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschließen wird, als Bündnispartner in Ehren erfüllen zu helfen."[24] Mit dieser verbalen Devotionsgeste eines vorauseilenden Gehorsams schloss Raimund Kolbe, der Bezirksvorsitzende der Geraer LDPD im Frühjahr 1986 sein persönliches Anschreiben an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung. Als Anlage sendete er ein umfangreiches Dokument mit, dessen Inhalt nach gegenwärtigem Erkenntnisstand das Maximum formal-politischer Einflussmöglichkeit der liberaldemokratischen Politik auf Bezirksebene enthielt: die sogenannten „Vorschläge und Hinweise" der LDPD an die SED. Zusammengetragen aus Einzelfallanalysen, monatlichen Informationsberichten, Abschlussberichten der Jahreshauptversammlungen, Kommissionsberichten, persönlichen Unterredungen und Beschlüs-

23 Interview des Verfassers mit Joachim von Jagow vom 22.5.2015.

24 Vorschläge des Bezirksvorstandes Gera der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands an die Bezirksleitung Gera der Sozialistischen Einheitspartei vom 8. und 9. Februar 1986, ADL, Bestand LDPD, 33031, Bl. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sen der Sekretariate der Bezirksvorstände der LDPD spiegelten diese Vorschläge zum einen sachbezogene, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Problemlagen aller Politikfelder der Bezirke wider und gaben so der SED entscheidende Rückkoppelung zu fehlgeleiteten Konzeptionen ihrer zentralistisch-autoritären Politikführung. Zum anderen boten sie zugleich unmittelbare Lösungsvorschläge der Liberaldemokraten für eben diese Probleme an. Der Abteilungs-Sekretär für „Befreundete Parteien" der SED leitete diese Vorschläge nach Erhalt innerhalb der SED-Bezirksleitung an die entsprechenden Fachabteilungen weiter, von wo aus sie dann an das Sekretariat zur weiteren Beschlussfassung gingen. In Antwortschreiben der SED an die Bezirksverbände der LDPD wurden die eingegangenen Vorschläge dann kommentiert und bewertet, wie folgendes Beispiel verdeutlicht:

> „Vorschlag: Zur materiellen Versorgung der PGH [Produktionsgenossenschaften des Handwerks, T.P.] und privaten Handwerksbetriebe:
> Es sollte geprüft werden, inwieweit durch gezielte Leistungsmaßnahmen eine sortiments-, qualitäts- und zeitgerechte Bereitstellung benötigter Materialien, Ersatzteile und Werkzeuge dauerhaft gesichert und verbessert werden kann. So sollten ab 1988
> – die Bedarfsermittlung und Materialplanung im Handwerk selbst ausgebaut und qualifiziert werden;
> – Möglichkeiten geschaffen werden, dass PGH, ELG [Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks, T.P.] und Handwerksbetriebe direkt im Einzelhandel solche Werkzeuge und Kleinmechanismen kaufen können, deren Angebot die Nachfrage der Bevölkerung übersteigt bzw. überlagert sind (länger als 1 Jahr);
> – Überplanbestände im Handwerk, die im Ergebnis diskontinuierlicher Bereitstellung durch den Produktionsmittelhandel oder die Industrie entstehen, generell nach den Kreditbestimmungen für im volkswirtschaftlichen Interesse liegende Überplanbestände mit Zinsabschlägen kreditisiert werden."
> Antwort:
> Verwirklicht werden könnten jene Vorschläge, die die Bedarfsermittlung und die Bedarfsanforderung betreffen. Nicht akzeptiert werden kann der Vorschlag, dass Handwerksbetriebe überlagerte Werkzeuge oder Kleinmechanismen im Einzelhandel kaufen dürfen. Hierzu müssten die Materialbörsen genutzt werden. Nicht akzeptiert werden kann auch der Vorschlag, Überplanbestände, die aus o.g. Gründen im Handwerk entstehen, generell nach den Kreditbestimmungen für in volkswirtschaftlichem Interesse liegenden Überplanbeständen mit Zinsabschlägen zu kreditisieren."[25]

Diejenigen Impulse, die nicht bereits im Vorfeld am Veto der SED scheiterten, hatten prinzipiell also die Chance, über die verschiedenen ständigen Kommissionen der Bezirkstage Eingang zu finden in die legislativen Gesetz-

25 Antwortschreiben der SED u. a. an den Bezirksvorstand Gera der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 10.4.1986, ADL, Bestand LDPD, 33031, Bl. 18-20.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gebungsverfahren. Dies geschah jedoch vielfach entweder mit großer Verzögerung oder wurde textuell bis zur Unkenntlichkeit innerhalb der SED-Apparate verfremdet und ließ dann häufig kaum mehr die Urheberschaft der LDPD erkennen. Dazu sei noch einmal aus dem Interview mit dem ehemaligen Dresdner Bezirksvorsitzenden der LDPD von Jagow zitiert:

> „Das Feedback war – das gab es, aber ich will mal sagen, was mit a und b und c werden soll, das ist ein bisschen nebulös gewesen. Du hast dann natürlich – es gibt da ein Beispiel, wir haben mächtig gekämpft, dass die steuerliche Anerkennung der Löhne der mithelfenden Ehefrauen durchkommt, das ist dann auch realisiert worden, aber über welche Umwege und welchen Zeitraum der Realisierung, das kann ich jetzt nicht mehr sagen, das weiß ich nicht mehr so genau […]. Das ist schon etwas deprimierend, wenn man seine eigenen Ideen nicht durchbekommt. Ist aber auch auf der anderen Seite – und das dann zunehmend – der Beweis, dass Du eben keinen großen Einfluss nehmen kannst. Und Du stehst dann auch an der Basis Rede und Antwort, Du wirst ja dann auch gefragt auf den nächsten Mitgliederversammlungen: „Das hat sich immer noch nicht verbessert?" So ungefähr. Das zu begründen, da resignierst Du und sagst: Das kannst Du nicht ändern. Zum großen Teil wurde das ja immer [von Seiten der SED, T.P.] mit Schwerpunkten, die gegenwärtig woanders liegen, finanziellen Möglichkeiten, die nicht da sind usw. und sofort begründet. Da gibt es natürlich auch manchmal, je nachdem wie groß das Hemd ist, auch die Einsicht: „Na gut, dann machen wir es nächsten Jahr." Und dann passiert auch wieder nichts. Schwer zu sagen. Das ist ein zähes Ringen immer wieder, der Wille, das noch einmal zu versuchen oder praktisch mit anderen Lösungen auszubessern bis zu dem Punkt, wo du eben in den 1980er Jahren dann sagst: Es geht nicht mehr. Es geht nicht mehr. Ja? Und – diese Einsicht, dass die volkseigene Wirtschaft mit ihrem sozialistischen Wettbewerb nicht in der Lage ist, mit der freien Konkurrenz gleichzuziehen, ist dann eine Einsicht, die am Ende, die in letzter Konsequenz, zu 1989 geführt hat."[26]

Die einzig ernstzunehmende Form strukturellen politischen Initiativhandelns für die LDPD waren dennoch genau diese „Vorschläge", die sich letztlich deckten mit dem Anspruch der SED auf Resonanz aus den ihr fernstehenden Schichten in den Kreisen und Bezirken der DDR. In Bezug darauf, welcher Art diese Vorschläge waren, verfügte die LDPD durchaus über einen gewissen Grad an politischem Spielraum, die Realisierbarkeit hing jedoch ausschließlich an den Entscheidungswegen und den Positionen innerhalb der SED, die politische Autonomie verlief nur innerhalb des von der SED gesteckten Rahmens. Es mutet daher schon paradox an: Gerade dadurch, dass die LDPD im Bezirksmaßstab punktuelle Initiativen und relativ autonome politische Vorstellungen entwickeln konnte, degenerierte dies durch die Filter-Struktur des Herrschaftsapparates der SED zu instrumentalisierter Zuarbeit und damit letztlich zu eigenmachtloser Herrschaftsstabilisierung

26 Interview Tilman Pohlmann mit Joachim von Jagow vom 22.5.2015.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

IV.

Von der LDPD konnte in den Bezirken der DDR jenseits der ihr durch die SED zugedachten Funktionen keine „eigensinnige“ politische Handlungswirksamkeit entwickelt werden. Die politischen „Freiräume“ waren von der herrschenden Staatspartei der Einheitssozialisten bewusst gesetzt. Darüber hinausgehende Einflussmöglichkeiten konnten die Liberal-Demokraten auf Bezirksebene nicht für sich reklamieren. Damit fanden sich die Parteikader letztlich während des gesamten Untersuchungszeitraumes ab.

Selbst im Sommer 1989, als die DDR bereits im Begriff war, sich vor aller Augen aufzulösen, belegen verschiedene Treffberichte von Bezirksvorsitzenden der LDPD mit dem MfS noch deren institutionelle Staats- und Bündnistreue. Auch die hohen liberal-demokratischen Funktionäre sahen jedoch, dass die Zeit des SED-Regimes abgelaufen war und damit zugleich ihre Rolle als „politische Zulieferer“ und Repräsentanten einer „befreundeten“ Partei.

Es sei zum Schluss noch einmal auf Klaus-Peter Weichenhain zurückgekommen, mit dessen Apell diese Überlegungen zum Verhältnis von LDPD und SED begonnen haben.

In Aufzeichnungen, die er vor einigen Jahren als Konvolut von Arbeits-Notizbüchern dem Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde übergeben hat, lässt sich die Aufkündigung der „Bündnistreue“ anschaulich nachvollziehen. Im Sommer 1989, der Endphase des sozialistischen Einheitsstaates, notierte er neben seinen Mitschriften zu einer Sitzung des Zentralsekretariats der LDPD als Nebengedanken: „Die DDR ist keine Grundorganisation der SED“.[27] Die politische Wende 1989 und die damit verbundene Erosion des Herrschaftsgebildes in der DDR brachte offenbar auch die persönliche Wende bei Weichenhain auf den Weg. An die Stelle des SED-treuen Pathos der eingangs zitierten Rede war der Ton eines bitteren ironischen Abgesangs getreten.

27 Notizbücher Weichenhain, undatiert, SAPMO, Nachlässe, NY 4631, Verl. 12, unpaginiert.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Luise Güth

War die LDPD liberaler als die anderen Blockparteien? Eine Untersuchung des Bezirksverbandes Rostock 1985 - 1989

Einleitung

Die „liberale Denkfamilie“[1] ist groß und umfasst viele Facetten zwischen sozialliberalen, wirtschaftsliberalen oder eher konservativen Positionen. Ihnen gemeinsam ist die Ablehnung geistigen, sozialen oder politischen Zwangs und die Referenz auf vier liberale Kernprinzipien: das Recht auf Selbstbestimmung, die Beschränkung der staatlichen Macht, die Stärkung der individuellen Freiheiten und die Selbstregulierung der Wirtschaft.[2]

Auch in der DDR gab es eine Partei, die sich – zumindest dem Namen nach – liberalen Werten verpflichtet sah: die Liberaldemokratische Partei Deutschlands, kurz LDPD.[3] Ist es möglich, dass die liberalen Kernprinzipien auch von einer Partei in einem sozialistisch-planwirtschaftlichen Staat unter der Führung einer herrschenden Partei vertreten werden? Offiziell erkannte auch der Staatssozialismus der DDR im Liberalismus eine zumindest partiell fortschrittliche Bewegung, deren Grundgedanken sowohl die Einschränkung der Staatsmacht und die freie Bewegung der Individuen durch die Wahrung der Grundrechte als auch ökonomische Freiheit und Privateigentum an Produktionsmitteln waren und die so der objektiven historischen Entwicklung diente.[4] Als konsequentesten Verfechter bürgerlicher Freiheiten wähnte die SED jedoch die Arbeiterklasse, die deren Umsetzung durch die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaftsordnung erst ermöglicht habe.[5] Die LDPD verstand sich in ihrem politischen Streben den offiziellen Verlautbarungen

1 Eintrag „Liberalismus“. In: Klaus Schubert/Martina Klein: Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 5. Aufl. Bonn 2011, S. 180 ff.
2 Vgl. ebd.
3 Mit der Bezeichnung LDPD wird die liberaldemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz benannt, obwohl das hintere D erst ab Oktober 1951 zum Parteikürzel gehörte.
4 Vgl. Eintrag „Liberalismus“. In: Autorenkollektiv (Hrsg.): Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin (Ost) 1967, S. 383.
5 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zufolge als Fortsetzerin der fortschrittlichen Tradition des Bürgertums, selbstverständlich jedoch auf einer neuen gesellschaftlichen Grundlage.[6]

Daraus ergeben sich zwei Fragen. Erstens: Passt die LDPD der DDR auch nach vierzig Jahren „sozialistischer Modifikation" liberaler Ideen überhaupt noch in die „liberale Denkfamilie"? Und wenn ja, wie hat dieser sozialistisch-modellierte „Liberalismus" der DDR ausgesehen und was ist von den eingangs genannten vier Kerngedanken noch im Wirken und Denken der Liberaldemokraten zu erkennen? Der Vergleich mit den anderen drei kleinen Blockparteien Christlich-Demokratische Union Deutschlands [CDU(D)],[7] Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) soll diese Fragen beantworten helfen.

Am Beispiel des LDPD-Bezirksverbandes Rostock sollen im Folgenden exemplarisch einzelne Elemente des politischen Spektrums liberaler Werte aufgezeigt werden: Als Ausdruck ihres Strebens nach einer Stärkung der individuellen Freiheiten und des Rechts auf Selbstbestimmung wird a) der Einsatz der LDPD für eine freiere Meinungsäußerung und b) die Forderung nach einem offeneren Zugang zu Informationen untersucht. Das Engagement der LDPD für c) die Beschränkung der Allmacht der SED und d) die Bezugnahme der Liberaldemokraten auf die freiheitlich-bürgerliche Tradition ist das dritte und vierte Element liberal-demokratischen Denkens, dem in dieser Mikrostudie nachgegangen wird.[8]

Auf drei verschiedenen Ebenen soll verdeutlicht werden, inwiefern sich die Liberaldemokraten der DDR für eine freiere Meinungsäußerung einsetzten: im offenherzigen Benennen von Missständen, dem authentischen und zumindest teilweise basisdemokratisch-orientierten Berichterstattungssystem und dem Umgang mit abweichenden Meinungen.

6 Vgl. Eintrag „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)". In: Ebd., S. 382.

7 Mit der Bezeichnung CDU(D) wird die christdemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz benannt, obwohl das hintere D nur in den Gründungsjahren zum Parteinamen gehörte.

8 Vorab muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass dieser Artikel im Wesentlichen aus Teilergebnissen der Doktorarbeit „Fresse aufmachen gegen die Bürokratenscheiße." Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre. Wahrnehmung und Partizipation. besteht, die im Februar 2016 an der Universität Greifswald eingereicht worden ist und die die Erosion des SED-Herrschaftsapparates in den späten 1980er Jahren am Beispiel der Blockparteien des ehemaligen Bezirks Rostock untersucht. Für weiterreichende inhaltliche, methodische und theoretische Ausführungen und die quellengestützte Argumentation sei auf diese Schrift verwiesen.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Blockparteien der DDR übten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre regelmäßig Kritik an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der SED und beriefen sich dabei hauptsächlich auf die Reformen Gorbatschows. Den Hauptteil der geäußerten Kritik in NDPD, DBD und CDU(D) machten materielle Probleme und Sorgen aus. Einzig bei der LDPD hatten freiheitlich-politische und gesellschaftliche Fragestellungen Priorität gegenüber materiellen Mangeldiskussionen. Wie groß der alltägliche Mangel in den späten 1980er Jahren war, beobachteten auch die Blockparteimitglieder und zogen daraus Rückschlüsse auf das Funktionieren der Planwirtschaft.

Die bedarfsgerechte Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und Dienstleistungen stellte nicht nur in dieser Zeit für alle Parteien ein zentrales Thema dar. In NDPD und DBD war es sogar das wichtigste Thema. Man war sich parteiübergreifend einig, dass die DDR-Wirtschaft weder bedarfsgerecht noch effizient produziere, dass Leitungskader nach Eignung ausgewählt werden sollten und dass der Mangel an authentischen Informationen die Ursachenforschung und -behebung erschwere. Strukturelle Defizite des planwirtschaftlichen Systems machten insbesondere CDU(D) und NDPD aus, während die DBD-Leitung dagegen noch im Sommer 1989 die konsequentere Umsetzung der SED-Wirtschaftspolitik zur besseren materiell-technischen Absicherung der landwirtschaftlichen Produktion forderte. In den Mitgliedschaften aller Parteien wurde die Umsetzung von Reformen nach sowjetischem Vorbild als notwendig erachtet und zunehmend weniger Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der SED gehegt. Teile der NDPD bewerteten die Probleme im März 1989 als so grundsätzlich, dass eine Abkehr vom Staatssozialismus zumindest diskutiert wurde.[9]

Auch in der LDPD-Mitgliedschaft lag ein Schwerpunkt der Unmutsäußerungen im Bereich der Versorgung mit Lebensmitteln, Dienstleistungen, Wohnungen, Baumaterialien, Ersatzteilen, Konsumgütern und Textilien. Deutlicher als bei den anderen Parteien hatte die Versorgungsfrage bei den Liberaldemokraten aber eine politische Komponente: Die unzureichende Versorgung und die fehlende Aussicht auf Besserung wurden bereits Ende 1987 „als Grund angegeben, keine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu wollen“.[10] Fragen nach der grundsätzlichen Richtigkeit der Planwirtschaft waren vorerst aber noch Einzelerscheinungen. Dem puren Auflisten von Mängeln verfielen die Mitglieder der LDPD offenbar seltener als die an-

9 Vgl. Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15.3.1989, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 28.

10 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 5.11.1987, Archiv des Liberalismus, Gummersbach (im Folgenden abgekürzt als ADL), Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

deren Parteien, sondern sie hinterfragten und kritisierten ebenso ursächliche Einzelheiten des planwirtschaftlichen Systems. Die Erkenntnis, dass die Angaben der staatlichen Zentralverwaltung angesichts der leeren Regale manipuliert sein müssen und selbst die scheinbar unkompliziert zu behebenden Hemmnisse nicht angegangen würden, führte bei den Liberaldemokraten bereits ab dem Sommer 1987 zu ernstzunehmenden Zweifeln an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED. Als ein grundlegendes Problem erkannten die Liberaldemokraten die starke Diskrepanz zwischen Plan, Bilanz, Vertrag und tatsächlicher Warenauslieferung an den Einzelhandel. Als ursächlich dafür wurden „kontraproduktive Maßnahmen der Regierung" im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik,[11] das Fehlen einer Analyse und Auswertung der Produktionshemmnisse und subjektiver Mängel und Schwächen von Wirtschaftskadern, mangelndes Leistungsprinzip und fehlende Rechenschaftspflicht sowie fehlende Arbeitskräfte gesehen. Die Besetzung leitender Posten nach Parteibuch statt nach Leistung kritisierten die Mitglieder ebenfalls als verfehlt.[12] Zusätzlich sorge sowohl das unterschiedliche Tarifsystem im öffentlichen und privaten Sektor als auch die leistungsunabhängige Bezahlung für Ungerechtigkeiten. Daraus würden mangelnde Motivation und Gleichgültigkeit in der Produktion resultieren.[13] Der Abschlussbericht zum Mitgliedsbuchumtausch spricht sogar von „kritischen Fragen zur Überlegenheit der Planwirtschaft".[14] Konkreter wurden die Mitglieder im Kreisverband Ribnitz-Damgarten: „Viele wollen grundlegende Wirtschaftsreformen in der DDR, bis hin zu personellen Veränderungen".[15] Neben diesen zentralen Fragen wurden auch die fehlende Flexibilität des Wirtschaftssystems, die Verknappung der Konsumgüter durch Exporte, die auf Überschussabschöpfung ausgerichtete Preispolitik und der fehlende technische Fortschritt in Produktion und Verwaltung kritisiert.[16]

Bereits vor dem Beginn der Ausreisewelle im Sommer 1989 waren Republikflucht, Ausreiseanträge, und die allgemeinen Reisebestimmungen in allen Parteien wichtige Themen. Besonders früh zeigten sich LDPD und NDPD alarmiert. Dabei scheuten die Liberaldemokraten auch heikle The-

11 Vgl. z. B. Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres des LDPD-BV Rostock vom 18.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 2.
12 Vgl. Abschlussbericht zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher im LDPD-KV Rostock-Land (ohne Datum, wohl Anfang 1988), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834, S. 2.
13 Vgl. LDPD-Informationsbericht Rostock-Stadt vom 15.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.
14 Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher, Berlin vom 29.10.1987, ADL, Bestand Beratungen des Sekretariats des Bezirksverbandes Rostock, Nr. 29094 c, S. 3.
15 Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 4.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.
16 Vgl. z. B. Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher vom 29.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 29094C.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

men wie den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze nicht, den es offiziell gar nicht gegeben hat.[17] Neben der grundsätzlichen Kritik an der nicht vorhandenen Reisefreizügigkeit stellte die willkürliche Auslegung und Praxis der Reisegesetzgebung sowohl bei der LDPD als auch bei CDU(D) und NDPD ein Reizthema dar. Sie wurde als mangelndes Vertrauen der SED-Führung in die DDR-Bürger gewertet.[18]

Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmenden Besuchsreisen führten aus Sicht der Liberaldemokraten zu zweierlei Problemen: Die heimgekehrten Bürger übten nach dem direkten Vergleich besonders scharfe Kritik an den ökonomischen Zuständen in der DDR.[19] Bei denjenigen, die nicht von Besuchsreisen zurückgekehrt seien oder die dauerhafte Ausreise beantragt hätten, müsse die Gesellschaft die Motive hinterfragen. Darüber, dass die Ursachen auch in der DDR selbst zu suchen seien, war man sich bei der LDPD einig:[20] So machte der Rostocker Landkreis eine unbefriedigende Wirtschaft, Starrheit und Bürokratie für die Zunahme der Ausreisen verantwortlich und forderte im Mai 1988 neue Reiseregelungen.[21] Dagegen erkannte der DBD-Bezirksverband in den aufkommenden Ausreisebestrebungen nur das Ergebnis westlicher Propaganda[22] und auch der NDPD-Hauptausschuss führte die Ausreisebewegung auf die gezielte Anwerbung von Fachkräften durch die Bundesrepublik zurück,[23] obwohl auch viele NDPD-Mitglieder DDR-interne Probleme als Ursachen benannten.[24]

17 Informationsbericht November/Dezember 1986 des LDPD-BV an den ZV vom 12.12.1986, ADL, Bestand Abteilung Parteiorgane, Nr. L8-1005, S. 2.

18 Vgl. z. B. Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Stadt vom 5.11.1988, ACDP 03-043-032/4, S. 2 oder LDPD-Informationsbericht Rostock-Stadt vom 3.8.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2 oder Information 13/87 des NDPD-KV Bad Doberan vom 19.6.1987, SAPMO BArch, DY/16 4535, S. 2.

19 Vgl. z. B. Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer LDPD-Mitgliedsbücher, Berlin vom 29.10.1987, ADL, Bestand Beratungen des Sekretariats des Bezirksverbandes Rostock, Nr. 29094 c, S. 4.

20 Vgl. z. B. Informationsbericht der LDPD-Bad Doberan vom 7.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

21 Vgl. Informationsbericht Rostock-Land vom 5.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

22 Vgl. Abschlussbericht über die Durchführung der Jahresversammlungen in den Orts- und Wohngebietsgruppen vom 2.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 5.

23 Für die BRD gehöre *„das Anwerben zur Kultur des Kapitalismus, für den auch der Mensch eine Ware ist*". Ausführungen für die Beratung der Parteikontrollkommission mit den Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollkommission am 28.8.1988, SAPMO BArch, DY 16/5237, S. 16 f.

24 Als Ausreisegründe wurden von den NDPD-Mitgliedern dabei zumeist mangelnde Reisemöglichkeiten, fehlende Freiheit und eine empfundene Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Theorie und Praxis angegeben. Vgl. Entwicklung der Parteiverfahren seit dem 12. Parteitag (NDPD) bis 21.12.1986, SAPMO BArch, DY 16/3717, Anlage 4.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wenn abweichende Meinungen in den Blockparteien in unterschiedlichem Maße geäußert werden konnten, setzt dies eine unterschiedliche Praxis im Berichterstattungswesen und in den innerparteilichen Diskussionskulturen voraus.

Die LDPD-Kreisverbände schrieben monatliche Berichte an ihre Bezirksverbände, allerdings befinden sich diese nur zum Teil im Archiv des Liberalismus und sind auch nicht für jeden Kreisverband in ähnlichem Umfang überliefert. Inhaltlich befassten sich diese Informationsberichte vor allem mit ideologischen Problemen, „die sich aus der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des 13. Parteitags und der Vorbereitung und Auswertung des 14. Parteitags der LDPD sowie bei der Mitwirkung zur Umsetzung der Beschlüsse des 11. Parteitags der SED“ ergaben.[25] Die Berichte der Liberaldemokraten zeichneten sich durch eine hohe Selbstreferenzialität aus, die auch konzeptionell verankert war: Auch die Bezirksvorstandssitzungen bezogen sich in der Regel nur auf die letzte LDPD-Zentralvorstands-Tagung. Strukturell folgten die Berichte immer der Trias Außenpolitik, Innenpolitik, Innerparteiliches. Ausgehend von den Informationen der Kreise verfasste der Bezirksverband pro Jahr sechs Informationsberichte an den Zentralvorstand, die diese z.T. wortwörtlich oder passagenweise wiedergaben, zumindest aber zutreffend zusammenfassten. Eine direkte Informationsweitergabe der Kreise an die Parteileitung gab es bei der LDPD im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht.

Auffällig ist die klare Sprache der Liberaldemokraten. Der Anteil der kritischen Informationen über die Lage und Stimmung vor Ort lag in den Informationsberichten der LDPD bei etwa 50-75 % und war damit sehr hoch. Vermutlich geht damit auch eine hohe Authentizität einher. Ein Indiz dafür ist auch die Tatsache, dass einzelne Kreisverbände die Themen der Informationsberichte vorab gemeinsam mit den Mitgliedern festlegten, die angefertigten Berichte verlasen und vor dem Absenden die Zustimmung der Mitglieder einholten.[26] Auch wenn diese Angaben der Sekretariate Rostock-Land und Ribnitz-Damgarten nicht stimmen sollten, würde auch die Fehlinformation zeigen, dass ein derart basisdemokratisches Vorgehen zumindest als wünschenswert angesehen wurde.

Wie bei den anderen Parteien finden sich auch bei der LDPD Berichte, aus denen einzelne Absätze offensichtlich ausgeschnitten worden sind. Ob dies Zensurzwecken diente oder die fehlenden Passagen an übergeordnete

25 Information „Anforderung an Informationsberichte“ vom 12.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

26 Vgl. z. B. Protokolle der Sekretariatssitzungen vom 29.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

oder sonstige Instanzen weitergeleitet worden sind, kann leider nicht beurteilt werden. Im Jahr 1986 hatten nur etwa zwei Drittel aller Mitglieder regelmäßigen Kontakt zu den Parteiorganisationen, was unter anderem mit einem mangelnden Parteiprofil begründet wurde. Dementsprechend war die Beteiligung an Parteiveranstaltungen dann am besten, wenn die Mitglieder konstruktive Streitgespräche erwarteten. Dennoch legten die Kreisverbände großen Wert darauf, dass ihre Berichte von den übergeordneten Instanzen tatsächlich gelesen und die darin enthaltenen Fragen beantwortet wurden. Dies sei Bestandteil der innerparteilichen Demokratie, mahnte ein Kreisverband an.[27]

Umgang mit abweichenden Meinungen

Im Gegensatz zu CDU(D), NDPD und DBD wünschten sich die Liberaldemokraten einen toleranteren Umgang mit abweichenden Meinungen. Ab dem Sommer 1987 setzten sich die Liberaldemokraten intensiv mit dem Unmut der Bevölkerung auseinander: Würden die staatlichen Stellen selbst offener die Meinungsfreiheit nach dem neuen sowjetischem Vorbild praktizieren, würde individueller Kritik von Bürgern der „Hauch des Oppositionellen“ genommen.[28] Anlass zur Kritik sahen sie genug. Auch bei den Bürgern wachse der „Mut zum offiziellen Bekunden der Meinung“ und verdränge die „Einschüchterung und Angst vor Schwierigkeiten“.[29] Seit der Auflösung einer nicht-zugelassenen Demonstration auf der jährlichen Gedenkfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1988 nahmen die Diskussionen über den Umgang des Staates mit Andersdenkenden zu. Man hätte die Demonstranten einfach mitdemonstrieren lassen sollen, der Staat habe überreagiert. Man müsse zwar argumentieren, sich aber damit abfinden, dass es „immer andersdenkende Menschen gibt und die sich zunehmend bemerkbar machen“, wurden die Stellungnahmen im Kreisverband Bad Doberan zusammengefasst.[30]

Noch etwas deutlicher wurde der Kreisverband Rostock-Stadt: Im Rahmen des KSZE-Prozesses sollten auch diese Form von Meinungsäußerungen möglich sein. Man brauche den Meinungsstreit mit „solchen Leuten“ und

27 Vgl. Informationsbericht LDPD-Rostock-Land vom 6.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 3.
28 Informationsbericht LDPD-Rügen vom Juni 1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.
29 Ebd.
30 Informationsbericht LDPD-Bad Doberan vom 5.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„nicht das Meinungsregulativ durch die Staatsmacht."[31] Die Praxis der Ausweisung von Aktivisten würde ohnehin nur Nachahmer ermutigen.[32] Zwischen diesen und wesentlich konformeren Meinungen[33] vermittelte der Bezirksverband: Man müsse „bei den kritischen Äußerungen unterscheiden, ob sie aus echter Sorge stammen oder gegen den Sozialismus gerichtet sind".[34] Woran er das allerdings unterscheiden wollte, blieb offen.

Besonderes Augenmerk legte die LDPD auf die Jugendlichen: Es gebe „organisierte Zusammenkünfte in Wismar" und man beobachte die Tendenz zur Bildung von Jugendgruppen jenseits der FDJ. Dass Jugendliche aufgrund der weltanschaulichen Schranken der FDJ das Gefühl hätten, sich nur in kirchlichen Einrichtungen artikulieren zu können, erkannte unter anderem der Kreisverband Bad Doberan als Grund für deren Abwendung von staatlichen Institutionen an.[35]

Angesichts der im Mai 1989 anstehenden Kommunalwahl sahen auch die Mitglieder der LDPD Schwierigkeiten kommen und erwarteten eine steigende Anzahl Eingaben.[36] Neben den Sammlungsbestrebungen im Jugendbereich wurde von diesen auch ein zunehmendes Interesse an der Gründung von Umweltgruppen[37] und ein entstehendes Spannungsfeld zwischen Bürgern und Regierung beobachtet.[38] In der direkten Auseinandersetzung zwischen Wählern und Kandidaten drücke sich dies nicht nur in konkreten Fragen nach den politischen Vorhaben der Kandidaten, sondern ebenso in der Ablehnung von Kandidaten aus, „denen man keine ausreichende Kampfposition zutraute."[39] Eine kritische Grundstimmung in der Bevölkerung kam also

31 Informationsbericht LDPD-Rostock-Stadt vom 9.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.
32 Vgl. LDPD-Kreisvorstandssitzung Rostock-Land vom 7.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33831, S. 4 f.
33 Vgl. LDPD-Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten am 24.2.1988, ADL, Bezirk Bestand Rostock, Nr. 33800, S. 2.
34 Protokoll der LDPD-Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 12.
35 Protokoll der LDPD-Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 18.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796, S. 2.
36 Vgl. z. B. Protokoll der LDPD-Sekretariatsberatung Wolgast vom 2.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807.
37 Vgl. LDPD-Sekretariatssitzung Rostock-Land vom 9.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801, S. 2.
38 Vgl. Informationsbericht LDPD-Rostock-Stadt vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.
39 Informationsbericht LDPD-Stralsund vom 5.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht nur durch die angekündigten Wahlverweigerungen[40] zum Ausdruck, sondern auch durch den Umgang der Bürger mit ihren Vertretern. Letzteres wurde nicht nur von der LDPD-Basis, sondern auch vom Bezirksvorsitzenden Günter Krüger begrüßt.[41] Eine vergleichsweise tolerante Einstellung zeigte Krüger auch bei der Beurteilung von jugendlichem Vandalismus im Bezirk: Selbst blinde Zerstörungswut sei ein Ausdruck von Unzufriedenheit.[42] Allein durch die Sinnzuschreibung hebt sich Krügers Einschätzung von der sonst üblichen Diffamierung jeglicher Protestformen zu willkürlichem Rowdytum ab.

Zur Rolle der Kirchen äußerte sich die LDPD insgesamt nur wenig. Häufiger sprachen die Mitglieder aber das Verhältnis zwischen Staat und Kirche beziehungsweise die Einstellung der SED-Führung gegenüber dem Christentum an und beurteilten es weniger positiv als offizielle Verlautbarungen.[43]

Forderung nach offenerem Zugang zu Informationen

Allen diskutierten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Problemen war die Kritik an der Informationspolitik der SED inhärent: Die Mitglieder der Blockparteien hatten das Gefühl, dass ihnen Informationen vorenthalten, diese manipuliert oder einseitig dargestellt würden. Übergreifende Kritikpunkte waren, dass die DDR-Medien zu spät und zu zaghaft, nur selektiv und nach politischem Ermessen berichten und die DDR-Presse sich durch die wahrgenommene Diskrepanz zwischen Bericht und Realität insgesamt unglaubwürdig machen würde. Auch der Verdacht der Pressezensur wurde in CDU(D) und NDPD deutlich artikuliert. Obwohl die Mitglieder aller Parteien sich grundlegend einig in ihrer Einschätzung waren, war die Kritik an der Informationspolitik bei der LDPD am stärksten ausgeprägt.

Die SED-Informationspolitik krankte nach Meinung der Mitglieder aller Parteien an permanenter Unehrlichkeit, die sich sowohl als Verschweigen von bekannten Tatsachen als auch in Form von intransparenten und geschön-

40 Im KV Wismar wurden Ende April 241 Wahlverweigerungen angekündigt. Protokoll der LDPD-Sekretariatssitzung vom 24.4.1989, ADL Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806. In Dranske/KV Rügen kündigten sieben Offiziere an, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen und lösten damit ein Politikum aus. Informationsbericht LDPD-Rügen vom 9.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

41 Vgl. Rede Krüger auf der Bezirksvorstandssitzung am 11.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 2.

42 Vgl. Informationsbericht BV an den ZV vom 12.5.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005.

43 Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2 oder Informationsbericht Rostock-Land für Juni 1989, ADL, ebd., Nr. 33845, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ten Bilanzen und Statistiken manifestierte. Statt der permanenten Schönfärberei forderten die LDPD-Mitglieder aller Rostocker Kreisverbände und auch der Bezirksverband offene Mängeldiskussionen und eine realitätsnahe Berichterstattung über Versorgungsprobleme, Planrückstände und Wirtschaftshemmnisse. Was der Kreisverband Wismar im August 1987 noch als Frage formulierte, wurde im November zur resignierten Feststellung: „Wir lügen uns so lange in die eigene Tasche, bis wir keinen Ausweg mehr finden."[44] Die aufgrund der Alltagserfahrungen geäußerten Zweifel an den veröffentlichten Plänen und Bilanzen nahmen bis 1989 weiterhin zu und wurden von der permanenten Forderung nach mehr Offenheit und Ehrlichkeit begleitet. Dies würde nicht nur das Vertrauen der Bürger in die DDR erhöhen, sondern sei auch die Voraussetzung für die Behebung der Missstände. Im Gegensatz zu den NDPD- und DBD-Bezirksvorsitzenden hielten sich die CDU(D)- und LDPD-Bezirksebenen nicht mit eigener Kritik zurück.

Bei der LDPD waren sich die Mitglieder und Bezirksfunktionäre im Gegensatz zu den anderen Parteien darin einig, dass eine transparente und umfassende Informationspolitik eine Grundvoraussetzung für demokratische Teilhabe sei und schlussfolgerten, dass die DDR „eine Informationspolitik, die der politischen Bildung, der Würde und dem staatsbürgerlichen Bewusstsein angemessen ist", brauche.[45] Da sich aber keine SED-geleitete Richtungsänderung abzeichnete, sahen die Absolventen der Bezirksparteischule ihre Partei in der Pflicht: „Wann wird die LDPD die Medienpolitik verändern?"[46]

Besonderen Anlass zur Kritik der SED-Informationspolitik bot die Streichung der deutschsprachigen Ausgabe der beliebten sowjetischen Zeitschrift „Sputnik" am 27. November 1988 von der Vertriebsliste, was de facto einem Verbot gleichkam. Hintergrund war die öffentliche und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus innerhalb der Sowjetunion: Artikel über die Verbrechen Stalins oder ein kritisches Hinterfragen der Rolle der KPD für den Aufstieg Hitlers leisteten aus der Sicht der SED einer möglichen Diskreditierung des Sozialismus Vorschub und waren damit staatsfeindlich. Auch neue sowjetische Filme, deren Ausstrahlung bereits angekündigt war, wurden verboten.[47] Die Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen!" war hinfällig geworden. Besonders deutlich sprachen sich die Angehörigen der Universitäten Rostock und Greifswald und andere

44 Informationsbericht LDPD-KV Wismar vom 6.11.1987, ebd., Nr. 33786, S. 3.
45 Referat des LDPD-Bezirksvorsitzenden Krüger auf der Bezirksvorstandssitzung am 26.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 9.
46 Auswertung der LDPD-Bezirksparteischullehrgänge 1988/1989 vom 5.7.1989, ADL, Bestand ZV-Abteilung Schulungen, L8-345, S. 3.
47 Vgl. Kai Langer: „Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft…!" Zur Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR. Bremen 1999, S. 93.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Angehörige der „Intelligenz“ aus. Innerhalb des Rostocker SED-Bezirksverbandes wurden elf Parteistrafen wegen Protesten gegen das Sputnik-Verbot verhängt. 75 % aller Eingaben gegen das Verbot kamen im Bezirk Rostock von SED-Mitgliedern.[48]

Das „Sputnik“-Verbot kritisierten aber auch die Mitglieder von CDU(D), NDPD und LDPD deutlich. Gerade weil das Magazin häufig für seine offene und kritische Berichterstattung gelobt wurde, erschien den LDPD-Mitgliedern der ablehnende Kurs, den die SED-Regierung gegenüber den Reformen Gorbatschows einnahm, in diesem Fall besonders deutlich. „Der Klassenfeind steht jetzt östlich der DDR“, kommentierte der Rostocker Stadtkreis spöttisch.[49] Von Entmündigung, Zensur, Bevormundung, Übertreibung und Betrug[50] sprachen die Mitglieder ebenso wie von mangelndem Vertrauen, einem Bruch des KSZE-Abkommens und einem Rückfall in den Kalten Krieg.[51] Angekündigte Ämterniederlegungen und Austritte bislang sehr engagierter Mitglieder begleiteten den Protest.[52] Es wurden auch Fragen zur Beteiligung und Positionierung der LDPD zu den Vorgängen gestellt. Die Erkenntnis, dass „auch die LDPD nichts ändern kann“,[53] beförderte sowohl die Resignation als auch die Parteiaustritte.

Mit Rudolph Schulze stand dem zuständigen Ministerium für Post- und Fernmeldewesen ein CDU(D)-Mitglied vor. Die Meinungsäußerungen innerhalb seiner Partei bleiben insgesamt etwas verhaltener. Der Vorsitzende des Kreisverbandes Rostock-Land soll laut MfS-Bericht wegen dieses „beschämenden“ Ereignisses sogar den Rücktritt Honeckers „und seiner Mannschaft“ gefordert haben.[54] Noch ist dies aber eine Einzelmeinung. Auch bei der NDPD sorgte das Verbot des „Sputnik“ für große Aufregung. Abgesehen

48 Vgl. Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998, S. 18. Der SED-Bezirksverband Rostock war im Februar 1987 jedoch auch in etwa dreimal größer als alle übrigen Rostocker Blockparteien zusammen. Zahlen entnommen aus Übersicht über die Versammlungstätigkeit nach SED-Kreisverbänden, SAPMO BArch DY 30/32765.

49 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

50 Z. B. Informationsbericht für den Monat Oktober aus dem KV Rostock-Land, vermutlich Anf. November 1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

51 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 7.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

52 Vgl. Informationsbericht Grimmen vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, Informationsbericht Wismar vom 8.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock Nr. 33787, S. 2 und Informationsbericht Bad Doberan vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 1 f.

53 Informationsbericht Dezember/Januar des BV an den ZV vom 19.1.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

54 Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15.3.1989, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 26.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von Einzelstimmen wurde diese Maßnahme von der absoluten Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre bis in die Bezirksebene hinein mit Entrüstung, Enttäuschung und Verbitterung zur Kenntnis genommen. „Wir haben nichts gegen den sozialistischen Staat, aber gegen die Art und Weise des Umgangs mit den Bürgern“, wurde die verschlechterte Beziehung der NDPD-Mitglieder zur DDR kommentiert.[55] Bei der DBD wurde das Verbot des „Sputnik“ nur selten thematisiert. Möglicherweise waren die DBD-Mitglieder aber auch weniger von der Maßnahme betroffen, weil sie nicht zu dem üblichen Leserkreis gehörten. Besorgt fragten aber auch sie, „ob nun damit zu rechnen sei, dass auch andere russische Zeitungen gestrichen werden?“[56]

Bereits im Jahr 1984 fielen die Liberaldemokraten mit „Bedenken und Vorbehalten gegen die führende Rolle der SED und gegenüber Beschlüssen der SED“ auf.[57] Gestärkt durch den regen Mitgliederzulauf in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre äußerte die LDPD nicht nur selbstbewusst Kritik, sondern sie präsentierte sich gegenüber der SED als Partner, der Erwartungen und Wünsche formulierte und Gleichberechtigung, Achtung und Wertschätzung durch die Genossen einforderte. Die hohe Selbstreferenzialität in den Reden und Texten der LDPD ist ein Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Weiteres Indiz sind die deutlich geäußerten Erwartungshaltungen und Reformforderungen an Parteitage und Tagungen, deren Nicht-Erfüllung regelmäßig enttäuscht kommentiert wurde.

Nicht nur intern, sondern auch in Schreiben an die SED-Kreisleitungen wurde eine authentische Sprache gewählt. Die so selbstbewusst vorgebrachte Kritik der LDPD gipfelte bereits 1986 in der Forderung nach einer modifizierten Ausübung der Führungsrolle. Trotz gelegentlicher Zurechtweisungen durch die SED-Kreisleitungen scheint die LDPD aber dennoch – oder gerade deswegen – eine höhere Wertschätzung erfahren zu haben als die übrigen Blockparteien. So wurde der Rostocker Bezirksvorsitzende Krüger seitens der SED-Bezirksleitung für sein Selbstbewusstsein, seinen Ideenreichtum und sein Drängen auf Problemlösungen gelobt. Gleichfalls war einzig den Archivalien der LDPD zu entnehmen, dass sie Auswertungen der eigenen Parteitage mit Teilnehmern der SED-Bezirksparteischule vornahmen und nicht nur einseitig Anleitungen der SED empfingen.

Auf allen Ebenen der LDPD wurde bereits 1986 über die Notwendigkeit eines eigenständigen Parteiprofils diskutiert. Die angestrebte größere Eigenständigkeit wurde jedoch nicht als Gegenpol zur SED gedacht, sondern soll-

55 Bericht über die Jahresmitgliederversammlung Ahlbeck/NDPD KV Wolgast vom 30.1.1989, ebd., Nr. 1768, Bl. 8.

56 Informationsbericht an den Parteivorstand 56/88 vom 25.11.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

57 Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, ebd., Nr. 6632, Bl. 12.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

te nur die Vitalität des politischen Systems erhöhen. Fragen nach der Wirkungsweise der Abgeordneten und der Ergebnisse der Parteiarbeit ließen im November 1987 Forderungen nach der Einführung der Fraktionsarbeit auf allen politischen Ebenen aufkommen. Diese würde die Führungsrolle der SED nicht antasten und daher keine Gefahr darstellen, aber die Repräsentanz der LDPD und die Transparenz der Abgeordnetentätigkeit erhöhen.

Die Forderungen nach Eingrenzung der Allmacht der SED wurden bis zum Sommer 1988 konkreter: Ihre Aufgaben sowie die zeitliche Dauer von Wahlfunktionen sollten begrenzt und Positionen der Abgeordneten gestärkt werden.[58] Die Verantwortlichen für die ausgemachte Krise der späten DDR erkannten die LDPD-Mitglieder deutlich: Das Politbüro sei überaltert und nicht in der Lage, die anstehenden Probleme zu beheben, solange es nicht erkennen wolle, dass die Ursachen für die Missstände in der DDR selbst und nicht beim „Klassengegner" zu suchen seien.[59] Spätestens mit dieser Erkenntnis wurde der Führungsanspruch der SED in Frage gestellt.

Mit der entstehenden Diskussion über die Rolle der SED ging auch die Forderung nach einer stärkeren Profilierung der LDPD einher, die als eine Art „gesellschaftliches Regulativ"[60] gesehen werden wollte. Auch bei der LDPD resultierte aus der erkannten „Laufburschentätigkeit" [61] der Volksvertreter für die örtlichen SED-Organe Resignation und eine sinkende Bereitschaft zur Übernahme von politischer Verantwortung und Ämtern. Beides wirkte sich auf die Wahlvorbereitungen und die Anzahl der Parteiaustritte aus.

Die Zweifel an der Führungskompetenz der SED nahmen im Jahr 1988 deutlich zu,[62] insbesondere in den Reihen der „Intelligenz".[63] Enttäuschung über die mangelnden Ergebnisse der ZK-Tagungen und das „Hinwegregieren" über die Köpfe der Bürger und Parteien[64] ließen auch Fragen nach den Kompetenzen und Handlungsbefugnissen von Ministerrat und Volkskammer aufkommen. Auch angesichts des beharrlichen Ignorierens der Vorschläge der LDPD[65] zur Parteireform mehrten sich ab Ende 1988 resignative Tendenzen: Mandatsträger zogen sich zurück und die Suche nach neuen Kandi-

58 Vgl. Informationsbericht KV Rostock-Land vom 29.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.
59 Vgl. z. B. Informationsbericht Wismar vom 9.1.1988, ebd., Nr. 33880, S. 2.
60 Informationsbericht der LDPD-Rostock-Stadt vom 4.8.1988, ebd., Nr. 33787.
61 Ebd., S. 2.
62 Informationsbericht Juli/August des BV an den ZV vom 12.8.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.
63 Informationsbericht August/September des BV an den ZV vom 13.9.1988, ebd., S. 3.
64 Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 13.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.
65 Gemeint waren hier die Trennung von Staat und Partei und die zeitliche Begrenzung der Abgeordnetentätigkeit nach dem Vorbild der SU, Schreiben des Rügener Kreissekretärs an Krüger vom 6.6.1988, ebd., Nr. 33813, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

daten für die anstehende Kommunalwahl stieß auf ernstzunehmende Probleme.

Im Vorfeld der Kommunalwahl im Mai 1989 nahmen einige Kreisverbände einen Stimmungswandel wahr. Die Mitglieder beurteilten das Wahlgesetz der DDR „mit dem Blick nach Osten“ und leiteten „Notwendiges Neues“ von dort ab.[66] Als eine notwendige Maßnahme wurde – nicht nur in wahlrechtlichen Fragen – eine Demokratisierung in Anlehnung an die Reformen Gorbatschows angesehen. Die Diskussionen um die parteiübergreifenden Befugnisse der SED nahmen ebenfalls zu. Die Nicht-Bestätigung eines LDPD-Schöffen durch den Leiter des Rostocker Kreisgerichts im Vorfeld der Kommunalwahl 1989 rief die Fragen hervor: „Mit welchem Recht entscheidet der Parteisekretär der SED über Mitglieder der LDPD? Oder müsste man denen die Trennung von Staat und Partei erklären?“ Ein weiteres „Hineinreden“ wolle man „nicht mehr akzeptieren.“[67]

Die Einsicht, dass konstruktive Vorschläge und ein Mitregieren nicht erwünscht seien, setzt sich im Sommer 1989 durch. Der mögliche Ausweg war klar: Die „LDPD muss wieder politischer“ und aus den „Scheinkabinetten“ müssen wieder Volksvertretungen werden.[68] Die grundsätzliche Regierungsfähigkeit der SED hatte bereits ab April 1989 zur Disposition gestanden. Diesen mittlerweile permanent schwelenden Konflikt um die Führungsrolle der SED erkannte auch der Bezirksvorsitzende Krüger. Er schätzte ein, dass die Führungsrolle als Bestandteil der LDPD-Satzung zwar anerkannt werde, diese aber auch einen gehobenen Anspruch an Überzeugungskraft und Führungsfähigkeit mit sich bringen müsse. Kurzum: Die SED werde ihrem Führungsanspruch derzeit nicht gerecht. Ein Führungsvakuum werde die LDPD nicht hinnehmen.

Mitte Juli übergab die LDPD-Parteiführung einen Vorschlagskatalog an den 12. Parteitag der SED, der die Attraktivität des Sozialismus in der DDR steigern sollte. Damit legte die LDPD den letzten umfassenden Reformkatalog vor dem Beginn der Wende vor. Wesentliche Inhalte waren die Umgestaltung des Blocks zu einem Problemdiskussionsforum unter Gleichberechtigten, strikte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung aller Volksvertretungen und Erhöhung der Volkskammer zu einem legislativen Gremium, eine transparentere und authentischere Berichterstattung auch über die Arbeit der politischen Gremien und die Erweiterung der Karriere-

66 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 6.4.1989, ebd., Nr. 33788.
67 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 8.5.1989, ebd., S. 1 f.
68 Die unsachgemäße Gleichsetzung von Kabinetten und Volksvertretungen nimmt die Quelle vor, nicht die Verfasserin. Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres der politischen Bildungszirkel Rostock vom 4.7.1989, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 3 f.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

möglichkeiten von Blockparteimitgliedern in Politik, Militär und Verwaltung.[69]

Die Ausreisewelle verschärfte den schwelenden Konflikt ab August: Die offizielle Hetzkampagnen-Erklärung wurde von den Mitgliedern der LDPD nicht akzeptiert. Dass bei einem weiteren Stillstand auch die Existenz DDR auf dem Spiel stehen könnte, wurde angedeutet. Eine tatsächliche Analyse der Ausreiseursachen nahm der Kreisverband Bad Doberan vor und kam zu dem prägnanten Ergebnis: „Die SED steuert alles".[70] Da „Demokratie unter absoluter Herrschaft nicht möglich" sei, dominierten ab Mitte Oktober theoretisch begründete Zweifel an der Führungsrolle, die nun nicht nur die Mehrheit der Mitglieder, sondern auch der Kreisfunktionäre teilten.[71]

Während die LDPD-Funktionäre sich Ende Oktober gegen die Führungsrolle ausgesprochen hatten, forderten einige Basisgruppen bereits die moralische und juristische Rechenschaftspflicht für den Zustand der DDR durch die SED-Führung. Rege Diskussionen über die grundlegende Zukunft der SED entbrannten ab Ende November. Dabei reichten die Forderungen von einem Verbot der SED als bewusstes Äquivalent zum Verbot der KPD in der Bundesrepublik im Jahr 1956 bis hin zu der reflektierten Ansicht, die SED solle sich auflösen und als eine kommunistische und eine sozialdemokratische Partei neu gründen, damit also die Vereinigung von KPD und SED im Jahr 1946 revidieren.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der SED war bei der LDPD weniger stark ausgeprägt als bei den übrigen Parteien; man richtete den Fokus stattdessen vornehmlich auf sich selbst. So brach die Diskussion über die Beziehung zur SED ab Ende November 1989 ab. Vereinzelte Äußerungen zeigen aber die tiefe Spaltung der Partei. Während die Abkehr der Partei vom Sozialismus im Dezember häufig als Austrittsgrund angegeben wurde, war die Regierungsbeteiligung ebenso oft Ursache dafür. Die Parteiführung selbst sah sich auf dem Weg der Vernunft und im Dienst der Sicherheit weiterhin als Koalitionspartner der SED. Damit war der Spaltungsprozess der vergleichsweise lange bestehenden Einheit von Basis und Führung der LDPD ab Dezember abgeschlossen. Gerlach hielt an seiner Position auch im Frühjahr 1990 noch fest: Nicht gegen, sondern mit der SED-PDS müsse das Land regiert werden. Zu einzelnen Reformern aus dem Umfeld der SED-PDS-Führungsriege suchte er gezielt Kontakt. Damit unterscheidet sich die LDPD deutlich von allen anderen Parteien, die spätestens seit Januar 1990

69 Vgl. Vorschläge des LDPD-Parteivorstands an den 12. Parteitag der SED zur weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Festigung der Staatsmacht und der Sicherung der sozialistischen Staates vom 14.7.1989, SAPMO BArch, DY 30/2582, S. 21-50.

70 Analyse der Faktoren, die die Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes bewegen, KV Bad Doberan an Krüger vom 21.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

71 Z. B. Brief Bad Doberan an Gerlach vom 16.10.1989, ebd., S. 1 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eine konsequente Ablehnung und zum Teil auch Bekämpfung der SED-PDS als Grundlage ihrer eigenen Profilierung nutzten.[72]

Nachdem die Blockparteien in den frühen 1980er Jahren über ihre einstige Transmissions-Aufgabe hinaus eine langfristige Perspektive zur Mitgestaltung der DDR-Gesellschaft durch eigenständige, spezifische Bündnisbeiträge erhalten hatten,[73] wurden die Bezugnahmen der LDPD auf ihre freiheitlich-bürgerliche Tradition wieder stärker. Ausdruck dieses Selbstbewusstseins ist das Bekenntnis der LDPD zu anderen prägenden Einflüssen und Werten als denen der sozialistischen Arbeiterbewegung. So betonten die Bad Doberaner Liberaldemokraten interessanterweise die wertebildende Bedeutung des Christentums und natürlich insbesondere die Relevanz der liberal-demokratischen Traditionslinie des humanistisch geprägten Bürgertums seit dem 19. Jahrhundert. Diese „progressive Ideologie der Vergangenheit" – wenn auch in einem sozialistisch umgedeuteten Verständnis – zu bewahren und für den Prozess der „Klassenannäherung" zu nutzen, mache die bündnispolitische Verantwortung der LDPD aus.[74] Auch der Bezirksverband vertrat eine ähnliche Position: Neben den Gemeinsamkeiten mit der SED habe die LDPD auch deshalb eine Daseinsberechtigung, weil sich ihre weltanschaulichen Prinzipien von Marx und Lenin unterschieden.[75] Besonders in den „früheren Mittelschichten" seien „kleinbürgerliche Ansichten noch stark verwurzelt", die die LDPD aufgreife.[76] Selbstbewusst bekannten Krüger und sein Stellvertreter auf der Bezirksvorstandssitzung im Frühjahr 1988:

> „Wir kommen nicht von Marx, Bebel, Thälmann zum Sozialismus, aber der Sozialismus ließ uns begreifen, was jene wollten, dachten und erstritten. Unsere geistigen Väter sind die nichtproletarischen Demokraten – die Barrikadenkämpfer der bürgerlich-demokratischen Revolution […], die Demokraten und Liberalen der Paulskirche […] die Gegenspieler Bismarcks an der Seite Bebels, die bürgerliche Frauen- und Friedensbewegung an der Seite Clara Zetkins, Carl von Ossietzkys und anderer […]. Das Wort Frieden als ein Grundwert unserer Partei ist älter als der Sozialismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung".

72 Siehe dazu ausführlich Jürgen Frölich: „Regierungspartei und Opposition" zugleich? Zur Politik der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) in der Wendezeit 1988-1990. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre. Berlin 2001, S. 255-268.

73 Vgl. die Einträge „Bündnispolitik". In: Kleines politisches Wörterbuch. Neuausgabe, Berlin 1988, S. 155 und Eintrag „Bündnis". In: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977, S. 123-128, hier S. 127.

74 Informationsbericht Bad Doberan vom 5.12.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33878.

75 Vgl. Eröffnungsrede auf der Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 7.

76 Bericht zum politischen Bildungszirkel Wismar vom 2.5.1988, ebd., Nr. 33879, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fast schon provokant oder solidarisch mit der aufkommenden Bürgerbewegung ergänzte er: „Insofern sind wir Andersdenkende."[77]

Dass die Mehrheit der Liberaldemokraten tatsächlich in einigen Fragen „Andersdenkende" waren und ihre Meinung zu den skizzierten Fragestellungen und auch das liberaldemokratische Selbstverständnis sich zum Teil erheblich von der Grundstimmung in den übrigen Parteien unterschied, ist richtig und brachte ihr in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – nicht zu Unrecht – den Ruf einer Reformpartei ein. Wohlgemerkt konnte die LDPD dies aber nur erreichen, weil die SED-Führung Gerlach als prominentestes Sprachrohr reformorientierter Mitglieder und Bürger nicht nur gewähren ließ, sondern die Blockparteien in den späten 1980er Jahren sogar zu einer stärkeren Profilierung ermutigte.

Entstand aber das Profil der LDPD aus einer bewussten Bezugnahme auf liberale Ideen? Das Klima in der LDPD und die Kommunikation mit den übergeordneten Parteiinstanzen war weniger hierarchisch als bei den übrigen Parteien, deshalb konnte der Unmut der Mitglieder adäquater kommuniziert werden und wurde von Gerlach stärker repräsentiert als von den Vorsitzenden von CDU(D), NDPD und DBD. Die Kritik der Liberaldemokraten an der Basis (Unehrlichkeit, mangelnde Effizienz, zu starke Dominanz der SED, unzureichende Informationspolitik etc.) unterschied sich im Kern aber nur unwesentlich von derjenigen der Mitglieder der anderen Blockparteien. Als Alleinstellungsmerkmale der Liberaldemokraten kann man die authentischere Sprache, das Primat einer Kritik an politischen und gesellschaftlichen gegenüber einer Kritik an materiellen Zuständen, eine größere Toleranz gegenüber nicht-staatlichen Akteuren und natürlich die Bezugnahmen auf ihre – sozialistisch modellierte – liberale Traditionslinie ausmachen. Einen tatsächlichen Liberalismus konnte es unter den Bedingungen des „real existierenden Sozialismus" in der DDR jedoch nicht geben. Wohl aber waren die Methoden und Werkzeuge, mit denen viele Mitglieder aller Blockparteien und insbesondere der LDPD den DDR-Sozialismus reformieren wollten, freiheitlich-demokratischer Natur.

77 Eröffnungsrede auf der Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ebd., Nr. 33751, S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Autorenverzeichnis

Philippe Alexandre, Jg. 1953, Dr. phil., Prof. für deutsche Geschichte in der Ufr Arts, Lettres et Langues an der Universität von Lothringen Nancy, Mitglied des Centre d'études germaniques interculturelles de Lorraine (C.E.G.I.L.), Nancy, des Centre d'études germaniques (Equipe d'accueil 1341), Universität Straßburg und der Académie de Stanislas, Nancy

Cornelia Baddack, Jg. 1970, Dr. phil., freiberufliche Historikerin und Lektorin, Köln

Ernst Wolfgang Becker, Jg. 1966, Dr. phil., Archivrat, wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Geschäftsführer bei der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart, wissenschaftlicher Leiter des Editionsprojekts „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe"

Manfred Berg, Jg. 1959, Prof. Dr. phil., Curt-Engelhorn-Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg

Andreas Biefang, Jg. 1962, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 1993

Vanessa Conze, Jg. 1970, Dr. phil., M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen

Wolfgang Gerhardt, Jg. 1943, Dr. phil., Staatsminister a. D., Wiesbaden, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart

Marcus Gräser, Jg. 1964, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Johannes-Kepler-Universität Linz

Luise Güth, Jg. 1984, M.A., Doktorandin an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gangolf Hübinger, Jg. 1950, Prof. Dr. phil., Professor für Vergleichende Kulturgeschichte der Neuzeit an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder), Mitherausgeber der Max Weber-Gesamtausgabe

Jörn Leonhard, Jg. 1967, Prof. Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas an der Universität Freiburg, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 1999

Christian Lüdtke, Jg. 1987, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter der FDP-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Lothar Machtan, Jg. 1949, Prof. Dr. phil., Professor für neuere und neueste Geschichte an der Universität Bremen

Detlev Mares, Jg. 1965, Dr. phil., Akademischer Oberrat am Institut für Geschichte der TU Darmstadt

Alexander Olenik, Jg. 1991, B. A., Master-Student an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Tilman Pohlmann, Jg. 1979, Dr. phil. des., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut, Dresden

Henning Türk, Jg. 1974, Dr. phil. habil., Privatdozent am Historischen Institut der Universität Duisburg-Essen und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Wolf-Erich-Kellner-Preis-Träger 2015

Daniel Watermann, Jg. 1982, Dr. phil., M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Internationalen Graduiertenkolleg „Formwandel der Bürgergesellschaft. Deutschland und Japan im Vergleich“ an der Martin-Luther-Universität Halle

Dror Zeigerman, Jg. 1948, PhD, Botschafter a. D., Mitglied der Knesset 1981-1984, Makabim, Israel

https://doi.org/10.5771/9783845277141 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA